# Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien

ERSTE REIHE

# Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien

Erste Reihe
Von der konstitutionellen Monarchie
zur parlamentarischen Republik

Im Auftrage der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien

herausgegeben von

Werner Conze und Erich Matthias

### BAND 4

Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918



DROSTE VERLAG . DÜSSELDORF

# Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918

In Verbindung mit Erich Matthias

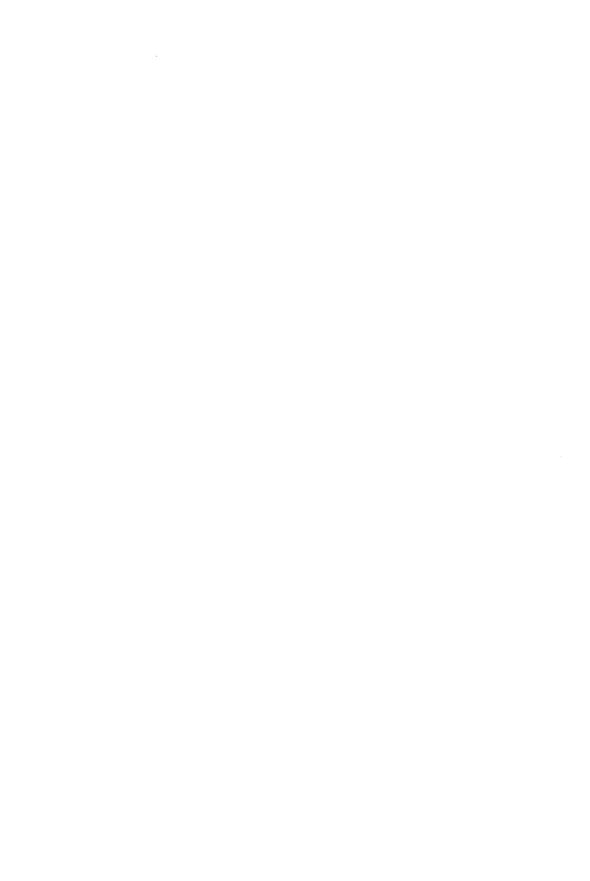
bearbeitet von Susanne Miller



© Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteie	n					
1966						
Gesamtherstellung: Droste Verlag und Druckerei GmbH, Düsseldorf Printed in Germany						

## Inhalt

	Seite
orwort der Herausgeber	VII
nleitung	
luard Davids politischer Werdegang	XI
r Edition	XXV
erzeichnis der Archivalien	XVII
erzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XVII
gebuch	
as Kriegsjahr 1914	3
as Kriegsjahr 1915	91
as Kriegsjahr 1916	151
as Kriegsjahr 1917	217
as Kriegsjahr 1918	263
egister	295



### Vorwort der Herausgeber

Für den sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Eduard David, der bereits 1903, als er zum ersten Mal in den Reichstag gewählt worden war, zu den führenden Repräsentanten des rechten Flügels seiner Partei gehörte, bedeutete der 4. August 1914 den entscheidenden Schritt auf dem Wege der deutschen Sozialdemokratie zur "Volkspartei". Es ist kaum übertrieben, wenn man feststellt, daß David selber in den Kriegsjahren sein ganzes vorangegangenes politisches Wirken als Vorbereitung auf die neuen Aufgaben verstand, denen er sich mit geradezu missionarischem Eifer widmete. So konnte er auch zu Neujahr 1915 seinem Tagebuch den Gedanken anvertrauen, daß der Krieg, den er als "das bedeutendste Stück Weltgeschichte seit Generationen" erlebte, auch sein eigenes "Leben und Wirken viel bedeutender gemacht" habe. In der Tat entwickelte sich David während des Krieges zu einem der einflußreichsten sozialdemokratischen Parteiführer und zu einer Schlüsselfigur des parlamentarischen Geschehens überhaupt. Damit erlangte er einen historischen Rang, den er in seinem späteren Wirken als Minister und Abgeordneter nicht zu behaupten vermochte.

Will man den Gehalt der Aufzeichnungen Davids kurz kennzeichnen, so läßt sich einmal sagen, daß sie einen sehr persönlichen Charakter tragen und vor allem das Kriegserlebnis des Verfassers eindrucksvoll widerspiegeln. Zum anderen präsentieren sie sich als wesentliche Quelle für die Kriegszieldiskussion des Ersten Weltkrieges, die um so mehr Beachtung verdient, als David neben seinem Fraktionskollegen Südekum wohl derjenige sozialdemokratische Abgeordnete war, der über die intensivsten Kontakte zu den Parteien der bürgerlichen Mitte und zu Regierungsstellen verfügte. Schließlich sind die Tagebuchnotizen eines der hervorragendsten Zeugnisse für die Kämpfe innerhalb der Arbeiterbewegung, dem wir nicht zuletzt wichtige Aufschlüsse über die Haltung der maßgebenden Gewerkschaftsführer verdanken, mit denen kein anderer Vertreter der revisionistischen Parteiintelligenz so eng zusammenarbeitete wie David. Für das fraktionsinterne Geschehen, das im Tagebuch den breitesten Raum einnimmt, hat dieses Zeugnis insofern einzigartige Bedeutung, als es nicht nur die Fraktionssitzungen berücksichtigt, sondern auch die Sitzungen des Fraktionsvorstandes, dem David seit 1912 angehörte.

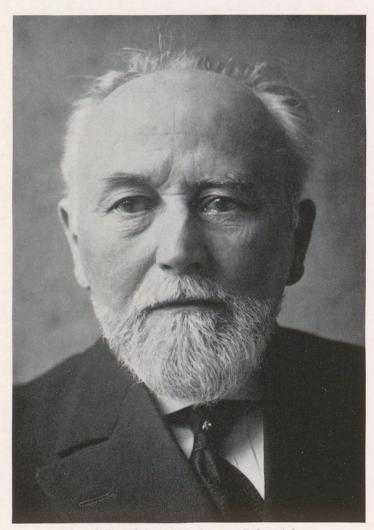
So bildet Eduard Davids Kriegstagebuch — neben den Memoiren Scheidemanns und dem Manuskript der Erinnerungen Dittmanns, dessen Veröffentlichung das Internationale Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam vorbereitet — die wichtigste Ergänzung zu den offiziellen Sitzungsprotokollen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion aus der Zeit des Ersten Weltkrieges, die in Kürze als Teil einer bereits im Druck befindlichen Gesamtedition der Protokolle der Fraktionssitzungen für die Zeit von 1898 bis 1918 in der gleichen Reihe wie der vorliegende Band veröffentlicht werden.

Heidelberg und Mannheim, im Dezember 1965

Werner Conze Erich Matthias



Eduard David um 1907



Eduard David in seinen letzten Lebensjahren





#### Eduard Davids politischer Werdegang

Der Einfluß, den der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Eduard David während des Ersten Weltkrieges auf die Politik seiner Partei genommen hat, ist weder seinen Zeitgenossen deutlich bewußt geworden, noch wurde er bisher von der historischen Forschung im vollen Umfang erkannt. Stand doch David selbst in jener Zeit, die er als die "arbeits-, sorgen- und kampfschwerste Periode" seines Lebens bezeichnete<sup>1</sup>) und die im Hinblick auf unmittelbare Ergebnisse seines Bemühens sowohl objektiv als auch subjektiv die für ihn erfolgreichste war, nicht im ersten Glied der politischen Front. Zwar wirkte er damals an allen entscheidenden Beschlüssen seiner Partei gestaltend, gelegentlich auch bestimmend, mit²); und vielen dieser Beschlüsse hatte gerade er durch unermüdliche Kleinarbeit den Weg bahnen geholfen. Auch fand er oft genug Gelegenheit, die sozialdemokratische Kriegspolitik als offizieller Repräsentant der Fraktion im Plenum des Reichstags, vor dem Forum seiner Parteifreunde und in der breiten Öffentlichkeit zu vertreten. Aber kaum je wurde er wohl auf eine Stufe gestellt mit den Männern und Frauen, die zu Sinnbildern einer bestimmten Politik geworden waren, wie etwa Frank, Scheidemann, Ebert, Haase oder Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Klara Zetkin. Er hat offenbar auch nie für sich selbst die Führung erstrebt, sondern es sich vielmehr zur Aufgabe gemacht, die führenden Männer von Partei und Fraktion für die von ihm vertretene politische Linie zu gewinnen. Verfolgt man Davids Laufbahn innerhalb der SPD, so zeigt sich, daß er sich in umstrittenen Fragen immer wieder exponiert und engagiert hat, ohne zunächst mit seinen Vorstellungen durchdringen zu können. Zwar lagen die meisten seiner Vorstöße in der Richtung, in der sich die Partei bewegte, jedoch stellte sich eine unmittelbare Übereinstimmung zwischen offizieller Parteilinie und seinen eigenen Vorstellungen erstmalig in der Entscheidung vom 4. August 1914 ein.

Mit Recht meint Arthur Rosenberg, daß im historischen Rückblick nicht der Entschluß der Sozialdemokraten überraschend erscheine, an der Verteidigung Deutschlands mitzuwirken — denn dieser habe marxistischer, sozialistischer Tradition entsprochen —, sondern die Tatsache, daß sich die Partei mit dem Burgfrieden abfand und auf jede Opposition gegen die Regierung verzichtete<sup>3</sup>). Was Davids besonderen Anteil an dieser Politik mit all den sich aus ihr in den folgenden Jahren ergebenden Konsequenzen angeht, so steht dabei nicht sosehr die Entscheidung, die Kriegskredite zu bewilligen, im Vordergrund, die auch ohne ihn und seine engeren Gesinnungsfreunde zustande gekommen wäre. Ihm ging es vielmehr in erster Linie um das in seiner Sicht mit diesem Schritt untrenn-

<sup>1)</sup> Eduard David, Aus Deutschlands schwerster Zeit. Schriften und Reden aus den Jahren 1914—1919, Berlin o. J. [1927], S. 5.

 $<sup>^2)</sup>$  Dazu vgl. neben der vorliegenden Edition vor allem Quellen 1/I und 1/II, Quellen 2 und Quellen 3/II.

<sup>3)</sup> Arthur Rosenberg, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1955, S. 73.

bar verbundene Ziel, Sozialdemokratie und Regierung in ein Verhältnis kooperierender Partner zu bringen.

Kautskys Feststellung, daß die Kommission, der die Formulierung der Fraktionserklärung vom 4. August übertragen worden war<sup>1</sup>), bei David "den energischsten Widerstand bei allen Anträgen, die eine schärfere Betonung unserer oppositionellen Stellung bezweckten", gefunden habe<sup>2</sup>), kennzeichnet die Haltung, die David seiner Partei in der durch den Kriegsausbruch geschaffenen Situation zugedacht hatte. Sein Tagebuch spiegelt die Spannungen und Belastungen einer Politik, die darauf abzielte, die deutsche Sozialdemokratie in eine nationale "Volkspartei" zu wandeln, einer Politik, deren endliche Krönung David selber dann in den Eintritt von Sozialdemokraten in das Kabinett des Prinzen Max von Baden sah<sup>3</sup>).

Davids eigene Entwicklung zeigt eine bruchlose Linie zu diesem Ziel hin. Sein persönlicher Werdegang und seine politische Laufbahn sind frei von dramatischen Spannungen und inneren oder äußeren Metamorphosen. Es scheint, daß er den Maximen und Zielen, denen er sich schon in jungen Jahren verschrieben hatte, sein Leben hindurch geradezu pedantisch treu blieb und ihm ernste Zweifel an ihnen erspart wurden. Allerdings ist der Historiker, der sich ein Urteil über Davids Persönlichkeit bilden möchte, weitgehend auf seine veröffentlichten Reden und Schriften sowie Äußerungen von Zeitgenossen angewiesen, während, abgesehen von dem Kriegstagebuch, nur wenige Zeugnisse persönlicher Natur überliefert sind<sup>4</sup>). Davids intensives öffentliches Wirken und seine schriftstellerische Tätigkeit zeigen indes in aller Deutlichkeit, auf welche Fragen sein Interesse in den verschiedenen Stadien seiner beruflichen und politischen Laufbahn gerichtet war, welchen Aufgaben er sich besonders verpflichtet fühlte und von welchen tieferen Überzeugungen er dabei geleitet wurde.

Eduard David wurde am 11. Juni 1863 in Ediger an der Mosel als Sohn eines preußischen Rentmeisters geboren, besuchte in Gießen und Bielefeld das Gymnasium und absolvierte dann, ohne zum Abschluß seiner Schulausbildung gekommen zu sein, eine dreijährige kaufmännische Lehre in Berlin. Nachdem er das Abitur nachgeholt hatte, studierte er in Gießen Germanistik, Geschichte und Philosophie und promovierte 1891 zum Doktor der Philosophie mit der Dissertation "Die Wortbildung der Mundart von Krofdorf<sup>5</sup>)".

In Gießen hatte er sich der neugegründeten Burschenschaft Arminia angeschlossen, die neue Formen studentischen Gemeinschaftslebens zu entwickeln

<sup>1)</sup> Zur personellen Zusammensetzung dieser Kommission s. 3. 8. 1914.

<sup>2)</sup> Karl Kautsky, Ein Schlußwort, in: Die Neue Zeit 33. Jg./II S. 568 (30. 7. 1915).

<sup>3)</sup> Vgl. 2.-6. 10. 1918.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup>) In dem im Besitze seines Sohnes Heinrich *David* befindlichen Nachlaß befinden sich keine Korrespondenz und nur ganz wenige persönliche Aufzeichnungen. Ergiebiger ist der Nachlaß Vollmar, jedoch stammen die meisten der dort befindlichen Briefe *Davids* an *Vollmar* aus der Zeit der Agrardebatte in der SPD (1894/95) und beziehen sich hauptsächlich nur auf diese. Die Tagebuchaufzeichnungen aus den Jahren 1919 und 1922 (im Bundesarchiv) sind wenig aufschlußreich.

<sup>5)</sup> Erschienen als Separatdruck aus Germania, Neue Reihe XXV. (XXXVII.) Jg., Wien 1892.

trachtete<sup>1</sup>) und auch Juden aufnahm<sup>2</sup>). Die Satzungen der Gießener Arminia wurden von David verfaßt, der auch an der Formulierung der Satzungen des Allgemeinen Deutschen Burschenbundes im Jahre 1887 mitwirkte und dafür sorgte, daß "das Streben nach sittlicher Freiheit" in ihnen "als Grundgedanke" niedergelegt wurde<sup>3</sup>). Aus dieser Zeit stammt auch die Schrift Davids, mit der er sich an jene Kommilitonen wandte, die im Leben mehr sähen "als einen mechanischen Kreistanz zweckloser Kräfte" und denen er sich durch "den Glauben an eine Entwicklung zum Besseren" verbunden fühlte. Diesen Gleichgesinnten rief er das für ihn damals und später charakteristische Bekenntnis zu:

"Wir sind die Söhne eines Vaterlandes, eines Volkes, welches in unserer Zeit sich zu äußerer Kraft und innerer Freiheit durchgerungen hat. Ein gemeinsames Feld ist uns gegeben, das wir gemeinsam zu bebauen berufen sind. Unser aller Feind wird auch dort sein, die Schar der Selbstsüchtigen in allen Parteien<sup>4</sup>)."

Man könnte versucht sein, hier von einer stark emotional geprägten und von idealistischem Schwung getragenen Ideologie der "Volksgemeinschaft" zu sprechen, obgleich David in dieser frühen Schrift expressis verbis den Ausdruck noch nicht verwandt hat. Die Volksgemeinschaftsideologie lag auch in ganz ähnlicher Weise seiner späteren Konzeption von der Sozialdemokratie als einer nationalen Volkspartei zugrunde und prägte ebenso seinen demokratischen Staatsbegriff. In diesem Sinne motivierte er in der Weimarer Nationalversammlung seine leidenschaftliche Forderung nach der Einführung der Farben Schwarz-Rot-Gold, die ihm, der sich der 48er Tradition stark verpflichtet fühlte, als das "Symbol" erschienen, "das über alle Parteigegensätze und alle Parteifahnen hinaus von möglichst allen Parteien als der Ausdruck der Zusammengehörigkeit zur Volksgemeinschaft, die höher ist als alle Parteien, angesehen und empfunden wird<sup>5</sup>)."

Nach Abschluß seines Studiums wurde David 1891 Lehrer am Gymnasium in Gießen und erwarb sich in dieser Stellung in kurzer Zeit großes Ansehen. Scheidemann berichtete, er sei von seinem Direktor so geschätzt worden, daß dieser Eltern zurückgebliebener Schüler auch dann noch an David verwiesen habe, als dieser längst aus dem Lehramt ausgeschieden und hauptberuflich für die Sozialdemokratie tätig war<sup>6</sup>). Im Nachlaß David überlieferte Glückwunschschreiben ehemaliger Schüler zu seiner Wahl zum Präsidenten der National-

<sup>1)</sup> Vgl. K. L. Barthels, Geschichte der Burschenschaft Arminia zu Gießen von ihrer Gründung im November 1885 bis zum 10jährigen Stiftungsfest im Juli 1895 = Geschichte des Allgemeinen Deutschen Burschenbundes in Einzeldarstellungen I, Gießen 1899.

<sup>2)</sup> David begegnete dort dem späteren Sozialdemokraten Simon Katzenstein, von dem wahrscheinlich der Aufsatz: Sozialistische Akademiker, Erinnerungen und Betrachtungen eines alten Parteigenossen, in: Vorwärts 18. 6. 1932 (2. Beilage) stammt, in dem es heißt, daß David 1886 "noch gemäßigt konservativ" gewesen sei und den Weg zur Sozialdemokratie einige Jahre später als der Verfasser, nämlich Anfang der neunziger Jahre, gefunden habe.

<sup>3)</sup> Barthels a.a.O. S. 73.

<sup>4)</sup> Eduard David, Zweck und Mittel einer einheitlichen Organisation der deutschen Studentenschaft, Berlin o. J., S. 53 f.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup>) Sten. Ber. Nationalversammlung Bd. 327 S. 1225 (2. 7. 1919).

<sup>6)</sup> Scheidemann, Memoiren I S. 64. Zu Scheidemanns Tätigkeit in Gießen, vgl. a.a.O. S. 60 ff.

versammlung zeugen von der Anhänglichkeit, die sie ihrem Lehrer jahrzehntelang bewahrt hatten.

Mit dem Ziel, für die SPD Anhang unter der Landbevölkerung, besonders unter den Kleinbauern zu werben, gründete David 1893 — damals noch Assessor am Gießener Gymnasium — gemeinsam mit Simon Katzenstein die Mitteldeutsche Sonntagszeitung<sup>1</sup>). Möglicherweise war David durch Katzenstein für die SPD gewonnen worden, vielleicht war er aber auch einfach einem Zug der Zeit gefolgt, der nach Aufhebung des Sozialistengesetzes eine — in vielen Fällen allerdings nur vorübergehende — "Hinwendung der deutschen Intelligenz zum Sozialismus" mit sich brachte<sup>2</sup>). Die erste Nummer der Mitteldeutschen Sonntagszeitung wurde von den Gründern zur Begutachtung nach Frankfurt am Main geschickt, um die dortige Parteileitung zu veranlassen, das neue Blatt zu unterstützen. Die Frankfurter bezweifelten zunächst, ob das Blatt als sozialdemokratisch zu betrachten sei, da in ihm das Wort "Klassenkampf" nicht ein einziges Mal vorkomme, ließen sich jedoch durch Davids Argument überzeugen, daß man zwar, um die Bauern nicht abzuschrecken, das Wort vermeide, "aber jeder Satz in der ganzen Zeitung sei eben Klassenkampf<sup>3</sup>)".

Die Unvereinbarkeit der Tätigkeit eines großherzoglichen Gymnasiallehrers mit der eines sozialdemokratischen Propagandisten bewog David, sich im März 1894 vom Schuldienst beurlauben zu lassen, um sich gegen ein geringes Entgelt aus der Parteikasse<sup>4</sup>) ganz der politischen Arbeit zu widmen. Nachdem er wenige Monate später auf Anfrage seines Gymnasialdirektors bestätigt hatte, daß er für die SPD tätig sei, wurde er aus der Liste der hessischen Lehramtsassessoren gestrichen<sup>5</sup>).

<sup>1)</sup> Scheidemann, Memoiren I S. 63.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>) Johannes Fischart [Erich Dombrowski], Das alte und das neue System. Neue Folge: Die Männer der Übergangszeit, Berlin 1920, S. 12.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>) Robert Habicht, Noch eine Erinnerung an Eduard David, in: Volkszeitung (Beilage Groß-Mainz), 6. l. 1931. — Vgl. dazu auch Davids Brief an Vollmar vom 4. l. 1894 (Nachlaß Vollmar), mit dem David Vollmars Interesse an der Mitteldeutschen Sonntagszeitung zu wecken suchte: "Unser Blatt stellt sich die besondere Aufgabe, die kleinstädtisch-ländliche Arbeiter-, Handwerkerund Kleinbauernbevölkerung unserer Gegend in Masse aufzubrechen. Die aus fernen, großstädtischen Industriezentren kommenden, für politisch geschulte Arbeiter geschriebenen Parteiblätter erweisen sich für die Masse unserer, großenteils noch unaufgeschlossenen, Mischbevölkerung nicht als geeignete Erschließungslektüre. Unser Blatt ist ein Versuch, der, wenn er gelingt, eine mehr als lokale Bedeutung für die Frage der Landagitation hat."

<sup>4)</sup> Habicht berichtet a.a.O., David habe erklärt, er verlange nicht viel für seine Arbeit als Redakteur, da er sich durch schriftstellerische Arbeit etwas hinzuverdienen werde.

<sup>5)</sup> Die Anfrage des Direktors vom Juli 1894 war auf Veranlassung des Großherzoglichen Ministeriums des Innern und der Justiz erfolgt, das ihn beauftragt hatte, David "amtlich zu vernehmen, ob bzw. inwieweit das in dem beiliegenden Zeitungsausschnitt Bemerkte auf Wahrheit beruht". David bestätigte, daß er "im Laufe der letzten Wochen mehrere politische Volksversammlungen zwecks Verbreitung der sozialdemokratischen Wirtschaftslehre abgehalten" habe. Daraufhin erfolgte seine Streichung aus der Liste der hessischen Lehramtsassessoren. Während der Weimarer Zeit korrespondierte David, wie hier angefügt sei, wegen der Vorgänge von 1894 mit dem Hessischen Landesamt für das Bildungswesen in Darmstadt, das ihm, nachdem es "die Akten... durchgeprüft" hatte, am 21. 6. 1926 bestätigte, daß "eine solche Streichung aus rein politischen Beweggründen" dem "heutigen Staatsbürgerrecht" widerspreche. — Dazu die betreffenden Aktenstücke im Nachlaß David.

Davids Parteitätigkeit konzentrierte sich fast ein Jahrzehnt hindurch auf das Großherzogtum Hessen. Zunächst redigierte er weiter die Mitteldeutsche Sonntagszeitung, und zwar nach Aussage Scheidemanns, der die Redaktion von ihm übernahm, "in wahrhaft vorbildlicher Weise")".

1896 wechselte er als Redakteur an die Mainzer Volkszeitung über, wurde im gleichen Jahr im Wahlkreis Friedberg-Büdingen in die Zweite Hessische Stände-kammer gewählt und behielt dieses Mandat bis 1908. Nach dem Urteil Adelungs war er neben dem Fraktionsführer Ulrich "unser bester Mann im Felde<sup>2</sup>)"; die alljährlichen Schuldebatten bei der Budgetberatung seien durch seine Beteiligung "zu Höhepunkten des geistigen Ringens" geworden<sup>3</sup>). Das Landtagsmandat, seine übrige Parteitätigkeit und seine freie schriftstellerische Arbeit nahmen ihn so in Anspruch, daß er bereits 1897 die Mainzer Redaktion verließ. Trotzdem gründete er 1899 in Mainz mit Hilfe von Parteifreunden und besonders mit der seiner ersten Frau<sup>4</sup>) eine Spar-, Konsum- und Produktionsgenossenschaft, deren Entwicklung er viel mühselige Kleinarbeit widmete<sup>5</sup>). Eine entscheidende Wendung seines äußeren Lebensganges trat ein, als er 1903 in der Stichwahl das Reichstagsmandat für Mainz dem Zentrumsabgeordneten Adam Joseph Schmitt abnahm.

Obwohl er schon lange vor der Wahl die Absicht gehabt hatte, Mainz mit einem anderen Wirkungskreis zu vertauschen<sup>6</sup>), siedelte er erst 1905 nach Berlin über und stellte sich seinen hessischen Parteifreunden noch einmal 1906 für einige Monate als Landessekretär zur Verfügung<sup>7</sup>). Von da an aber lag der Schwerpunkt seiner Tätigkeit in der Reichshauptstadt, obwohl er durch sein Reichstagsmandat — bis 1908 auch durch sein Landtagsmandat — mit Mainz, das ihm "eine zweite Heimat bedeutete<sup>8</sup>)", verbunden blieb.

<sup>1)</sup> Scheidemann, Memoiren I S. 64. Dort heißt es weiter, daß David, den Scheidemann einen "vortrefflichen Kenner der sozialistischen Altmeister" nennt, durch "seine gründlichen Agrarstudien, außerdem aber auch seine hervorragende pädagogische Begabung" dazu befähigt gewesen sei. — Nach Karl Hildenbrand, Eduard David, in: Sozialistische Monatshefte 37. Jg./I (19. 1. 1931) S. 28, erregte die Mitteldeutsche Sonntagszeitung "bald die Aufmerksamkeit der Genossen in ganz Deutschland".

<sup>2)</sup> Adelung S. 106.

<sup>3)</sup> A.a.O. S. 108.

<sup>4) 1896</sup> hatte David Gertrud Swiderski, die Tochter eines Ingenieurs und Maschinenfabrikbesitzers aus Leipzig, geheiratet. Aus der 1911 geschiedenen Ehe stammte die Tochter Sonja. Gertrud David redigierte 1907—1916 die Rubrik "Genossenschaftsbewegung" der Sozialistischen Monatshefte und gab in der gleichen Zeit die Socialistatistische Correspondenz heraus. — 1918 schloß David eine zweite Ehe mit Hermine Schmidt, Tochter eines Arztes aus Lahr, aus der der Sohn Heinrich hervorging.

<sup>5)</sup> Siegmund Friedberg, Eduard Davids Wirksamkeit in Mainz in den Jahren 1896 bis 1904, in: Volkszeitung 30. 12. 1930 (Beilage Groß-Mainz).

<sup>6)</sup> Friedberg, a.a.O.

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup>) Protokoll der Hessischen Landes-Konferenz zu Mühlheim a. M. 25./26. 8. 1906, Offenbach a. M. o. J. S. 3 f. — Erst 1914 übernahm *David* mit seiner Anstellung im Parteiarchiv erneut ein besoldetes Parteiamt; außer den häufigen Erwähnungen in seinem Kriegstagebuch, er habe im Archiv gearbeitet, und einigen Andeutungen, die darauf schließen lassen, daß es dabei um eine regelmäßige und besoldete Tätigkeit handelte, ließ sich über diese nichts feststellen. Nach seiner Angabe hat er sie fast drei Jahre lang ausgeübt; vgl. 3. 2. 1917.

<sup>8)</sup> Friedberg a.a.O.

Die Eindrücke und Erkenntnisse, die David zu Beginn seiner politischen Laufbahn in Hessen gewonnen hatte, blieben für die Stoßrichtung seiner politischen Wirksamkeit stets mitbestimmend. Er verkörperte — ebenso wie die ihn an persönlicher Wirkung und politischem Einfluß überragenden Landesführer Georg von Vollmar und Ludwig Frank — eine spezifisch süddeutsche Variante der deutschen Sozialdemokratie. Charakteristisch dafür war es, wenn er auch später für die Unabhängigkeit der Landesorganisationen gegenüber den — durch die in Preußen herrschenden sozialen und politischen Bedingungen geprägten — zentralistischen Bestrebungen der Parteileitung eintrat und besonders jede Einmischung der zentralen Parteiinstanzen in die landespolitischen Angelegenheiten der süddeutschen Sozialdemokraten zurückwies, da er die süddeutschen Regierungsprinzipien mit den preußischen nicht für vergleichbar hielt<sup>1</sup>).

Die hessische Parteiorganisation, der sich der junge Akademiker in den neunziger Jahren anschloß, erhielt ihr Gepräge in hohem Maße durch die Gestalt Carl Ulrichs, der sich unter dem Sozialistengesetz zu ihrem führenden Mann entwickelt hatte. Seine auf praktische Resultate gerichtete, von ideologischen Doktrinen unbeschwerte, urwüchsig-poltrige und doch im Grunde versöhnliche Kampfweise trug dazu bei, ein verhältnismäßig günstiges politisches Klima für die Beziehungen der hessichen Sozialdemokraten zu den übrigen politischen Kräften und auch zur großherzoglichen Regierung zu schaffen²). Das Sozialistengesetz war in Hessen zunächst recht milde gehandhabt worden, erst unter dem Druck Preußens setzten Verschärfungen ein, die 1886 in dem gegen den Widerstand des hessischen Ministerpräsidenten beschlossenen kleinen Belagerungszustand über Offenbach gipfelten³).

Bereits 1885 waren zwei Sozialdemokraten — Carl Ulrich und Franz Joest — als Abgeordnete von Offenbach bzw. Mainz in den Hessischen Landtag eingezogen<sup>4</sup>). Es ist höchst bezeichnend, daß die später so heftig umstrittene Budgetbewilligung in den Landesparlamenten schon 1891 in Hessen — ebenso wie in Baden — praktiziert wurde. Ebenso bezeichnend ist, daß diese Tatsache in der Gesamtpartei zunächst gar nicht zur Kenntnis genommen wurde und auf einem Parteitag erst zur Sprache kam, als die bayerische Landtagsfraktion drei Jahre später dem Beispiel der hessischen und badischen gefolgt war<sup>5</sup>); spielten doch die Hessen im Gesamtgefüge der SPD keine in irgendeiner Weise hervorstechende und besonders beachtete Rolle.

Die agrarische Sozialstruktur des Großherzogtums zwang die dort wirkenden Sozialdemokraten, Formen der Werbung von Mitgliedern und Wählern zu finden, die den Bedürfnissen der in diesem Gebiet vorherrschenden Bevölkerung Rech-

<sup>1)</sup> Vgl. S. XXVI

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>) Zur Geschichte der SPD in Hessen vgl. Carl Ulrich, Erinnerungen des ersten hessischen Staatspräsidenten, hrsg. v. Ludwig Bergsträßer, Offenbach a. M. 1953, und Bernhard Adelung, Sein und Werden. Vom Buchdrucker in Bremen zum Staatspräsidenten in Hessen, bearb. von Karl Friedrich, Offenbach am Main 1952.

<sup>3)</sup> Ulrich a.a.O. S. 52 und 73 f.

<sup>4)</sup> A.a.O. S. 54 ff.

<sup>5)</sup> Protokoll SPD-Parteitag 1894 S. 118 ff., bes. S. 124.

nung trugen¹). So erklärt es sich auch, daß Davids "starker Sinn für alles Tatsächliche²)" ihn zum intensiven Studium landwirtschaftlicher Fragen und zur Forderung einer agrarischen Reformpolitik veranlaßte, und zwar offenbar von dem Zeitpunkt an, als er sich für eine politische Laufbahn entschieden hatte. Obwohl seine bisherige Tätigkeit und sein akademisches Studium auf ganz anderem Gebiet gelegen hatten, verstand er es, sich sofort auf die besondere Situation seines neuen Wirkungskreises einzustellen. Aus diesem aktuellen, ganz pragmatischen Ansatz entwickelten sich Davids Agrartheorien, die ihm mehr als irgendein anderer Zweig seiner vielseitigen Aktivität einen bleibenden Platz in der Geschichte des Sozialismus sichern. Faßt man die Grundgedanken, die er in seinem umfangreichen Buch Sozialdemokratie und Landwirtschaft³), in seinen kleineren Schriften, seinen zahlreichen Artikeln und Reden zur Landwirtschaftsfrage vertrat, kurz zusammen, so ergeben sich folgende Gesichtspunkte:

- 1. Die in der Landwirtschaft herrschenden Entwicklungstendenzen und -bedingungen werden als grundlegend verschieden von denen der Industrie betrachtet.
- 2. Der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft wird wenn auch nicht für alle, so doch für sehr umfangreiche und wichtige Produktionszweige nicht als untergehende, sondern als aufsteigende Betriebsform bewertet.
- 3. Der Kleinbetrieb biete die günstigste Voraussetzung für rationelle Betriebsführung.
- 4. Darum sei seine Erhaltung und Stützung auch nicht eine zum Schutze einer bestimmten sozialen Schicht erhobene, sondern aus Gründen einer besseren Nahrungsmittelversorgung des ganzen Volkes gebotene Forderung.
- 5. Der Zusammenschluß landwirtschaftlicher Kleinbetriebe zu Produzentengenossenschaften vereinige die technischen und kaufmännischen Vorteile der großen Gutswirtschaft mit den Vorzügen der bäuerlichen Familienwirtschaft und schlage eine Brücke zum genossenschaftlichen Organisationssystem der Verbraucher.
- 1) Charakteristisch dafür sind die folgenden aus Hessen stammenden Anträge, die dem SPD-Parteitag 1892 vorlagen: "Zur wirksamen Agitation auf dem Lande von Zeit zu Zeit Flugblätter oder Broschüren gratis zu verbreiten, die für rein ländliche Verhältnisse geschrieben und leicht faßbar sind."; Protokoll S. 19. "Den ländlichen Kreisen, iusbesondere denjenigen, die bei der nächsten Wahl Aussicht auf Erlangen des Mandats bieten, mehr wie bisher Aufmerksamkeit zuzuwenden." A.a.O. S. 21.
- <sup>2</sup>) So Eduard Bernstein in seinem im übrigen merkwürdig unpersönlichen Nachruf auf David, in: Sozialistische Monatshefte 37. Jg./I S. 30 (19. 1. 1931).
- 3) Die erste Auflage von Sozialismus und Landwirtschaft, über das Bernstein in einer Besprechung in den Sozialistischen Monatsheften 7. Jg./I S. 115 (Januar 1903) mit Recht urteilte, daß das Werk "eine Epoche in der sozialistischen Erörterung des Problems der Landwirtschaft markiert", ist 1903 im Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Berlin, erschienen. Sein Untertitel "Erster Band: Die Betriebsfrage" deutete die Absicht des Verfassers an, die jedoch nicht unmittelbar verwirklicht worden ist, es fortzusetzen. 1922 ist in Leipzig unter dem gleichen Haupttitel die zweite "umgearbeitete und vervollständigte" Auflage veröffentlicht worden. Die SPD hat erst 1927 ein eigenes Agrarprogramm formuliert, in das die Vorstellungen Davids Eingang gefunden haben. Hingegen haben bei den polnischen Sozialdemokraten Davids agrarpolitische Theorien sehr früh Anklang gefunden. Bereits ein Jahr nach Veröffentlichung der ersten Auflage seines Agrarwerks erschien es in polnischer Übersetzung (Dwie rozprawki o stosunku socjalizmu do rolnictwa. Übers. Dr. Wladyslaw Gumplowicz, Lwow 1904). Davids Auffassungen haben durch die Vermittlung des polnischen Sozialisten Gumplowicz — das Agrarprogramm der Sozialistischen Partei Polens entscheidend beeinflußt; vgl. The Polish Socialist Party and the Social Democratic Party of Germany, in: Labour's Call from behind the Iron Curtain. Bulletin of the Socialist Union of Central-Eastern Europe, Januar 1964, S. 12.

2 XVII

Damit vertrat David in der agrarpolitischen Auseinandersetzung, die Gerhard A. Ritter als das "vielschichtigste, interessanteste und tiefgreifendste Problem der sozialdemokratischen Parteigeschichte der 90er Jahre" bezeichnet1), einen Standpunkt, der ihn aus einem "Rekruten der Partei<sup>2</sup>)" in kürzester Zeit zu einer in der Partei — und später weit darüber hinaus — beachteten Stellung aufsteigen ließ. Bereits seine Delegierung zum Parteitag in Frankfurt am Main (21.—27. 10. 1894) — es war das erste Mal, daß er ein Parteimandat erhalten hatte — brachte den entscheidenden Durchbruch in seiner politischen Laufbahn. In der durch Referate von Georg von Vollmar und Bruno Schoenlank eingeleiteten Agrardebatte begründete er den Antrag des Wahlkreises Friedberg-Büdingen, der die Ergänzung des Parteiprogramms durch ein Agrarprogramm forderte, das die Interessen der Landarbeiter und Kleinbauern berücksichtigen und von einer durch den Parteitag eingesetzten Kommission vorbereitet werden sollte<sup>3</sup>). Nicht nur durch diesen kurzen, aber sehr pointiert formulierten Diskussionsbeitrag, sondern bereits durch seine Tätigkeit auf regionaler Ebene und insbesondere durch seine im Wochenblatt der SPD veröffentlichte Artikelserie<sup>4</sup>) als Agrarfachmann ausgewiesen, wurde David zusammen mit Baßler-Stuttgart, Bebel, Birk-München, Bock-Gotha, Adolf Geck-Offenburg, Hug-Bant, Katzenstein-Leipzig, Wilhelm Liebknecht, Molkenbuhr, Quarck, Schippel, Schoenlank, Schulze-Kossebaude und Vollmar in die Agrarkommission gewählt, die den Auftrag erhielt, dem nächsten Parteitag Vorschläge zu unterbreiten.

Die Agrarkommission, als deren Sekretär Dr. Max Quarck fungierte<sup>5</sup>), teilte sich in drei Unterausschüsse auf: der erste sollte Norddeutschland mit seiner vorwiegend großagrarischen Struktur in Ostelbien untersuchen, der zweite den mittelbäuerlichen Besitz in Sachsen, Thüringen, Oldenburg, Braunschweig, Westfalen und Hannover und der dritte den Kleingrundbesitz in Süddeutschland. David wurde der Referent des unter dem Vorsitz Vollmars<sup>6</sup>) arbeitenden

<sup>1)</sup> Gerhard A. Ritter, Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890—1900, Berlin-Dahlem 1959, S. 134. Ritters gedrängte Darstellung dieser Debatte, a.a.O. S. 134—149, zeichnet sich durch gründliche Kenntnis der Problematik und deren scharfsinnige Analyse aus, enthält zudem die entsprechenden Quellenund Literaturangaben, so daß wir uns hier auf Hinweise beschränken können.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>) So bezeichnete er sich selber auf dem SPD-Parteitag 1894, Protokoll S. 80, unter Anspielung auf die Bemerkung eines Delegierten, a.a.O. S. 77, daß Akademiker ihre Parteitätigkeit "nicht als Offiziere, sondern als Rekruten" beginnen sollten.

<sup>3)</sup> Protokoll S. 11 und 153 f.

<sup>4)</sup> Eduard David, Zur Landagitation in Mitteldeutschland, in: Der Sozialdemokrat 9., 16., 23., 30. August, 6., 13., 20., 27. September 1894.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup>) Quarck war auch Berichterstatter der Kommission auf dem Parteitag; Protokoll SPD-Parteitag 1895 S. 98 ff.

<sup>6)</sup> Zu der Rolle Vollmars als Initiator einer positiven sozialdemokratischen Bauernpolitik vgl. Ritter a.a.O., S. 138 ff.; Ritter erkennt jedoch in David den Pionier des Versuchs einer theoretischen Begründung und Zusammenfassung solch einer Politik; a.a.O. S. 139 f. — Aus der Zusammenarbeit in der Agrarkommission entsprang auch die Verehrung Davids für Vollmar, der er nach dessen Tod Ausdruck gab (David an Julia von Vollmar, 10. 7. 1922, Nachlaß Vollmar): "Der große Bahnbrecher und Führer unserer Bewegung durch Jahre kritischer Entwicklung hindurch war mir persönlich, als ich ins politische Leben trat, Vorbild und Lehrer." Schon nach der ersten Begegnung mit Vollmar schrieb ihm David (22. 12. 1894, Nachlaß Vollmar): "Es war mir eine freudige Überraschung in Frankfurt, mich in so wesentlicher Übereinstimmung mit Ihnen zu sehen. Ich

süddeutschen Unterausschusses, dessen Untersuchungen sich auf Hessen-Nassau, Großherzogtum Hessen, Rheinland rechts der Mosel, Elsaß-Lothringen, Baden, Württemberg und Bayern erstreckten. Um seine Vorschläge auf eine soziologisch gesicherte Grundlage stellen zu können, beschloß der süddeutsche Unterausschuß, mit Hilfe ortsansässiger Vertrauensleute eine Fragebogenerhebung durchzuführen, die sich notgedrungen auf eine kleine Anzahl typischer Orte konzentrieren mußte<sup>1</sup>). Auf dem Parteitag von Breslau (6.—12. 10. 1895) begründete David als Berichterstatter die programmatischen Vorschläge seines Unterausschusses<sup>2</sup>), die folgende agrarpolitische Maßnahmen vorsahen<sup>3</sup>):

- "1. Planmäßige Organisation der Volksernährung durch fortschreitende Einflußnahme des Staates auf die landwirtschaftliche Produktion und den Vertrieb ihrer Erzeugnisse.
- 2. Verbot des Verkaufs von öffentlichem Grundeigentum (der Gemeinden, der Korporationen und des Staates).
- 3. Enteignung des Riesenbesitzes (Latifundien), Unterstellung des größeren Grundbesitzes unter die Bestimmungen des gewerblichen Arbeitsschutzes sowie unter die betriebstechnische Aufsicht des Staates.
- 4. Abschaffung aller mit dem Grundbesitz verbundenen behördlichen Funktionen und sonstiger Privilegien als selbständige Gutsbezirke, Vorrechte in Vertretungskörperschaften, Patronatsrechte, Fideikommisse usw.
- 5. Fortschreitende Verstaatlichung der Grundschulden und des ganzen Kreditwesens, unter Herabsetzung des Zinsfußes. Staatliche Beleihung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Ankauf der zur Zwangsversteigerung kommenden bäuerlichen Güter bis zum Taxwert durch die Gemeinden; das Verfahren kann durch den Schuldner selbst beantragt werden, welchem im Falle der Wirtschaftstüchtigkeit das Gut zu Lehen zu belassen ist.
- 6. Der landwirtschaftliche Grundbesitz des Staates wird zur Errichtung von Musterwirtschaften, zur Vergrößerung des Gemeinde-Eigentums, sowie zur Vergebung zu Lehen an Selbstbewirtschafter gegen Naturalzins verwendet. Die Lehengüter sind so groß zu bemessen, daß die wirtschaftende Familie darauf ihren ganzen Unterhalt findet.
- 7. Errichtung ausreichender landwirtschaftlicher Lehranstalten in Verbindung mit den Musterwirtschaften zur unentgeltlichen fachmännischen Ausbildung.
- 8. Gewährung von Staatskredit an die Gemeinden zu Ankauf und Einrichtung von Lehengütern, zur Urbarmachung von Ödländereien, zur Verbesserung des Bodens, der Viehzucht und aller sonstigen Betriebseinrichtungen sowie zur Förderung des Genossenschaftswesens unter Staatsaufsicht.
  - 9. Ankauf der für die Verproviantierung der öffentlichen Anstalten erforderlichen

meine nicht nur unsere Übereinstimmung in der Frage der Finanzgesetz-Abstimmung und der Landagitation, sondern unsere Übereinstimmung in der Betrachtung der Sozialdemokratie überhaupt sub specie aeternitatis; der 'irdischen Ewigkeit' natürlich, deren höchstes Prinzip das menschliche Wohlergehen ist."

<sup>1)</sup> Vgl. Ergebnisse der Fragebogen-Erhebung über die ländlichen Verhältnisse Süddeutschlands, veranstaltet durch den süddeutschen Unterausschuß der Sozialdemokratischen Agrarkommission und in dessen Auftrag bearbeitet von Eduard David, erster Teil (Fragen 1—21), Berlin 1895, bes. S. 3 ff.

<sup>2)</sup> Protokoll SPD-Parteitag 1895 S. 132 ff.

<sup>3)</sup> A.a.O. S. 210 f.

landwirtschaftlichen Erzeugnisse zweckentsprechender Qualität unmittelbar von den Produzenten.

- 10. Regelung der privaten Pachtverträge nach dem jeweiligen Ertragswert und Entschädigung der von den Pächtern zur Bodenverbesserung gemachten Aufwendungen.
- 11. Verstaatlichung des gesamten landwirtschaftlichen Versicherungswesens und Eintreten des Staates bei Notständen infolge verheerender Naturereignisse.
- 12. Unbeschränkte Aufrechterhaltung der bestehenden Wald- und Weiderechte. Verhütung bzw. vollständiger Ersatz des Wildschadens.
- 13. Vollkommene rechtliche Gleichstellung der Landarbeiter mit den industriellen Lohnarbeitern. Schlichtung der aus dem Arbeitsverhältnis entstehenden Streitigkeiten durch Schiedsgerichte, welche zu gleichen Teilen aus Arbeitern und Arbeitgebern zu bilden sind.
- 14. Landwirtschaftsämter und Landwirtschaftskammern mit gleichberechtigter Beteiligung der Eigentümer, Pächter und Arbeiter, zur Erforschung und Regelung der Arbeits-, Lohn-, Pacht- und Betriebsverhältnisse und zur Vertretung aller beruflicher Interessen."

Obwohl der Programmvorschlag der Gesamtkommission auf weitergehende Forderungen des süddeutschen Entwurfs, insbesondere auf die nach Schaffung von "Lehengütern" mit Staatskredit, verzichtet hatte¹), und obwohl sich Bebel mit seiner ganzen Autorität für ihn einsetzte²), wurde er vom Parteitag abgelehnt. Statt dessen wurde ein von Kautsky entworfener — und u. a. von Klara Zetkin, Schippel, Richard Fischer, Hue, Singer, I. Auer und Stadthagen unterschriebener — Antrag angenommen, der den vorgelegten Entwurf eines Agrarprogramms verwarf, weil er "der Bauernschaft die Hebung ihrer Lage³), also die Stärkung ihres Privateigentums in Aussicht" stellte, "dem Ausbeuterstaat neue Machtmittel" zuweise und dadurch "den Klassenkampf des Proletariats" erschwere⁴).

In der Überzeugung, daß praktische Notwendigkeiten die in agrarischen Gebieten wirkenden Sozialdemokraten unausweichlich zwingen würden, eine im Interesse des Kleinbauerntums liegende Politik zu verfolgen<sup>5</sup>), hat *David* die Niederlage von Breslau offenbar nicht tragisch genommen. Jedenfalls ließ er sich nicht darin beirren, seine Studien fortzusetzen, deren Ergebnisse zu publizieren und die daraus abgeleiteten Forderungen zu propagieren. Im Hinblick auf die

<sup>1)</sup> Dazu Ritter a.a.O. S. 140, der den Vorschlag der Gesamtkommission "eine unklare und schwankende Kompromißlösung zwischen der Scylla speziell agrarischer Forderungen und der Charybdis eines Zusammenstoßes mit den überkommenen Parteiprinzipien" bezeichnet, mit dieser Charakterisierung jedoch wohl den Einfluß des süddeutschen Entwurfs unterschätzt.

<sup>2)</sup> Vgl. Bebels Rede auf dem Parteitag 1895, Protokoll S. 112-124.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>) In Kautskys ursprünglichem Resolutionsentwurf folgt auf die hier zitierten Worte: "und trägt dadurch bei zur Neubelebung ihres Eigentumsfanatismus"; a.a.O. S. 104 f.

<sup>4)</sup> A.a.o. S. 204. — Zu Davids unmittelbarer Reaktion auf diese Parteitagsentscheidung vgl. Eduard David, Die Breslauer Agrar-Resolution, in: Die Neue Zeit 14. Jg./I S. 179 ff. (November 1895), und ders., Zur Kritik unserer Fragebogen-Erhebung, a.a.O. S. 371 ff. (Dezember 1895).

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup>) Vgl. dazu auch die Äußerung des sozialdemokratischen Abgeordneten Scherm am 23. 10. 1895 im bayerischen Landtag, daß die Strömung gegen die Agrarpolitik in der Sozialdemokratie nur eine vorübergehende Erscheidnung sei; zit. bei Reinhard Jansen, Georg von Vollmar. Eine politische Biographie, hrsg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Düsseldorf 1958, S. 62.

Tätigkeit seiner Parteigenossen in den Landtagen — auch derer, die für die Annahme der Resolution Kautsky gesorgt hatten — erklärte David Jahre später: "Das schlimmste oder vielmehr das beste an dem Breslauer Beschluß war, daß er in der Praxis gar nicht beachtet werden konnte<sup>1</sup>)."

Auf dem Parteitag des Jahres 1896 trat David wenig hervor. Der von ihm gestellte Antrag, den nächsten Parteitag in Mainz abzuhalten<sup>2</sup>), war sicherlich auch durch die Überlegung angeregt, daß schon die Wahl dieses Tagungsorts einen Prestigegewinn für die hessische Parteiorganisation bedeuten würde und die Verhandlungen selber durch das am Tagungsort herrschende politische Klima beeinflußt werden könnten<sup>3</sup>). Nachdem er 1897 nicht delegiert worden war, betonte er im darauffolgenden Jahr wiederum die Notwendigkeit eines Agrarprogramms<sup>4</sup>) und setzte sich durch seine Warnung, die Partei prinzipiell auf eine Anti-Schutzzoll- und Anti-Kartellpolitik festzulegen<sup>5</sup>), in Gegensatz zur herrschenden Parteimeinung, ohne damit jedoch besondere Beachtung zu finden.

Hatte sich David seit seinem Eintritt in die SPD auch niemals davor gescheut, in den Fragen der praktischen Politik, in denen er sich engagiert hatte, eine von der parteioffiziellen Linie abweichende eigene Stellungnahme zu beziehen, so lassen sich doch keine Belege dafür beibringen, daß er von sich aus versucht hätte, seine aus der praktischen Politik erwachsenen Erkenntnisse und Forderungen durch eine grundlegende Kritik an der herrschenden Ideologie zu vertiefen. Zwar war er 1895 in Breslau der eigentliche Gegenspieler des Parteitheoretikers und -programmatikers Kautsky gewesen, hatte jedoch damals und auch in der unmittelbaren Folgezeit die Auseinandersetzung mit ihm auf die strittigen agrarpolitischen Fragen konzentriert, dabei im wesentlichen mit empirisch nachprüfbaren Tatsachen argumentierend, ohne ihn durch einen Frontalangriff auf seine ideologische Position schlechthin herauszufordern. Als solch eine Herausforderung aber durch den in London lebenden Mitverfasser des Erfurter-Programms, Eduard Bernstein, erfolgt war und in Abwesenheit Bernsteins auf dem Parteitag von Hannover (1899) zur Diskussion stand, wurde David sein beredter Anwalt. Nachdem Bebel Bernsteins "Angriffe auf die Grundanschauungen und die taktische Stellungnahme der Partei" aufs heftigste verurteilt hatte6), nahm David als erster in der Debatte das Wort, um in einem

<sup>1)</sup> Eduard David, Die neuere Entwicklung des Agrarproblems innerhalb der Sozialdemokratie, in: Sozialistische Monatshefte, 6. Jg./I S. 369. (Mai 1902).

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>) Protokoll SPD-Parteitag 1896 S. 176.

³) 1900 fand tatsächlich — zum ersten Mal — ein Parteitag in Mainz statt. Es ist nicht zufällig, daß David, der den Parteitag als Repräsentant der Mainzer Organisation begrüßt hatte (Protokoll S. 99 f.), damals auch sein erstes zentrales Parteiamt erhielt: er wurde in die Kontrollkommission gewählt (a.a.O. S. 231), nachdem er im vorausgegangenen Jahr für diese Funktion vorgeschlagen war, bei der Wahl aber nur zwei Stimmen bekommen hatte (Protokoll SPD-Parteitag 1899 S. 294). David behielt seinen Sitz in der Kontrollkommission nur zwei Jahre. 1902 und in den folgenden Jahren unterlag er bei den Wahlen zu dieser Körperschaft.

<sup>4)</sup> Protokoll SPD-Parteitag 1898 S. 164.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup>) "Die Möglichkeit, daß uns eine Konkurrenz mit Kuli-Arbeit bevorsteht, sollte uns vor allem abhalten, uns festzulegen." A.a.O. S. 197. Zu *Davids* Haltung zur Schutzzollpolitik vgl. auch seinen Diskussionsbeitrag auf dem Mainzer Parteitag 1900, Protokoll S. 203 und 206 f.

<sup>6)</sup> Protokoll SPD-Parteitag 1899 S. 94-127, Zitat S. 94.

längeren Diskussionsbeitrag, der praktisch auf ein Korreferat hinauslief, zunächst seinen eigenen Standpunkt zu präzisieren:

"Niemand wird jede einzelne Behauptung Bernsteins zu der seinigen machen; aber es gilt, Bernstein in seiner Grundauffassung zu decken. Ich gehöre zu denen, die Bernstein in seinen wesentlichen Anschauungen zustimmten. Ich habe den Mut, das zu sagen, auch nach dem Referate Bebels. Ich würde nicht diesen Mut haben, wenn alles zutreffend wäre, was Bebel als Anschauungen Bernsteins hingestellt hat. Ich werde den Beweis liefern, daß er in verschiedenem denn doch sehr weit in der Darstellung des Bernsteinschen Standpunktes vorbeigegriffen hat<sup>1</sup>)."

Kernstück von Davids Verteidigung war die Widerlegung der von Bebel aufgestellten Behauptung, Bernstein könne nicht mehr als ein Sozialdemokrat angesehen werden. Diesem Vorwurf, dem schwersten, den man gegen einen bewährten und bekannten Parteigenossen erheben konnte, trat David mit der Argumentation entgegen, daß das "sozialistische Prinzip" keinen anderen Inhalt habe als "die "gesellschaftliche" Ordnung des Produktionsprozesses", was wiederum bedeute, daß "eine Einrichtung" angestrebt werde, "bei der jede private Aneignung von Mehrwert unmöglich wird".

"Sozialist ist also jeder", so folgerte *David*, "der sich zu diesem Prinzip bekennt. [...] Zu diesem Prinzip aber bekennen sich auch *Bernstein* und seine Anhänger in der Partei²)."

Auf die Frage eingehend, ob dieses Prinzip erst mit Erreichung des "Endziels", also nach dem Zusammenbruch der bestehenden Gesellschaftsordnung, durchgesetzt werden könne, stellte sich *David* uneingeschränkt auf den Standpunkt *Bernsteins*, daß es möglich sei, "auf dem Boden des Gegenwartsstaates dem sozialistischen Prinzip zum Siege zu verhelfen³)".

Es ist offensichtlich, daß David diese Erkenntnis Bernsteins für die entscheidende hielt und bemüht war, ihre Vereinbarkeit mit den offiziellen programmatischen Vorstellungen der SPD nachzuweisen. Selbst in einer Auseinandersetzung, in der eine grundsätzliche Stellungnahme zu den von der Partei rezipierten Theorien von Marx und Engels unausweislich schien, war David in seiner allgemeinen Kritik der Parteiideologie auffallend zurückhaltend. Er erklärte zwar, die "Position des Programms über die Verelendung" sei "ein Irrtum<sup>4</sup>)", die Krisentheorie "ein Problem" und "keine Tatsache", und die aus dieser Theorie gezogenen Schlüsse könnten nur als "Hypothesen, aber nicht [als] positive Wahrheiten" hingenommen werden<sup>5</sup>), ging jedoch im Resumé seiner Programmkritik nicht weiter als bis zu der Feststellung: "Der erste Abschnitt unseres Programms generalisiert viel zu sehr." Hingegen sprach er sich in seinem Urteil über die Behandlung seines eigentlichen Forschungsgebiets sehr viel dezidierter aus: "Die Formulierung unseres Programms ist aber direkt falsch, soweit sie sich auf die Landwirtschaft bezieht [...]<sup>6</sup>)."

<sup>1)</sup> A.a.O. S. 127.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>) A.a.O. S. 128 f.

<sup>3)</sup> A.a.O. S. 130.

<sup>4)</sup> A.a.O. S. 139.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup>) A.a.O. S. 142.

<sup>6)</sup> A.a.O. S. 143.

Die philosophischen Aspekte der kritischen Thesen Bernsteins wurden von David mit keinem Wort erwähnt. Sein eigentliches Interesse an dessen umstrittener Schrift<sup>1</sup>) galt auch gar nicht der allgemeinen Überprüfung der marxistischen Theorie, sondern einfach der Tatsache, daß Bernstein "eine höhere prinzipielle Bewertung der Gegenwartsarbeit" vornahm. Zwar meinte David, die Sozialdemokraten hätten "die Gegenwartsarbeit ja auch heute ohne die höhere Bewertung rastlos besorgt", es sei jedoch "ein Unterschied, ob man in dieser Arbeit nur "Palliativmittel" oder — mit Bernstein — "Grundsteine zu dem großen Gebäude der Zukunft" sehe²). Seine eigene Auffassung von den Zielen der Partei faßte er in den sowohl von "lebhaftem Beifall" als auch von "Zischen" begleiteten Schlußsatz zusammen: "Hoch das Banner der Hoffnung, nicht nur auf eine bessere Zukunft, sondern vor allem und in erster Linie auch auf eine bessere Gegenwart³)."

Auf dem Parteitag von Hannover begründete David seinen Ruf, einer der führenden Männer jener Richtung zu sein, die unter dem Namen "Revisionismus" in die Geschichte der Partei eingegangen ist. Es ist bezeichnend für die Form der innerparteilichen Auseinandersetzung um diese Richtung, daß David ebenso wie fast alle anderen Delegierten, die mit seinen Ansichten sympathisierten, in Hannover für die Resolution Bebel stimmte<sup>4</sup>), ein Vorgang, der sich ganz ähnlich auf den folgenden Parteitagen wiederholte<sup>5</sup>). Denn im Gegensatz zu Bebel und Kautsky, die die in der Partei auftretenden Meinungsverschiedenheiten "auf die Höhe des Gegensatzes zweier großer politischer Richtungen" zu erheben strebten6), betonten die als "Revisionisten" Gebrandmarkten, daß sie sich durch den Inhalt derartiger Resolutionen gar nicht getroffen fühlten und daß es im übrigen über die positiven politischen Ziele innerhalb der Partei keine grundlegenden, an bestimmte "Richtungen" gebundenen, Differenzen gäbe. Vollmars Ausspruch, daß für einen Politiker "eine Handvoll praktischer Emanzipationsarbeit stets ein ganzes Schock Theoreme überwiegen" müsse"), entsprach durchaus Davids Haltung und kennzeichnete auch sein Bemühen, nicht durch "Theoreme" Barrieren zu errichten, die die "praktische Emanzipationsarbeit" behindern könnten. Freilich war für David selbst die Einheit der Partei kein solches "Theorem"; das zeigte seine Bereitwilligkeit, ja sein Drängen, die Parteiminderheit auszustoßen, als es sich im Kriege sehr schnell herausstellte, daß die Gegensätze in Fragen der aktuellen Politik unüberbrückbar zu sein schienen. Für die Jahre vor dem Kriege gibt es jedoch keinerlei Anzeichen dafür, daß David

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>) Eduard Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899.

<sup>2)</sup> Protokoll SPD-Parteitag 1899 S. 144.

<sup>3)</sup> A.a.O. S. 144.

<sup>4)</sup> A.a.O. S. 242 und 297. Vgl. dazu Eduard David, Warum konnten die "Bernsteinianer" für die Resolution Bebel stimmen?, in: Sozialistische Monatshefte 3. Jg. S. 549 ff. (November 1899).

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup>) Zu einer Demonstration wurde die Abstimmung auf dem Dresdener Parteitag über die den Revisionismus verurteilende Resolution, die mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde; *David* war in Dresden nicht delegiert; vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1903, S. 420.

<sup>6)</sup> K. Kautsky, Noch ein Wort zum Parteitag, in: Die Neue Zeit 21. Jg./II S. 750 (September 1903).

<sup>7)</sup> Protokoll SPD-Parteitag 1898 S. 105.

die Richtungskämpfe in der Partei durch organisierte Frontenbildung verschärfen wollte.

Davids Haltung in der innerparteilichen Auseinandersetzung um die Taktik der SPD wurde durch sein Bemühen bestimmt, die Operationsbasis der Partei zu verbreitern und ihre Manövrierfähigkeit zu erhöhen, um als konsequent parlamentarisch-demokratische Partei auf evolutionärem Wege zur Macht gelangen zu können. Dabei war er, "im schroffsten Gegensatz zu Kautsky", überzeugt, daß "die Eroberung der Regierungsgewalt in parlamentarisch regierten Staaten nur stückweise geschehen kann und geschehen wird1)". Der Versuch, der SPD neue soziale Schichten zuzuführen, hatte David bereits zu Beginn seiner politischen Laufbahn zum Studium der Agrarfrage veranlaßt. Zum Rekrutierungsfeld und Wählerreservoir der Partei rechnete er "alle Elemente, die sich von der agrarisch-feudal-klerikalen Reaktion bedroht fühlen2)", wobei er neben den Landarbeitern und kleinen Bauern vor allem auch an die "geistige Berufsarbeiterschaft" dachte. Besonders nach dem Wahlsieg von 1903 hielt er es für geraten, "das ganze arbeitende Volk im weitesten Sinne" in die Bewegung der industriellen Arbeiter hineinzuziehen3). Seine Absicht, eine breite politische Front zu schaffen, kommt am klarsten zum Ausdruck in seinem Plädoyer für einen gemeinsamen Kampf von Sozialdemokratie und Linksliberalismus zur Änderung des preußischen Wahlrechts, "eine nächste allernotwendigste historische Aufgabe", für beide Bewegungen, "die sie nur mit vereinter Kraft lösen können". Obwohl David "jeden als Verbündeten" betrachtet sehen wollte, "der in dieser einen Frage mit uns geht4)", äußerte er sich nicht öffentlich darüber, in welcher Form er sich dieses Bündnis vorstellte — was angesichts des Mißtrauens der SPD gegen die bürgerlichen Liberalen, auch deren linken Flügel, durchaus verständlich ist.

Davids Einfluß auf die Politik seiner Partei während des Krieges beruhte nicht zuletzt auf seiner engen, von ihm sorgsam gepflegten Verbindung zu führenden Gewerkschaftlern. Auch wenn sich persönliche Beziehungen zu den Gewerkschaften in den Vorkriegsjahren nicht nachweisen lassen, kann man seinen Äußerungen entnehmen, welch einen wichtigen Platz sie in seiner politischen Gesamtkonzeption stets eingenommen haben. Bereits in Hannover betonte er in seiner Interpretation der Bernsteinschen Auffassungen, daß der Hebel nicht nur bei der politischen, sondern ebenso bei der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Bewegung anzusetzen sei, "diese Dreieinigkeit" gelte es hochzuhalten<sup>5</sup>). Als in der 1905 verstärkt einsetzenden Auseinandersetzung um den

<sup>1)</sup> Eduard David, Der internationale Kongreß und die "Einigung" der französischen Sozialisten, in: Sozialistische Monatshefte 4. Jg. S. 708 (November 1900). — Es handelte sich um eine Auseinandersetzung über den "Millerandismus"; vgl. dazu 27. 8. 1914 (Anm. 3).

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>) Eduard David, Parteitag und internationaler Kongreß, in: Sozialistische Monatshefte 4. Jg. S. 515 (September 1900).

<sup>3)</sup> Eduard David, Die Eroberung der politischen Macht, in: Sozialistische Monatshefte 8. Jg./I S. 205 (März 1904).

<sup>4)</sup> Eduard David, Wo steht der Feind? in: Sozialistische Monatshefte 12. Jg./I S. 293 (März 1908).

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup>) Protokoll SPD-Parteitag 1899 S. 144. — Von *Davids* bereits in Hannover bekundeter Sympathie mit den Bestrebungen der Gewerkschaften führt eine stetige Entwicklung zu den von ihm im Kriege erwogenen Möglichkeiten, durch den Zusammenschluß der reformistischen Gruppe der SPD mit den Gewerkschaften eine neue Partei zu bilden; vgl. 4. 2. 1916.

politischen Massenstreik das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften zu einer der entscheidenden Fragen wurde, legte David der hessischen Landeskonferenz der SPD eine Resolution vor, die den bevorstehenden Parteitag in Mannheim aufforderte, "eine Verständigung mit den gewerkschaftlichen Organisationen [zu] erleichtern", und gleichzeitig die Notwendigkeit betonte, "eine ständige Verbindung zwischen den obersten Leitungen von Partei und Gewerkschaften" herzustellen1). Zwar wurde in Mannheim über diese Resolution nicht abgestimmt, da sie nicht genügend unterstützt worden war2); jedoch deckte sich die vom Parteitag angenommene Resolution Bebel — das berühmte "Mannheimer Abkommen" - inhaltlich mit Davids Forderung3). In einem Rückblick auf den Parteitag würdigte David Bebels "großes Verdienst [...], daß er jeden Versuch, den Gewerkschaften eine Rute zu binden, von sich abwies4)." Was den akuten Anlaß der Auseinandersetzung angeht, so lehnte es David nicht rundweg ab. politische Forderungen durch einen Massenstreik durchzusetzen, warnte aber vor der "Gefahr", die "im Zusammenwerfen der Begriffe Massenstreik und Straßenrevolution" liege5), und forderte dazu auf, Überlegungen anzustellen, "wie es möglich ist, jedem Proletarier so viel wirtschaftlichen Rückhalt zu verschaffen, daß er im Notfall auch einmal vier Wochen Ferien machen kann<sup>6</sup>)" — ein für die damalige Zeit illusionär anmutender Vorschlag, den politischen Streik risikolos zu machen. - Höchst beachtlich ist hingegen Davids Forderung nach "Neutralisierung der Gewerkschaften", damit eine gemeinsame Arbeit sozialdemokratischer, freisinniger, evangelischer und katholischer Arbeiter ermöglicht werde. was jedoch erfordere, daß "die diversen, die Geister trennenden "Endziele" politischer oder religiöser Prägung aus der offiziellen Agitation verschwinden?)".

Die 1894 erstmals auf einem Parteitag diskutierte Frage der Budgetbewilligung in den Landesparlamenten war 1908 anläßlich der Haltung der Badener erneut akut geworden und *David* stellte sich, wie nicht anders zu erwarten, im Einklang mit der Tradition der hessischen Partei, auf die Seite seiner süddeutschen Kollegen<sup>8</sup>). Vor dem Nürnberger Parteitag, der die Aktion der Badener verurteilte,

<sup>1)</sup> Protokoll der hessischen Landeskonferenz 1906 S. 12.

<sup>2)</sup> Protokoll SPD-Parteitag 1906 S. 307.

<sup>3)</sup> Vgl. a.a.O. S. 305.

<sup>4)</sup> Eduard David, Die Bedeutung von Mannheim, in: Sozialistische Monatshefte 10. Jg./II S. 910 (November 1906).

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup>) Eduard David, Rückblick auf Jena, in: Sozialistische Monatshefte 9. Jg./II S. 844 (Oktober 1905).

<sup>6)</sup> A.a.O. S. 845.

<sup>7)</sup> Eduard David, Parteitag und internationaler Kongreß, in: Sozialistische Monatsheste 4. Jg. S. 516 (September 1900).

<sup>8)</sup> Daß David die Auseinandersetzung über die Budgetfrage als eine Kraftprobe der norddeutschen Sozialdemokraten ansah, der die süddeutschen in geschlossener Front gegenübertreten müßten, geht aus seinem vor dem Magdeburger Parteitag geschriebenen Brief vom 29. 7. 1910 an Vollmar (Nachlaß Vollmar) hervor. Nachdem er Vollmar mitgeteilt hatte, daß die Budgetbewilligungsfrage auf dem Parteitag "von Berlin aus auf Biegen und Brechen gestellt" werden würde, Bebel die "äußerste Eventualität" erwäge und man die Budgetbewilliger "diesmal ohne irgendwelche Konzession zum "Gehorsam" zwingen" wolle, erklärt er, daß "in diesem Fall ein schwächliches, uneiniges Verhalten von seiten der Süddeutschen der schlimmste, nie wieder gutzumachende Fehler" wäre. "Vermögen wir nicht, die Gesamtpartei in die Bahn gesunder Entwicklung zu bringen, so haben wir die Pflicht, diese Entwicklung wenigstens nicht für den Süden durch den Unverstand der Majorität des Nordens verrauchen zu lassen."

hatte David erklärt: "Die schablonenhafte Verweigerung des Landesbudgets hebt die agitatorische Wirkung unserer Landtagsarbeit zu gutem Teil wieder auf1)." Auf dem Parteitag selber plädierte er für "Bewegungsfreiheit" der einzelnen Landesorganisationen als den einzigen Ausweg aus diesem festgefahrenen Streit. Zwei Jahre später legte er der hessischen Landeskonferenz eine Resolution vor, die mit 48 gegen 30 Stimmen angenommen wurde, in der die Regelung der Budgetsbewilligungsfrage durch Parteitagsbeschlüsse abgelehnt und Entscheidungsfreiheit für die Landesorganisation gefordert wird2). Auf dem Parteitag zogen jedoch die Hessen diesen Antrag zugunsten einer - dann mit großer Mehrheit abgelehnten - Resolution zurück, die die Einsetzung einer "Kommission zum Studium der budgetrechtlichen Verhältnisse des Reiches und der Bundesstaaten" befürwortete3). Die Zustimmung zu einem Budget, das von sozialdemokratischer Seite gestellte Forderungen berücksichtige, entsprach generell Davids Auffassung von der Möglichkeit und Notwendigkeit konstruktiver Mitarbeit im Parlament. Wenn er betonte, daß die Stellungnahme zum Budget "nur eine Frage der Taktik" sei<sup>4</sup>), und darum keiner zentral gesteuerten Parteidisziplin unterliegen dürfe, so kommt darin aber auch zum Ausdruck, daß er davon überzeugt war, im Süden Deutschlands sei eine andere "Taktik" geboten als im großagrarischen, reaktionären Preußen, das er als einen "Ausnahmefall", einen "Anachronismus ganz besonderer Art" bezeichnete<sup>5</sup>). Hingegen rühmte er leitenden Männern süddeutscher Regierungen nach, Dinge zu vertreten, die man in Preußen "als speziell sozialdemokratisch ausschreit", und meinte allgemein, daß die Staatsmänner im Süden "sehr bedeutend über dem Niveau der Staatsmänner in Berlin" stünden6). Es ist anzunehmen, daß David von einer Änderung des Dreiklassenwahlrechts die Möglichkeit erwartete, Preußen in zunehmendem Maße dem Regierungsstil und der politisch-sozialen Atmosphäre süddeutscher Länder anzupassen. In diesen Ländern grundsätzlich parlamentarische Opposition zu treiben, hielt er für "eine theoretische Schrulle")".

<sup>1)</sup> Eduard David, Zur Budgetbewilligung, in: Sozialistische Monatshefte 12. Jg./III S. 1139 (3. 9. 1908).

<sup>2)</sup> Protokoll hessische Landeskonferenz 1910 S. 61.

<sup>3)</sup> Protokoll SPD-Parteitag 1910 S. 180 und 376; vgl. dazu *Davids* Diskussionsbeitrag a.a.O. S. 325 ff.

<sup>4)</sup> In der Resolution der hessischen Landeskonferenz 1910, Protokoll a.a.O.

<sup>5)</sup> Eduard David, Wo steht der Feind?, in: Sozialistische Monatshefte 12. Jg./I S. 292 (5. 3. 1908). — Nach der Revolution von 1918 bezeichnete David das "neue Preußen" in seiner potentiellen Vormachtsstellung als "noch gefährlicher als das alte". Er trat für einen deutschen Einheitsstaat mit starker Zentralgewalt ein und befürwortete, um die Hegemonie Preußens zu brechen, die von Hugo Preußens vorgeschlagene Auflösung Preußens in einzelne Bundesstaaten, sowie eine Personalunion von Reichsregierung und preußischer Regierung. S. Davids Ausführungen in: Aufzeichnung über die Besprechung im Reichsamt des Innern vom 25. Januar 1919 über den der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung vorzulegenden Verfassungsentwurf; B.H.St.A. M Inn 74108; zum Zusammenhang vgl. Gerhard Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Band I, Berlin 1963, S. 142 ff.

<sup>6)</sup> Sten. Ber. Bd. 232 S. 4339 (27. 3. 1908).

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup>) Eduard David, Zur Budgetbewilligung, in: Sozialistische Monatshefte 12. Jg./III S. 1140 (3. 9. 1908).

Durch sein Wirken in Hessen, sein Auftreten auf den Parteitagen, insbesondere in Breslau und Hannover, und seine Mitarbeit an den Sozialistischen Monatsheften, die als das Organ der Revisionisten galten, war David in der Gesamtpartei und in einer breiteren Öffentlichkeit als ein führender Vertreter des rechten Flügels seiner Partei bekannt geworden. Aber die Bemühungen seiner Freunde, sein Ansehen und seinen Einfluß durch einen Platz in einem zentralen Parteigremium, der Kontrollkommission, zu erhöhen, waren nur vorübergehend erfolgreich1). Erst 1906 gelang es, Davids Mitgliedschaft in einer zentralen Einrichtung der Partei - deren Wirkungsbereich freilich sehr begrenzt war - zu sichern: Kontrollkommission und Parteivorstand wählten ihn in den neugeschaffenen Bildungsausschuß der Partei2). Es ist nicht von ungefähr, daß diese Wahl nicht durch das Plenum eines Parteitages, sondern von einem kleinen Gremium vorgenommen worden ist — denn bei der Masse der Parteimitglieder fand David in den Vorkriegsjahren nur beschränkte Resonanz. Davon zeugt auch seine Genugtuung nach der Reichskonferenz von 1916, daß dort eine von ihm verfaßte "prinzipielle Resolution" zum ersten Mal eine Mehrheit erhalten habe3). Die sozialdemokratischen Parteitage vor 1914, auf denen immer wieder der Versuch gemacht wurde, in sich sehr widerspruchsvolle Strömungen zu integrieren, waren nicht das Forum für den pragmatischen Reformismus eines Mannes wie David, der von seinen vorgegebenen Grundanschauungen her niemals Zugang zu der in der Mitgliedschaft der Partei stark verwurzelten und durch vielfache Erfahrungen untermauerten Klassenkampfideologie fand.

Nicht als ein von den Stimmungen der sozialdemokratischen Massen getragener Parteiführer, sondern als Exponent seiner Fraktion auf der Tribüne des Parlaments machte David seinen politischen Weg. Schon bald nachdem er in den Reichstag eingezogen war, bemerkte ein Journalist, daß von den neugewählten Sozialdemokraten außer Scheidemann nur David "größeren Eindruck" mache, denn er sei "einer von den wenigen, die den Stoff, den sie behandeln, ebenso beherrschen wie das Wort". "Man merkt", so heißt es weiter, "daß in dem kleinen Körper ein starker Geist wohnt, eine Intelligenz, die das Temperament davor bewahrt, über die Stränge zu schlagen<sup>4</sup>)." Und ein Nachruf, geschrieben in einer Zeit tiefster Enttäuschung über die Rolle des Parlaments in Deutschland, würdigt ihn als eine der Persönlichkeiten, "die uns den Glauben an Wert und Würde dieser Institution nicht ganz verlieren lassen<sup>5</sup>)".

Davids Fähigkeit, sich in eine Materie einzuarbeiten, gründliche Detailkenntnisse zu erwerben, Argumente schlagfertig und überzeugend zu formulieren, seine Freude am Belehren und am Diskutieren, und nicht zuletzt seine Überzeugung

<sup>1)</sup> Vgl. S. XXI (Anm. 3).

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>) Franz Osterroth/Dieter Schuster, Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Hannover 1963, S. 117.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>) S. 24, 9, 1916. — Diese Feststellung kann sich allerdings nur auf Resolutionen beziehen, die David auf Parteitagen vorgelegt hatte, denn in seiner Landesorganisation setzte er sich mit seinen Anträgen in der Regel durch.

<sup>4)</sup> Heinrich Neumann, Neue Männer im Reichstag, in: Die Woche (Berlin) 6. Jg. S. 432 f. (5. 3. 1904).

b) Willi Könemann, David †, in: Sozialistische Monatshefte 37. Jg. I S. 47 (19. 1. 1931).

von der zentralen Bedeutung des Parlaments für das politische Leben schlechthin machten ihn zu einem Parlamentarier par excellence<sup>1</sup>). Severing nennt ihn einen seiner Lehrmeister im Reichstag<sup>2</sup>), dessen "konziliante Art der Polemik" schon deshalb auf ihn den größten Einfluß ausgeübt habe, "weil sie auch den politischen Gegnern Respekt abnötigte<sup>3</sup>)". Zweifellos hat David versucht, mit dieser "konzilianten Art" der politischen Auseinandersetzung in der Fraktion stilbildend zu wirken.

Zunächst konzentrierte sich Davids parlamentarische Tätigkeit auf die gleichen Gebiete, die ihn auch als Landtagsabgeordneten beschäftigten: Kulturpolitik<sup>4</sup>), Fragen der Landwirtschaft, der Wirtschaft und Finanzen allgemein. Im März 1907 wurde er in den Ausschuß für Wirtschafts-, Steuer- und Agrarpolitik gewählt<sup>5</sup>) und galt von da an als der Steuerfachmann seiner Fraktion. Wenn es ihm auch versagt blieb, in einer Etatdebatte für seine Fraktion als Hauptsprecher das Wort zu nehmen<sup>6</sup>), so wurde er von 1907 an immer häufiger als einer der Fraktionsredner bei den Haushaltsberatungen bestimmt<sup>7</sup>). Im Februar 1912 wurde er in den Fraktionsvorstand gewählt<sup>8</sup>) und gelangte damit zum ersten Mal in eine mit zentralen politischen Führungsaufgaben betraute Körperschaft.

Davids gesamtes öffentliches Wirken war von Anfang an auf die Innenpolitik konzentriert gewesen. Auf diesem Gebiet war er ein in vielen Fragen gut beschlagener Politiker, in einigen ein hervorragender Fachmann geworden. Verhältnismäßig spät in seiner politischen Laufbahn wandte er sich dann auch außenpolitischen Fragen zu. Vor 1910 läßt sich abgesehen von gelegentlichen Äußerungen zur Zoll- und zur Kolonialpolitik<sup>9</sup>) ein außenpolitisches Engagement bei ihm nicht feststellen. Das muß um so mehr überraschen, wenn man sich seine leidenschaftlichen Stellungnahmen zur Außenpolitik während des Krieges und das damit verbundene intensive Bemühen vergegenwärtigt, außenpolitische Zusammenhänge auch der Vorkriegsjahre in der Öffentlichkeit darzulegen. Aus seinen Reichstagsreden der Jahre 1910 bis 1913 kristallisieren sich folgende außenpolitische Auffassungen heraus:

1. Das Verhältnis zwischen Deutschland und England sei die Zentralfrage der auswärtigen Politik Deutschlands<sup>10</sup>).

<sup>1)</sup> Scheidemann, Memoiren I S. 173 f. zählt *David* neben Ludwig *Frank* zu den "hervorragend begabte[n] Kollegen", über die die Reichstagsfraktion 1907 verfügte, denen jedoch, weil sie bei *Bebel* und *Singer* als Revisionisten verdächtig waren, nicht die erste Etatrede anvertraut wurde.

<sup>2)</sup> Severing II S. 80.

<sup>3)</sup> A.a.O. S. 270.

<sup>4)</sup> Vgl. seine Reden zum Zentrumsentwurf betr. Freiheit der Religionsübung, Sten. Ber. Bd. 202 S. 4260 ff. (4. 2. 1905) und Sten. Ber. Bd. 214 S. 770 ff. (24. 1. 1906).

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup>) Vgl. Quellen 3/I Nr. 181.

<sup>6)</sup> Vgl. Anm. 1.

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup>) Vgl. Quellen 3/I Nr. 190, 215, 237, 246, 247, 264, 286, 297, 308, 309, 319, 333.

<sup>8)</sup> Als einer der beiden Schriftführer; vgl. Quellen 3/I Nr. 284.

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup>) Auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart (1907) war *David* an der Formulierung einer Resolution zur Kolonialpolitik beteiligt, die vom Kongreß zugunsten einer den Kolonialismus schärfer verurteilenden abgelehnt wurde; vgl. Schorske S. 84 f.

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup>) So in der Etatrede vom 16. 3. 1910, Sten. Ber. Bd. 260 S. 2178. Vgl. dazu seine Etatrede vom 18. 5. 1912, Sten. Ber. Bd. 285 S. 2088: Es sei "zweifellos der Antagonismus zwischen Deutsch-

- 2. Die Erhöhung der englischen Seerüstung müsse als eine Folge der "deutschen Flottentreiberei" begriffen werden<sup>1</sup>). In Wirklichkeit sei die Bereitschaft der englischen Regierung, die Rüstung einzuschränken, sehr viel größer als die der deutschen<sup>2</sup>).
- 3. Wenn auch das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich den Schlüssel zu einer wahren Friedenspolitik auf dem europäischen Kontinent bilde<sup>3</sup>), bleibe doch das deutsch-englische Verhältnis das Kernproblem. Durch Verständigung mit England würde "auch eine Brücke nach Frankreich hinüber geschlagen". "Eine Annäherung der Westmächte, eine Verständigung zwischen Deutschland, England und Frankreich, das wäre eine Konstellation von ungeheurer Bedeutung<sup>4</sup>)."
- 4. Der "eigentliche Nutznießer" der Spannungen zwischen Deutschland und England sei Rußland<sup>5</sup>), da diese Spannungen sowohl Deutschland als auch England dazu brachten, Rußland bei der Erweiterung seiner Machtsphäre freie Hand zu lassen<sup>6</sup>).
- 5. Sowohl in Rußland als auch in Österreich gebe es eine Kriegspartei?). Zwar würden die Sozialdemokraten bei einem "provokatorischen Angriff" Rußlands, eingedenk des bekannten Bebel-Worts, bereit sein, "die Flinte auf den Buckel zu nehmen<sup>8</sup>)". Ungeachtet der grundsätzlichen Anerkennung der Österreich gegenüber bestehenden Bündnispflicht, halte die SPD jedoch eine Besinnung auf den eigentlichen Sinn des Vertrages zwischen Deutschland und Österreich für geboten, der "ein ausgesprochenes Defensivbündnis gegen russische Drohungen" begründe. "In dem Moment, wo einer der Vertragschließenden dieses Bündnis benutzen sollte, um seinerseits aggressiv vorzugehen, entfällt die Bundespflicht des anderen Teils [...]. Wenn Österreich Serbien angreift und Rußland Serbien beispringt, sind wir nach dem Vertrage nicht verpflichtet, die Waffen zu ergreifen, [...]. Nun handelt es sich bei der ganzen Frage freilich um den Begriff des Angriffskrieges, um das, was man unter "Angreifen" zu verstehen hat. Ein Angreifen liegt auch dann vor, wenn eine den Krieg beabsichtigende Partei dem Gegner so provokatorisch und rigoros gegenübertritt [...], daß diesem gar nichts anderes übrig bleibt, als sich zu wehren<sup>9</sup>)."

Es ist bemerkenswert, daß die von David in seinen Reichstagsreden der letzten Vorkriegsjahre vertretenen Ansichten durchaus im Einklang mit den traditionellen außenpolitischen Vorstellungen seiner Partei standen: Verständigung mit den Westmächten, Abwehr der von Rußland ausgehenden Friedensbedrohung, Bereitschaft zur Verteidigung des eigenen Landes, falls es angegriffen werde.

land und England von dem aus alle diese Dinge [Konflikte in Ostasien, im Mittelmeer usw.] zu verstehen sind. [...]. Die große Frage der auswärtigen Politik ist und bleibt für die nächste Zeit die Entspannung des Verhältnisses zwischen Deutschland und England [...]". Vgl. dazu auch Davids Äußerung: "Unsere beste Handelspolitik ist und bleibt Freundschaft mit England." Sten. Ber. Bd. 286 S. 2512 (3. 12. 1912).

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>) So in der Etatrede vom 16. 3. 1910, a.a.O. S. 2179; vgl. auch Sten. Ber. Bd. 285 S. 2088 (18. 5. 1912).

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>) Vgl. Sten. Ber. Bd. 283 S. 155 f. (20. 2. 1912); Sten. Ber. Bd. 285 S. 2091 (18. 5. 1912); Sten. Ber. Bd. 291 S. 6417 (12. 12. 1913).

<sup>3)</sup> So in der Etatrede vom 12. 12. 1913, Sten. Ber. Bd. 291 S. 6418.

<sup>4)</sup> So in der Etatrede vom 3. 12. 1912, Sten. Ber. Bd. 286 S. 2513.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup>) So in der Etatrede vom 3. 12. 1912, Sten. Ber. Bd. 286 S. 2512.

<sup>6)</sup> Sten. Ber. Bd. 285 S. 2088 (18. 5. 1912).

<sup>7)</sup> Sten. Ber. Bd. 286 S. 2508 ff. (3. 12. 1912).

<sup>8)</sup> A.a.O. S. 2512.

<sup>9)</sup> A.a.O. S. 2509 f.

Wenn er auf die Schwierigkeit hinwies, den "Angreifer" eindeutig zu bestimmen, knüpfte er an eine parteigeschichtliche Erfahrung an: an dieser Problematik hatte sich 1870 der Konflikt innerhalb der deutschen Sozialdemokratie beim Ausbruch des deutsch-französischen Krieges entzündet. Davids günstige Beurteilung der britischen Verständigungsbereitschaft und seine unverkennbare Vorliebe für England hängen zweifellos mit seiner Hochschätzung des englischen Regierungssystem zusammen; und auch diese Übertragung innenpolitischer Wertmaßstäbe auf außenpolitische Konzeptionen hatte ihren Platz in der sozialdemokratischen Tradition. Die Übereinstimmung seiner außenpolitischen Äußerungen im Parlament mit der allgemeinen Parteimeinung war nicht durch die Fraktionsdisziplin erzwungen worden, sondern entsprach seiner eigenen Überzeugung. Wäre es anders gewesen, so hätte David wahrscheinlich nicht gezögert, seine abweichende Meinung publizistisch zu äußern, wie er es in anderen Fällen getan hatte.

Obwohl David auch in der Außenpolitik während des Krieges zu einem der führenden Sprecher seiner Partei wurde, hat er dieses Gebiet nie so beherrscht, daß er ein eigenständiges Konzept hätte entwickeln können. Daraus erklärt sich auch, daß er im Kriege außenpolitische Zusammenhänge und Entwicklungen in einer Weise darstellte, die seinen früheren Stellungnahmen widersprach<sup>1</sup>). Mochte es ihm auch noch so schmerzlich erscheinen, sein Land in einen Krieg gegen England und Frankreich verwickelt zu sehen2), so vertrat er doch die These, daß die Tripleentente "ein Weltverteilungssyndikat, eine auf Länderraub im größten Maßstabe ausgehende Unternehmung sei3)", daß Deutschland niemals darauf ausgegangen sei, einen Konflikt mit der Tripleentente zu provozieren4) und daß die "imperialistische Angriffspolitik [...] von der anderen Seite" gekommen sei<sup>5</sup>). Davids widersprüchliche Interpretation der Geschichte internationaler Beziehungen, seine schwankende Haltung zur Annexionsfrage<sup>6</sup>), seine unrealistischen Spekulationen über einen "Zweckverband der germanischen Staaten7)" - das alles deutet darauf hin, daß er in der Außenpolitik nicht auf eigenem Boden stand: Während er sich in den Vorkriegsjahren im allgemeinen den in seiner Partei gängigen außenpolitischen Anschauungen angeschlossen hatte, geriet er während des Krieges in den Bann einer nationalen Stimmung, die sein kritisches Urteil trübte.

Unbeirrt blieb er hingegen in den Fragen der Innenpolitik. Höchst aufschlußreich für das Verhältnis von Innen- und Außenpolitik in seinem Denken ist eine

<sup>1)</sup> Vgl. insbesondere seine Beschreibung der englischen Politik in seiner Schrift Die Sozialdemokratie im Weltkrieg, Berlin 1915, S. 56 ff.

<sup>2)</sup> Aufschlußreich ist die kurze Wiedergabe eines am 4. August 1914 geführten Gesprächs bei Hanssen S. 28: "I had a long conversation with Dr. David. His spiritual anguish, like that of many others, manifests itself in physical suffering. "Terrible! Terrible", he muttered. "If we could only overthrow Czarism, liberate Finland and grant freedom to the Russian people — then it would be worth a war. But it is distressing to have to fight the Western powers as well"."

<sup>3)</sup> Eduard David, Sozialdemokratie und Vaterlandsverteidigung, Bielefeld [1915], S. 15.

<sup>4)</sup> Eduard David, Sozialdemokratie und Weltkrieg, Berlin 1915, S. 68.

<sup>5)</sup> A.a.O. S. 69.

<sup>6)</sup> Vgl. das Kriegstagebuch passim.

<sup>7)</sup> Vgl. insbes. Oktober 1915; ähnliche Andeutungen passim.

Tagebucheintragung aus den ersten Kriegsmonaten: "Es ist unklug, die Annexionsfrage zu der Hauptfrage für unsere ganze politische Haltung zu machen. Wir dürfen uns um ihretwillen nicht die ganze innere Fortschrittsmöglichkeit verderben1)." "Fortschrittsmöglichkeit" aber bedeutete für ihn in erster Linie ein demokratisches Wahlrecht in Preußen, "das A und O der inneren Politik2)". Da die SPD in ihrer gesamten Geschichte der Innenpolitik den Vorrang vor der Außenpolitik eingeräumt hat, war David in dieser Hinsicht ein durchaus typischer Vertreter seiner Partei. Die Deutung eines amerikanischen Historikers, daß "die reformistische Komponente in der Vorkriegspolitik der [Sozialdemokratischen] Partei, das Streben nicht nach Macht, sondern nach "Gleichberechtigung', im Wunsch nach Status und Anerkennung innerhalb der bestehenden Ordnung" ihre Wurzel habe3), trifft in vollem Umfang auf Davids politische Maximen und Zielsetzungen zu. Die durch den Krieg geschaffene Situation schien ihm die Chance für den Durchbruch der SPD zu "Status und Anerkennung" zu bieten und er fühlte sich — gleichsam als Mentor seiner Partei berufen, ihr zu zeigen, wie diese Chance zu nutzen sei. Durch jeden Schritt, der die SPD, tatsächlich oder vermeintlich, der "Gleichberechtigung" näherbrachte, sah er sich in seinen Bemühungen bestätigt. Dabei war es ihm selbstverständlich, daß die Arbeiterbewegung ihre durch den Krieg noch gesteigerte potentielle Macht nicht uneingeschränkt und rücksichtslos ausnutzen dürfte. Das verbot ihm nicht nur seine patriotische Gesinnung, sondern auch seine Überzeugung, daß der Fortschritt im gesellschaftlichen Leben nicht durch Druck und Unnachgiebigkeit erzwungen werden könne, sondern unter Achtung demokratischparlamentarischer Spielregeln auf dem Wege der Verständigung und des Kompromisses errungen werden müsse. Die "bestehende Ordnung" wollte er nicht stürzen, sondern verbessern. Noch am 25. Oktober 1918 erklärte er als Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt4) — so berichtet der damalige Reichskanzler über eine Sitzung im Reichsamt des Innern - "es handle sich heute darum, eine Rettungsaktion für den Kaiser zu machen<sup>5</sup>)".

Wohl kein anderer der führenden Sozialdemokraten hat so zäh wie David an der durch den 4. August inaugurierten Kriegspolitik der Parteimehrheit festgehalten, die, von der Grundlage des bald genug brüchig werdenden Burgfriedens ausgehend, zur Kooperation mit der Reichsleitung und den Fraktionen der Mitte geführt hatte. Nicht zu Unrecht sprach daher die Gleichheit im September 1917 davon, daß der "Genosse David [...] von Anbeginn des Krieges an der beredtste Wortführer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in ihren inneren Auseinandersetzungen wie gegen Angriffe von außen gewesen" sei<sup>6</sup>). Auf diese Zeit, in der er einen größeren Einfluß auszuüben vermochte als jemals

<sup>1)</sup> Vgl. 7. 11. 1914.

<sup>2)</sup> Vgl. Quellen 3/II Nr. 492 b.

<sup>3)</sup> Schorske, S. 290.

<sup>4)</sup> Zu seiner Ernennung zum Unterstaatssekretär vgl. 3. 10. 1918 (Anm. 4), 15. 10. 1918 und 18. 10. 1918.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup>) Prinz Max von Baden, Erinnerungen und Dokumente, Berlin und Leipzig 1927, S. 511.

<sup>6)</sup> Die Gleichheit 27. Jg. S. 187 (28. 9. 1917). — Die von Klara Zetkin gegründete Frauenzeitschrift der SPD wurde nach ihrer Entlassung als Redakteurin (Mai 1917) von Marie Juchacz und Heinrich Schulz redigiert.

zuvor und nachher, wirft sein hier vorgelegtes Kriegstagebuch, wie bereits eingangs betont, eine Fülle von neuen Schlaglichtern. Es war vor allem seine Mitgliedschaft im Fraktionsvorstand - dessen Bedeutung für die sozialdemokratische Kriegspolitik durch die Aufzeichnungen Davids zum ersten Mal präzise und detailliert belegt wird -, die es ihm von der ersten Stunde des Krieges an ermöglichte, eine so hervorragende Rolle zu spielen. Anders als seine Fraktionskollegen Albert Südekum und Wolfgang Heine, deren politische Intentionen sich am ehesten mit den seinen deckten, verfügte David über eine Reihe von Voraussetzungen, die seinem Wort in der Fraktionsführung Gewicht verliehen. War er auch nie ein Mann der Massen gewesen, so hatte er doch in der Parteiorganisation einen festeren Rückhalt. Trotz seiner Übersiedlung nach Berlin hatte er sich nie der hessischen Ausgangsbasis seines Wirkens entfremdet, so daß er als einer der angesehensten Führer der Sozialdemokratie in den süddeutschen Mittelstaaten galt. Hinzu kam ein so enger Kontakt zu der Generalkommission der Gewerkschaften, wie ihn kein anderer der intellektuellen Vertreter des rechten Flügels der Reichstagsfraktion besaß. Seine Beteiligung an der Formulierung der Erklärung vom 4. August1), die von ihm entworfenen Leitsätze zur Kriegspolitik der SPD im Jahre 1915<sup>2</sup>), die ebenfalls auf ihn zurückgehende Resolution auf der Reichskonferenz des folgenden Jahres3), seine Delegierung zur Stockholmer Friedenskonferenz der Sozialdemokraten4) und sein Hervortreten als Berichterstatter der Reichstagsfraktion auf dem Würzburger Parteitag<sup>5</sup>) zeugen eindrücklich davon, wie erfolgreich seine Bemühungen in den Jahren des Weltkrieges waren. Zu seiner Genugtuung fühlte er sich auch als ein von der Reichsleitung und den Führern der bürgerlichen Parteien bevorzugter Verhandlungspartner anerkannt. Als einer der dauernden Vertreter der Sozialdemokraten im Interfraktionellen Ausschuß seit dem Juli 19176) stellte er sich, ebenso wie Südekum, am schnellsten und selbstverständlichsten auf die neue Form der Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien ein<sup>7</sup>), die in manchem seinen hessischen Vorkriegserfahrungen und seiner schon in der Vorkriegszeit ausgeprägten innenpolitischen Konzeption entsprach.

Obwohl David in der ersten Nachkriegszeit eine nach außen hin glänzendere Rolle übernahm, hatte er doch mit dem Zusammenbruch des Kaiserreichs den Höhepunkt seines politischen Einflusses überschritten. In der ersten Zeit nach Ausbruch der Revolution war er nach außenhin kaum in Erscheinung getreten<sup>8</sup>),

<sup>1)</sup> Vgl. 1. 8. 1914, 2. 8. 1914 und 3. 8. 1914.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>) Vgl. 3. 8. 1915 (Anm. 1) und 14. 8. 1915.

<sup>3)</sup> Vgl. 21. 9. 1916, 22. 9. 1916, 24. 9. 1916.

<sup>4)</sup> Vgl. 4. 6. 1917 (bes. Anm. 2), 6. 6. 1917 (bes. Anm. 2), 7. 6. 1917 (bes. Anm. 1).

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup>) Vgl. 16. 10. 1917 und 17. 10. 1917.

<sup>6)</sup> Vgl. Quellen 1/I 3 ff.

<sup>7)</sup> Vgl. Quellen 1/I und 1/II und Quellen 2 passim.

<sup>8)</sup> Eine — wenn auch nur als stark subjektiv zu wertende — Illustration der Haltung Davids, der sein im Oktober 1918 übernommenes Amt als Unterstaatssekretär beibehielt, liefert die Tagebuchaufzeichnung des Grafen Kessler vom 16. 11. 1918, die sich auf eine Begegnung mit David, "einem ausgesprochen klein-bürgerlichen, pedantischen grauen kleinen Mann von etwas abstoßendem Mangel an Wärme (früher Lehrer)" bezieht. Kessler war als deutscher Gesandter in Warschau vorgesehen gewesen, Haase wollte jedoch eine Frau mit diesem Posten beauftragen.

bis ihn die Weimarer Nationalversammlung am 7. Februar 1919 mit 374 von 399 Stimmen zu ihrem ersten Präsidenten wählte. Er behielt dieses Amt, das er nach Zeugnis eines seiner langjährigen Freunde als "die Krönung seiner politischen Arbeit" empfunden haben soll¹), jedoch nur vier Tage und mußte dann den Präsidentenstuhl auf Grund interfraktioneller Vereinbarungen dem Zentrumsabgeordneten Fehrenbach übergeben2). Dafür wurde er als Reichsminister ohne Portefeuille in das Kabinett Scheidemann berufen und übernahm nach Scheidemanns Rücktritt im Kabinett Bauer das Reichsministerium des Innern<sup>3</sup>). Nachdem die Demokraten im Oktober 1919 wieder in die Regierung eingetreten waren, mußte David sein Ressort aufgeben, gehörte aber bis Juni 1920 als Minister ohne Portefeuille weiter den Regierungen Bauer und Hermann Müller an. Seit 1921 bekleidete er neben seinem Reichstagsmandat, das er bis zu seinem Tode beibehielt, das politisch bedeutungslose Amt des Reichsgesandten in Darmstadt<sup>4</sup>), aus dem er 1927 in den Ruhestand versetzt wurde. Am 24. Dezember 1930 ist David in Berlin gestorben. In Mainz, der Stadt, die er seit 1903 ununterbrochen im Reichstag vertreten und in der sein Wirken die größte Anerkennung gefunden hatte, wurde er "wie ein König zu Grabe getragen5)".

Das letzte Jahrzehnt von *Davids* Leben ist durch Selbstbeschränkung und politische Resignation gekennzeichnet, wozu zweifellos nicht zuletzt die Enttäuschung über die Entwicklung der Republik und seiner eigenen Partei beigetragen hat. "Je älter man wird und je mehr man sich mit der Wissenschaft

Gegen diese Absicht Haases habe David, so schreibt Kessler, "ziemlich stark" polemisiert, "ohne aber irgendeinen praktischen Vorschlag zu machen, wie meine Ernennung schnell gefördert werden könne". Er habe außerdem "ängstlich darauf aufmerksam [gemacht], daß die Bestätigung des Kriegskabinetts für meine Mission nicht genüge; ich müsse außerdem eine Vollmacht vom Vollzugsrat haben, sonst würden mich die Arbeiter- und Soldatenräte nicht anerkennen"; Harry Graf Kessler, Tagebücher 1918—1937, hrsg. von Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt a. M. 1961, S. 33 f.

- 1) Karl Hildenbrand, Eduard David, in: Sozialistische Monatshefte 37. Jg./I S. 30 (19. 1. 1931).
- 2) Vgl. Severing I S. 237 f.
- 3) David war, im Gegensatz zu Scheidemann, für die Unterzeichnung des Friedensvertrages eingetreten; nach Rudolf Nadolny, Mein Beitrag, Wiesbaden 1955, S. 55 war "David der erste", gefolgt von Noske, der in einer Kabinettssitzung aussprach, "daß wir unter diesen Umständen doch würden unterzeichnen müssen". Vgl. dazu die Bemerkung Erzbergers, daß nach der Demissionierung Scheidemanns "als neuer Ministerpräsident [...] nach dem parlamentarischen Verlauf der Dinge der Sozialdemokrat David oder Noske in Betracht gekommen" wären; Erzberger S. 378. Vgl. auch Scheidemann, Memoiren II S. 371, Keil II S. 182 f. und Gustav Noske, Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1920, S. 147 ff.
- 4) Während der Besatzungszeit hatte das Amt eine begrenzte praktische Funktion, auf die Heinrich David (s. S. XV, Anm. 4) in einem Brief an die Bearbeiter hinweist: "In den Jahren der französischen Besatzung in Rheinhessen und einem Teil der damaligen Provinz Starkenburg brauchte die Reichsregierung einen Vertreter an Ort und Stelle, der Schwierigkeiten aus dem Wege räumte, für die sich die hessische Landesregierung nicht allein zuständig betrachten konnte: z. B. die Ausweisung von Reichsbahn- und Postpersonal und anderen Reichsbeamten aus dem besetzten Gebiet. Aber auch soweit die Regierung des Volksstaats Hessen selbst mit den Franzosen in Konslikt geriet, mochte sie sich rascher an den Reichsvertreter wenden als nach Berlin. Das geschah wohl auch zuweilen. 1926 und 1927 beruhigten sich dann die Verhältnisse, und das Amt büßte seine praktische Bedeutung ein."
- <sup>5</sup>) Der Oberbürgermeister von Mainz, Franz Stein, in einem Gespräch mit der Bearbeiterin am 9. 12. 1964.

3 XXXIII

beschäftigt, um so bescheidener wird man", bekannte er auf dem Görlitzer Parteitag¹). Und am 25. Januar 1922 schrieb er nach einer Sitzung der Reichstagsfraktion in sein Tagebuch: "Das konkrete Nächste ist mir nicht mehr wichtig genug. Also tauge ich nicht mehr zum Tagespolitiker²)." Zwar widmete er sich weiter der Politik und seinen wissenschaftlichen Interessen, es war aber mehr ein gewissenhaftes Ergänzen bereits erarbeiteter Einsichten als ein schöpferisches Suchen und Finden neuer.

Er veröffentlichte das Ergebnis seiner vertieften Studien über die Landwirtschaft<sup>3</sup>), bearbeitete seinen in der SPD weit verbreiteten und populären "Referentenführer" für Neuauflagen4) und verfaßte ein nicht publiziertes Manuskript über die deutsche Sozialdemokratie im Weltkrieg<sup>5</sup>). 1926 erhielt er einen vom Amerikaner Edward Filene gestifteten Preis für seine Abhandlung zum Thema "Wie kann Friede und Gedeihen für Deutschland und Europa durch internationale Zusammenarbeit gesichert werden ?"6), in der er Coudenhove-Kalergis Paneuropa-Idee als "Fernziel" anerkennt, als nächsten Schritt auf dieses Ziel hin die "wirtschaftliche Solidarisierung" empfiehlt") und der Interparlamentarischen Union, ausgebaut zu einer Art "Unterhaus" beim "Staatenkongreß des Völkerbundes", eine wichtige Funktion bei der Friedenssicherung zuweist<sup>8</sup>). 1922 wurde er zum Senator der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften ernannt<sup>9</sup>), 1925 verlieh ihm die Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität München die Würde eines Ehrendoktors<sup>10</sup>). Von 1923 bis 1927 hatte er einen Lehrauftrag für die Wissenschaft der Politik an der Technischen Hochschule Darmstadt inne und konnte so seine pädagogischen Fähigkeiten wieder unmittelbar betätigen.

Wenn es David in jener Zeit auch nicht an Anerkennung und Ehrungen fehlte, so bleibt es doch unverkennbar, daß er gerade in dem Staat von Weimar, dessen Verfassungsform den von ihm ehemals unermüdlich und leidenschaftlich verfochtenen Vorstellungen in hohem Maße entsprach, nie zu unmittelbarem, gestaltendem Einfluß gelangte.

<sup>1)</sup> Protokoll SPD-Parteitag 1921 S. 318.

<sup>2)</sup> BA Nachlaß David 17.

<sup>3)</sup> Vgl. S. XVII (Anm. 3).

<sup>4)</sup> Eduard David, Referentenführer. Eine Einführung in die Kunst der Rede. Siebente neubearbeitete und vermehrte Auflage, Berlin 1930 (Erste Auflage 1907).

<sup>5)</sup> Es befindet sich im Nachlaß David.

<sup>6)</sup> Davids Arbeit ist unter dem Titel: Die Befriedung Europas [Berlin 1926] erschienen.

<sup>7)</sup> A.a.O. S. 15.

<sup>8)</sup> A.a.O. S. 22 f. — Nach dem Kriege betätigte sich David intensiv in der Interparlamentarischen Union; vgl. den Nachruf in: Interparlamentarisches Bulletin 11. Jg. S. 10 f. (Januar 1931).

<sup>9)</sup> Schreiben des preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Bildung vom 11. 3. 1922 im Nachlaß David.

<sup>10)</sup> Wie es in dem David zum Doctor oeconomiae publicae ernennenden Diplom (im Nachlaß David) heißt, wurde es ihm wegen seiner "höchst wertvollen, unparteiischen und unbefangenen wissenschaftlichen Erörterungen agrarpolitischer Probleme" verliehen.

## Zur Edition

Eduard David führte sein Tagebuch in Stolze-Kurzschrift mit gelegentlichen langschriftlichen Einsprengseln. Die stenographischen Aufzeichnungen der Jahre 1917 und 1918 sind im Zweiten Weltkrieg verlorengegangen, waren aber schon vor 1939 von einem seiner Brüder stenographisch ausgezogen und später ebenso wie das Originaltagebuch für die ersten Kriegsjahre in Maschinenschrift übertragen worden. Die vorliegende Edition beruht auf diesen Übertragungen, die zusammen mit den übrigen genannten Unterlagen 1960 vom Bundesarchiv erworben wurden. Im Bundesarchiv befinden sich ferner Original und maschinenschriftliche Übertragung von Tagebuchaufzeichnungen Davids aus der Zeit vom 1. Januar bis 9. März 1919 und vom 1. Januar bis 28. Dezember 1922. Soweit das stenographische Original überliefert ist, hat Herr Josef Brandenburg, Stadtstenograph in Köln, die — im allgemeinen zuverlässige — Übertragung überprüft und, wo nötig, berichtigt.

Die vorliegende Edition gibt die mit dem 29. Juli 1914 einsetzenden und bis zum 31. Dezember 1918 fortgeführten Tagebucheintragungen vollständig wieder, mit Ausnahme der auf den 9. November 1918 folgenden stichwortartigen Aufzeichnungen, deren Abdruck nicht lohnte, und einer Reihe von politisch irrelevanten Eintragungen privaten Charakters. Diese Auslassungen sind beim Abdruck durch [...] gekennzeichnet. Auch alle Zusätze der Bearbeiter stehen in [eckigen Klammern]. Einige Tagebuchstellen, die Davids persönliches Leben betreffen, sind in Regesten zusammengefaßt, die durch fortlaufenden Kursivdruck kenntlich gemacht werden.

Durch Kursivdruck werden ferner — sowohl im Text als auch in den Anmerkungen — Familiennamen, Zeitungs- und Zeitschriftentitel hervorgehoben, in den Anmerkungen auch die Daten von Tagebucheintragungen, auf die verwiesen wird. Unterstreichungen in der Druckvorlage sind gesperrt wiedergegeben.

Im Stenogramm vorkommende Fragezeichen, häufig in runde Klammern gesetzt, sind durchweg übernommen worden. Unsicherheiten in der Lesart wurden nur dann angemerkt, wenn sich der Zusammenhang nicht eindeutig klären ließ. Die Schreibung von Eigennamen wurde stillschweigend berichtigt, sofern kein Zweifel über die Identität möglich war.

Soweit Davids Aufzeichnungen sich auf Vorgänge beziehen, die in den bereits erschienenen Quelleneditionen der gleichen Reihe<sup>1</sup>) ausführlicher behandelt sind, wird in den Anmerkungen in erster Linie auf diese Bezug genommen. Sachliche Angaben, insbesondere Abstimmungsergebnisse aus der Fraktion, bleiben unkommentiert, wenn sie mit den Stellen, auf die verwiesen wird, übereinstimmen. Auch die dort gegebenen Quellen- und Literaturhinweise werden in der Regel nicht wiederholt.

Wir sind der Tochter Eduard Davids, Frau Sonja Hertneck, Mönchengladbach,

<sup>1)</sup> Vgl. S. XI (Anm. 2). — In diesen Quelleneditionen sind auch verschiedene Stellen aus Davids Tagebuch abgedruckt, auf andere ist verwiesen worden.

und seinem Sohn, Herrn Heinrich David, München, für ihre verständsnisvolle Hilfe zu großem Dank verpflichtet. Sie haben uns großzügig die Erlaubnis erteilt, den Nachlaß ihres Vaters zu benutzen, und haben darüber hinaus zur Klärung von Einzelheiten zur Biographie Eduard Davids beigetragen.

Durch wertvolle Auskünfte wurden wir vor allem durch folgende Damen und Herren unterstützt, denen herzlich gedankt sei: Hedwig Wachenheim, New York; Hermine Winkler, Berlin; Agnes Wurmbach, Kiel; Wilhelm Keil, Ludwigsburg; Per Lind, Arbetarrörelsens Arkiv, Stockholm; Paul Mayer, Bonn; Dr. Dietrich Mende, Bonn; Oberarchivrat Dr. Wolfgang Mommsen, Koblenz; Franz Osterroth, Kiel.

Ferner gilt unser Dank den Archiven, Bibliotheken und Instituten, die diese Edition gefördert haben: neben dem Bundesarchiv, Koblenz, insbesondere dem Archiv des Vorstandes der SPD, Bonn, dem Internationalen Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam; weiter der Historischen Kommission zu Berlin sowie der Bundestagsbibliothek, Bonn, der Universitätsbibliothek Bonn, der Auer-Bibliothek, Hamburg, der Stadtbibliothek Mainz und der Stadtbibliothek Mönchengladbach.

Das Register dieses Bandes hat Herr cand. phil. Heinrich Potthoff angefertigt, dem ebenfalls an dieser Stelle herzlich gedankt sei.

## Verzeichnis der Archivalien

Nachlaß Bernstein

Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, Archiv

Eduard Bernstein

Nachlaß David

Privathesitz Heinrich David, München

Nachlaß David BA

Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Eduard David

Dittmann, Erinnerungen

Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, Archiv

Wilhelm Dittmann

Nachlaß Heine

Privatbesitz, Nachlaß Wolfgang Heine

Nachlaß Molkenbuhr

Archiv des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,

Bonn, Nachlaß Hermann Molkenbuhr

Nachlaß Südekum

Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Albert Südekum

Nachlaß Vollmar

Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, Archiv

Georg von Vollmar

BHStA, M Inn.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Ministerium des Innern

## Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

Adelung

Bernhard Adelung: Sein und Werden. Vom Buchdrucker in Bremen zum Staatspräsidenten in Hessen. Bearb. von Karl Friedrich. Offenbach a. M. 1953.

Amtliche Urkunden

Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918. Auf Grund der Akten der Reichskanzlei, des Auswärtigen Amtes und des Reichsarchivs hrsg. vom Auswärtigen Amt und vom Reichsministerium des Innern. 2. verm. Aufl. Berlin 1924.

Bartel

Walter Bartel: Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg. Berlin (Ost) 1958.

Bergsträsser

Ludwig Bergsträsser: Die preußische Wahlrechtsfrage im Kriege und die Entstehung der Osterbotschaft 1917. Tübingen 1929.

\_

Eduard Bernstein: Die Internationale der Arbeiterklasse und der europäische Krieg. Tübingen 1916.

Bernstein, Die Inter-

nationale

Julius Braunthal: Geschichte der Internationale. 2 Bde. Hannover

Braunthal, Internationale
I und II

1961/63.

Bredt

Johann Viktor Bredt: Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg. Gutachten. (Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages. 4. Reihe: Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918. Bd. 8). Berlin 1926.

Cole IV/1 und IV/2

G. D. H. Cole: A History of Socialist Thought. Vol. IV, Part 1 and 2, Communism and Social Democracy 1914—1931. London 1958.

Conze

Werner Conze: Polnische Nation und deutsche Politik im ersten Weltkrieg. Köln-Graz 1958.

Correspondenzblatt

Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

•

Clemens von Delhrück: Die wirtschaftliche Mohilmachung in I

Delbrück

Clemens von Delbrück: Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland 1914. Aus dem Nachlaß hrsg. u. ergänzt von Joachim v. Delbrück. München 1924.

Dittmann, Erinnerungen s. Archivalien.

Dokumente und Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiter-Materialien II/1 bewegung. Reihe II: 1914—1945. Band 1 Juli 1914—Oktober 1917,

bewegung. Reihe II: 1914—1945. Band 1 Juli 1914—Oktober 1917, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin (Ost) 1958.

Epstein Klaus Epstein: Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen

Demokratie. Berlin-Frankfurt a. M. 1962.

Erzberger Matthias Erzberger: Erlebnisse im Weltkrieg. Stuttgart u. Berlin 1920.

Fainsod Merle Fainsod: International Socialism and the World War. Cam-

bridge (Mass.) 1935.

Fischer Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des

kaiserlichen Deutschland 1914/18. 3. verbesserte Auflage, Düssel-

dorf 1964.

Frölich Paul Frölich: 10 Jahre Krieg und Bürgerkrieg, I. Der Krieg, Berlin

1924.

Gankin/Fisher Olga Hess Gankin and H. H. Fisher: The Bolsheviks and the World

War. The Hoover Library on War, Revolution, and Peace. Publi-

cation Nr. 152. Stanford (Ca.) 1960.

Gatzke Hans W. Gatzke: Germany's Drive to the West (Drang nach Westen).

A Study of Germany's Western War Aims during the First World

War. Baltimore 1950.

Gerard James W. Gerard: Meine vier Jahre in Deutschland. Memoiren des

Botschafters Gerard. Lausanne 1919.

Grappin Pierre Grappin: Le Bund "Neues Deutschland" (1914—1916). Ses

rapports avec Romain Rolland. (Bibliothèque de la Société des

études germaniques 7). Lyon 1952.

Grünberg, Die Inter-

nationale

Carl Grünberg: Die Internationale und der Weltkrieg. Materialien. Leipzig 1916.

Grumbach Salomon Grumbach: Das annexionistische Deutschland. Lausanne

1917.

Hanssen Hans Peter Hanssen: Diary of a Dying Empire. Bloomington (Indiana

University Press) 1955.

Heine, Erinnerungen

Hirsch

s. Archivalien.

Paul Hirsch: Der Weg der Sozialdemokratie zur Macht in Preußen.

Berlin 1929.

Janßen Karl-Heinz Janßen: Macht und Verblendung. Kriegszielpolitik der

deutschen Bundesstaaten 1914/18. Göttingen—Berlin—Frankfurt—

Zürich 1963.

Kautsky, Sozialisten

und Krieg Keil I und II Karl Kautsky: Sozialisten und Krieg. Ein Beitrag zur Ideengeschichte des Sozialismus von den Hussiten bis zum Völkerbund. Prag 1937.

Wilhelm Keil: Erlebnisse eines Sozialdemokraten. 2 Bde. Stuttgart

1947/48.

Klimas P. Klimas: Der Werdegang des Litauischen Staates von 1915 bis zur

Bildung der provisorischen Regierung im November 1918. Dargestellt

auf Grund amtlicher Dokumente. Berlin 1919.

Koszyk Kurt Koszyk: Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemo-

kratische Presse von 1914 bis 1933. Heidelberg 1958.

Kuczynski Jürgen Kuczynski: Der Ausbruch des ersten Weltkrieges und die

deutsche Sozialdemokratie. Chronik und Analyse. Berlin (Ost) 1957.

Kühlmann Richard von Kühlmann: Erinnerungen. Heidelberg 1948.

Lehmann-Rußbüldt: Der Kampf der deutschen Liga für Men-

schenrechte, vormals Bund Neues Vaterland, für den Weltfrieden

1914—1927. Berlin 1927.

Matthias Erich Matthias: Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten

1914—1945. Eine Übersicht. (Arbeitsgemeinschaft für Osteuropa-Forschung: Forschungsberichte und Untersuchungen zur Zeitge-

schichte 11). Tübingen 1954.

Prinz Max Prinz Max von Baden: Erinnerungen und Dokumente. Stuttgart-

Berlin-Leipzig 1927.

Mayer Gustav Mayer: Erinnerungen. Vom Journalisten zum Historiker der

deutschen Arbeiterbewegung. München [1949].

Molkenbuhr, Tagebuch s. Archivalien.

Osterroth, Lexikon Franz Osterroth: Biographisches Lexikon des Sozialismus. Bd. 1:

Verstorbene Persönlichkeiten. Hannover 1960.

Partei-Correspondenz Sozialdemokratische Partei-Correspondenz.

Patemann Reinhard Patemann: Der Kampf um die preußische Wahlreform im

Ersten Weltkrieg. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus

und der politischen Parteien 26). Düsseldorf 1964.

Prager: Geschichte der U.S.P.D. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

lung der Unabhangigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,

Dernn 1921.

Protokoll SPD-Parteiausschuß

Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD, als Manuskript von der Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt in Berlin

skript von der Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt in Berlin

gedruckt. (Zitiert mit Datum der Sitzung.)

Protokoll SPD-Parteitag Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemo-

kratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu ... 1894 ff. Jeweils

im gleichen Jahr in Berlin erschienen.

Quellen 1/I und 1/II Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18. Bearb. von Erich Matthias

unter Mitwirkung von Rudolf Morsey. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Erste Reihe, Bd. 1/I

und 1/II). Düsseldorf 1959.

Quellen 2 Die Regierung des Prinzen Max von Baden. Bearb. von Erich Matthias

und Rudolf Morsey. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Erste Reihe Bd. 2). Düsseldorf 1962.

Quellen 3/I und 3/II Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis

1918. Bearb. von Erich Matthias und Eberhard Pikart. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien.

Erste Reihe, Bd. 3/I und 3/II). Düsseldorf 1966.

Ritter Gerhard A. Ritter: Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich.

Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890—1900. (Studien zur Europäischen Geschichte aus dem Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin Bd. III). Berlin 1959.

Scharlau/Zeman Winfried B. Scharlau und Zbynek A. Zeman: Freibeuter der Revo-

lution. Parvus-Helphand. Eine politische Biographie. Köln 1964. Philipp Scheidemann: Memoiren eines Sozialdemokraten. 2 Bde.

Memoiren I u. II Berlin 1928.

Definition of the state of the

Scheidemann, Philipp Scheidemann: Der Zusammenbruch. Berlin 1921.

Scheidemann.

Zusammenbruch

Schorske Carl E. Schorske: German Social Democracy 1905-1917. The Deve-

lopment of the Great Schism. Cambridge (Mass.) 1955.

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender. Hrsg. von Wilhelm

Stahl. Neue Folge. Jg. 30-34. 1914-1918. München 1918-1922.

Carl Severing: Mein Lebensweg. Bd. 1. Vom Schlosser zum Minister. Severing I

Köln 1950.

Stampfer, Erfahrungen Friedrich Stampfer: Erfahrungen und Erkenntnisse. Aufzeichnungen

aus meinem Leben. Köln 1957.

Wolfgang Steglich: Die Friedenspolitik der Mittelmächte 1917/18. Steglich

Bd. 1. Wiesbaden 1964.

Hauses der Abgeordneten.

Sten. Ber. Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte. Verhandlungen der Verfassunggebenden Deutschen Nationalver-

Sten. Ber. National-

versammlung

Sten. Ber. Pr.Abg.-Hs.

sammlung. Stenographische Berichte.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen

Südekum s. Archivalien.

Tirpitz, Deutsche Ohnmachtspolitik

Umbreit

Varain

Alfred von Tirpitz: Politische Dokumente. 2 Bde. Bd. 2: Deutsche

Ohnmachtspolitik im Weltkriege. Hamburg 1926.

Paul Umbreit: Die deutschen Gewerkschaften im Kriege. (Wirtschaftsund Sozialgeschichte des Weltkrieges. Deutsche Serie. Veröffentlichungen der Carnegie-Stiftung für Internationalen Frieden. Abt. für Volkswirtschaft u. Geschichte). Stuttgart, Berlin, Leipzig 1928.

Heinz Josef Varain: Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890-1920). (Beiträge zur Geschichte des Parlamentaris-

mus und der politischen Parteien. 9). Düsseldorf 1956.

Vollmar s. Archivalien.

Graf Westarp: Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiser-Westarp II

reiches. 2. Bd. Von 1914 bis 1918. Berlin 1935.

Wheeler-Bennett John W. Wheeler-Bennett: Brest-Litowsk. The Forgotten Peace.

London 1938.

Joachim von Winterfeldt-Menkin: Jahreszeiten des Lebens. Das Buch Winterfeldt

meiner Erinnerungen. Berlin 1942.

Deutscher Geschichtskalender. Sachlich geordnete Zusammenstellung Wippermann

der wichtigsten Vorgänge im In- und Ausland. Begr. Karl Wipper-

mann. Hrsg. Friedrich Purlitz. Leipzig o. J.

Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden WUA

Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages.

4. Reihe: Die Ursachen des deutschen Zusammenbruches im Jahre

1918. Bd. 1-12/I. Berlin 1925-1930.

Das Werk des Untersuchungsausschusses -- s. a. Bredt.

•



Mittwoch, 29. Juli. Ich schicke einen Artikel an Edmund Fischers Korrespondenz, in dem ich die Grenzen unserer Bündnispflicht gegenüber Österreich darlege, aber die politischen Gründe der deutschen Regierung, zu Österreich zu stehen, andeute und verlange, daß die deutsche Regierung in Wien energisch eingreife<sup>1</sup>).

Donnerstag, 30. Juli. Packe meine Sachen, um Freitag¹) früh nach Mainz zu fahren, wo ich am Abend in der Stadthalle eine Versammlung für den Frieden halten soll. Will dann dort meine Ferien zubringen, evtl. einige Tage nach Buchschlag gehen. Während des Packens erhalte ich Rohrpostbrief vom Vorstand, der mich dringend zu einer gemeinsamen Sitzung von Partei- und Fraktionsvorstand zu Freitag vormittag einlädt. — Eile zur Lindenstraße²) und telefoniere an Haase, der die Situation so kritisch ansieht, daß ich an Adelung³) nach Mainz abschreibe.

Freitag, 31. Juli. Sitzung ½11 Uhr¹). Noch anwesend: Haase, Scheidemann, [Richard] Fischer, Ledebour, Wels, Pfannkuch, [Hermann] Müller, Molkenbuhr, Wengels, Bartels, Zietz und noch zwei Berliner Vertreter. Haase eröffnet die Diskussion über die Frage der Kriegskredite. Er geht aus von meinen Darlegungen im Reichstag (3. 12. 1912)²) über die Grenzen der Bündnispflicht gegen Österreich und kommt zu dem Schluß, daß wir unbedingt gegen die Kredite stimmen müßten. Ich vertrete sofort den Standpunkt, daß solche Diktionen nicht mehr zulässig sind, falls wir wirklich vor die Tatsache des Krieges gestellt sind. In diesem Falle sind wir genötigt, dafür zu stimmen. Ich lasse die Frage, ob wir uns der Stimme enthalten könnten, vorläufig offen. Die Möglichkeit, mit den ausländischen Parteien, in erster Linie Frankreich, gemeinsam auf der Basis der

<sup>29.7.1914:</sup> ¹) Eduard David, Die Grenze unserer Bündnispflicht, in: Leitartikel-Korrespondenz 31.7.1914 (Herausgeber Edmund Fischer, Dresden). Der entscheidende Passus des Artikels lautet: "Österreich ist von Serbien nicht angegriffen worden. Es selbst ist der Angreifer. Es hat darum kein Recht, aus jenem Vertrag eine Bündnispflicht Deutschlands abzuleiten." Die deutsche Regierung habe "mit aller Energie auf den Bundesgenossen einzuwirken, daß er sich zu einem billigen Frieden mit Serbien alsbald bereit findet". Nach Kautsky, Sozialisten und Krieg S. 438, ist der Nachdruck dieses Artikels durch die Verhängung des Kriegszustandes verhindert worden.

<sup>30. 7. 1914: 1) 31. 7. 1914. 2)</sup> Der Sitz des Vorstandes der SPD und der Redaktion, des Verlages und der Druckerei des *Vorwärts* befand sich bis September 1914 in Berlin SW 68, Lindenstraße 69, danach in Lindenstraße 3. 3) Bernhard *Adelung*, Redakteur der Mainzer *Volkszeitung* und hessischer Landtagsabgeordneter.

<sup>31.7.1914:</sup> ¹) Gemeinsame Sitzung von Partei- und Fraktionsvorstand; vgl. 30.7.1914. — Vorstand der SPD (gewählt auf dem Parteitag in Jena, 14.—20. 9. 1913): Haase und Ebert, Vorsitzende; Bartels-Altona, Gerisch, Molkenbuhr, Hermann Müller, Pfannkuch, Scheidemann, Luise Zietz, Sekretäre; Wels und Wengels, Beisitzer; Otto Braun, Kassierer. — Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion: Scheidemann, Haase, Molkenbuhr, Vorsitzende; David und Richard Fischer, Schriftführer; Ebert und Ledebour, Kassierer; s. Quellen 3/II, Nr. 284, 330, 335,

Enthaltung zu operieren, erscheint auch mir nicht ausgeschlossen. Fischer betont diese Möglichkeit und läßt die Frage der Zustimmung in der Schwebe; ein Nein erscheint ihm auch unmöglich. Den gleichen Standpunkt vertreten Molkenbuhr und Scheidemann. Ledebour steht auf Haases Standpunkt, scheint aber noch zu schwanken. Müller betont die Notwendigkeit einer Verständigung mit den Franzosen. Wengels hält unsere Zustimmung für ganz unmöglich; das wäre Verleugnung alles dessen, was wir seither gelehrt haben; die Berliner Genossen würden das gar nicht verstehen. — Von einer Beschlußfassung wird vorläufig abgesehen. Müller soll persönliche Fühlung mit den französischen Genossen über Brüssel versuchen<sup>3</sup>).

Komme gegen Abend zum Vorstand. Finde Südekum<sup>4</sup>) dort mit dem Entwurf eines Aufrufs, den der Parteivorstand am nächsten Tag veröffentlichen soll<sup>5</sup>). Beratung über Redaktion desselben. — Stampfer kommt mit einem "patriotischen" Artikel, den er auf Haases Weisung telegraphisch zurücknimmt<sup>6</sup>).

Sonnabend, 1. August. Der Krieg scheint sicher. Ich spreche am Vormittag mit Scheidemann, der für Enthaltung zu sein scheint, aber bald sich überzeugt, daß die Bewilligung notwendig ist<sup>1</sup>). Er hofft, Molkenbuhr<sup>2</sup>) und Pfannkuch da-

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>) Vgl. S. XXIX. <sup>3</sup>) Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 7: "Wir einigten uns schließlich dahin, Müller sofort nach Brüssel zu senden, damit er in Gemeinschaft mit Huysmans [Camille Huysmans, belgischer Sozialist, Sekretär der Sozialistischen Internationale] nach Paris reise, um Stimmung zu machen für eine einheitliche Abstimmung bzw. für einheitliche Erklärungen im Reichstage und in der französischen Deputiertenkammer." Ferner Scheidemann, Memoiren IS. 247; Grünberg, Die Internationale S. 295 ff.; Kautsky, Sozialisten und Krieg S. 444 ff.; Hendrik de Man, Gegen den Strom. Memoiren eines europäischen Sozialisten, Stuttgart 1953, S. 113 ff.; Fainsod S. 25 ff.; Karl-Heinz Oldag, Die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie während des Weltkrieges und ihre Wirkung auf die Kriegspolitik der Partei, phil. Diss. Hamburg 1950, S. 39 ff.; 4) Dr. Albert Südekum, sozialdemokratischer Reichstagsabs. auch 3. 8. 1914 (bes. Anm. 14). <sup>5</sup>) Siehe Vorwärts 1. 8. 1914. 6) Friedrich Stampfer gab in Berlin eine ohne Titel erscheinende - Korrespondenz für die sozialdemokratische Tagespresse heraus. Nach Stampfer, Erfahrungen S. 170, hat Heinrich Ströbel, der zu jener Zeit Rudolf Hilferding als politischen Redakteur des Vorwärts vertrat, das Einschreiten des Parteivorstandes gegen seinen Korrespondenzartikel veranlaßt, "ein in der Geschichte der Parteipresse unerhörter Fall" (Stampfer a.a.O.).Vgl.dazu Heine, Erinnerungen (Die Politik im Kriege): "Sehr gut hatte ein Artikel der Korrespondenz Stampfers gewirkt, der am 1.8. versendet worden war und klar und scharf das Bekenntnis zur nationalen Verteidigung ausgesprochen hatte. Die Ängstlichkeit und Zweideutigkeit des unter Hugo Haases Leitung stehenden Parteivorstandes zeigte sich darin, daß er Stampfer veranlaßte, den Aufsatz telegraphisch zu widerrufen. Aber eine ganze Zahl von Parteiblättern erhielt das Telegramm nicht rechtzeitig, andere ließen sich dadurch nicht irremachen und druckten den Artikel doch. Der Redakteur der Münchener Post, Dr. A. Müller, veranlaßte, daß der Stampfersche Aufsatz in der Münchener Post und noch an demselben Abend als Abdruck aus ihr in den Münchener Neuesten Nachrichten erschien. Dies gab einen der entscheidensten Eindrücke im Reich und im Auslande." Vgl. ferner Scheidemann, Memoiren I S. 238 ff.; dort auch Text des Artikels von Stampfer. Nach Scheidemann erfolgte die Intervention gegen Stampfer in einer Parteivorstandssitzung am 30. 7. Die Anwesenheit Davids und die Datumsangabe Heines sprechen jedoch dafür, daß die Weisung an Stampfer erst in der gemeinsamen Sitzung des Fraktions- und Parteivorstandes am 31. 7. erteilt worden ist.

<sup>1. 8. 1914: 1)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 7; Scheidemann, Memoiren I S. 248 f.; in diesen sich auf den 1. 8. 1914 beziehenden Erinnerungen wird ein Gespräch mit *David* nicht erwähnt. 2) Zu *Molkenbuhrs* Haltung vgl. seine Tagebucheintragung vom 22. 12. 1914

für zu gewinnen. Ebert ist in wichtiger Angelegenheit verreist<sup>3</sup>). Frau Zietz ist für Ablehnung und nicht zu überzeugen. — Haase arbeitet mit Karl Kautsky an einer Erklärung für den Reichstag, die die Ablehnung begründen soll. Habe ein Gespräch mit ihm und versuche, ihn von der Notwendigkeit der Bewilligung zu überzeugen. Vergebens! Er ist überzeugt, daß sich keine Mehrheit für die Zustimmung findet, hält sie für das größte Unglück, das der Partei passieren könnte. — Die Nachricht vom Tode Jaurès' trifft ein<sup>4</sup>)!

Nachmittags 5 Uhr tresse ich mich mit Südekum, Göhre, Bernstein, Schöpflin, Heine, Robert Schmidt<sup>5</sup>) im Casé Austria, Potsdamer Straße, zur Besprechung der Lage. Alle sind entschlossen, dafür zu stimmen. Wir beschließen, am nächsten Tag, Sonntag nachmittag, uns unter Zuziehung weiterer Kollegen in Zehlendorf bei Göhre zu tressen, um eine Erklärung für die Zustimmung vorzubereiten.

Vormittags hatte Wengels die Mitteilung gebracht, die ihm durch verwandtschaftliche Beziehungen geworden war, die Mobilisierungsvorbereitungen wären plötzlich sistiert worden. In der Tat schien noch ein Hoffnungsfunke zu glimmen. Der russische Gesandte hatte um Verlängerung der Beantwortungsfrist gebeten<sup>6</sup>). Dumpfe Spannung den Tag über. Bei Schluß unserer Besprechung im Café Austria kommt ein Extrablatt: Mobilisierung der deutschen Armee<sup>7</sup>). Große Erregung.

Ich gehe mit Göhre durch die Hauptstraßen. Vor dem Schloß hat sich eine große Volksmenge versammelt. Gesang und Ansprachen; der Kaiser erscheint auf dem Balkon und hält eine kurze Rede: Keine Parteien mehr; er verzeiht die Angriffe auf ihn; alle nur Deutsche<sup>8</sup>)!

Das Gros des Publikums ist wie alle die Tage vorher äußerst ruhig. Die Kriegsdemonstrationen nach dem österreichischen Ultimatum<sup>9</sup>) waren nach meiner Überzeugung von der Kriegspartei, die nach des Reichskanzlers Mitteilungen sehr

<sup>(</sup>Nachlaß Molkenbuhr): "Als ich am Morgen des 2. August zur Sitzung des Fraktionsvorstandes ging, dachte ich nur an Ablehnung der Kredite oder Stimmenthaltung. Als ich aber Gründe für die Haltung suchte, fand ich sie alle so schwach und gemacht, daß ich sie nicht zu vertreten wagte. Durch die Ereignisse der letzten Tage wurde mein Denken immer in die Richtung getrieben, die zur Bewilligung trieb. Nicht aus Kriegsbegeisterung, denn den Krieg hielt ich für das größte Unglück, welches der Menschheit zugestoßen. Ich fragte nur: Wie kann das Unglück in seinen Folgen gemildert werden? Als schlimmste der denkbaren Folgen dachte ich immer an die Herrschaft des Zarismus über Europa und dann erwachten alle Gedanken an 1876 und all die Reden, die wir gegen den blutrünstigen Zarismus gehalten haben. Diese Gedanken gaben 3) Nach Scheidemann, Memoiren I S. 245, waren Ebert und Otto Braun den Ausschlag." wenige Stunden nach dem Erscheinen der — noch am gleichen Tage widerrufenen — Nachricht von der Mobilmachung Deutschlands im Berliner Lokal-Anzeiger vom 30. 7. 1914 nach Zürich gereist, um einer für den Kriegsfall zu erwartenden Verhaftung zu entgehen. Die Tatsache, daß Ebert, Kassierer der Fraktion, und Braun, Kassierer der Partei, Deutschland verließen, läßt darauf schließen, daß Parteigelder in der Schweiz in Sicherheit gebracht werden sollten. Diesen Grund der Reise Eberts und Brauns gibt auch Dittmann, Erinnerungen (Sozialdemokratie und 4) Jean Jaurès war am 31. 7. 1914 in Paris ermordet worden. Landesverteidigung), an. 5) Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete. 6) Anlaß zu diesen Gerüchten war vermutlich die Tatsache, daß das am 31. 7. 1914 von Deutschland an Rußland gerichtete, auf 12 Stunden befristete Ultimatum nicht beantwortet worden war. 7) Die allgemeine Mobilmachung der deutschen Armee erfolgte am 1. 8. 1914; am 31. 7. wurde der Zustand der drohenden Kriegsgefahr erklärt. 8) S. Schulthess 1914/I S. 371. 9) Vgl. Patriotischer Mob, in: Vorwärts 26. 7. 1914,

mächtig und sehr eifrig ist<sup>10</sup>), inszeniert. Unsere Friedensdemonstration am Dienstagabend<sup>11</sup>) war toleriert, von Bethmann sogar gewünscht worden<sup>12</sup>). Wie skrupellos die Kriegspartei arbeitete, bewiesen folgende Tatsachen: die vorzeitige Herausgabe eines Flugblattes (Lokal-Anzeiger) über die Mobilisation, das zurückgezogen werden mußte; die Verstümmelung der Kaiserrede vom Freitag durch das 8-Uhr-Abendblatt, das den Passus, daß noch Friedensversuche im Gang wären, herausstrich; ferner die geradezu verbrecherischen Artikel F. H. in der Täglichen Rundschau, die den Kaiser persönlich aufreizten und verdächtigten.

Sonntag, 2. August. Vormittag: Sitzung des Fraktionsvorstandes über die Bewilligung<sup>1</sup>). Anwesend: Haase, [Richard] Fischer, Scheidemann, Molkenbuhr, Ledebour. Vom Parteivorstand: Wels, Pfannkuch und teilweise Bartels. Haase plädiert für Nein und liest den Entwurf einer Erklärung vor. Ledebour schließt sich ihm an. Ich spreche eingehend für die Bewilligung und skizziere ebenfalls eine Erklärung<sup>2</sup>). Fischer, Molkenbuhr und Scheidemann schließen sich an. Pfannkuch ist ebenfalls gewonnen. Alle sind zu der Erkenntnis gekommen, daß Stimmenthaltung unmöglich ist. Mit 4 gegen 2 Stimmen beschließt der Fraktionsvorstand, der Fraktion die Zustimmung vorzuschlagen. Ich soll den Standpunkt der Majorität begründen, Haase soll für die Minorität sprechen. Es wird beschlossen, daß wir abends 9 Uhr wieder zusammentreten wollen, um die Erklärungen auszutauschen und zu besprechen.

Nachmittag: Zusammenkunft bei Göhre. Anwesend: Göhre, Südekum, Schöpflin, Wels, Scheidemann, Molkenbuhr, [Richard] Fischer. Paul Göhre und Südekum haben jeder für sich einen Entwurf ausgearbeitet und lesen diesen vor. Ich skizziere den von mir im Vorstand vorgeschlagenen. Es wird beschlossen, den Entwurf Südekums zur Grundlage zu machen. Eine intensive gemeinsame Durcharbeitung findet statt. Ich veranlasse die Aufnahme des Satzes: "Unsere heißen Wünsche begleiten unsere zu den Fahnen gerufenen Brüder, ohne Unterschied der Partei", der aus Haases Entwurf stammt. Wels veranlaßt die Aufnahme der Sätze über die Frauen und Kinder<sup>3</sup>).

und Berliner Tageblatt 26, 7, 1914 (1. Beiblatt). 10) Die hier erwähnten Mitteilungen hat Bethmann Hollweg möglicherweise in einer Unterredung mit Südekum gemacht, die am 29. 7. 1914 stattgefunden hat; S. Kuczynski S. 78 f.; Südekum hatte dem Vorstand der SPD am gleichen Tag von der Unterredung berichtet. 11) 28. 7. 1914. — S. Aufruf des Parteivorstandes der SPD in: Vorwärts 25. 7. 1914 (Extraausgabe), Anzeigen der auf den 28. 7. 1914 angesetzten Protestversammlungen "Gegen den Krieg" in: Vorwärts 25., 26., 27., 28. 7. 1914 und Text der in diesen Versammlungen angenommenen Resolution in: Vorwärts 29.7. 1914. 12) Wie Hugo Haase in der Reichskonferenz der SPD (21.-23. 9. 1916) berichtete, Protokoll S. 60, war er am 26. 7. 1914 in das preußische Ministerium des Innern bestellt worden. Gegenstand der Unterredung waren die von der SPD angekündigten Protestversammlungen gegen den Krieg. Haase erwähnte nicht, mit wem er im Ministerium gesprochen hatte; in seinem Bericht heißt es: "Es wurde mir im Ministerium mitgeteilt, daß die Regierung nicht beabsichtige, diese Versammlungen zu unterdrücken [...]." Wie Haase weiter erklärte, habe der Reichskanzler ihn am 29. 7. 1914 zu einer Unterredung bestellt, da aber weder er noch Ebert, Molkenbuhr oder Scheidemann in Berlin waren, habe sich der Reichskanzler an Südekum gewandt; a.a.O. S. 60 f. - Vgl. Keil I S. 298: "Bis dahin [1. 8. 1914] schien es uns, als ob unsere Protestbewegung gegen den Krieg der Reichsregierung nicht unwillkommen war."

Das gemeinsame Werk wird von Schöpflin auf der Schreibmaschine abgeschrieben. — Auf der Rückfahrt mache ich Scheidemann im Omnibus den Vorschlag, er soll die Erklärung im Reichstag vorlesen. Daß Haase sie vorlesen würde, schien mir ausgeschlossen. Für Scheidemann soll es zugleich eine Rehabilitierung sein<sup>4</sup>).

Abends: Sitzung des Vorstandes Lindenstraße [69]<sup>5</sup>): Ich lese unseren Entwurf vor. Es zeigt sich, daß die vielen Köche nichts Einheitliches zustande gebracht haben. Die Minderheit übt scharfe Kritik. Die Mehrheit fühlt selbst die Mängel. Ledebour verliest seinen Entwurf, der eine äußerst scharfe Ablehnung darstellt: eine Zustimmung würde den Namen Jaurès schänden<sup>6</sup>). Wir versuchen, unseren Entwurf zu verbessern und zu ergänzen. Aber ich bin so müde, daß sich mir die Gedanken verwirren. Ich erkläre, außerstande zu sein, weiterzuarbeiten. Wir beschließen, Montag<sup>7</sup>) ½10 Uhr im Reichstag zusammenzukommen, um die endgültige Fassung zu vereinbaren.

Montag, 3. August. Ich wache nach unruhigem Schlaf um 6 Uhr auf und schreibe im Bett eine verbesserte Fassung der Erklärung nieder. ½10 Uhr im Reichstag. Zuerst nur [R.] Fischer anwesend. Ich lese meinen Entwurf vor. Erfindet ihn gut und schlägt Ergänzung vor. Scheidemann kommt und schließt sich an, namentlich hinsichtlich eines Passus, der die Verantwortung der Gegner unterstreicht.

11 Uhr Fraktionssitzung<sup>1</sup>): Noch schlecht besucht, da die ferner Wohnenden noch nicht eingetroffen. Aber schon Mitteilung, daß einige Radikale für die Zustimmung sind. Der auf mir lastende Druck beginnt zu weichen. — Haase macht Mitteilung über die bisherigen Vorgänge. Berichtet über seine Besprechungen mit dem Reichskanzler und seinem Vertreter<sup>2</sup>). Auch Südekum hatte mit dem Reichskanzler eine Besprechung<sup>3</sup>).

Die Regierung hat versichert, daß sie ernstlich den Frieden gewollt und uns über die von ihr unternommenen Schritte in Wien und Petersburg informiert. Unsere Friedenskundgebungen waren ihr willkommen. Sie hat sich vergewissert, daß wir einer Mobilmachung nichts in den Weg legen werden. Sie versichert, daß sie auch gegen uns nichts unternehmen werde. Organisation und Presse wird sie nicht antasten, wenn wir ihre Maßnahmen nicht bekämpfen.

Haase und Scheidemann sind zu einer Besprechung der Parteiführer mit dem Reichskanzler eingeladen. Dort sollen Vereinbarungen über den Verlauf der Tagung<sup>4</sup>) getroffen werden. — Neue Fraktionssitzung auf 3½ Uhr festgesetzt. Kautsky<sup>5</sup>), Ströbel<sup>6</sup>) und die Parteivorstandsmitglieder werden zugezogen. In der Zwischenzeit schreibe ich die Stichworte für meine Rede in der Fraktion nieder.

<sup>2. 8. 1914: 1)</sup> Vgl. Scheidemann, Memoiren I S. 248 f.; Scheidemann, Zusammenbruch S. 7 f. 2) Scheidemann, Zusammenbruch S. 8: "David sprach ausgezeichnet." 3) S. Rede Haases am 4. 8. 1914 Sten. Ber. Bd. 306 S. 8. 4) Für sein anfängliches Schwanken in der Frage der Kriegskreditbewilligung; vgl. 1. 8. 1914. 5) Im Or. irrtümlich "79". 6) Nach Scheidemann, Memoiren I S. 249 hatten weder Haase noch Ledebour "eine Erklärung im Wortlaut" ausgearbeitet, "aber jeder hatte eine unfertige Skizze". 7) 3. 8. 1914.

<sup>3. 8. 1914: 1)</sup> Vgl. Quellen 3/II, Nr. 350. 2) Vgl. 1. 8. 1914. (Anm. 12). 3) Vgl. 1. 8. 1914 (Anm. 10). 4) Des Reichstags am 4. 8. 1914. 5) Als Chefredakteur des theoretischen Organs der Partei Die Neue Zeit. 6) Als Redakteur des Vorwärts, vgl. auch 31. 7. 1914

3½ Uhr zweite Fraktionssitzung¹): Die Mehrheit für die Bewilligung scheint sicher. Hoch, Grenz, Stadthagen dafür! — Haase berichtet über die Konferenz im Reichskanzlerpalais¹). Die Anregung, mit dem Hoch auf den Kaiser das deutsche Volk und Vaterland zu verbinden, ist von Scheidemann ausgegangen. Letzterer beschwert sich privatim bei mir darüber, daß Haase bei der Regierung den Eindruck erweckt hat, daß er für die Bewilligung sei und diese außer Frage stehe. Delbrück hätte den Vorschlag, auf Kaiser, Volk und Vaterland zu hochen, offiziell gemacht. Wir beschließen ohne Debatte, uns dabei zu erheben³).

Die Diskussion über Bewilligung oder Ablehnung: Zur Geschäftsordnung Versuch Haases und Ledebours, die Minoritätsauffassung zur Grundlage zu machen, mißglückt. Ich begründe zuerst den Standpunkt der Majorität<sup>9</sup>) und verlese die Erklärung. Meine<sup>10</sup>) Disposition 1). Für die Minorität spricht Haase. Die Erklärung verliest Ledebour. Für Bewilligung sprechen: Molkenbuhr, Richard Fischer, Frank. Dagegen sprechen: Lensch, Herzfeld, Liebknecht, Ledebour. Karl Kautsky ist dafür, wenn sich die Regierung auf bestimmte Bedingungen (keine territorialen Eroberungen usw.) festlegt11). Ich frage ihn privatim, wie er das meint. Er will in der Tat Verhandlungen mit dem Reichskanzler. Auf meinen Einwurf, daß der es doch nicht allein machen könnte, wir müßten also von dem Generalstab entsprechende Garantien verlangen, erklärt er, nach der Verfassung sei der Reichskanzler allein zuständig<sup>12</sup>), an den hätten wir uns zu halten. Auf die Frage, ob wir mit Nein stimmen sollten, wenn die Zusicherung abgelehnt würde, erwidert er: Jawohl. Kautsky hatte gehofft und ausgesprochen, daß die Fraktion sich auf seinen Vorschlag einigen würde; er hielt ihn für einen überaus klugen Einfall. Ich erblickte darin das Produkt eines nicht mehr normalen Gehirns. Die Regierung resp. der Generalstab hätte die Unterhändler wohl nach Dalldorf<sup>13</sup>) bringen lassen.

Während der Rede Molkenbuhrs kommt die Nachricht, Hermann Müller sei zurückgekommen. Er soll sofort geholt werden. Ledebour ist wie elektrisiert; er hofft bestimmt, die Franzosen würden die Kredite ablehnen.

Hermann Müller berichtet<sup>14</sup>): War mit Huysmans von Brüssel nach Paris (zu Jaurès' Tode) gefahren. Die Marxisten und Blanquisten waren für Bewilli-

<sup>(</sup>Anm. 6). 7) Vgl. Scheidemann, Memoiren I S. 250 ff. 8) Zur Haltung der SPD-Fraktion zum Kaiserhoch vgl. Quellen 3/I Nr. 339 und 340. 9) Dittmann, der zur Fraktionssitzung verspätet gekommen war, schreibt, s. Erinnerungen (Die Fraktionssitzung vom 3. 8. 1914), daß drei zum rechten Flügel der Fraktion gehörende Kollegen - Gustav Bauer, Brey und Rauch ihm übereinstimmend berichtet hätten: "David hat zu Beginn eine Kriegervereinsrede gehalten, die ist aber ganz allgemein zurückgewiesen worden, ebenso seine Erklärung." Vgl. die referierende Wiedergabe der Rede Davids in der während des Krieges illegal verbreiteten Schrift Karl Liebknechts, Klassenkampf gegen den Krieg, o. J. o. O. S. 14 f., abgedruckt auch bei Prager S. 25 f. <sup>10</sup>) Vgl. 4. 8. 1914. Die Ziffern im Text der Tagebucheintragungen vom 3. und 4. 8. 1914 beziehen sich offenbar auf die vorliegenden Entwürfe, die Frank, wie Dittmann a.a.O. mitteilt, in der Fraktionssitzung vom 4. 8. 1914 bei der Berichterstattung über die Beratung der Redaktions-11) Vgl. Kautsky, Sozialisten und Krieg S. 446 und Karl kommission einzeln aufzählte. Kautsky, Die Wahrheit über den 3. August, in: Vorwärts 1. 1. 1916 (1. Beilage) sowie die Stellungnahmen von Landsberg und Kautsky in: Vorwärts 7.1.1916 (Beilage). 12) Zur stark umstrittenen Verantwortlichkeitsfrage vgl. besonders Johann Viktor Bredt, Der deutsche Reichstag im Weltkrieg. Gutachten. (WUA 4. Reihe: Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918, Bd. 8), Berlin 1926 S. 24 ff. <sup>13</sup>) Irrenanstalt bei Berlin. <sup>14</sup>) S. 31, 7, 1914 (bes. Anm. 3).

3. 8. 1914

gung. Sembat<sup>15</sup>) hält die Möglichkeit einer gemeinsamen Formel für die Stimmenthaltung für sehr schwierig, vielleicht aber noch nicht für ganz ummöglich. Die Franzosen halten Deutschland für allein schuldig. Heftige Ausbrüche gegen uns.

Ledebour spricht nach Müller. Er hält dieselbe Rede, die er vorbereitet hatte. Hoffnungslos bornierter Doktrinär. Nachdem alle, die sich für Ablehnung gemeldet, gesprochen haben, wird Schlußantrag angenommen. Danach spricht Ströbel noch zur Geschäftsordnung. Mahnung an die "Revisionisten", die Situation, wo den Radikalen in der Presse die Mundsperre auferlegt ist, nicht zu ihren Gunsten auszunutzen. Er hat offenbar die Sache innerlich auf den Gegensatz zwischen Revisionismus und Radikalismus gebracht. In der Tat, die Weltgeschichte begünstigt offenbar den Revisionismus.

Zur endgültigen Fassung der Erklärung wird eine Kommission gewählt, bestehend aus mir, Frank, Wels, Hoch und Kautsky. Wir treten nach Schluß der Sitzung zusammen und tauschen unser Material aus.

Haase berichtet über die Besprechung der Parteiführer mit dem Reichskanzler am Mittag. Unsere beiden Vertreter haben abgelehnt, ins Schloß zu gehen, dagegen konzediert, daß wir bei einem Hoch auf Kaiser, Volk und Vaterland (Auregung Scheidemanns) dableiben und aufstehen. Die Fraktion akzeptiert das. — Vor zwei Monaten wurde in demselben Raum unter heftigen Entladungen der Beschluß beim Kaiserhoch sitzenzubleiben, bekräftigt<sup>8</sup>). Nun hat die Weltgeschichte auch das korrigiert. Ich sehe die wütenden Schreier von damals, als ich sie ermahnte, ihren Beschluß einer nochmaligen Überlegung zu unterwerfen. Ich sehe die Dittmann, Hoch, Geyer an und lache<sup>16</sup>).

Der Beschluß auf Bewilligung der Kredite wird mit 78 gegen 14 Stimmen gefaßt. Einige Zustimmende sind noch nicht angekommen. Mit Nein stimmen: Antrick?, Albrecht, Bock, Geyer, Haase, Herzfeld, Henke, Kunert, Lensch, Ledebour, Liebknecht, Raute, Rühle, Vogtherr. Stadihagen (?) enthält sich: wäre dafür gewesen, wenn die Resolution nach seinem Wunsche aussiele<sup>17</sup>). — Abends im

Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 12 ff.; dort ein von Hermann Müller am 8. 3. 1915 geschriebener Bericht über seine Reise abgedruckt; vgl. ferner Müllers Erklärung in: Vorwärts 5. 11. 1914 und seinen Bericht in der gemeinsamen Sitzung der Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses vom 14./16. 8. 1915, ausführlich wiedergegeben bei Dittmann, Erinnerungen (Das Kriegsjahr 1915). — Dittmann, Erinnerungen (Die Fraktionssitzung vom 3. August 1914) behauptet im Gegensatz zu Scheidemann, vgl. a.a.O., Müller habe in der Fraktionssitzung vom 3. 8. 1914 keinen Bericht gegeben. Wolfgang Heine, Erinnerungen, erwähnt Müllers Eintreffen zur Fraktionssitzung nach der Abstimmung, nicht jedoch einen Bericht über seine Reise. Im Fraktionsprotokoll vom 3. 8. 1914, Quellen 3/II Nr. 350, wird Müller nicht genannt. 16) Vgl. dazu die handschriftliche Aufzeichnung Sembat, führender französischer Sozialist. Davids vom 18. 5. 1914 (Nachlaß David): "Fraktionssitzung betr. Revision des Kaiserhochbeschlusses: Stiernackiger Maulterrorismus und doktrinäre Verblendung auf der einen - Feigheit, Waschlappigkeit und Mangel an politischem Weitblick auf der anderen Seite. — Franks Wegbleiben unerhört oder Krankheit?! — Die Demonstration ein Akt der Dummheit und Rüpelei zugleich. - Das Gefühl, meine Pflicht getan zu haben, hält einer tiefen Depression die Waage. Aber wo soll das hinaus? Man wälzt sich immer neue Felsblöcke in den Weg. Die Demagogen regieren. Die junker{lich-] klerikale Reaktion lebt von der Borniertheit der Sozialdemokratie." <sup>17</sup>) Die Namen der Fraktionsmitglieder, die in der Fraktionssitzung vom 3. August die Bewilligung der Kriegskredite abgelehat haben, sind parteioffiziell nicht bekanntzegeben worden. Die vereinzelten Angaben in der Memoirenliteratur weichen voneinander ab. Mit Nein gestimmt haben nuch Dittmann a.a.O.: Bock, Geyer, Haase, Henke, Herzfeld, Horn, Kunert, Ledebour, Lensch,

Hotel Excelsior mit Frank, Scheidemann, Wels; dazu kommen Wendel und  $Cohen[-Reu\beta]^{18}$ ). Besprechen die Erklärung.

Dienstag, 4. August. 3/48 Uhr im Reichstag. Strömender Regen; die Hälfte des Weges zu Fuß; Tür II noch verschlossen. Treffe Frank schon an. Gehe mit Kautsky durch Portal V. Kautsky hat eine eigene Erklärung verfaßt, die den Vorzug hat, "auf die gestrige Verhandlung aufgebaut zu sein". Er beantragt¹), sie zur Grundlage zu machen. Sie enthält die Bedingung: keine Eroberungen, keine Zerstückelung Frankreichs usw.²) Hoch hat auch eine eigene Erklärung aufgesetzt. Sie ist ein unglaubliches Produkt gehässiger Polemik gegen die herrschenden Klassen, den Kapitalismus usw. Auch er will, daß sie zur Grundlage gemacht wird. Durch Mehrheit (Frank, Wels und ich) wird beschlossen, meine Resolution zugrunde zu legen.

- 2)<sup>3</sup>) Die Erklärung, wie sie in der Zusammenarbeit am Sonntag unter Zugrundelegung des Entwurfs von Südekum entworfen wurde. Die Korrekturen und Zusätze sind in der Sitzung des Fraktionsvorstandes Sonntagabend<sup>4</sup>) gemacht.
- 3) Die auf Grund jener von mir am Montag früh<sup>5</sup>) umgearbeitete, von Richard *Fischer* und *Scheidemann* gebilligte Erklärung, die ich in der Fraktionssitzung am Nachmittag verlas.
- 4) Schlußstück der Erklärung von Karl Kautsky, das unter Fortfall meines Schlusses und unter Ausmerzung des durchstrichenen Satzes akzeptiert wurde. Der Passus betr. Versuch eines Eroberungskrieges wurde dann vom Auswärtigen Amt beanstandet und verändert.

Der Passus, daß die Verantwortung die Gegner trifft, wurde von mir konzediert. Die negative Wiederholung: "Nicht uns", wurde von Stadthagen in der Fraktionssitzung durchgesetzt. Dagegen wird der von Stadthagen beantragte Strich des Passus über die Frauen und Kinder usw. ("sentimentale, larmoyante Phrase") einstimmig zurückgewiesen.

- 5) Ein Entwurf von Dittmann<sup>6</sup>)! Welche Wandlung! Dittmann!! Der Urheber des Sitzenbleibens beim Kaiserhoch<sup>7</sup>).
- 10 Uhr: Fraktionssitzung<sup>8</sup>). Der einstimmig gefaßte Beschluß der Kommission<sup>9</sup>), unsere Erklärung en bloc anzunehmen, wird nicht akzeptiert. Haase

Liebknecht, Rühle, Schwartz, Stolle, Vogtherr. Liebknecht, Klassenkampf gegen den Krieg, S. 15 berichtet: "Nur 14 Genossen (außer dem fehlenden Emmel, der sich später im gleichen Sinne aussprach) stimmten gegen die Kreditbewilligung Albrecht, Antrick, Bock, Geyer, Haase, Henke, Herzfeld, Ledebour, Lensch, Liebknecht, Peirotes, Rühle, Vogtherr." Nach Frölich S. 62 stimmten Albrecht, Antrick, Bock, Geyer, Haase, Henke, Herzfeld, Kunert, Ledebour, Lensch, Liebknecht, Peirotes, Rühle, Vogtherr gegen die Kredite, Emmel sei Kreditgegner, bei der Abstimmung jedoch nicht anwesend gewesen. Heinrich Ströbel, Die Kriegsschuld der Rechtssozialisten, Berlin 1919, S. 12 schreibt ohne Namensnennung von 16 Gegenstimmen.

<sup>4. 8. 1914:

1)</sup> In der Sitzung der Redaktionskommission, die der Fraktionssitzung vorausging.

2) S. 3. 8. 1914 (bes. Anm. 11).

3) S. 3. 8. 1914 (Anm. 10).

4) S. 2. 8. 1914.

5) S. 3. 8. 1914.

6) Sein Entwurf sei wohl von Frank aufgezählt, von der Kommission jedoch nicht berücksichtigt worden, schreibt Dittmann, Erinnerungen a.a.O.

7) S. 3. 8. 1914 (Anm. 8 und 16)

8) Vgl. Quellen 3/II, Nr. 351.

9) Redaktionskommission, für die nach Dittmann (a.a.O.) Frank berichtete; s. 3. 8. 1914 (Anm. 10).

10) Davids damals 17jährige Tochter Sonja.

Die Haltung Haases 4. 8. 1914

läuft zu Hoch und anderen, um den Passus: "Da machen wir wahr, was wir immer betont: in der Stunde der Gefahr lassen wir das Vaterland nicht im Stich" herauszubekommen. Er kommt auch zu mir und redet mir freundlichst zu. Das sei doch abgedroschener Primanerstil, ich solle doch einwilligen, ihn durch eine Wendung etwa: wir seien bereit, die Mittel zu bewilligen, um dem Volke in dieser Not zu helfen, zu ersetzen. Ich lasse ihn abfahren und weiß von diesem Augenblick an, daß der letzte Grund von Haases erbittertem Widerstand ein gänzlicher Mangel nationalen Empfindens ist. Er hofft im stillen wohl auch auf eine Niederlage, wie Ströbel u. a., als Weg zur sozialen Revolution. Der von ihm stammende Passus: "Wir begleiten mit heißen Wünschen" ist von ihm nicht als Wunsch auf Sieg unserer Waffen gedacht, sondern "rein menschlich" gemeint. — Stadthagen und Liebknecht versuchen, noch Änderungen durchzusetzen, ersterer mit teilweisem Erfolg. — Haase hat Scheidemann erklärt, er wolle die Erklärung nicht verlesen, Scheidemann solle sie verlesen. Durch Ungeschicklichkeit von Stolten, der die ihm in einem früheren Stadium gegebene Anregung, Scheidemann solle die Erklärung vorlesen, vorträgt, wird die Opposition Hochs und anderer hervorgerufen. Scheidemanns ungeschickte Verwahrung entfacht ihren Zorn. Ich versuche, die Sache zu planieren. Vergebens, Hoch macht eine große politische Frage (Wirkung nach außen! usw.) daraus.

Haase erklärt, er könne die Erklärung nicht verlesen, da sie gegen seine Überzeugung sei. Außerdem werde die Erfahrung, die er in den letzten Tagen in der Fraktion gemacht habe, ihn veranlassen, wenn wieder ruhigere Zeiten da wären, "die Konsequenzen zu ziehen". Ungeheure Erregung und entrüstete Zurufe aus den Reihen der Radikalen. Hoch: das würde er Haase nie verzeihen, das habe ihn irre gemacht an Haase. Wildes Einstürmen auf Haase, der erklärt, seine Worte bezögen sich nur auf das Amt des Fraktionsvorsitzenden, nicht auf das des Parteivorsitzenden. Schließlich erklärt er sich auch bereit, die Erklärung zu verlesen.

Erzberger läßt ein Vorstandsmitglied herausbitten. Ich gehe hinaus und höre, daß die Regierung bereit sei, den Reichstag zu vertagen. Nur fürchte man von militärischer Seite, für den Fall, daß Niederlagen und im Gefolge davon Hungerrevolten kämen, daß dann die sozialdemokratischen Abgeordneten, gestützt auf ihre Immunität, die Bewegung gegen die Regierung leiten könnten. Ich versichere Erzberger, daß das nicht zu befürchten sei. Er nennt Liebknecht. Ich sage, der werde ja zu den Waffen berufen. Ich berichte darüber und Haase bestätigt meine Auffassung vor der Fraktion.

In der Mittagspause bringe ich es fast fertig, ein wenig zu schlafen. Mein Kind<sup>10</sup>) ist in freudiger Erregung, daß sie der großen Sitzung beiwohnen soll. Bei unserem Eintreffen im Reichstag werde ich von [Friedrich] Naumann und einem Legationssekretär angehalten und informiert, daß die Regierung den Passus betr. Versuch eines Eroberungskrieges beanstande, aus Furcht, England könne daraus schlußfolgern, es bestehe in der Tat eine Absicht, Belgiens Territorialität zu verletzen. — Ich erkundige mich sofort. Haase teilt mit, daß er eine Abänderung vorgeschlagen, die das Auswärtige Amt beruhigte.

3 Uhr Plenarsitzung<sup>11</sup>): Ein wachsender Teil der Fraktion gibt bei einzelnen Stellen der Kanzlerrede Beifall. Die Mehrheit der Fraktion erhebt sich bei dem Appell an die Einigkeit der Nation.

Das gibt beim Zusammentritt der Fraktion nach Schluß der ersten Sitzung<sup>12</sup>) den Hoch, Simon, Bock u. a. Anlaß zu heftigen Angriffen auf Göhre, mich und andere. Über diese Unverschämtheit gerate ich in so hochgradige Erregung, daß auch ich in der heftigsten Weise erwidere. Großer Tumult. Haase nimmt sich heraus, als Vorsitzender die Rüge wegen des Beifallspendens zu unterstreichen, und verlangt, daß niemand in das Schlußhoch einstimmen solle. Letzteres wird offenbar von der großen Mehrheit der Fraktion akzeptiert. Ich nehme das Wort, um Verwahrung dagegen einzulegen, daß der Vorsitzende sich den Vorwurf wegen des Beifallspendens zu eigen gemacht hat; ich lasse mir die Bekundung des Solidaritätsgefühles mit meinem Lande nicht verbieten. Ich will dann meinen Standpunkt zu dem Schlußhoch präzisieren, daß dieses Hoch nicht gleich zu behandeln sei einem gewöhnlichen Kaiserhoch; es sei auch ein Hoch auf Volk und Vaterland, in das man auch als Sozialdemokrat einstimmen könne; im Interesse der Einheitlichkeit sei ich aber bereit, mich dem Vorschlage Haases anzuschließen. Kaum habe ich aber die Worte: "Was die Frage unseres Verhaltens beim Schlußhoch betrifft" heraus, da bricht ein solcher Sturm los und meine nächsten Freunde bedrängen mich so sehr, daß ich nicht weiter reden kann. Statt mir das Recht der Rede zu verschaffen, machen mir die eigenen Freunde unmöglich, zu sagen, was ich will. Ich unterliege der faktischen Unmöglichkeit und veranlasse Haase, mitzuteilen, daß ich mein Einverständnis mit seinem Vorschlag habe motivieren wollen. - Ich glaube, die Zeit ist nicht fern, daß wir auch noch das Kaiserhoch schlucken werden.

5 Uhr, Schlußsitzung: Der ungeheure Jubel der gegnerischen Parteien, der Regierung, der Tribünen, als wir uns zur Zustimmung erheben, wird mir unvergessen sein. Es war im Grunde eine uns dargebrachte Ovation.

In der Restauration ein langes Gespräch mit *Hofer*<sup>13</sup>), der *Haase* nicht begreifen kann. Er meint, er wäre nicht lebendig aus Ostpreußen herausgekommen, wenn wir dagegen gestimmt hätten. Er hat sein Gut verlassen, die Arbeiter sind fort, die Ernte steht draußen, die Russen streifen über die Grenze.

Darnach Spaziergang mit meinem Kind unter den Linden. Begegnung mit Bock<sup>14</sup>): er macht den Vorwurf der Kriegsbegeisterung. Ich erwidere, daß davon keine Rede, aber Betonung geschlossenen Zusammenhaltens in der Stunde der Not.

Meine Nerven sind immer noch anormal. Leichte Anwandlung zum Weinen, wie ich sie als Jüngling öfters hatte. Es tut mir wohl, daß mein Kind bei mir ist. Wenn sie nur nicht so viel unnötige Fragen stellen wollte.

Abends Zusammentreffen mit den befreundeten Kollegen, zu denen jetzt viel mehr als früher gehören, im Weihenstephan an der Potsdamer Brücke: Wendel, Cohen[-Reuß] und Frau, Südekum und Frau, Sachse, Hildenbrand, Richard Fischer und Frau, Ebert und Frau, Hermann Müller, Wels, Schumann, Legien? (wollte sich anfangs der Stimme enthalten!) u. a. 15)

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup>) S. Sten. Ber. Bd. 306 S. 3 ff. <sup>12</sup>) Vgl. Quellen 3/II Nr. 351 (Anm. 1). <sup>13</sup>) Adolf Hofer, Gutsbesitzer, sozialdemokratischer Abgeordneter im Preußischen Abgeordnetenhaus, schloß sich später der USPD an. <sup>14</sup>) Wilhelm Bock, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, schloß sich später der USPD an. <sup>15</sup>) Die hier genannten Männer waren mit Ausnahme von Hermann Müller sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete; Müller wurde am 23. 6. 1916 in den Reichstag

Darnach noch im Café Josty. Stampfer, Heine, Backe<sup>16</sup>), [Adolf] Hofrichter<sup>17</sup>). Der dänische Abgeordnete Hanssen<sup>18</sup>), der durchaus auf deutscher Seite zu stehen scheint. — Ich gehe mit Heine und Sonja durch den Tiergarten nach Hause. Heines Müngel. Nach diesem Sturm hatte ich das Gefühl, der Weltkrieg sei beendet, der Friede sei wieder eingetreten. Wenn ich nun auch nichts mehr tun könnte, so könnte ich doch mit dem Bewußtsein sterben, dem deutschen Volke und der Sozialdemokratie einen großen Dienst geleistet zu haben. Auch ohne mich wäre das Votum schließlich für Bewilligung ausgefallen. Die Ereignisse haben das Beste getan. Aber es war nicht leicht, gegen den zähen Widerstand des berufenen Wagenlenkers und anderer fanatischer Helfer den Parteiwagen vom Abgrund zurückzureißen. Die Partei läge zerschellt am Boden, wenn es nach dem Willen ihres ersten Vorsitzenden gegangen wäre. Das deutsche Volk wäre innerlich zerrissen gewesen in der schwersten Stunde seines weltgeschichtlichen Daseins. Die militärische Gewalt wäre unseres Widerstandes sicherlich rasch Herr geworden; aber die Stimmung in weiten Kreisen des Heeres und des Volkes wäre deprimiert und erbittert worden. Nun haben wir die gemeinsame Basis zu einflußreichem Wirken während und nach dem Kriege gewonnen. Und wir wollen uns nicht wieder ausschalten lassen.

Wäre eine Mehrheit für die Ablehnung zustande gekommen, so wäre zu allem anderen auch die Einheit der Partei aufs höchste gefährdet gewesen. Eine große Anzahl von Kollegen war entschlossen, dann trotzdem mit Ja zu stimmen und demnach ihr Mandat ihren Organisationen zur Verfügung zu stellen. Es existiert darüber ein im Besitz von Frank befindliches Dokument<sup>19</sup>).

Mittwoch, 5. August. Ich liege erschöpft zu Hause. Die Wirkung unserer Zustimmung nach außen ist sehr stark. Das Gefühl der nationalen Geschlossenheit beherrscht alles und hebt das Vertrauen, so daß man den Beitritt Englands zu der Koalition der Gegner¹) getrosten Mutes hinnimmt.

Donnerstag, 6. August. Treffe am Abend bei Josty mit Stampfer und Hilferding zusammen. Letzterer ist eben aus Österreich wieder eingetroffen<sup>1</sup>). Er wußte

gewählt.

16) Curt Baake, Leiter eines Büros für Parlamentsberichterstattung, 2. Vorsitzender der Freien Volksbühne Berlin, Sozialdemokrat.

17) Sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter.

18) Hans Peter Hanssen vertrat die Dänen als Abgeordneter von Hadersleben-Sonderburg im Deutschen Reichstag und als Abgeordneter von Apenrade-Sonderburg im Preußischen Abgeordnetenhaus. Zu seiner Haltung vgl. sein Tagebuch: H. P. Hanssen, Fra Krigstiden, Kopenhagen 1924, 2 Bde.; eine englische Übersetzung erschien in USA unter dem Titel Diary of a Dying Empire, Bloomington 1955.

10) Vgl. Paul Lensch, Am Ausgang der deutschen Sozialdemokratie, Berlin, 1919, S. 15: "Auf seiten der Revisionisten rechnete man, wie in der Fraktion allgemein und auch wie in der gesamten Öffentlichkeit, mit einer großen Mehrheit für Ablehnung der Kredite. Der Abgeordnete Ludwig Frank hatte für diesen Fall eine Anzahl seiner näheren Gesinnungsgenossen um sich gesammelt, die sich schriftlich verpflichteten, für den Fall der Kreditablehnung durch die Fraktion unter Bruch der Fraktionsdisziplin im Plenum den Krediten zuzustimmen."

<sup>5. 8. 1914: 1)</sup> England hat am 4. 8. 1914 Deutschland den Krieg erklärt.

<sup>6. 8. 1914: 1)</sup> Der Vorwärts-Redakteur Rudolf Hilferding war als österreichischer Staatsangehöriger vor Kriegsausbruch aus Deutschland ausgewiesen worden. Südekum hatte sich beim

nicht, wem er die Rücknahme der Ausweisung zu danken hatte, und war noch ganz unorientiert über unsere Situation. Hält unsere Zustimmung für einen Fehler. — Nach wenigen Tagen erfahre ich, daß er in dieser Auffassung bereits erschüttert ist.

Freitag, 7., und Sonnabend, 8. August. Höre durch meine frühere Frau<sup>1</sup>), daß in den Kreisen der Zehlendorfer Genossen große Erbitterung über unser Votum herrscht: Alex *Bloch*<sup>2</sup>)! Eduard *Fuchs*<sup>3</sup>), den ich persönlich sprach, ist ebenfalls unglücklich; wir hätten uns dem Krieg mit Streik und Gestellungsweigerung in den Weg werfen sollen. Mit 20 000 Mann Verlust vielleicht den Weltkrieg verhindert!?

Von Schöpflin, Groger<sup>4</sup>) u. a. höre ich das Gegenteil: die Berliner Genossen seien in großer Mehrheit mit unserer Abstimmung durchaus einverstanden.

Spreche Molkenbuhr und Pfannkuch. Letzterer macht mir Vorwürfe wegen meines letzten Auftretens in der Fraktion<sup>5</sup>). Ersterer meint, wenn wieder normale Verhältnisse wären, würden wir wieder gemäß unserem Prinzip gegen militärische Ausgaben stimmen. Sie sind noch nicht aus den altgewohnten Gedankengängen heraus. Der Weltkrieg wird das noch besorgen.

Scheidemann teilt mir mit, daß er die inneren Vorgänge dieser Tage zu Papier bringen wird. Ich sage ihm dasselbe für mich zu. Er spricht sich sehr scharf über Haase aus, der auch jetzt auf Schritt und Tritt Schwierigkeiten macht bei allen positiven Anregungen. Scheidemann hatte sich der Regierung zur Verfügung stellen wollen. Der Parteivorstand war dagegen; es ist auch besser, daß er jetzt auf seinem Posten bleibt, um Haase unschädlich zu machen. Nur Frau Zietz geht noch mit Haase durch dick und dünn.

Sonntag, 9. August. Nachmittags mit Sonja bei Südekum in Zehlendorf. Außerdem noch Cohen[-Reuß] mit Frau, Wels mit Frau, Curt Baake mit Frau, Frau Dr. Bornemann, [R.] Fischer mit Frau. Die Eroberung Lüttichs gibt gute Stimmung. Man hat allgemein das Gefühl, daß die Dinge in der Partei sich fruchtbar gestalten werden. Ein großes Wirkungsfeld liegt vor uns.

Montag, 10. August. Mülhausen. Daß es die Franzosen besetzt hatten, erfährt man erst durch die Nachricht, daß es ihnen wieder abgenommen wurde<sup>1</sup>). v. Deimling<sup>2</sup>) hatte sie hereingelassen, um sie abzuschneiden, gefangenzunehmen oder nach der Schweiz hinüberzujagen. Der Plan gelang nicht ganz, weil eine befestigte Stellung der Franzosen 5 Stunden statt 2 bis 3 Stunden Widerstand leistete.

Reichskanzler für die Rücknahme des Ausweisungsbefehls eingesetzt. S. Briefwechsel zwischen Südekum und Bethmann Hollweg bei Kuczynski S. 79 f.

<sup>7.</sup> und 8. 8. 1914:

1) Gertrud David; vgl. S. XV (Anm. 4).

2) Mitarbeiter an Julian Borchardts Zeitschrift Lichtstrahlen, vgl. auch 14. 1. 1915 (bes. Anm. 6).

3) Der SPD nahestehender Schriftsteller, Verfasser kultur- und sittengeschichtlicher Werke.

4) Gemeint ist entweder der Berliner Parteisekretär Max Groger oder der Geschäftsführer des Pressebüros beim Parteivorstand Georg Groger.

5) Vgl. 3. 8. 1914 und 4. 8. 1914.

Die religiöse Welle geht hoch und treibt seltsame Blüten. Die Wurzel religiöser Anwandlungen ist die Angst. Die Menschen brauchen eine Macht, von der sie Hilfe erhoffen und erbitten können. Dabei ist der "liebe Gott" der eigentliche Urheber des Krieges, sofern er allwissend und allmächtig ist. In allen Ländern fleht man ihn an um den Sieg der eigenen Waffen. Der alte innere Widerspruch mit aller Vernunft und Logik tritt mir im Anblick dieser plötzlich hochgehenden Frömmigkeit in schneidender Schärfe vor die Seele. Eine bessere, höher entwickelte Menschheit der Zukunft muß auch eine höhere Form der Religiosität haben, die diesen Widerspruch auflöst. — In Rußland ist die Fanatisierung der Volksmassen durch die Priester zum "heiligen Krieg" im Gange. Die österreichische Diplomatie und Heeresleitung sind die Schüler und Werkzeuge der römischen Hierarchie, die die Expansion ihrer Machtsphäre auf dem Balkan, den Anschluß der griechisch-katholischen Völker erstrebt. Hier auch ein Gegensatz zwischen der papistisch-österreichischen Regierung und den nationalistisch-antipapistischen Mächten in Italien.

Auch die liberale Presse bringt täglich Auslassungen und Gedichte (Hauptmann, Sudermann³)), die den lieben Gott für uns reklamieren. Im Weltspiegel des Berliner Tageblatts erklärt sogar ein Poet: "Wir führen für unseren Herrgott den Strauß!" Der jüdische Professor Dr. Jastrow macht den Vorschlag, unsere Regierung resp. Heeresleitung solle mit der wundertätigen Jungfrau von Czenstochau die polnischen Katholiken gewinnen und entflammen⁴).

Dienstag, 11. August. Gespräch mit Scheidemann. Haase wird unmöglich sein. Ich entwickele ihm meine Vorstellung von der veränderten Situation: Im Fall der Niederlage russisches Oberregiment gegen jede Demokratisierung; in Frankreich realistisch-nationalistisches Regiment. Für uns Wiedergewinnung der nationalen Selbständigkeit und Machtstellung. Im Falle des Sieges, was wahrscheinlicher, gegenüber dem an der Spitze seines siegreichen Heeres zurückgekehrten Hohenzollernkaiser jeder Gedanke auf Revolution und Republik für unsere Lebenszeiten abgetan. Also Modus vivendi mit der Monarchie notwendig. Neben der militärisch-nationalistischen Welle eine starke Welle demokratischer Gefühle; Anspruch der heimkehrenden Krieger auf staatsrechtliche Gleichberechtigung. Die preußische Wahlreform muß als Frucht gepflückt werden; um diesen Preis auch Konzession unsererseits an die monarchische Form. Parlamentarisch-demokratische Regierungsform unter monarchischer Spitze. Notwendigkeit für uns zu positiver Mitarbeit auf dem Gebiete der Wehrforderungen. Auch in der Frage der eventuellen territorialen Veränderungen dürfen wir uns nicht

<sup>10. 8. 1914:

1)</sup> Vgl. Frankfurter Zeitung 8. 8. 1914 (1. Morgenblatt).

2) Berthold von Deimling, Kommandierender General des 15. Armeekorps.

3) Vgl. das H. S. gezeichnete Gedicht "Heinrich von Kleist" in Frankfurter Zeitung 9. 8. 1914 (2. Morgenblatt) und andere in den ersten Kriegswochen in dieser Zeitung veröffentlichte Gedichte und Beiträge bekannter Autoren wie Alfred Kerr, Richard Dehmel, Rudolf G. Binding u. a.; vgl. ferner Ernst Volkmann, Deutsche Dichtung im Weltkrieg 1914—1918, Leipzig 1934.

4) S. Prof. Dr. J. H. Jastrow, Gegen wen führen wir Krieg?, in: Berliner Tageblatt 8. 8. 1914 (Abendausgabe); der Artikel empfiehlt, in der Kriegführung den Gegensatz zwischen den römisch-katholischen Polen und den griechisch-orthodoxen Russen propagandistisch auszunutzen, beruft sich jedoch nicht expressis verbis auf den von David wiedergegebenen Vorschlag.

durch doktrinäre Negation in Gegensatz zu der ganz allgemeinen Stimmung — Kompensation für die gebrachten Opfer — stellen. Scheidemann scheint diese Gedankengänge im wesentlichen zu teilen, ist aber der vorsiehtige Mann, der nicht Gefahr laufen will, in die Minderheit zu kommen. Er wird zu gegebener Zeit zeigen müssen, ob er das Zeug zum großen Führer hat. Bis jetzt weiß ich das noch nicht.

Mittwoch, 12. August. Nachmittags fahre ich mit Sonja in der drangvollen Enge eines Militärzuges hinaus nach Neubabelsberg, wo sich Cohen[-Reuß] ein wundervolles Landhaus gebaut hat. Cohen[-Reuß] hat sich rasch vom radikalen Doktrinär zum Reformer entwickelt. Er hat sich dem Kriegsminister zur Verfügung gestellt für den inneren Dienst. Teilt meine Anschauung von den uns erwartenden Aufgaben. Hält Hilferding für einen innerlich sehr guten Menschen, der leicht zu beeinflussen sei und wie Bebel dem, der ihn zuletzt bearbeitet, nachgibt. Glaubt auch, daß Kautsky einer Wandlung zum besseren fähig sei und durch Rosa Luxemburg auf die Bahn der Vernunft gedrängt werde. Rosa Luxemburg soll übrigens außer sich sein. Sie hat sich mit Mehring der Leipziger Redaktion¹) zur Verfügung gestellt; Block²) soll den beiden aber eine kühle Absage gegeben haben.

Donnerstag, 13. August. [...] Schöpflin spricht sich mir gegenüber sehr offen über die Lage der Partei aus. Ist ganz meiner Ansicht und ist entschlossen, die Entfernung Haases aus dem Fraktionsvorstand durchzusetzen. Hofer besucht mich im Archiv und spricht lange über die Partei. Auch er erlebt einen inneren Umgestaltungsprozeß.

Freitag, 14. August. Durch Gertrud, der ich empfehle, ihrer Korrespondenz<sup>1</sup>) den Charakter einer aktuell politischen zu geben, und der ich Beiträge dazu liefere, erfahre ich, daß Duncker<sup>2</sup>) noch ganz in der doktrinären Negation steekt. Er konstruiert die Notwendigkeit der Ablehnung so: Wir müßten abstimmen, als ob von unserer Abstimmung die Möglichkeit oder Unmöglichkeit des Krieges abhinge. Angenommen, wir hätten die Ablehnung der Kredite erreicht, so wäre die deutsche Regierung genötigt gewesen, mit Rußland erneut zu verhandeln. So wäre der Friede durch Nachgiebigkeit von deutscher Seite evtl. erhalten worden.

— Es wird eine notwendige und interessante Aufgabe sein, diese Art Geisteskranker, die einen so verhängnisvollen Einfluß in unserer Partei spielen, zu kennzeichnen.

Sonnabend, 15. August. Zusammenkunft im Café Austria: Göhre, [Gustav] Bauer, Robert Schmidt, Schöpflin, Heine, Scheidemann, Cohen[-Reuß]. Man ver-

<sup>12. 8. 1914: 1)</sup> Der Leipziger Volkszeitung. 2) Hans Block, Chefredakteur der Leipziger Volkszeitung.

<sup>14. 8. 1914: 1)</sup> Gertrud David gab 1907—1916 in Berlin die Socialstatistische Correspondenz heraus. 2) Dr. Hermann Duncker, Wanderlehrer des Zentralbildungsausschusses der SPD; schloß sich später der USPD und dann der KPD an.

tritt die Auffassung, daß die deutsche Regierung den Krieg gewollt habe als Präventivkrieg. Scheidemann ist davon überzeugt und scheint besondere Anhalte dafür zu haben. Ich vertrete den Standpunkt, daß in der Tatsache der politisch, geistig und wirtschaftlich rückständigen russischen 100-Millionen-Masse, die in der Hand skrupelloser Diplomaten ist, die letzte Ursache dafür lag, daß die Westmächte noch nicht zu gesicherten Zuständen kommen konnten. Auch scheint mir immer noch die russische Mobilisation als der letzte verhängnisvolle Schritt, durch den die panslawistische Kriegspartei den Weltbrand vollends entfachte. — Wir beschließen regelmäßige Zusammenkünfte, um auf alles gerüstet zu sein. Jeden Sonnabend 5 bis 6 Uhr Café Austria.

Auf dem Heinweg spricht sich Robert Schmidt offen aus. Er ist entschlossen, für den Fall, daß die radikalen Doktrinäre versuchen, die Partei wieder zu separieren und den alten Faden weiterzuspinnen, den Schnitt zu machen. Unsere Aufgabe muß es dann sein, die Spaltung der Partei so zu gestalten, daß es nur die Absplitterung der kleinen Gruppe der radikalen Doktrinäre ist. Die Leute mögen dann mit den Anarcho-Sozialisten zusammen eine doktrinäre internationale Ideologensekte bilden. Politische Bedeutung in den Massen können sie mit ihrem Standpunkt nicht mehr erlangen. Sobald sie sich öffentlich dazu bekennen, die Ablehnung der Kredite erstrebt zu haben, sind sie als Politiker geliefert.

Sonntag, 16. August. Segelfahrt auf Dr. Brohs¹) Boot. Gespräche mit Dr. Baerwald, Philosoph. Unglaublich, wie unwissend die deutschen Gelehrten in den Elementen der Volkswirtschaft und der politischen Zeitgeschichte sind. Ich ärgere mich, mich überhaupt in ein Gespräch eingelassen zu haben. Aber was soll werden, wenn die Durchschnittsgebildeten nicht politische und nationalökonomische Kenntnisse erhalten. Frau Dr. Broh²) erklärt, sie würde jetzt auf jeden Belgier schießen. Auch von den Franzosen will sie gar nichts mehr wissen. Kinder, Kinder, Kinder. — Auf dem Nachhauseweg Zusammentreffen mit Alex Bloch. Auch ein krankes Hirn; grobextreme Logisierung mit dem Grundgefühl der Unfehlbarkeit; Fanatikerhirn.

Montag, 17. August. Curt Baake kommt mit seinem Entwurf zur Veranstaltung von künstlerischen Unterhaltungsabenden. Er verhandelt mit der Regierung und den Berliner Parteileuten. Mit letzteren die Hauptschwierigkeit. — Baake ist froh und zu neuer Tätigkeit erwacht. Seit 20 Jahren war er innerlich gelähmt und fast hoffnungslos für die Partei. Jetzt sicht er freie Bahn und entfaltet feine

<sup>16. 8. 1914:</sup> ¹) Rechtsanwalt Dr. James Broh, stand während des Krieges dem rechten Flügel der SPD nahe, nahm später jedoch eine radikale Haltung ein; 1918 wurde er Vorsteher des Zentralbüros des Vollzugsrats; vgl. Hermann Müller-Franken, Die November-Revolution. Erinnerungen, Berlin 1928, S. 113. ²) Frau Broh wurde in den Revolutionsmonaten Mitarbeiterin im Zentralbüro des Vollzugsrats.

politische Gedanken<sup>1</sup>). — Er berichtet über seine Erfahrungen mit Düwell<sup>2</sup>), der als Kriegsberichterstatter auf den östlichen Kriegsschauplatz geht und das Geschäft auf Halbpart<sup>3</sup>) mit Baake macht. Baake liest mir den ersten Artikel von Düwell vor. Eine ganz unglaubliche Wandlung. Düwell schäumt über von nationaler Begeisterung. Das ist derselbe Mann, der bis vor kurzem zu den schlimmsten, verbohrtesten Straßenrevolutionären gehörte. Baake muß den Artikel mäßigen, um ihn für die Parteipresse annehmbar zu machen. — Wir verabreden, die Journalisten der Partei, namentlich auch Stampfer, mittwochs bei Josty<sup>4</sup>) zu vereinigen, um gemeinsame Orientierung zu ermöglichen. Namentlich erscheint das nötig für Stampfer, der schon anfängt, wieder nach der anderen Seite zu blasen.

Eduard Bernstein kommt in das Archiv. Ich bitte ihn, auch mittwochs zu Josty zu kommen. Er solle auch Bloch<sup>5</sup>) benachrichtigen und durch Bloch Dr. Arons<sup>6</sup>), der in der Schweiz weilt, und sich von der Partei zurückziehen wollte, nachdem er die Hoffnung auf vernünftige Entwicklung aufgegeben hatte. Jetzt ist das ja alles anders geworden. Eduard Bernstein ist, wie er auch in seinem Artikel in den Sozialistischen Monatsheften darlegt, der Auffassung, daß Serbien und Rußland die Schuldigen sind<sup>7</sup>). In der serbischen Frage steht er ganz auf Österreichs Seite. Englands Schuld bestreitet er.

Dienstag, 18. August. Von Tag zu Tag wächst die Erwartung auf eine große Entscheidung. Eine dumpfe Spannung liegt im Untergrund der Seele. Jetzt erfährt man, was Massenpsychosen sind. Gemeinsame Furcht, Hoffnung, Schmerz, Jubel ergreifen mit elementarer innerer Macht den einzelnen und zwingen ihn in die Richtung der Umgebung. Die Befreiung davon, das kritische Darüberstehen gelingt selbst den nüchternen, verstandesmäßig geschulten Denkernaturen nur schwer und unvollkommen.

Mittwoch, 19. August. Nachmittags Zusammentreffen bei Josty, Potsdamer Platz. Baake, Bernstein, Joseph Bloch, (Dr. Maier), Kaliski<sup>1</sup>). — Gespräch mit Bloch, der einen feinen Artikel über Nationalismus in den Monatsheften geschrieben hat<sup>2</sup>). Er läuft aber Gefahr, die Bedeutung der Internationale dabei

<sup>1)</sup> Vgl. 4. 8. 1914 (Anm. 16). Nach Scheidemann, Memoiren II S. 356 wurde Baake, "ein treuer alter Parteigenosse", zum "vielseitigen Berater" Eberts in der Kriegszeit und im November 1918 als Unterstaatssekretär dessen "rechte Hand". 2) Wilhelm Düwell, Journalist, Kriegsberichterstatter; über seine Tätigkeit und politische Haltung vgl. Koszyk 3) Bezieht sich auf die von Baake herausgegebenen Berichte, vgl. 4. 8. 1914 S. 39, 116, 151, 223. 4) Über den sozialdemokratischen "Stammtisch" im Café Josty während der Jahre vor dem ersten Weltkrieg s. Stampfer, Erfahrungen S. 140 f. 5) Dr. Joseph Bloch, Herausgeber der Sozialistischen Monatshefte. 6) Dr. Leo Arons, Mitarbeiter und finanzieller Förderer - er war ein Schwiegersohn des Bankiers Bleichröder - der Sozialistischen Monatshefte. Arons war 1900 wegen seiner Mitgliedschaft in der SPD seine Privatdozentur für Physik an der Berliner Universität vom preußischen Kultusministerium entzogen worden (Lex Arons). 7) Eduard Bernstein, Der Krieg, sein Urheber und sein erstes Opfer, in: Sozialistische Monatshefte, 20. Jg./II S. 1015 ff. (13. 8. 1914).

<sup>19. 8. 1914: 1)</sup> Julius Kaliski, Mitarbeiter der Sozialistischen Monatshefte. 2) Joseph Bloch, Der Krieg und die Sozialdemokratie, in: Sozialistische Monatshefte, 20. Jg./II S. 1023 ff. (13. 8. 1914.) 3) Dr. Arthur Schulz tritt in seinen zahlreichen Beiträgen in den Sozialistischen

ganz zu verlieren. Will auch nicht einsehen, daß die Begünstigung des Eingängertums in den Monatshesten uns Schaden gebracht [hat] und weiter sehr schädigen kann bei dem Bestreben, die Parteimehrheit zu erobern. Verteidigt die schutzzöllnerische Auffassung von Arthur Schulz<sup>3</sup>). Ich versuche ihm klarzumachen, daß jedenfalls aus taktischen Gründen die Betonung dieser Anschauung verfehlt ist. Auch den religiösen Ausbrüchen redet er das Wort und hat nichts gegen den lieben Gott im Berliner Tageblatt<sup>4</sup>) einzuwenden. Des Pazifismus, meint er, schäme sich heute jeder Vernünftige. Wir hätten längst sollen für Rüstungsausgaben stimmen. Ich rücke die Kampflust, Kriegsbegeisterung usw. in das Licht biologischer Betrachtung. Erkenne ihre historische und gegenwärtige Macht an. Verweise ihn aber auch auf die biologische Bedeutung der Friedensinstinkte und -ideen und ihren wachsenden Einfluß. Sie waren noch nicht stark genug, diesen Krieg zu verhindern, werden aber gerade aus diesem Krieg neue große Kraft saugen. Dem Aufstieg zu höherer Zweckmäßigkeit in der wirtschaftlichen und politischen, nationalen und internationalen Organisation der Völker entspricht auch die Entwicklung der psychologischen Friedensmächte. Ihnen gehört trotz alledem die Zukunft.

Gegen Abend verbreitet sich das Gerücht, Nancy oder Namur oder beide seien genommen<sup>5</sup>). Ein General soll es mitgeteilt haben. Wie von einem elektrischen Strom gefaßt, ballen sich die Menschen an verschiedenen Stellen des Platzes zusammen. Durch die ganze Stadt geht ein Zittern; eine bis zur Explosion ansteigende Spannung hält alle in Bann. Ich warte noch lange auf dem Balkon liegend auf Bestätigung der Nachricht. Sie bleibt aus. In dumpfer Unruhe suche ich mein Lager auf zu unruhigem Schlaf.

Donnerstag, 20. August. Noch keine Entscheidung. Die Zeitungen melden kleine siegreiche Reitergefechte aus dem Elsaß und Belgien. Ein Brief aus Lahr in Baden teilt mir mit, daß die elsässischen Verhältnisse viel bedenklicher sind, als wir in Berlin wissen. Die Bevölkerung des Oberelsaß ergreift die Partei der Franzosen. Das Gefecht bei Weiler beweist, daß französische Truppen auf deutschem Boden sind. — Andeutungen in einigen Blättern sagen, daß eine große Entscheidung auf 200 km Front im Gange ist.

Freitag, 21. August. Deutsche Truppen sind in Brüssel eingerückt<sup>1</sup>). Die politische Bedeutung dieser Nachricht wiegt schwerer als die militärische. Doch muß darnach auch der Vormarsch auf Namur erfolgreich im Gange sein.

Der jüngere Bruder von Robert Schmidt im Archiv. Langes Gespräch. Er ist überzeugt, daß schon lange die große Masse der Parteigenossen hinter den Gemäßigten steht.

Religion: Nach dem Kriegsausbruch in allen christlichen Kirchen und Ländern Bittgottesdienste usw. Wo waren die Prediger der Religion des Friedens und der

Monatsheften für Förderung der bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebe und innere Kolonisation ein; seine "schutzzöllnerische Auffassung" kommt dabei nur mittelbar zum Ausdruck. 4) Vgl. 10. 8. 1914. 5) Der Fall der Stadt Namur und des Großteils der Forts wurde erst am 25. 8. 1914 gemeldet; s. Frankfurter Zeitung 25. 8. 1914 (Abendblatt).

Gotteskindschaft aller Menschen vor dem Kriege, als es galt, für den Frieden zu wirken!?

Man ändert englische und französische Firmenschilder, Warenaushänge usw. Man erklärt dem Fremdländischen den Krieg und berichtet mit Genugtuung, daß der General v. Emmich den Orden pour le mérite erhalten habe²). — Die Speisekarten werden verdeutscht. Ob die Fürsten ihre französischen Küchenchefs entlassen werden? — Man gibt die englischen, russischen, japanischen Orden dem Roten Kreuz zum Einschmelzen. Ob die Fürsten, Diplomaten, Staatsmänner und Generale dem Beispiel folgen werden? Und wie wird man es halten mit dem französischen Sekt, dem russischen Kaviar usw.?

Deutsche Frauen haben sich in Stuttgart, Mainz, Frankfurt und anderen Orten an die französischen Gefangenen herangedrängt mit Liebesgaben und mehr als rein menschlichem Interesse. Darüber große Entrüstung über Würdelosigkeit usw. Man droht ihnen mit Prügeln. Das wird ja wohl helfen, sie äußerlich im Zaum zu halten. Die Tatsache selbst aber gibt über die Fundierung des Nationalgefühls zu denken.

Zum Kapitel Nationalität auch folgendes: Der Zar, der jetzt offiziell als Lügner und Lump gekennzeichnet wird, ist zu dreiviertel deutscher Abstammung. Die blutsverwandtschaftlichen Bande mit deutschen Fürstenfamilien hatten ihn also nicht davor geschützt, ein Lügner und Lump zu sein. Die englische Königsfamilie ist mit der preußischen eng verschwistert und verschwägert. Seltsam, daß der Kanal eine so scharfe Grenze für die Charakterbildung bedeutet! Diesseits nur edelste Gesinnung, Wahrhaftigkeit und Tüchtigkeit, jenseits Neid, Krämergeist und Hinterlist. Da das Blut dasselbe ist, woher die Unterschiede?

Am Nachmittag kommt die Nachricht von gewaltiger Schlacht und großem Sieg zwischen Metz und Vogesen<sup>3</sup>). Man atmet auf.

Sonnabend, 22. August. Die große Feldschlacht zwischen Metz und Straßburg füllt alle Zeitungen und Gespräche.

Ich schreibe einen Artikel über: Hat die Internationale versagt? — Abwehr einer ganz einseitigen Schulmeisterei gegen die französischen, belgischen und englischen Genossen, die Wettnacker im Bucher Blatt¹) gebracht [hat] und [die] vom Karlsruher Volksfreund übernommen wurde; von der gegnerischen Presse mit Jubel begrüßt.

Nachmittags Zusammentreffen mit Heine, Cohen[-Reuß], Schöpflin, Bernstein im Café Austria. Cohen[-Reuß] will schon jetzt Schritte eingeleitet wissen, um mit Frankreich zu einem raschen anständigen Frieden zu kommen²), sobald noch einige Niederlagen seine Kraft gebrochen. Meint, daß Kaiser und Reichs-

<sup>21. 8. 1914:</sup> ¹) S. Frankfurter Zeitung 21. 8. 1914 (Abendblatt). ²) Otto von Emmich, Kommandierender General des 10. Armeekorps, das Lüttich eingenommen hatte. Zur Ordensverleihung vgl. Erich Ludendorff, Meine Kriegserinnerungen 1914—1918, 4. Aufl. Berlin 1919, S. 31. ³) S. Frankfurter Zeitung 22. 8. 1914 (1. Morgenblatt).

<sup>22. 8. 1914:</sup> ¹) Konnte nicht aufgeklärt werden. ²) Zur außenpolitischen Konzeption von Max Cohen-Reuβ vgl. Erich Matthias, Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten

kanzler von der Militärpartei, die Frankreich vernichten wolle, überwältigt werden, wenn nicht von uns und der liberalen Presse ein Gegengewicht geschaffen werde. Wir sind im Ziel einig, halten aber die Sache für verfrüht.

Treffe auf dem Heimweg Robert Schmidt und Bernstein, die von einer Besprechung in Erzbergers Büro kommen. Erzberger besorgt die Presseangelegenheiten für das Marineamt<sup>3</sup>). Das Auswärtige Amt hat auf diesem Gebiet gänzlich versagt. Das Marineamt sucht der Presse der neutralen Staaten Aufklärung zu geben. Robert Schmidt hat ihm Mitteilung über die bedenkliche Parteinahme der sozialistischen Presse in Schweden gemacht<sup>4</sup>). Bernstein hat einen Brief von Vliegen<sup>5</sup>) erhalten, der bestätigt, daß die holländischen Genossen gegen uns sind. Das Marineamt will unsere Briefe und Telegramme nach den nordischen Ländern rasch befördern. Robert Schmidt hat auch mit dem Parteivorstand in der Sache verhandelt; Jansson<sup>6</sup>) soll nach Stockholm geschickt werden und auch Dänemark und Norwegen informieren. — Ich weise auf die Notwendigkeit hin, unsere Parteiblätter in die dortigen Redaktionen zu bringen und uns die Parteipresse der neutralen Staaten zu verschaffen. Wir müssen mit dem Parteivorstand die Sache zu organisieren suchen.

Zum Kapitel Nationalismus: Der deutsche Herzog Karl Michael von Mecklenburg-Strelitz ist durch einen Ukas des Zaren als russischer Untertan naturalisiert worden. Ein Prinz von Battenberg ist englischer Großadmiral?). Der familiäre Ton des Depeschenwechsels zwischen Wilhelm — Georg — Nikolaus: drastisches Dokument "internationaler Verbrüderung"; "Blut ist dicker als Wasser".

Sonntag, 23. August. Vormittags Unter den Linden. Viel Volk, aber sehr gesittet und ruhig. Beim Lokalanzeiger-Büro Meldung über neue Erfolge auf dem belgischen und lothringischen Kampffeld. Immer nur Prinzen als Haupthelden! — Furchtbares Gedränge, in dem kein Flugblatt heil in die Hände der Kämpfenden gerät.

Gegen Abend bei Josty mit Südekum (und Dr. Grotjahn)<sup>1</sup>) zusammen. Er<sup>2</sup>) war in Stockholm<sup>3</sup>) und geht nach Rom<sup>4</sup>). Der Avanti brachte Bilder von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg mit Beschreibung ihrer Erschießung. Nach Holland

<sup>1914—1945.</sup> Eine Übersicht, Tübingen 1954, S. 30 ff. <sup>3</sup>) Vgl. Matthias Erzberger, Erlebnisse im Weltkrieg, Stuttgart u. Berlin 1920 S. 4 f. und Epstein S. 113 ff. <sup>4</sup>) Über die Haltung der Sozialisten der neutralen Länder vgl. Braunthal, Internationale II S. 50 ff. <sup>5</sup>) Wilhelm Hubert Vliegen, führender holländischer Sozialist. Zu seinem Brief an Bernstein vgl. Scheidemann, Memoiren I S. 261 f. <sup>6</sup>) Wilhelm Jansson, gebürtiger Schwede, Redakteur des Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften. — Über Reisen deutscher Sozialdemokraten ins neutrale Ausland im August 1914 s. Scheidemann, Memoiren I S. 262 ff. <sup>7</sup>) Ludwig Alexander von Battenberg wurde 1913 zum Ersten Seelord ernannt, mußte jedoch im Oktober 1914 wegen seiner deutschen Abstammung zurücktreten; 1917 nahm er den Namen Mountbatten an und legte seine deutschen Titel ab.

<sup>23. 8. 1914:</sup> ¹) Dr. Alfred Grotjahn, Arzt, bekannter Sozialhygieniker; zu seiner kritischen Haltung zur SPD vgl. Alfred Grotjahn, Erlebtes und Erstrebtes. Erinnerungen eines sozialistischen Arztes, Berlin 1932, bes. S. 56 ff., 92 ff. und 147 ff. ²) Südekum. ³) Vgl. Südekums Tagebucheintragungen vom 12. bis 17. 8. 1914 (Nachlaß Südekum 67). ¹) Vgl. Südekums Tagebucheintragungen vom 25. 8. bis 4. 9. 1914 (Nachlaß Südekum 66), vgl. auch Quellen 3/II

geht Scheidemann<sup>5</sup>). Die Bedeutung der Internationale für die auswärtige Politik tritt scharf heraus und ist nun auch den Herren von der Regierung klargeworden. Aber unsere Organisation hat zunächst gänzlich versagt. Hier muß für die Zukunft etwas anderes geschaffen werden.

Ich spreche mit Südekum über die allgemeine Lage. Wir sind einig, daß die Regierung schon jetzt unsere Auffassung über den eventuellen Gang der Dinge, wenn nicht Rußland, sondern Frankreich die Hauptzeche zahlen soll und wenn nicht die große Gegengabe des preußischen Wahlrechts erfolgt, [erfahren muß]. Südekum wird eine Unterredung zwischen Delbrück und mir in die Wege leiten<sup>6</sup>). — Ich orientiere ihn noch über Oda Olberg<sup>7</sup>), die ihm in Rom sehr nützen kann.

Montag, 24. August. Die Erfolge im Westen scheinen gewaltige zu sein. Dagegen kommen aus dem Osten die Nachrichten, daß große Teile Ostpreußens den Russen preisgegeben sind<sup>1</sup>). Der Generalstab scheint seine Pläne durchzuführen. Aber die politische Wirkung ist vorläufig höchst bedenklich.

Aussprache mit Schöpflin über die Frage eines anständigen Modus vivendi mit der Monarchie für den Fall einer raschen großen Gabe, als welche nur eine demokratische preußische Wahlreform in Betracht kommen kann. Er ist nach eingehender Überlegung der Meinung: Ja, es könnte gehen. Die außerordentlichen Schwierigkeiten stehen freilich uns beiden klar vor Augen. Trotzdem, wir müssen, wenn das der Preis ist, die Honneurs vor der Monarchie in Kauf nehmen und dann gleich in aller Form: Gang nach dem Schlosse. Damit würde dann die Bahn frei für unsere staatsbürgerliche Gleichstellung, die namentlich für die Kommunalämter von größter Bedeutung wäre. Schöpflin spricht von sich aus den Gedanken aus, wir müßten darüber bald mit der Regierung verhandeln.

Nachmittags 6—7 Uhr: Meine Aussprache mit Delbrück<sup>2</sup>). Dabei anwesend Direktor Lewald<sup>3</sup>). Ich leite das Gespräch ein mit der Erklärung, daß es eine rein persönliche, beiderseits vertraulich zu behandelnde Sache ist. Ich hielt es für meine Pflicht, schon jetzt die Regierung zu orientieren, um mir nicht nachträglich den Vorwurf machen zu müssen, daß man nicht rechtzeitig gesprochen habe. Delbrück sagt die Vertraulichkeit zu.

Ich lege zunächst dar, daß das Hauptmoment, mit dem die schweren Widerstände gegen die Bewilligung der Kriegskredite überwunden wurden, die Aussicht auf die Niederringung des Zarismus war; daß man dagegen für Frankreich milde Behandlung und anständigen Frieden erwartete, auch in der Erklärung schon andeutete<sup>4</sup>). Die augenblickliche Situation zeige das entgegengesetzte Bild.

Nr. 356. <sup>5</sup>) S. 22. 8. 1914 (Anm. 6). <sup>6</sup>) Vgl. 24. 8. 1914. <sup>7</sup>) Sozialdemokratische Journalistin, mit dem italienischen Sozialisten Giovanni *Lerda* verheiratet.

<sup>24. 8. 1914:

1)</sup> Vgl. Frankfurter Zeitung 25. 8. 1914 (1. Morgenblatt).

2) Zur Unterredung zwischen David und dem Staatssekretär des Innern Clemens von Delbrück vgl. ein im Deutschen Zentralarchiv Potsdam befindliches Protokoll, Akten der Reichskanzlei 1395/9, Fol. 20—23, Rk 3909/14, abgedruckt bei Kuczynski S. 207 ff. In diesem Protokoll werden nur die Äußerungen Davids festgehalten.

3) Dr. Otto Lewald, Direktor im Reichsamt des Innern.

4) Bezieht sich auf folgende Sätze der von Haase am 4. 8. 1914 im Reichstag abgegebenen Erklärung: "Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Sieg des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes besleckt hat, viel, wenn nicht

Ich nehme diese zwar nicht tragisch; aber schon sie hat in der Partei die Stimmung erzeugt, das Gegenteil von dem, was wir erwarteten, wird geschehen: Schonung Rußlands, gänzliche Vernichtung Frankreichs. Sollte das geschehen, so würde die Partei in geschlossener Front von links bis zum äußersten rechten Flügel in schärfste Opposition treten. Und wir glauben, dabei auch einen mächtigen Widerhall weit über die Parteikreise hinaus zu finden.

Delbrück entgegnet, daß meine Befürchtungen grundlos seien. Er ist der Auffassung, daß man Rußland im Interesse unserer Sicherheit gründlich schwächen müsse. Daß auch die Konservativen jetzt nicht mehr anders dächten und daß die Vorgänge in Ostpreußen auch eine andere Haltung ganz unmöglich machten. Das sei auch sicher die Auffassung des Reichskanzlers. Was Frankreich betreffe, so bedauere er wie wir, daß es durch seine unglücklichen Verträge mit in den Krieg hineingerissen worden sei und nun die furchtbaren Folgen tragen müsse. Seine Lage sei um so verhängnisvoller, als man England auch nur in Frankreich treffen könne. Auch er sei der Meinung, daß wir mit Frankreich zu einem anständigen Frieden und zu einem dauernden guten Verhältnis kommen müßten, um der ganzen europäischen Konstellation willen. Das sei auch die Meinung des Reichskanzlers. Territoriale Eroberungen in Frankreich könnten für uns nicht in Betracht kommen. Was sollten wir da nehmen? — Später fügte er hinzu: möglicherweise müsse aber Frankreich uns einen Teil seiner afrikanischen Kolonien überlassen. Auf letzteren Punkt gehe ich nicht ein.

Ich entgegne, ich freue mich, hinsichtlich der skizzierten Frage volle Übereinstimmung mit unseren Auffassungen bei ihm zu finden. Ich sei auch der Meinung, daß das die Politik des Reichskanzlers sei, allein ich könne eine Gefahr nicht übersehen: die Macht derjenigen Kreise und ihren Einfluß auf die entscheidenden Stellen, deren ganzer politischer Grundauffassung es entspreche, die demokratischen Staaten des Westens niederzubrechen und für ihre reaktionäre Politik und privilegierte Stellung in Preußen die russische Rückendeckung sich zu erhalten. Hierin sei auch das Mißtrauen verankert, das sich in unseren Kreisen schon jetzt rege. Seien der Reichskanzler und die Freunde der von ihm vertretenen Politik stark genug, auch gegenüber der militärisch erfolgreichen konservativen Militärpartei sich durchzusetzen?

Herr Delbrück glaubt, daß auch die Stellung des Reichskanzlers durch den Krieg gestärkt sei und daß auch die von mir ins Auge gefaßten Kreise sich der allgemeinen politischen Notwendigkeit und der Volksstimmung hinsichtlich Rußlands [nicht]<sup>5</sup>) entziehen würden. Herr Lewald unterstreicht das durch den Hinweis auf die Greuel der Russen in Ostpreußen; in hundert Jahren könnte das nicht vergessen werden. Auch er hält meine Befürchtungen für unbegründet und spricht sich sehr zuversichtlich im Sinne des Staatssekretärs aus.

Ich erörtere dann den zweiten Punkt: Was wird dem Volk nach dem Kriege? Ich weise darauf hin, daß durch den Krieg nicht nur eine starke militaristischmonarchistische Welle, sondern auch eine starke demokratische Welle herkommt,

alles auf dem Spiel. Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und Unabhängigkeit unseres Landes sicherzustellen. [...] Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht."

5) Im Or. irrtümlich weggelassen.

die ihre Unterlage hat in dem gesteigerten Selbstbewußtsein der siegreichen Kämpfer, in dem Gefühl, dem Vaterlande einen großen Dienst geleistet zu haben. Nach 1813/14 war sie auch da; sie wurde zunächst zwar durch die zaristische Diktatur über Preußen und Österreich niedergezwungen, aber ihre Abrechaung hielt sie doch im Jahre 1848. 1870 erhielt das kämpfende Volk als Preis seiner Opfer die deutsche Einheit und das Reichsparlament mit dem demokratischen Wahlrecht. Nun aber erhebt sich die Frage: Was erhält das Volk für seine ungeheueren Opfer 1914? Die politische Macht dieser Frage müsse auch die Regierung erkennen. Und da sei es mit kleinen Dingen nicht getan. Hier gebe es nur eine Gabe, die groß genug sei: die preußische Wahlreform im demokratischen Sinne<sup>6</sup>). Ich bitte Herrn Delbrück, mir aus seiner Kenntnis der inneren widerstrebenden Kräfte heraus seine Meinung darüber zu sagen, ob er die Erfüllung dieser Forderung für möglich halte.

Herr Delbrück glaubt, daß die Zeit zu verfrüht sei, inmitten der gewaltigen sonstigen Aufgaben und Ereignisse dieser Frage positiv näherzutreten. Rein theoretisch meint er, daß auch hier die Politik, die den Mittelweg suche und den Dingen Zeit zur Entwicklung lasse, die richtige sei. Er legt dann die großen wirtschaftlichen Aufgaben dar, vor die man sich nach dem Kriege gestellt sehe. Es gelte, völlig neue Grundlagen für unsere Produktions- und Handelspolitik zu finden; Ungeheures läge in Trümmern, was neu aufgebaut werden müsse.

Ich erwidere, für die Arbeitermassen werde das alles nur in der einen Form fühlbar: erhöhte Lebensschwierigkeit, große Arbeitslosigkeit, verschärfte wirtschaftliche Not, vergrößertes Elend. Das aber sei der überaus fruchtbare Boden, wo die Agitation des radikalen Flügels einsetzen werde. Die Frage nach der Gegengabe gewinne auf diesem Untergrund eine noch ernstere Bedeutung. Man werde sagen: Seht ihr, da habt ihr euer Leben, habt eure Existenz in die Schanze geschlagen, habt ungeheure Opfer gebracht, und was habt ihr nun zum Danke? Ja, in der Stunde der Not, als man euch brauchte, hat man das Wort gesprochen: Es gibt für mich keine Parteien mehr. Und jetzt seid ihr wieder die Staatsbürger zweiter Klasse, denen man die Anerkennung und Gleichberechtigung versagt, die man als Heloten von der gesetzgebenden Körperschaft in Preußen so gut wie ausschließt, denen man jetzt glaubt, wieder den Fuß auf den Nacken setzen zu können. Die Regierung solle sich nicht täuschen: gehe die Sache so aus, so werde eine Wut in den Massen Platz greifen, die alles vernichte, was in den letzten Wochen an gegenseitiger Achtung und gegenseitigem Verstehen geschaffen worden sei. Ein Riß tue sich auf, der nicht mehr geschlossen werden könne. Eine Kette schlimmster innerer Schwierigkeiten und Kämpfe werde beginnen. Ich lasse auch keinen Zweifel darüber, daß, falls diese Enttäuschung eintrete, die Partei geschlossen die radikale Taktik aufnehmen wird. Auch vom Standpunkt der Männer, die auf der rechten Seite der Partei stehen, gebe es dann keinen anderen Ausweg mehr zur Durchsetzung einer demokratischen Umgestaltung in Preußen.

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup>) Vgl. das in Anm. 2 erwähnte bei Kuczynski S. 209 abgedruckte Protokoll: "Es sei unerläßlich, daß von der berufenen Stelle eine große Geste erfolge, aber nicht eine solche, die in Worten bestehe, sondern in politischen Taten. (Herr David spann diesen Gedanken weiter aus, wobei er offenbar in erster Linie an das preußische Wahlrecht dachte, ohne indessen es zu nenuen und

Ich für meine Person würde diese Wendung tief bedauern, denn sie vernichte jede Hoffnung, auf dem Wege, den ich von je als den richtigen, durch die Logik der Tatsachen und das Interesse des Landes gebotenen angesehen habe, nämlich auf dem Wege der reformistischen Taktik zum Ziele zu gelangen. Auf der anderen Seite solle die Regierung sich klar werden, was sie gewinnen könne durch eine in großer Geste rasch dargebotene Wahlreform. Sie schaffe die Basis für die Wandlung unserer Partei zu einer nationalen Demokratie<sup>7</sup>). Das bedeute nicht eine Aufgabe unserer übernationalen Ideale. Aber es bedeute für unsere innere Politik doch ungeheuer viel: nicht eine Versöhnung, das natürlich sei zuviel gesagt, das könne erst die Geschichte machen, aber doch einen anständigen Modus vivendi zwischen uns [und] den übrigen politischen Machtfaktoren.

Herr Delbrück anerkennt die Notwendigkeit, mit der Arbeiterbewegung zusammenzuarbeiten, um die großen Aufgaben zu lösen, vor die wir gestellt seien. Er verweist auf seine ganze bisherige Haltung und ist überzeugt, daß sie mit dazu beigetragen hat, das Ereignis vom 4. August möglich zu machen<sup>8</sup>). Er sagt, er habe es an diesem Tage auch dem Reichskanzler angesichts unserer Haltung gesagt: Von heute ab stehen wir auf einem neuen Boden. Hinsichtlich der preußischen Wahlreform könne er jedoch zur Zeit nichts Bestimmtes sagen. Da kämen ja noch andere mitentscheidende Faktoren in Frage.

Ich ziehe daraus den Schluß, Herr Delbrück halte also doch wohl eine Entwicklung in der von mir erstrebten Richtung für möglich. Der Staatssekretär erklärt: er halte sie für notwendig. Herr Lewald stimmt dem zu.

Ich betone zum Schluß, daß meine Darlegungen zwar nur als meine persönliche Meinungsäußerung anzusehen sind, [daß] von dieser Unterredung auch niemand außer Südekum Kenntnis hat, daß ich aber über die berührten Fragen selbst auch mit anderen näherstehenden Kollegen gesprochen habe, daß er meine Auffassung als Ausdruck der Meinung unserer Richtung ansehen dürfe. Ich sei der Meinung, daß es möglich sei, die Massen der Partei — und darauf komme es ja an — für eine reformistische Politik endgültig zu gewinnen, wenn die Regierung in den erörterten beiden großen Fragen: Niederringung des Zarismus unter Schonung Frankreichs und demokratische Wahlreform, die Forderungen der Arbeiterschaft, erfülle.

Die Einreichung einer schriftlichen Fixierung meiner Darlegungen lehne ich ab, da das über den unverbindlichen Charakter derselben hinausginge. Einer Skizzierung der wesentlichen Züge durch die beiden Herren von der Regierung widerspreche ich nicht, betone aber, daß das bei der Unzulänglichkeit der Sprache und Unvermeidbarkeit irrtümlicher Auffassungen eine Festlegung auf die Einzelheiten eines solchen Berichtes nicht sein dürfe. Daß der Reichskanzler Kenntnis von der Unterredung erhält, erkenne ich als selbstverständlich und in meiner Absicht gelegen an.

seine Ausführungen präzis auf diesen Punkt zu konzentrieren.)" ?) Vgl. a.a.O.: "Seine [Davids] und seiner Freunde Bestrebungen gingen darauf hinaus, zu einer 'nationalen Demokratie' zu gelangen, ein Wort, daß Herr David im weiteren Verlaufe noch einmal mit besonderem Nachdruck betonte, 'ohne daß sie deswegen ihre über das » Nationale « hinausgehende Ideale verleugnen wollten'." ... 8) Vgl. dazu Clemens von Delbrück, Die Wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland 1914, München 1924, S. 105 f.

Dienstag, 25. August. Deutsche Verwaltung in Belgien. Zeitungen deutsch und französisch; Eingaben an Behörden in Deutsch vorgeschrieben. Es sieht fast so aus, als ob wir es dauernd okkupieren wollten. Das wäre ein schwerer Fehler; zur Zeit geradezu ein Wahnsinn.

Nachmittags gehe ich mit meinem Kinde durch den Norden der Stadt nach dem Plötzensee. Was könnte man aus dieser Perle machen! Das Naturbad primitivster Art ist noch das beste. In den Straßen merkt man nichts vom Weltkrieg. Fleißiges, friedliches Treiben wie in gewöhnlichen Zeiten. Mütter und Kinder auf den Straßen und Spielplätzen ruhig und fröhlich. Nirgends besonderes Elend. Das Seltsamste ist, daß man auch nirgends einen Männerausfall merkt. Überall reichlich Männer in allen Altersklassen. Auch Unter den Linden, auf dem Potsdamer Platz usw., wo es zuweilen erregte Ansammlungen gibt, überwiegen die Männer im Straßenbild. Das Menschenreservoir erscheint unerschöpflich.

Mittwoch, 26. August. Nachmittags bei Josty: Schöpflin, Cohen[-Reuβ] und Frau, [Otto] Braun und Frau, Hofer, später noch Baake und Kaliski. Hofer ist am Morgen nach zweieinhalbtägiger Fahrt von Königsberg angekommen und schildert die Lage in Ostpreußen. Schreckliche Zustände. Die Bevölkerung flieht. Die deutschen Truppen sind geschlagen. Der Plan, die Russen zwischen den Masurischen Seen zu vernichten, ist mißglückt, angeblich durch einen schweren taktischen Fehler des Generals Mackensen, der bereits abgesetzt ist. Ganze Truppenteile sind vernichtet. Die Russen waren offenbar durch Spione über die deutsche Taktik und Positionen genau unterrichtet. In Königsberg wird fieberhaft an neuen Befestigungen gearbeitet. Der Eisenbahndirektor Krüger soll Spion gewesen sein; sein Schwiegersohn habe sich erschossen. Ein schwerer Fehler ist, daß man weder die Ernte noch das Vieh von den Gütern weggebracht hat. Die Russen finden Nahrungsmittel in Massen auf dem Lande vor. Hofer konnte sein Gut nicht mehr erreichen. Die Russen drängen in ungeheuren Massen vor und sind gut ausgebildete Truppen, die sich tapfer schlagen. Die nächste Verteidigungslinie wird wohl die Weichsel sein.

Wenn dieser Bericht stimmt — und es spricht alles dafür —, dann liegt ein schwerer Fehler der Armeeleitung vor, die viel zu geringe Truppenmassen im Osten gelassen hat. Sie hat die Russen offenbar unterschätzt und war über ihren Aufmarsch ganz unzureichend unterrichtet.

Wir fallen mit fast der ganzen Heeresmacht über Frankreich her, und indessen wir Belgien verwüsten, überfluten die Russen Ostpreußen. Das ist wirklich unbegreiflich und unverantwortlich.

In Königsberg hat das Oberkommando unsere Zeitung aufgefordert, eine Anzahl Freiexemplare in die Lazarette zu liefern. [Otto] Braun hat Militärzüge gesehen, in denen vorn die Wacht am Rhein und hinten: Wir sind die Arbeitsmänner, das Proletariat . . . gesungen wurde. Er erzählt von einem Offizier, der erklärte, man müsse den Sozialdemokraten sehr dankbar sein; sie hätten die Arbeiter zur Ordnung und Disziplin erzogen. Die Berliner sollen sich brillant schlagen.

Donnerstag, 27. August. In der schlaflosen Nacht ein heftiger Anfall von Kolik, der mich sehr angreift und mir wieder recht deprimierend zum Bewußtsein bringt, daß ich ein dauernd kranker Mann bin.

Gespräch mit Cohen[-Reuß] im Archiv. Er ist vom Kriegsministerium aufgefordert worden, sich an der Vorbildung der 16jährigen zum Kriegsdienst zu beteiligen<sup>1</sup>). Auch ein eigenartiges Vertrauensvotum für einen sozialdemokratischen Abgeordneten. Cohen[-Reuß] zieht es vor, sich zum Landsturm als Freiwilliger zu melden. — Aussprache über unsere eventuelle Konzession an die Monarchie. Cohen[-Reuß] erkennt die Konsequenz und Notwendigkeit an, glaubt aber nicht an die Durchsetzung der Wahlreform und Gleichberechtigung.

Die Abendblätter bringen die Nachricht, daß das Ministerium *Viviani* sich auf eine breitere Basis gestellt hat. Marcel *Sembat* und Jules *Guesde* sind in das Ministerium eingetreten<sup>2</sup>). Damit ist auch die Ministerfrage für die Internationale gelöst<sup>3</sup>).

Unsere Radikalen werden fassungslos sein. — Klara Zetkin hat in ihrem Artikel zu Jaurès' Tode dem alten Bebel einen Fußtritt versetzt und Jaurès glücklich gepriesen, daß er das Schmählichste nicht erlebt hat (vgl. Gleichheit<sup>4</sup>)), worunter sie offenbar die Bewilligung der Kriegskredite versteht.

Der Wahre Jacob illustriert das Kaiserwort vom Dreschen auf der ersten Seite seiner ersten Kriegsnummer<sup>5</sup>). Der Vorstand sucht die Verbreitung in Berlin zu inhibieren.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>) Vgl. 5. 9. 1914 (Anm. 1). 2) Am 26. 8. 1914 unterbreitete der französische 27. 8. 1914: Ministerpräsident Viviani dem Präsidenten der Republik eine Ministerliste, die den Sozialisten Marcel Sembat, als Minister für Öffentliche Arbeiten, und den Sozialisten Jules Guesde, als Minister ohne Portefeuille, vorsah; s. Schulthess 1914 II S. 687. Eine gemeinsame Konferenz des Parteivorstandes und der Parlamentsfraktion der Sozialistischen Partei Frankreichs und des Verwaltungsrats der Humanité am 27, 8, 1914 beschloß die Entsendung Sembats und Guesdes ins Kabinett; s. Manifest dieser Gremien zur Begründung des Regierungseintritts, abgedruckt bei Eduard David, Die Sozialdemokratie im Weltkrieg, Berlin 1915, S. 120 ff.; vgl. ferner Braunthal, Internationale II S. 38, und Vorwärts 28, 8, 1914. 3) Seit dem Eintritt des französischen Sozialisten Alexandre Millerand in das Kabinett Waldeck-Rousseau (1899) wurde in der Sozialistischen Internationale erörtert, ob es für einen Sozialisten zulässig sei, in einem bürgerlichen Kabinett einen Ministerposten zu übernehmen; s. Braunthal, Internationale I S. 265 f., 278 ff., 284 ff. — Emile Vandervelde, der Präsident der Sozialistischen Internationale, war wenige Tage nach Kriegsausbruch in die belgische Regierung eingetreten; s. Braunthal, Internationale II S. 40. 4) S. Klara Zetkin, Jean Jaurès, in: Die Gleichheit 24. Jg. S. 369 ff. (28. 8. 1914). David bezieht sich auf folgenden Passus S. 370: "Jaurès' Los ist beneidenswert. In ihm hat sich erfüllt, weshalb Goethe den griechischen Dichter Anakreon glücklich pries. Der geniale Sozialistenführer hat Frühling, Sommer und Herbst des Daseins genossen; in strotzender Kraft, auf der Höhe seines Schaffens wurde er von hinnen genommen. Ihm blieb der traurige Winter des Sichselbstüberlebens erspart, da die müde Greisenhaftigkeit nur zu oft an den besten Taten der Mannheit abbröckelt. Und vor Tragischerem noch ,hat ihn endlich der Hügel geschützt'. Jaurès ist treu sich selbst und seiner Überzeugung im Kampf gegen die Kräfte des Kapitalismus gefallen, die die Staaten zum Ringen um die Weltherrschaft zwingen." 5) Vgl. Der Wahre Jacob, Illustrierte humoristisch-satirische Zeitschrift 28. 8. 1814. Das Bild zeigt drei deutsche Bauern, die mit Dreschflegeln auf drei im Getreide versteckte, entsetzt reagierende Soldaten - einen Russen, einen Engländer, einen Franzosen -- einhauen. Dazu die Überschrift: "Nun Kinder drauf los! Jetzt hilft nur noch das Dreschen!" Die Zeitschrift erschien im partei-offiziösen Dietz Verlag, Stuttgart.

Freitag, 28. August. Mein Magenanfall ist durch Hungern zum Stehen gebracht. Doch bin ich zu matt, um in das Archiv zu gehen.

Die Nachrichten vom westlichen Kriegsschauplatz verkünden siegreiches Vorgehen auf der ganzen Angriffslinie. Auch die Engländer sind in die Niederlage verstrickt und haben große Gefangenenverluste. Dagegen fehlen aus dem Osten alle Nachrichten. Wie es heißt, werden große Truppenmassen nach dem Osten geworfen. [...]

Sonnabend, 29. August. Endlich gute Nachricht aus dem Osten. Sieg über die Russen zwischen Gilgenburg und Ortelsburg<sup>1</sup>). — Auch die Österreicher scheinen Erfolg in Galizien zu haben. — Man freut sich allgemein über die Niederlage der englischen Truppen bei St. Quentin<sup>2</sup>).

Die neue französische Regierung hat einen Aufruf erlassen: Widerstand bis zum Äußersten; Hoffnung auf die Russen, die bereits auf Berlin losmarschieren<sup>3</sup>). Das läßt den Einfluß unserer Genossen noch nicht merken.

Spreche vormittags mit *Ebert*, [Otto] *Braun* und [Hermann] *Müller* in den Räumen des Parteivorstandes. *Wels* hat den Gedanken angeregt, die französischen Parteigenossen im Ministerium wissen zu lassen, daß wir bereit sind, unseren ganzen Einfluß bei unserer Regierung einzusetzen, um Frankreich einen billigen Frieden zu gewähren. Man diskutiert die Möglichkeit. Ich befürworte den Gedanken.

Nachmittags Café Austria: Robert Schmidt, Schöpflin, Wels, Cohen [-Reuß], Göhre. Wir besprechen Frage Frankreich, Belgien. Sind einig: keine territoriale Annexion. Letztere wird hinsichtlich Belgiens von der Militärpartei begründet mit dem Hinweis auf die Bedeutung des Besitzes der belgischen Seeplätze gegenüber England. Es verlautet, man wolle Antwerpen an Holland geben und das übrige Belgien einstecken. Das wäre für Deutschland die Quelle neuer Schwierigkeiten nach innen und außen und eines zukünftigen neuen Weltkrieges. Ich vertrete den Standpunkt: keine territoriale Annexion, aber Wegnahme des Kongostaates und Bildung eines großen deutschen Kolonialreiches durch das äquatoriale Afrika hindurch. Frankreich müßte das ganze französische Kongoland dreingeben, evtl. Tanger als deutschen Flottenstützpunkt. Deutschland erhält damit ein Feld für seine expansiven Kräfte. Für Belgien und Frankreich bedeuten diese Verluste keine nationalen Eingriffe. Die Eingeborenen der betroffenen Länder gewinnen nur durch den Übergang in die deutsche Verwaltung. Die Kollegen sind der gleichen Meinung, glauben auch, daß man damit bei der großen Mehrheit der Partei keinen Widerstand fände<sup>4</sup>).

Sodann Aussprache über die innere Frage. Ich lege den Gedankengang dar, den ich in der Unterredung mit *Delbrück* und *Lewald* ausführte<sup>5</sup>), und stelle die Frage, ob die Partei gegen Erlangung eines demokratischen Wahlrechts in

<sup>29. 8. 1914: 1)</sup> S. Frankfurter Zeitung 29. 8. 1914 (Abendblatt). 2) S. Berliner Tageblatt 28. 8. 1914 (Abendausgabe) und Frankfurter Zeitung 3. 9. 1914 (Abendblatt). 3) S. Schulthess 1914/II S. 688. 4) Zur Haltung der Vorkriegs-SPD gegenüber der Kolonialpolitik vgl. Gerhard Schulz, Die deutsche Sozialdemokratie und die Entwicklung der auswärtigen Beziehungen vor 1914. Ein Beitrag zur Geschichte des politischen Denkens und des Parteiwesens, phil. Diss.

Preußen, mit allen seinen daraus abzuleitenden Vorteilen (Gleichberechtigung in Gemeinde, Staat und Reich) bereit sein würde, die monarchischen Formalitäten zu schlucken. Man erkennt an, daß die Forderung der Republik als reale Gegenwartsforderung nach dem Kriege gegenüber den an der Spitze ihrer siegreichen Heere zurückkehrenden Zollern eine Phrase ist. Die theoretische Reservation für die sozialistische Zukunftsgesellschaft kann man sich ja vorbehalten. Ich habe als Ergebnis der Aussprache die Überzeugung, daß man sich den gezogenen Konsequenzen nicht verschließt. Man glaubt aber nicht, daß die einer demokratischen Wahlreform widerstrebenden Kräfte besiegt werden könnten. Ich weise auf unsere durch den Krieg gestärkte Machtstellung hin und auf die Notwendigkeit für die Regierung, uns auf ihrer Seite zu haben bei dem wirtschaftlichen Regenerationswerk.

Robert Schmidt meint, eine bescheidene Wahlreform würden wir leicht bekommen. Er äußert sich sehr günstig über die Männer im Reichsamt des Innern. Göhre teilt mit, daß er über die auswärtige Frage mit Lewald gesprochen habe. Er hat Kenntnis erhalten, daß die Konservativen bereits sehr verstimmt sind über das Entgegenkommen der Regierung gegen uns. Roesicke<sup>6</sup>) lasse einen entsprechenden Artikel durch die Landratspresse gehen.

Sonntag, 30. August. Nachmittags im Freibad Wannsee. Auch hier nichts von Männermangel zu merken. Großer Trubel und fröhliches Treiben.

Abends bei Helene Stöcker<sup>1</sup>) in Nikolassee. Anwesend noch Dr. Springer und Dr. Kliemke<sup>2</sup>), Direktor der Tanganjika-Eisenbahn. Letzterer war auf der Fahrt zur feierlichen Eröffnung. Das Schiff kehrte vor Port Said schleunigst um. [Er] erzählt von dem Abg. Mumm<sup>3</sup>), der mit auf dem Schiff war und den "Argen" für den Krieg verantwortlich machte.

Montag, 31. August. Treffe Haase im Vorstandslokal; glaubt, daß eine schreckliche Annexionspolitik nach außen und Reaktion nach innen das Resultat des Krieges sein werde. Ich sage ihm, daß dann uns die Mitschuld trifft. Gespräch mit Karl Liebknecht; meint, [daß,] wenn wir ein demokratisches Wahlrecht erlangten und dabei unseren Charakter als revolutionäre Klassenpartei verlören, das nur ein Schaden wäre. Hat auch im übrigen aus dem Weltkrieg nichts gelernt. Doktrinärer Schwadroneur.

Vorstandssitzung<sup>1</sup>). Liebknecht und ich werden eingeladen<sup>2</sup>), unsere Anregungen zu geben. Liebknecht schlägt vor, Versammlung einzuberufen, um gegen die Annexionspolitik zu protestieren. Würde sie verboten, so sei auch das schon ein

Berlin 1952, bes. S. 228 ff. und 289 ff. <sup>5</sup>) Vgl. 24. 8. 1914. <sup>6</sup>) Dr. Gustav Roesicke, Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, Konservativer, Vorsitzender des Bundes der Landwirte; wurde am 18. 12. 1914 in den Reichstag gewählt.

<sup>30. 8. 1914:</sup> ¹) Helene Stöcker gründete 1905 den "Bund für Mutterschutz und Sexualreform" und gab dessen Zeitschrift Die neue Generation heraus. ²) Vgl. 23. 7. 1916 (Anm. 1). ³) Pastor D. Mumm, Lizentiat, Reichstagsabgeordneter, Deutsche Fraktion.

<sup>31. 8. 1914: 1)</sup> Parteivorstandssitzung. 2) David und Liebknecht gehörten nicht dem Parteivorstand an.

politischer Erfolg. Ich widerspreche und schlage vor, die Franzosen wissen zu lassen, daß wir unseren Einfluß geltend zu machen entschlossen sind, um einen billigen Frieden für sie zu erwirken. Außerdem empfehle ich dem Vorstand, die Reichsregierung parteioffiziell wissen zu lassen, daß wir eine demokratische Reform des preußischen Wahlrechts als Preis für die Kriegsleistung der Arbeiterschaft erwarten, dann gern an der Regeneration des Wirtschaftslebens mitarbeiten werden, sonst aber wieder in scharfe Opposition treten würden. Man solle nicht vergessen, daß es in der Regierung auch einsichtige Männer gäbe. Die gelte es zu stärken gegen die einsichtslosen Reaktionäre, die ihren Hort in der preußischen Junkerverwaltung haben. — An der Diskussion läßt man uns nicht teilnehmen. Ein seltsam bürokratisches Verfahren in solcher Situation! Die Psychologie der Beamten der Demokratie ist gleich der der Monarchie.

Dienstag, 1. September. Spreche mit Hermann Müller und rege an, daß die Artikel unserer Presse, die Schonung für Frankreich verlangen (Dresdner Volkszeitung, Chemnitzer Volksstimme usw.), ins Ausland gebracht werden und zur Kenntnis unserer französischen Genossen kommen.

Spreche mit Schöpflin. Wir verabreden, er solle unsere Ziele niederschreiben. Wir wollen dann mit den befreundeten Kollegen ein Programm fixieren und den Redaktionen usw. unserer Richtung übermitteln, um eine einheitliche Haltung der Provinzpresse zu erreichen.

Gertrud [David] teilt mir telefonisch mit, daß in Steglitz eine Versammlung der Funktionäre stattgefunden hat, wo Mehring und Duncker die Fraktion scharf angegriffen haben; H. Schulz<sup>1</sup>) habe sich in staatsmännisches Schweigen gehüllt.

Spreche mit Curt Baake und veranlasse ihn, Fühlung zur linksliberalen Presse zu suchen, damit diese in der außenpolitischen Frage mit uns zusammenarbeitet. Er erzählt mir, Theodor Wolff<sup>2</sup>) habe gesagt: Dieser Krieg ist nicht literarisch. Charakteristisch für den Mann. — Die auswärtige Politik der linksliberalen Presse wird, wie die der sozialdemokratischen, von österreichischen jungen Leuten gemacht. Stampfer ist wieder auf die andere Seite gefallen und treibt Zukunftsstaat-Propaganda, man druckt ihn aber kaum ab.

Nachmittags sucht mich Dr. Hermann Rösemeier<sup>3</sup>) auf. Macht einen verstörten Eindruck und sieht nur Unheil und Niedergang der Kultur durch den Krieg. Rußland wird nicht niedergeworfen, dagegen Frankreich von unserer Militäraristokratie zum Weißbluten gebracht. Ich zeige ihm die anderen Faktoren und rücke ihm einige historisch-philosophische Gesichtspunkte in Sehweite. Er scheint etwas getröstet und verläßt mich mit vielem Dank.

Mittwoch, 2. September. Gespräch mit Schöpflin und Wels. Die französische und belgische Sektion haben einen Aufruf namens der Internationale "An das deutsche Volk" ergehen lassen, der schon in einem holländischen Blatt abge-

<sup>1. 9. 1914:</sup> ¹) Heinrich Schulz, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter. ²) Chefredakteur des Berliner Tageblatt. ³) Ehemaliger Redakteur bei der Ullstein-Presse, tätig in der Friedensbewegung.

druckt ist und durch Flieger in der deutschen Armee verbreitet werden soll<sup>1</sup>). Deutschland wird darin als der Friedensbrecher, die Franzosen und Belgier als die Kämpfer für Demokratie und Freiheit hingestellt. Unser Kampf gegen den russischen Despotismus und das Bündnis der Westmächte mit ihm bleiben unerwähnt. Der deutsche Parteivorstand will eine geharnischte Gegenkundgebung loslassen<sup>2</sup>). — Haases Stellung im Parteivorstand erscheint immer isolierter. — Ich vermute, daß die Franzosen und Belgier von Rosa Luxemburg usw. angestachelt worden sind.

Gespräch im Vorstandslokal mit [Hermann] Müller und Scheidemann. Letzterer berichtete aus Holland<sup>3</sup>). Vliegen, der ganz franzosenfreundlich war, ist in der Redaktion<sup>4</sup>) durch Troelstra<sup>5</sup>) ersetzt. Erklärung Troelstras in der Kammer für Neutralität. Die Stimmung in Holland im allgemeinen noch gegen uns. Namentlich bei den Weibern, die Scheidemann erklärten, daß für sie Begriffe wie Patriotismus und Vaterland überhaupt keine Bedeutung haben dürften gegenüber der Internationale; wie bei Haase, setzte Scheidemann hinzu.

Nachmittags war Wolfgang Heine bei mir. Eine böse Erbschaftsgeschichte nötigte ihn zu längerer Abwesenheit. Ich orientierte ihn über die Situation und veranlasse ihn, seine Bekanntschaft mit den linksliberalen Zeitungsleuten, namentlich Th. Wolff, zu benutzen, um sie für die äußeren und inneren Fragen in unserem Sinne einzustellen. Ein Zusammengehen gegen die konservative Militärpartei wird unbedingt nötig sein.

Konferenz im Café Austria: Schöpflin, Göhre, [Gustav] Bauer. Wir einigen uns, die Provinzpresse in unserem Sinne zu informieren.

Göhre teilt mir mit, daß er in den nächsten Tagen einer Aufforderung folgend wieder mit [Clemens v.] Delbrück sprechen werde. Darauf hin informiere ich ihn über meine Unterhaltung mit Delbrück<sup>6</sup>) und lege ihm nahe, auch die innere Frage in dem von mir eingeleiteten Sinne nachdrücklichst zu unterstreichen.

Darnach Gespräch mit C. Baake, Kaliski und Joseph Bloch bei Josty. Baake teilt mit, daß Pannekoek<sup>7</sup>) in der holländischen Tribüne einen langen Artikel losgelassen hat, in dem Haase, Ledebour und Liebknecht als Verräter an der Internationale gebrandmarkt werden, weil sie entgegen ihrer inneren Überzeugung

<sup>1)</sup> Vgl. William E. Walling, The Socialists and the War, New York 1915, 2) S. die in Vorwärts 10. 9. 1914 ver-S. 175 ff., dort auch Wortlaut des Aufrufs abgedruckt. öffentlichte "Erklärung" des Vorstandes der SPD, die "gegen dieses einseitige Vorgehen des Internationalen Sozialistischen Bureaus" protestiert. Nach Bernstein, Die Internationale S. 52 habe es sich - wie später bekannt geworden sei - nicht um ein Manifest des Internationalen Sozialistischen Burcaus, sondern der "Vollziehungsausschüsse der französischen und belgischen Sozialdemokratie" gehandelt; der Irrtum sei entstanden, weil die unterzeichnenden belgischen Sozialdemokraten Mitglieder des Vollziehungsausschusses des Internationalen Sozialistischen Bureaus waren. Der SPD-Vorstand hatte am 17. 9. 1914, s. Partei-Correspondenz 9. Jg. S. 424 (31. 12. 1914), betont, daß ihm der umstrittene Aufruf im "ausdrücklichen Auftrage des Internationalen Sozialistischen Bureaus" übersandt worden sei und daß vor den Unterschriften der belgischen Unterzeichner der Vermerk gestanden habe: "Für das Exekutivkomitee". 4) Von Het Volk. 5) Pieter J. Troelstra, führender holländischer Sozialist. 1914 (Anm. 6). 7) Dr. Anton Pannekoek, holländischer Sozialist, lebte lange in Bremen, 6) Vgl. 24. 8. 1914. Publizist und Lehrer an der SPD-Parteischule. - Vgl. Scheidemann, Memoiren I S. 265.

für die Bewilligung gestimmt haben<sup>8</sup>). Auch andere Einzelheiten aus der Fraktionssitzung werden preisgegeben.

Langes unfruchtbares Gespräch über die englische Politik mit [Joseph] Bloch, der mit apodiktischer Einseitigkeit "England" als den allein schuldigen Urheber des Krieges ansieht. Ich sollte mich wirklich nicht immer wieder in derartige Diskussionen verwickeln lassen.

Da die Verbindungen nach Frankfurt wieder unterbrochen sind, muß ich meine Reise nach Mainz wieder verschieben. Große Truppenmassen werden aus dem Westen nach dem Osten geworfen, vermutlich nach Lemberg, um die für die Balkanpolitik entscheidende Niederlage der Russen in Galizien durchzusetzen.

Donnerstag, 3. September. Guesde und Sembat haben die italienischen Genossen aufgefordert, mit in den Kampf einzugreifen gegen den Zweibund, für Demokratie und Freiheit. Huysmans und Vandervelde sollen seit langem gegen Deutschland gearbeitet haben.

Gespräch mit Scheidemann über meine etwaige Reise nach der Schweiz zu Greulich<sup>1</sup>), den ich für geeignet halte, nach Frankreich hinüberzuwirken. Scheidemann ist ganz erfüllt von dem Eindruck der allgemeinen Gegnerschaft in der Internationale gegen uns. Ich erfahre, daß schon drei Leute nach der Schweiz geschickt sind<sup>2</sup>).

Cohen[-Reuß] im Archiv. Lange Unterhaltung über äußere Situation. Eduard Bernstein hat ihm Mitteilung aus der Times gemacht, wonach der belgische Neutralitätsbruch in noch schlimmerem Licht und die Haltung Englands gerechtfertigt erscheint. Rede von Asquith³). Cohen[-Reuß] steht unter diesem Eindruck und meint, es muß etwas geschehen, um unsere und die liberale Presse zu einer milderen Haltung gegen England zu bringen. Ich weise auf die trotz aller Einzelheiten bleibende große Verschuldung Englands hin, das von langer Hand die Koalition mit Rußland gegen uns eingegangen ist, zwecks Niederhaltung unserer See- und Kolonialgeltung. Eduard Bernstein fehlt die innere Ruhe. Er hat Haase, den beide bei Josty getroffen und der innerlich noch unverändert ist, Wasser auf die Mühle geliefert: die deutsche Regierung ist die Hauptschuldige am Krieg; wir sind eingeseift worden; die Bewilligung der Kredite war ein Fehler.

Hinsichtlich der inneren Frage meint Cohen[-Reuß], wieder im Einvernehmen

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup>) Diese Wiedergabe des Artikels von *Pannekoek* ist irreführend. Der entsprechende Passus des A. P. gezeichneten Artikels De Duitsche socialdemocratie en de oorlog, in: *De Tribune*, soc. dem. orgaan, Amsterdam, 7. Jg. Nr. 95 (26. 8. 1914) lautet: "In de zitting der S. D. fractie daarop bleek dadelijk, hoe revisionisme en oud-radikalisme eensgezind voor de bewilliging waren. Wel streden *Haase*, *Liebknecht*, *Lensch* en *Ledebour* met alle kracht voor en weigering, wezen op *Bebels* houding in 1870, op't imperialistisch karakter van den oorlog enz.; maar slechts 17 man stonden aan hun kant."

<sup>3. 9. 1914:</sup> ¹) Hermann Greulich, führender Schweizer Sozialist. ²) Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1917, Bericht des Parteivorstandes, S. 37: "Im September 1914 haben Vertreter des Parteivorstandes von der Schweiz aus vergeblich versucht, mit der französischen Partei in Fühlung zu kommen." ³) Rede des britischen Premierministers im Unterhaus zur englischen

mit Bernstein, ich sei Optimist, die militaristisch-reaktionäre Partei werde jeden Fortschritt hindern. Ich stelle den Begriff Optimismus klar. Es kommt darauf an, alle Kräfte und Faktoren zu sehen, auch die hinter uns stehenden, und mit ihnen in der Richtung, die wir wünschen, richtig zu arbeiten. Wie die Dinge dann gehen, läßt sich nicht voraussagen; man muß aber die Hoffnung und das Vertrauen haben, sie in seinem Sinne führen zu können. In diesem Sinne gehört der Optimismus zur Politik. Ohne ihn keine entschlossene Initiative. Gehen die Dinge trotzdem anders, so haben wir das Bewußtsein, das Richtige getan zu haben; was über unserer Kraft liegt, das haben wir nicht zu verantworten. Ich mache ihm nochmals klar, daß die konservative Position durch die Ausschaltung des Zarismus und durch den Zusammenbruch der ostelbischen Großlandwirtschaft eine große Schwächung erfahren, daß die demokratische Forderung im Bewußtsein der heimkehrenden Vaterlandsverteidiger eine große Kraft darstellt und daß die uns geneigte Strömung in der Reichsregierung auf uns angewiesen sei und in uns einen starken Stützpunkt gegen die reaktionäre Strömung finden könne. - Er scheint überzeugt.

In der militärischen Jugendsache<sup>4</sup>) hat er noch keinen ablehnenden Bescheid gegeben. Er teilt mit, daß Vorstand und Jugendausschuß über die Beteiligung beraten wollen. Ich ersuche ihn dringend, an der Beratung teilzunehmen und für Beteiligung einzutreten. Wir müssen uns zunächst auf den Boden stellen, daß keine Parteipolitik dabei betrieben werden soll. Stellt sich später heraus, daß sie doch getrieben wird, so haben wir dann erst einen zulänglichen Grund auszuscheiden. Die Sache selbst, militärische Jugenderziehung, liegt in unserem Programm<sup>5</sup>).

Sodann kommt Göhre. Er hat sich als freiwilliger Landsturmmann gemeldet mit der Bedingung, daß er als Offizier Verwendung finde. War Unteroffizier und schied dann als Theologe aus dem Heere. Jetzt ist ihm mitgeteilt, daß er als Kriegsfreiwilliger angenommen ist, aber es scheint zweifelhaft, ob seine Bedingung akzeptiert ist. Er will meinen Rat, ob er zum Stellvertretenden Kriegsminister gehen soll und ihm die politischen Gründe darlegen soll, aus denen er sich gemeldet und als Offizier angenommen sein will, was nur durch unmittelbare Entscheidung des Kaisers erfolgen kann. Es hat innerparteiliche Gründe mit dabei im Auge. Ich rate ihm ab, nach dieser Richtung bei Hohenborn<sup>6</sup>) zu sprechen, empfehle ihm, die Sache lediglich auf der Grundlage zu behandeln: Wir wollen, indem wir alle Pflichten für das Land übernehmen, auch volle Gleichberechtigung im Heer. Seine Ernennung soll ein Dokument dieser Gleichberechtigung sein: auch ein Sozialdemokrat kann fortan in Deutschland wie anderwärts Offizier sein. Für die Haltung und Entwicklung der Sozialdemokratie ist das von Wichtigkeit. — Er will sich die Sache nochmals überlegen.

Kriegserklärung; vgl. Schulthess 1914/II S. 557 ff. 4) Vgl. 27. 8. 1914. 5) Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem Parteitag zu Erfurt 1891: "[...] Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst: [...] 3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit"; Protokoll SPD-Parteitag 1891 S. 5. — Vgl. dazu auch 5. 9. 1914 (Anm. 1). 6) General Adolf Wild von Hohenborn, Stellvertreter des Kriegsministers.

Freitag, 4. September. Aus Göhres Plan ist nichts geworden, da der Stellvertretende Kriegsminister ihn für unmöglich erklärt hat aus militär-bürokratischen Gründen<sup>1</sup>).

Nachträglich erfahren wir, daß die Russen 24 Stunden Allenstein besetzt hatten. Wie es jetzt im nördlichen Ostpreußen aussieht, wissen wir nicht. Seit Tagen herrscht darüber tiefstes Schweigen.

Sonnabend, 5. September. Vormittags Cohen[-Reuß] im Archiv. Der Vorstand hat Nichtbeteiligung unserer Jugendorganisation an der militärischen Vorbildung beschlossen<sup>1</sup>). Infolgedessen will auch Cohen[-Reuß] nicht mitmachen. Ich halte den Beschluß für einen Fehler. — Langes Gespräch über die Notwendigkeit, die Partei zu reformistischer Taktik und Anerkennung der monarchischen Spitze zu bringen. Er sieht die zwingende Logik der Tatsache ein, schreckt aber trotzdem noch vor dem offenen Bekenntnis zurück.

Pannekoeks Artikel in der Tribüne<sup>2</sup>) wird von der Generalkommission<sup>3</sup>) übersetzt. Die Sache wird kaum noch geheim bleiben. Wie Haase usw. sich dann noch halten kann, ist mir schleierhaft.

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung bringt eine Notiz über den Aufruf der Franzosen und Belgier namens der Internationale "An das deutsche Volk<sup>4</sup>)". Das ist ein Stoß ins Herz der Internationale. Die Franzosen und Belgier sind von allen guten Geistern verlassen. Ich vermute, Luxemburg und Genossen haben ihnen das eingeblasen. Offenbar nehmen sie an, in der deutschen Sozialdemokratie wäre eine starke Opposition gegen die Haltung der Fraktion und des Vorstandes.

<sup>4. 9. 1914: 1)</sup> Vgl. 3. 9. 1914. — Göhre wurde jedoch im folgenden Jahr an der Ostfront zum Offizier befördert; vgl. Neue Deutsche Biographie 6, 1964, S. 514.

<sup>1)</sup> Vgl. die "Debatte über die Beteiligung der Arbeiterjugend an den Bestre-5. 9. 1914: bungen zur Wehrhaftmachung der Jugend" in: Protokoll SPD-Parteiausschuß 27. 9. 1914 S. 15 f. Dazu Severing I S. 202 f. Vgl. weiter Heine, Erinnerungen (Die Politik im Kriege): "Die Regierung hatte eine militärische Jugenderziehung eingerichtet. Ohne Zögern traten aller Orten junge Genossen in diese Organisation ein; [...] Alsbald wurden dagegen Bedenken laut. Nicht absolut unberechtigt war die Befürchtung, daß die Heeresverwaltung nicht nur eine Vorbereitung zur Landesverteidigung, sondern auch einen Gesinnungsdrill beabsichtigte [...]. Aber um so nötiger wäre es gewesen, unsere jungen Leute in Massen hineinzuschicken, was jeden Mißbrauch hätte verhindern können. Dazu konnten sich diejenigen nicht entschließen, die überhaupt mit scheelen Augen zusahen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter ihr Vaterland entdeckt hatten. So wurde die sozialdemokratische Jugendzentrale, an deren Spitze Ebert stand, der persönlich ganz anders dachte, zu einer Erklärung gezwungen, in der sie vor dem Beitritt zu den Jugendwehren warnte [...]." — Vgl. hingegen die Äußerung Haases, Protokoll SPD-Parteiausschuß 12./13. 1. 1915 S. 26.: "Dem täglichen 'God save the King' im Daily Citizen [dem Organ der britischen Labour Party] stehen die Aufrufe zur Bildung der Jugendkompanien in Deutschland gegenüber [...]." Ferner Partei-Correspondenz 11. Jg. S. 111 f. (18. 3. 1916) und S. 167 f. (8. 4. 1916); dazu die kritische Darstellung der Haltung der Partei bei Mathilde Wurm, Die militärische Jugendvorbereitung, in: Die Gleichheit 26. Jg. S. 56 f. (7. 1. 1916), S. 64 f. (21. 1. 1916) und S. 72 f. (4. 2. 1916). 2) S. 2. 9. 1914 (Anm. 8). 3) Dachverband der Freien Gewerkschaften. 4) Vgl. 2. 9. 1914 (Anm. 1).

Sonntag, 6. September. Nachmittags in Zehlendorf bei Göhre. Cohen[-Reuß], Wels, [Robert] Schmidt, Schöpflin. Südekum aus Italien zurück¹), berichtet über seine Verhandlungen mit den dortigen Genossen. Sie beurteilen die Sache nur mit dem coeur; Frankreich hat recht, Deutschland ist der Barbarenstaat, der alle bedroht; il Kaiserismo; die deutsche Sozialdemokratie ist in ihrer Organisation erstarrt; als die Nachricht von der Erschießung Liebknechts und der Rosa Luxemburg kam, hatten sie aufgeatmet, weil sieh dadurch die deutsche Partei vor der Internationale wenigstens zum Teil rehabilitiert habe; den Begriff "Vaterland" in unserer Erklärung verurteilen sie scharf; ihr Italien freilich geht ihnen über alles, und nächst dem die herrliche France; der Zarismus existiert nicht; eine ernsthafte Bedrohung Deutschlands durch ihn gab es nicht; der Zar ist der Kämpfer für die Demokratie. Südekums Urteil über das Niveau und den politischen Einfluß der italienischen Genossen ist vernichtend²).

Die Berliner Presse bringt die Mitteilung, daß Vertreter der "bürgerlichen Parteien" im Reichstag zusammen waren und eine Erklärung an das Reichsmarineamt gerichtet haben, worin der Ersatz und beschleunigte Ausbau der Flotte angeboten wird³). Ich sehe darin einen Versuch der Erzberger, Paasche und Genossen, uns zu isolieren. Bin mit Cohen[-Reuß] und Göhre der Meinung, daß dieser Versuch durchkreuzt werden muß, durch Bekundung unserer Bereitwilligkeit, die marinistischen Kriegsnotwendigkeiten ebenfalls zu bewilligen. Schmidt, Wels und Schöpflin finden, daß man den bürgerlichen Abgeordneten dankbar sein müsse, daß sie uns aus dem Spiel gelassen hätten. Sie verkennen offenbar noch durchaus die Notwendigkeit für uns, Rüstungsforderungen zu bewilligen.

<sup>1)</sup> Vgl. 23. 8. 1914 (Anm. 4). 2) Vgl. die Wiedergabe eines Berichts des Avanti über den Besuch Südekums in Italien und die Verurteilung dieses Berichts als "einseitig" durch die Vorwärts-Redaktion in: Vorwärts 12. 9. 1914 (Bezirks-Beilage für Norden-Osten); ferner den Protest Franz Mehrings gegen die Stellungnahme der Redaktion in: Vorwärts 13. 9. 1914 und die Stellungnahme Südekums in: Vorwärts 15. 9. 1914. 3) Vgl. den unter der Überschrift "Ein unerhörter Vorgang" erschienenen Bericht in: Vorwärts 6. 9. 1914, in dem mitgeteilt wird, daß sich laut Meldung des Wolffschen Büros im Reichstag führende Mitglieder der bürgerlichen Parteien getroffen und dem Staatssekretär des Reichsmarineamtes eine Erklärung folgenden Wortlauts zugeleitet hatten: "Die unterzeichneten Mitglieder des Reichstages erklären sich bereit, in ihren Fraktionen und im Reichstage dafür einzutreten, daß alle Maßregeln des Reichsmarineamts, welche die Kriegsnot erheischt, in etatrechtlicher Hinsicht und bezüglich der Rechnungslegung genehmigt werden. Insbesondere sind sie bereit einzutreten 1. für sofortigen Ersatz verlorener Schiffe; 2. für sofortige Durchführung aller 1912 beschlossenen Maßnahmen (Bau von Torpedo- und Unterseebooten); 3. für sofortigen Bau des 1915 fälligen Schiffsersatzes; 4. für Herabsetzung der Lebensdauer der Schiffe von 20 auf 15 Jahre. Unterschrieben: gez. Dr. Paasche [Nat. Lib.], Freiherr v. Gamp [Deutsche Fraktion], M. Erzberger [Zentrum], Gröber [Zentrum], Dr. Wiemer [Fortschrittl. Volkspartei], Graf Westarp [Kons.], Graf Oppersdorff [Kons.], Schultz-Bromberg [fraktionslos]." Vgl. auch A. von Tirpitz, Deutsche Ohnmachtspolitik im Weltkriege, Hamburg u. Berlin 1926, S. 94 f. Dazu erklärte die Nationalliberale Correspondenz 8. 8. 1914, daß "nur eine private Vorbesprechung einzelner Reichstagsabgeordneter stattgefunden hat, von der den Mitgliedern unserer Fraktion, außer demjenigen Herrn, der an der Vorbesprechung teilnahm, nichts bekannt war". Die in der Nationalliberalen Correspondenz gesperrt gedruckte Versicherung, daß "bei der nationalliberalen Fraktion nicht die Absicht besteht, irgendeine Partei bei einer so wichtigen die Wehrkraft unseres Vaterlandes betreffenden Frage von der Mitwirkung auszuschließen", veranlaßte die Vorwärts-Redaktion zur Feststellung, 5. Vorwärts 9. 9. 1914, daß damit die Sache erledigt sei. Vgl. ferner Sozialdemokratie und Flotten-

Auf dem Rückweg spricht sich Göhre sehr entschieden zu mir aus über seinen festen Entschluß, die Partei auf unseren Standpunkt zu bringen oder die Konsequenzen zu ziehen. Er ist fast zu weit auf den nationalen sozialen Standpunkt zurückgekommen<sup>4</sup>) und will von der Internationale nichts mehr wissen. Ich korrigiere das.

Abends Zusammentreffen mit Südekum und Frau und Dr. Grotjahn bei Huth, später Josty. Grotjahn ist überschwenglich und voll vorschneller Verallgemeinerungen und Möglichkeiten. Er sieht wie alle Intellektuellen gar nicht die Schwierigkeiten und entgegenstehenden Kräfte, die in der Masse unserer Partei liegen.

Montag, 7. September. Reise¹) verschoben wegen der Flottenrüstungssache²). Spreche mit Scheidemann und Ebert, die im wesentlichen mit mir einig sind, daß der Ersatz des Materials selbstverständlich mit den 5 Milliarden bewilligt ist oder weiter zu bewilligen ist, daß darüber hinausgehende Dinge aber durch den Reichstag laufen müssen. Die Regierung hat bereits eine planierende Notiz in die Presse gegeben. Ebenso tadelt die linksliberale Presse unsere Ausschließung.

11 Uhr Zusammentreffen mit Südekum, dem ich Bericht erstatte über meine Unterredung mit Delbrück<sup>3</sup>). Er ist vollkommen einverstanden mit meinen Darlegungen.

12 Uhr Aussprache mit Fischbeck<sup>4</sup>) im Rathause. Ich setze ihm die Notwendigkeit auseinander, daß die Linke nun zusammenwirkt, um die preußische Wahlreform und weitere Demokratisierung Preußens durchzusetzen. Die Liberalen werden zunächst den größten Vorteil davon haben. Ein Zusammengehen mit der Rechten, unter Isolierung der Sozialdemokratie, könnte zu keinen wirklichen demokratischen Errungenschaften führen. Fischbeck ist gleicher Meinung. Er tadelt scharf, daß Wiemer<sup>5</sup>) die Flottenrüstungssache<sup>2</sup>) ohne sein Wissen mitgemacht hat. Er wird mit ihm sprechen. Fischbeck will auch die freisinnige Presse im Sinne eines gemeinsamen Arbeitens mit uns instruieren. Ich gebe ihm einen Einblick in die innere Entwicklung unserer Partei; die reformistische Taktik wird siegen, wenn es gelingt, große demokratische Forderungen durchzusetzen.

5 Uhr vereinigte Sitzung des Fraktions- und Parteivorstandes in der Flottenrüstungssache. Scheidemann berichtet, daß Baake Gelegenheit hatte zu einem Gespräch mit westfälischen Großindustriellen (Mannesmann, Böttinger<sup>6</sup>)) im Reichstag. Vielleicht stehen diese hinter der Flottenaktion<sup>2</sup>). Sie sind wütend über den Reichskanzler, der womöglich noch drei Tage lang mit England über den Frieden gekabelt hätte. Auch die Freundschaft mit den Sozialdemokraten nehmen sie ihm sehr übel. — Die Flottenaktion scheint darnach eine Aktion gegen den "großen Erfolg des Reichskanzlers vom 4. August" zu sein. — Haase

vermehrung, in: Berliner Tageblatt 16. 9. 1914 (Abendausgabe).

4) Paul Göhre war Mitbegründer des Nationalsozialen Vereins und dessen zweiter Vorsitzender gewesen; 1899 hatte er sich der SPD angeschlossen.

<sup>7. 9. 1914: 1)</sup> Vgl. 10.—22. 9. 1914. 2) Vgl. 6. 9. 1914 (Anm. 3). 3) Vgl. 24. 8. 1914. 4) Otto Fischbeck, Vorsitzender der Reichstagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei. 5) Dr. Otto Wiemer, Reichstagsabgeordneter, Fortschrittliche Volkspartei. 6) Henry T. von Böttinger, Aufsichtsratsvorsitzender der Bayer-Werke Elberfeld, Mitglied des Preußischen

glaubt das nicht, sondern meint, sie sei auf das Ausland berechnet gewesen. Ich trete ihm entgegen mit dem Hinweis darauf, daß sie auf das Ausland ja als Abschwächung des 4. August, als Dokument der inneren Uneinigkeit wirken müsse. Ledebour ist für strikte Ablehnung irgendwelcher zustimmenden Erklärungen unsererseits, die gleich zum Zwecke "weiterer Rüstungstreibereien" ausgenutzt würden. Haase schlägt vor, die angekündigte Besprechung unter Zuziehung auch der sozialdemokratischen Vertreter abzulehnen. Ebert will das von einer genügenden Entschuldigungserklärung abhängig machen. Ich weise auf die Gefahr hin, die jede zweifelhafte Haltung unsererseits zur Folge haben würde. Wir würden es den Sammlungspolitikern gar so leicht machen, ihre Isolierungsabsichten zu verwirklichen. Das müssen wir auf jeden Fall durchkreuzen und diejenige Strömung in der Regierung, die für unsere Gleichberechtigung ist, unterstützen gegen Scharfmacher und preußische Reaktionäre. Von einer Reichstagseinberufung während des Krieges über die Frage der Rüstungsausgaben verspreche ich mir keinen Gewinn für uns; es würde einfach eine Demonstration zugunsten der Militärpartei werden. — Wels, [Richard] Fischer, [Otto] Braun sprechen sich im wesentlichen zugunsten einer Beteiligung aus. Ebert, Haase und Scheidemann sollen nächsten Tages der Einladung ins Reichsmarineamt folgen.

Ludwig Frank gefallen?)! Das ist ein grausames Schicksal und ein sehr schwerer Verlust für die innere Entwicklung der Partei. Sein Plan war von einem hohen Ehrgeiz eingegeben. Wäre er geglückt, hätte er für sich und die Partei eine starke Position im Sturm erobert. Man hat ihn schon begraben; dieser Geist, dieser Wille, dieser Mann ist ausgetilgt durch eine blödsinnige Kugel, wie ein Dutzendmensch. Jaurès und Frank in Basel<sup>8</sup>)! Und jetzt beide Friedensarbeiter durch den Krieg vernichtet in der Fülle ihrer Kraft und ihres idealen Wollens. Es ist entsetzlich!

Dienstag, 8. September. Ich schreibe den Nachruf für Frank für die Sozialististischen Monatshefte<sup>1</sup>). [...]

Mittwoch, 9. September. Vormittags Gespräche mit Wels und Schöpflin im Archiv. Ich mache ihnen klar, daß wir die Rüstung bewilligen müssen, um unsere demokratischen Ziele zu erreichen.

Herrenhauses. 7) Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Ludwig Frank war am 3. 9. 1914 als Kriegsfreiwilliger in Lothringen gefallen. 6) Pfingsten 1914 hatten Jaurès und Frank in Basel an der Tagung des 1913 in Bern eingesetzten deutsch-französischen Interparlamentarischen Komitees teilgenommen, dem liberale und sozialistische Abgeordnete, u. a. David, angehörten; s. Schulthess 1914/II S. 744 f. Zur hervorragenden Rolle, die Frank bei der Gründung und Tätigkeit dieses Komitees gespielt hatte, vgl. S. Grünebaum, Ludwig Frank. Ein Beitrag zur Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie, Heidelberg 1924, S. 33 ff. und Gilbert Ziebura, Die deutsche Frage in der öffentlichen Meinung Frankreichs von 1911—1914, Berlin-Dahlem 1955, S. 141 ff.

<sup>8. 9. 1914: 1)</sup> Eduard David, Ludwig Frank ist tot, in: Sozialistische Monatshefte 20. Jg./II. S. 1061 f. (10. 9. 1914).

Nachmittags Gespräch mit Baake und Joseph Bloch bei Josty. B. ist sehr pessimistisch und läßt mich ein vertrauliches Zirkular lesen, das die Berliner Lokalleitung an die Bezirksvertrauensleute trotz Zensurverbots hat gehen lassen. Verfasser: Däumig¹). Es ist eine versteckte Polemik gegen die Bewilligung und eine Mahnung, den alten Faden wieder anzuspinnen. Ich gebe eine Skizze von dem Programm, das sich aus den Konferenzen im Café Austria heraus entwickelt hat. Beide sind Literaturpolitiker, denen der Sinn für das jeweils Mögliche mangelt. Sie greifen gleich nach dem Letzten und fallen über das Nächste. Beide proklamieren die "Wahrheit" als das beste politische Prinzip. Dabei sind sie die typischen Stimmungsmenschen aus dem Berliner Caféhaus-Milieu, heute Optimisten, morgen Pessimisten.

Baake machte interessante Mitteilungen über Kaiser und Kanzler. Der Kaiser meint, der rote Lack sei von den Sozialdemokraten abgesprungen und die guten Deutschen seien zum Vorschein gekommen. Der gute Bethmann sei auch gewachsen; seine Stärke sei die Wahrheit. Der 4. August gilt als großer Erfolg des Kanzlers.

Donnerstag, 10. September. Reise nach Offenbach. Das Innere Deutschlands bietet das Bild des Friedens, nur die Bretterverschläge, Unterstände und Verpflegungstische für die Truppen auf den Bahnhöfen gemahnen an den Krieg, weit draußen. Der Frieden ist doch stärker als der Krieg. Letzterer zieht nur blutige Runen durch die Länder. Das Leben ist stärker als der Tod und gewinnt schnell wieder die Oberhand.

Mit diesem Krieg ist das realistische Deutschland auf der Weltbühne erschienen. Seine wirtschaftliche Kraft, sein technisches Können offenbart sich auch in der Leistungsfähigkeit seiner grandiosen Kriegsmaschine. Die organisatorische Tüchtigkeit schlägt jeden Rekord. Aber die geistigen Produktionen während des Krieges und über den Krieg sind erbärmlich. Wo ist der Goethe unserer Zeit? Die Manifestationen der Dichter und Denker von heute offenbaren einen erschreckenden Tiefstand. Die brutale Absage an die englischen Universitäten¹) usw. sind des deutschen Geistes unwürdig. Wenn der wirtschaftlichen und kriegerischen Weltstellung nicht auch die geistige Erhebung folgt, dann müßte man vor der Zukunft bangen. Aber ich hoffe, sie wird folgen.[...]

Freitag, 11. September: Vormittags auf der Redaktion des Offenbacher Abendblatts. Informiere Kaul<sup>1</sup>) und eingehender den Landessekretär Neumann<sup>2</sup>), der

<sup>9. 9. 1914:</sup> ¹) Ernst Däumig, Redakteur des Vorwärts, Vorsitzender der Bezirks-Bildungsausschüsse der SPD; schloß sich später der USPD und dann der Kommunistischen Partei an.

<sup>10. 9. 1914:

1)</sup> Scharfe Erklärung deutscher Gelehrter, in der sie auf die ihnen von englischen Universitäten, Akademien und gelehrten Gesellschaften verliehenen Ehrungen verzichteten; s. Schulthess 1914/I S. 398a f.

<sup>11. 9. 1914:</sup> ¹) Georg Kaul, Redakteur des sozialdemokratischen Offenbacher Abendblatt.
²) Hermann Neumann, sozialdemokratischer Parteisekretär und Abgeordneter im hessischen

mir sagt, daß ganz Hessen mit verschwindenden Ausnahmen (Rink)<sup>3</sup>) hinter der Fraktion steht.

Fahrt in der Elektrischen mit Frau Mörch nach Frankfurt. Erzählung des Verwundeten über die Zerstörung von Sennheim<sup>4</sup>). Schauerliches Gemetzel unter der Bevölkerung, die aus den Häusern schoß. — Mitteilung über Hungernlassen der französischen Gefangenen auf der Fahrt nach München.

Fahrt nach Nauheim zu Carl *Ulrich*<sup>5</sup>). Spaziergang und eingehende Aussprache. *Ulrich* ist gleicher Meinung hinsichtlich der kommenden Rüstungsvorlage und der monarchischen Formalitäten.

In Nauheim noch 1200 Russen und eine Anzahl Engländer und Franzosen; sonst hätte der ganze Betrieb aufgehört.

Sonnabend, 12. September. Spaziergang mit *Ulrich* und Rückfahrt nach Frankfurt. Aussprache mit *Quint*<sup>1</sup>) auf der Redaktion der *Volksstimme*. Er ist ganz unorientiert, aber verständig. Der junge *Quarck*<sup>2</sup>) kommt als Verwundeter; er erzählt schlimme Dinge: Offiziere sollen Weisung gegeben haben, beim Sturmangriff keine Gefangenen zu machen. "Was tun wir mit den vielen gefangenen Franzosen."

Besuch bei Dr. Quarck<sup>3</sup>), Seckbach. Sein Garten bricht in der Überfülle des Obstes. Er selbst liegt an einem Hexenschuß zu Bette. Langes Gespräch. Ich informiere ihn über die inneren Vorgänge, Seerüstungs-Zwischenfall<sup>4</sup>) usw. Er erklärt sich mit der Rüstungsbewilligung und den monarchischen Formalitäten einverstanden. Fürchtet, daß die letzteren in der Partei größere Schwierigkeiten machen werden als die erstere. — Zurück nach Offenbach.

Sonntag, 13. September. Nachmittags Reise nach Mainz, werde von Adelung und Seel<sup>1</sup>) in Kastel abgeholt. Aufenthalt im Metallarbeiterheim. Man erzählt mit Bewunderung über die großartige Organisation der Mobilmachung. Mainz war erfüllt von militärischen Vorgängen. Ungeheure Truppendurchmärsche. Nachts keine Beleuchtung. Schießen mit Maschinengewehren nach feindlichen Fliegern usw.

Wohne bei Dr. Sprenger<sup>2</sup>), der sein Speisezimmer für Einquartierung mit zwei Betten ausgestattet hat. Er ist sehr beschäftigt, da er neben seiner großen Praxis noch im Lazarett arbeitet. Ein prächtiger Mensch, in steter Tätigkeit und beseelt vom besten idealen Wollen. Seine Frau ein Juwel. [...] Ich werde sehr herzlich empfangen und sorgsam gepflegt.

Landtag. <sup>3</sup>) Karl Rink, Sekretär der SPD in Offenbach a. M. <sup>4</sup>) S. Frankfurter Zeitung 8. 9. 1914 (1. Morgenblatt) und Frankfurter Zeitung 11. 9. 1914 (Feuilleton). <sup>5</sup>) Vorsitzender des SPD-Landesvorstandes in Hessen, Reichstags- und Landtagsabgeordneter; vgl. auch S. XVI.

<sup>12. 9. 1914:
1)</sup> Oskar Quint, Redakteur der sozialdemokratischen Frankfurter Volksstimme.
1) Vermutlich Sohn von Dr. Max Quarck s. Anm. 3.
3) Sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter und Redakteur der Frankfurter Volksstimme.
4) Vgl. 6. 9. 1914 (bes. Anm. 3) und 7. 9. 1914.

<sup>13. 9. 1914:</sup>¹) Wilhelm Seel, sozialdemokratischer Parteisekretär für Mainz-Oppenheim.

³) Dr. Gustav Sprenger, Arzt, sozialdemokratischer Stadtrat in Mainz.

Abends kommen Adelung und Seel mit ihren Frauen. Ich gebe eine Darstellung der Vorgänge um den 4. August, die ihnen den Traum zerstört, daß alles in holder Eintracht hergegangen sei.

Montag, 14. September. Die Zeitung<sup>1</sup>) ist stark reduziert, die Zahl der Abonnenten von 8500 auf 6200 gesunken. Jedoch ist die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft in Mainz infolge der Arbeiten für militärische Zwecke (Festungsbau, Konservenfabriken usw.) nicht bedenklich. Abends bei Dr. Eduard Frank<sup>2</sup>). Sein Sohn Richard hat einen Schuß durch den Hals bekommen, liegt aber schon auf dem Wege der Besserung in Köln. [...]

Dienstag, 15. September. Abends bei Carl Theyer<sup>1</sup>). [...] Seine Schwester, Frau Dr. Külb, und ihr Gatte<sup>2</sup>) sind auch da. Sie sehen alle sehr pessimistisch in die Zukunft, sehen nur Schlimmes, nichts Gutes aus dem Kriege kommen. Ich zeige die großen Fortschritte, die er nach außen und innen bringen kann.

Mittwoch, 16. September. Abends Versammlung im Pflug¹). Einige Soldaten in Uniform bilden eine neue, bemerkenswerte Erscheinung. So muß es bleiben. — Ich gedenke des gefallenen Frank und rechtfertige die Kriegskreditbewilligung. Zeige die großen Möglichkeiten, die sich für unsere Sache aus dem Krieg ergeben. Die Versammlung ist ergriffen und nimmt ohne Diskussion mit großem Beifall meine hoffnungsvoll ausklingende Rede entgegen.

Darnach im Metallarbeiterheim Aussprache mit den Funktionären der Partei, der Gewerkschaften und den Stadtverordneten. Ich gebe einen Einblick in die Vorgänge im Fraktionsvorstand und [in] der Fraktion vor dem 4. August. Teile auch die bereits im Gange befindliche Gegenarbeit der Bewilligungsgegner in Berlin mit. — Schildbach<sup>2</sup>) und Ibing<sup>3</sup>) meinen, ich übertreibe. Sie wenden sich auch gegen meinen "Optimismus". Die anderen stimmen mir rückhaltlos zu. Alle sind der Meinung, daß die Bewilligung geboten war. Eine Opposition gibt es im Mainzer Kreis nicht.

Donnerstag, 17. September. Mittags bei Dr. Frank [...]. Ich erfülle die pessimistische Kriegsbetrachtung mit optimistischen Ausblicken. — Abends bei Dr. Sprenger: langes Gespräch über Alkohol, Entwicklung usw.

Freitag, 18. September. Rege eine Zeitungsagitation unter den Beamten und Lehrern an. Sie wird akzeptiert.

<sup>14. 9. 1914: 1)</sup> Mainzer Volkszeitung. 2) Sozialdemokratischer Stadtrat in Mainz.

<sup>15. 9. 1914: 1)</sup> Druckereibesitzer in Mainz. 2) Dr. Karl Külb, Beigeordneter in Mainz.

<sup>16. 9. 1914: 1)</sup> Vgl. die Ankündigung einer SPD-Mitgliederversammlung: "Mitteilungen und Aussprache über unsere Aufgaben während des Krieges", in: Mainzer Volkszeitung 15. 9. 1914; David war als Referent angezeigt. 2) Bernhard Schildbach, sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter in Hessen. 3) Gustav Ibing, Redakteur der Mainzer Volkszeitung.

Sonnabend, 19. September. Fahrt nach Heidelberg, wo ich Wilhelm Kolb¹) treffe. Ich informiere ihn eingehend über die inneren Vorgänge in Berlin. Hinsichtlich meines Vorschlages, die Kandidatur in Mannheim²) zu erstreben, ist er nicht abgeneigt, fürchtet aber, wenig Sympathie in Mannheim zu haben. Er verweist mich an Geiss³) und O. Geck⁴), denen ich schreibe. — Heidelberg ist voller verwundeter Krieger, die dem Straßenbild einen eigenen Zug geben. Auf der Fahrt von Heidelberg nach Darmstadt höre ich die Unterhaltung eines Verwundeten an (Angestellter von Krupp), der an den Kämpfen bei Metz teilgenommen und einen Fall erlebt [hat], daß ein Bayer einem verwundeten Franzosen, der um Pardon bat, den Schädel zerschmetterte. Auf die Frage, warum er das tue, der Verwundete habe ihm doch keinen Anlaß dazu gegeben, erklärt er brutal, sie müßten alle hin. — Ein mitfahrender Vizefeldwebel äußert sich auch gegen das Machen von zu vielen Gefangenen.

Sonntag, 20. September. Konferenz wegen der Zeitungsagitation in Dr. Franks Institut. — Mittags bei Dr. Frank. Spaziergang in dem Garten im Kasteler Feld. [...]

Dienstag, 22. September. Telefongespräch mit Strobel<sup>1</sup>), Redaktion der Mannheimer Volksstimme. Teilt mir mit, daß man Oskar Geck als Kandidaten in Aussicht genommen, und lobt ihn sehr als klugen, klaren Politiker unserer Richtung. Kolbs Kandidatur werde große Schwierigkeiten machen. Ich spreche die Hoffnung aus, daß, wenn die Sache mit Oskar Geck, der krank ist und dem ich geschrieben habe, nichts wird, es doch gelingt, Kolb aufzustellen<sup>2</sup>).

Mittags bei Dr. Frank. [...] Abends trauliches Zusammensein mit Sprengers.

Mittwoch, 23. September. Rückreise nach Berlin. In Frankfurt ein düsteres Bild des Krieges: Zahlreiche arg mitgenommene Krieger und Verwundete, der Zug ist angefüllt mit ihnen. Einige müssen getragen und auf die Polster gelagert werden.

Gegensatz dazu die herrliche Herbstlandschaft. Kühe weiden. Kartoffelfeuer. Der ganze Zauber des schönen friedlichen fleißigen Landlebens. Ich habe das starke Gefühl, daß ich aus der Großstadt heraus muß, wenn ich nicht vorzeitig zugrunde gehen soll. Aber wie? [...]

Mit welchen Gefühlen mögen die aus den furchtbaren Schlachten entronnenen Verwundeten die schöne friedliche Heimat begrüßen. Wie gewaltig müssen die

<sup>19. 9. 1914:

1)</sup> Sozialdemokratischer Abgeordneter im badischen Landtag und Stadtrat in Karlsruhe, führender Reformist.

2) Für das durch Ludwig Franks Tod vakant gewordene Reichstagsmandat im Wahlkreis 11 Baden.

3) Anton Geiss, sozialdemokratischer Abgeordneter und Vizepräsident im badischen Landtag.

4) Oskar Geck wurde am 17. 11. 1914 ohne Gegenkandidaten im 11. Wahlkreis Baden gewählt.

<sup>22. 9. 1914: 1)</sup> Georg Strobel, sozialdemokratischer Parteisekretär und Stadtverordneter in Mannheim. 2) S. 19. 9. 1914 (Anm. 4).

großen furchtbaren Erlebnisse auf ihre Seele gewirkt haben, und nun dieser starke Gegensatz und die Freude, das Licht noch zu sehen und die Heimat, die Lieben wiederzusehen. Man überhäuft sie mit Aufmerksamkeiten und Verpflegung. Ihr Stolz ist nirgends laut. Ruhige, tüchtige Leute.

Donnerstag, 24. September. Finde unter den Drucksachen auf meinem Schreibtisch die Nachricht vom Tode des Büdinger Gymnasialprofessors Udo Kraft. Der 44jährige hatte sich als Kriegsfreiwilliger bei seinem alten Regiment in Gießen gestellt und fiel beim ersten Gefecht in der Nähe von Verdun. Ein lieber, guter, treuer Mensch, begeisterter Armine<sup>1</sup>), von alt-burschenschaftlichen Idealen erfüllt, mein Schüler und Verehrer. Ich kann nicht glauben, daß er nur im Rausch der kriegerischen Begeisterung handelte, er, der doch ein Entwicklungsziel vor Augen sah und die Arbeit an ihm als Lebensaufgabe empfand.

Nachmittags Zusammentreffen mit Südekum, Göhre und Heine im Café Fürstenhof. Sie haben Besprechungen mit dem Reichsamt des Innern und dem Kriegsministerium gehabt wegen der Jugendwehrangelegenheit. In einzelnen Gebieten (Bayern, Sachsen, Hamburg) beteiligen sich unsere Leute. In Berlin stehen die Gewerkschaften und der Parteivorstand ablehnend dazu. Ich bin der Meinung, daß, so wichtig die Sache ist, sie doch nicht wichtig genug ist, um uns in Gegensatz zu der Generalkommission und der Mehrheit des Parteivorstandes zu bringen²).

Freitag, 25. September. Nachmittags Konferenz der Berliner Referenten unter Leitung von Eugen Ernst<sup>1</sup>), der alle zur Wiederaufnahme der erzieherischen Parteiarbeit ermahnt. Man habe bei den Gesprächen der Parteigenossen oft den Eindruck, als ob die 20 Jahre unserer Erziehung nichts gewesen. Es sollen Mitgliederversammlungen in Großberlin abgehalten werden. Wir sollen Vorschläge wegen des Themas machen und die Sache so behandeln, daß in den Versammlungen keine Polemik provoziert wird. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wollen zwar nicht über den gegenwärtigen Krieg, wohl aber über die Ursachen der Kriege im allgemeinen, Imperialismus usw. sprechen. Ich trete dem entgegen. Eine Polemik wäre dann unausbleiblich. Ich schlage als Thema vor: Unsere Aufgaben während des Krieges. Man solle aus den sozialen Aktionen lernen und sie für die Zukunft nutzbar machen. Der Vorschlag findet bei der Mehrheit zwar Beifall, wird von Liebknecht und Luxemburg aber heftig bekämpft. Das seien nur Seifenblasen, Sand in die Augen, Aktionen im Interesse der herrschenden Klassen, um sich den Rücken zu decken im Innern, während der Kampf nach außen tobe. Nichts davon würde bleiben. Die Bewilligung der Kredite bezeichnet Liebknecht als Verrat an der Internationale. In diese Kerbe hauen auch Ledebour und Ströbel. Ihnen treten [Gustav] Bauer, Silberschmidt<sup>2</sup>),

<sup>24. 9. 1914: 1)</sup> Udo Kraft hatte wie David der Burschenschaft Arminia in Gießen angehört; vgl. auch S. XII f. 2) S. 5. 9. 1914 (Anm. 1)

<sup>25. 9. 1914:</sup> ¹) Mitglied der Kontrollkommission der SPD, Vorsitzender der preußischen Landeskommission der SPD und des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine. ²) Hermann Silberschmidt, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, Sekretär des Bauarbeiterverbandes

Zubeil<sup>3</sup>) u. a. mit heftigen Anklagen gegen die Franzosen und Belgier entgegen. Wir betonen das Recht und die Notwendigkeit der nationalen Solidarität. Liebknecht behauptet, die Franzosen hätten nur für die Kriegskredite gestimmt, weil sie schon vorher durch die bürgerliche Presse Kenntnis erhalten hätten von der Absicht der Deutschen, dafür zu stimmen. Eine ganz unwahre Behauptung. Aber er ist durchaus der Meinung, daß wir Unrecht, die anderen Recht haben.

Eduard Bernstein beklagt in leidenschaftlicher Weise die Ertränkung von 150000 Russen in den Masurischen Seen; dagegen müsse man laut protestieren; sonst scheide Deutschland aus der Reihe der Kulturnationen aus. Hätte er gewußt, daß der Krieg so grausam von unserer Seite geführt würde, so hätte er am 4. August gegen die Kredite gestimmt. Diese Mitteilung wird von den L-L-L<sup>4</sup>) mit großem Beifall begrüßt. Es kommt zu sehr heftigen Szenen. Ich entgegne Bernstein, daß die Ablehnung der Kredite die Greuel nicht verhindert haben würde, daß man doch erst die Tatsachen kennen müsse, auch die Greuel der Russen in Ostpreußen nicht vergessen dürfe. [Gustav] Bauer tritt Bernstein sehr scharf entgegen. — Bernstein hat damit wieder einmal seine gänzliche Unfähigkeit zur konsequenten politischen Arbeit gezeigt. Er wird hin und her getrieben von seinen Stimmungen. Der Wunsch, sensationell zu sein, spielt dabei mit. Der Gedanke, den L-L-L<sup>4</sup>) ihr Spiel zu erleichtern, hätte ihn zum mindesten abhalten müssen, in dieser Weise herauszutreten. Für uns ist er fortan als Mitarbeiter, dem man vertrauen kann, gestrichen.

Der Berliner Vorstand hat auf Grund der Diskussion beschlossen, keine allgemeine Versammlungsveranstaltung zu empfehlen, sondern es den einzelnen Kreisen zu überlassen. Dort werden die L-L-L<sup>4</sup>) nun natürlich in ihrem Sinne wirken. Sie sollen bereits die Mehrheit der Berliner Vertrauensleute hinter sich haben.

Die Generalkommission hatte Beschwerde gegen den Vorwärts erhoben, weil dieser die sozialpolitischen Kriegseinrichtungen ganz unzulänglich behandelte. Der Parteivorstand hatte die Beschwerde dadurch verstärkt, daß er den Nachweis erbrachte, daß der Vorwärts einen guten Artikel der Wiener Arbeiterzeitung ohne Quellenangabe nachdruckte, dabei aber entscheidende Stellen, die die Notwendigkeit der geschlossenen nationalen Abwehr betonten, wegließ<sup>5</sup>). Es soll zu

und Mitglied der Generalkommission. 3) Fritz Zubeil, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, Expedient des Vorwärts, schloß sich später der USPD an. 4) Liebknecht-5) Vgl. Die Völker und der Krieg (ungezeichneter Leitartikel), in: Luxemburg-Ledebour. Arbeiterzeitung. Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratie in Österreich, 13. 8. 1914 und Die Völker und der Krieg (ungezeichneter Leitartikel), in: Vorwärts 18. 8. 1914. Die Beschwerde des Parteivorstandes richtete sich wahrscheinlich insbesondere gegen die Weglassung folgender Stelle des Originalartikels: "Aber daß jedes Volk sich um seine Unabhängigkeit und Freiheit, die jede Kriegsniederlage in Gefahr bringt, wehrt und alles daran setzt, der Bedrohung zu begegnen, ist wieder ganz selbstverständlich — und das ist es, was uns die kriegerische Stimmung erklärt, die jetzt überall herrscht, obwohl überall die breitesten Massen dem Frieden geneigt waren und der Krieg nirgends durch eine Volksleidenschaft hervorgerufen worden ist. Und ebenso natürlich ist es, daß die Sozialdemokraten überall mitkämpfen, nicht bloß aus dem äußeren Zwange heraus, der sie ins Feld ruft, sondern aus der festen und zähen Entschlossenheit ihres Wesens heraus, das nach Freiheit strebt und nicht in fremde Knechtschaft geraten mag." Durch diese Streichung wurde jedoch die Tendenz des Artikels nicht verfälscht, der sowohl im

sehr heftigen Zusammenstößen gekommen sein in einer Sitzung am Dienstag, dem 22. September, die von früh bis spät dauerte und die Leute auf dem Hof mobil machte. Das Resultat war, daß die Pressekommission, geführt von Rosa Luxemburg, dem Vorwärts einstimmig ein Vertrauensvotum gab.

Sonnabend, 26. September. Nachmittags Besprechung im Austria. Cohen [-Reuß] berichtet mir und Südekum über sein Gespräch mit  $Solf^1$ ) über die allgemeine innere Lage und unsere Erwartung in dem Sinne, wie ich mit Delbrück gesprochen habe²). Er ist aber weiter gegangen, hat unsere Zustimmung zu Rüstungsausgaben und Konzessionen in Sachen der Monarchie versprochen. Auch hat er die Konzession des Pluralwahlrechts gemacht. Ich halte dieses rasche Hingeben für nicht richtig. Teile Cohen [-Reuß] mit, daß ich mit Delbrück gesprochen, ohne die Konzessionen angeboten zu haben.

Es kommen hinzu: Sindermann³), [Gustav] Bauer, Göhre, [Robert] Schmidt, Heine, Schöpflin. Aussprache wegen der Jugendwehr. Schmidt und Bauer sind gegen aktive Beteiligung. Heine arbeitet desungeachtet weiter in der Sache. Cohen[-Reuβ] rät ab. Wir sind nicht einig darin⁴).

Wir beschließen, auf Montagabend die uns näherstehenden Redakteure der Parteipresse, die zu einer Pressekonferenz<sup>5</sup>) einberufen sind, zu *Heine* zusammenzuladen.

Abends zuerst im Münchner Hofbräu, dann im Austria: Scheidemann, Schöpflin, Heine, Hildenbrand, Keil, Maurer-München<sup>6</sup>), Neumann-Offenbach, Göhre. Aussprache über die Verhältnisse in Berlin. Man kommt zum Schluß, daß es nötig sein wird, in die Berliner Versammlungen zu gehen, durch Anwesenheit zu wirken und, wenn nötig, auf Diskussion zur Abwehr von Angriffen auf die Fraktion zu bestehen.

Sonntag, 27. September. Schreibe Briefe und arbeite den ganzen Tag den Berg von Materialien usw. auf, der auf meinem Schreibtisch liegt. — Nachts zwei Uhr kommt Adelung an. — Der Parteiausschuß tagt<sup>1</sup>).

Montag, 28. September. Die Pressekommission tritt um 10 Uhr zusammen. Ich bin vorher dort und informiere eine Anzahl befreundeter Redakteure über

Original als auch im Nachdruck mit dem Bekenntnis schließt: "Wir zagen nicht im Kriege; mit eiserner Kraft wollen wir ihn bestehen, um die Bahn frei zu haben für die geistige und sittliche Vervollkommnung der Menschheit!"

<sup>26. 9. 1914: 1)</sup> Dr. Wilhelm Solf, Staatssekretär des Reichskolonialamts. 2) Vgl. 24. 8. 1914. 3) Karl Sindermann, Landesvorsitzender der SPD in Sachsen, Landtagsabgeordneter. 4) Vgl. 5. 9. 1914 (bes. Anm. 1). 5) Eine Konferenz sozialdemokratischer Redakteure tagte am 28. 9. 1914; s. 28. 9. 1914; vgl. den ausführlichen Bericht bei Dittmann, Erinnerungen (Das Kriegsjahr 1914), der die Konferenz irrtümlich auf den 29. 9. 1915 datiert; vgl. weiterhin Protokoll SPD-Parteitag 1917 S. 23. 6) C. Maurer, Mitglied des SPD-Landesvorstandes Bayern.

<sup>27. 9. 1914: 1)</sup> Vgl. Protokoll SPD-Parteiausschuß 27. 9. 1914.

die Situation in Berlin. Der *Vorwärts* ist bis auf weiteres verboten worden<sup>1</sup>). Er hat das Verbot provoziert.

Abends bei Heine. [Gustav] Bauer, Göhre, Thöne, Löbe2), Julius Bruhns3), Adelung, Schöpflin, Cohen [-Reuß], Rauch, Peus. Aussprache über die Situation in Berlin und draußen. Die Stimmung im Lande ist fast durchweg in unserem Sinne. Man sieht mit Zuversicht der Diskussion über die Bewilligung entgegen. Die Gegner werden nur eine kleine Minderheit hinter sich haben. Auch der Verlauf der Redakteurkonferenz4) hat das bestätigt. Der Vorwärts war fast isoliert. In Bremen sind die Genossen im Gegensatz zu Henke<sup>5</sup>) für die Bewilligung. — Es scheint Übereinstimmung zu herrschen über die Hauptpunkte der inneren und äußeren Politik. Von unserer Seite soll keine Polemik begonnen werden, zur gegebenen Zeit aber einheitlich vorgegangen werden. Rüstungsbewilligung und Notwendigkeit der monarchischen Formalitäten werden anerkannt. Hinsichtlich der Sozialistischen Monatshefte äußern Rauch, Schöpflin und Löbe übereinstimmend die Befürchtung, daß sie uns durch unzeitige Polemik schwer schaden können. Heine und Peus scheinen das einzusehen. - Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, die uns nahestehenden Redaktionen und Genossen im Lande laufend zu informieren. Schöpflin soll die Zentralperson dafür sein. Schöpflin spricht sehr klug und geschickt und entpuppt sich mehr und mehr als ausgezeichnete Kraft. - Von verschiedenen Seiten wird berichtet, daß Haenisch zu unseren Anschauungen übergegangen sei<sup>6</sup>). Das wäre ein sehr wertvoller Zuwachs.

Dienstag, 29. September. Spreche mit Schöpflin wegen der Durchführung der Verbindung mit der Provinz. Rege außerdem bei ihm an, daß er durch Vermittlung eines ihm bekannten sächsischen Regierungsmannes auf die sächsische Regierung und durch diese auf die Reichsregierung im Sinne unserer inneren Ziele einwirke.

[...] Später Unterredung mit Joseph Bloch. Er verteidigt heftig die Taktik der Sozialistischen Monatshefte. Er verfolgt das Ziel, auf die bürgerlichen Parteien, namentlich die Nationalliberalen, zu wirken; man solle sehen, daß in der Sozialdemokratie eine Strömung mit vernünftigen Anschauungen und Absichten sei. Ich versuche ihm beizubringen, daß uns die Monatshefte immer wieder in der Gewinnung der Massen Hemmungen bereiten. Bitte ihn dringend, keine vorzeitige Behandlung der Fragen der Rüstungsbewilligung, der Annexionen, der kolonialen Erwerbungen, der monarchischen Konzessionen zu bringen. Er erkennt das als richtig an. Ich soll auf Heine wirken, ihm einen Artikel über die innere Kolonisation als notwendige große Maßnahme nach dem Kriege zu

<sup>28. 9. 1914:

1)</sup> Das unbefristete Verbot des Vorwärts vom 28. 9. 1914 war das zweite seit Kriegsausbruch; am 21. 9. 1914 war der Vorwärts für drei Tage verboten worden.

2) Paul Löbe, Redakteur der Breslauer Volkswacht.

3) Redakteur des Offenbacher Abendblatt. — Die übrigen hier Genannten waren, außer Adelung, sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete.

4) Vgl. 26. 9. 1915 (Anm. 5).

5) Alfred Henke, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, schloß sich später der USPD an.

6) Konrad Haenisch, Redakteur der Flugblattzentrale der SPD und Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses; zu seiner politischen Wandlung vgl. Konrad Haenisch, Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkriege, Berlin 1916.

schreiben<sup>1</sup>). Ich stimme in der Sache überein. Außerdem wünscht er, ich soll Eduard Bernstein in erneute Behandlung nehmen. Dazu habe ich wenig Lust. Von mir will er einen Artikel über die Bewilligung oder über das Bevölkerungsproblem<sup>2</sup>). Letzteres lehne ich nicht direkt ab. — In dem langen Gespräch habe ich immer wieder den Eindruck, daß seine hartnäckige Weigerung, mit einem Kollegium ständiger Mitarbeiter laufend zu beraten, unüberwindbar ist. Schade! Ein hochbegabter Eingänger, dessen Starrsinn noch größer ist als sein Verstand. [...]

Donnerstag, 1. Oktober. Der Vorwärts, der wegen seiner Montagsnummer<sup>1</sup>), die wahrscheinlich eine beabsichtigte Provokation war, bis auf weiteres verboten war, erscheint wieder. An seiner Spitze eine Erklärung, in der sich Haase und Richard Fischer verpflichten, daß nichts mehr von "Klassenhaß und Klassenkampf" gebracht wird<sup>2</sup>). Eine gründliche Blamage. Das Verbot hatte in der Arbeiterschaft keine besondere Wirkung hervorgebracht; von Entrüstung gegen die Militärzensur war nichts zu merken. Der Verfasser des anstößigen Artikels "Deutschland und das Ausland" war Nestriepke<sup>3</sup>). Der junge Mann ist schon ganz unter dem Einfluß der Ströbel und Hilferding.

Freitag, 2. Oktober. [...] Schöpflin betreibt die innere Organisation der Richtung mit Verständnis und Eifer.

Sonnabend, 3. Oktober. Parteivorstand und Generalkommission haben ihren Beschluß betr. Nichtbeteiligung an der Jugendwehr<sup>1</sup>) rückgängig gemacht. Das Kriegsministerium soll Garantien geben wie in anderen Städten, daß die Sache nicht parteipolitisch gegen uns ausgenutzt wird. [...]

Sonntag, 4. Oktober. Sonja ist mittags und abends bei mir. Wir gehen in den Zoologischen Garten. Er ist voll Soldaten in Feldgrau und Bunt. Wir verfügen über ungeheure Reserven. Aber welche Opfer, wenn der Krieg sich in die Länge zieht. Ich hoffe, daß nach dem Fall Antwerpens Belgien zum Frieden bereit ist und nach der Überwältigung der Festungskette Verdun—Epinal auch Frankreich. — Post, Tägliche Rundschau und andere Kriegshetzblätter fallen über Professor [Hans] Delbrück her, der eine schonende Behandlung der Weststaaten

<sup>29. 9. 1914:</sup> ¹) Ein Artikel von Heine über innere Kolonisation ist in den Sozialistischen Monatsheften nicht erschienen. ²) David hat zu keinem der genannten Themen Artikel in den Sozialistischen Monatsheften veröffentlicht.

<sup>1. 10. 1914: 1)</sup> Vorwärts 28. 9. 1914. 2) Vgl. Vorwärts 1. 10. 1914; gemeint ist das Schreiben des Oberbefehlshabers in den Marken an die Redaktion, das auf eine Erklärung Haases und Richard Fischers Bezug nimmt. 3) Dr. Siegfried Nestriepke, Redakteur der Fränkischen Tagespost.

<sup>3. 10. 1914: 1)</sup> Vgl. 5. 9. 1914 (Anm. 1).

zwecks dauernden Friedens vertreten hat<sup>1</sup>). Ich seufze, daß ich nicht hinausgehen kann. Die Vorbereitungen auf die Vorträge über Krieg und Bevölkerungsproblem in der Freien Hochschule<sup>2</sup>) nehmen mir nun die nächsten Wochen die Arbeitszeit. Morgens muß ich jetzt die Inventur des Bücherbestandes machen. Ich leide schwer unter dieser Zwangsarbeit

Montag, 5. Oktober. [...] Arbeit für die Vorträge in der Freien Hochschule. — W. Heine schreibt mir, er sähe nicht ein, warum er nicht jetzt schon positiv vorgehen solle. Er will es in einer Berliner Versammlung tun<sup>1</sup>).

Dienstag, 6. Oktober. Wels bei mir im Archiv. Meint, daß Liebknecht und Genossen ihrerseits die Spaltung der Partei betreiben. — Das wäre das beste, was sie tun könnten.

Schöpflin teilt mit, daß Konrad Haenisch einen langen Brief an Radek geschrieben, der ihm seinen Abfall von der radikalen Sache vorgeworfen hat. H. weist das zurück und bekundet, aus dem Krieg gelernt zu haben, daß die Internationale, wie sie war, keine Macht bedeutete; daß nationale Staaten die Grundlage sein müssen und daß er für Deutschland das Recht der nationalen Machtstellung in Anspruch nimmt<sup>1</sup>). — Ich lege Schöpflin nahe, H. auch zum Nachdenken über die Frage unserer ferneren Stellung zu den Rüstungsausgaben zu bringen.

Abends sind Versammlungen im 1., 2. und 6. Wahlkreis. Besuch der Versammlung im Patzenhofer Saalbau, Turmstraße. Redner Ledebour. Hält ein ganz jämmerliches Referat über "Die sozialen Aufgaben während des Krieges". Oberflächliches Geschwätz ohne den geringsten Versuch, tiefere, sozialistische Gesichtspunkte zu gewinnen. Zum Schluß Erwartung, daß die preußische Wahlreform gewährt werden muß. Schöpflin spricht in der Diskussion mit großer Verve und sehr geschickt; ermahnt die Berliner zu energischerer positiver Arbeit (Genossenschaft), nagelt L. auf die Siegeshoffnung fest und spricht aus, daß durch den 4. August eine gute Position für den preußischen Wahlreformkampf geschaffen worden ist. - Meine und Schöpflins Anwesenheit war offenbar sehr heilsam für L. und seine Hörer. - Sitze noch lange mit Schöpflin in einem Café. Er ist ein Naturbursche, hochbegabt, schlau und mit einem großen Quantum Selbstbewußtsein ausgestattet. Hoffentlich macht er noch Fortschritte in Selbstkultur. Sein Draufgängertum wird uns noch große Dienste in den Berliner Auseinandersetzungen leisten. Er will sich einen Funktionärposten im 6. Wahlkreis verschaffen. - Er denkt auch an seine materielle Zukunft. Hat sich 12000 Mark erspart; legte 3000 Mark in Gold bei Kriegsausbruch sicher.

<sup>4. 10. 1914: 1)</sup> S. Preußische Jahrbücher 158. Bd. S. 191 f. (Oktober—Dezember 1914); vgl. weiter Anneliese Thimme, Hans Delbrück als Kritiker der Wilhelminischen Epoche, Düsseldorf 1955, S. 116 ff.

2) Eine volkshochschulähnliche Einrichtung in Berlin.

<sup>5. 10. 1914: 1)</sup> Vgl. 7. 10. 1914 (bes. Anm. 1).

<sup>6. 10. 1914: 1)</sup> Vgl. 28. 9. 1914 (bes. Anm. 6) und 9. 10. 1914.

Mittwoch, 7. Oktober. W. Heine hat im 1. Wahlkreis sehr national gesprochen. Der Fahrstuhlführer, Genosse aus diesem Wahlkreis, sagt, die Genossen seien sehr entrüstet gewesen. Heine habe sogar von einer "deutschen Kultur" gesprochen¹). Unerhört! — Es wird schwer sein, diese Leute auf einen vernünftigen Weg zu bringen.

Carl Hauptmann schreibt sehr vernünftige Worte über Frankreich, wenngleich einseitig, da er vergißt, daß in Frankreich eine wachsende Mehrheit den Revanchegedanken bereits verlassen und das Bündnis mit Deutschland an Stelle des russischen erstrebt. Beweis: Die letzten französischen Wahlen<sup>2</sup>). Ich hätte Lust, ihm das zu schreiben, da seine sonstigen Ausführungen ganz in unserem Sinne gehalten sind.

Donnerstag, 8. Oktober. Erster Vortrag über "Der Krieg und das Bevölkerungsproblem" in der Dorotheenstädtischen Realschule vor etwa 30 Hörern. Ich hatte mehr erwartet.

Freitag, 9. Oktober. Gespräch mit Konrad Haenisch, der mir seinen Brief an Radek zu lesen gab. (Schöpflin besitzt Abschrift.) Ich skizzierte mir den Inhalt. Sehr interessant ist das offene Eingeständnis der früheren antireformistischen Intransigenz.

Beilage: Brief Haenischs an Radek (skizziert):

Masseninstinkt für Bewilligung. [Grenzen]<sup>1</sup>) Bild des brennenden Hauses. Die Arbeiterbewegung von heute. Quantität gegen Qualität.

Sozialdemokratie erledigt durch die Massen selbst, wenn sie am 4. August anders gehandelt hätte. Die zerstörte "große Illusion" der revolutionären Aktion zum Sturz der bestehenden Staatsordnung. Sieg der nationalen proletarischen Interessen über die internationalen:

<sup>7. 10. 1914:</sup> 1) Nach Heine, Erinnerungen (Die Politik im Kriege), hat der Vortrag im "Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse", Berlin, am 5. 10. 1914 stattgefunden. Zu der Reaktion auf den Vortrag vgl. Heine a.a.O.: "In der Versammlung bemerkte ich einen der radikalen Spitzel, der am Schluß auf der Treppe seinem Unmut Ausdruck gab. Es war der Fahrstuhlführer in der Vorwärtsdruckerei. Am nächsten Morgen schon lag eine Denunziation von 2) Gemeint sind die Kammerwahlen von April/Mai 1914. Zu ihm beim Parteivorstand." ihrer Beurteilung in der sozialdemokratischen Presse vgl. Charles Rappoport (Paris), Die französischen Wahlen am 26. April und 10. Mai, in: Die Neue Zeit 32. Jg./II S. 339 ff. (22. 5. 1914). Das Wahlergebnis wird dort als "ein glänzender Sieg des Sozialismus und ein beträchtlicher Ruck der bürgerlichen Demokratie nach links" bezeichnet; a.a.O. S. 339. Der französische Sozialismus verdanke diesen Erfolg "seiner ehrlichen, offenen und rücksichtslosen Bekämpfung des nationalistischen und militärischen Schwindels"; a.a.O. S. 343. Hingegen warnt Ludwig Quessel, Frankreich: Kammerwahlen 1914, in: Sozialistische Monatshefte 20. Jg./II S. 630 f. (21. 5. 1914) davor, "die Bedeutung des sozialistischen Wahlsiegs für die Friedenssicherung [...] zu überschätzen". Denn "der französische Imperialismus" werde "sein Werk [...] auch weiterhin ziemlich ungestört fortsetzen können".

<sup>9. 10. 1914:</sup> ¹) Lesart nicht eindeutig. ²) Gemeint ist wahrscheinlich, daß die SPD bei ihrer Ablehnung der Schutzzölle die Interessen des Deutschen Reichs nicht berücksichtigt habe. Zu Davids eigener Haltung in der Schutzzollfrage um die Jahrhundertwende vgl. S. XXI.

- 1. weil demokratische Entwicklung nur möglich auf dem Boden eines nach außen unabhängigen nationalen Staates.
- 2. Auch Entwicklung zum Sozialismus nur möglich auf diesem Boden. Unterbindung der kapitalistischen Entwicklung als Folge einer Niederlage. "Eine Niederlage Deutschlands wäre deshalb für die deutschen Arbeiter unendlich viel verhängnisvoller als für die preußischen Junker." Neue Methode, "den Klassenstaat von innen heraus umzugestalten" = aushöhlen! Tarife 1899²). Jedoch nicht immer "friedliche Reform"? "Revolutionäre Fieberkrisen."
- 3. Eine Niederlage würde eine Zeit chauvinistischer Revanche bedingen, die jede Sozialdemokratie überwältige.

Ziel: Auswärtiges ganz das meinige. "Vereinigte Staaten von Europa" mit Ausschluß Rußlands. Die seitherige Internationale "ein schöner Traum, aber keine machtvolle Wirklichkeit". Die neuen Grundlagen: "starke, nationale Arbeiterparteien". Starkes Nationalgefühl und internationaler Sozialismus keine Gegensätze.

Sonnabend, 10. Oktober. Antwerpen gefallen<sup>1</sup>). Eine gewaltige Leistung. Nun wird's im Westen hoffentlich bald zur Entscheidung kommen. Die Situation in Frankreich soll viel kritischer gewesen sein, als man der Öffentlichkeit mitteilte. Der Kaiser soll zusammengebrochen sein. Der Kriegsminister habe die Zügel in der Hand.

Im Osten sind die Russen wieder in Lyck<sup>2</sup>). Offenbar hat man zu viel Truppen nach Galizien geworfen. Die österreichischen Bundesbrüder scheinen weit hinter dem zurückzubleiben, was die Öffentlichkeit erfährt. Von Auff[enberg]s<sup>3</sup>) Niederlage und der Zernierung Przemysls hatte man kein Wort erfahren.

König Carol tot4). Auch ein bedrohliches Moment für den Osten.

Konferenz in der Austria. Südekum ist von seiner Reise nach Ungarn und Rumänien zur Inspektion des Roten Kreuzes zurück. Er hält die rumänischen Verhältnisse für sehr kritisch. Die Russenpartei arbeitet stark<sup>5</sup>).

Robert Schmidt ist aus Ostpreußen zurück. Schildert die Zerstörungen durch die Russen. Hat Photographien aufgenommen und will Lichtbildervorträge halten<sup>6</sup>). Unsere Leute dort sind furchtbar erbittert gegen die Russen und in durchaus kampflustiger Stimmung.

Wir besprechen die Einrichtung einer Korrespondenz mit verteilter Aufgabe an die auswärtigen Kollegen und Redakteure, die uns nahestehen. Schöpflin und ich sollen die jedesmaligen Informationsunterlagen vorbereiten<sup>7</sup>).

<sup>10. 10. 1914:</sup> 1) S. Schulthess 1914/II S. 763. 2) Vgl. Lyck und Bialla von den Russen geräumt, in: Berliner Tageblatt 14. 10. 1914 (Abendausgabe). 3) General Moritz Frhr. von Auffenberg, Befehlshaber der 4. österreichisch-ungarischen Armee. 4) König Carol von Rumänien ist am 10. 10. 1914 gestorben. <sup>5</sup>) Südekum war vom 28. bis 30. 9. 1914 in Wien, fuhr ohne Aufenthalt durch Ungarn und hielt sich vom 1. bis 6. 10. 1914 in Rumänien auf; s. Nachlaß Südekum 165. Zur parteiinternen Auseinandersetzung über diese Reise vgl. 22. 12. 1914; Quellen 3/II Nr. 356; Eberts Schlußwort, Protokoll SPD-Parteiausschuß 12./13. 1. 1915 S. 40; und den Brief Südekums an Wels vom 26. 1. 1915, Nachlaß Südekum 12. Vgl. ferner Fischer S. 174. 6) Vgl. 27, 10, 1914. 7) Vgl. 31. 10. 1914; zunächst wurde keine Korrespondenz geschaffen, sondern beschlossen, entsprechende Artikel aus der Parteipresse ins neutrale Ausland zu schicken; später wurde im Verlag Internationale Korrespondenz die wöchentlich erscheinende Deutsche Auslandskorrespondenz "zur Information der ausländischen Arbeiterpresse über Deutschland" herausgegeben, wie es in einer Verlagsanzeige heißt; vgl. 24. 3. 1915 (Anm. 2).

Aussprache mit Cohen[-Reuß] und Südekum betr. Cohen[-Reuß]s Gespräch mit Wahnschaffe<sup>8</sup>). Cohen[-Reuß] hat Scheidemann und Ebert davon Mitteilung gemacht. Sie sind entrüstet darüber. Ich habe Scheidemann die Notwendigkeit, der Regierung klaren Wein einzuschenken über unsere Erwartungen, dargelegt. Beiden fehlt jede politische Zielsetzung.

Treffe *Hirsch*<sup>9</sup>), der die preußische Landtagsfraktion bearbeitet und hofft, *Ströbel* und *Liebknecht* zu isolieren<sup>10</sup>).

Sonntag, 11., bis Sonnabend, 17. Oktober. Viel Arbeit mit den Vorlesungen über "Krieg und Bevölkerungsproblem". Ich müßte ein Buch darüber schreiben. Aber wann werde ich dazu kommen?

Hätte ich Zeit und Geld, so würde ich trachten, ein Stück Kriegswirklichkeit zu sehen, um einen unmittelbaren Eindruck zu gewinnen. Weder die Kriegsdichter noch die heroischen Literaten in den Feuilletons der Zeitungen haben meine Stimmung gegen den Krieg zu ändern vermocht. Im Gegenteil, mein Glaube an die Möglichkeit und Notwendigkeit dauernder Friedenssicherung ist stärker als zuvor. Diesem Ideal gehört trotz alledem die Zukunft. Der Krieg ist eine unzweckmäßige, scheußliche Art der Vorwärtsbewegung. Eine Vorwärtsbewegung ist es freilich trotzdem. Der gegebene geographisch-politische Stand konnte nicht als endgültiger angesehen werden. Aber wie stark muß sich noch die Psychologie der Durchschnittsmenschen veredeln, bis auf andere als brutal gewaltsame Weise sich bessere Gestaltungen durchsetzen lassen. Ohne Krieg war die Karte Osteuropas nicht zu regulieren, die schwere Hemmung der allgemeinen Kulturentwicklung nicht zu überwinden.

Unsere Radikalen leiden an einem pathologischen Gottähnlichkeitsglauben. Gepaart mit einer außerordentlichen Bescheidenheit. Da sie nicht alles haben können, so begnügen sie sich mit nichts. Ihre ganze Energie entlädt sich in der politischen Deklamation. Aber für das bloße Räsonieren braucht man eigentlich keine Partei.

Schöpflin ist nach Galizien gereist, um die Sache mal an Ort und Stelle anzusehen.

Aussprache mit Bernstein, Joseph Bloch und Heine in dessen Wohnung (16. Oktober nachmittags). Bernstein macht einen seelisch angegriffenen, sehr verstimmten Eindruck. Wir führen ihm den Nachweis, daß der Vorwärts und die Radikalen die positive Anerkennung unserer nationalen Solidarität ablehnen; daß die nationale Basis aber für unsere Erfolge im Innern wie auch bei der Wiederaufnahme unserer internationalen Aufgaben entschieden anerkannt werden müsse. Mit dem Standpunkt: Kritik nur oder vorzugsweise gegen das eigene Land — können wir keine Politik machen. Bernstein verliest Briefe von Dr. Erdmann¹) und Edmund Fischer, die beide über die Barbarei der Deutschen, die nationalistische Verhetzung und Beschimpfung der anderen Völker durch die Presse, namentlich auch die liberale, klagen. [Edmund] Fischer erklärt, nur

<sup>b) Das Gespräch hatte am 2. 10. 1914 stattgefunden; vgl. das vom Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei Arnold Wahnschaffe unterzeichnete Protokoll, abgedruckt bei Kuczynski S. 209 ff.
Paul Hirsch, Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im Preußischen Abgeordnetenhaus.
Vgl. 18.—24. 10. 1914 (Anm. 7).</sup> 

noch den Vorwärts, den er seit Jahren nicht mehr gelesen habe, vertragen zu können. — Wir korrigieren diese haltlose Stimmungsentladung durch den Hinweis, daß die sozialdemokratische Presse ausnahmslos und ständig Notizen bringt, die für Menschlichkeit und objektivere Beurteilung auch der Gegner wirken.

Bernstein will möglichst bald eine Aktion für den Frieden von uns eingeleitet oder wenigstens unterstützt haben. Ich weise darauf hin, daß das doch erst geschehen könne, wenn die Gegner ihn ebenfalls erstreben, was von Rußland und England zur Zeit noch niemand behaupten könne. Auch ist das osteuropäische Problem doch nicht befriedigend zu lösen, bevor nicht Rußland entscheidende Niederlagen erlitten hat.

[Joseph] Bloch teilt mit, daß von gewisser Seite die Errichtung eines großen Pufferstaates, umfassend Polen, Ruthenen, Letten und Litauer und Juden, erstrebt wird. In ihm würden die Polen nicht die Mehrheit haben. Es wäre ein Nationalitätenbund von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer. Auf diese Weise könnte die Schwierigkeit eines rein polnischen Nationalstaates umgangen werden. Den letzteren erstrebten die polnischen Nationalisten mit Hilfe Rußlands. Nur durch dessen Sieg haben sie nämlich Aussicht, das österreichische und preußische Polen zu bekommen. Ein dritter Vorschlag geht auf Errichtung eines "Großherzogtums Warschau". Auch diese Lösung ist unbefriedigend, da sie eine dauernde großpolnische Propaganda im preußischen und österreichischen Polen bewirkt. — Bernstein vertritt nach wie vor die Auffassung, daß die englische Diplomatie den Frieden und die deutsche einen Präventivkrieg gewollt habe. Lange Diskussion darüber zwischen Bernstein und [Joseph] Bloch, die beide extrem und gereizt sind.

Heine zeigt großes Geschick, Bernstein versöhnend zu behandeln. Er kann psychologisch sehr fein operieren. — Ich suche Bernstein den engen Zusammenhang zwischen einer vernünftigen Haltung in der äußeren wie inneren Politik zum Bewußtsein zu bringen. Wir müssen die Richtung Reichskanzler—[Clemens v.]Delbrück stützen; dürfen uns nicht isolieren lassen oder selbst isolieren. Wir müssen alles darauf einstellen, in der inneren Politik Fortschritte zu erringen. Darum ist Zusammenhalt der Richtung notwendig und alles zu vermeiden, was den Radikalen erleichtert, uns auf den alten Stand zurückzubringen. Ich habe den Eindruck, daß Bernstein doch auf unserer Seite bleiben wird. Er bekennt sich offen zu der nationalen Grundlage und zu einer ausgesprochen reformistischen Politik. Auch erklärt er, den Standpunkt des 4. August innerlich nicht aufgegeben zu haben. Hoffentlich kommt er über die Gefühlserschütterung hinweg und macht keine literarischen Dummheiten.

Sonnahend, 17. Oktober. Konferenz im Holzarbeiterhaus. Wunderbares Gebäude, Monument der positiven Kulturarbeit der modernen Arbeiterbewegung. Südekum, der von seiner Besichtigungsfahrt für das Rote Kreuz nach Ungarn

<sup>11.—17. 10. 1914:</sup> ¹) Dr. August Erdmann, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, Mitarbeiter an sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Blättern, Verfasser zahlreicher politischer und gewerkschaftlicher Schriften; schloß sich später der USPD an.

zurück ist, Cohen[-Reu $\beta$ ], Schöpflin, Körsten<sup>1</sup>), Robert Schmidt, Heine. Maßnahmen betr. Artikel im Daily Citizen<sup>2</sup>) und Menschheit<sup>3</sup>). Die Liebknecht und Genossen bearbeiten die Internationale. Breitscheid<sup>4</sup>) ist nach den nordischen Ländern gegangen.

Heine hat seinen Vortrag im ersten Wahlkreis zu einer Broschüre ausgearbeitet. Der Vorwärts-Verlag hat den Druck abgelehnt; der Vorstand hat das bestätigt<sup>5</sup>). Ich vertrete nachdrücklichst den Standpunkt, daß wir nichts in Opposition zur Mehrheit des Vorstandes unternehmen sollen. H. ist in den Gedanken, eine nationale Fanfare loszulassen, verbissen. Er ist im Grunde ein Mann der literarischen Sensation mit starkem Bedürfnis nach persönlichen Lorbeeren.

Sonntag, 18., bis Sonnabend, 24. Oktober. Meine Tage sind so angefüllt mit Tagesarbeit und Inanspruchnahme durch andere Menschen, daß ich zu nichts komme. Nicht einmal zu den kurzen Eintragungen in dieses Buch bleibt mir Zeit. Eine nie abreißende Hetze von früh bis spät. Auch in dem Archiv gibt es jeden Tag besondere Abhaltungen politischer und privater Natur. Es ist zum Verzweifeln. Dabei stehen die großen Aufgaben vor mir und ich kann nicht auf ihre Erfüllung verzichten. Ich muß meine Kräfte dafür frei bekommen. Alles ist eine Geldfrage. Oh, daß ich nur so viel hätte, um frei schaffen zu können.

Montagnachmittag und abends war ich in Nikolassee bei Helene Stöcker, um einen Aufsatz für die Neue Generation zu diktieren. Brotarbeit! Wurde leider nicht fertig und kam müde von unfruchtbaren Diskussionen nach Hause.

Dienstag: Troelstra besucht mich im Archiv. Ich bin bewegt und begrüße ihn herzlichst mit der Hoffnung, daß die Internationale eine baldige Auferstehung auf soliderer Grundlage erfahre. Ich lade ihn ein zum Abendbrot.

Nachmittags ist *Heine* bei mir, um sich auszusprechen. Er wirft mir Leisetreterei vor. Will durchaus mit seiner nationalen Bekennerschrift<sup>1</sup>) heraustreten.

Abends bei mir: Troelstra und Frau, Südekum und Frau, Heine, Schöpflin. Eine sehr angeregte Unterhaltung über die deutsche Partei, ihr Wesen, ihre Leistung, ihre Ziele. T., der durchaus auf der deutschen Seite steht, vertritt die Auffassung, daß wir es an Energie fehlen lassen im Kampf gegen den Cäsarismus. Er ist in der allgemein im Ausland verbreiteten Auffassung befangen, daß der Kaiser der eigentliche Träger und Hort der Reaktion sei. Ich lege ihm den wahren

<sup>17. 10. 1914:</sup> 1) Alwin Körsten, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, Vorsitzender 2) Vgl. Eine falsche Behauptung, in: Vorwärts der Gewerkschaftskommission für Berlin. 20. 10. 1914 (Beilage); der SPD-Vorstand trat einem im Daily Citizen erschienenen Bericht entgegen, die SPD hätte für die Kriegskredite gestimmt, um dadurch als Gegenleistung von der Regierung die Schonung ihrer Organisationen und ihrer Presse zu erreichen. Nach Ebert, s. dessen Schlußwort im Protokoll SPD-Parteiausschuß 12./13. 1. 1915 S. 40, war jener Bericht von Breitscheid, vgl. Anm. 4, für das englische Labour-Blatt geschrieben worden. Lausanne erscheinende pazifistische Zeitschrift; im November 1914 veranstaltete sie eine Umfrage: "Soll die Annexion Belgiens das neue Kriegsziel Deutschlands werden?" Vgl. die Antworten deutscher Sozialdemokraten, u. a. von Peus, Bernstein, A. Hoffmann, Vogtherr in den Ausgaben vom 2. und 30. 1. 1915. 4) Dr. Rudolf Breitscheid, freier Schriftsteller, schloß sich später der 5) Vgl. 7. 10. 1914 (bes. Anm. 1); der Vortrag erschien als Broschüre unter dem Titel "Kultur und Nation" im Parteiverlag Landgraf und Co., Chemnitz o. J.

Untergrund der preußischen Reaktion dar. — T. geht nach Schweden; Haase soll mit dem Eintritt der dortigen Genossen in die Regierung<sup>2</sup>) einverstanden sein.

Mittwoch: Timm-München war im Archiv, um mit Klara Zetkin zu revidieren<sup>3</sup>). Zusammentreffen mit Timm, Hermann Müller, Joseph Bloch nachmittags bei Josty. Timm berichtet über einen scharfen Zusammenstoß mit Adolf Braun<sup>4</sup>), Simon<sup>5</sup>) und anderen auf einer Konferenz der Funktionäre von Nordbayern in Nürnberg.

Donnerstag:  $Hue^6$ ) telefoniert. Die Kämpfe in der Fraktion des preußischen Landtags waren sehr heftig. Haenisch hat sich sehr energisch auf den nationalen Boden gestellt. Hofer ist wieder total auf die andere Seite gefallen; er soll sogar die Abstimmung am 4. August jetzt für einen Fehler halten<sup>7</sup>).

Abends bei Heine: Hue, Südekum. Wieder gereiztes Gespräch wegen Heines Broschüre<sup>8</sup>). Kautsky hat sie natürlich auch abgelehnt. Ich gebe auf dem Nachhauseweg das Manuskript an Hue mit der Bitte, Heine seine Meinung zu schreiben. — Die Broschüre ist literarisch wertlos; sie ist weder wissenschaftlich noch populär, kein Versuch, tiefer in das Problem der nationalen Kultur usw. einzudringen. Aber auch keine aus der Tiefe der Seele kommende volkstümliche Rede. Ein abstraktes moralisches Räsonnement, dessen Spitze sich gegen die Partei richtet. Dieser polemische Untergrund wird herausgefühlt. Sie würde als eine gegen die Partei geschleuderte Lanze empfunden: ein höchst unpraktisches Unternehmen, das gar keinen belehrenden, sondern nur einen verstimmenden Erfolg hätte.

Freitag: Schöpflin ist auf meine Vermittlung zu Heine gegangen. Hat eine zweistündige sehr offene Aussprache mit ihm gehabt und glaubt ihn dazu gebracht zu haben, vorläufig wenigstens seine Broschüre nicht zu veröffentlichen.

Abends mit Sonja im Deutschen Opernhaus in den Meistersingern.

Sonnabend, 24. Oktober. Konferenz im Holzarbeiterhaus. Südekum, Cohen[-Reuß], Robert Schmidt, Leipart<sup>1</sup>). Wir beschließen, eine engere und öftere Beziehung zu Scheidemann und Ebert herzustellen, um ihnen Mut zu machen und

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>) Vgl. 17. 10. 1914 (Anm. 5). 2) Die schwedischen Sozialdemokraten 18.—24. 10. 1914: erklärten sich im Herbst 1914 grundsätzlich bereit, in eine Koalitionsregierung einzutreten, aber erst im Oktober 1917 übernahmen vier Sozialdemokraten Ministerposten im Kabinett des Liberalen Nils Edén; vgl. Cole IV/2 S. 520. 3) Johannes Timm, sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter in Bayern, und Klara Zetkin, Redakteurin der Frauenzeitschrift der SPD, Die 4) Chefredakteur der Frän-Gleichheit, waren Mitglieder der Kontrollkommission der SPD. 5) Joseph Simon, Mitglied des Landesvorstandes der SPD Bayern, Vorkischen Tagespost. sitzender des Schuhmacherverbandes, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Konsumvereine, Reichstagsabgeordneter, trat später der USPD bei. 6) Otto Hue, Redakteur der Bergarbeiter Zeitung, sozialdemokratisches Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses. 7) Das Preußische Abgeordnetenhaus war am 22. 10. 1914 zu seiner ersten Kriegssitzung zusammengetreten. Zu der Auseinandersetzung innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion vgl. Hirsch S. 65 ff. 8) Vgl. 17. 10. 1914 (Anm. 5).

<sup>24. 10. 1914: 1)</sup> Theodor Leipart, Vorsitzender des Holzarbeiterverbandes. 2) Durch die von Albert Baumeister, Sekretär bei der Generalkommission der Gewerkschaften, herausgegebene Internationale Korrespondenz wurden die hier angedeuteten Pläne verwirklicht; vgl.

den Rücken zu steifen. Die Leute lassen sich offenbar durch die Gegenarbeit der Radikalen in dem engeren Kreise einschüchtern. — Aussprache über die Notwendigkeit und Möglichkeit einer Korrespondenz, um ein brauchbares Instrument zur Bearbeitung der Parteipresse zu bekommen²). Stampfers zweifelhaftem Einfluß muß ein Paroli geboten werden, mit ihm ist keine konsequent-reformistische Politik zu machen. Er ist ein literarischer Eingänger. — In der Chemnitzer Volksstimme hat Heilmann³) zwei ausgezeichnete Artikel über die Aufgaben der Parteipresse während des Krieges gebracht. Sie sind die Antwort auf den ihm vom sächsischen Landesvorstand gemachten Vorwurf, er mache zu sehr in nationaler Politik. Wir wollen versuchen, diese Artikel allen Pressekommissionen im Reiche zugänglich zu machen und ihren Abdruck in der Parteipresse zu veranlassen. [...]

Sonntag, 25. Oktober. Ich lebe im Krieg und sehe eigentlich nichts davon. Müßte einen unmittelbaren Eindruck von den Ereignissen draußen gewinnen. Ohne das läßt sich schließlich doch kein richtiges Urteil gewinnen trotz aller Lektüre von Augenzeugen usw. Aber wie soll ich hinauskommen? Wieder eine reine Geldfrage. Nie habe ich die engen Fesseln, die mir jede freie Bewegung unmöglich machen, so schwer empfunden wie jetzt.

Man fürchtet, daß die Dinge im Osten schlecht stehen. Eine einflußreiche Gruppe — der Kronprinz soll dazu gehören — solle darauf hinarbeiten, mit Rußland auf Kosten Österreichs zu einem baldigen billigen Frieden zu kommen. Das wäre für die Demokratie ein schlimmer Ausgang.

Ich treffe im Tiergarten den nationalliberalen Abgeordneten Schwabach<sup>1</sup>) und unterhalte mich eine halbe Stunde mit ihm über die politische Situation. Da er sehr nahe Beziehungen nach oben hat, suggeriere ich ihm meine Auffassung von der unbedingten Notwendigkeit einer großen kühnen Konzession des Monarchen an die Demokratie in Preußen. Er hält eine Konzession in Sachen des Wahlrechts für selbstverständlich; aber nicht das gleiche Wahlrecht. Ich weise auch auf die Notwendigkeit eines Zusammengehens der Linken hin. Wir werden zunächst die Liberalen in den Sattel setzen. Sie müssen nur wollen.

Montag, 26. Oktober. Der jüngere Schmidt<sup>1</sup>) im Archiv. Der Vorwärts hat bis jetzt die Nachricht von dem ersten sozialdemokratischen Reserveleutnant, unserem hessischen Genossen Sturmfels, nicht gebracht. — Der Sekretär der Internationalen Gewerkschaftskommission, Baumeister, soll eine sehr reichhaltige Sammlung von ausländischen Presseäußerungen angelegt haben<sup>2</sup>). Sie gibt ein drastisches Bild von der Feindseligkeit und Verständnislosigkeit gegenüber der deutschen Partei. Liebknecht wird überall als der große Mann gefeiert<sup>3</sup>).

Liebknecht hat der bürgerlichen Presse und dem Vorwärts eine Richtigstellung betr. der Vorgänge im Landtag beim Kaiserhoch zugehen lassen<sup>4</sup>). Ein unerhörtes

auch 26. 10. 1914 und 31. 10. 1914. 3) Ernst Heilmann, Redakteur der Chemnitzer Volksstimme.

<sup>25. 10. 1914: 1)</sup> Felix Schwabach, Reichstagsabgeordneter, Geheimer Regierungsrat in Berlin.

Verfahren, die eigene Blöße aufzudecken. Die Wirkung kann in der Partei nur eine gute sein. Das Vorgehen *Liebknechts* macht auch uns freier.

Schöpflin im Archiv. Berichtet über Eberts Weigerung, zu Cohen[-Reuß] zu kommen. Zu der allgemeinen Ängstlichkeit kommt offenbar ein besonderes Mißtrauen gegen Cohens Diskretion. [...]

Dienstag, 27. Oktober. Heinrich Schulz kommt, um Rat zu holen wegen der geplanten Lichtbilderserie über russische Greuel, die Robert Schmidt an Ort und Stelle aufgenommen hat<sup>1</sup>). Zetkin hat dagegen protestiert. Ich bestärke ihn. Korn<sup>2</sup>) ist der gleichen Ansicht. Beide werden durch die rabiate Opposition der Berliner Jugendlichen, die ganz im Fahrwasser [Hermann] Dunckers schwimmen, nach rechts gedrängt. [Heinrich] Schulz ist sogar auf der Konferenz der Jugendleitung für positive Beteiligung an den militärischen Veranstaltungen eingetreten. Leider ohne Erfolg. Der Vorstand hat in dieser Frage wieder durch seine Schwäche und den Mangel, die Entwicklung vorauszusehen, die Sache verdorben. Der negative Beschluß wird aber wohl durch die Gewalt der Tatsachen über den Haufen gerannt werden<sup>3</sup>).

Bernstein im Archiv. Ich lege ihm nahe, doch die Fühlung mit uns nicht zu verlieren, und drücke den Wunsch aus zu persönlicher Aussprache. Er scheint sehr wenig Lust dazu zu haben und ganz wieder den Eingänger spielen zu wollen. Trotzdem werde ich den Versuch machen, ihn auf der Linie zu halten. Im anderen Lager kann er viel schaden; namentlich durch Verwirrung des Auslandes,

<sup>1)</sup> Offenbar Bruder von Robert Schmidt. 26. 10. 1914: <sup>2</sup>) Vgl. 24. 10. 1914 (Anm. 2). 3) Liebknecht hatte nach Kriegsausbruch Verbindung mit führenden Vertretern der Sozialistischen Internationale aufgenommen; vgl. dazu seine Mitteilung in: Klassenkampf gegen den Krieg, o.O. o. J., S. 16 f., er sei vom 4. bis 12. September in Belgien, am 13. September in Amsterdam gewesen. Zum Zweck seiner Reise und zur Aufnahme, die er gefunden hatte, vgl. den von Camille Huysmans in der Humanité vom 1. 6. 1916 veröffentlichten Brief, zitiert in: Internationale Korrespondenz 3. Jg. S. 139 (9. 6. 1916), dessen Angabe über das Reisedatum allerdings von Liebknechts eigener abweicht: "Liebknecht kam am 16. September 1914 nach Belgien. Er traf einige Freunde in Lüttich und besuchte mich am Nachmittag im Brüsseler Volkshaus. [...] Er kam nach Belgien, um sich zu unterrichten. Alles andere ist eine Verleumdung. Die Belgier, die es als einen Verrat betrachteten, einen Deutschen zu empfangen, drückten ihm die Hand mit großer Wärme, als sie erfuhren, daß er gekommen sei, um die Wahrheit zu entdecken und zu sagen." 4) S. Vorwärts 26. 10. 1914. Nach Liebknecht sei der Bericht über die Sitzung des Preußischen Abgeordnetenhauses vom 22. 10. 1914 in folgenden Punkten zu berichtigen und zu ergänzen: a) bei der Mitteilung der Grüße des Kaisers erhoben sich die Sozialdemokraten nicht; b) den Schlußworten Delbrücks über den Krieg spendeten die Sozialdemokraten keinen Beifall; c) bei der Schlußrede des Präsidenten hatte die Hälfte der sozialdemokratischen Fraktion bereits den Saal verlassen; d) beim Kaiserhoch war ebenfalls die Hälfte der Sozialdemokraten nicht mehr anwesend, die anderen, "wenn sie sich an das vorher Beschlossene gehalten haben", sind nur aufgestanden, "ohne sich an dem Hoch zu beteiligen".

<sup>27. 10. 1914:</sup>¹) Vgl. 10. 1914. — H. Schulz war Geschäftsführer des Zentralbildungsausschusses, zu dessen Aufgaben die Herausgabe von Lichtbildervorträgen gehörte.

²) Karl Korn, Redakteur der Arbeiterjugend. — Die umstrittene Lichtbilderserie wurde gezeigt; s. ihre Ankündigung in: Vorwärts 1. 11. 1914 (1. Beilage); im November 1914 wurde der Text des Lichtbildervortrags vom Zentralbildungsausschuß der SPD, Berlin, unter dem Titel "Ein Besuch der Kriegsschauplätze in Ostpreußen. Ein Vortrag mit 85 Lichtbildern von Robert Schmidt MdR", herausgebracht.

³) Vgl. 5. 9. 1914 (Anm. 1).

wo sein Name viel gilt. Troelstra ist wieder hier gewesen; leider konnte ich seiner nicht habhaft werden.

## Mittwoch, 28. Oktober. Brief an Bernstein<sup>1</sup>):

"Lieber Bernstein!

Die gestrige Unterhaltung läßt mir zwar wenig Hoffnung zu einer Verständigung. Trotzdem will ich sie hinsichtlich dessen versuchen, was meines Erachtens das Wesentlichste für unsere Taktik sein muß:

Das nächste weitaus wichtigste Ziel unserer politischen Arbeit muß die Durchsetzung einer großen Konzession in der preußischen Wahlrechtssache sein. Denn die Demokratisierung Preußens ist nicht nur für die innere Entwicklung Deutschlands, sondern auch für die Internationale und für die Menschheitskulturentwicklung überhaupt von entscheidender Bedeutung. Darin hängen zur Zeit Moses und die Propheten.

Ist das richtig, so folgt, daß alles andere sich jetzt dem unterzuordnen hat; daß jede unserer Äußerungen, jede politische Betätigung daraufhin einzurichten ist. Nichts darf geschehen, was diesem Ziel schadet. Daß von dem Verhalten der Sozialdemokratie in dieser Situation sehr viel abhängt, brauche ich Dir nicht zu entwickeln. Wir sind mit im Kräftespiel. Dabei zwingt uns Vernunft und Pflicht, die Richtung in der Reichsregierung, die wenigstens einen Schritt in der Richtung unserer Ziele tun will, zu stützen; alles zu meiden, was die feindlichen Gewalten stärkt. Daraus entspringen auch Direktiven für unsere Äußerungen zur auswärtigen Politik. Alles muß sich jetzt dem einen, nächsten, wichtigsten Ziel unterordnen. —

Soeben lese ich die Post. Da sehe ich, daß Du auch den Belgiern einen sehr schlechten Dienst geleistet hast. Eine ungünstigere Situation zur Aufnahme des Kampfes gegen die Post und ihre Hintermänner in dieser Sache als gerade jetzt konnte es gar nicht geben<sup>2</sup>). —

Außerdem mache ich Dich auf den Artikel "Brutale Kriegführung" in der Chemnitzer Volksstimme 27. 10. aufmerksam, der gegen Dich polemisiert. Resultat: Zersplitterung in den eigenen Reihen — mit in der kritischsten Situation. Wenn dieser Erfolg Deine Absicht war, brauchen wir allerdings keine Aussprache. Sonst aber, meine ich, ist gegenseitiges Verständigen jetzt nötiger als je zuvor. Freundlichst grüßend

Dein E. D."

Meldung von der Niederlage vor Warschau<sup>3</sup>). Das ist furchtbar. Die beteiligten Truppen werden fürchterlich leiden. Die politische Wirkung auf die polnische Frage sehr verhängnisvoll. Der ganze Kriegszweck nach Osten scheint aufs höchste gefährdet. Vermutlich haben die Österreicher wieder versagt. Die Verkettung mit dem Schicksal der österreichisch-ungarischen Völkerpastete, die nur

<sup>28. 10. 1914:</sup>¹) Die Ausfertigung des vom gleichen Tag datierten Briefes befindet sich im Nachlaß Bernstein im Internationalen Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam; zwischen der Ausfertigung und der Niederschrift im Tagebuch bestehen nur unbedeutende stilistische Unterschiede.

²) Vgl. Vorwärts 27. 10. 1914; dort Zitierung des Berichts der Post über einen Vortrag Bernsteins in einer Metallarbeiterversammlung, in der er erklärt habe: "In weiten Kreisen des Volkes, bis in die Reihen der Arbeiter hinein, wird die Annexion Belgiens verlangt. So sehr ich den Sieg Deutschlands wünsche, so halte ich eine solche Politik für vollständig verfehlt. Belgien besteht aus 3 Millionen Wallonen, die ausschließlich Französisch sprechen und 3½ Millionen Flamländern, die trotz ihres Plattdeutsch Deutschfeinde sind. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die deutsche Reichsregierung diesem Annexionsverlangen nicht zustimmen wird."

³) Vgl. Wippermann 1914/II S. 272.

noch eine dynastische "Existenzberechtigung" hat, ist ein Unglück für das Deutsche Reich. Das Schlimme ist, daß man auch keinen befriedigenden Zustand erwarten kann nach dem Auseinanderfallen dieser "Monarchie".

Donnerstag, 29. Oktober. Gespräch mit Schöpflin, der mit Ebert zusammen war. Er berichtet, daß die Mehrheit des Vorstandes entschlossen ist, zu gegebener Zeit mit der radikalen Gruppe gründlich abzurechnen. Man müsse nur alles vermeiden, um durch zu weitgehende Aktionen von rechts die Situation zu erschweren. Die Liebknechtgruppe müsse möglichst reduziert werden.

Freitag, 30. Oktober. Bernstein antwortet. Er versichert, nur die besten Absichten zu haben. Der Gute übersieht ganz, daß politische Handlungen nicht nach den Absichten, sondern nach den Wirkungen zu werten sind.

Troelstra veröffentlicht in Het Volk seine Reiseergebnisse aus Deutschland. Leider gibt er die Anschauungen Haases als maßgebend für die deutsche Partei wieder<sup>1</sup>).

Sonnabend, 31. Oktober. [...] Konferenz im Holzarbeiterhaus. Südekum, Cohen[-Reuß], Leipart, Körsten, Göhre, Robert Schmidt. — Göhre berichtet von einem Gespräch mit Simon-Nürnberg, worin dieser [über] die Absicht der Radikalen, eine Spaltung zu betreiben, Mitteilung machte. — Das wäre nur zu wünschen, wenn sie diese Torheit begingen. Dann blieben Vierfünftel der Massen hinter uns.

Aussprache über Troelstras Reisebriefe in Het Volk<sup>1</sup>). Südekum will an Troelstra schreiben.

Baumeisters Korrespondenz, die Auszüge aus der ausländischen sozialistischen Presse und nicht zum Druck bestimmtes Informationsmaterial den Redaktionen zuschickt, hat zu arbeiten begonnen<sup>2</sup>). Schmidt will veranlassen, daß sie auch an Einzelpersonen für geringes Geld geht. Das ist ein gutes Instrument.

Die umgekehrte Aufgabe, die auswärtige sozialistische Presse mit richtigen Informationen über die Auffassung der deutschen Partei zu versehen, soll dadurch gelöst werden, daß wir in uns zugänglichen Parteiblättern schreiben und diese Notizen dann ins neutrale Ausland gebracht werden<sup>3</sup>). Cohen[-Reuß] übernimmt die Antwort auf die Liebknecht-Sache<sup>4</sup>).

Südekum berichtet über Aussprache mit den Militärbehörden über Arbeitsbeschaffung und Lohn- und Preisregulierung. Regt an, daß ein Mitglied der Generalkommission in die zu bildende behördliche Kommission geht.

Ich entwickle meinen Plan, eine Reihe von Schriften vorzubereiten, die, sobald die Zensur aufgehoben wird, in die Massen geschleudert werden sollen. Ich selbst werde die Begründung unserer Zustimmung am 4. August schreiben<sup>5</sup>).

<sup>30. 10. 1914: 1)</sup> Vgl. die ausführliche Wiedergabe und Besprechung der in Het Volk veröffentlichten Berichte Troelstras in: Vorwärts 5. und 8. 11. 1914.

<sup>31. 10. 1914: 1)</sup> Vgl. 30. 10. 1914 (Anm. 1). 2) Vgl. 24. 10. 1914 (Anm. 2). 3) Vgl. 10. 10. 1914 (bes. Anm. 7). 4) Vgl. 26. 10. 1914 (bes. Anm. 3 und 4). 5) Eduard David, Die

Südekum will die kommunalen Maßnahmen behandeln. Schöpflin: Die deutsche Parteipresse während des Krieges. Baumeister soll die ausländische Parteipresse behandeln. Göhre: Herausgabe der Kriegsbriefe von Parteigenossen. Cohenf-Reuß]: Das sozialdemokratische Wehrprogramm. Die nähere Abgrenzung und Verteilung der Schriften über die kriegssozialistischen Maßnahmen soll im Zusammenhang mit dem sozialpolitischen Büro der Gewerkschaften vorgenommen werden<sup>6</sup>).

Abends bei Frederich, dann Josty, Zusammensein mit Levi-Mannheim?). Er war Vertrauter von Frank und will sich um die hinterlassenen Briefe bemühen. Er erzählt mir manches über Franks persönliches Leben: Beziehungen zu älterer Freundin<sup>8</sup>), religiöser Zug (Frank ging zu den jüdischen Feiertagen stets zu seinen Eltern; verließ diese nicht, ohne sich segnen zu lassen). Sein Leiden, meint Levi, sei in den letzten Jahren besser geworden. Frank habe gar nicht an die Möglichkeit, daß er fallen könne, gedacht, darum auch keine Verfügungen hinterlassen. — Levi lobt Oskar Geck sehr, als feinen Charakter und klugen Politiker, mit sehr wirksamer Beredsamkeit. — Oskar Geck schrieb mir eine Karte, die seinem Charakter ein gutes Zeugnis ausstellt.

Sonntag, 1. November. Ich bleibe zu Hause und hoffe, endlich die vielen liegengebliebenen kleinen Arbeiten erledigen zu können. Da kommt nach Tisch mein Bruder Theodor und bleibt bis spät abends. Er hat sich freiwillig zum militärischen Dienst gemeldet, längere Zeit als Wachtmeister bei der Artillerie Dienste getan und ist jetzt als technischer Beamter an die Spandauer Munitionswerkstätten kommandiert worden. Ich erfahre einiges über die Technik der Artillerie. Mein Bruder glaubt, daß ein Übergang bei Calais nach England möglich und geplant sei. [...] Theodor erzählt interessante Episoden aus Montjoie aus dem Beginn der Kämpfe in Belgien.

Montag, 2. November. Hermann Sachses<sup>1</sup>) Besuch im Archiv. Überbringt Grüße und Bericht von Hue. Am Niederrhein arbeiten die Radikalen eifrig. Am Tage nach der Zensuraufhebung wollen sie mit großen Versammlungen die Masse der Parteigenossen gegen die Fraktion gewinnen. Er erzählt, daß die Redaktion der Rheinischen Zeitung am Tage nach der Mobilmachung auf den obersten Boden flüchtete, als ein Offizier im Militärauto vorfuhr. Er wollte nur ein Inserat aufgeben. Sie glaubten, es sei auf ihre Verhaftung abgesehen.

In Düsseldorf hatte das radikale Komitee für den Freitag vor der Mobilmachung eine große Demonstration angekündigt. Die Mutigen leugneten dann

Sozialdemokratie im Weltkrieg, Berlin 1915, erschienen im parteioffiziellen Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer GmbH.

6) Der Verlag Internationale Korrespondenz, für den Albert Baumeister verantwortlich war, veröffentlichte während des Krieges eine Reihe "aktueller sozialdemokratischer Agitations-, Streit- und Belehrungsschriften"; vgl. Verlagsanzeige in: Internationale Korrespondenz 2. Jg. S. 678 (4. 2. 1916), aus der hervorgeht, daß das Verlagsprogramm von den hier entwickelten Plänen bezüglich Autoren und Themen abgewichen ist, wenn es auch die vorgesehene Tendenz verfolgt hat.

7) Josef H. Levi, Sozialdemokrat, Stadtverordneter in Mannheim. (Laut freundlicher Auskunft von Herrn Dr. Jacob, Stadtarchivdirektor in Mannheim.)

8) Gemeint ist wahrscheinlich Leonie Meyerhof-Hildeck, Schriftstellerin in Frankfurt am Main.

vor der Polizei, daß die Zettel von ihnen ausgegangen seien, und schoben die Schuld auf die Anarchisten. In einer Sitzung erschien der eine mit geschorenem Bart und blauer Brille, um sich der befürchteten Verhaftung zu entziehen; ein anderer brachte seine Siebensachen im Rucksack mit in die Sitzung und erklärte, er kehre nicht in seine Behausung zurück. Helden! — Ich informiere Sachse über unsere Tätigkeit. Hue schickt mir das Protokoll der preußischen [Landtagsfraktion]<sup>2</sup>).

Schöpflin läßt mich Brief an Heine betr. seiner Broschüre lesen<sup>3</sup>). Es ist die Antwort auf einen langen Brief Heines. Schöpflin sagt u. a.:

"Ein 'freudiges' Eintreten für das Vaterland ist für die Arbeiter nicht möglich nach dem, was sie alles von den Herrschenden in diesem Vaterland erduldet haben. Auch sei die Hoffnung nicht groß auf große Errungenschaften. Es bleibt 'die Gesellschaft und der Staat mit dem ausgesprochen kapitalistischen Klassencharakter, mit dem politischen Druck und der ökonomischen Knechtung, weil eben die bürgerliche Gesellschaft noch lange nicht ihren Höhepunkt erreicht hat, weder abdanken will noch dazu in absehbarer Zeit gezwungen werden kann'.

Man werde das Bekenntnis zur Monarchie von uns fordern. Das könne aber unmöglich gehen. Wir können nur die durch Verfassung und Herkommen vorgeschriebenen Formalitäten erfüllen, um dafür Realitäten zu erlangen.

Für die Existenz Deutschlands treten wir aus nüchternen Gründen ein, nämlich weil wir

- 1. bei einer Vernichtung oder Verstümmelung Deutschlands nichts gewinnen, aber sehr viel verlieren würden;
- 2. weil jeder fremde Eroberer uns naturgemäß doch nur als Stiefkinder behandeln, die Eigenart des deutschen Volkes mißhandeln würde;
- 3. weil der Eroberer Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung hemmen, wenn nicht auf lange Zeit einfach vernichten würde;
- 4. weil der kulturelle Aufstieg der Völker zur Voraussetzung hat, daß die durch ein bestimmtes Geistes- und Kulturleben zusammengehörigen Volksmassen auch ein eigenes, ihrer Eigenart und ihrem Wesen angepaßtes Staatsgebilde haben;
- 5. und schließlich hat um jedes Volk mit eigener Sprache, mit eigenem Kultur- und Empfindungsleben die historische Entwicklung ein Band gewoben, das, wenn es zerrissen, die einzelnen Teile an fremde Teile angeheftet werden, allen zum Unsegen gereichen muß.

Also nicht Begeisterung, sondern aus nüchterner Erkenntnis und bestimmt durch ruhige kühle Überlegung müssen wir deutschen Sozialdemokraten für das heutige, ja für ein größeres Deutschland eintreten, wenn es durch deutsche Völker anderer Staaten in seinem Wirken und Leben gekräftigt werden kann.

Eine dergestalt äußerlich und natürlich innerlich aufs höchste entwickelte Nationalität wird die Grundlage für eine allen Völkern zum Segen gereichende Verständigung bilden. Ich sage Verständigung und nicht Nationalität im Sinne des heutigen Sprachgebrauchs oder im Sinne der parteiüblichen Phrase, natürlich erst recht nicht im Sinne des Vorwurfs der Gegner."

<sup>2. 11. 1914: 1)</sup> Sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, Vorsitzender des Bergarbeiterverbandes. 2) Im Or. "Landesfraktion", gemeint ist zweifellos die Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses, der Hue angehörte. 3) Vgl. 17. 10. 1914 (Anm. 5) und 18.—24. 10, 1914.

Dienstag, 3. November. Nachmittags Überprüfung eines Artikels von Mattutat<sup>1</sup>) betreffend Jugendwehr für die Sozialistischen Monatshefte<sup>2</sup>). [Joseph] Bloch schickt ihn mit der Bitte, kritische Stellen anzustreichen. Das ist ein Wunder: also ist Bloch doch nicht ganz unzugänglich.

Abends Aussprache mit Heine bei mir. Ich gebe ihm Kenntnis von unserer Arbeit und beweise ihm, daß seine Auffassung, es geschehe nichts, man ließe die anderen gewähren usw., falsch ist. Er ist in einer höchst unwirschen Stimmung. Er erklärt, daß er nun sehe, daß die Sozialdemokraten wirklich vaterlandslose Gesellen seien. Ich habe wieder stark den Eindruck, daß er über seine eigene Persönlichkeit nicht hinwegkommt. Ich seufze schwer auf über diese Art Schwierigkeiten im engsten Kreise der Mitarbeiter.

Mittwoch, 4. November. Schöpflin erzählt, daß im Kreise Niederbarnim furchtbar gehetzt wird. Es soll demnächst eine Generalversammlung der Vertrauensmänner stattfinden. Konrad Haenisch will dort versuchen, der Verhetzung, die besonders mit den deutschen Barbareien in Belgien arbeitet, entgegenzutreten<sup>1</sup>).

Eduard Bernstein hat in der Leipziger Volkszeitung einen langen Aufsatz gegen die Chemnitzer Volksstimme. Er nutzt geschickt die Blöße aus, die sich Heilmann an einigen Stellen gegeben hat. — Ich würde Bernstein antworten, wenn ich Zeit hätte; namentlich seiner Unterscheidung zwischen Zensur in "militärischen Dingen", Freiheit in politischen Dingen entgegentreten. Sie führt total irre. Politischer Streit im Innern hat auch militärische Bedeutung während des Krieges.

Sitzung des Fraktionsvorstandes. Ledebour fehlt. Besprechung über das Verhalten bei der morgigen Zusammenkunft in der Reichskanzlei<sup>2</sup>). Haase ist sehr liebenswürdig. Mir ein psychologisches Rätsel.

<sup>3. 11. 1914:</sup> ¹) Arbeitersekretär und sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter in Stuttgart. ²) Hermann Mattutat, Jugendwehr und Arbeiterbewegung, in: Sozialistische Monatshefte 20. Jg./II S. 1240 ff. (9. 12. 1914); der Aufsatz befürwortet die Teilnahme der Arbeiterjugend an der Jugendwehr.

<sup>4. 11. 1914:</sup> 1) Niederbarnim war eines der Zentren der Opposition innerhalb der SPD; vgl. dazu Frölich S. 139 f.: "Unter größten Schwierigkeiten und oft bitteren Erfahrungen bildete sich nach und nach eine illegale Praxis heraus. Zunächst wurde Informationsmaterial über die Vorgänge in der Partei in bescheidenem Umfange und gemeinsam mit der Gruppe um Ledebour, aus der die USPD hervorging, herausgegeben. Der Bildungsausschuß Niederbarnim zeichnete diese Zirkulare und gab ihnen damit einen gewissen parteilegalen Mantel. Diese Veröffentlichungen wurden zum ersten Bindemittel der Opposition über das ganze Reich hinweg." Ferner Eberts Ausführungen, Protokoll SPD-Parteiausschuß 12./13. 1. 1915 S. 23: "Der Kreisbildungsausschuß von Niederbarnim verschickt regelmäßig Materialien, in denen Stimmung gegen die Fraktion gemacht wird. In besonderen Zusammenkünften versucht man die Parteifunktionäre in demselben Sinne zu beeinflussen. Bei der Einladung wird sorgfältig sortiert." --Zu Haenischs späterem Konflikt mit Niederbarnim - Haenisch vertrat den Wahlkreis Ober- und Niederbarnim im Preußischen Abgeordnetenhaus - vgl. Konrad Haenisch, Wahlkreis und Abgeordneter. Ein Wort über Parteidemokratie, in: Internationale Korrespondenz 2. Jg. S. 353 ff. (17. 9. 1915) und die Erklärung des Kreisvorstandes des Sozialdemokratischen Wahlvereins für den Kreis Niederbarnim a.a.O. S. 356. Vgl. auch 5. 1. 1915 und 28. 3. 1915. 2) Vgl. 5. 11. 1914.

Schreibe an Heine folgenden Brief:

Lieber Heine! Du hast gestern eine Anklage gegen die ganze Partei geschleudert, die man seither nur aus dem Munde skrupelloser Gegner zu hören gewohnt war. Die Gefahr, daß Du auch anderen Leuten gegenüber, die Dich nicht so gut kennen wie ich, solche Äußerungen tust, drängt mir die Feder in die Hand.

Die Sozialdemokratie ist ihrem ganzen Wollen und Handeln nach eine durchaus aufs Wohl des Vaterlandes gerichtete Bewegung. Ihre nationalen Verdienste sind größer als die irgendeiner anderen Partei. Freilich beherrscht sie das Gefühl der Abneigung und des starken Mißtrauens gegen alles wortpatriotische Getue und das ganze Arsenal nationalistischer Prägungen. Das ist historisch leicht verständlich, und es ist gut so.

Unsere Vaterlandsliebe ist nicht eine Sache klingender Worte, sondern der sozialen Tat und, wenn nötig, auch der nationalen Tat nach außen. Das hat die Partei in ihrer übergroßen Mehrheit in diesem Kriege glänzend bewiesen. Deshalb ist Dein Vorwurf grenzenlos ungerecht und völlig unhaltbar.

Nun gibt es freilich eine Anzahl Leute, die antinational empfinden. Sie für die Partei unschädlich zu machen ist unsere Pflicht. Diese nationale Aufgabe brennt Dir so auf der Seele, daß Du meinst, auf Deine Weise isoliert und möglichst rasch vor der breiten Öffentlichkeit dagegen vorgehen zu müssen. Ich halte dieses Vorgehen für zweckwidrig, weil es nicht die gewünschte, sondern die gegenteilige Wirkung erzeugt. Darum ist es für einen zu politischem Handeln verpflichteten Mann das Gegenteil einer richtigen Betätigung seiner Vaterlandsliebe. Wir können jene uns gestellte nationale Aufgabe nur lösen, wenn wir die Neigung zu individualistischem Eingängertum überwinden und uns pflichtgemäß einordnen in die ernste Arbeitsgemeinschaft der Gleichgesinnten. Sonst fallen wir auseinander und leisten nichts. Wir haben als Politiker zu handeln, nicht als Literaten. Dein E. D.

Ich lege Heine noch nahe, auf die elenden Ausführungen W. Sombarts im Berliner Tageblatt über Haß und Verachtung gegen die feindlichen Nationen<sup>3</sup>) zu schreiben<sup>4</sup>). In dieser Kampffront könnte er sehr Gutes über gesundes Nationalgefühl sagen.

Donnerstag, 5. November. Borgbjerg<sup>1</sup>), Redakteur am Social-Demokraten in Kopenhagen, im Archiv. Er war auf dem Schweizer Kongreß<sup>2</sup>). Ein prächtiger Typus des Nordgermanen. Ich sage ihm, daß ich die Beteiligung an der Regierung für sehr wünschenswert halte. Er hat die Mainzer Volkszeitungs-Notiz, die ich an Branting<sup>3</sup>) schickte, zustimmend gebracht. Ich bitte ihn um Zuweisung des Social-Demokraten an das Archiv, was er verspricht.

<sup>3)</sup> Werner Sombart, Unsere Feinde, in: Berliner Tageblatt 2. 11. 1914 (Morgenausgabe). 4) Wolfgang Heine, Vernunft und Gerechtigkeit, in: Berliner Tageblatt 13. 11. 1914 (Morgenausgabe). Vgl. Heine, Erinnerungen (Die Politik im Kriege): "Im November 1914 schrieb Werner Sombart für das Berliner Tageblatt einen Artikel, worin auch er den Haß gegen England predigte und uns Deutschen den Vorwurf machte, zu "wahr' und zu "gerecht' zu sein. Theodor Wolff, der den Aufsatz mit Bedenken angenommen und nur mit Vorbehalt veröffentlicht hatte, war erfreut, als ich mich zu einer Entgegnung erbot. Ich habe darin meinem deutschen Standpunkt wahrlich nichts vergeben, habe aber dies undeutsche Haßgeschrei abgelehnt."

<sup>5. 11. 1914:

1)</sup> Frederick Borgbjerg, führender dänischer Sozialist, Mitglied des dänischen Reichstags.
2) Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz in Bern, 31. 10.—1. 11. 1914.
3) Karl Hjalmar Branting, führender schwedischer Sozialist, Mitglied des schwedischen

Abends 7 Uhr Besprechung im Reichsamt des Innern. Delbrück und Wahnschaffe. Haase, Scheidemann und ich. Delbrück kündigt eine neue Kriegskreditvorlage an, die bis ins Frühjahr reichen soll. Er wünscht den gleichen Verlauf der Reichstagssitzung wie am 4. August. Debatte über die sozialen und wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen. Von unserer Seite wird die rigorose Praxis bei der Anerkennung der Bedürftigkeit (Landarbeiterfrauen), die Lückenhaftigkeit der Unterstützungsberechtigung (Angehörige aktiver Soldaten: im Ausland festgehaltener deutscher Wehrpflichtiger) gerügt. Weiter erheben wir scharfe Klage wegen der Höhe der Höchstpreise für Getreide. Delbrück verteidigt dieselbe: Zwang zu sparsamer Verwendung; Anreiz zur Einfuhr durch das neutrale Ausland. Wir erkennen die Gründe nicht an, beharren auf Herabsetzung insbesondere auch der Terminpreise, alsbaldige Ansetzung von niedrigen Kartoffelpreisen. Es soll eine weitere Aussprache darüber stattfinden. — Die Regierung verneint unsere Frage, ob vom Reich Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bereitgestellt werden sollen. Wir bestehen darauf als einer Hauptbedingung, ohne die wir einen glatten Verlauf der Reichstagssitzung als kaum erreichbar bezeichnen. - Auch in Sachen der Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge fordern wir Bestimmungen im Sinne der Mayetschen Vorschläge<sup>4</sup>). — Es soll eine Sitzung der Budgetkommission als "freie" Kommission vor dem Zusammentritt des Plenums stattfinden, um den Parteien Gelegenheit zur Aussprache zu geben<sup>5</sup>).

Darnach Zusammensein mit Scheidemann im Bayrischen Bierhaus. Wir besprechen die innerparteiliche Lage. Lensch soll vom linken Flügel abgefallen sein<sup>6</sup>). — In Stuttgart hat der Württembergische Landesvorstand einen Staatsstreich gemacht<sup>7</sup>); Wilhelm Keil ist zum Chefredakteur des Blattes<sup>8</sup>) bestimmt worden<sup>9</sup>). Hoffentlich halten sie es nun auch durch. — Später kommen noch Curt Baake und? Bernstein<sup>10</sup>) aus Österreich.

Freitag, 6. November. Unterredung mit Richard Fischer, der gereizt ist wegen der Zensurhandhabung in Berlin und der unzureichenden sozial-wirtschaftlichen Maßnahmen und die Zustimmung zu den Krediten an Bedingungen knüpfen will. Ich suche ihm das Gefährliche einer solchen Taktik zum Bewußtsein zu bringen. — Spreche dann mit Scheidemann und Ebert, die zu einer ähnlichen

Reichstags, Chefredakteur des Social-Demokraten. 4) Prof. Dr. P. Mayet hatte den Vorschlag ausgearbeitet, während des Krieges den Familien der Kriegsteilnehmer und den Arbeitslosen im Falle der Bedürftigkeit Krankenhilfe, Wochenbetthilfe und Sterbegeld aus öffentlichen Mitteln zu gewähren; vgl. den Bericht über Mayets Vortrag auf einer Tagung der Gesellschaft für soziale Medizin, Hygiene und Medizinalstatistik in: Berliner Tageblatt 30. 10. 1914 (Morgenausgabe); vgl. weiter Gustav Hoch, Kriegskrankenunterstützung, in: Die Gleichheit 25. Jg. S. 25 f. (11. 12. 1914) und ders., Wochenbetthilfe während des Krieges, a.a.O. S. 46 f. (22. 1. 1915); Friedrich Kleeis, Bessere Mutterschaftsfürsorge, in: Die Glocke 1. Jg. S. 743 ff. (1. 3. 1916). Funktion der "freien Kommission" vgl. Quellen 3/II Nr. 352 (Anm. 3). 6) Dr. Paul Lensch MdR hatte als Redakteur der Leipziger Volkszeitung (1902-1913) dem radikalen Flügel der Partei angehört und in der Fraktionssitzung vom 3. 8. 1914, s. oben, gegen die Bewilligung der Kriegskredite gestimmt. Zu seinem politischen Stellungswechsel vgl. sein Buch, Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück, Leipzig 1916. 7) Vgl. Keil I S. 306—323. <sup>9</sup>) Vgl. Koszyk S. 48 ff. 10) Vermutlich ein Besucher Baakes, dessen Vornamen David nicht kannte; es ließ sich nicht feststellen, wer gemeint war.

Haltung geneigt sind. Ich vertrete den Standpunkt: Die neuen Kredite sind wie die früheren zu bewilligen. Eine Debatte im Plenum des Reichstags ist im Interesse des Landes und der Partei zu vermeiden. Wir dürsen uns auf keinen Fall die Position des 4. August verderben dadurch, daß wir dem seindlichen Ausland das erwünschte Schauspiel der inneren Spaltung und Schwäche Deutschlands geben. Die Radikalen werden darauf hinarbeiten. Unsere Taktik muß demgegenüber von vornherein vermeiden, uns in ihrem Sinne sestzulegen. Eine Erklärung erscheint auch diesmal die einzig mögliche Form, Kritik und Wünsche unsererseits vorzubringen. — Sehr wichtig wird sein die Zusammensetzung der freien Kommission¹). Ich schlage vor, den Fraktionsvorstand und von der Generalkommission Robert Schmidt und [Gustav] Bauer hineinzusenden. Scheidemann und Ebert akzeptieren das.

Abends Vortrag über "Der Krieg und die Bevölkerungspolitik" im Architektenhaus, kleiner Saal. Das Polizeipräsidium hatte Schwierigkeiten gemacht bei Frau Stöcker. Es verlangt, daß keine "parteipolitischen" oder "unsittlichen" Ausführungen gemacht werden und daß keine Diskussion stattfindet. Kleine Geister!

Nach dem Vortrag Aussprache mit Lilli Jannasch²), v. Tepper-Laski³) und Lehmann-Rußbüldt⁴). Sie planen eine Korrespondenz, die der internationalen Verhetzung durch Greuelnachrichten usw. entgegentreten und für einen baldigen Frieden, namentlich mit Frankreich, Propaganda machen soll⁵). Ich informiere sie über die von unserer Partei in dieser Richtung geleistete Arbeit, bin aber der Meinung, daß, solange keine militärische Entscheidung im Westen stattgefunden, in Frankreich schwerlich eine starke Strömung auf Separatfrieden mit Deutschland auf kommen kann. Man soll die Wirkung literarischer Waffen nicht überschätzen. — Aussprache über die Strömungen in der deutschen Regierung. V. Tepper-Laski teilt mit, daß von Löbell⁶) auf seiten des Reichskanzlers steht. Ich lege unsere Stellung dar und weise auf den Zusammenhang mit der inneren Frage hin: preußische Wahlreform. V. Tepper-Laski hat nahe Beziehungen zu den Hofkreisen. Ein Finanzmann, der ins Hauptquartier fährt, hat ihn eingeladen, mitzufahren²). Ich ermuntere ihn, das zu tun.

Darnach noch Zusammentreffen bei Josty mit H. Stöcker, Stampfer, Hofrichter<sup>8</sup>) und Teilnehmern des Vortrags.

<sup>1)</sup> Vgl. 5. 11. 1914 (bes. Anm. 5). 2) Generalsekretärin des Bundes Neues Vaterland. Zur Gründung des Bundes, seinen Zielen und seiner Arbeitsweise vgl. Lehmann-Rußbüldt, bes. S. 12 ff. und Grappin S. 1 ff. 3) Kurt von Tepper-Laski, Rittmeister a. D., bekannter Herrenreiter, Vorsitzender des Bundes Neues Vaterland. 4) Otto Lehmann-Rußbüldt, antimilitaristischer Publizist, später Geschäftsführer des Bundes Neues Vaterland. <sup>5</sup>) Die Herausgabe der geplanten Korrespondenz, die Tageszeitungen mit Nachrichten und Artikeln beliefern sollte, scheiterte an der Ablehnung des Oberkommandos in den Marken; 8. Lehmann-Rußbüldt S. 18. Von Januar bis März 1915 verschickte der Bund jedoch hektographierte Mitteilungen, bis ihm nach Erscheinen der sechsten Ausgabe auch dies vom Oberkommando endgültig untersagt wurde; s. a.a.O. S. 25 und Grappin S. 12 (Anm. 1). Wilhelm von Löbell, preußischer Innenminister. 7) Vgl. 22. 11. 1914; über den erwähnten "Finanzmann", Kommerzienrat Jung, ließ sich Näheres nicht feststellen. 8) Gemeint ist wahrscheinlich der aus Österreich stammende sozialdemokratische Journalist Anton Hofrichter,

Nachmittags hat im Reichsamt des Innern die gemeinsame Besprechung der Fraktionsvorsitzenden wegen des Reichstags stattgefunden<sup>9</sup>). — Seesieg an der Küste von Chile<sup>10</sup>)!

Sonnabend, 7. November. Besprechung mit Scheidemann. Er teilt mit, daß [Clemens v.] Delbrück bei der gestrigen Konferenz namens des Reichskanzlers auf die Klage der Polen wegen der Polengesetze, des Zentrums wegen der Jesuiten, und der Sozialdemokraten erklärt habe: Nach dem Kriege wird eine Neuorientierung in der inneren Politik stattfinden<sup>1</sup>). Es ist die diplomatische Zusage einer preußischen Wahlreform! Wenn sie nur gleich in ordentlicher Form eingelöst wird!

Weiter teilt Scheidemann mit, daß die Sitzung der freien Kommission<sup>2</sup>) erst am Tage vor dem Zusammentritt des Plenums stattfinden soll. Bis dahin will die Regierung mit den einzelnen Parteien verhandeln. Von unserer Seite wird ihr ein Programm überreicht werden mit unseren hauptsächlichsten Klagen und Forderungen. — Da die Fraktion noch vorher zusammentritt, wird die Zusammensetzung der Kommission wahrscheinlich von ihr bestimmt<sup>3</sup>). Da wird der Kampf entbrennen.

Geheimrat Caspar<sup>4</sup>) bittet mich telefonisch ins Reichsamt des Innern (1 Uhr). Aussprache mit ihm und einem Spezialrat über die Frage der Wöchnerinnenund Schwangerenfürsorge. Ich mache den Vorschlag, die seitherigen fakultativen Leistungen der Krankenkassen als obligatorische Leistungen wieder in Kraft zu setzen und die daraus entstehenden Kosten aus Reichsmitteln den Kassen zu erstatten. Sie scheinen nicht abgeneigt. — In der Arbeitslosenfrage weise ich auf die schwere politische Bedeutung hin. Das Reich muß dafür Mittel haben. Sein Kredit verträgt es. Die zweite Anleihe wird zum guten Teil aus der ersten bezahlt. Die Arbeitslosigkeit wird keine so große Ausdehnung nehmen, daß die Kosten unerschwinglich sein würden. — Ich lege nahe, über die Wöchnerinnensache eine weitere Aussprache mit [Gustav] Bauer zu veranlassen. —

Nachmittags 5 Uhr Konferenz im Holzarbeiterhaus: [Gustav] Bauer, Robert Schmidt, Körsten, Leipart, Südekum. — Information über die erwähnten Konferenzen mit der Regierung. Eingehende Aussprachen über die sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen. [Gustav] Bauer ist geneigt, unsere Zustimmung zu den Krediten von der Erfüllung unserer Forderungen (Getreide- usw. Preise; Arbeitslosigkeit; Mietsentschädigung) abhängig zu machen. Ich lege dar, daß das unmöglich ist, und warne vor einem Festrennen in den Verhandlungen mit der Regierung. Weise auf die Absichten Haases usw. hin. Bei aller Pression dürfen wir doch keinen Fehler begehen, der mit einem Schlage alles Erreichte vernichtet. Südekum stimmt sofort zu, und ich habe den Eindruck, daß auch die anderen von der Richtigkeit meiner Auffassung überzeugt sind. Aber es werden wieder Tage schwerer Sorge und Arbeit werden. Ich erörtere auch unsere Haltung zur

Mitarbeiter der Neuen Zeit (nicht der Reichstagsabgeordnete Adolf Hofrichter). 9) Vgl. Scheidemann, Memoiren I S. 310 ff. 10) S. Berliner Tageblatt 6. 11. 1914 (Abendausgabe).

<sup>7. 11. 1914: 1)</sup> Vgl. Scheidemann, Memoiren I S. 311 f. 2) Vgl. 5. 11. 1914 (Anm. 5). 3) Vgl. 19. 11. 1914. 4) Franz W. Caspar, Direktor im Reichsamt des Innern. 5) Vgl. August

"Annexionsfrage". — Wir nehmen in Aussicht, die befreundeten Kollegen spätestens für Sonntag, den 29., nach Berlin zu rufen.

Abends 1/9 bis 1 Uhr bei Eduard Bernstein. Eine sehr eingehende offene Aussprache über unsere Differenzen: Schuldfrage (er beurteilt die ganze Frage nach den Dokumenten des englischen Weißbuches). Sein Kampf gegen die Chemnitzer Volksstimme usw. (Ich betone stark die Bedeutung eines starken nationalen Solidaritätsgefühls; Unterschied zwischen national und nationalistisch. Seine unzulängliche Unterscheidung zwischen militärischer und politischer Zensur.) National und international; die internationalen Aufgaben sind nur erfüllbar, wenn die innere Demokratisierung gelingt. Da liegt der Schlüsselpunkt. Ich zwinge ihm die Entscheidung auf, wie er sich zu einer neuen Kriegskreditfrage zu stellen beabsichtigt. Er wird bedenklich und erklärt, er werde nicht Nein sagen, aber vielleicht könne man sich der Stimme enthalten. Ich gewinne die Überzeugung, daß die neue Zwangslage, als Politiker zu den Kriegskrediten verantwortlich Stellung zu nehmen, ihn von den Radikalen absprengen wird. Er erklärt, daß er nach wie vor in seiner Taktik Reformist sei und das auch den Leuten von der Linken gesagt habe. - Ich vertrete folgende Auffassung in der Annexionsfrage: Zunächst ist ihre Erörterung in der Öffentlichkeit bedenklich und unzeitgemäß. Sie hat ein sehr verschiedenes Gesicht nach Osten und Westen; europäische Gebiete und Kolonialgebiete; strategische Korrekturen und Sicherungen. Praktisch wird, falls wir siegen, eine radikal verneinende Haltung nichts erreichen. Bin gegen die Einverleibung Belgiens, weil wir es nicht verdauen können, militärische und wirtschaftliche Konvention ist der einzig mögliche Weg; aber den Kongostaat wird es hergeben müssen: keine nationale Existenzfrage für Belgien; seine wirtschaftlichen Interessen dort bleiben gewahrt, für die Neger ist der Wechsel in der Verwaltung ein Vorteil; unsere Expansionsbedürfnisse durch ein mittelafrikanisches Kolonialreich befriedigt; dann Ruhe und Weltverständigung möglich. - Es ist unklug, die Annexionsfrage zu der Hauptfrage für unsere ganze politische Haltung zu machen. Wir dürfen uns um ihretwillen nicht die ganze innere Fortschrittsmöglichkeit verderben. Wir wären ja auch gezwungen, nach dem Frieden den neuen Zustand anzuerkennen. Beispiel Bebels und Liebknechts, die gegen die Angliederung von Elsaß-Lothringen zwar protestierten, aber dann den neuen Zustand akzeptierten, vgl. Bebels Erklärung: Keinen Fußbreit deutscher Erde wollen wir preisgeben<sup>5</sup>). Also wenn nötig, Wahrung unseres prinzipiellen Standpunktes: keine Einverleibung fremdsprachlicher Gebiete, durch Protest. Aber die Sache nicht zur Kardinalfrage machen. -

Ich muß den halben Weg zu Fuß zurückgehen, da keine Elektrische mehr, und zum Auto fehlt das Geld. Todmüde. Wieder eine sehr schwere Woche hinter mir und an meiner Broschüre<sup>6</sup>) fast nichts gearbeitet!

Bebel im Reichstag am 7. 3. 1904: "Wir leben und kämpfen auf diesem Boden, um dieses unser Vaterland, unser Heimatland, das so gut unser Vaterland, vielleicht noch mehr als Ihr Vaterland ist, so zu gestalten, daß es eine Freude ist, in demselben zu leben, auch für den letzten unter uns. Das ist unser Bestreben, das suchen wir zu erreichen, und deshalb werden wir jeden Versuch, von diesem Vaterlande ein Stück Boden wegzureißen, mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften bis zum letzten Atemzuge zurückweisen."; Sten. Ber. Bd. 198 S. 1588. Vgl. weiter Bebel im Reichstag am 10. 12. 1904: "[...] ich und meine Freunde, wir treten kein Stück deutschen Bodens ans Ausland ab"; Sten. Ber. Bd. 201 S. 3483.

•) Vgl. 31. 10. 1914 (Anm. 5).

Sonntag, 8. November. Ich bleibe den ganzen Tag zu Hause in ungestörter Einsamkeit. Arbeite liegengebliebene Sachen auf. Schreibe Briefe an liebe Menschen. [...]

Montag, 9. November. Vormittags Beratung über die mit der Regierung zu behandelnden wirtschaftspolitischen und sozialen Maßnahmen; Ebert, Scheidemann, Molkenbuhr; Robert Schmidt, Legien, [Gustav] Bauer; Dr. August Müller<sup>1</sup>), Junge<sup>2</sup>). Getreidepreise. Kartoffelpreise. Arbeitslosigkeit. Wöchnerinnenunterstützung. — Die Verhandlungen mit der Regierung finden Dienstag statt.

Mittwoch, 11. November. Reise nach Hamburg. Wohne Berliner Hof. Abends Vortrag über "Krieg und Mutterschaftsfürsorge" im Curio-Haus. Sehr schlechter Besuch. Darnach Zusammensein mit Vorstandsmitgliedern. Sehr angenehme und geistig regsame Leute.

Donnerstag, 12. November: Vormittags Gespräch mit Dr. August Müller und Karl Hildenbrand<sup>1</sup>). Besichtigung des neuen Hauses der Verlagsgesellschaft. Essen in der Kantine. Die letzten Linsen. — Nachmittags mit Hildenbrand und Dr. Köster<sup>2</sup>). In Hamburg ist die Opposition Laufenberg<sup>3</sup>), Dr. Herz<sup>4</sup>) ohne größeren Erfolg geblieben. Die Angriffe aufs Echo<sup>5</sup>) wurden abgeschlagen. K.[öster] will sich in der Hamburger Bewegung betätigen. Er erzählt von seinen Eindrücken auf dem belgischen Kriegsschauplatz.

Freitag, 13. November. Schöpflin berichtet über Stimmung in seinem Wahlkreis<sup>1</sup>); sie ist allgemein zugunsten unserer Auffassung. Eine Versammlung wurde von dem Vorsitzenden, in Unteroffizier-Uniform mit dem Eisernen Kreuz geschmückt, geleitet. Er hatte im Westen gekämpft und berichtet über die freie politische Aussprache der Sachsen in den Schützengräben. [...]

<sup>9. 11. 1914: 1)</sup> Vorstandsmitglied des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine; ab August 1917 Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt, in den letzten Kriegswochen Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt. 2) Max Junge, Agitationsleiter des Fabrikarbeiterverbandes.

<sup>12. 11. 1914:</sup> 1) Sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, bekannter Reformist. 2) Dr. Adolf Köster, Sozialdemokrat, Journalist, Kriegsberichterstatter. 3) Dr. Heinrich Laufenberg, Mitglied des Zentralbildungausschusses der SPD, Verfasser der Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgebung, 2 Bde., Hamburg 1911 und 1931; schloß sich später der USPD, dann dem Spartakusbund an, wurde aus der KPD ausgeschlossen, gehörte April 1920 zu den Gründern der Kommunistischen Arbeiterpartei; vgl. dazu Bernhard Reichenbach, Zur Geschichte der K(ommunistischen) A(rbeiter)-P(artei) D(eutschlands), in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung 13. Jg. S. 115 ff. (bes. S. 126). Zu Laufenbergs Haltung im Kriege vgl. Heinrich Laufenberg, Fritz Wolffheim und Carl Herz, Organisation, Krieg und Kritik. Dokumente zu den Hamburger Parteidebatten, Hamburg o.J. [1915]; Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim, Imperialismus und Demokratie. Ein Wort zum Weltkrieg, Hamburg 1914; dies., Demokratie und Organisation. Grundlinien proletarischer Politik, Hamburg 1915. 4) Dr. Carl Herz, Sozialdemokrat, politisch mit Laufenberg 5) Zur Polemik gegen das SPD-Organ Hamburger Echo vgl. Prager S. 32. eng verbunden.

<sup>13. 11. 1914: 1) 19.</sup> Wahlkreis Sachsen (Stollberg - Lößnitz - Schneeberg).

Sonnabend, 14. November. Besichtigungsfahrt mit den Spitzen der Reichs- und preußischen Behörden (Kühn¹), Lisco²), Löbell, Capelle³), v. Franke⁴), Sydow⁵), Wermuth⁶) u. a. — [Friedrich] Naumann, Schiffer⁻)) nach dem Metallarbeiterhaus, Genossenschaftsgebäude in Lichtenberg, Gewerkschaftshaus und Holzarbeiterhaus. Durch Südekum arrangiert. Die Herren sollen einmal einen Begriff von dem positiven Kulturschaffen der modernen Arbeiterbewegung erhalten.

Nachmittags Konferenz im Holzarbeiterhaus: Robert Schmidt, [Gustav] Bauer, Leipart, Göhre, Cohen[-Reuß], Südekum, Schöpflin. Bericht Cohens aus Baden: durchaus einheitliche Stimmung für uns. Göhre aus seinem Wahlkreis<sup>8</sup>): alles einverstanden mit dem 4. August, aber Anzeichen der Mißstimmung wegen der Chemnitzer Volksstimme.

Schöpflin berichtet, daß die Radikalen die Bauarbeiterzahlstelle in Chemnitz zur Bearbeitung und Auskunftsschaffung benutzen; offenbar haben sie ein Netz über ganz Deutschland. — Weiter teilt er aus ganz vertraulicher Quelle mit, daß die Gruppe Liebknecht beschlossen hat, einen scharfen Vorstoß zur bevorstehenden Reichstagssitzung<sup>9</sup>) zu machen. Man will sich gegen die "freie Kommission"<sup>10</sup>) wenden und eine offizielle Kommissionsberatung verlangen; ferner Debatte im Plenum über Arbeitslosigkeit, Getreidepreise, Gefangenenbehandlung; Ablehnung der neuen Kredite. - Eingehende Debatte über unsere Stellung dazu und die zu ergreifenden Gegenmaßnahmen: Auf die Regierung ist ein starker Druck auszuüben, daß die Konzessionen in der Arbeitslosenfrage, Wöchnerinnenfrage und womöglich auch in der Mietsentschädigungssache einigermaßen gut ausfallen, so daß in der Fraktion eine Mehrheit für Beschränkung auf eine Erklärung erzielt werden kann. Ich vertrete den Standpunkt, daß unter allen Umständen eine Debatte vermieden werden muß wegen der Gefahr vor dem Auslande. Die Nichtbewilligung der Kredite kann in der gegenwärtigen Situation noch weniger in Betracht gezogen werden als am 4. August. Ich halte den Plan der Radikalen, jetzt und in dieser Form einen Vorstoß zu machen, für eine taktisch sehr unkluge Handlung, mit der sie sicher Schiffbruch erleiden. Erforderlich wird sein eine enge Fühlungnahme mit der Mehrheit des Vorstandes. — Es wird weiter vorgesehen, die befreundeten Kollegen aus dem Lande einen Tag vor der Fraktionssitzung zusammenzurufen; bis dahin schon eine Erklärung als festes Programm vorzulegen; Redner für die einzelnen Gegenstände zu bestimmen. Die Zusammensetzung der freien Kommission aus Fraktionsvorstand (6), Generalkommission und zwei der ständigen Mitglieder anzustreben<sup>11</sup>). [...]

<sup>14. 11. 1914:</sup> ¹) Dr. Hermann Kühn, Staatssekretär des Reichsschatzamts. ²) Hermann Lisco, Staatssekretär des Reichsjustizamts. ³) Admiral Eduard von Capelle, Unterstaatssekretär im Reichsmarineamt. ⁴) Möglicherweise der Direktor der Verkehrsabteilung im preußischen Ministerium für öffentliche Arbeiten. ⁵) Reinhold Sydow, preußischer Handelsminister. ⁴) Adolf Wermuth, Oberbürgermeister von Berlin. ˀ) Eugen Schiffer, nationalliberaler Reichstagsabgeordneter. ⁵) 20. Wahlkreis Sachsen (Marienberg). ²) Am 2. 12. 1914. Vgl. 21. 11. 1914, 30. 11. 1914 und 2. 12. 1914 (bes. Anm. 13). ¹⁰) Vgl. 16. 11. 1914. ¹¹¹) Vgl. 19. 11. 1914.

Sonntag, 15. November. Heine hat mir einen Brief geschrieben; ich fürchte, sein Subjektivismus geht in Krankheit über. Meine Antwort<sup>1</sup>):

Lieber Heine! Auch wenn ich die Zeit hätte - was nicht der Fall ist -, die vielen irrigen Auffassungen Deines Briefes richtigzustellen, würde ich es nicht tun, da ich die Überzeugung gewinne, daß Dein Subjektivismus unkorrigierbar ist. Wenn Du sagen kannst, wir ließen die radikale Richtung "ruhig gewähren", ließen es "am Handeln fehlen", so steht das nicht nur mit den Tatsachen in schärfstem Widerspruch, sondern ist auch für die Freunde, die - mehr als Du! - seit Jahren und jetzt mit erhöhtem Eifer planmäßig und mit gutem Erfolg an der Überwindung jener Leute arbeiten, ein so ungerechter Vorwurf, daß ich auf eine Diskussion darüber verzichte. Ich kann nicht ohne Bitterkeit daran denken, daß Kräfte wie Bernstein und Du sich in dieser kritischen Zeit in störrischem Eingängerwesen separieren und, statt mitzuraten und mitzutaten, uns die Organisation der gemeinsamen Kampfarbeit erschweren. Wenn nicht aus einfachen Arbeiterkreisen herausgewachsene Kräfte sich in dieser Zeit als kluge, energische und weitblickende Mitkämpfer zugesellt hätten, ich könnte schier verzweifeln. — Wer auf dem Felde der politischen Arbeit zur Zeit sich mehr um Partei und Vaterland verdient macht, Du oder wir, das mag eine gerechte Geschichtsschreibung entscheiden.

Mit besten Grüßen Dein Eduard David.

NB. Dienstagabend werde ich kaum kommen können. Ich war mit Schöpflin schon das vorige Mal dort. Aber es ist gut, wenn Du hingelist. Sieh nur zu, daß Du auch die Wirkung erzielst, die Du erstrebst.

Montag, 16. November. [...] Spreche mit Scheidemann über Zusammensetzung der freien Kommission: 6 vom Vorstand<sup>1</sup>), 2 von der Generalkommission, 2 von den ständigen Mitgliedern<sup>2</sup>).

Bernstein hat in der Leipziger Volkszeitung weitere Artikel geschrieben, in denen er die Zustimmung zu den weiteren Krediten in Frage stellt.

Dienstag, 17. November. Unterredung mit Richard Fischer im Archiv. Er akzeptiert meine Vorschläge: keine Debatte, Zustimmung zu den Krediten. Er selbst ist bereit, auf den Sitz in der Kommission<sup>1</sup>) zu verzichten. Er ist ein überragender Kopf und von bewundernswürdiger Arbeitskraft. Will den Plan, Breitscheid in die Redaktion des Vorwärts zu bringen, vereiteln, was ihm auch gelingt.

Nachmittags schreibe ich eine Entgegnung gegen Bernstein, die ich zugleich der Leipziger Volkszeitung und der Mainzer Volkszeitung<sup>2</sup>) schicke.

Kann mich nicht entschließen, in die Versammlung Ledebours in der Badstraße zu gehen. Bin zu müde und fühle, daß ich diese Art des Kampfes nicht mehr werde mitmachen können. Schöpflin war dort und erzwang sich die Diskussion, die bis spät in die Nacht dauerte und nach seinem Bericht einen Teil der Versammlung auf seine Seite brachte.

<sup>15. 11. 1914: 1)</sup> Brief im Stenogramm durchgestrichen, am Rande vermerkt: Nicht abgeschickt!

<sup>16.11.1914:</sup> ¹) Der Reichstagsfraktion. ²) Gemeint sind wahrscheinlich Mitglieder des Haushaltsausschusses. — Vgl. dazu 19.11.1914.

<sup>17. 11. 1914: 1)</sup> Gemeint ist die "freie Kommission"; vgl. 16. 11. 1914. 2) Eduard David, "Ist es noch derselbe Krieg?", in: Mainzer Volkszeitung 19. 11. 1914.

Mittwoch, 18. November. Die Fronde gegen den Reichskanzler ist unablässig an der Arbeit. Man will Dallwitz<sup>1</sup>) oder Tirpitz<sup>2</sup>) an Bethmanns Stelle bringen. Wir müssen alles tun, um B. zu halten, der in der äußeren wie in der inneren Politik mehr in unserem Sinne arbeitet.

Nachmittags arbeite ich ein gut Stück an meiner Rechtfertigungsschrift<sup>3</sup>). Wahrscheinlich kann sie aber gar nicht in der beabsichtigten Art erscheinen. Die Aussicht auf einen entscheidenden Sieg Deutschlands ist sehr zweifelhaft. Es ist unmöglich, sich zur Zeit eine klare Vorstellung davon zu machen, wie der Krieg enden wird. Die Lage ist ernst, im Osten wie im Westen. Vielleicht daß die islamitische Bewegung<sup>4</sup>) uns Luft macht und auf Rußland wie auf England einen starken Druck ausübt. Aber wer vermag diesen Faktor heute abzuschätzen.

In Frankreich erklärt Vaillant<sup>5</sup>), daß von einem Frieden mit Deutschland keine Rede sein könne, bevor nicht der deutsche Imperialismus vernichtet sei. Longuet<sup>6</sup>) wendet sich in der Humanité gegen den Plan einer Konferenz der Neutralen in Kopenhagen<sup>7</sup>), die den Frieden fördern will. In England haben unsere Parteigenossen jetzt einstimmig die 10 Milliarden neuer Kriegskredite bewilligt<sup>8</sup>). Der Zar erklärt, von einem Frieden mit Deutschland könne keine Rede sein, bevor er das Deutsche Reich ins Herz getroffen habe. Das ist die Antwort auf die heimlichen Versuche gewisser Kreise, mit Rußland zum Separatfrieden zu kommen.

Donnerstag, 19. November. Sitzung des Fraktionsvorstandes von 10 bis 2 Uhr. Haase macht den Vorschlag, nur 2 bis 3 Milliarden zu bewilligen, um dadurch die Regierung zu zwingen, den Reichstag bald wieder zusammenzurufen. Ledebour unterstützt das. Sie wollen offenbar eine weithin sichtbare Opposition der Sozialdemokratie. — Ich widerspreche. Die Wirkung nach innen wäre für die Stellung unserer Partei verhängnisvoll. Die Wirkung nach außen wäre: Die Engländer, Franzosen, Russen würden durch die Hoffnung auf innere deutsche Spaltung in ihrer Beharrungsenergie gestärkt werden. Nicht dem Frieden, sondern der Fortsetzung des Kampfes bis zum Weißbluten würde damit gedient.

<sup>18. 11. 1914:</sup> 1) Johann von Dallwitz, Statthalter von Elsaß-Lothringen. von Tirpitz, Staatssekretär des Reichsmarineamts. -- Zu den Bestrebungen konservativer Kreise, Bethmann durch Dallwitz oder Tirpitz zu ersetzen, vgl. Westarp II S. 334 f. 3) S. 31. 10. 1914 4) Am 12. 11. 1914 war die türkische Kriegserklärung an die Tripleentente veröffentlicht worden. In den darauffolgenden Aufrufen und Erklärungen proklamierte die Türkei den "Heiligen Krieg" aller Muselmanen für den Islam; s. Schulthess 1914/II S. 881 ff.; Frankfurter Zeitung 13. 11. 1914 (Abendblatt); Berliner Tageblatt 16. 11. 1914. <sup>5</sup>) Edouard Vaillant, französischer Sozialist; s. Auszug aus seinem in der Humanité 15. 11. 1914 erschienenen Artikel bei Bernstein, Die Internationale S. 55 f. 6) Jean Longuet, französischer Sozialist, Enkel von 7) Vgl. Bernstein, Die Internationale a.a.O.: "Eine von den skandinavischen Sozialisten angeregte und von den Sozialisten anderer Länder gebilligte internationale Konferenz, die am 6. und 7. Dezember [1914] in Kopenhagen zusammentreten sollte, ist auf den Wunsch der sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten von Amerika auf Mitte Januar 1915 vertagt worden, damit auch Abgesandte dieser Partei an ihr teilnehmen können. Letzteres ist um so wünschenswerter, als die Sozialisten Frankreichs der Konferenz ein ziemliches Mißtrauen entgegenbringen." - Die Konferenz tagte am 17. und 18. 1. 1915 in Kopenhagen; es nahmen Vertreter der sozialistischen Parteien Schwedens, Norwegens, Dänemarks, Hollands und des jüdischen Bunds teil; s. Braunthal, Internationale II S. 51 f. 8) S. Schulthess 1914/II S. 613.

Ich erkläre den beiden, daß es nicht genügt, mit Worten zu erklären, daß sie den Sieg des eigenen Landes wünschen, sondern daß wir dementsprechend auch unser Verhalten einzurichten haben. Auch weise ich auf die verderbliche Wirkung hin, die eine Opposition unsererseits auf die Stellung Bethmanns üben müsse. Wir haben gar kein Interesse daran, die Treibereien der Scharfmacher und Eroberungspolitiker zu unterstützen. Molkenbuhr, Richard Fischer, Scheidemann und Ebert sprechen sich ebenfalls prinzipiell für die Bewilligung der ganzen Summe aus und teilen auch in der sonstigen Auffassung meinen Standpunkt. Wir beschließen dementsprechend gegen die Stimmen von H[aase] und L[edebour].

Es wird weiter beschlossen, die Fraktion erst für Sonntag, den 29. November, 10 Uhr, einzuberufen. In die freie Kommission entsenden wir: *Haase*, *Ledebour*, *Ebert*, *Scheidemann*, *Molkenbuhr* und mich vom Fraktionsvorstand; außerdem *Hoch* und 3 Mitglieder der Generalkommission. Eine gute Zusammensetzung: drei gegen sieben<sup>1</sup>).

Haase beantragt, der Vorstand soll bei der Regierung die Aufhebung des Belagerungszustandes beantragen. Ich weise auf das Bedenkliche hin:

- 1. ungehemmte Diskussion über die Annexionsfrage; Festlegung der ganzen bürgerlichen Parteien für Annexionen = Erschwerung eines vernünftigen Friedens;
- 2. schon jetzt ungehemmter Kampf in den eigenen Reihen.

Da die anderen aber das Letztere wünschen, wird so beschlossen. Auch gut! — In Stuttgart ist keine Einigung zustande gekommen²). Die Opposition hat eine Broschüre mit vertraulichem Material erscheinen lassen.

Freitag, 20. November. Block von der Leipziger Volkszeitung weigert sich, meinen Artikel gegen Bernstein<sup>1</sup>) zu bringen, weil er eine Entgegnung notwendig mache, die ein Einschreiten der Zensur bewirken werde. Ein höchst seltsames Verfahren. Ich zwinge ihn, wenigstens eine Notiz zu bringen, daß ich eine Entgegnung gegen Bernstein gebracht habe. Die Öffentlichkeit soll wissen, daß Bernstein seine früheren Freunde nicht hinter sich hat. [...]

Sonnabend, 21. November. Ebert kommt ins Archiv und erklärt, daß er entschlossen ist, falls die Opposition offen gegen die Kredite stimmt, den Kampf gegen sie mit voller Wucht zu eröffnen. Er bittet mich, meine Broschüre möglichst rasch fertigzustellen, damit sie gegebenenfalls gleich herausgefeuert werden kann. Er spricht in demselben Sinne mit Schöpflin, der die Nummern der Korrespondenz<sup>1</sup>) mit dem Kriegsmaterial fertigstellen soll.

<sup>19. 11. 1914:</sup> ¹) Gemeint ist, daß drei Angehörigen des linken Flügels (Haase, Ledebour, Hoch) sieben des rechten gegenüberstehen. — Vgl. auch 5. 11. 1914 (Anm. 5), 7. 11. 1914 und 16. 11. 1914. ²) Vgl. 5. 11. 1914 (Anm. 7—9).

<sup>20. 11. 1914: 1)</sup> Vgl. 17. 11. 1914 (bes. Anm. 2).

<sup>21. 11. 1914:

(</sup>Anm. 1 und 2).

2) Gemeint ist die Sozialdemokratische Partei-Correspondenz; s. 14. 1. 1915

2) Zur Auseinandersetzung um das Vorgehen der Fraktion in der Reichstagssitzung vom 2. 12. 1914 vgl. 28., 29., 30. 11., 1. und 2. 12. 1914.

Nachmittags Konferenz im Holzarbeiterhaus: [Gustav] Bauer, Robert Schmidt, Göhre, Leipart, Heine, Südekum, Körsten, Schöpflin, Cohen[-Reuß]. Diskussion über die Fraktionshaltung. Meiner Auffassung, von vornherein eine Debatte im Plenum zu verhindern und uns mit einer Erklärung zu begnügen, wird allerseits widersprochen²). Man ist der Meinung, daß wir in den sozial- und wirtschaftspolitischen Dingen sehr scharf und, wenn keine genügenden Konzessionen von der Regierung gemacht werden, auch im Plenum vorgehen sollen. Alle sind aber auch einig, daß die Zustimmung zu der Kreditvorlage unabhängig davon ohne jede Bedingung erfolgen soll. Unter dieser Voraussetzung halte auch ich eine Debatte über einige sozialpolitische Klagesachen (Arbeitslosigkeit, Mietsunterstützung, Behandlung der Schanzarbeiter) nicht für bedenklich. Man ist einig, daß aber nicht über die Annexionsfrage oder über die Frage des baldigsten Friedens oder die Zensur gesprochen werden soll. — Wir laden die näherstehenden Kollegen auf Sonnabend, 4 Uhr, zu einer Sondersitzung ein.

Ich bin sehr müde und abgespannt, bedürfte dringend einer längeren Ausspannung. Aber es ist unmöglich. Ich muß sehen, von Tag zu Tag weiterzukommen.

Sonntag, 22. November. Frankfurter Zeitung und Berliner Tageblatt haben eine Notiz über meinen Artikel gegen Bernstein<sup>1</sup>). Ich schicke letzteren an Edmund Fischer, der, wie Heine erzählt, sich gänzlich in die Auffassung hineingelesen hat, Deutschland trage die Hauptschuld am Kriege. Seine und Erdmanns Stellung zu der neuen Kreditvorlage scheint ganz zweifelhaft. Ein Jammer, daß so verständige Leute jetzt gänzlich versagen und die Opposition stärken.

O. Lehmann-Rußbüldt überfällt mich früh, um mein Urteil über das Programm des neuen Vereins "Neues Vaterland", Vorsitzender v. Tepper-Laski, einzuholen²). Es ist verschwommen und will zuviel. Sie sollten ihre Aufgabe auf die Förderung der politischen und wirtschaftlichen Annäherung der westeuropäischen Völker konzentrieren. — L. behauptet auch, in den Kreisen der führenden Militärs sei große Neigung vorhanden, mit Frankreich zu einem baldigen milden Sonderfrieden zu gelangen. Auch unter den Truppen sollen dahingehende Gerüchte umlaufen. Die französische Regierung soll sogar der englischen eine befristete Aufforderung haben zugehen lassen, bis zu einem gegebenen Termin ausreichende Truppen herüberzuschicken. (?) Kommerzienrat Jung ist nicht mit dem Reichskanzler zusammengetroffen. Tepper-Laski war nicht mitgefahren³).

Ich lese in der Zeitschrift La Paix par le Droit, 10.—25. Oktober, einen Aufsatz "La France et la Guerre" von d'Estournelles de Constant<sup>4</sup>), der mir nach der persönlichen Unterhaltung auf der Konferenz zu Basel nun eine arge Enttäuschung bereitet. E. sieht die Sache aus einem ganz naiven französischen Gesichtswinkel an. Frankreich hat seit Jahrzehnten alles getan und nichts anderes getan, als friedliche Verständigung herbeizuführen. "Tandis que l'Allemagne inquiètait

<sup>22. 11. 1914:</sup> ¹) S. Noch derselbe Krieg, in: Berliner Tageblatt 22. 11. 1914 (Morgenausgabe); vgl. 20. 11. 1914 (Anm. 1). ²) Vgl. Lehmann-Rußbüldt S. 17 f. und Grappin S. 5 ff. — Vgl. auch 6. 12. 1914 (bes. Anm. 3). ³) Vgl. 6. 11. 1914 (bes. Anm. 7). ⁴) Der französische Senator D'Estournelles de Constant hatte Pfingsten 1914 auf der Baseler Parlamentarierkonferenz eine Rede gehalten; vgl. 7. 9. 1914 (Anm. 8).

le monde, la France, au contraire, le rassurait." Infolgedessen (!) hat auch Frankreich jetzt die ganze alte und neue Welt auf seiner Seite, sogar Japan; während Deutschland alle gegen sich hat. Sogar: "L'armée russe s'est mobilisée pour nous apporter le secours de ses bataillons innombrables" — die russische expansive Politik mit ihren skrupellosen Methoden existiert für E. ebensowenig wie die Unersättlichkeit des englischen Imperialismus. Nur Deutschland ist der auf Krieg und Raub ausgehende Staat: celui de la violence et de la domination. Auf der anderen Seite ist der Bund der Zukunft und des Friedens. Ihm wird darum auch der Sieg zufallen; la civilisation ne peut se défendre qu'en abattant, une fois pour toutes, la violence qui la menace, sinon la guerre serait toujours à recommencer. — Also der Sieg Rußlands ist gleichbedeutend mit dem Sieg des Friedens und der Zivilisation! Ich denke Gelegenheit zu finden, ihm zu antworten. Wieviel ist da noch zu tun, bevor ein wirkliches gegenseitiges Verstehen möglich ist, wenn selbst die feinsten und besten Geister sich so einseitig verrennen.

Montag, 23. November. Nachmittags Zusammentreffen mit dem nationalliberalen Abgeordneten Schiffer, der Heine und mich um eine Unterredung gebeten hat. Macht den Vorschlag eines gemeinsamen Manifestes, mit Unterschriften von liberalen und sozialdemokratischen Politikern und sonstigen
Spitzen (Harnack, Prof. [Hans] Delbrück<sup>1</sup>)): Gleichberechtigung der Sozialdemokratie. Voraussetzung: Rüstungsbewilligung, Monarchie-Anerkennung. —
Ich entwickle die Notwendigkeit der großen Wahlrechtsgabe, ohne die kein
dauerndes Miteinanderarbeiten möglich ist. Sch. will das nicht; meint, das wäre
eine Konsequenz des prinzipiellen Anerkennungsmanifestes. Ich bin der umgekehrten Meinung. Wir bitten ihn, uns den Entwurf zur Kenntnis zu geben. —
Der Vorschlag ist unmöglich, würde das Gegenteil erreichen.

Schwere Erkältung, die mich Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag ins Zimmer zwingt. Dabei ist ein Berg von Arbeit zu bewältigen. Ich arbeite einen Teil der Rechtfertigungsbroschüre<sup>2</sup>) aus.

Sonnabend, 28. November. Vormittags Sitzung des Fraktionsvorstandes. Haase und Ledebour wollen die Bewilligung an Bedingungen knüpfen (keine Annexionen). Ich widerspreche. Die Mehrheit ist mit mir einig, daß wir die Zustimmung bedingungslos votieren müssen.

<sup>23. 11. 1914:</sup>¹) Es handelte sich offenbar um die Vorbereitung zur Gründung der "Freien vaterländischen Vereinigung", die am 28. 2. 1915 — allerdings ohne sozialdemokratische Beteiligung — erfolgte; s. Schulthess 1915/I S. 102. Vgl. den in der Nationalliberalen Correspondenz 11. 3. 1915 abgedruckten Aufruf, in dem es u. a. heißt: "Die Freie Vaterländische Vereinigung will keine neue Partei bilden [...]. Sie will vielmehr ein besonderes Organ der öffentlichen Meinung sein, nach allen Seiten frei und unabhängig [...]. Sie glaubt, Verständnis, Anerkennung und tatkräftige Unterstützung überall erwarten zu dürfen, wo man mit ihr der Meinung ist, daß es die Aufgabe des künftigen Friedens sein muß, das Heil unseres Vaterlands in der von der Liebe zu ihm getragenen und umgrenzten Selbstbetätigung unseres Volkes zu suchen." — Vgl. 28.1.1915.
²) Vgl. 31. 10. 1914 (Anm. 5).

Nachmittags Sonderkonferenz im Alt-Heidelberger, von 26 Genossen besucht<sup>1</sup>). Ich führe den Vorsitz. Wir einigen uns auf folgende Gesichtspunkte: Möglichst schon morgen am Schluß der prinzipiellen Debatte Beschlußfassung, ob wir mit Ja oder Nein stimmen. Wenn möglich keine Erklärung. Jedenfalls nichts über Annexion und Friedenssehnsucht, weil zur Zeit durch die ganze militärische Lage, die nach aller Auffassung sehr ernst ist, verboten. Jetzt keine politische Debatte im Plenum; möglichst auch keine über die sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen. Wenn die Opposition gegen den Beschluß der Fraktion im Plenum spricht, dann Abschüttelung.

Sonntag, 29. November. Sitzung der Fraktion 10-2, 1/4-6 [Uhr¹)]. Die Radikalen sind in drei Gruppen gespalten. Hoch und Genossen, die zustimmen. Haase, Ledebour u. a., die ablehnen, aber nicht öffentlich. Liebknecht, der eine lange, rein doktrinäre Erklärung verliest, die den Krieg als einen von den deutschen Imperialisten inszenierten Eroberungskrieg kennzeichnet und das internationale Proletariat aufruft, ihm ein Ende zu machen<sup>2</sup>). Sie wird mit erstaunter Heiterkeit aufgenommen. Die Debatte hat sehr erregte Momente, verläuft aber sonst einigermaßen sachlich. — Haase verfolgt die Absicht, die Zustimmung an Bedingungen zu knüpfen und eine Erklärung zur Annahme zu bringen, die raschen Frieden fordert, keine Annexionen und Bedauern über den belgischen Neutralitätsbruch<sup>3</sup>). Hoch hat eine lange Erklärung präpariert, die ähnliches enthält, jedoch nicht von Belgien spricht4). Scheidemann übergibt mir eine Erklärung, die Stampfer entworfen hat und die, abgesehen von einzelnen brauchbaren Sätzen, eine unbrauchbare Deklamation ist. - Die Debatte wird ohne prinzipielle Abstimmung beendet, doch ist ersichtlich, daß die Zahl der Ablehner diesmal geringer ist als am 4. August. Der Fraktionsvorstand, ergänzt durch Hoch, Heine und Kautsky, wird mit der Ausarbeitung einer Erklärung betraut.

<sup>28. 11. 1914: 1)</sup> Vgl. den Bericht *Heines an Vollmar* über diese Konferenz in: Quellen 3/II Nr. 355.

<sup>2)</sup> Die von Liebknecht der Fraktion vorge-29. 11. 1914: 1) Vgl. Quellen 3/II Nr. 352. schlagene Erklärung ist abgedruckt bei Liebknecht, Klassenkampf gegen den Krieg, o.O. o. J., S. 38 ff. Vgl. dazu das — in seiner Gedankenführung dieser Erklärung entsprechende — Schreiben Liebknechts an den Reichstagspräsidenten, in dem er seinen Entschluß, nicht für die Bewilligung der Kriegskredite zu stimmen, begründete, abgedruckt in: Dokumente und Materialien II/1 S. 64 f. 3) Nach Dittmann, Erinnerungen (Das Kriegsjahr 1914), schlug Haase folgenden Passus für die Erklärung vor: "Gegenüber den heutigen Erklärungen des Reichskanzlers über den Neutralitätsbruch gegenüber Belgien stelle ich fest, daß meine Partei auch heute noch auf dem Standpunkt steht, den der Reichskanzler selbst am 4. August eingenommen hat als er sagte: ,Das Unrecht, das wir damit tun, werden wir wieder gut zu machen suchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist." 4) Nach Dittmann a.a.O. beantragte Hoch die Aufnahme der folgenden Sätze: "Der bisherige Verlauf des Krieges beweist, daß ein großes einiges Volk nicht mehr unterdrückt werden kann und daß eine segensreiche Entwicklung der Menschheit nur auf dem Boden der Freiheit für alle Völker möglich ist. Wir sprechen deshalb die Erwartung aus, daß ein Angebot neutraler Staaten zur Vermittlung von Friedensverhandlungen, wie es der Schweizer Bundespräsident in Folge der Anregung des dortigen Parlaments in Aussicht gestellt hat, von der Reichsverwaltung wohlwollend entgegengenommen wird. Wir Sozialdemokraten, die wir unerschütterlich

Ich gehe die Entwürfe zu diesem Zweck noch am Abend mit Heine durch<sup>5</sup>). Wir skizzieren eine kurze Erklärung. — Dann noch im Alt-Heidelberger. Sehr, sehr müde.

Montag, 30. November. Hole Heine in seiner Wohnung ab. Er hat eine Erklärung zusammengestellt, die wir der Kommission¹) vorlegen. Lange Debatte in der Kommission²). Keine Einigung hinsichtlich der von Haase erstrebten Verurteilung des belgischen Neutralitätsbruches³) und des von Hoch vorgeschlagenen Ersuchens an die Regierung, eine Friedensvermittlung seitens neutraler Mächte wohlwollend entgegenzunehmen⁴). Ich bekämpfe ersteres als eine Ohrfeige für die eigene Regierung und eine ganz einseitige Parteinahme zugunsten der Belgier. Die Mehrheit ist fest auf meiner Seite. Hinsichtlich der Friedensfrage sind [Richard] Fischer, Ebert und Molkenbuhr geneigt, halb umzufallen. Ich bestehe darauf, verhindere ein Kompromiß und erkläre den Kampf für das Plenum. — Ende ¾2 Uhr.

2 Uhr Fraktionssitzung<sup>5</sup>). Lange erregte Debatte über die beiden Fragen. Hoch, Haase, Ledebour, Bernstein, Kautsky, Hilferding, Liebknecht ziehen alle Register. Von unserer Seite sprechen außer mir Scheidemann, Heine, Richard Fischer, Schöpflin, Noske u. a. Es gelingt, in beiden Punkten die Opposition glänzend zu schlagen. Sie erhalten für beide einige 30 Stimmen<sup>6</sup>). Mir fallen zwei schwere Steine vom Herzen. Die Erklärung wäre gründlich versaut gewesen. Der Friedenspassus wäre als ein höchst bedenkliches Schwäche-Eingeständnis, als Bitte um Frieden und Gnade ausgelegt worden. Der belgische Passus wäre ein skandalöser Stoß in den Rücken des eigenen Volkes gewesen. — Lange Debatte über die Frage, ob der Opposition das offene Gegenstimmen im Plenum gestattet werden solle. Henke—Liebknecht beantragen das. Bin im Zweifel, ob man es ihnen nicht gestatten soll. Der offene Zwiespalt wäre vielleicht das Bessere gewesen. Aber das Zu-Kreuze-Kriechen der Opposition in dieser gewaltigen Frage wird ihnen auch das Genick brechen. — Für die Bewilligung stimmen 82 gegen 17.

Dienstag, 1. Dezember. 10 Uhr Zusammentritt der freien Kommission. — Im Laufe des Vormittags wird bekannt, daß die bürgerlichen Parteien unsere Erklärung nicht schweigend akzeptieren wollen. Die Konservativen und Klerikalen sehen in ihr die willkommene Handhabe, ihr Ziel, die Isolierung der Sozialdemo-

an Neutralitätsverträgen festhalten, fühlen tief mit dem unglücklichen belgischen Volke." — Dazu Quellen 3/II Nr. 353. 5) Vgl. Quellen 3/II Nr. 355.

<sup>30. 11. 1914:</sup> ¹) Es handelt sich um die Kommission zur Ausarbeitung der Fraktionserklärung im Reichstag; s. 29. 11. 1914. ²) Vgl. Quellen 3/II Nr. 355. ³) Vgl. 29. 11. 1914 (Anm. 3). ¹) Vgl. 29. 11. 1914 (Anm. 4). ⁵) Vgl. Quellen 3/II Nr. 353. ⁵) Laut Fraktionsprotokoll, s. Anm. 5, wurden zwei Anträge Hochs gegen 29 bzw. 34 Stimmen, ein Antrag Oskar Cohns gegen 33 Stimmen abgelehnt.

kratie wieder zu bewirken, zu fördern. Sie schieben die Liberalen vor. Payer<sup>1</sup>) verhandelt mit Haase. Vier Punkte des Anstoßes:

- 1. der Satz, in dem wir die Verantwortung für den Krieg ablehnen. Sie sehen darin den Vorwurf gegen Regierung und bürgerliche Parteien, daß sie am Kriege schuld seien. Der Satz stammt von *Hoch*, wurde von mir bekämpft;
- die Wendung gegen die "nationale Vergewaltigung", [die ihre]<sup>2</sup>) Spitze gegen die Annexionsabsichten richtet;
- 3. der Hochsche Satz gegen die "kleinen, aber rührigen Kreise" der Völkerverhetzer;
- 4. der Passus über Zensur und Belagerungszustand, der diesen als gegen das Gesetz verstoßend bezeichnet und von der Unterbindung des Nachrichtendienstes spricht. Von Heine unüberlegterweise in dieser Schärfe geprägt.

Ich selbst spreche mit Payer, der die Notwendigkeit der Wegnahme von Belfort und Teilen von Französisch-Lothringen vertritt, überhaupt sehr eroberungssüchtig ist, darin allein die Garantien zukünftiger Sicherung sieht und den Glauben an eine friedliche Verständigung mit Frankreich gänzlich aufgegeben hat. Ich bitte ihn, bei den Verhandlungen nicht nur auf Haase, sondern mehr auf das zu hören, was Scheidemann sagt. Wahnschaffe und Zimmermann<sup>3</sup>) wirken lange auf Scheidemann und Haase ein. — Ich spreche mit Scheidemann und Molkenbuhr, vertrete den Standpunkt, daß wir nachgeben müssen, um das höhere Ziel der einmütigen Kundgebung nicht zu zerstören. Sie sind meiner Meinung, lassen aber bei der von 6—8 Uhr stattfindenden Aussprache zwischen den Vorsitzenden der Parteien und der Regierung Haase ganz allein das Wort führen. Da letzterer gar keine Aussicht auf Verständigung macht, wird der Wagen gründlich festgefahren. Haase verfolgt dasselbe Ziel wie die Konservativen: Isolierung der Sozialdemokraten, und ist offenbar froh, nun doch noch die Möglichkeit, einen Riß nach außen zwischen uns und der bürgerlichen Welt zu zeigen, erhalten zu haben. - Ich bin wütend, daß man in einer solchen Situation einen Mann die Fraktion vertreten läßt, der den Willen der großen Mehrheit der Fraktion zu durchkreuzen die Absicht hat.

9—10 Uhr Sitzung des Fraktionsvorstandes; [Richard] Fischer fehlt. Haase erklärt: Unter keinen Umständen dürfen wir uns auf eine Änderung einlassen. Das heiße, sich unter das Joch der gegnerischen Parteien begeben; das mache er nicht mit und er werde vor den äußersten Konsequenzen nicht zurückschrecken, selbst wenn die Spaltung der Partei die Folge sein werde. Ledebour schließt sich dieser Erklärung an<sup>4</sup>). Ich protestiere gegen den Druck und die Drohung, die Haase damit versucht, und vertrete die Ansicht, daß die Natur einer Erklärung, die die anderen schweigend hinnehmen sollen, bedinge, daß man diesen das Recht zugestehe, die Abänderung der Stellen, die sie nicht schweigend hinnehmen können, zu erstreben. Das sei am 4. August und auch im preußischen Abgeordnetenhaus geschehen. Scheidemann tritt auf denselben Boden. Ebert weist ebenfalls Haases Drohung zurück und zeigt sich bereit, Abänderungen vorzunehmen, die Haase als Verbesserung in seinem Sinne ansieht.

<sup>1. 12. 1914: 1)</sup> Friedrich von Payer, Reichstagsabgeordneter, Fortschrittliche Volkspartei, 1917/18 Vizekanzler. 2) Im Or.: "seine". 3) Arthur Zimmermann, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, 22. 11. 1916—6. 8. 1917 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes. 4) Vgl.

Der Reichskanzler verhandelt dann 10—11 Uhr mit unseren drei Vorsitzenden. Er bittet sie "kniefällig", doch nachzugeben, um die Einmütigkeit nach außen [hin] zu dokumentieren. — Zu den genannten 4 Steinen des Anstoßes tritt für die Regierung noch als schlimmster Anstoß der geplante Nachsatz betr. die belgische Neutralität. Damit hatte es folgende Bewandtnis:

Während der Verhandlungen in der Fraktion am Montag<sup>5</sup>) kommt Scheidemann plötzlich auf die "geniale" Idee, um eine Mehrheit für die Ablehnung der Sympathiekundgebung für die Belgier sicherzustellen — die meiner Information nach schon absolut sicher war, <sup>2</sup>/<sub>3</sub> gegen <sup>1</sup>/<sub>3</sub> —, einen Antrag einzubringen, der besagte: Für den Fall, daß der Reichskanzler in seiner Rede am Mittwoch seine Erklärung vom 4. August, daß der Bruch der belgischen Neutralität ein Unrecht gewesen sei, korrigiere, solle unser Vertreter bei Verlesung unserer Erklärung noch folgendes sagen:

"Gegenüber den heutigen Erklärungen des Reichskanzlers über den Neutralitätsbruch gegen Belgien stelle ich fest, daß meine Partei an dem Standpunkt festhält, den der Herr Reichskanzler selbst am 4. August eingenommen hat, daß gegenüber Belgien und Luxemburg ein Unrecht geschehen ist, das wieder gutzumachen ist<sup>6</sup>)."

Ich warnte Scheidemann sofort dringend vor der Einbringung eines solchen Antrages, der nichts anderes bedeute, als Haase eine geladene Pistole in die Hand zu geben, für eine Situation, die man gar nicht im voraus beurteilen könne. Es käme doch sehr auf den Inhalt der Kanzlerrede an; niemand könne so rasch die Tragweite etwaiger Bemerkungen über Belgien beurteilen; außerdem sei doch auch zweifellos durch die nachträglich bekanntgewordenen Tatsachen die Neutralität Belgiens in ein sehr zweifelhaftes Licht gerückt worden?). Leider blieben meine Einwendungen vergebens. Scheidemann erklärte, er werde natürlich Wahnschaffe die nötige Information geben, der Kanzler solle überhaupt nicht die belgische Neutralität berühren. Dadurch werde der Zusatz ja praktisch ganz be-

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup>) 30. 11. 1914; vgl. Quellen 3/II Nr. 353. 6) Vgl. Rede Haases in Quellen 3/II Nr. 356. der Reichstagssitzung vom 2. 12. 1914, Sten. Ber. Bd. 306 S. 20: "Meine Herren, im Anschluß an die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers über Belgien stelle ich namens meiner Fraktion fest, daß die nachträglich bekannt gewordenen Tatsachen nach unserer Überzeugung nicht ausreichen, um von dem Standpunkt abzugehen, den der Herr Reichskanzler am 4. August gegenüber Luxemburg und Belgien eingenommen hat." 7) In einer amtlichen Veröffentlichung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung 12. 10, 1914, zitiert u. a. in Frankfurter Zeitung 13. 10. 1914 (2. Morgenblatt), war bekanntgegeben worden, daß die deutsche Heeresverwaltung im Archiv des belgischen Generalstabs in Brüssel Dokumente gefunden habe, aus denen hervorgehe, daß schon 1906 die Entsendung eines englischen Expeditionskorps nach Belgien im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich in Aussicht genommen gewesen sei und daß sich die englisch-belgischen Vereinbarungen einseitig auf Maßnahmen im Falle einer Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland bezogen hätten. Vgl. dazu Henri Pirenne, La Belgique et la guerre mondiale (Histoire économique et sociale de la guerre mondiale, Série Belge), New Haven (USA) o.J. S. 45 und 73 f. Nach Pirenne hatten 1906 zwischen dem belgischen General Ducarne und dem englischen Obersten Bernardiston "Gespräche" stattgefunden, die auch der belgische Historiker als nur einen deutschen Einfall in Belgien ins Auge fassend bezeichnet. Den Vorwurf, daß dadurch Belgien seine Neutralität aufgegeben und mit Deutschlands Feinden konspiriert habe, weist er jedoch mit der Feststellung zurück, daß die enge Verbindung zwischen Belgien und Frankreich schon auf das hohe Mittelalter zurückgehe und der Einfluß Frankreichs auf Belgien mit dem Englands auf die USA vergleichbar sei. Zur Frage der belgischen Neutralität vgl. weiter Johann Victor Bredt, Die belgische Neutralität und der Schlieffensche Feldzugsplan,

deutungslos!!! Auch Ebert schloß sich dem unüberlegten Vorgehen Scheidemanns an aus Furcht, man werde nicht die Majorität gegen den Antrag Hoch-Haase bekommen. So wurde der Antrag angenommen.

Dieser Zusatz war für die Regierung nun der schlimmste Stein des Anstoßes. Der Kanzler erklärte vertraulich, er könne nicht an den nachträglich gefundenen Dokumenten zur belgischen Neutralität schweigend vorübergehen; er müsse sie erwähnen, um die Schuld Englands am Kriege ins rechte Licht zu setzen. Wahnschaffe und Zimmermann bearbeiteten wegen dieser Sache Scheidemann stundenlang. Scheidemann konnte aber gar nicht mehr aus der Situation heraus, da er nicht den Mut fand, die Geschichte in der Fraktion rückgängig zu machen; das Letztere wäre nach meiner Beurteilung sehr wohl durchzusetzen gewesen. (Die Politik ist die Kunst, sich schwierige Situationen zu bereiten — diese neue Definition habe ich anläßlich dieses Falles Scheidemann zur nachdenklichen Betrachtung empfohlen.)

Abends spät Konferenz der Reformisten im Heidelberger. Ich berichte über Haases Drohung betr. Spaltung und spreche meine Meinung dahin aus: Wenn die Radikalen auf dem Standpunkt, unter keinen Umständen eine Änderung, beharren, dann weichen wir keinen Schritt vor dieser Drohung zurück. Wir beantragen die nötigen Änderungen:

- 1. Strich des Satzes mit der Verantwortung<sup>8</sup>);
- 2. Strich der Worte "durch Vergewaltigung anderer Nationen" oder Ersatz derselben durch die Worte "Forderungen zu erheben, die den Keim zu neuen Kriegen schaffen<sup>9</sup>)";
- 3. evtl. auch Strich des Absatzes betr. Kriegs- und Völkerverhetzer<sup>10</sup>);
- 4. Mäßigung der Ausdrücke über den Belagerungszustand<sup>11</sup>);
- 5. Aufhebung des Beschlusses betr. der belgischen Neutralität; sollte das nicht zu erreichen sein, dann Abschwächung in der Form, daß gesagt wird: "daß die nachträglich bekanntgewordenen Tatsachen uns nicht ausreichend erscheinen, um ein Abgehen von dem Standpunkt zu rechtfertigen, den der Herr Reichskanzler am 4. August eingenommen hat<sup>6</sup>)."

Lehnt die Opposition es ab, auf Änderungen einzugehen, dann Abstimmung darüber. Erhalten wir die Mehrheit, dann mag die Opposition die Fahne der Rebellion dagegen erheben. Erhält sie dagegen die Mehrheit, dann können wir nichts tun, als uns zunächst zu fügen, da wir ja der Erklärung, wie sie vorliegt, unsere Zustimmung gegeben hatten. Aber dann werden wir vor der Öffentlich-

Berlin 1929. <sup>8</sup>) Wurde von Haase nicht gebracht. <sup>9</sup>) Vgl. Haases Reichstagsrede, Sten. Ber. Bd. 306 S. 21: "[...] es ist unsere unverbrüchliche Überzeugung, daß eine gedeihliche Fortentwicklung der Völker nur möglich ist, wenn jede Nation verzichtet, Integrität und Unabhängigkeit anderer Nationen anzutasten und damit den Keim zu neuen Kriegen zu legen." <sup>10</sup>) Vgl. Haase a.a.O.: "Die Sozialdemokratie verurteilt es, daß in allen Ländern kleine, aber rührige Kreise unter dem Deckmantel einer besonderen Vaterlandsliebe mit allen Mitteln den Haß gegen andere Völker zu erregen suchen und dabei jede Rücksicht auf Wahrheit und Würde außer acht lassen." <sup>11</sup>) Vgl. Haase a.a.O.: "Die Ausdehnung, in der die Verhängung des Kriegszustands und die Beschränkung der verfassungsmäßigen Rechte, namentlich der Presse, noch jetzt aufrechterhalten werden, ist durch nichts gerechtfertigt und ist geeignet, Zweifel an der Reife und Entschlossenheit des deutschen Volkes zu wecken. Die Handhabung der Zensur führt fortgesetzt zu Mißgriffen und wirtschaftlichen Schädigungen. Wir fordern schleunigst Abhilfe gerade im Interesse geschlossener Verteidigung und des Anschens und der Wohlfahrt des

1914 2.12. Der Riß in der Fraktion

keit die Verantwortung für das Aufklaffen des Risses auf die zu werfen haben, die sie zu tragen haben. (Nachträglich erfuhr ich, daß die Opposition in der Tat in einer Sondersitzung im Fraktionszimmer, die durch Legien gestört wurde, beschlossen hatte: unter keinen Umständen Änderungen; werden solche beschlossen, dann Abgabe einer Gegenerklärung, die die abgeänderten oder gestrichenen Punkte enthält<sup>12</sup>).) In der Diskussion zeigt sich zunächst Schwanken und Verwirrung; einige Köpfe: Sachse, Erdmann, Buck sind gegen Abänderungen und wollen auf keinen Fall starr durchhalten gegenüber dem radikalen Pressionsversuch. Allmählich setzt sich aber doch eine einheitlichere entschlossene Auffassung durch; sie wird namentlich vertreten durch Keil, Feuerstein, Schöpflin, Heine, Südekum. - Ich fahre noch einmal nach dem Reichstag, um an der für 11 Uhr geplanten Sitzung des Fraktionsvorstandes teilzunehmen. Aber alles ist dunkel und verschlossen. Kehre zum Heidelberger zurück und von dort nach 1 Uhr nach Hause. Trotz der ungeheuren Nervenanspannung schlafe ich einige Stunden gut. Entwerfe dann meine Rede für die auf 1/29 Uhr anberaumte Fraktionssitzung<sup>13</sup>). Ich bin entschlossen, rücksichtslos die Politik Haases aufzudecken: er hat die Situation absichtlich so verschärft, weil es sein Ziel ist, einen Zwiespalt in der deutschen Volksvertretung sichtbar vor aller Welt in Erscheinung treten zu lassen. Unsere Erklärung war nicht als Ultimatum für die anderen Parteien gedacht. Zu Abänderungen mußten wir uns loyalerweise bereit erklären, wenn wir ehrlich das Ziel verfolgten, eine Gegenerklärung und damit ein offenes Heraustreten des Zwiespaltes im Interesse des Landes zu vermeiden. Haase hat gegen den Willen der großen Mehrheit der Fraktion gehandelt. Seine Politik ist auf die Niederlage des eigenen Volkes eingestellt. Hätte er sie durchgesetzt, hätten wir seinem Willen gehorchend die Kredite am 4. August abgelehnt, so wäre die Partei jetzt zerschmettert, die militärische Lage Deutschlands wäre noch viel ernster, wir wären mit verantwortlich für die Schrecken und Entschädigungen eines für Deutschland unglücklichen Krieges. Wäre sein Wille durchgegangen, am 2. Dezember gegen die Kredite zu stimmen, so wäre mit einem Schlag die ganze Errungenschaft vom 4. August vernichtet. Seine Drohung mit Spaltung zeigt, wozu er fähig ist. Keinen Schritt zurück vor dieser Drohung und keinen Schritt ab von dem Wege, dessen Ziel einmütiges Zusammenstehen mit unserem Volke bis zum guten Ende ist.

Mittwoch, 2. Dezember. ½9 Uhr Fraktionssitzung¹). Überraschung: Haase hat seinen Standpunkt: keine Änderungen, aufgegeben. Vor Beginn heftige Sonderverhandlung der Radikalen in einer Ecke des Fraktionssaales, die zu dem Ergebnis führt, von dem Vorstoß auf Biegen und Brechen Abstand zu nehmen, da Haase u. andere nicht mehr mitmachen. Haase hat eine Reihe von Änderun-

Deutschen Reichs." <sup>12</sup>) Nach Prager S. 46 kamen auf Initiative *Hochs* 20 bis 30 Fraktionsmitglieder am Abend des 1. 12. 1914 zusammen, um über eine Minderheitserklärung, die in der Reichstagssitzung vom 2. 12. 1914 vorgetragen werden sollte, zu beschließen. Vgl. weiter Scheidemann, Memoiren I S. 323 f. <sup>13</sup>) Vgl. Quellen 3/II Nr. 354.

<sup>2. 12. 1914: 1)</sup> Vgl. Quellen 3/II Nr. 354 (Anm. 1); vgl. weiter Scheidemann, Memoiren I S. 320 ff. und Dittmann, Erinnerungen (Das Kriegsjahr 1914). 2) Zum Folgenden vgl. 1. 12.

gen präpariert und teilt sie uns in fliegender Hast mit. Die Worte über die Verantwortung am Kriege sind durch den Hinweis auf die ökonomischen Ursachen desselben ersetzt. In der Zensursache ist das Anstößige gestrichen. Der Passus betr. die chauvinistischen Hetzer bleibt. Der wichtigste Passus betr. Annexion hat eine Form gefunden, die schlimmer ist als die frühere²) und eine Gegenerklärung aller gegen die Sozialdemokraten, also einen Beschluß des Reichstags, der die Annexionspolitiker in der Regierung stärkt, unbedingt zur Folge haben muß.

Haase hat die Unverfrorenheit, dreiviertel Stunden lang einen ganz einseitigen Bericht über die Verhandlungen am Tage vorher zu geben und dabei Verdächtigungen gegen uns wegen privater Unterredungen mit Liberalen und Regierungsvertretern anzubringen. Ebert, Scheidemann, [Richard] Fischer und Molkenbuhr erklären ihr Einverständnis mit den vorgeschlagenen Änderungen. Ledebour ersucht, da er gar nicht in der Lage gewesen sei, sie eingehender zu prüfen, erst noch einmal eine kurze Beratung des Fraktionsvorstandes zur Durchprüfung vorzunehmen. Ich vertrete den gleichen Standpunkt. Weise darauf hin, daß der Passus über die Integrität und nationale Unabhängigkeit sehr bedenkliche Folgen haben kann, und schlage vor, statt dessen ganz allgemein zu sagen: ohne Verletzung dieses Grundsatzes (nationale Unabhängigkeit): "wenn dieser Grundsatz nicht verletzt und damit der Keim zu neuen Kriegen gelegt werde". Finde aber keine Gegenliebe. Legien beantragt, diesen Passus noch einmal einer Kommissionsberatung zu unterwerfen, das übrige in Bausch und Bogen anzunehmen; zieht aber die Einschränkung dann wieder zurück. So werden die von Haase präparierten Änderungen in Bausch und Bogen, ohne daß auch nur die Möglichkeit gewesen wäre, auf seine dreiviertelstündige Begründung sachlich einzugehen, angenommen. Nur in der belgischen Frage gelingt es mir, meine abgeschwächte Formulierung - freilich wieder verschlechtert durch ein Amendement Scheidemann: statt "erscheinen": "nach unserer Überzeugung sind" mit 53 gegen 52 Stimmen durchzusetzen3). Eine unerhörte Art der Vorsitzführung und eine Vergewaltigung jeder demokratischen Beratungsmethode. Das Verhalten Scheidemanns, [Richard] Fischers, Eberts und Molkenbuhrs dabei ist eben unverantwortlich. Ich kündige ihnen meine Beschwerde dagegen an. Evtl. meinen Austritt aus dem "Ministerium Haase".

Darnach kommt es noch zu heftigsten Auseinandersetzungen über die Frage, wer die Erklärung verlesen soll. Haase erklärt, es diesmal unter keinen Umständen zu tun; das vorigemal habe er sich durch einen einmütigen Beschluß der Fraktion dazu bewegen lassen. Inzwischen habe man ihm Vorwürfe deswegen gemacht. Diesmal lehne er unter allen Umständen ab. Ebert und [Richard] Fischer reden ihm dringend zu. Bei der Abstimmung stimmen Liebknecht und Henke und einige, von der reformistischen Seite Keil, Heine, Hildenbrand und ich, für die Freiheit Haases. Darauf heftige Erklärung Haases, jetzt, da neun Mitglieder anders gestimmt hätten, werde er unter gar keinen Umständen die Erklärung abgeben. Darauf großer Krach. Ich verlasse mit dem Gefühl des Ekels

<sup>1914. 3)</sup> Vgl. 1. 12. 1914 (Anm. 6). 4) Das ist geschehen; s. Sten. Ber. Bd. 306 S. 20. 5) S. Sten. Ber. Bd. 306 S. 13 ff. 6) Dr. Johannes Kaempf, Präsident des Reichstags. 7) A.a.O.

über diese Tragikomödie das Lokal. Haase gab dann doch nach, und Scheidemann ließ die Fraktion sich erheben "zu Ehren Haases"!!!

Indessen haben die Arbeiten der freien Kommission längst begonnen. — Scheidemann wird noch einmal von Wahnschaffe wegen des belgischen Zusatzes massiert. Er schlägt vor, den Satz zu Anfang der eigentlichen Erklärung vorauszuschicken<sup>4</sup>) und ihm dadurch etwas an Gewicht zu nehmen. Außerdem könne ja die Regierung durch die Zensur seine Verbreitung ins Ausland verhindern. (!?)

Plenarsitzung 4 Uhr<sup>5</sup>). Ungeheurer Andrang auf den Tribünen. Habe meinem Bruder Theodor eine Karte verschafft. Der Eindruck der Worte Kaempfs<sup>6</sup>) zu Franks Tode<sup>7</sup>) ist ein tiefer. Die Rede des Kanzlers<sup>8</sup>) ist sehr gut und wirksam. Die Erklärung Haases<sup>9</sup>) stößt auf eisige Stimmung im ganzen Hause; die vereinzelten Beifallsbezeugungen aus den Reihen unserer Radikalen machen einen jämmerlich dünnen Eindruck. Die bürgerliche Gegenerklärung<sup>10</sup>) wird mit mächtigem Beifall aufgenommen. Ein schöner Erfolg unserer radikalen Staatsmänner, den die Bürokraten der mittleren Linie mit verschuldet haben. — Bei der Abstimmung über die Kredite bleibt Karl Liebknecht sitzen. Rufe von den Bänken der Liberalen<sup>11</sup>) konstatieren das. Man lacht mehr, als daß man Entrüstung zeigt.

Sofortiger Zusammentritt des Fraktionsvorstandes wegen Liebknecht. Der Präsident hat Haase mitgeteilt, daß L. auch eine Motivierung zu Protokoll eingereicht hat<sup>12</sup>). Ledebour will von einem Beschluß des Vorstandes Abstand genommen haben, da man den Beschuldigten erst hören müsse. Haase sucht möglichst milde Fassung, nur Konstatierung der Tatsache, höchstens einfaches Bedauern. Wir andern sind zu einer sofortigen klaren Erklärung entschlossen. Ich entwerfe sie. Es wird beschlossen, sie sofort durch das Pressebüro hinauszugeben<sup>13</sup>).

½9 Uhr Sondersitzung im Heidelberger. Anwesend waren: Peus, Hildenbrand, Geck, Binder, Böhle, Wels, David, Südekum, Edmund Fischer, Göhre, Heine, Silberschmidt, Schöpflin, Hasenzahl, Sachse, Bender, Erdmann, Rauch, Thöne, Gradnauer, Quarck, Brey. — Am Mittwochabend waren auch da: Buck, Quessel. Am Sonnabend: Robert Schmidt, [Gustav] Bauer, Körsten, Keil, Feuerstein, Thiele. — Sieher zu uns zu rechnen sind weiter: Ulrich, Frohme, Richard Fischer;

<sup>9)</sup> A.a.O. S. 20 f. 10) Sie wurde vom Zentrumsabgeordneten 8) A.a.O. S. 17 ff. Dr. Peter Spahn "namens sämtlicher übrigen Parteien" abgegeben; a.a.O. S. 21. Abstimmung verzeichnet das Protokoll, a.a.O. S. 22: "Rufe: einstimmig! — Zurufe: gegen eine <sup>12</sup>) S. 29. 11. 1914 (Anm. 2). 13) S. Vorwärts 3. 12. 1914: "Erklärung. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stellt fest, daß der Genosse Karl Liebknecht entgegen dem alten Brauch der Fraktion, der durch einen ausdrücklichen Beschluß für den vorliegenden Fall erneuert wurde, gegen die Kriegskreditvorlage gestimmt hat. Der Vorstand bedauert diesen Bruch der Disziplin, der die Fraktion noch beschäftigen wird, aufs tiefste. Der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag." Dieser Erklärung folgt eine Anmerkung der Redaktion des Vorwärts: "Der Brauch der Fraktion bei den Abstimmungen besteht darin, daß entgegen dem Fraktionsbeschluß nicht gestimmt werden darf; den einzelnen Fraktionsmitgliedern steht frei, den Saal zu verlassen, ohne daß es den Charakter einer Demonstration annehmen darf." - Vgl. den Bericht Eberts über den Fall Liebknecht in: Protokoll SPD-Partei-

zusammen 33. — Blos, Stolten, Dietz treten nicht heraus, sind innerlich auf unserer Seite. Gehen mit Ebert, Scheidemann<sup>14</sup>) in der Mitte = Molkenbuhr, Pfannkuch<sup>15</sup>). — Bernstein hat sich völlig als Eingänger aufgespielt. Lebhaft für die belgische Sympathieerklärung sowie für die Friedensaktionserklärung ins Zeug gelegt. Bei der Abstimmung über die Kredite in der Fraktion ging er hinaus!

Ich teile den Beschluß betr. Liebknecht mit; lege dann die allgemeine Situation dar und unsere Aufgaben im weiteren Verlauf des Krieges. Wir sind über die Grundzüge unserer Politik im wesentlichen einig, was um so erfreulicher ist, als die Radikalen in verschiedene Richtungen zersplittert sind. Es wird über die besten Wege, sich dauernd gegenseitig zu informieren und zu gemeinsamem Vorgehen in der Presse in die Lage zu versetzen, beraten. —

Später noch Zusammentreffen bei Kantorowitz: Heine, Schöpflin, Wels und ich. Höchst angeregte, freundschaftliche Bekundungen, die zum kameradschaftlichen Du führen. — Später erscheinen Dr. Struve<sup>16</sup>) und Dohrn<sup>17</sup>). Lange Sitzung. Ich fahre mit Heine um ½3 Uhr nach Hause.

Donnerstag, 3. Dezember. Ich habe trotz alledem gut geschlafen. Meine Erkältung ist durch das tagelange Verweilen im Tabakrauch und den gänzlichen Mangel an Schonung tiefer gegangen. Druck auf der Brust und heftige Hustenanfälle. Mein Kräftestand ist durch die gestörte Ernährung sehr herunter. Ich sehe entsetzlich mitgenommen aus. Aber nun, nachdem alles noch einigermaßen gut gegangen (die Abstimmung mit der gleichen Mehrheit; keine Debatte im Plenum, das Schlimmste aus der Erklärung heraus!), macht sich eine wohltuende Entspannung fühlbar und ich hoffe, bald wieder in normalen Stand zu kommen. Die Freunde haben mir ein Cola-Präparat geschenkt und mir für die Führung in der schwierigen Situation gedankt. —

Die freie Kommission tagt weiter. Ich bin kurze Zeit dort. Entwerfe und vertrete einen Antrag auf Einsetzung neutraler Kommissionen in allen am Krieg beteiligten Ländern, zur dauernden Kontrolle der Unterbringung, Ernährung, Beschäftigung und der Gesundheitsverhältnisse der Gefangenen<sup>1</sup>).

Große Entrüstung bei den Radikalen, weil B[erliner] T[ageblatt] und Vossische Zeitung den Vorstandsbeschluß gegen Liebknecht bereits in den Frühblättern im Wortlaut bringen<sup>2</sup>). Man vermutet Verrat durch mich und hofft auf einen "Fall David" zur Abschwächung des Falls Liebknecht.

ausschuß 12./13. 1. 1915 S. 20 f.

14) Von "Scheidemann" bis "Pfannkuch" rotes Fragezeichen am Rande des Stenogramms.

15) Alle Genannten sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete.

16) Wahrscheinlich Dr. Wilhelm Struve, Reichstagsabgeordneter, Fortschrittliche Volkspartei.

17) Möglicherweise ein Verwandter des 1913 verstorbenen ehemaligen freisinnigen Reichstagsabgeordneten Dr. Heinrich Dohrn.

<sup>3. 12. 1914:</sup> ¹) S. Vorwärts 4. 12. 1914. ²) Vgl. den ungezeichneten Leitartikel. Die große Sitzung des Reichstages, in: Berliner Tageblatt 3. 12. 1914 (Morgenausgabe), der die im Vorwärts veröffentlichte Erklärung des Fraktionsvorstandes, s. 2. 12. 1914 (Anm. 13), zitiert.

Ich höre von Emmel³), auf dem Schweizerischen Parteitag in Bern sei durch Grimm⁴) und Grumbach⁵) bekanntgeworden, daß Dr. Georg Weill⁶) im Dienste der französischen Regierung als Übersetzer stünde. Das wäre also Fahnenflucht und Landesverrat³). Das hätte ich nicht für möglich gehalten. Wenn es sich bestätigt, wird schärfste Abschüttelung notwendig und wir müßten auch darauf bestehen, daß Weill nicht in die französische Sektion der Internationale aufgenommen wird. Auch Grumbach hat sich auf die Seite Frankreichs geschlagen.

Freitag, 4. Dezember. Liege den halben Tag zu Bett. — Im großen ganzen ist es gut gegangen. Die Debatte wurde verhindert. Die Annahme der Kredite geschah mit derselben Majorität. Liebknecht ändert an dem allgemeinen Eindruck nichts. — Ich spreche mit Scheidemann und Ebert über meine Beschwerde wegen der Vorsitzführung durch Haase. Sie suchen mich zu bestimmen, in der Sache vorläufig nichts zu tun.

Sonnabend, 5. Dezember. Liebknecht hat dem Vorstand seine Protestnote an das Büro des Reichstags zugehen lassen. Es ist derselbe Gedankengang, den er in der Fraktion verlas<sup>1</sup>). — Ich spreche mit Scheidemann, Molkenbuhr und Ebert über das weitere Vorgehen gegen Liebknecht. Sie verweisen auf den Fall Landsberg (der beim Kaiserhoch seinerzeit im Saal blieb<sup>2</sup>)) und lehnen einen Ausschluß Liebknechts ab. Ich erkläre Ebert, daß man beide Fälle gar nicht vergleichen könne. Der Fall Liebknecht ist der denkbar schwerste Bruch der Disziplin in einer politischen Frage ersten Ranges; dazu kommt, daß er nachträglich durch seine Erklärung eine verschärfte Demonstration gegen die Mehrheitserklärung sich geleistet hat. Ebert bleibt dabei, daß man ihn deswegen nicht ausschließen könne.

Katzenstein<sup>3</sup>) hat mich aufgefordert, in einer Versammlung der Funktionäre in Charlottenburg das Korreferat gegen Liebknecht zu übernehmen. Ich habe zugesagt und erkläre Ebert, daß ich da ganz rücksichtslos das Verhalten Liebknechts, als auf die Niederlage Deutschlands gerichtet, charakterisieren werde. Es ist, wenn nicht beabsichtigt, so doch faktisch Verrat des eigenen Landes.

<sup>3)</sup> Joseph Leopold Emmel, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für 2. Wahlkreis Elsaß-Lothringen (Mülhausen), Geschäftsführer der Mülhauser Volkszeitung.
4) Robert Grimm, führender Schweizer Sozialdemokrat, Chefredakteur der Berner Tagwacht.
5) Salomon Grumbach, elsässischer Sozialdemokrat, Journalist, Verfasser der Dokumentensammlung: Das annexionistische Deutschland, Lausanne 1917.
6) Sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für den 14. Wahlkreis Elsaß-Lothringen (Metz); sein Mandat erlosch am 9. 1. 1915.
7) Dazu das Dementi des Vorwärts 21. 12. 1914 zu einer WTB-Meldung, daß Weill am 5. 8. 1914 als Freiwilliger in die französische Armee eingetreten sei, was jedoch von Ebert in der Parteiausschußsitzung vom 12. und 13. 1. 1915, s. Protokoll S. 21, bestätigt wurde, und zwar unter Bezugnahme auf eine Erklärung des Partei- und des Fraktionsvorstandes, "daß Weill sich damit außerhalb der Partei gestellt" habe, wenn er auch formal nur durch einen Parteitag ausgeschlossen werden könne. Vgl. auch 22. 12. 1914.

<sup>5. 12. 1914:</sup> ¹) Vgl. 29. 11. 1914 (Anm. 2) und Dokumente und Materialien II/1 S. 64 f. ²) S. Quellen 3/I Nr. 339 (Anm. 1). ³) Simon Katzenstein, Lehrer an der sozialdemokratischen Parteischule in Berlin, ab 1915 Stadtverordneter in Charlottenburg; vgl. auch S. XIII (Anm. 2) und XIV.

Ebert sucht zu beschwichtigen. Er ist sich absolut nicht klar, daß auf dieser Linie, für oder gegen das eigene Land, der Riß durch die Partei gehen wird. Seine ganze Politik ist auf den äußeren Zusammenhalt der Partei um jeden Preis gerichtet.

Sonntag, 6. Dezember. Nachmittags Sitzung beim "Neuen Vaterland": Lehmann-Rußbüldt, Lilli Jannasch, Justizrat Steinschneider, Kommerzienrat Jung, v. Tepper-Laski, Curt Hahn¹), Reuter²) usw. Ich rate von einer Aktion zugunsten eines baldigen Friedens ab; befürworte aber den Aufruf, der für einen Frieden ohne Eroberungen ist³).

Montag, 7. Dezember. Bin immer noch sehr ruhebedürftig. Arbeite liegengebliebene Briefe und Materialien auf.

Dienstag, 8. Dezember, bis Sonnahend, 12. Dezember. Höre, daß die Charlottenburger Funktionäre bereits im voraus eine Resolution zugunsten von *Liebknecht* angenommen haben. Ein sehr feines Verfahren! Werde trotzdem dort sprechen.

Haenisch berichtet über eine Versammlung in Steglitz, wo Liebknecht sprach. Unglaublich verbohrt und verbissen. Die Mehrheit dort auf seiner Seite. Man brüllte die Gegenredner fast nieder. Mehring¹) sprach mit schamloser Demagogie gegen Haenisch, was letzterem endlich wohl die Augen öffnet über die Qualität seines Freundes Mehring.

Ich arbeite die ganze Woche Material durch für die Rede gegen Liebknecht.

Sonntag, 13. Dezember. Bin den ganzen Tag zu Hause und arbeite für die Liebknecht-Versammlung<sup>1</sup>). Dabei leidend; meine Erkältung will sich nicht lösen, und seit einigen Tagen ist Darmkatarrh hinzugetreten. Ich müßte unbedingt ausspannen. Aber unmöglich!

<sup>6. 12. 1914:

1)</sup> Englischer Lektor in der dem Auswärtigen Amt angegliederten "Zentralstelle für Auslandsdienst", ab 1917 in der Militärischen Stelle des Auswärtigen Amtes tätig; Zu Hahns Bedeutung als Vertrauter des Prinzen Max von Baden und als Förderer von dessen Reichskanzlerschaft vgl. Quellen 2 S. XVII ff.

2) Ernst Reuter, der spätere Oberbürgermeister von Berlin. Zu Reuters Tätigkeit im Bund Neues Vaterland vgl. Willy Brandt und Richard Löwenthal, Ernst Reuter. Ein Leben für die Freiheit. Eine politische Biographie, München 1957, S. 63 ff.

3) Vgl. dazu Lehmann-Rußbüldt S. 18: "Aus dem Protokoll der zweiten Sitzung des Bundes vom 6. Dezember 1914 ist bemerkenswert, daß wir uns von vornherein darüber klar waren, in Zukunft könnten nur durchgreifende Umwälzungen vorbeugend helfen: Europäische Zollunion und in inneren Wahlrechtsfragen volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung. Annexionsbestrebungen waren gänzlich verpönt. Der als Gast eingeladene Reichstagsabgeordnete Dr. David äußerte hierzu, daß er für ein solches jede Annexion ablehnende Programm Zustimmung von Politikern bürgerlicher Kreise für ausgeschlossen halte, "da selbst die äußerste Linke der bürgerlichen Parteien Annexionen will"."

<sup>8.—12. 12. 1914: 1)</sup> Franz Mehring, Historiker der Sozialdemokratie und einer ihrer einflußreichsten Journalisten und Schriftsteller; schloß sich später dem Spartakusbund an.

<sup>13. 12. 1914: 1)</sup> Vgl. 14.—21. 12. 1914.

Montag, 14., Freitag, 18., Montag, 21. Dezember. Versammlung der Charlottenburger Funktionäre, Karl Liebknecht Referent, ich Korreferent über die Frage der Kreditbewilligung. In der Diskussion Rosa Luxemburg, Paul Hirsch, S. Katzenstein u. a. Der Eindruck ist niederschmetternd. Die "Funktionäre" sind in Berlin fast durchweg junge Leute in den 20er Jahren, die die Mühe der Flugblattverteilung noch nicht scheuen. Jugendliche Unerfahrenheit und doktrinäre, durch eine ganz einseitige "Erziehung" seitens der radikalen Größen verbissene Geister.

Ich weise auf die eigentliche Alternative hin: Verhinderung des Krieges durch Generalstreik usw. oder Verhinderung der Niederlage. Die Kreditverweigerung würde die Niederlage gefördert haben. Niemand, der diese nicht wünscht, könnte sie verantworten. Zeige die Folgen der Niederlage: Schrecken und Zerstörungen der Invasion, politische Zertrümmerung, wirtschaftliche Strangulierung, schwere Zurückwerfung und Schädigung der Arbeiterschaft. Weise ferner darauf hin, daß das Vorgehen Liebknechts, die einseitige ungerechte Aufladung der diplomatischen Schuld auf die deutsche Regierung, die Erklärung des Krieges als eines gegen die Arbeiterschaft gerichteten Unternehmens, unseren Soldaten im Felde sagt: ihr kämpft für eine ungerechte Sache und ihr kämpft gegen euer eigenstes Interesse, darum verweigern wir euch Munition, Verpflegung usw. Weise auf das hohe Lob hin, das Liebknecht im feindlichen Ausland erntet. Warum? Weil sein Vorgehen dem Interesse des Auslandes dient. Nicht das erwartete Friedensecho ist dort die Antwort, sondern das Gegenteil, Kampf gegen das innerlich sich spaltende Deutschland bis zur völligen Zerschmetterung. Ich betone die Notwendigkeit und die Pflicht der Sozialdemokraten, sich solidarisch zu fühlen mit der Gesamtheit des deutschen Volkes in diesem Kampf um die Grundlagen unserer nationalen Existenz. Nur im Vertrauen des Volkes können wir eine wachsende Massenpartei sein. Liebknechts Negierung der nationalen Interessensolidarität mache uns zu einer im eigenen Lande ohnmächtigen kosmopolitischen Sekte.

Ich stütze meine Darlegungen durch Zitate aus Marx, Engels, Bebel usw. zum Beweis, daß nicht wir, sondern Liebknecht die traditionelle Auffassung der Partei über unser Verhältnis und unsere Pflichten dem Vaterland gegenüber verletze. Alles vergebens! — Die Funktionäre hatten schon im voraus eine Vertrauensresolution für Liebknecht gefaßt. Sie beharren unerschüttert auf ihrem Standpunkt. Erklären: die Reichseinheit ist ihnen einerlei, ein Vaterland hat der Proletarier nicht, die deutschen Verhältnisse sind schlimmer als die russischen, eine Niederlage ist ihnen gleichgültig oder gar erwünscht, da sie von ihr den Sieg der Demokratie erwarten, vor allem aber wollen sie den Frieden haben um jeden Preis. Es sind im Grunde Anarchosozialisten, die den Generalstreik gegen den Krieg als die richtige Taktik bezeichnen und auf dem rabiatesten Standpunkt der außerparlamentarischen Aktion stehen, jede Errungenschaft auf dem Wege der Reform belächeln und verkleinern, alle Hoffnung auf den großen Tag setzen. Rosa Luxemburg erntet mit ihrer Meisterleistung der feinen und groben Demagogie den stürmischsten Beifall.

Ich verlasse den Schauplatz dieses vergeblichen Kampfes mit der festen Überzeugung: die Partei wird auseinanderreißen. Es ist kein gemeinsamer Boden

mehr da. Bleiben diese Leute in der Partei, so werden sie die ganze Position des 4. August versauen und jeden vernünftigen ferneren Schritt unendlich erschweren oder ganz unmöglich machen. Diese klare Erkenntnis gewonnen zu haben ist der einzige Trost, den ich mit von dannen nehme. Eine bittere, aber doch sehr wertvolle Frucht der physisch und psychisch schier übermenschlichen Anstrengung, die diese drei Abende — der letzte dauerte bis nach 3 Uhr — mir eingebracht haben.

Sonnabend, 19. Dezember. Sonderkonferenz im Holzarbeiterhaus: Heine, Südekum, Cohen[-Reuß], Schöpflin, Leipart. Wir besprechen den Fall Liebknecht und beschließen, in der ausländischen Parteipresse Artikel gegen ihn loszulassen. Ferner ventilieren wir die auf dem Berliner Boden zu unternehmenden Schritte. Es muß versucht werden, die auf unserem Standpunkt stehenden sonstigen rednerischen Kräfte aus Großberlin zusammenzubekommen, um systematisch in den Zahlabenden und Funktionärversammlungen arbeiten zu können.

In den Nachmittagsstunden einiger Tage diktiere ich einige Kapitel meiner Broschüre. [...]

Dienstag, 22. Dezember. Sitzung des Fraktionsvorstandes und Parteivorstandes wegen des Falles Dr. Georg Weill<sup>1</sup>). Haase, Zietz, Wengels, Ledebour sind sehr weitherzig, wollen W. zwar außerhalb der Partei stellen, aber jeden Ausdruck der Verurteilung vermeiden. Ich vertrete den Standpunkt, daß W. eine Schufterei begangen hat, einen ehrlosen Verrat an der Partei und dem deutschen Volk. Nur mit 7 gegen 6 Stimmen wird mein Antrag, wenigstens den Passus der scharfen Verurteilung aus dem Entwurf Scheidemanns in den Entwurf Haases einzusetzen, angenommen.

Ledebour beantragt, auf den 3. Januar eine Fraktionssitzung einzuberufen, die u. a. auch den Fall Südekum behandeln solle. S. sei ohne Wissen des Parteivorstandes im Auftrage der Regierung in Rumänien gewesen. Er müsse deshalb aus der Fraktion und der Partei ausgeschlossen werden. Ebert erklärt, der Fall S. habe den Parteivorstand schon beschäftigt und gehöre allein vor dessen Forum. — Der Antrag Ledebours wird gegen dessen und Haases Stimme abgelehnt<sup>2</sup>).

Donnerstag, 24. Dezember, bis Sonntag, 3. Januar. Weihnachtsabend. Um 6 Uhr kommt mein Kind zur Bescherung. Ich habe keinen Weihnachtsbaum. Freue mich meines Kindes. Welch ein schneidender Gegensatz: Draußen der furchtbare Krieg und daheim das Fest der Liebe. Und die Prediger der Heilsund Friedenslehre, der Lehre von der Gotteskindschaft aller Menschen, können es vereinen. Viele von ihnen haben sich das Recht ausgewirkt, mit den Waffen kämpfen zu dürfen. Der gänzliche Zusammenbruch des Christentums in diesem Krieg verdient eine gründliche Behandlung. Auch äußerlich: die Freude der deutschen Christen über die Bundesgenossenschaft der Türken; die Begrüßung des "heiligen Krieges" gegen die "Christenhunde"! Auf der anderen Seite schlep-

<sup>22. 12. 1914; 1)</sup> S. 3. 12. 1914 (bes. Anm. 6 und 7). 2) Vgl. 10. 10. 1914 (Anm. 5).

pen die bigott-christlichen Engländer Heiden und Buddhisten gegen ihre Christenbrüder ins Feld. Und dabei werden sich die "Christen" dieser Widersprüche gar nicht bewußt. Singen und beten inbrünstig weiter. Das psychologische Rätsel Wilhelm II.: "Die Herzen zu Gott, die Bajonette dem Feind entgegen!" Eine schauerliche Blasphemie!

Freitag, 25. Dezember. Ich bin den ganzen Tag mit Sonja in Neubabelsberg bei Cohens [-Reuß]. Wenig geruhsam und abends seltsam.

Sonntag, 27. Dezember. Mit Sonja bei Südekum. Wir sprechen uns über die innere Parteilage gründlich aus. Stehen immer wieder vor dem noch ungelösten Problem einer Korrespondenz zur Durchdringung der Parteipresse. — Er berichtet mir über seine Unterredung mit dem Reichskanzler. Wahlreform! Schlägt mir vor, eine Denkschrift dazu an den Kanzler einzureichen.

Montag, 28. Dezember. Ich lese von dem Todesurteil gegen den englischen Gefangenen William Lonsdale. Das ist unerhört. Es gibt Leute unter der Militärkaste, denen jedes Gefühl für den Wert des Menschenlebens abhanden gekommen ist. Ich schicke dem Vorwärts durch Rohrpost einen Protest gegen diesen Mißbrauch der Rechtsprechung zu einem Instrument der Rache. Der Gedanke an das Opfer, das in Ketten und in entsetzlichen Seelenqualen sich vor dem Grauenhaften windet, ist mir unerträglich. Mein Appell wird den Verantwortlichen sehr unbequem sein und hoffentlich das Gefühl für die Schwere der Verantwortung, die sie zu tragen haben, bei einigen von ihnen wecken.

Das Echo meines Protestes ist lehrreich. Die Parteipresse nimmt ihn einmütig auf. Die liberale Presse hüllt sich in feiges Schweigen. Nur nicht oben anstoßen. Die Post bringt einen perfiden Anwurf. Sie unterstellt mir, nur für die Feinde Deutschlands, nicht für die eigenen Landsleute zu fühlen. Die Kreuzzeitung widmet mir eine längere Entgegnung, die sich persönlich anständig hält, aber den prinzipiellen Gegensatz feststellt: Milde gegen notwendige Härte. Sie tritt für die "brutalste Kriegführung" als die humanste ein. Stützt sich auf Aussprüche von Hindenburg und Bismarck. Letzterer soll sogar "unbarmherzige" Härte des grausamen Siegers gegen die Zivilbevölkerung in den eroberten Gebieten als die zweckmäßigste Art der Kriegführung empfohlen haben, weil die betroffene Bevölkerung dann die eigene Regierung um so eher zum Frieden treibe¹). — Ich entwerfe eine Antwort, schicke sie aber nicht ab, da durch Verschärfung

<sup>28. 12. 1914:

1)</sup> S. Vorwärts 30. 12. 1914 (Protest Davids gegen das Todesurteil) und Vorwärts 31. 12. 1914 (2. Beilage) (Wiedergabe der Polemik der Kreuzzeitung und der Post gegen David). Zur weiteren Entwicklung des Falles Lonsdale vgl. 22. 4. 1915 (Anm. 2). — Im Nachlaß David befindet sich die maschinenschriftliche Abschrift eines im Londoner Daily Telegraph vom 27. 12. 1930 erschienenen Nachrufs auf David, in dem sein "spirited protest" gegen das Todesurteil gegen Lonsdale hervorgehoben wird. Die englische Zeitung fügt hinzu, daß der frühere Straßenbahnschaffner Lonsdale aus Leeds als Kriegsgefangener, "infuriated by the brutality of the guards, struck a German sergeant a blow with his fist". Dafür sei er zunächst zu zehn Jahren Gefängnis, dann zum Tode verurteilt, schließlich sei das Todesurteil in fünfzehn Jahre Gefängnis

der Diskussion das Schicksal des Verurteilten vor der letzten Instanz gefährdet wird. — Aus dem großen Publikum erhalte ich keinerlei Zeichen der Zustimmung, wohl aber zwei Zuschriften mit gemeinsten Beschimpfungen<sup>2</sup>). Ein niederschmetterndes Ergebnis.

Eine Biologie des Hirnaffen müßte den Tatsachenbestand seiner Gefühle als Triebkräfte von den ordinärsten bis zu den edelsten darlegen und ein Urteil zu gewinnen suchen über den derzeitigen Verteilungsstand. Alle seitherigen Psychologien sind unwahr, Lüge und Phantasie, wie das allermeiste, was über die Ethik des Krieges in Aufsätzen und Feuilletons geschrieben wird.

Mein Protest wird jedenfalls erreichen, daß man in England auf den Fall aufmerksam wird und von dort Schritte tut, den Justizmord zu hindern. Mögen in Kampf und Leidenschaft noch so viele Menschenleben vernichtet werden, unter keinen Umständen dürfen wir mit kalter Erwägung und unter dem Mantel der "Gerechtigkeit" leichtfertig Menschenleben zerstören. Daß es in anderen Ländern auch geschieht, ist schlimm. Aber das entschuldigt uns nicht. Wir haben der Welt auf der Bahn des Guten voranzuschreiten. Das allein entspricht deutschem Wesen und deutscher Ehre.

Mittwoch, 30. Dezember. Einweihung der Volksbühne. Bin mit Sonja dort. Auch eine stolze Schöpfung der Arbeiterbewegung. [...]

abgeändert worden. <sup>2</sup>) Im Nachlaß David befindet sich ein an ihn gerichteter, handgeschriebener, undatierter Brief, unterzeichnet "Ein Badener", in dem es unter Bezugnahme auf Davids Eintreten für Lonsdale heißt: "Sie sind einer von den Deutschen, die das Ansehen Deutschlands im Ausland schädigen, denn derartige Gefühlsduseleien werden von unseren Feinden als Schwäche und als Zeichen eines schlechten Gewissens gedeutet. Ich hoffe, daß bei der nächsten Reichstagswahl Ihre Wähler, statt eines englischfreundlichen Jammermenschen, den man verachten muß, einen deutschgesinnten Mann wählen [...]." Nach Auskunft von Heinrich David ist eine beträchtliche Anzahl ähnlich gehaltener Briefe verloren gegangen.





Neujahr 1915. Was wird dieses Jahr bringen? — Die gewaltigste Neugestaltung der äußeren und inneren Politik. Das bedeutsamste Stück Weltgeschichte seit Generationen. Für mich selbst Kampf, Vollendung oder Vernichtung des Erstrebten. Auch persönlich werde ich den ernsten Versuch machen, in Verhältnisse zu kommen, die meine besten Kräfte freimachen zu stärkstem Wirken. Der Krieg hat mein Leben und Wirken viel bedeutsamer gemacht. Alles ist nun aktuell geworden, drängt nach Erfüllung. — Verhältnis des Einzelwillens zu den von außen gegebenen Verhältnissen und Aufgaben! — Der Krieg rüttelt auch die Stumpfen auf; zwingt sie zum politischen Miterleben, fördert die sozialen Instinkte aus der Tiefe empor, macht die Menschen im Guten wie im Bösen größer.

Sonnabend, 2. Januar. Haase bei mir im Archiv. [...] Er entschuldigt sich, daß er das Referat in Neukölln gegen mich ablehnt; als Vorsitzender der Partei will er nicht in die Polemik eingreifen. Er trägt sich offenbar mit der Hoffnung und stellt seine Politik auf das Zusammenleimen ein. Damit hat er wahrscheinlich auch Scheidemann und Ebert bald in der Tasche. Hoffentlich scheitert dieser Versuch an der unerbittlich auseinandertreibenden Logik der Tatsachen.

Die Generalkommission hat im *Correspondenzblatt* einen ausgezeichneten programmatischen Artikel<sup>1</sup>). Er erkennt den neu gegebenen Boden an und stellt sich auf ihn, mit dem klaren Bekenntnis zur positiven Mitarbeit an den großen neuen Aufgaben.

Sonntag, 3. Januar. Sonja bei mir. Wir sprechen viel über die Faust-Vorstellung, die wir am 1. 1. gemeinsam im Deutschen Theater sahen. Ich lese ihr aus Faust vor; ihr Verständnis wächst. [...]

Montag, 4. Januar. Über die Konferenz der Berliner Vorstände mit den Berliner Landtags- und Reichstagsabgeordneten berichtet  $Pagels^1$ ) erbauliche Dinge. Rosa Luxemburg hat den Antrag gestellt, eine große Aktion einzuleiten mit der Forderung: Die deutsche Regierung soll die Armee aus Frankreich und Belgien zurückziehen und dann eine Friedensverhandlung einleiten. Der Antrag wurde selbst von ihren nächsten Freunden als Blödsinn charakterisiert. Meine Unterhaltungen mit Haenisch über R[osa] L[uxemburg] und  $Parvus^2$ ). Ich vertrete die Auffassung, daß sie, da sie zu klug sind, um die Gefährlichkeit ihrer Anregung nicht einzusehen, möglicherweise im Dienste der Polizei stehen. Er hält

<sup>2. 1. 1915: 1)</sup> Rückblick auf das Jahr 1914, in: Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 2. 1. 1915 (ungezeichneter Leitartikel).

<sup>4. 1. 1915: 1)</sup> Alex Pagels, Kassierer der SPD im Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg. 2) Dr. Alexander Helphand; s. 28. 2. 1915 (Anm. 2). 3) Außer dem Nachruf

das für eine psychologische Unmöglichkeit; bei P. sei es ganz ausgeschlossen, kann aber aus der Alternative polizeiwidrig dumm oder polizeimäßig klug nicht heraus.

Nachmittags ist Joseph Bloch bei mir, um mich für einen Artikel für die Sozialistischen Monatshefte über Marx' Stellung zu England breitzuschlagen. Ich lehne aus Zeitmangel ab³). Er entwickelt seine Auffassung über die Möglichkeit des Friedens. Er ist für einen Separatfrieden mit Rußland auf dem Status quo. Er meint, daß dann Rußland zu innerer Entwicklung auf seinem ungeheuren Gebiet genötigt sei. Scheide Rußland aus, so müsse Frankreich nachfolgen. Er meint, man solle ihm einen Teil Lothringens geben gegen das französische Kongogebiet und ein wirtschaftliches und politisches Bündnis mit Deutschland. Belgien bleibt selbständiger Staat; aber Abgabe des Kongostaates und Militär-Konvention mit Schleifung der Festungen. Dann könne man mit England, dem schlimmsten Gegner, fertig werden.

Hofer war vormittags im Archiv. Wir verabreden, am Freitag nach seinem Gut in Ostpreußen nahe an der derzeitigen Kampfgrenze zu reisen.

Dienstag, 5. Januar. Haenisch gibt mir den in seinem Landtagswahlkreis gegen ihn verbreiteten Artikel, der programmatische Bedeutung für die Auffassung und Absichten der L[uxemburg]-L[iebknecht]-Gruppe hat¹). — Beim Vorstand des Wahlvereins Teltow-Beeskow hat Pieck²) den Antrag gestellt, in eine große Protestaktion gegen den Militarismus einzutreten wegen der Bestätigung des Urteils gegen Rosa Luxemburg durch das Reichsgericht³). Unglaublich, aber wahr!

Mittwoch, 6. Januar. Der Parteivorstand hat sich heute ernsthaft mit dem Antrag auf Demonstration zugunsten der Rosa Luxemburg beschäftigt. Haase soll dafür eingetreten sein! Er drang aber nicht durch. —

Im Labour Leader<sup>1</sup>) sind Einsendungen [von<sup>2</sup>)] Liebknecht, Rosa L[uxemburg], Franz Mehring, die frechweg behaupten, die deutsche Partei wende sich mehr und mehr gegen die Fraktion und der Opposition zu<sup>3</sup>). Ich schreibe den Artikel "Ein internationales Mißverständnis<sup>4</sup>)", worin ich darauf hinweise, daß der Standpunkt L[iebknecht]s von den ausländischen Sozialisten ganz falsch verstanden wird. L. kehrt sich auch gegen diese.

für Ludwig Frank, s. 8. 9. 1914 (Anm. 1), hat David während des Krieges in den Sozialistischen Monatsheften keinen Beitrag veröffentlicht.

<sup>5. 1. 1915: 1)</sup> Vgl. 4. 11. 1914 (Anm. 1). 2) Wilhelm Pieck, damals 2. Geschäftsführer des Zentralbildungsausschusses der SPD. 3) Rosa Luxemburg war im Februar 1914 durch ein Gericht in Frankfurt am Main wegen Verhetzung von Soldaten zum Ungehorsam zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden; am 18. 2. 1915 wurde sie verhaftet, um die Strafe zu verbüßen.

<sup>6. 1. 1915: 1)</sup> Organ der britischen Independent Labour Party; zur Haltung der I. L. P. während des Krieges vgl. Cole IV/1 S. 406 ff. 2) Im Or. irrtümlich "für". 3) Vgl. Labour Leader No. 53 Vol. 11 (31. 12. 1914), wo Neujahrsbotschaften britischer und ausländischer

Donnerstag, 7. Januar. Haenisch berichtet über die gestrige Konferenz der Berliner Vorstände. Ledebour hat sich dort scharf gegen Liebknecht, Luxemburg und Ströbel gewandt; er erklärte, er wünsche durchaus den vollen Sieg der deutschen Waffen; bezeichnete Liebknechts Ausführungen als gedankenlose kindliche Vorstellungen. Sein Auftreten hat großen Eindruck auf die Berliner Radikalen gemacht. Er sieht offenbar ein, daß er mit der Liebknecht-Gruppe in der Fraktion seine Position gänzlich verlieren würde. Auf diesem schwankenden Nachen will er sich nicht einschiffen. Das ist zwar ein schwerer Schlag für die Opposition, aber es ist kein Gewinn für uns. Er wird uns auf Schritt und Tritt Schwierigkeiten machen bei der Durchsetzung einer vernünftigen reformistischen Politik. Mir wäre es lieber, er ginge und flöge mit der Liebknecht-Gruppe.

Ich schicke meinen Artikel<sup>1</sup>) an Bader-Magdeburg<sup>2</sup>). Schreibe an Ulrich und Adelung. [...]

Freitag, 8. Januar. Reise nach Ostpreußen verschoben. Ich muß die Broschüre<sup>1</sup>) schleunigst fertigstellen. — Ich tue einen Schritt, mein persönliches Leben zu gestalten.

Sonnabend, 9. Januar. Unterhaltung mit Scheidemann im Archiv. Er hat im Solinger Blatt<sup>1</sup>) eine sehr gute Weihnachtsepistel geschrieben. Will demnächst in Hamburg programmatisch sprechen. Sucht Material über die Stellung der Partei in früherer Zeit zu Monarchie und Militär. Teilt mit, daß Dittmann-Ledebour die Diskussion nicht auf der Basis für oder gegen Kreditbewilligung führen wollen, sondern gegen die nationalistischen Neigungen. Die Bewilligungsfrage soll als bloße Frage der Zweckmäßigkeit und als Episode behandelt werden, aus der keine Konsequenzen für unsere allgemeine Haltung gezogen werden dürften.

Sozialisten abgedruckt sind. Unter der Überschrift "German Socialists want Peace" sind Beiträge von Liebknecht, Rosa Luxemburg, Klara Zetkin, Franz Mehring und Hermann Müller (für den SPD-Vorstand) veröffentlicht. Diese Einsendungen veranlaßten die Redaktion des I.L.P.-Organs zur Feststellung: "The message which we print in this issue from the executive of the Social Democratic Party proves that even the official section of the Party desires an early peace, and the warm greetings we have received from Dr. Karl Liebknecht and other representatives of the minority within the Party make it clear that there is a far deeper and more widespread peace feeling in Germany than we have been aware of in Great Britain." Vgl. "Hope with the New Year", a.a.O. — Der deutsche Text der Einsendungen Liebknechts, Luxemburgs und Mehrings ist abgedruckt in: Karl Liebknecht, Klassenkampf gegen den Krieg, o.O o.J. S. 44 ff. und in: Dokumente und Materialien II/1 S. 77 ff., dort auch S. 82 ff. Klara Zetkins Einsendung. 4) Eduard David, Ein internationales Mißverständnis, in: Mainzer Volkszeitung 15. 1. 1915 (Beilage).

<sup>7. 1. 1915: 1)</sup> Vgl. 6. 1. 1915 (Anm. 4). 2) Paul Bader, Chefredakteur der Magdeburger Volksstimme.

<sup>8. 1. 1915: 1)</sup> Vgl. 31. 10. 1914 (Anm. 5).

<sup>9. 1. 1915: 1)</sup> Bergische Arbeiterzeitung, deren leitender Redakteur Dittmann war; Solingen

Nachmittags Konferenz im Holzarbeiterhaus: Heine, Südekum, Bauer, Cohen [-Reu $\beta$ ], Schöpflin.

- 1. Wir beschließen, einige Mitglieder des Parteiausschusses für Montagabend<sup>2</sup>) zu Heine einzuladen, um sie zu informieren und Direktiven für die Parteiausschußsitzung am Dienstag<sup>3</sup>) zu geben. Dort soll Aufheben des "Burgfriedens" innerhalb der Partei erstrebt werden.
- 2. Besprechung der Berliner Situation. Wir finden keine befriedigende Lösung für die Frage, wie man den Berliner Funktionären laufend Material zur Ergänzung des *Vorwärts* beibringen kann. Gründung einer populären Wochenschrift zu diesem Zweck? Angebot *Jacobsen*<sup>4</sup>); wegen der Zweifelhaftigkeit der Person unmöglich.
- 3. Kopenhagener Konferenz<sup>5</sup>). Sie wird von Deutschland weder offiziell noch inoffiziell beschickt. Ich will einen Artikel darüber schreiben und an *Borgbjerg* usw. schicken.
- 4. Frage der Korrespondenz. Die Finanzfrage bleibt ungelöst. Cohen macht keine Miene, etwas darin zu tun. Von der Generalkommission ist geplant, eine Korrespondenz für das Ausland zu schaffen; der Plan ist schon einmal erwogen, aber vom Parteivorstand abgelehnt worden.

Die Nachrichten über den Stand der militärischen Operationen sind wenig befriedigend. Der Generalstab bezeichnete sie in der Konferenz der Pressevertreter als sehr ernst. Das gleiche gilt für die wirtschaftliche Lage. Wichtige Rohstoffe drohen auszugehen. Die neuen Brot- und Mehlvorschriften alarmieren auch<sup>6</sup>). Die Türken sollen im Kaukasus eine schwere Niederlage erlitten haben. Das wäre sehr schlimm für den Osten und die ganze Situation, auf einen entscheidenden Sieg scheinen wir nicht mehr rechnen zu können. Aber ich halte auch eine eigentliche Niederlage für undenkbar. Bleibt die Partie remis, dann ist zwar die Situation für die innere Entwicklung an sich nicht schlecht; aber die äußeren Verhältnisse bleiben drückend. Der Friede wird nur ein Waffenstillstand sein. Die Rüstungen setzen sich in noch größerem Maßstabe fort. — Für die Sozialdemokratie wäre dann die Möglichkeit einer großen internationalen Verständigungskampagne gegeben.

Sonntag, 10. Januar. Ruhetag; das heißt, ich arbeite den Wust auf und entwerfe den Artikel über die Kopenhagener Konferenz.

war Scheidemanns Wahlkreis. 2) 11. 1. 1915. 3) Der Parteiausschuß tagte am 12. und 13. 1. 1915. 4) Gemeint ist möglicherweise der Vertreter des Berliner Lokalanzeigers Dr. Jakobsen. 5) Vgl. 18. 11. 1914 (Anm. 7). 6) S. Schulthess 1915/I S. 12, 15 f., 55, 59; am 31. 1. 1915 wurden in Groß-Berlin Brot- und Mehlkarten eingeführt; s. a.a.O. S. 59. Vgl. die Kritik der SPD an diesen Maßnahmen im Bericht Eberts, Protokoll SPD-Parteiausschuß 12./13. 1. 1915 S. 20.

Montag, 11. Januar. Sende Artikel "Zur Kopenhagener Konferenz" an die Chemnitzer Volksstimme<sup>1</sup>). — Abends Besprechung bei Heine über Direktiven für die Parteiausschußsitzung. Anwesend: Adolf Müller<sup>2</sup>), Thöne, Meerfeld<sup>3</sup>) Severing<sup>4</sup>), Leinert<sup>5</sup>), Schöpflin, Böhle. — Alle berichten über einmütige Stimmung in ihren Bezirken zugunsten der Fraktionshaltung. Auf hebung des "Burgfriedens" innerhalb der Partei wird für bedenklich gehalten wegen der bösen Wirkung nach außen. — Müller macht interessante Mitteilungen über eine aus England kommende Amerikanerin mit Anregungen zu einer Friedensaktion der deutschen Sozialdemokratie. Er hat Anzeichen, daß Grey dahintersteht. Wir sind einig, dem entgegenzutreten. — Es soll morgen scharfe Kritik am Vorwärts geübt werden<sup>6</sup>).

Dienstag, 12., und Mittwoch, 13. Januar. Sitzung des Parteiausschusses. Große Debatte. Die überwiegende Mehrheit ist auf unserer Seite. Scharfe Reden gegen Liebknecht<sup>1</sup>), die Brunnenvergiftung in der Internationale<sup>2</sup>), die Haltung des Vorwärts<sup>3</sup>). Gegen Haase sprechen energisch und scharf Ebert, Hermann Müller, Scheidemann<sup>4</sup>).

Mittwoch. Abends Beisammensein im Weihenstephan am Schöneberger Ufer. Auch Lensch und Heinrich Schulz sind da.

Ledebour hat ein Zirkular an einen Teil der Fraktion geschickt, worin er mitteilt, er habe seine Mitgliedschaft im Fraktionsvorstand aufgegeben, weil man die von ihm beantragte Fraktionssitzung Anfang Januar abgelehnt habe. Er

<sup>11. 1. 1915:</sup> 1) Vertrat unter der Redaktion Noskes und Ernst Heilmanns einen betont reformistischen Standpunkt. 2) Chefredakteur der Münchener Post, Abgeordneter des Bay-3) Jean Meerfeld, Redakteur der Rheinischen Zeitung. rischen Landtags. 4) Carl Severing. Redakteur der Bielefelder Volkswacht. 5) Robert Leinert, Sekretär der SPD für die Provinz Hannover, Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses. - Die übrigen Genannten waren 6) Vgl. Protokoll SPD-Parteiausschuß 12./13. 1. 1915, bes. S. 26 Reichstagsabgeordnete. (Thöne: "Der Vorwärts stoße bei 95% der Genossen auf entschiedenen Widerspruch); 30 (Hermann Müller: "Der Vorwärts könnte mehr schreiben, wenn in seinen Artikeln der Wille zum Sieg mehr in Erscheinung treten würde"); 31 (Severing: "Eine Änderung ist dringend erforderlich. Dazu muß der Parteivorstand einschreiten [...]"); S. 35 (Scheidemann: "Jedenfalls verkennt der Vorwärts seine Aufgaben als Zentralorgan vollkommen.") Ferner a.a.O. S. 24 (Sindermann), 25 (Adolf Müller), 28 (Leinert), 34 (Meerfeld), wo sich die gleiche Tendenz zeigt. Neben Hilferding selber, der sich gegen den Vorwurf Leinerts verteidigte, daß er als Ausländer ungeeignet sei, das Zentralorgan zu leiten, traten nur der Frankfurter Parteisekretär Dissmann und der Redakteur der Dresdner Volkszeitung Fleißner vorbehaltlos für den Vorwärts ein; vgl. a.a.O. S. 32 ff. Haase, a.a.O. S. 26 ff., kritisierte die "Aufmachung" des Vorwärts, die ihm "nicht lebhaft genug" sei, bekannte indes, daß er "prinzipiell seine Auffassung teilt". Im übrigen habe der Vorwärts "auch nicht die Pflicht, die Haltung der Fraktion zu decken, denn er ist nicht ihr Organ".

<sup>12.</sup> und 13. 1. 1915:

1) S. Protokoll SPD-Parteiausschuß 12./13. 1. 1915 S. 20 f. (Ebert),
23. f. (Sindermann), 24 (Haberland), 25 (Ulrich), 28 (Schütz und Leinert), 31 (Severing). Vgl.
auch Severing I S. 206 ff.

2) A.a.O. S. 23 (Ebert,) 24 (Adolf Müller), 25 (Ulrich), 27 (Lipinski),
29 f. (Hermann Müller), 31 (Severing), 36 f. (Scheidemann).

3) S. 11. 1. 1915 (Anm. 6).

4) Protokoll a.a.O. S. 36 (Scheidemann), 41 (Ebert); ausdrücklich gegen Haase gerichtete Äuße-

fordert zur Unterschrift eines Gesuches um alsbaldige Einberufung einer solchen auf<sup>5</sup>). — Hoffentlich bleibt es bei seinem Rücktritt<sup>6</sup>).

In der französischen Partei scheint das Vorgehen *Liebknechts* eine ähnliche Bewegung gegen die Haltung der Führer hervorzubringen<sup>7</sup>). Das wird die letzteren wohl kurieren.

Ich schicke den Artikel "Ein internationales Mißverständnis<sup>8</sup>)" (Magdeburger *Volksstimme*) an die Parteiblätter in Stockholm, Kopenhagen, Christiania, Amsterdam, New York, Zürich, Bern und *Avanti*-Mailand.

Donnerstag, 14. Januar. Über den Ausgang der Sitzung des Parteiausschusses berichtet mir Schöpflin noch, daß er autorisiert wurde, in der Parteikorrespondenz¹) nunmehr alles Material aus der Internationale zu veröffentlichen²). Haase ist auch von Molkenbuhr sehr energisch angegriffen worden³). Haase hat erklärt, er werde trotz der Angriffe auf seinem Posten ausharren; er hoffe, noch während des Krieges den Umschlag zu seinen Auffassungen zu erleben⁴). Hilferding begründete die Haltung des Vorwärts mit dem Hinweis, daß man sich den Weg frei halten müsse für die kommende soziale Revolution. Er hält sie für sehr wahrscheinlich, da die Niederlage Deutschlands zu erwarten sei⁵). (!!) — Und solche Narren dirigieren das Zentralorgan der Partei. — Die Konferenz hat großen Eindruck gemacht und war eine gute Rückenstärkung für Scheidemann und Ebert.

In den gestrigen Zahlabenden wurde ein Flugblatt aus der Schmiede Julian Borchardts<sup>6</sup>) verbreitet, das zu einer großen Friedensaktion auffordert. Die Gren-

rungen Müllers finden sich nicht im Protokoll. <sup>5</sup>) S. Quellen 3/II Nr. 356. <sup>6</sup>) In einem an Haase gerichteten Schreiben vom 9. 1. 1915, s. Quellen 3/II Nr. 356, hatte Ledebour erklärt, daß er sein Amt als Mitglied des Fraktionsvorstandes niederlege. <sup>7</sup>) Vgl. Die Opposition in Frankreich (ungezeichnet), in: Vorwärts 22. 1. 1915; dazu die Feststellung Hermann Müllers Protokoll SPD-Parteiausschuß 7./8. 4. 1915 S. 69: "Der Vorwärts übertreibt die Oppositionsäußerungen in der französischen Partei." Vgl. auch Braunthal, Internationale II S. 67: "In der französischen Arbeiterbewegung war in den ersten neun Monaten des Krieges nicht das leiseste Anzeichen eines Protestes gegen die Kriegspolitik der Partei und der Gewerkschaften wahrzunehmen." <sup>8</sup>) Vgl. 6. 1. 1915 (Anm. 4).

<sup>1)</sup> Auf der Parteiausschußsitzung vom 12. und 13. 1. 1915, s. Protokoll S. 29, 14. 1. 1915: hatte Hermann Müller mitgeteilt, daß der Parteivorstand das Wiedererscheinen der seit Kriegsausbruch eingestellten Sozialdemokratischen Partei-Correspondenz beschlossen habe; ihre erste Ausgabe nach Kriegsausbruch wurde auf den 31. 12. 1914 zurückdatiert. Schöpflin blieb weiter Redakteur der Partei-Correspondenz. <sup>2</sup>) S. Partei-Correspondenz 9. Jg. S. 387-424 (31. 12. 3) Laut Protokoll a.a.O. S. 38 ff. verteidigte Molkenbuhr die Haltung der Fraktionsmehrheit, distanzierte sich jedoch ausdrücklich nur in der Stellungnahme zu Frankreich von 4) Vgl. a.a.O. S. 26 Haase: "Wer Recht bekommt in den gegenwärtigen Streitfragen 5) Vgl. a.a.O. S. 32 Hilferding: "Ich sehe die Lage sowohl miliwerde die Zukunft lehren." tärisch als politisch sehr ernst an und auch soweit die nächste Zukunft der Arbeiterbewegung in Frage kommt. Es handelt sich nicht nur um einen Zusammenbruch des Kapitalismus, sondern um die Frage, ob die Arbeiterbewegung den Willen zur Macht hat und die Kraft hat, die Herrschaft in der Gesellschaft zu erobern. [...] Können wir nach dem Kriege die Massen zum Kampfe gegen die Regierung aufrufen, die wir jetzt gedeckt haben? Deshalb wollen wir eine aktivere Politik. Das Feld für diese Politik ist da." 6) Julian Borchardt, linksradikaler Sozialdemokrat,

zen seien gesichert und die Gegner zum Frieden geneigt. Außerdem wurde eine von Ledebour ausgehende Hetze gegen Südekum in die Wege geleitet<sup>7</sup>).

Besuche mit Sonja die Ausstellung für Verwundetenpflege im Reichstagsgebäude. Welch wunderbare Entwicklung der Einsichten, Methoden und Einrichtungen, um zu retten und zurechtzuflicken, was durch die noch wunderbareren Vernichtungsmaschinen zerfetzt wurde. Beides wird mit der gleichen Hingebung und Begeisterung betrieben. Welch seltsame Legierung der Hirnaffe ist! [...]

## Sonnabend, 16. Januar. Brief an $Abla\beta^1$ ):

Sehr geehrter Herr Kollege! Vor kurzem hat sich in Frankfurt a. M. eine Vereinigung für Gefangenenhilfe gebildet. Der Anreger ist Herr Kollege Oeser²), den Vorsitz hat der hessische Finanzminister Excellenz Dr. B.³) übernommen. Von letzterem hörte ich, daß zunächst und in erster Linie an die Fürsorge für die im Ausland internierten Zivilgefangenen gedacht sei. Besondere Schwierigkeiten seien da für Rußland zu überwinden. Ich machte darauf aufmerksam, daß Sie für diese Frage wohl der berufenste Sachkenner sind, und er bat mich, an Sie zu schreiben und um Ihre wertvolle Mitarbeit zu werben. Das geschieht hierdurch!

Die ganze Sache steckt noch in den Anfängen. Doch ist die Hauptfrage schon gelöst, es sind von Frankfurter Herren genügende Geldmittel zur Verfügung gestellt. Dort wird zur Zeit ein Büro eingerichtet, das ein dänischer Jurist leitet. Die Vereinigung hat Fühlung mit den anderen auf diesem Gebiet schon arbeitenden Organisationen (Rotes Kreuz, Vereine in Hamburg und Köln usw.) gesucht und wird demnächst mit festerem Arbeitsprogramm heraustreten.

Ich gebe mich der angenehmen Hoffnung hin, daß Sie Ihre Mitarbeit an dieser guten und großen Sache zusagen werden. In diesem Falle möchte ich Sie bitten, Herrn B[raun] eine entsprechende direkte Mitteilung zu machen. Vielleicht hätten Sie sogar die Güte, ihm zugleich Vorschläge zu machen über die Mittel und Wege, durch die man den in Rußland Internierten Hilfe bringen kann.

Mit vorzüglicher Hochachtung grüßend E. D. [...]

Sonntag, den 17. Januar. Ich schreibe einen Artikel gegen den "Haß" für die Menschheit<sup>1</sup>), Lausanne, als deren leitender Geist sich R. Broda<sup>2</sup>) entpuppt hat.

Journalist und Schriftsteller, Herausgeber und Redakteur der Lichtstrahlen. Monatliches Bildungsorgan für denkende Arbeiter, Berlin.

7) S. Quellen 3/II Nr. 356 und 358a; die Vorwürfe gegen Südekum bezogen sich hauptsächlich auf dessen Reise nach Rumänien, vgl. dazu 22. 12. 1914 (bes. Anm. 2), und sein Auftreten in einem Lager für französische Kriegsgefangene; vgl. auch 30. 1. 1915.

 <sup>16. 1. 1915: 1)</sup> Justizrat Dr. Bruno Ablaβ, Reichstagsabgeordneter, Fortschrittliche Volkspartei.
 2) Rudolf Oeser, Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, Fortschrittliche Volkspartei.
 3) Dr. Ernst Braun.

<sup>17. 1. 1915: 1)</sup> Erscheinen ließ sich nicht nachweisen. 2) Der Sozialwissenschaftler Dr. Richard Broda war Präsident des Bundes für Organisierung des menschlichen Fortschritts.

Montag, 18. Januar. Julian Borchardts Broschüre "Hat die deutsche Sozialdemokratie abgedankt?")" wird verbreitet. Seichte, aber geschickte Demagogie. Ich ermuntere Haenisch zu einer Gegenschrift. — Der Parteivorstand hat auf meine Anregung eine Abwehrerklärung gegen die im Ausland verbreitete Behauptung, in der deutschen Partei wachse die Opposition gegen die Fraktion, ergehen lassen"). — Scheidemann im Archiv. Er hat einen energischen Artikel gegen den Schrei nach Frieden dem Hamburger Echo geschickt. Er scheint sehr entschlossen; teilt aber mit, daß man ihm im Vorstand wegen seines Weihnachtsgrußes im Solinger Blatt Vorwürfe mache³).

Dienstag, 19. Januar. Versammlung in Neukölln (Bartsch Festsäle) überfüllt; ca. 1500 Menschen. Ich spreche fast zwei Stunden. Eine organisierte und fanatisierte Opposition junger Leute, Schüler der Luxemburg, unterbricht fortgesetzt und sucht die Versammlung zu beherrschen. Die Mehrheit ist jedoch offenbar auf unserer Seite. Nach mir spricht Kunert<sup>1</sup>). Auch ein politischer Führer! Bornierter, von persönlicher Eitelkeit erfüllter Eigenbrötler, mit Schullehrerbildung. Unglaublich tiefes geistiges Niveau. Trotzdem von seinen Anhängern wütender Beifall zum Schluß, der aus einer Kette der ältesten Hetzphrasen besteht. Nichts vergessen und nichts gelernt. Versammlung auf Freitag<sup>2</sup>) vertagt.

Mittwoch, 20. Januar. [...] Arbeite in der Nacht an meiner Broschüre<sup>1</sup>).

Donnerstag, 21. Januar. Schöpflin berichtet: die Vorsitzenden sind zum Reichskanzler gebeten. Dort Entrüstung über die Treiberei Liebknechts im Ausland<sup>1</sup>). Notiz im Rotterdamer Courant<sup>2</sup>), wonach er behauptet haben soll, in Deutsch-

<sup>18. 1. 1915: 1)</sup> Genauer Titel: "Vor und nach dem 4. August 1914. Hat die deutsche Sozialdemokratie abgedankt?" Die Broschüre erschien Anfang 1915 in Borchardts Verlag der Lichtstrahlen und erlebte innerhalb weniger Wochen drei Auflagen (7.—10. Tausend). 2) S. Vorwärts 20. 1. 1915. 3) S. 9. 1. 1915.

<sup>19. 1. 1915:</sup> ¹) Fritz Kunert MdR, Redaktionssekretär des Vorwärts, ursprünglich Volksschullehrer; schloß sich später der USPD an. ²) 22. 1. 1915.

<sup>20. 1. 1915: 1)</sup> Vgl. 31. 10. 1914 (Anm. 5).

<sup>21. 1. 1915:

1)</sup> Vgl. die Botschaft Liebknechts vom Dezember 1914 an die Redaktion des Labour Leader, abgedruckt in Dokumente und Materialien II/1 S. 81: "Schon heute ist die Stimmung auch der deutschen Arbeiterschaft viel mehr, als zumeist bekannt, einer solchen Haltung [Ablehnung, die Regierung im Krieg zu unterstützen] geneigt." Dazu auch Molkenbuhrs Tagebucheintragung (Nachlaß Molkenbuhr) vom 20. 1. 1915: "Im Reichskanzleramt ist große Aufregung, weil Liebknecht nach England geschrieben hat, daß sein Anhang viel größer ist, als es scheint." Vgl. 6. 1. 1915.

2) Die Meldung im Rotterdamsche Courant vom 16. 1. 1915, übersandt von dessen Londoner Korrespondenten, lautete: "Liebknecht teilte den Führern der Internationale mit, daß unter den deutschen Sozialisten eine Bewegung gegen den Krieg sich bemerkbar mache und daß die sozialistischen Vereine nahezu ohne Ausnahme seinen Standpunkt teilten und sich gegen den Krieg erklärten." Dazu erklärte der Vorstand der SPD am 22. 1. 1915, er habe festgestellt, daß Liebknecht eine solche Mitteilung nicht habe ergehen lassen; s. Partei-Correspondenz 10. Jg. S. 35 (8. 5. 1915).

land stünde schon die Mehrheit hinter ihm. Die Nachricht vom Eiffelturm weitergegeben. Die Militärbehörde will sich das nicht mehr gefallen lassen, da es die Franzosen zu erneutem Widerstand und Angriff anfeuert.

Freitag, 22. Januar. Zweite Versammlung in Neukölln¹). Liebknecht erhält einstündige Redezeit und bringt zum Schluß eine wüste Resolution ein²). Darnach wird von seinen Anhängern Schluß der Diskussion beantragt; ich setze wenigstens durch, daß Referent und Korreferent ein Schlußwort erhalten. Spreche gegen starken Widerspruch und minutenlange Unterbrechungen. Kunert demaskiert sich im Schlußwort: Unsere Leute werden in den Schützengräben lernen, daß es Hindernisse gibt, die man nicht umgehen kann. Das war die [seitherige³)] falsche Taktik. Wenn sie zurückkommen, werden sie bereit sein, "das Hindernis im Sturm zu nehmen". Der Vorsitzende verhindert die wahrscheinliche Annahme der Resolution Liebknecht durch Antrag, überhaupt keinen Beschluß zu fassen.

Ich habe den tiefen Eindruck, daß schwierige politische Fragen in Volksversammlungen unmöglich behandelt werden können. Alles ist Stimmungssache und -mache. Grobe und feine Demagogie. Ohne das ist nicht durchzudringen. [Gustav] Bauer sagte, ich sei zu ehrlich. Dabei rede auch ich mit taktischer Auswahl und Vorsicht. — Das Niveau der Massen in Berlin ist entsetzlich.

Sonnabend, 23. Januar. Sitzung des Fraktionsvorstandes. Ich erfahre, daß Liebknecht wahrscheinlich doch die bestrittene Mitteilung an die Auslandsführer gegeben hat<sup>1</sup>). Ich erkläre, daß ich sein Verhalten für objektiven Landesverrat halte, wenn er es auch subjektiv nicht beabsichtigt. Haase nimmt ihn in Schutz.

Nachmittags Besprechung im Holzarbeiterhaus: Südekum, Cohen[-Reuß], Schöpflin, [Gustav] Bauer, Silberschmidt, Wels, Leipart. Beschluß über eine Vorbesprechung der näherstehenden Kollegen am Montag, 1. 2. — Legien will den Ausschluß Liebknechts beantragen. — Ich veranlasse, daß der Artikel Scheidemanns "Warum wir durchhalten müssen" im Hamburger Echo als Flugblatt gedruckt und in Berliner Funktionärversammlungen verteilt wird.

Morgens war im Anschluß an die Vorstandssitzung Daszynski<sup>2</sup>) mit Vertretern der polnischen Nation und Legion da und berichtete über die Lage, Hoffnungen und Befürchtungen der Polen<sup>3</sup>). Die russisch-polnische Bevölkerung will keine neue Teilung, die von einigen preußischen Stellen anscheinend beabsichtigt ist, sondern Anschluß an Österreich. Die russophile Strömung unter den Polen sei sehr gering. Mit den preußischen Landräten ist man sehr unzufrieden. Auch sind Grausamkeiten durch Truppen vorgekommen. Im allgemeinen aber seien die

<sup>22. 1. 1915: 1)</sup> Vgl. 19. 1. 1915. 2) Vgl. Dokumente und Materialien II/1 S. 89 ff. 3) Lesart könnte auch "sonstige" oder "seinerzeitige" heißen.

<sup>23. 1. 1915:</sup> ¹) S. 21. 1. 1915. (Anm. 2) ²) Ignaz Daszynski, Gründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Galizien, Mitglied des österreichischen Reichsrats. ³) Zur Politik der polnischen Sozialisten während des Krieges vgl. Conze passim, Cole IV/2 S. 618 f., Braunthal, Internationale II S. 33 f.

Truppen Kulturträger. Man hält die Eroberung der Festungen rechts der Weichsel für erforderlich, um eine sichere Grenze zu haben. Fünf deutsche Armeekorps sollen neuerdings nach Galizien aus dem Westen gebracht [worden] sein, offenbar, um von dort aus die russische Stellung aufzurollen. Haase erklärt, daß wir gegen die Teilung resp. Annexion durch Deutschland sind. [...]

Sonntag, 24. Januar. Mittags bis abends bei Dr. Stöcker und Springer in Nikolassee.

Montag, 25. Januar. Liebknecht soll neue Indiskretionen begangen haben oder? Der Vorstand hatte lange Verhandlungen mit ihm. — Ich arbeite fieberhaft an meiner Broschüre<sup>1</sup>).

Dienstag, 26. Januar. Broschüre<sup>1</sup>). Eine schlimme Hetze.

Mittwoch, 27. Januar. Schöpflin erzählt von seiner Diskussion mit Ledebour im 6. Wahlkreis.

Die Berner Tagwacht bringt Mitteilungen über den Protest Ledebours und die Niederlegung des Vorstandsamtes<sup>1</sup>). Die internsten Dinge werden nun dort berichtet und vor der Welt ausgebreitet.

Hochs Artikel in der Neuen Zeit<sup>2</sup>) über Friedensaktion und Einigkeit. Er und Haase stellen die Segel auf "Zusammenhalten" ein. Ich sehe keine Möglichkeit fernerer gemeinsamer Arbeit. [...]

Donnerstag, 28. Januar. Nachmittags Telefongespräch mit Fischbeck wegen des Schifferschen Planes einer überparteilichen Vereinigung zwecks Versöhnungspolitik<sup>1</sup>). Er liest mir den Aufruf vor; Phrasen; er ist gegen Beteiligung seiner Partei. Ich erkläre ihm, daß auch wir nicht mitmachen werden.

Freitag, 29. Januar. Abends Zusammentreffen mit Hue, Robert Schmidt, Haenisch, Cohen[-Reuß], Heine bei Frederich. Hue macht Mitteilung über das Herüberpaschen von Nachrichten über die Grenzen der neutralen Länder im Auftrag der Liebknecht-Gruppe.

Sonnabend, 30. Januar. Sitzung des Fraktionsvorstandes. Ich bleibe allein mit meiner Auffassung, daß gegen *Liebknecht* schärfer vorgegangen werden muß. Man ist gegen Ausschluß. Zusammenstoß mit *Haase* wegen des "Im-Dienst-der-

<sup>25. 1. 1915: 1)</sup> Vgl. 31. 10. 1914 (Anm. 5).

<sup>26. 1. 1915: 1)</sup> Vgl. 31. 10. 1914 (Anm. 5).

<sup>27. 1. 1915: 1)</sup> Vgl. 12. und 13. 1. 1915 (bes. Anm. 6). 2) Gustav Hoch, Unsere Aufgaben nach dem 2. Dezember, in: Die Neue Zeit 33. Jg/I, S. 513 ff. (29. 1. 1915).

<sup>28. 1. 1915: 1)</sup> S. 23. 11. 1914 (bes. Anm. 1).

Regierung-Stehens". Auch Richard Fischer will vor allem "die Partei zusammenhalten". Er sieht nicht ein, daß das faktisch unmöglich werden wird. — Man ist entrüstet über Südekum, dessen Dienstleistung im Gefangenenlager bei Metz allerdings sehr zweifelhafter Natur gewesen zu sein scheint¹). Heimgang mit Heine, der wieder seinen pessimistischen Anfall hat.

Sonntag, 31. Januar. Arbeite den ganzen Tag an meiner Broschüre<sup>1</sup>). Ich sollte mich wirklich ganz auf die Schaffung der notwendigen Literatur verlegen. Die geistige Rüstung des Radikalismus muß erst gründlich zertrümmert werden; sonst ist eine Befreiung der Partei aus den Banden einer erstarrten, unfruchtbaren, hemmenden Doktrin unmöglich. Es ist unheimlich, welche Macht solche Gedankenschablonen namentlich auf die jungen Intellektuellen haben. Das intellektuelle Lustgefühl, das sie verursachen, ist stärker als nächstliegende reale Interessen.

## Montag, 1. Februar. Abends Vorbesprechung im Alt-Heidelberger.

Dienstag, 2., bis Donnerstag, 4. Februar. Fraktionsverhandlungen<sup>1</sup>). Entsetzliche Anstrengung. Schlimmer noch als die großen Debatten der Kleinkampf um die Geschäftsführung usw. mit Haase, der ein unglaublich geriebener Jurist, Rabulist und Regisseur ist. Unsere Leute zum Teil gute Redner, aber nicht entfernt so gerieben wie die andere Seite (Stadthagen, Emmel, Liebknecht, Ledebour, Hoch, alles mit allen Wassern gewaschene Demagogen und parlamentarische Fechter). Ein geradezu toller Fall: Abstimmung von Hildenbrand, Böhle und Silberschmidt zugunsten des Antrags Stadthagen gegen Südekum. — Auf unserer Seite nur Heine ein guter Strategist; wenn er nur nicht seine nervösen Anfälle hätte. Meine Aufgabe ist furchtbar schwer. Drei Tage keinen Augenblick innere Ruhe; immer auf dem Posten. Es ist Mord für mich. Wäre doch Frank noch da!

- 1. Tag: Fall *Liebknecht*. Man spricht Fraktur mit ihm. Seine Freunde verteidigen ihn kaum. Trotzdem gelingt es nur mit Mühe, die von mir entworfene, von *Frohme* begründete Resolution zur Veröffentlichung zu bringen.
- 2. Tag: Fall Südekum. Der Ankläger Ledebour wird zum Angeklagten. Die allgemeine Resolution betr. "Ersuchen der Regierung um Mitwirkung bei politischen und wirtschaftlichen Aufgaben" wird nun in der Mittagspause auf Betreiben von mir und unter Mitwirkung Haases geändert.

Nachmittags Fall Ledebour. Sein unglaublicher Vorstoß gegen den Fraktionsvorstand. Anklageschrift. Die verleumderische Schmähschrift eines politischen Querulanten. Ebert, Legien, ich und andere sagen ihm Dinge, wie er sie noch nie gehört hat. Ich setze eine Verurteilungsresolution durch, die von Thöne begrün-

<sup>30. 1. 1915: 1)</sup> Vgl. Quellen 3/II Nr. 356; vgl. auch 14. 1. 1915 (bes. Anm. 7) und 2.—4. 2. 1915.

<sup>31. 1. 1915: 1)</sup> Vgl. 31. 10. 1914 (Anm. 5).

<sup>2.—4. 2. 1915: 1)</sup> Vgl. Quellen 3/II Nr. 357; 358; 359; Dokumente und Materialien II/1 S. 96—104 (Bericht Liebknechts). 2) In seiner im Vorwärts vom 4. 2. 1915 veröffentlichten

det wird, und niemand denkt daran, ihm zur Wiedereinnahme seines Sitzes im Fraktionsvorstand zu verhelfen. Eine fürchterliche Blamage und Niederlage, die jeden anderen politisch töten würde.

3. Tag: Ich finde im Fraktionssaal die Gegenerklärung Liebknechts im Vorwärts<sup>2</sup>). Heftige Geschäftsordnungsdebatte. Setze die Annahme meiner Resolution gegen ihn durch. Ebenso die Veröffentlichung der Resolution gegen Ledebour<sup>3</sup>). Friedensaktion: Hochs Anträge: Eintreten in eine aktuelle Aktion. Scharf bekämpft. Von Haase, Kautsky, Hilferding u. a. wirksam vertreten. Aber die Mehrheit bleibt uns. Haase: Preisfechter der Internationale. — Kampf um die Überweisung. Haases Versuch, durch Deklaration betr. der Friedensbedingungen eine Fraktionsanerkennung zu erreichen. Unerhört!

Mitteilung von der geplanten Konferenz mit Parteigenossen der feindlichen Länder<sup>4</sup>). Eine Eselei, so etwas mitzuteilen. Die Sache ist außerdem in höchstem Maße bedenklich, da die französischen, belgischen und englischen Sozialisten mit ihren Regierungen zusammenarbeiten. Ich sage Scheidemann und Ebert meine Meinung darüber. Wir dürfen uns nicht der Gefahr aussetzen, uns zu Werkzeugen der feindlichen Regierungen machen zu lassen. — Es ist unter allen Umständen zu verhindern, daß diese und irgendeine andere Aktion den Charakter eines Inden-Rücken-Fallens der eigenen Regierung erhält. Darauf zielen die Haase und Genossen ab. Sie wollen den Konflikt mit der eigenen Regierung. Kautsky entwickelt die Auffassung, daß die Regierung dem Bankrott entgegengehe, der Krieg für sie schlimm ausgehen werde und dann in der großen Erbitterung gegen die Regierung der Weizen der Revolution reife. Kindisch, wie das meiste, was der gelehrte Mann von sich gibt. Aber er glaubt daran und andere glauben es auch. Sie wollen möglichst rasch wieder in die Opposition zur eigenen Regierung kommen, um dann die Führung in der Revolution zu haben.

Freitag, 5. Februar. Aussprache mit *Ebert* und *Scheidemann* über die geplante internationale Konferenz<sup>1</sup>). Ich weise darauf hin, daß die dort erscheinenden Sozialisten aus Frankreich, Belgien, England im engsten Einverständnis mit ihren Regierungen handeln, daß an Diskretion nicht zu denken und jedes Wort in die Akten der feindlichen Regierungen wandert. Gefahr von schlimmen Mißverständnissen und Unterstellungen infolge mangelhafter Sprachkenntnisse. Lege

<sup>&</sup>quot;Erklärung" begründet Liebknecht seine Weigerung, für die Bewilligung der Kriegskredite zu stimmen, mit seiner Überzeugung, daß diese Bewilligung "nicht nur den Interessen des Proletariats, sondern auch dem Parteiprogramm und den Beschlüssen internationaler Kongresse schroff widerspricht". Ferner bestreitet er "irreführende Mitteilungen über Parteivorgänge" "Die Fraktion erklärt den von Ledebour verbreitet zu haben. 3) S. Vorwärts 5. 2. 1915: gegen die Geschäftsführung des Fraktionsvorstandes erhobenen Vorwurf der Verschleppungsund Vertuschungspolitik als jeder tatsächlichen Grundlage entbehrend und verurteilt sein 4) Der Sekretär der Sozialistischen Internationale Camille Huys-Vorgehen aufs schärfste." mans versuchte vergeblich, eine Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus oder wenigstens eine Besprechung von Sozialisten aus den gegeneinander Krieg führenden Ländern zustande zu bringen. Dazu Victor Adler, Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky, gesammelt und erläutert von Friedrich Adler, Wien 1954, S. 612; ferner Quellen 3/II Nr. 359 a (Anm. 2) und Scheidemann, Memoiren I S. 341.

den Gedanken nahe, auch unserer Regierung Kenntnis von der Sache zu geben. Sonst Gefahr, daß die Sache den Anschein des Konspirierens mit den feindlichen Regierungen hinter dem Rücken der eigenen bekommt. Haase darf unter keinen Umständen als Sprachrohr der Partei gelten und seine, der Mehrheit widersprechende Auffassung dort zur Geltung bringen. Er will uns gegen die eigene Regierung führen. Jedem Versuch, die Hochschen Friedensbedingungen<sup>2</sup>) als Partei- oder Fraktionsmeinung dort zu deklarieren, muß scharf entgegengetreten werden. Ich sage Ebert und Scheidemann scharf meine Meinung über das listige Verfahren Haases in der Fraktion. "Keine Annexion" ist Unsinn nach Osten, wo die Angliederung Polens an Österreich als das kleinste der Übel erscheint. Auch ist die Frage von kolonialen Erwerbungen eine selbständige; koloniale Kompensation von Frankreich und Belgien erscheint mir ein guter Ausweg. "Abrüstung" steht weder in unserem Programm noch kann sie ernsthaft als Friedensbedingung in Frage kommen. Man möge sie als internationales Zukunftsideal vertreten; aber als Gegenwartsforderung, einseitig von uns betrieben, ist sie naiver Utopismus. Ich rate, falls man die Konferenz besuchen will, jedenfalls neben Haase und Ebert noch Hermann Müller mitzunehmen, schon wegen der Sprachkenntnisse. — Ebert teilt mit, daß die Sache von Troelstra ausgehe. — Ich empfehle noch, die Gefangenenfrage in den Vordergrund zu schieben.

Aussprache mit Richard Fischer über dieselbe Sache. Er meint, man solle Haase allein gehen lassen und die Sache damit von sich abschieben.

Abends Korreferat über "Die Ursachen des Krieges" in der Vorständeversammlung³). Hilferdings Referat hält Deutschlands imperialistische Expansionstendenzen für die zum Kriege treibende Kraft. Gibt zu, daß man trotzdem auf seiten Deutschlands stehen könne. Auch erkennt er an, daß die wirtschaftliche Expansion als solche notwendig ist. In der Diskussion sprechen Eduard Bernstein, Simon Katzenstein, Gustav Eckstein⁴). Letzterer versucht einen Dreckwurf gegen mich. — Richard Fischer lobt mich, und ich habe den Eindruck, guten Erfolg erzielt zu haben.

Sonnabend, 6. Februar. Reise nach Offenbach a. M. Übernachte bei Ulrich. [...]

Sonntag, 7. Februar. 6 Uhr Vortrag über Krieg und Bevölkerungsproblem im großen Saal der Börse. Gut besucht und großer Beifall. — Darnach Zusammensein mit den Vorstandsdamen. — Abends nach Mainz. Wohne Mainzer Hof. Gut.

Montag, 8. Februar. Versammlung im Pflug<sup>1</sup>): Kriegsfragen: Weise die Angriffe *Liebknechts* zurück und behandele die Friedensfrage. Alles einverstanden. Annahme der Resolution *Heines*<sup>2</sup>).

<sup>5. 2. 1915: 1)</sup> Vgl. 2.—4. 2. 1915 (bes. Anm. 4). 2) S. 27. 1. 1915 (Anm. 2) und 2.—4. 2. 1915. 3) Der Parteiorganisationen von Groß-Berlin. 4) Aus Österreich stammender sozial-demokratischer Journalist, Redakteur der Neuen Zeit.

<sup>8. 2. 1915: 1)</sup> Vgl. Mainzer Volkszeitung 9. 2. 1915. 2) Laut Bericht der Volkszeitung, s. Anm. 1, faßte die Versammlung nach dem Referat Davids, das "mit lebhaftem Beifall aufge-

Nachmittags und nach der Versammlung Zusammensein mit Fräulein Weil, Metzger, Weisel, Dr. Franks usw. Auch der erste sozialdemokratische Leutnant Sturmfels in Uniform in der Versammlung. Was der Weltkrieg nicht fertiggebracht hat!

Dienstag, 9. Februar. Mittags bei Dr. Frank. [...] Abends bei Dr. Külb. Theyer und Frau, Reinach, Adelung. Alles liebe Leute. Immer wieder kommt mir der Gedanke, mich in Mainz wieder einheimisch zu machen. Aber wo ist die passende Frau?

Mittwoch, 10. Februar. Mittags bei Dr. Frank. — Nachmittags bei Dr. Sprenger. — Abends Aussprache mit den Vertrauensleuten im Pflug. Ich gebe ihnen einen offenen Einblick in die Verhältnisse in Berlin und die Fälle Liebknecht und Ledebour. Sie sind alle einig auf meiner Seite.

Donnerstag, 11. Februar. Rückfahrt nach Berlin zusammen mit Dr. Quarck. Aussprache über Gegenwart und Zukunft. Er steht nun mit beiden Füßen auf dem Boden der reformistischen Taktik und scheint auch das Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Parteien zu betreiben. Ist entschlossen, in Frankfurt den Angriff der Opposition auf die Zeitung rücksichtslos abzuschlagen. — Ich lege ihm nahe, ein Buch über die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen zu schreiben. [...]

Sonnabend, 13. Februar. Haenisch ist wütend über das Vorgehen Liebknechts und seiner Anhänger in der Landtagsfraktion<sup>1</sup>). Hirsch stützt in seiner feigen Rechnungsträgerei die Liebknecht-Gruppe<sup>2</sup>). Hofer ist ganz auf Liebknechts Seite. — Haenisch will öffentlich gegen L. vorgehen, sobald er Skandal macht. L. hatte vorgeschlagen, schon in der Eröffnungssitzung zu obstruieren, und [hatte] eine ganz unglaubliche Erklärung vorgeschlagen.

Aussprache mit Wels über die internationale Konferenz³).

nommen" worden sei und "keinerlei Widerspruch" gefunden habe, einstimmig folgende Resolution: "Die Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Partei billigt die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 4. August und 2. Dezember 1914. Sie erkennt die Verteidigung des Vaterlandes als eine Pflicht der sozialdemokratischen Arbeiter an, die an der Erhaltung des wirtschaftlichen Lebens, der Kultur und des staatlichen Bestandes Deutschlands interessiert sind. Die Versammelten sprechen den im Felde stehenden Kämpfern und allen, die im Inlande der Verteidigung des Vaterlandes ihre Kräfte widmen, ihren Dank aus. Sie erwarten, daß dieser Krieg zu einem ehrenvollen Abschluß führen werde, der dem deutschen Volke die Segnungen des Friedens und der ruhigen Arbeit für die Zukunft sichert." — Es ließ sich nicht feststellen, in welchem Zusammenhang Heine diese Resolution entworfen hatte. Sie entspricht den Gedanken, die er in seiner im Januar 1915 im Verlag Volksblatt für Anhalt (Heinrich Deist) erschienenen Schrift: "Gegen die Quertreiber", ausgeführt hat.

<sup>13. 2. 1915: 1)</sup> Vgl. Prager S. 55 f. und Hirsch S. 67 ff. 2) Dazu Hirsch S. 65: "Die Spaltung von der Fraktion und damit von der Partei abzuwenden, erschien mir so wichtig, daß ich mich zu mancherlei Konzessionen bewegen ließ, die ich heute, bei einer rückblickenden Betrachtung der Dinge, nicht mehr in vollem Umfange gutheißen kann. In den ersten Kriegsjahren aber war ich des festen Glaubens, ich könnte durch eine vermittelnde Haltung das Auseinanderfallen der Fraktion verhindern." 3) Vgl. 2.—4. 2. 1915 (bes. Anm. 4) und 5. 2. 1915.

Sonntag, 14. Februar. Schreibe an Pernerstorfer<sup>1</sup>) wegen der internationalen Konferenz<sup>2</sup>).

Montag, 15., bis Sonnabend, 20. Februar. Aussprache mit Ebert über Taktik in Fraktion und Partei. Sage ihm, daß das Zusammenleimenwollen an der Unvereinbarkeit der Tatsachen scheitern wird. Mit der revolutionären Richtung ist ein Zusammenarbeiten bei den großen neuen Aufgaben nicht möglich. Das zweideutige Arbeiten mit beiden taktischen Prinzipien ist unhaltbar. Klare, gradlinige, reformistische Politik das einzig Gebotene. Durch den Eintritt Hochs in den Fraktionsvorstand<sup>1</sup>) sind die Schwierigkeiten vermehrt. Ich deute ihm an, daß ich evtl. meine Politik ungebrochen außerhalb des Vorstands in der Fraktion vertreten werde. Ebert fürchtet, daß die Gewerkschaften versuchen werden, die Führung der Partei an sich zu reißen. Daher auch seine Furcht vor dem Eintritt Robert Schmidts in den Fraktionsvorstand<sup>2</sup>). Die Angst vor der Generalkommission ist ihm offenbar in die Glieder gefahren. Auch hier verkennt er, daß auf sozialpolitischem Gebiet der Sache nach die Generalkommission die Führung haben muß; daß sie sie darüber hinaus in allgemeinpolitischen Dingen gar nicht haben kann und lediglich gezwungen ist, eine vernünftige reformistische Politik zu stützen. Außerdem würde ein Kampf zwischen Gewerkschaften und Partei letztere am schwersten treffen, sie aushöhlen und zerbrechen.

Victor Adler war da. Die Kautsky, Haase usw. haben ihn stark massiert, haben seine guten Artikel als das Schlimmste bezeichnet, was geschrieben worden ist. Ich konnte ihn leider nicht sprechen. Er und Seitz<sup>3</sup>) wollten zur Friedenskonferenz<sup>4</sup>) fahren.

Die Konferenz im Haag ist laut Telegramm Troelstras verschoben<sup>4</sup>). Das Beste, was geschehen konnte. Nach dem Ausfall der Londoner Konferenz<sup>5</sup>) war sie von vornherein aussichtslos. Auf der Londoner Konferenz verfolgten die Franzosen und Belgier, nach Pariser Journal, das Ziel, die Furcht Deutschlands zur "Zerstückelung" zu beschwichtigen, um eine Friedensbewegung in Deutschland, d. h. in der deutschen Sozialdemokratie zu erzeugen. — Ich vermute sehr stark, daß ihnen dieser Plan von Haase souffliert worden ist. Die angebliche erste Anregung zur Haager Konferenz ist wahrscheinlich auch nur eine diplomatische Aktion Haases, auf die Ebert hereingefallen wäre.

105

<sup>14. 2. 1915: 1)</sup> Engelbert *Pernerstorfer*, führender österreichischer Sozialist. 2) Vgl. 13. 2. 1915 (Anm. 3).

<sup>15.—20. 2. 1915:</sup>¹) In der Fraktionssitzung vom 3. 2. 1915, s. Quellen 3/II Nr. 358a, wurde Hoch anstelle von Ledebour, vgl. 12. und 13. 1. 1915 (Anm. 6), mit 52 gegen 48 Stimmen gewählt.

²) Robert Schmidt, Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften und Leiter ihrer sozialpolitischen Abteilung, war bei der Fraktionsvorstandswahl vom 3. 2. 1915 der Gegenkandidat Hochs gewesen; vgl. Anm. 1.

³) Karl Seitz, führender österreichischer Sozialist.

4) S. 2.—4. 2. 1915 (Anm. 4).

⁵) Am 14. 2. 1915 hatte in London eine Zusammenkunft von etwa vierzig führenden Sozialisten aus Großbritannien, Belgien, Frankreich und Rußland statt-

Spreche mit Scheidemann und Ebert über die unbedingte Notwendigkeit, daß Scheidemann und nicht Haase als erster beim Etat redet<sup>6</sup>). Sie halten das auch für richtig.

Aussprache mit Heine und Hue. Letzterer ist entschlossen, falls Liebknecht oder Ströbel im Plenum des Abgeordnetenhauses Skandal machen oder auf eigene Faust Politik treiben, rücksichtslos vorzugehen<sup>7</sup>).

Heine erzählt mir von seiner Unterredung mit dem Reichskanzler<sup>8</sup>). Dieser will die Zensur nicht aufheben, in erster Linie um die alldeutschen Eroberungswüteriche nicht von der Kette zu binden. Sie machen ihm scharfe Opposition und schwere Sorge. Sind auch nicht schuldlos an der Überstürzung der Ereignisse vor dem 1. August. Er legt Wert auf ein erträgliches Verhältnis zu uns. — Leider hat Heine versäumt, ihm einen klaren Vorschlag zur preußischen Wahlreform zu machen. Der leichtest gangbare Weg ist ein Königswort bei gegebener Gelegenheit und Akzeptierung des elsaß-lothringischen Vorbildes<sup>9</sup>).

Abg. Schiffer hat geschrieben, daß er seinen Plan weiter verfolgt<sup>10</sup>). Wir könnten noch mitmachen, wenn unsere Bedenken geschwunden. Wir lehnen schweigend ab.

Ich arbeite wütend an der Fertigstellung meines Buches<sup>11</sup>). — Wundere mich, daß ich dieses Übermaß von Arbeit aushalte. Morgens von 9 bis 2, dann von 5 bis 10; dazu all die kleinen Verpflichtungen und Störungen.

Die Welt ist voller Widersprüche und wird von ihnen beherrscht. Ich möchte ein Buch über die Kriegspsychologie schreiben: Ideale und Realitäten, Altruismus und Egoismus; Religion der Liebe und entsetzlichste Barbarei (*Hindenburg* ist ein aufrichtiger gläubiger Christ und Beter; er jagt 150 000 Russen in die Sümpfe und richtet, nachdem das Geschrei der unglücklichen Gotteskinder verstummt ist, ein Dankgebet an Gott!). Der Vater unserer Widersprüche ist unser logischer Verstand, die Mutter sind unsere Wünsche und Interessen. Worte im Gegensatz zu Wünschen.

gefunden; s. Gankin/Fisher S. 273-284. 6) Haase sprach am 10. 3. 1915 bei der ersten Beratung des Haushaltsetats im Reichstag; s. Sten. Ber. Bd. 306, S. 45 ff.; Scheidemann am 18. 3. 1915 bei der zweiten; s. a.a.O. S. 58 ff. Die Diskussion über die Frage, ob die SPD im Plenum reden und wer die Rede halten soll, wird ausführlich geschildert bei Dittmann, Erinnerungen (Das Kriegsjahr 1915). Vgl. auch 8.—10. 3. 1915 (Anm. 3). 7) Vgl. dazu Hirsch S. 67 ff. 8) Vgl. Heine, Erinnerungen (Die Politik im Kriege) über seine "häufige [n] Besprechungen mit Bethmann, der sehr viel Vertrauen" zu ihm gehabt habe und der "unter den hohen Zivilbeamten [...] immer noch bei weitem der klügste und ehrlichste" gewesen sei, wenn auch "ohne Entschlußfähigkeit und daher ohne Macht". 9) Elsaß-Lothringen hatte durch Reichsgesetz vom 31. 5. 1911 eine Verfassung mit Zweikammersystem erhalten; die zweite Kammer wurde durch allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht gewählt. Die SPD hatte sich für dieses Verfassungswerk sehr eingesetzt und eine besondere Kommission zur Ausarbeitung von Verbesserungsvorschlägen für seinen Entwurf gebildet, der auch David angehört hatte; vgl. Quellen 3/I Nr. 261. Die Mehrheit der Fraktion hatte im Plenum der Verfassung und dem Wahlgesetz zugestimmt; vgl. Quellen 3/I Nr. 274 und die Erklärung Ludwig Franks zur Annahme in: Sten. Ber. Bd. 267 S. 7127. Zu Franks besonderem Engagement dabei vgl. seine Bemerkung in einem Brief an Ignaz Schlomer vom 28. 5. 1911 in: Ludwig Frank, Ein Vorbild der deutschen Arbeiterjugend. Aufsätze, Reden und Briefe ausgewählt und eingeleitet von Hedwig Wachenheim, Berlin o.J., S. 83: "Deine Vermutung ist richtig; ich bekomme in Straßburg ein Denkmal als Vater der Verfassung." <sup>10</sup>) S. 28. 1. 1915. 11) Vgl. 31. 10. 1914 (Anm. 5).

Sonntag, 21., bis Sonnabend, 27. Februar. Die Brotkarten sind eingeführt. Das hätte man sich vor Jahresfrist gar nicht ausdenken können. Und die Organisation ist einfach und funktioniert jetzt glatt. Das Publikum nimmt die Sache willig hin, fast mit Humor! Auch die Vergröberung der Qualität und der Wegfall feiner Gebäcke wird ohne Murren ertragen. Böses Blut aber erregt die Kartoffelknappheit und Preistreiberei. Die Halbheiten der Regierungsmaßnahmen sind schuld. — Das Bestreben, mit Nahrungsmitteln gute Geschäfte zu machen, hat die ganze Händlerschaft und Produzentenschaft ergriffen. Von altruistischen Hemmungen ist da nichts zu spüren.

In der Partei diskutiert man die Frage, ob die kriegssozialistischen Einrichtungen Sozialismus seien. Die blöde Angst vor Errungenschaften auf wirtschaftlichem oder politischem Gebiet bei den "Revolutionären" ist sehr bezeichnend.

Heines Rede in Stuttgart über unser Vertrauen auf Kaiser und Kanzler, Höflichkeitsbezeugungen usw. hat der Vorwärts als willkommene Offenbarung "wohin der Weg geht" angenagelt¹), und einige radikale Blätter hauen in dieselbe Kerbe. Sie haben damit das willkommene Stichwort "national-soziale Reformpartei" gegen uns erhalten und hoffen, auf dieser Linie die Opposition zusammenzuführen und aus der Mitte zu verstärken. Letztere Wirkung fürchten auch unsere nächsten Freunde: Schöpflin war sehr ärgerlich; Cohen[-Reuß] wollte sogar dagegen schreiben; Wels erklärt, die Leute der Mitte erhielten dadurch wieder eine Basis für ihre Stellung und Mission "gegen die Extreme von beiden Seiten". Scheidemann ist sehr besorgt und fürchtet, die Parteipresse werde in überwiegender Mehrheit gegen Heine Stellung nehmen. Jedoch bringt das [Hamburger] Echo sofort einen sehr guten Artikel, der Heine Recht gibt und den Vorwärts scharf angreift.

Sonnabend, 27. Februar. Vortrag Leopold von Wiese<sup>1</sup>) im Mutterschutz<sup>2</sup>) über Frauenbewegung und Krieg. Ich spreche in der Diskussion, werde von Breitscheid kritisiert und antworte ihm deutlich. [...]

Sonntag, 28. Februar. Nachmittags bei Südekum. Cohen[-Reuß], Grotjahn, Dr. Jordan. Aussprache über Heines Rede¹). Cohen ist anfangs ziemlich erregt. Ich weise auf die aktuelle Bedeutung der Rede hin und auf die verständige Aufnahme durch die Parteipresse ([Hamburger] Echo!). Südekum erzählt von dem Besuch Dr. Helphands (Parvus), der in türkischen Diensten steht und Getreidegeschäfte mit Rumänien vermitteln will; hat ein Vermögen verdient bei der

<sup>21.—27. 2. 1915:</sup> ¹) S. Vorwärts 25. 2. 1915. Vgl. Molkenbuhrs Tagebucheintragung vom 25. 2. 1915 (Nachlaß Molkenbuhr): "Auch der sonst so kluge Heine macht ähnliche Dummheiten [wie Sidney Webb in einem Artikel im New Statesman]. Er hält in Stuttgart eine Rede, wie sie Westmeyer [einer der Führer der württembergischen Opposition gegen die Kriegspolitik der SPD], Liebknecht und Genossen [sich] nur wünschen können."

<sup>27. 2. 1915:</sup> ¹) Bekannter Sozialwissenschaftler. ²) Bund für Mutterschutz und Sexualreform.

Versorgung von Konstantinopel<sup>2</sup>). Auch ein Prachtexemplar: ultraradikaler Revolutionär; russischer Spitzel, Lump und Betrüger (Fall mit Gorki!<sup>3</sup>)); jetzt türkischer Agent und Spekulant. — Haenisch hält ihn für einen edlen Mann<sup>4</sup>).

Montag, 1. März. Haenisch hat Radek eine Ehrenerklärung im Vorwärts gegeben<sup>1</sup>)! Hirsch versaut die ganze Situation im Abgeordnetenhaus als vermittelnder, direktionsloser Fraktionsvorsitzender. Hue und [Otto] Braun sind abwesend! Wenn das am grünen Holz geschieht!

Es hagelt Broschüren: Heine<sup>2</sup>), Lensch<sup>3</sup>), Kautsky<sup>4</sup>), Troelstra<sup>5</sup>). Ich werde überholt und komme trotz alles Hetzens und Würgens nicht zu Ende. Ich muß mich von der Tagesarbeit frei machen. Aber wie? Es ist zum Verzweifeln!

Dienstag, 2. März. Sitzung des Fraktionsvorstandes. Haase stellt die Zustimmung zu dem Reichsetat mit 10 Milliarden neuer Kriegskredite in Frage. Schlägt ihre Teilung vor, um den Wiederzusammentritt des Reichstags dadurch sicherzustellen<sup>1</sup>). Ich bekämpfe beides. Hoch ist für die Etatbewilligung<sup>2</sup>); sie widerspreche nicht dem Geist des Parteitagsbeschlusses; wenn man schon, um ein schlechteres Budget zu verhindern, für ein Budget stimmen könne, um wieviel gewichtiger sei der jetzt vorliegende Grund<sup>3</sup>). Ebert will den Parteiausschuß zusammenberufen, um seine Sanktion einzuholen für die Auffassung, daß die Zustimmung dem Parteitagsbeschluß nicht widerspricht. Alle sind für die Bewilligung mit Ausnahme von Haase. — Die Mehrheit ist gegen Hoch und Haase auch der Meinung, man solle diesmal auf eine Erklärung verzichten. Auch der Ver-

<sup>28. 2. 1915:</sup> ¹) S. 21.—27. 2. 1915 (bes. Anm. 1). ²) Über Helphands abenteuerliche Laufbahn vgl. Scharlau/Zeman; über seine Beziehung zu Haenisch a.a.O. passim, bes. S. 173. Vgl. weiter Osterroth I S. 126 f. und Fischer S. 174—183. ³) Maxim Gorki hatte Helphand, der damals gerade in München den "Verlag für slawische und nordische Literatur" gegründet hatte (1902), ermächtigt, seine Autorenrechte in Westeuropa zu verwalten. Nach der äußerst erfolgreichen Aufführung seines Dramas "Nachtasyl" beschuldigte Gorki Helphand — wahrscheinlich zu Recht — die Tantiemen nicht vereinbarungsgemäß an den Autor und an die Parteikasse der russischen Sozialdemokratie überwiesen zu haben; vgl. Scharlau/Zeman S. 78 f. und 132 f. ³) Vgl. Anm. 2.

<sup>1. 3. 1915:</sup> ¹) S. Vorwärts 28. 2. 1915 (I. Beilage); die Erklärung Haenischs erschien unter der Überschrift "Parabellum" (Pseudonym Radeks). ²) Wolfgang Heine, Die politische Zukunft Deutschlands und die deutsche Sozialdemokratie, Verlag Schwäbische Tagwacht, Stuttgart 1915; vgl. auch 17. 10. 1914 (Anm. 5) und 8. 2. 1915 (Anm. 2). ³) Paul Lensch, Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg, Buchhandlung Vorwärts, Berlin 1915. ⁴) Karl Kautsky, Nationalstaat, imperialistischer Staat und Staatenbund, Fränkische Verlagsanstalt, Nürnberg 1915. ⁵) P. J. Troelstra, De Wereldsoorlog en de Sociaaldemokratie, Amsterdam 1915.

<sup>2. 3. 1915:</sup> ¹) Vgl. Quellen 3/II Nr. 364. Vgl. auch Protokoll SPD-Parteiausschuß 7. 3. 1915 S. 45—50. — Haase nahm an der Parteiausschußsitzung nicht teil. ²) Auf der Fraktionssitzung vom 13. 3. 1915, vgl. Quellen 3/II Nr. 364, vertrat Hoch jedoch den Standpunkt Haases; vgl. auch 17. 3. 1915. ³) Der Parteitag der SPD in Nürnberg (13.—19. 9. 1908), s. Protokoll S. 550, hatte beschlossen, "jeder gegnerischen Regierung das Staatsbudget bei der Gesamtabstimmung zu verweigern, es sei denn, daß die Ablehnung desselben durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde". Vgl. dazu

zicht auf eine Rede bei der ersten Lesung wird von der Mehrheit gebilligt (gegen Hoch, Haase und [Richard] Fischer)<sup>4</sup>).

Es erweist sich leider unmöglich, eine Vorbesprechung mit den näheren Freunden zusammenzubringen. Jeder ist durch etwas anderes verhindert. — Ich arbeite fieberhaft an der Fertigstellung meines Buches<sup>5</sup>).

Freitag, 5. März. Lege mein Manuskript<sup>1</sup>) Bruns<sup>2</sup>) vor. Er ist geneigt, es zu verlegen.

Sonnabend, 6., und Sonntag, 7. März. Vortrag in Bielefeld<sup>1</sup>). 1300 Personen. Sehr gute Aufnahme. Sonntagvormittag Vortrag vor den Funktionären. Es ist keinerlei Opposition dort.

Sehe Karl Niemann<sup>2</sup>) wieder. Sonntag mit seiner Familie zum Mittagessen. [...] Die Menschen sollten die seelischen Werte gemeinsamer Lebenserinnerungen nicht so vergessen. Wieviel Erfreuung hat mir politisch abgehetztem Menschen diese Erneuerung gebracht.

Habe Sonntagabend noch eine Besprechung im Heidelberger. Schöpflin berichtet über die Sitzung des Parteiausschusses<sup>3</sup>), der mit siebenachtel Mehrheit die Beschlüsse vom 4. August und 2. Dezember gebilligt und mit dreiviertel Mehrheit erklärt hat, daß die Zustimmung zum Etat nicht durch den Parteitagsbeschluß verboten sei<sup>4</sup>).

Montag, 8., bis Mittwoch, 10. März. Schwere Kämpfe in der Fraktion<sup>1</sup>). Die Stimmung der Mitte ist durch Heines Stuttgarter Rede zu unseren Ungunsten beeinflußt<sup>2</sup>). Außerdem starke Friedenssehnsucht und große Unzufriedenheit mit den unzureichenden Maßnahmen der Regierung in der Ernährungssache. Scheidemann und Ebert sind, wie immer, schwach und schwankend. Auch die auf dem rechten Flügel stehenden Leute erweisen sich wieder mal als jeder Stimmung zugänglich und lassen sich von Haases geschickter Demagogie einfangen. So

Eberts Rede auf der Parteiausschußsitzung vom 7. 3. 1915, Protokoll S. 46 f. <sup>4</sup>) Hingegen beschloß die Fraktion am 8. 3. 1915, s. Quellen 3/II Nr. 360, daß schon bei der ersten Lesung ein Fraktionssprecher das Wort nehmen solle. Vgl. auch 8.—10. 3. 1915. <sup>5</sup>) S. 31. 10. 1914 (Anm. 5).

<sup>5. 3. 1915: &</sup>lt;sup>1</sup>) S. 31. 10. 1914 (Anm. 5). <sup>2</sup>) Bernhard Bruns, Geschäftsführer der Buchhandlung Vorwärts.

<sup>6.</sup> und 7. 3. 1915: 

1) Der Vortrag ist unter dem Titel "Sozialdemokratie und Landesverteidigung. Rede des Reichstagsabgeordneten Dr. Eduard David-Berlin, gehalten am 6. März 1915 in Bielefeld" im Verlag der Buchhandlung Volkswacht (A. Gerisch & Co.), Bielefeld o.J., veröffentlicht worden.

2) Ein persönlicher Bekannter Davids, möglicherweise aus seiner Gymnasialzeit in Bielefeld.

3) S. 2. 3. 1915 (Anm. 1).

4) S. 2. 3. 1915 (Anm. 3).

<sup>8.—10. 3. 1915: 1)</sup> Vgl. Quellen 3/II Nr. 360, 361, 362. 2) Vgl. 21.—27. 2. 1915 (Anm. 1). 3) Es handelte sich um die Frage, wer als erster Fraktionssprecher in der Haushaltsdebatte reden

findet der Antrag [Gustav] Bauer, nicht zu reden, nur eine bescheidene Minderheit. Es wird gar kein ernstlicher Versuch gemacht, Haase die Rede abzunehmen. Scheidemann läßt sich zur Seite schieben<sup>3</sup>).

Der Reichskanzler hat den drei Vorsitzenden und [Robert] Schmidt sehr vertrauliche Eröffnungen gemacht (schwache Friedensfühler) und dringend ans Herz gelegt, die Friedensfrage nicht zu berühren<sup>4</sup>). Auch Haase ist dadurch stark beeinflußt und hält nur unter dem Druck seiner Freunde an der Absicht fest. Mit 52 gegen 48 Stimmen wird beschlossen, den Friedenspassus in die Rede aufzunehmen. Schuld an diesem Ergebnis trifft Richard Fischer, der dafür spricht. — Es gelingt schließlich wenigstens, Haase zu verpflichten, einen Passus, der die Pflicht der Landesverteidigung ausspricht, an die Spitze seiner Rede<sup>5</sup>) zu bringen. Aber auch hier ist das Verhalten der Rechten im entscheidenden Augenblick schwächlich. Ich setze es durch persönliches Eingreifen im letzten Moment durch, daß der Anfang noch einigermaßen erträglich gestaltet wird.

Plenarsitzung: Die Rede Haases<sup>5</sup>) macht einen peinlichen Eindruck durch die einseitige Übertreibung und den gehässigen Ton. Ein Jammer, daß dieser Mann die Partei in diesem gewichtigen Moment vertritt. Disziplin und Formalismus halten ihn in der Fraktion. Zielbewußte Politiker und Männer hätten dem längst ein Ende gemacht.

Donnerstag, 11., bis Sonntag, 14. März. Sitzung der Budgetkommission<sup>1</sup>). Aussprache über das Friedensziel. Bernstein meldet sich als erster zum Wort. Ich spreche hinterher und suche unseren Standpunkt gegen die Annexion Belgiens und für Verträge ohne Schärfe zur Geltung zu bringen. Die Regierung hält sich zurück. Die Volkspartei nähert sich unserem Standpunkt. Bassermann, Gröber, Westarp, Schultz<sup>2</sup>) arbeiten zusammen gegen den Reichskanzler. — Ebert ist durch die Debatte bereits wieder erschüttert und fürchtet große Schwierigkeiten in der Budgetbewilligung. — Ich beginne sofort zu arbeiten, um die Stimmung in der Fraktion zu festigen. Besuch bei Heine am Sonntag, Einladung der Kollegen auf Dienstag zur Vorbesprechung<sup>3</sup>).

Montag, 15. März. Bin einige Zeit in der Budgetkommission<sup>1</sup>). Spreche mit Ebert, Gradnauer, Scheidemann, Noske, [Gustav] Bauer, Robert Schmidt, Peus in

solle; die Fraktion hatte beschlossen, daß Haase und Scheidemann sich darüber verständigen sollten und nur im Falle, daß sie sich nicht einigen könnten, die Fraktion entscheiden werde; vgl. Quellen 3/II Nr. 360 und 15.—20. 2. 1915 (Anm. 6).

4) Vgl. Molkenbuhrs Tagebucheintragung vom 9. 3. 1915 (Nachlaß Molkenbuhr): "Waren beim Reichskanzler, um einige Auskunft über die politische Lage zu erhalten. Er sagte im engen Kreise, was er sonst nicht sagen will. Am 10. März ladete [sic!] er uns noch einmal ein, um uns am Reden zu hindern. Obwohl er vergnügt und voller Zuversicht ist, ist er doch ängstlich, daß durch eine Parlamentsrede viel verdorben werden kann."

5) Vom 10. 3. 1915; s. Sten. Ber. Bd. 306 S. 45.

<sup>11.—14. 3. 1915: 1)</sup> Vgl. Schulthess 1915/I S. 127 ff. 2) Georg Schultz, Reichstagsabgeordneter, Reichspartei. 3) Vgl. 16. 3. 1915.

der Budgetfrage. Sie scheinen noch einig, daß wir zustimmen müssen. — Hetzarbeit an der Korrektur des Bielefelder Vortrages<sup>2</sup>).

Dienstag, 16. März. Vorbesprechung im Heidelberger. Nur zehn Leute. Alle sind für die Bewilligung des Etats. Der Plan Haases, zunächst nur 5 Milliarden zu bewilligen¹), wird in seiner Gefährlichkeit erkannt. Robert Schmidt und Thöne erklären, daß im Fall eines Beschlusses auf Ablehnung der Kredite sie die letzte Konsequenz zu ziehen entschlossen seien: im Plenum dafür stimmen. Schöpflin u. a. wollen diese Konsequenz nicht ziehen. Man hofft jedoch, mit 60 gegen 30 Stimmen die Bewilligung durchzusetzen.

Mittwoch, 17. März. Spreche in der Budgetkommission für die Berücksichtigung der unehelichen Waisen bei der Neuregelung des Hinterbliebenengesetzes.

Fraktionssitzung¹): Simon und Hoch verlangen Vorgehen gegen die "Proklamation des Eroberungskrieges" durch den Herrenhaus-Präsidenten v. Wedel-Piesdorf²). Sie wollen damit ihren Umfall in der Kreditbewilligungsfrage begründen³). Heftige Debatte. Ich weise auf die Wirkung einer Debatte im Plenum über das Kriegsziel hin: Dokumentierung der Eroberungswünsche der Mehrheit; Aufstachelung der Feinde und Hinausschiebung von Friedensaussichten; Erschütterung der Position des Reichskanzlers; Besorgung der Geschäfte der Annexionswüteriche. Scheidemann macht eine unnötige Konzession. Die weitergehende Forderung Simons wird abgelehnt⁴). Die Aussichten für die Bewilligung stehen anscheinend 2 gegen 1. Hoffentlich bleiben Scheidemann und Ebert fest.

Was sind das wieder für entsetzlich angreifende, lähmende und deprimierende Kämpfe! Ich muß immer wieder mein ganzes Pflichtgefühl zusammennehmen, um auszuharren. Im tiefsten Innern sage ich mir freilich immer wieder: siegt die Opposition, dann ist für mich die Stunde der Entscheidung gegeben; dann reinliche Scheidung im Interesse des Landes und im Interesse des arbeitenden Volkes. Eine Partei auf dem Boden der Haase, Liebknecht usw. wäre diskreditiert und aktionsunfähig. Ein Hemmnis der gesunden Entwicklung. Ich setze meine ganze Kraft ein, der Vernunft zum Siege zu verhelfen. Gelingt es nicht, dann habe ich meine Schuldigkeit getan und ziehe die klare Konsequenz: Trennung! Wer mitgeht, geht mit.

<sup>15. 3. 1915: 1)</sup> Vgl. Schulthess 1915/I S. 129. 2) S. 6. und 7. 3. 1915 (Anm. 1).

<sup>16. 3. 1915: 1)</sup> Vgl. 2. 3. 1915.

<sup>17. 3. 1915: 1)</sup> Vgl. Quellen 3/II Nr. 363. 2) Vgl. a.a.O. (Anm. 3). 5) S. 2. 3. 1915 und 18. 3. 1915. 4) Vgl. Quellen 3/II Nr. 363 (Anm. 4).

Donnerstag, 18. März. Reichstagssitzung. Scheidemanns Rede<sup>1</sup>); sie war taktvoller und tiefer, als ich sie ihm zugetraut hatte, und wirkt ausgezeichnet.

Fraktionssitzung<sup>2</sup>). Auf Antrag Haases wird die Debatte über Bewilligung der Kredite und Etathewilligung getrennt. Ein ganz unerwartetes Manöver, schlau ausgeheckt. Hoch beantragt, vorläufig nur 5 Milliarden zu bewilligen und entsprechende Anträge in der Budgetkommission und im Plenum zu stellen. Er gibt sich dabei noch als prinzipieller Anhänger der Kreditbewilligung und ist offenbar als solcher von Haase (der den Vorschlag in der ersten Fraktionsvorstandssitzung gemacht hatte) vorgeschickt. Ich bekämpfe den Antrag: seine Annahme ausgeschlossen; würde nur die Regierung in die Arme der Rechten treiben, nach außen das Bild der Zwietracht geben und vom Ausland entsprechend ausgenutzt werden; unsere innere Position zerstören, uns in die Opposition zur Regierung führen; unseren Einfluß bei der kommenden Friedensgestaltung sehr reduzieren: unsere Stellung im Innern für die Kämpfe um Gleichberechtigung, Demokratisierung des preußischen Wahlrechts usw. zerstören; unser Schild muß in der Frage der nationalen Verteidigung rein und blank bleiben. Nur wer Gegner der Kreditbewilligung ist, kann den Weg des Antrages beschreiten. Die endgültige Zustimmung zu den Krediten würde dadurch außerordentlich erschwert; das ist eigentliche Absicht der Befürworter. — Während der Debatte kommt Landsberg zu mir, um mitzuteilen, daß er für den Vorschlag ist; ich massiere ihn mit Erfolg. Dann kommt [Gustav] Bauer mit der gleichen Absicht, auch er läßt sich rasch noch belehren. Am schlimmsten aber ist Richard Fischer, der drauf und dran ist, für den Antrag Hoch zu reden. Ich bearbeite ihn sehr erregt und stelle die persönliche Kabinettsfrage; schließlich sieht er die Gefährlichkeit ein und hält dann eine sehr gute Rede gegen den Antrag. Wäre er bei seiner ersten Absicht geblieben, er hätte die ganze Sache verdorben.

Ich atme schwer auf. Es war eine der schlimmsten inneren Spannungen, die ich erlebt habe. — Antrag Hoch mit starker Mehrheit abgelehnt<sup>3</sup>). Dann Bewilligung der ganzen Summe mit 77 gegen 23 [Stimmen] angenommen. Bernstein dagegen, nachdem sein Antrag auf Enthaltung abgelehnt. Sein Auftreten ist fast kindisch geworden. Seine Äußerungen zu Stampfer über die Pflicht der Juden zu internationaler Neutralität<sup>4</sup>)!

Sodann: Debatte über die Frage der Zustimmung zum Etat. Ebert begründet gut. Haase bekämpft es mit dem rein formalen Argument, der Parteitagsbeschluß

<sup>18. 3. 1915:</sup> ¹) S. 15.—20. 2. 1915 (Anm. 6). ²) Vgl. Quellen 3/II Nr. 364 und 366. ³) Laut Fraktionsprotokoll, s. Anm. 2, mit 64 gegen 31 Stimmen. ⁴) Nach Emil Kloth, Einkehr. Betrachtungen eines sozialdemokratischen Gewerkschaftlers über die Politik der deutschen Sozialdemokratie, München 1920, S. 100, habe eine "seinerzeit in vertraulichen Parteikreisen viel erörterte Äußerung" Bernsteins zu Stampfer gelautet: "Es fließt doch jüdisches Blut in Ihren Adern, also sind Sie doch auch verpflichtet, der internationalen Aufgabe des Judentums im Weltkriege Rechnung zu tragen." Vgl. dazu die Schrift: Eduard Bernstein, Von den Aufgaben der Juden im Weltkriege, Berlin 1917, deren Grundgedanke in der Kapitelüberschrift

von Nürnberg verbiete es<sup>5</sup>)! Ich trete seiner Berufung auf Bebel entgegen. Wäre Bebel am Leben geblieben, so wären uns all diese schweren Kämpfe erspart geblieben. Nur wer die Kredite aus sachlichen Gründen glaubt ablehnen zu dürfen, kann gegen den Etat stimmen. Die Frage des Rahmens ist eine reine Formfrage. Auch die Kreditforderungen vom 4. 8. und 2. 12. waren ja in den Rahmen von Etats gefaßt. — Den Zweck der ganzen Übung verrät dann Emmel; er beantragt die Freigabe der Abstimmung, weil man niemand zwingen dürfe, gegen einen Parteitagsbeschluß zu stimmen. — Der Beschluß, für den Etat zu stimmen, wird mit 69 gegen 30 [Stimmen] gefaßt. Hoch, Wurm, Zubeil, Bernstein stimmen dagegen. — Abgelehnt wird ein Antrag Simon, in einer Erklärung zu sagen, daß durch die diesmalige Zustimmung kein Präzedenzfall für die Zukunft geschaffen werden solle. Ich hatte das in der Debatte bereits erklärt und war geneigt, solche Erklärung zu befürworten; hatte schon Ebert einen solchen Entwurf gegeben. Glücklicherweise waren Ebert und Scheidemann diesmal vernünftiger als ich und behielten ihn in der Tasche. Es hätte im Reichstag den Eindruck gemacht, als ob wir nur durch die Not gezwungen zustimmten. — Die Freigabe der Abstimmung wird gegen 23 (?) Stimmen abgelehnt<sup>6</sup>).

Abends im Bayernhof zusammen mit Scheidemann, Legien, Wels u. a. Ich lebe wieder auf. Ein ungeheurer Druck ist mir von der Seele genommen. Später noch Nachsitzung bei Gerold.

Freitag, 19. März. Vormittags Besuch im Döberitzer Gefangenenlager. Ein starker unmittelbarer Eindruck von der Tragik des Krieges und der gewaltigen, alle Lebensgebiete umschließenden Macht der militärischen Organisation. — Die radikalen Frauen von Steglitz-Friedenau vor dem Reichstag<sup>1</sup>)!

Abends bei Hausmann: Ebert und Frau, Legien, Hermann Müller und Frau, [Gustav] Bauer und andere nahestehende Kollegen. Sehr fröhlicher Abend. Ebert schließt sich mir langsam auf und scheint auch persönlich das Bedürfnis zu haben, mir näherzukommen. Er erklärt sich für eine klare, reformistische Taktik mit Abweisung aller revolutionären Versuche; jedoch werde er fest am "Klassenkampf" halten. Das ist keine Scheidelinie. [...]

Sonnabend, 20. März. Reichstag<sup>1</sup>). Stadthagen hält eine taktlose eineinhalbstündige Rede<sup>2</sup>) gegen die Vereinbarung. Dann kommt Ledebour<sup>3</sup>) und über-

<sup>&</sup>quot;Die Juden als Mittler" (S. 12) zum Ausdruck kommt. <sup>5</sup>) S. 2. 3. 1915 (Anm. 3). <sup>6</sup>) Im Fraktionsprotokoll vom 13. 3. wird ein derartiger Antrag nicht erwähnt, hingegen im Fraktionsprotokoll vom 20. 3.; vgl. Quellen 3/II Nr. 365.

<sup>19. 3. 1915: 1)</sup> Vgl. den Polizeibericht über diese Demonstration am 13. März (Gedenktag an die Revolution vom 1848) in: Dokumente und Materialien II/1 S. 112.

<sup>20. 3, 1915: 1)</sup> Vgl. Quellen 3/II Nr. 366. 2) S. Sten. Ber. Bd. 306 S. 97—106. 3) A.a.O. S. 108—113. 4) A.a.O. S. 112: "(Zuruf von den Sozialdemokraten: Barbarei! — Zurufe rechts:

1915 20. 3. Tumult im Plenum

trumpft ihn noch. Sturmszene bei seiner Kritik der Heeresleitung. Liebknechts Zwischenruf: Barbarei<sup>4</sup>)! Die Rechte tobt. Das ganze Haus ist in furchtbarem Aufruhr. Die Mehrheit der Fraktion ist in heller Entrüstung; drängt nach der Tribüne; Ebert ruft Ledebour zu: Sie sagen das nicht im Auftrag der Partei<sup>5</sup>). Wir formulieren sofort eine entsprechende Erklärung<sup>6</sup>). Die Konservativen beginnen den Reigen der Entrüstungserklärungen<sup>7</sup>); sie glauben, die Sache gegen die ganze Fraktion ausschlachten zu können. Unsere Erklärung wendet die Stimmung zu unseren Gunsten. Aber die Konservativen beharren in der Entrüstung, verlangen eine ausdrückliche "Mißbilligung" und wollen den Reichstag bis Montag vertagen<sup>8</sup>), um die Sache über den Sonntag hinaus gegen uns ausschlachten zu können. —

Ich rege bei den Liberalen und beim Zentrum eine Pause von zwei Stunden an, um uns Zeit zu schaffen für eine Fraktionsberatung und Beschlußfassung über eine Erklärung, die vor der Etatabstimmung abzugeben ist und die nationale Haltung der Sozialdemokratie stark betonen soll<sup>9</sup>). Man geht darauf ein. Ich entwerfe eine entsprechende Erklärung. Haase nörgelt mir einige Milderungen in seinem Sinne ab, wofür er auf Opposition in der Fraktionssitzung verzichtet.

Fraktionssitzung<sup>10</sup>): Die Erklärung wird ohne Debatte angenommen. Verhandlung mit Müller[-Meiningen]<sup>11</sup>): die Konservativen sind nicht zufrieden, weil der Menschheitspassus [stört]<sup>12</sup>). Die Opposition ist sehr gedrückt durch die Vorgänge. Ledebour ist zwar überzeugt, "durchaus richtig gehandelt zu haben". — Ich wollte Ebert das Verlesen der Erklärung zuschieben. Das mißlingt infolge der Eitelkeit Molkenbuhrs, der "gekränkt" ist.

Schlußsitzung: Scheidemann verliest die Erklärung<sup>13</sup>). Sie wirkt sehr gut. Trotzdem erneuern die Konservativen ihren Vorstoß<sup>14</sup>) Aber der Schuß geht nach

Das darf hier nicht vorgebracht werden! Das ist doch Verrat!)." 5) Im Reichstagsprotokoll nicht festgehalten; während des Protests Bassermanns, "daß in dieser Weise in diesen schweren Kriegszeiten seitens einer großen Partei des Hauses hier gesprochen worden ist", vermerkt das Protokoll a.a.O. S. 114: "(Zuruf von den Sozialdemokraten: Nicht seitens der Partei! — Bravo von rechts und links.)" 6) A.a.O. S. 115, Scheidemann: "Im Auftrage des Vorstandes der sozialdemokratischen Fraktion erkläre ich folgendes: Unsere Fraktion hat ihr Mitglied Ledebour beauftragt, nur über den Sprachenparagraphen zu sprechen. (Hört! hört! rechts und im Zentrum.) Alles, was der Herr Abgeordnete Ledebour darüber hinausgehend gesagt hat, hat er für seine Person gesagt und es allein zu verantworten." 7) Vgl. a.a.O. S. 113 f. 8) Geht aus dem 9) A.a.O. S. 132, Scheidemann: "Die Gründe, die für uns maßgebend Protokoll nicht hervor. waren, den Kriegskrediten am 4. August und am 2. Dezember zuzustimmen, bestehen unvermindert fort. Wir haben nach den großen bewundernswerten Leistungen unserer Truppen und ihrer Führer (lebhafter Beifall) das feste Vertrauen, daß es gelingt, zu einem ehrenvollen dauernden Frieden zu kommen. In Bekräftigung unseres festen Willens, dies Ziel in unerschütterlicher Einigkeit mit unserem Volke zu erreichen, werden wir dem diesmaligen Etat unsere Zustimmung geben." <sup>10</sup>) Vgl. Quellen 3/II Nr. 365. 11) Lesart unsicher; zweifellos Dr. Ernst Müller, Abgeordneter für Meiningen-Sachsen, Fortschrittliche Volkspartei. 12) Lesart unsicher. Der Sinn dieses Satzes ließ sich nicht aufklären; Graf Westarp beanstandete, a.a.O. S. 132, daß die Erklärung Scheidemanns nicht "eine ausdrückliche Mißbilligung der Vorgänge von heute Vor-13) A.a.O. S. 133; Scheidemann erklärte, daß eine Fraktion nicht für die Zwischenrufe eines einzelnen Abgeordneten verantwortlich gemacht werden könne und wies den von Westarp gegen Ledebour erhobenen Vorwurf, dieser habe Hindenburg kritisiert, zurück;

hinten los. Die Nationalliberalen und Fortschrittler sprechen in unserem Sinne<sup>15</sup>). Scheidemann setzt Westarp geschickt auf den Sand<sup>16</sup>). Der Sturm ist beschwichtigt. Unsere Opposition ist geschlagen. Unheil verhütet und gute Arbeit für die Zukunft geleistet. Rücksprache mit Böhle und Robert Schmidt; tags vorher mit Pachnicke<sup>17</sup>) über Beeinflussung der Regierung für eine Wahlreform auf der Basis des elsaß-lothringischen [Wahlrechts]. — Aussprache mit Landsberg über Korrespondenz.

Montag, 22. März. Nachmittags Unterredung mit Heine über den Plan einer Korrespondenz zwecks Beeinflussung der Presse und Zentralisation der Kräfte. — Auseinandersetzung wegen seines isolierten extremen Vorgehens. Nervosität, Mangel an psychologischem Takt, Sensationsbedürfnis für die eigene Person beherrschen ihn so sehr, daß seine großen persönlichen Eigenschaften manchmal fast untergehen. Er hat es immer noch nicht verwunden, daß wir ihm die erste Broschüre zurückgehalten haben¹). Er hat immer Recht und stößt vor wie ein zorniger Stier.

Dienstag, 23. März. Ich schicke dem Vorwärts einen Artikel betr. Kreditbewilligung und Budgetbeschlüsse<sup>1</sup>). Zugleich an die Chemnitzer Volksstimme und die Münchener Post.

Scheidemann sagt mir, er wolle im Vorstand beantragen, daß der Vorwärts aufhört, Zentralorgan zu sein.

Adelheid Popp<sup>2</sup>) besucht mich im Archiv. Die radikalen Genossinnen planen eine internationale Frauenkonferenz in Bern und haben Resolutionen ausgearbeitet, die die Reichstagsfraktion verurteilen und Friedensaktionen verlangen<sup>3</sup>). Sie erzählt, daß V. Adler und andere der österreichischen Regierung die Abtretung des Trentino nahegelegt haben.

vgl. auch Anm. 9. <sup>14</sup>) Laut Protokoll, a.a.O. S. 133, folgte auf die zweite Erklärung Scheidemanns, s. Anm. 13, keine Wortmeldung. <sup>15</sup>) Bezieht sich auf die Erklärung Scheidemanns zur Etatbewilligung. Bassermann, a.a.O. S. 132, und Fischbeck, a.a.O. S. 133, erklärten, daß durch sie der Zwischenfall erledigt sei. <sup>16</sup>) S. Anm. 13. <sup>17</sup>) Dr. Hermann Pachnicke, Reichstagsabgeordneter, Fortschrittliche Volkspartei.

<sup>22. 3. 1915:</sup> ¹) S. 17. 10. 1914.

<sup>23. 3. 1915:

1)</sup> Eduard David, Widerspricht die Bewilligung des Kriegsetats den Parteitagsbeschlüssen?, in: Vorwärts 24. 3. 1915.

2) Österreichische Sozialistin.

3) Eine internationale sozialistische Frauenkonferenz fand vom 26. bis 28. 3. 1915 in Bern statt. Sie wurde von Klara Zetkin, der Sekretärin des Internationalen Sozialistischen Frauenbüros, einberufen; es nahmen an ihr Fauen aus Deutschland, England, Frankreich, Rußland, Polen, Holland, Italien und der Schweiz teil. Die SPD hat keine offizielle Delegation geschickt, die sozialistische Partei Österreichs war nicht vertreten. S. Klara Zetkins Bericht in: Dokumente und Materialien II/1 S. 119—124, Prager S. 65 ff. und Gankin/Fisher S. 286—302; bei Gankin/Fisher auch Text der Konferenzdokumente. Dazu die scharfe Kritik Eberts am Vorgehen Klara Zetkins als Organisatorin der

Die Duncker<sup>4</sup>) und Genossinnen sollen sehr stolz sein auf ihre Demonstration vor dem Reichstag<sup>5</sup>). Eine unbeschreibliche Verblendung, daß sie die Lächerlichkeit solcher Demonstratiönchen nicht einsehen.

Mittwech, 24. März. Besprechung mit Baumeister und Jansson betr. Vereinigung der  $I.K.^1$ ) und  $A.K.^2$ ) zu einer zentralisierten allgemeinen Korrespondenz. Sie sind mit meinen Zielen einverstanden, halten aber den Übergang im gegenwärtigen Zeitpunkt für bedenklich. Wir vereinbaren zunächst Ausbau und Ergänzung der I.K. durch politische Artikel, deren Vermittlung ich übernehme.  $[\ldots]$ 

Freitag, 26. März. Regierungsrat Dr. O. Poensgen<sup>1</sup>) bei mir im Archiv. Lange Aussprache über Friedensziele. Er hat eine lose Vereinigung von Politikern aller Richtungen und Vertretern der wirtschaftlichen Verbände gebildet, die das Friedensziel diskutieren und Eingaben an den Reichskanzler machen<sup>2</sup>). Ich halte eine Beteiligung unsererseits nur für möglich, wenn die Aussprachen rein akademisch sind, also zu keinen Beschlüssen und Eingaben führen. Nur in diesem Sinne halte ich auch die Beteiligung der Gewerkschaften für möglich. Verweise ihn an Legien, [Robert] Schmidt und [Gustav] Bauer.

Sonnabend, 27. März. Gespräch mit Schöpflin. Er ist unzufrieden mit sich. Will ernstlich studieren und Rede verbessern. Er ist einer der wenigen Selbstkritischen, Strebenden.

Gespräch mit Legien betr. Poensgen<sup>1</sup>). Er ist wenig geneigt, sich in irgendeiner Form darauf einzulassen.

Konferenz auf der Parteiausschußsitzung vom 7./8. 4. 1915, Protokoll S. 62. 4) Käte Duncker, Ehefrau von Dr. Hermann Duncker, auf der Reichskonferenz der SPD 1916 Sprecherin der Gruppe "Internationale". 5) S. 19. 3. 1915.

<sup>24. 3. 1915: 1)</sup> Internationale Korrespondenz. 2) Deutsche Auslandskorrespondenz; es ließ sich nicht feststellen, von welchem Zeitpunkt an sie erschienen ist; vgl. auch 10. 10. 1914 (Anm. 7).

<sup>26. 3. 1915:</sup> ¹) Dr. Oskar Poensgen, Regierungsrat im Statistischen Amt, prominentes Mitglied der Nationalliberalen Partei. ²) Vgl. dazu das im Nachlaß Richthofen 11 befindliche Protokoll einer vertraulichen Besprechung über die Gefahr eines vorzeitigen Friedens, die am 22. 2. 1915 unter Vorsitz von Regierungsrat Poensgen in den Wilhelmshallen zu Berlin stattgefunden hatte; ferner den Brief des Syndikus der Handelskammer Essen und nationalliberalen Mitglieds des Preußischen Abgeordnetenhauses Wilhelm Hirsch vom 4. 3. 1915 an seinen Fraktionskollegen Anton Schifferer, in dem Hirsch von einer "Aktion" berichtet, in die auch er "hineingezogen" worden sei, indem er "auf Einladung von und unter Dr. Poensgen eine Versammlung von Vertretern dieser zum Teil sehr links gerichteten Organisationen mitgemacht" habe; Auszug aus dem Brief Hirschs abgedruckt bei Hartwig Thieme, Nationaler Liberalismus in der Krise. Die nationalliberale Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses 1914—1918 (Schriften des Bundesarchivs 11), Boppard am Rhein 1963, S. 222.

<sup>27. 3. 1915:</sup> ¹) Vgl. 26. 3. 1915.

Sonntag, 23. März. Die Kreiskonferenz Niederbarnim verurteilt die Reichstagsfraktion und ihren Landtagsabgeordneten *Haenisch* gegen eine Minderheit von einem Drittel. Das ist schon ein wesentlicher Fortschritt für Niederbarnim, wo *Stadthagen*, dieser schmierige Demagoge, herrscht<sup>1</sup>).

Dienstag, 30. März. Bespreche mit Bruns die Drucklegung meines Buches¹). Er hat es akzeptiert und sehr günstig beurteilt. — Unterredung mit Hermann Müller, der mit bei der Konferenz im Haag²) war. Dort waren außer den Holländern nur Anseele²) und Huysmans. Letzterer soll sehr milde und verständig gewesen sein. Er glaubt bestimmt, daß Österreich vor dem Zusammenbruch steht und die Deutschen demnächst aus Frankreich und Belgien herausgeworfen werden. Hat nur Sorge, daß die Deutschen auf dem Rückzug Belgien vollends ruinieren. — Die Engländer sollen bereit sein, in eine Friedensbewegung einzutreten; sie wollen es aber nicht ohne die französischen Genossen. Man will versuchen, letztere für eine Konferenz zu gewinnen. — Hinsichtlich des Friedensprogramms meint Müller, die Punkte der Kopenhagener Konferenz⁴) (Hoch-Haase) seien akzeptabel. Ich setze ihm das Unzulängliche und Unzulässige dieser nebelhaften Formulierung (keine Annexion, Abrüstung) auseinander.

Mittwoch, 31. März. Unterredung mit Wels. Er teilt mit, daß am 7. 4. der Parteiausschuß zusammentreten soll, um Bericht über die Konferenz im Haag entgegenzunehmen<sup>1</sup>). Dieselbe Auseinandersetzung über das Friedensprogramm wie mit [Hermann] Müller; er ist sachlich meiner Meinung, hält aber eine Diskussion darüber nicht für taktisch klug. Er versichert, daß Ebert fest sei in dem Entschluß, keine Friedensaktion einseitig nur von Deutschland aus zuzulassen.—Gespräch mit Haenisch, den ich für die I[nternationale] K[orrespondenz] gewinne. Er sieht mehr und mehr das Unwahre, Demagogische der Berliner Agitation ein. Ich beleuchte den verengten Begriff des "Klassenkampfes", der die schwielige Faust gegen die geistige Arbeiterschaft ausspielt.

<sup>28. 3. 1915:</sup> ¹) Vgl. 4. 11. 1914 (Anm. 1). Arthur Stadthagen vertrat Niederbarnim im Reichstag.

<sup>30. 3. 1915: 1)</sup> Vgl. 31. 10. 1914 (Anm. 5). 2) Laut Bericht Eberts auf der Parteiausschußsitzung vom 7./8. 4. 1915, Protokoll S. 61 f., hatte auf Einladung Troelstras am 22. 3. 1915 eine Besprechung in Den Haag — dem Sitz des Internationalen Sozialistischen Bureaus während des Krieges — stattgefunden, an der für die SPD Haase, Molkenbuhr, Hermann Müller und Ebert teilgenommen und mit Albarda [einem führenden holländischen Sozialisten und Mitglied des Internationalen Sozialistischen Bureaus], Huysmans und Troelstra gesprochen hatten. Dabei wurde als erstrebenswert erklärt, zunächst eine Konferenz der Sozialisten der Zentralländer abzuhalten und dann eine Vollsitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus einzuberufen. 3) Edouard Anseele, belgischer Sozialist, Mitglied des Exekutivkomitees der Sozialistischen Internationale; seine Anwesenheit bei der Besprechung am 22. 3. 1915 wurde von Ebert, s. Anm. 2, nicht erwähnt. 4) S. 18. 11. 1914 (Anm. 7).

<sup>31. 3. 1915;</sup> ¹) S. 30. 3. 1915 (Anm. 2).

Sonnabend, 3. April. Schöpflin berichtet über seine Gespräche mit Ebert und Scheidemann gelegentlich der Besichtigungstour der Flottenrüstungen in Wilhelmshaven. Er ist voll höchsten Lobes über das dort Gesehene. Ebert sei fest entschlossen, in der Friedenssache es vorläufig zu keinem internationalen Beschluß kommen zu lassen. Im Haag1) habe er Haase isoliert und wiederholt in Verlegenheit gebracht. Habe auch Verwahrung eingelegt, daß die Sache einen offiziellen Anstrich bekäme. Die Unterredung fand beim Kaffee in Troelstras Wohnung statt. Van Kol<sup>2</sup>) wurde nicht zugelassen. Die Besprechung in Wien<sup>3</sup>) soll auch lediglich informatorischen Charakter haben. Keine Formulierungen. Schöpflin ist beauftragt, eine Correspondenznummer mit allem Material zur Rechtfertigung der Etatzustimmung bald herauszubringen<sup>4</sup>). Ebert sei entschlossen, die Abrechnung mit Haase usw. auf den nächsten Parteitag in den Bezirksorganisationen vorzubereiten. Er hat den Gedanken ausgesprochen, in Berlin ein Abendblatt als Zentralorgan einzurichten mit einer glänzenden Redaktion und so den Vorwärts auszuschalten resp. auf die Bedeutung eines Berliner Lokalorgans herabzudrücken. — Wenn das so ist und geschieht, könnte ich mich mit ruhigem Gewissen auf die literarische Arbeit zurückziehen und konzentrieren.

Dr. Gustav Mayer, der im Dienst der auswärtigen Abteilung der Brüsseler Regierung angestellt ist, dort die ausländische Presse verfolgt und Beziehungen zu Anseele und anderen Sozialisten unterhält<sup>5</sup>), war im Archiv, um unsere Meinung über die Zukunft Belgiens zu erkunden. Ich holte Scheidemann dazu. M. ist offenbar ein Riechorgan der Regierung. Er berichtet über Huysmans, der Intimus des Königs und Königin sei, oft nach Holland fahre und wahrscheinlich Spitzeldienste verrichte. Auch Anseele glaubt fest an die Niederlage der Deutschen; nach dem Kriege müßten die deutschen Waren in der ganzen Welt boykottiert werden. Belgien müsse seine Küste befestigen, Kriegsschiffe bauen und seine Armee auf 600000 Kriegsstärke bringen. Er gesteht uns das Recht auf Verteidigung des Vaterlandes zu, aber wir hätten laut gegen den Einmarsch in Belgien protestieren und uns widersetzen müssen. — M. meint, die Annexion Belgiens wolle weder die Regierung noch die Militärs in Brüssel. Belgien soll innerpolitisch unabhängig bleiben, aber wir müßten befestigte Küstenplätze als Flottenstützpunkte und die Eisenbahn unter Verwaltung nehmen; Belgien müsse verboten werden, eine Armee zu halten; die Festungen müßten geschleift werden. - Wir verabredeten eine weitere Aussprache.

Dienstag, 6. April. Abends im Café Austria Aussprache mit Dr. Gustav Mayer, Scheidemann und Curt Baake über Belgien. M. sucht uns von der Notwendigkeit einer militärischen Besetzung Belgiens zu überzeugen. Ich vertrete den Stand-

<sup>3. 4. 1915:

1)</sup> Vgl. 30. 3. 1915 (Anm. 2).

2) H.H. van Kol, holländischer Sozialist, Mitglied des Exekutivkomitees der Sozialistischen Internationale.

3) Die auf der Besprechung in Den Haag, s. Anm. 1, vorgeschlagene Konferenz der Sozialisten der Zentralländer; sie fand am 12. und 13. 4. 1915 in Wien unter Teilnahme von offiziellen Parteivertretern aus Deutschland, Österreich und Ungarn statt; s. Vorwärts 20. 4. 1915 (1. Beilage) und Braunthal II S. 53.

4) S. Partei-Correspondenz 10. Jg. S. 1 ff. (24. 4. 1915); die gesamte Nummer befaßt sich mit der Frage der Budgetabstimmung.

5) Zu Gustav Mayers Tätigkeit in Belgien s. Mayer S. 213—246.

punkt, daß die Hauptsache sei, mit Belgien und Frankreich in ein erträgliches Verhältnis zu kommen. Sonst bleibt die Koalition, und der Friede ist nur ein Waffenstillstand. Keine militärische und marinistische Sicherung schützt uns, wenn die belgische Bevölkerung in unversöhnter Feindschaft verharrt. Wirtschaftliche Annäherungen und Eisenbahn-Konvention, evtl. Schleifung der Festungen. Schonung Frankreichs; koloniale Kompensationen. — M. berichtet über Bissing<sup>1</sup>) und von Lancken<sup>2</sup>), die er sehr lobt. Bethmann werde sehr angegriffen; er lasse die Zügel schleifen usw. — Wir lassen keinen Zweifel, daß uns noch wichtiger als die Friedensformulierung das preußische Wahlrecht ist<sup>3</sup>). Ich entwickle die Vorteile einer Reform nach dem Muster des elsaß-lothringischen Wahlrechts; zeige, wie die ganze Politik und die Entwicklung der Schwierigkeiten mit der monarchischen Spitze. M. wird an das Auswärtige Amt (v. Radowitz)<sup>4</sup>) berichten.

Sonnabend, 10. April. Gebe die ersten 5 Kapitel meines Buches<sup>1</sup>) druckfertig an *Bruns*; 70 Mark für den Bogen und 100 Mark Schreibmaschinenkosten; 3000 Auflage; Übersetzungsrecht mir vorbehalten.

Unterredung mit Dr. G. Mayer, der mit einem "jüngeren Herrn im Reichskanzleramt<sup>2</sup>)" über die preußische Wahlreform gesprochen. Wenig erfreuliches Resultat: allgemeines Wahlrecht widerspricht der preußischen Eigenart. Der Adel hat sich in seiner bevorzugten Stellung im Kriege glänzend bewährt. Eine Wahlreform kommt, aber bescheiden; das elsaß-lothringische Muster ganz unmöglich für Preußen usw. Ich erkläre M., daß dann die Sozialdemokratie auf der ganzen Linie in die schärfste Opposition treten werde, mit einer Wucht und Wut wie nie zuvor, bis diese Regierung weggefegt sei; auch das Mittel des politischen Massenstreiks sei anwendbar. Er deutet wieder an, daß vielleicht ein Reichskanzler aus den Reihen des Militärs kühner und freier dem Volke entgegenkommen werde als Bethmann. Offenbar sucht er dafür Stimmung zu machen. —

Unterredung mit *Ebert* gestern und heute wegen der in Wien geplanten Besprechung mit den österreichischen Genossen wegen der Friedensformulierungen<sup>3</sup>). Ich gebe *Ebert* eine Fixierung der Punkte, die erörtert werden müssen.

<sup>6. 4. 1915:</sup> ¹) Generaloberst Frhr. von Bissing, Generalgouverneur in Belgien. ²) Oskar Frhr. von der Lancken-Wakenitz, Chef der politischen Abteilung beim Generalgouverneur in Belgien. ³) Über diese Gespräche mit David und Scheidemann vgl. Mayer S. 238: "Beiden machte die Verletzung der belgischen Neutralität weniger Kopfschmerzen als Bernstein — und mir. [...] Wiederum bemerkte ich bei diesem Anlaß, wie ungeschult selbst die führenden Männer der deutschen Sozialdemokratie in bezug auf die Probleme der internationalen Politik waren. [...] Politik hieß für sie bisher innere Politik. Gegenwärtig kreisen ihre Wünsche hauptsächlich um das preußische Wahlrecht. Von diesem Angelpunkt aus erhoffen sie nicht allein die Demokratisierung Deutschlands, sondern selbst die dauernde Pazifizierung Europas." ¹) Wilhelm von Radowitz, Legationsrat, ab November 1917 Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt.

<sup>10. 4. 1915: 1)</sup> Vgl. 31. 10. 1914 (Anm. 5). 2) Legationsrat Kurt Riezler; s. Mayer S. 236 f. 3) S. 3. 4. 1915 (Anm. 3).

Keine Zukunftsideal-Formulierungen, sondern real mögliche Direktiven für unsere Regierung! Das deutsche Interesse der politischen und wirtschaftlichen Sicherung Hauptsache.

Mittwoch, 14. April. Haenisch berichtet entsetzt über das Niveau einer Versammlung in Wilmersdorf; die blödesten, rüdesten Anwürfe und gänzliche Negierung nationaler Gedanken und Pflichten. Ich rege eine Zusammenfassung der Berliner politischen und gewerkschaftlichen, rednerischen und journalistischen Kräfte zwecks gemeinsamer Bearbeitung des Berliner Bodens an.

Mit Adolf Jacobsen und Dr. Fränkel Unterredung im Archiv wegen deren geplanter Wochenschrift, die Liberale und reformistische Sozialisten zur Mitarbeit vereinigen soll<sup>1</sup>). Ich weise das spezifizierte Programm zurück; empfehle ihnen Beschränkung auf den Kampf um gleiches Recht und Bildungszugänglichmachung. Stelle unter dieser Bedingung gelegentliche Mitarbeit in Aussicht. — Beide Personen erscheinen mir nicht [als] die richtigen Männer für eine solche Zeitschrift.

Schöpflin berichtet über Helfferichs Mitteilungen über die finanziellen und sonstigen Opfer des Krieges²). Bis jetzt hat er 13 Milliarden Bargeld verschlungen; bis Herbst wird der volkswirtschaftliche Schaden 50 Milliarden = ein Fünftel des deutschen Nationalvermögens betragen; tief einschneidende Steuergesetze werden kommen. Die Verluste an Toten nähern sich 300000. Man war allerseits entsetzt. Die Opfer übersteigen alles, was man erwartet hatte. — Es geht den Kriegführenden wie den Spielern. Anfangs rechnet man mit bescheidenen Verlusten; dann fragt man immer weniger nach den Einsätzen. In der Leidenschaft und Wut opfert man Ungeheures. Erst hintennach merkt man, daß man ein armer Mann geworden.

Donnerstag, 15. April. Der Fahrstuhlführer übergibt mir eine neue Zeitschrift: Die neue Internationale<sup>1</sup>), die gestern abend in allen Zahlstellen vertrieben worden ist. Das ist die offene Kampfansage der Luxemburg, Mehring, Liebknecht, Ströbel usw. Das ist gut. Nun müssen die offiziellen Parteiinstanzen den Handschuh aufnehmen. Das ist die erste Aktion der beginnenden Spaltung. Die Opposition ist dabei so untaktisch, alles von sich abzustoßen, was nicht ganz waschecht im Sinne der R.L. ist und auf Nation, Vaterlandsverteidigung usw. pfeift. Auch Kautsky, Hoch und andere Radikale werden schwer mitgenommen. Jetzt wäre jede Schonung ein schwerer Fehler. Mögen sie absplittern. Massen dürfen sie nicht mitreißen. —

<sup>14. 4. 1915:</sup> ¹) Näheres ließ sich nicht feststellen. ²) Bezieht sich offenbar auf die Mitteilung, die *Helfferich*, seit 26. 1. 1915 Staatssekretär des Reichsschatzamtes, in der Budgetkommission am 13. 4. gemacht hatte; vgl. Schulthess 1915/I S. 161 f.

<sup>15. 4. 1915: 1)</sup> Heft 1 der Zeitschrift Die Internationale. Eine Monatsschrift für Praxis und Theorie des Marxismus, hrsg. von Rosa Luxemburg und Franz Mehring, erschien am 15. 4. 1915; nachdem die erste Nummer beschlagnahmt worden war, wurden die künftigen unter Vorzensur gestellt. S. Vorwärts 29. 4. 1915; vgl. den Bericht Wilhelm Piecks in: Dokumente und Materialien II/1 S. 135 f. Während des Krieges erschien keine weitere Nummer, die zweite trägt das Datum

Bruns will mein Bielefelder Schriftchen in verkürzter Form zum Massenvertrieb haben<sup>2</sup>). Es soll das erste Gegengift sein.

Alle Kriegführenden hoffen auf den Sieg. Es geht im Krieg wie mit einer Krankheit. Mag sie immer schlimmer werden, die Hoffnung auf Genesung richtet sich nach jeder neuen Attacke und jedem neuen todverkündenden Symptom immer wieder auf. Zuletzt glaubt der Sterbende noch an ein Wunder, das ihn retten wird. In England und Frankreich hat man schon gesiegt; die Deutschen sind in der Phantasie schon aus Belgien und Frankreich hinausgeworfen. Hervé³) verteilt in der Antwort auf das neue Manifest der Liebknecht-Gruppe schon das deutsche Land⁴). — Klara Zetkin betreibt die Friedensaktion und die "beginnende proletarische Revolution" zu gleicher Zeit. Sie ist auch nachgerade völlig unzurechnungsfähig geworden.

Sonnabend, 17., und Sonntag, 18. April. Konferenz des Bundes Neues Vaterland im Kaiserhof.

Gespräch mit Graf v. d. Groeben<sup>1</sup>) über die Politik Bülows zu Frankreich. — Bericht der Professoren R. Goldscheid<sup>2</sup>) und W. Schücking<sup>3</sup>) über die Haager Konferenz<sup>4</sup>). Diskussion: Eduard Bernstein gegen Jastrow. David<sup>5</sup>). — Curt Hahns Vortrag über England sehr instruktiv. Gespräch mit seiner Mutter, die stolz und glücklich ist über den Sohn. Ich mache Rückschlüsse und bin bewegt. — Am Mittag bei Zuelzers<sup>6</sup>) zu Tisch. Sehe das Bild von Frank.

Dienstag, 20. April. Konferenz mit Heine, Südekum und Cohen[-Reuß] im Café Fürstenhof. Heine berichtet über Verhandlungen mit Rußland<sup>1</sup>). Wir besprechen Presseaktion zugunsten Englands. — H. soll nochmals betr. Lonsdale den Reichskanzler erinnern<sup>2</sup>).

vom 30. 5. 1919. <sup>2</sup>) S. 6. und 7. 3. 1915 (Anm. 1). <sup>3</sup>) Gustave Hervé, führender französischer Sozialist. <sup>4</sup>) Vgl. Hervés Artikel in La Guerre Sociale vom 8. 4. 1915, zitiert in: Partei-Correspondenz 10. Jg. S. 46 f. (8. 5. 1915).

<sup>17.</sup> und 18. 4. 1915: 1) Unico Graf von der Groeben, ehemaliger Botschaftsrat an der deutschen Botschaft in Paris, während des Krieges zur Disposition gestellt; stand dem Bund Neues Vaterland nahe. Zu seinen Ansichten über die deutsche Frankreich-Politik vgl. Lehmann-Rußbüldt S. 12 f., der von einem kurz nach Kriegsausbruch geführten Gespräch zwischen Groeben und Tepper-Laski berichtet, in dem Groeben auseinandergesetzt habe, "wie verkehrt die deutsche Politik in Frankreich" gewesen sei; Frankreich sei besonders zur Zeit der Marokkokrise zu jedem Entgegenkommen bereit gewesen, selbst Delcassé habe ursprünglich diese Haltung gezeigt; vgl. weiter Lehmann-Rußbüldt S. 18 ff. 2) Rudolf Goldscheid, Obmann der Soziologischen Gesellschaft, Wien, und des österreichischen Monistenbundes. 3) Professor Dr. Walther Schücking, Staatsrechtler an der Universität Marburg. 4) Eine vom holländischen Anti-Oorlog Raad (Antikriegskomitee) einberufene Tagung vom 7. bis 11. 4. 1915 in Den Haag; sie war von Teilnehmern aus Holland, Norwegen, Schweden, der Schweiz, England und Deutschland (von Tepper-Laski, Lehmann-Rußbüldt, Schücking und Ludwig Quidde) besucht; vgl. Lehmann-Rußbüldt S. 27 ff. und 153 ff., Grappin S. 20 ff. 5) Vgl. Lehmann-Rußbüldt S. 31: "Schon in unseren Versammlungen vom 17. und 18. April [1915] waren bezüglich der sogenannten Schuldfrage zwischen den Abgeordneten David und Bernstein tiefe Differenzen zum Ausdruck gekommen." 6) Schwiegereltern Albert Südekums.

Donnerstag, 22. April. Abends bei Frau Hahn. Geheimrat Reinhardt, alter Bekannter aus der Bielefelder Zeit. Frau Du Bois-Reymond, Björn Björnson<sup>1</sup>); ich vertraue ihm den Fall Lonsdale<sup>2</sup>) an, gebe ihm das Material; Beeinflussung des Auswärtigen Amtes und des amerikanischen Konsuls<sup>3</sup>). [...]

Sonnabend, 24. April. Der Parteivorstand hat sich zu einem Zirkular an die Funktionäre gegen die *Internationale*<sup>1</sup>) aufgerafft. Schöpflin will es in die Presse bringen. Ich dringe auf eine Konferenz mit einem größeren Kreis Berliner Intellektueller aus Partei und Gewerkschaften.

Sonntag, 25. April. Morgens mit M. Cohen bei Dr. Frobenius<sup>1</sup>), der den Orient bereist und im Auswärtigen Amt arbeitet, im Grunewald. Meinungsaustausch über das Verhältnis zu England (Belgien, Orient, Ägypten). Ich gehe auf den Zusammenhang der äußeren und inneren Politik ein. Preußische Landtagsreform. F. legt mir ein Gespräch mit dem Kaiser nahe. Er selbst geht demnächst ins Hauptquartier. Ich lasse den Gedanken in der Schwebe. [...]

Montag, 26. April. Konferenz im Heidelberger: Schöpflin, M. Cohen[-Reuß], Poetzsch<sup>1</sup>), Adolf Cohen<sup>2</sup>), Kloth<sup>3</sup>), Leipart, Pagels, A. Neumann: Holzarbeiter<sup>4</sup>), [Gustav] Bauer, Robert Schmidt, Jansson, Baumeister. Wir sind im Grunde alle einig, aber die Gewerkschafter weisen meine Anregung, offiziellen Einfluß auf den Vorwärts zu verlangen, zurück. Ich zeige die Gefahr, daß die Massen in Berlin uns ganz entrungen werden. Schriftenvertrieb. Regelmäßige Zusammenkunft.

Dienstag, 27. April. Große Versammlung in Kellers Festsälen, Koppenstraße. Haases Referat eine demagogische Glanzleistung. Ekelhaft. Die Jugend hat die

<sup>20. 4. 1915: 1)</sup> Vgl. dazu Rudolf Stadelmann, Friedensversuche im ersten Jahre des Weltkrieges, in: *Historische Zeitschrift* Bd. 156 (1937) S. 516 ff. 2) Vgl. 22. 4. 1915.

<sup>22. 4. 1915: 1)</sup> Ehemaliger Direktor des norwegischen Nationaltheaters. 2) Vgl. 28. 12. 1914 und 28. 4. 1915 — Dittmann, Erinnerungen (Das Kriegsjahr 1915) berichtet, Scheidemann habe in der Fraktionssitzung vom 17. 5. 1915 mitgeteilt, der Parteivorstand habe eine Eingabe an Bethmann Hollweg gerichtet und Wahnschaffe habe erklärt, Lonsdale werde nach dem Krieg begnadigt werden. In der Tat ist das Todesurteil nicht vollstreckt worden; vgl. Frankfurter Zeitung 27. 4. 1916 (2. Morgenblatt) und 28. 12. 1914 (bes. Anm. 1). 3) Die amerikanische Botschaft in Berlin vertrat die Interessen der britischen Kriegsgefangenen in Deutschland; vgl. Gerard S. 166 ff., der allerdings den Fall Lonsdale nicht erwähnt.

<sup>24. 4. 1915: 1)</sup> S. 15. 4. 1915 (Anm. 1).

<sup>25. 4. 1915: 1)</sup> Der Ethnologe Leo Frobenius, der während des Krieges im Auftrag des Auswärtigen Amtes Abessinien bereiste.

<sup>26. 4. 1915:</sup> ¹) Hugo *Poetzsch*, Gewerkschaftsjournalist. ²) Führend im Metallarbeiterverband, Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften. ³) Emil *Kloth*, Vorsitzender des Buchbinderverbandes. ⁴) Adam *Neumann*, Funktionär des Holzarbeiterverbandes.

vorderen Reihen besetzt und macht mir durch fortgesetzte Zwischenrufe Opposition. Das Niveau ist entsetzlich tief. Trotzdem kein unbedeutender Beifall. Es ist eine Minderheit für uns da, die gestärkt werden muß.

Mittwoch, 28. April. Gespräch mit Poetzsch, Haenisch, Schöpflin, Wels über die Frage, wie in Berlin an die Massen heranzukommen ist. — Lonsdale: Todesurteil bestätigt<sup>1</sup>). Gehe mit Scheidemann in die Reichskanzlei. Lange Unterhaltung mit Wahnschaffe<sup>2</sup>); er hat schon mit dem Reichskanzler telefoniert und wird unsere Anregung weitergeben. Wir selbst werden noch ein direktes Schreiben an den Reichskanzler richten. — Gespräch mit Wahnschaffe auch über das Verhältnis zu England. Er nimmt Bezug auf die Diskussion im "Neuen Vaterland<sup>3</sup>)". Ferner über die Kartoffelfrage. — Abends Gespräch mit Wurm<sup>4</sup>) über das Luftstickstoff-Monopol<sup>5</sup>).

Donnerstag, 29. April. Liefere das letzte Manuskript in die Druckerei<sup>1</sup>). Der Felsblock ist auf den Gipfel gewälzt. Eine Zeit schwerer Überarbeitung liegt hinter mir. Ich atme tief auf.

Freitag, 30. April. Habe zum erstenmal wieder reichlich geschlafen. Nun werde ich mit mehr Ruhe den Kampf weiterführen können. — Ich ermuntere Scheidemann und Winnig, im Vorwärts selbst zu antworten<sup>1</sup>). Das "Zentralorgan" muß gezwungen werden, den Weg zu den Berliner Massen freizugeben.

Nachmittags Aussprache mit Curt *Hahn*, der der deutschen Diplomatie eine große Schuld insofern zuschreibt, daß sie [nicht²)] eine Kraftprobe auf den Zusammenhalt der Entente riskiert habe.

Zusammentreffen mit Prof. Lepsius<sup>3</sup>), der mehr Gelehrter als Politiker zu sein scheint.

<sup>28. 4. 1915: 1)</sup> Vgl. 28. 12. 1914, 20. 4. 1915 und 22. 4. 1915 (Anm. 2). 2) Das Gespräch mit Wahnschaffe bezog sich wahrscheinlich zunächst auf den Fall Lonsdale; vgl. 22. 4. 1915 (Anm. 2). 3) Vgl. 17. und 18. 4. 1915. 4) Emanuel Wurm, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, von Beruf Chemiker; schloß sich später der USPD an. 5) Die Stickstoff-Kommission, der Wurm angehörte, sollte am 18. 5. 1915 zusammentreten; vgl. Quellen 3/II Nr. 362 und 364.

<sup>29. 4. 1915: 1)</sup> Vgl. 31. 10. 1914 (Anm. 5).

<sup>30. 4. 1915:

1)</sup> Es handelt sich wahrscheinlich um eine Anregung, auf folgende im Vorwärts erschienene Artikel zu entgegnen: 1. Stimmen aus der Partei, in: Vorwärts 30. 4. 1915 (1. Beilage) (Wiedergabe eines in der Stampferschen Korrespondenz erschienenen Artikels Scheidemanns mit einem kritischen Kommentar der Vorwärts-Redaktion); 2. Ein Kritiker des Vorwärts, in: Vorwärts 29. 4. 1915 (1. Beilage) (Polemik gegen einen in den Sozialistischen Monatsheften 21. Jg./I S. 377 ff. erschienenen, gegen den Vorwärts gerichteten Aufsatz Winnigs). Es ließ sich weder eine Entgegnung Scheidemanns noch Winnigs auf die genannten Vorwärts-Artikel nachweisen. — August Winnig war zweiter Vorsitzender des Bauarbeiterverbandes.

2) Lesart möglicherweise "nie".

3) Prof. Dr. Johannes Lepsius beschäftigte sich während des Krieges besonders mit der armenischen Frage; er gehörte später zu den Herausgebern der Dokumentensammlung Die große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914, Berlin 1922—1927.

Sonnabend, 1. Mai. Aussprache mit Schöpflin, der die Berliner Dinge1) gehenlassen will, überhaupt matt geworden ist, und Haenisch, der für Aktion ist. Die Frauen haben ein Friedensflugblatt in Berlin verbreitet. Poetzsch teilt mit, daß der Vorstand des 4. Kreises den Jugendlichen Vorhaltungen gemacht hat. Es steht fest, daß diese systematisch im Dienst der Opposition arbeiten und die Internationale verbreitet haben. — Haases Rede in Frankfurt ist ausführlich von der Frankfurter Volksstimme wiedergegeben2). Aussprache mit Ebert. Ich rege ein Vorgehen des Fraktionsvorstandes und Parteivorstandes (Mehrheit gegen Minderheit) an; Manifest, Artikel im Vorwärts, Flugblatt. Er lehnt ab, da Haase das Recht habe, auch seine Meinung zu äußern; meint, ich oder andere einzelne sollen vorgehen. Ich zeige ihm die Notwendigkeit, die Rechte und Mitte<sup>3</sup>) zusammenzuhalten und den offiziellen Apparat in den Dienst der Mehrheitspolitik zu stellen. Er nimmt die Anregung, eine Serie von Flugschriften hinauszuwerfen und eine Erklärung zur Friedensfrage vom Stand[punkt] der Mehrheit zu erlassen, in Erwägung4). — Die Vorstandsmitglieder fahren fortgesetzt im Lande umher in Dingen zweiter Ordnung (Stuttgart<sup>5</sup>)), so daß ihre Aktion gelähmt ist. — Sacerdote vom Avanti im Archiv, um die Haltung der Partei zu studieren.

Curt Baake im Archiv, fragt, ob die Artikel Heines, Cohens[-Reuß] usw. von einer Regierungsstelle bestellt seien. Er ist offenbar von der entgegengesetzt interessierten Strömung beauftragt. Ich sage nein und erfahre, daß die Notiz in der Norddeutschen Allgemeinen<sup>6</sup>) vom Generalstab ausgegangen ist; Italien, des-

<sup>1)</sup> Gemeint sind die oppositionellen Strömungen in der Berliner Parteiorgani-2) Am 20. 3. 1915 hatte sich Haase zusammen mit 29 Fraktionskollegen vor der Budgetabstimmung im Plenum aus dem Saal entfernt; s. Prager S. 60. In den darauffolgenden Wochen hat Haase seine von der Fraktionsmehrheit abweichende Meinung in Versammlungen vertreten; vgl. Severings Schilderung einer Rede Haases in Nürnberg am 19. 4. 1915 (Brief an C. E. Frohme vom 20. 4. 1915, Durchschlag im Nachlaß Severing). Besonderes Aufsehen erregte Haases Rede in Frankfurt am 28. 4. 1915: auf einen Zuruf aus der Versammlung, daß er ja selber die Fraktionserklärung am 4. August abgegeben habe, erwiderte er, er sei dazu gezwungen worden, um die Einheit der Partei zu wahren; s. Frankfurter Volksstimme 29. 4. 1915 (Beilage). 3) Zum Begriff der "Mitte" vgl. die im Verlag der Internationalen Korrespondenz (A. Baumeister) anonym erschienene Schrift Bilder aus unserer Reichstagsfraktion I. Die Mitte, von einem alten Parlamentarier, Berlin-Karlshorst 1915. 4) Zur Realisierung dieses Vorschlags vgl. Hermann Müllers Bericht Protokoll SPD-Parteiausschuß 30. 6./1. 7. 1915 S. 84: "Trotzdem die deutschen Wünsche im Ausland kein Echo fanden, beschloß der Parteivorstand am 7. Mai auf Antrag Eberts, in einem Aufruf oder Flugblatt die Stellung der Partei zum Frieden und zur Annexionsfrage zu behandeln und dabei insbesondere zu sagen, was die Partei getan habe, um eine internationale Kundgebung für den Frieden zu fördern." Die Veröffentlichung des als Flugschrift verbreiteten, auf den 23. 6. 1915 datierten Manifests des Parteivorstandes "Sozialdemokratie und Frieden", abgedruckt in: Partei-Correspondenz 10. Jg. S. 143 ff. (24. 7. 1915), ist laut redaktioneller Notiz, a.a.O., wegen des Eintritts Italiens in den Krieg verschoben worden. Der Vorwärts und andere Blätter sind wegen seines Abdrucks verboten worden. Vgl. dazu auch 23. 6. 1915, 24. 6. 1915 und 29. 6. 1915. 5) Im Konflikt um die Schwäbische Tagwacht hatte der Parteivorstand zugunsten der Entscheidung des Landesvorstandes Stellung genommen; vgl. 5. 11. 1914; vgl. weiter Protokoll SPD-Parteiausschuß 7./8. 4. 1915 S. 59 f. und S. 73 ff. Von welch weittragender Bedeutung der Parteivorstand die Württemberger Vorgänge hielt, zeigt die Äußerung Hermann Müllers, a.a.O. S. 81: "Was in Württemberg geworden ist, kann morgen in jedem anderen Bezirk passieren, wenn eine Minderheit mit gefaßten Beschlüssen unzufrieden ist. Wir wären pflichtvergessen gewesen, wenn wir nicht scharf eingegriffen hätten." 6) Gemeint ist ein in der

sen Haltung wieder ganz kritisch, werde durch die Verständigungsneigung Deutschlands mit England gegen uns gestimmt. (?) Ich entwickle B. die Notwendigkeit der Verständigung mit dem Westen; das Verfehlte zu glauben, man könne mit der russischen Völkermasse einen Frieden auf Treu und Glauben erhalten, um jahrelang dann im Vernichtungskampf gegen England und Frankreich sich selbst zu erschöpfen. Das wäre die Erschöpfung der germanischen Völker zum Nutzen der slawischen, romanischen, ostasiatischen und amerikanischen Welt. B. ist für die Annexion Belgiens aus Gründen der militärischen Sicherung. Ich sage, daß sie alles andere als das sein würde. Aber, wenn die Regierung uns in der Frage der Friedensbedingungen einigermaßen hinter sich haben wolle (prinzipielle Proteste vorbehalten), so sei die Voraussetzung eine alsbaldige klare Erklärung hinsichtlich der preußischen Wahlreform. Ich kläre ihn über die wachsende Gegenstimmung in der Partei auf; sage, daß ich die schlimmsten inneren Erschütterungen voraussehe, wenn das ausbleibt; die ganze Partei in die äußerste Opposition treten werde; ein zweites Mal eine Haltung wie am 4. August ausgeschlossen erscheine.

Erwäge den ganzen Tag, was zu tun sei. Komme zu dem Schluß, ein Memorandum an den Reichskanzler zu richten: videant consules?).

Montag, 3. Mai. Sitzung des "Neuen Vaterlandes". Vortrag von Dr. Stein<sup>1</sup>) über Rußland. Breitscheid redet auf hetzend gegen Regierung.

Dienstag, 4. Mai. Fortsetzung der Versammlung in Kellers Festsälen. Diskussionsredner Büchner<sup>1</sup>), Wengels (ein alter verbohrter, naiv-gerissener Demagoge), Poetzsch. Haase infam; der Krieg bereits ein Eroberungskrieg, die Situation gleich 1870 nach Sedan. Das sagt derselbe Mann, der nach der Unterredung mit dem Reichskanzler am 20. März selbst seinen Friedenspassus abschwächte<sup>2</sup>) und weiß, daß die Regierung die Eroberungspolitiker verleugnete. — Ich konnte nur seinen Widerspruch hinsichtlich der Vaterlandsverteidigung festnageln.

Norddeutschen Allgemeinen Zeitung 25. 4. 1915 erschienenes Dementi von Gerüchten über die Anbahnung von Friedensverhandlungen; vgl. dazu Lehmann-Rußbüldt S. 30. 7) Vgl. Hermann Müllers Bericht Protokoll SPD-Parteiausschuß 30. 6./1. 7. 1915 S. 84: "In der gleichen Sitzung [des Parteivorstandes vom 7. 5. 1915] wurde auf meinen Antrag hin ein Memorandum an die Regierung beschlossen, das die Stellung der Partei zur politischen Situation klarlegen sollte." Die vom Partei- und Fraktionsvorstand unterzeichnete Eingabe an den Reichskanzler vom 25. 6. 1915 ist veröffentlicht in: Partei-Correspondenz 10. Jg. S. 189 (31. 7. 1915), abgedruckt auch bei Grumbach S. 429 ff. Vgl. dazu auch 25. und 26. 6. 1915.

<sup>3. 5. 1915: 1)</sup> Vermutlich Dr. Ludwig Stein, Professor der Philosophie an der Universität Berlin, Herausgeber und Chefredakteur der für internationale Verständigung werbenden Monatsschrift Nord und Süd.

<sup>4. 5. 1915: 1)</sup> Otto Büchner, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, schloß sich später der USPD an. 2) Gemeint ist zweifellos Haases Reichstagsrede vom 10. 3. 1915 und die Unterredung der Parteivertreter mit Bethmann Hollweg und Delbrück am 8. 3. 1915; vgl. 8.—10. 3. 1915; vgl. weiter Quellen 3/II Nr. 360 (bes. Anm. 5) und 361 (bes. Anm. 4).

An dem Punkt wird man ihn später gründlich anpacken und unschädlich machen müssen.

Sonnabend, 8. Mai. Beende die Korrektur der Fahnen, die mich die ganze Woche beschäftigt hat. Wieder eine große Arbeit.

Die Frauen haben ein Flugblatt von der Berner Konferenz<sup>1</sup>) geheim verbreitet, das sie "zur Tat" aufruft. — 18 in Berlin verhaftet. Die Polizei weiß alles aus ihren Konferenzen. Die illegale Organisation zeigt sofort das doppelte Gesicht.

Dienstag, 11. Mai. Im Heidelberger abends Konferenz der Berliner Freunde: [Gustav] Bauer, Cohen[-Reuβ], Schöpflin, Haenisch, Poetzsch, Pagels, Kloth, Neumann, Leipart. Aussprache: Skandal Haase!<sup>1</sup>)

Freitag, 14. Mai. Budgetkommission<sup>1</sup>). — Im Heidelberger abends Konferenz mit den Redakteuren zur Vorbereitung der Redakteur-Konferenz am Sonnabend: Stengele<sup>2</sup>), Adolf Müller, Severing, Bredenbeck<sup>3</sup>), Gradnauer<sup>4</sup>) und einige andere. Beschluß, eine zentrale Informationsstelle zu schaffen; Schöpflin damit betraut.

Sonntag, 16. Mai. Im Heidelberger abends Vorbesprechung mit den Fraktionskollegen. Anwesend nur zehn bis zwölf. Heine fast nicht mehr zu behandeln. Krankhafte Gereiztheit und persönliche Empfindlichkeit; die Sozialdemokraten sind doch "vaterlandslose Gesellen". — Ich bin sehr deprimiert. Nicht ein einziger Mitarbeiter erster Qualität und eigener Initiative. Schöpflin ist in letzter Zeit sehr lahm. Nur Cohenf-Reuß] ist eifrig; aber zu unerfahren und zu entfernt.

Mittags war ich draußen bei Südekum; war unter Feuer vor Lille<sup>1</sup>); seine Frau sehr gedrückt. — Lese letzte Korrektur.

Montag, 17. Mai. Vormittags 9 Uhr Fraktionsvorstand. *Haase* ist durch die italienische Krisis<sup>1</sup>) von einer Friedensdemonstration im Reichstag abgebracht, aber *Hoch* legt Interpellation über Kriegsziele vor<sup>2</sup>). Unglaublich! Vermutung über Zusammenhang zwischen Zentrum<sup>3</sup>) und *Hoch* usw.

<sup>8. 5. 1915: 1)</sup> Vgl. 23. 3. 1915 (Anm. 3).

<sup>11. 5. 1915: 1)</sup> Vgl. 1. 5. 1915 (Anm. 2).

<sup>14. 5. 1915:

1)</sup> Vgl. Schulthess 1915/I S. 173 ff.

2) Gustav Stengele, Redakteur des Hamburger Echo.

3) Anton Bredenbeck, Redakteur der Dortmunder Arbeiterzeitung.

4) Dr. Georg Gradnauer, Reichstagsabgeordneter, Chefredakteur der Dresdner Volkszeitung.

<sup>16. 5. 1915: 1)</sup> S. Nachlaß Südekum 55.

<sup>17. 5. 1915: 1)</sup> S. Schulthess 1915/II S. 953 ff. 2) Vgl. Quellen 3/II Nr. 367. 3) Gemeint ist die Parteimitte; vgl. 1. 5. 1915 (Anm. 3). 4) Nach Dittmann, Erinnerungen (Das Kriegsjahr 1915) hatte Liebknecht, unterstützt von Stücklen, Ledebour und Haase, gefordert, in die Budgetkommission delegiert zu werden, um dort Beschwerden gegen Eingriffe in seine Immunität sowie

10 Uhr Fraktionssitzung<sup>2</sup>). Debatte über Hochs Interpellation; abgelehnt mit 57 gegen 27! — Liebknecht-Episode und Erfolg! Vereinbarung mit Scheidemann betr. Verhinderung<sup>4</sup>). Abends Heidelberger: Besprechung des rechten Flügels; 20 anwesend; auch Lensch. Auf meinen Antrag wird Ebert als Redner für den 27. Mai<sup>5</sup>) in Aussicht genommen; auf keinen Fall Haase; wenn zweiter Redner, dann ich. Ich habe Ebert heute dafür zu gewinnen gesucht; halbe Zusage; scheut die hochpolitische Rede.

Dienstag, 18. Mai. Vormittags Budgetkommission¹). Der Reichskanzler will reden; Verhandlung mit Wahnschaffe, daß wir schweigen; bearbeite Scheidemann betr. Konferenz mit dem Reichskanzler²). — Lese den Rest der Korrektur meines Buches. Es ist fürchterlich, wie sich die Arbeit ineinander keilt, und dabei wieder tagelang ein einziger Zustand innerster Erregung.

2 Uhr Plenarsitzung. Reichskanzler über Italien<sup>3</sup>). — Der tiefe Ernst und die große Spannung vor dem neuen Unheil. — Kriegspsychose eines Volkes; allen Berichten nach entscheidet dort nun wirklich mal "das Volk", und es entscheidet für den Krieg. — Eine skrupellose bündnisbrüchige Erpresserpolitik kleidet sich in die hochtönendste nationale Rhetorik. — Unsere Radikalen scheinen sich über die Entwicklung fast zu freuen; geschieht der deutschen Regierung, den Junkern und Militaristen ganz recht; ein fast pathologischer Mangel an Gefühl für das eigene Land; höhnische Bemerkungen hinter mir (Antrick?) bei dem Ausdruck des Präsidenten über das "geliebte Vaterland<sup>4</sup>)".

gegen Kriegsgerichtsurteile, die Behandlung der Armierungssoldaten (Liebknecht war im Februar 1915 als Armierungssoldat eingezogen worden) und der eingezogenen Oberelsässer vorbringen zu können. Davids Andeutung bezieht sich wahrscheinlich auf eine Absprache mit Scheidemann, die Delegierung zu verhindern.

5) Gemeint ist die auf den 28. 5. 1915 angesetzte Reichstagssitzung; nach den in dieser Sitzung vor Eintritt in die Tagesordnung abgegebenen Erklärungen Bethmann Hollwegs vertagte sich das Plenum auf den 29. 5. 1915; Ebert sprach am 29. 5. 1915; s. Sten. Ber. Bd. 306 S. 171 f.; vgl. auch 29. 5. 1915.

<sup>18. 5. 1915:</sup> 1) S. Schulthess 1915/I S. 184 ff. 2) Eine Unterredung mit dem Reichskanzler, an der Ebert, Haase, Molkenbuhr und Scheidemann teilnahmen, fand Ende Mai statt; vgl. Scheidemann, Memoiren I S. 346 ff.; ferner die Tagebucheintragung Molkenbuhrs vom 26. 5. 1915 (Nachlaß Molkenbuhr): "Vom Reichskanzler eingeladen. Er unterhält sich mit uns über die politische Lage. Leider weiß er auch nicht viel mehr als gewöhnliche Sterbliche. Die Behauptung, daß Frankreich nun Vasallenstaat Englands wird und der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands große Hindernisse entstehen, sind höchstens ein Beweis, daß auch der Reichskanzler bei Beurteilung großer Dinge von kleinen Gesichtspunkten ausgeht. Er möchte wenigstens Belgien für Deutschland retten. Annektionen will er nicht, aber wirtschaftlich mit Deutschland verbinden. Er denkt an eine Zollunion, gemeinschaftliche Eisenbahntarife, Einführung der Arbeiterversicherung und Sozialgesetze und wenn es angeht, Ersetzung des Code Napoleon durch das Bürgerliche Gesetzbuch. Ich bin gewiß kein Gegner der Arbeiterversicherung und ich agitiere dafür, daß die Arbeiter in allen kapitalistischen Staaten für Einführung der Arbeiterversicherung eintreten sollen, und doch kann ich mir keinen unglücklicheren Einfall denken als durch den Friedensschluß den Belgiern diese Gesetze aufzuzwingen. Der Reichskanzler ist in der Denkweise der Kapitalisten befangen. Er glaubt, daß unsere Industrie durch die Ver-3) S. Sten. Berichte Bd. 306 S. 138. sicherung furchtbar belastet ist." nach den Worten des Reichstagspräsidenten: "[. . .] sieht das deutsche Volk ruhig der Zukunft

4 Uhr: Aussprache mit *Peirotes* und über den Fall *Martin*<sup>5</sup>). Es besteht eine französisch-nationalistische Bewegung in der reichsländischen Sozialdemokratie. *P.* erklärt, er sei kein französischer Nationalist, sondern national indifferenter Sozialist; bestreitet, nationalistische Äußerungen getan zu haben, und weist den Gedanken ab, daß er sein Mandat mißbrauchen könne.

Darnach Fraktionsvorstand: Auseinandersetzung mit *Haase* und *Hoch*, ob die Fälle im Plenum behandelt werden sollen. *Hoch* beharrt darauf; ein geradezu unglaublich starrsinniger, borniert doktrinärer Mensch.

Inzwischen heftige Vorgänge betr. Liebknechts Mißhandlung[sangelegenheit] usw. in der Budgetkommission<sup>6</sup>). — Hoch schlägt Haase als Redner vor, ich Ebert<sup>7</sup>). Kein formeller Beschluß gefaßt, aber der Sache nach Majorität für Ebert selbstverständlich. — Nach Haases Weggang große Überraschung für mich: Ebert persönlich gereizt über das Unterlassen der Abstimmung, erklärt, nun werde er nicht reden. Fast unbehandelbar. Ich gehe noch ein Stück durch die Dorotheenstraße mit ihm, setze ihm die Bedeutung der Sache auseinander; Friedensfrage; nationale und internationale Tragweite; vergebens! —

Gehe von sehr schweren Gedanken bewegt nach Hause. Es ist unmöglich, auch nur annähernd das hier festzuhalten, was in diesen Tagen, Wochen und Monaten innerlich bewältigt werden muß; ich begreife kaum, wie ich das aushalte; die Last der Arbeit und Verantwortung beugt meine Seele. Wird es gelingen, das Große zu erringen, das Hinabsinken in chaotische Verwirrung zu verhindern? Wie klar sehe ich den richtigen Weg, und wie unendlich schwer ist es, die Partei auf ihm vorwärtszuführen. Doppelt schwer bei meiner unzureichenden Stellung und dem Versagen der nächsten Mitarbeiter.

Mittwoch, 19. Mai. Lange Unterredung mit *Ebert*. Er verspricht, die Rede zu halten<sup>1</sup>). Wesensgegensatz zwischen ihm und *Haase*: innere Scheu und feinfühlige persönliche Zurückhaltung, im Gegensatz dazu: Chudzpe.

Donnerstag, 20., bis Sonnabend, 22. Mai. Ebert unterbreitet mir den Entwurf seiner Rede. Lange Besprechung. Auch ich halte die kurze Behandlung der Friedensfrage, kein Eroberungskrieg und die innere Konzession für gut. Die Hauptsache ein starkes neues Bekenntnis zu unserem Lande, angesichts der erhöhten Gefahr.

entgegen, die [...] die Entwicklung aller unserer Kräfte bringen soll zum Heile und zur Größe unseres geliebten Vaterlandes", nur "Lebhafter Beifall" vermerkt. 5) Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Peirotes war aus Straßburg ausgewiesen worden; vgl. die Diskussion über den Fall Peirotes in der Budgetkommission vom 14. 5. 1915 bei Schulthess 1915/I S. 173 f. Die Sozialdemokraten Jean Martin und August Wicky waren in Mülhausen verhaftet worden, angeblich auf Grund von Äußerungen Emmels über deren franzosenfreundliche Haltung; vgl. Quellen 3/II Nr. 380 (bes. Anm. 2); vgl. ferner Das Elsaß von 1870—1932 II. Geschichte der politischen Parteien und der Wirtschaft, hrsg. im Auftrage der Freunde des Abbé Dr. Haegy von J. Rossé, M. Stürmel, A. Bleicher, F. Deiber, J. Keppi, Colmar o.J., S. 100. 6) Vgl. Schulthess 1915/I S. 174. 7) Vgl. 17. 5. 1915 (bes. Anm. 5).

<sup>19. 5. 1915: 1)</sup> Vgl. 18. 5. 1915 und 17. 5. 1915 (bes. Anm. 5).

Pfingsttage. Spreewald: Lübbenau-Burg-Lübbenau. [...] Herrliches Wetter, wunderbare Natur. Einsamkeit trotz des Zustroms von Berlinern. Überall die Feldgrauen zwischen den Ausflüglern und Eingeborenen. Welch ein Kontrast äußerlich und in der Seele. Wir liegen am Burger Schloßberg in der Nachmittagssonne. Wie ein dumpfes Verhängnis hängt der durch Italiens Eintritt<sup>1</sup>) verschärfte Weltkrieg über dem Gemüt: man kann ihm nicht entrinnen, Natur und Einsamkeit schaffen keine seelische Erleichterung. Dazu der schwere Druck des inneren Parteikampfes. Ich versuche mich durch Vernunftkraft zu befreien: ich bin nicht allein; alle tragen mit; ein großes starkes Volk kämpft um die Sicherung gesunder Weiterentwicklung. Alles wird nur eine Episode sein im großen Gang der Weltgeschichte; der Aufstieg wird endgültig durch nichts aufgehalten. Auch im innerparteilichen Kampf habe ich Mitkämpfer; das Land steht über der Partei. Selbst wenn es gelänge, sie in ihrer Mehrheit auf den verkehrten Weg zu führen, würde die Geschichte schließlich doch den richtigen Gang gehen; nur Verzögerung, Hemmung, keine endgültige Vernichtung des Aufstieges zur höheren Zweckmäßigkeit. Meine Verantwortung hört auf an der Grenze meiner Kraft; ich setze mein Bestes ein; gelingt mir nicht, was ich erstrebe, dann kein Grund zu innerem Vorwurf, zum Deprimiertsein, zur Verdüsterung jeder frohen Lebensstimmung; denn das bessert ja gar nichts, schwächt nur. Seltsam, daß sich der einzelne kleine Mensch für den Entwicklungsprozeß der ganzen Menschheit verantwortlich fühlt; das ist das Wesen des Pioniers. Die bewegende Kraft zum Aufstieg [ist] letztlich eine seelische Kraft. Religio.

Mittwoch, 26., bis Sonnabend, 29. Mai. Mein Buch läuft durch die Presse<sup>1</sup>). Endlich, endlich ist dieses chronische Leiden zu Ende.

Donnerstag, 27. Mai. Fraktionsvorstandssitzung 9 bis 11 Uhr. Haase will Lusitania im englischen Sinne zur Sprache bringen<sup>1</sup>). Ich spreche offen und herb. Führe eine Abstimmung betr. Hauptredner herbei<sup>2</sup>).

Fraktionssitzung<sup>1</sup>): Liebknecht und Bernstein eröffnen die Debatte<sup>3</sup>) völlig bar jedes nationalen Gefühls auch in der verschärften Situation. Aber Gegenstimmung in der Fraktion gut. Ein gesunder nationaler Egoismus protestiert heftig gegen das systematische Bestreben, Deutschland ins Unrecht zu setzen. Liebknecht: italienische und deutsche Regierung "gleiche Brüder, gleiche Kappen"<sup>4</sup>).

Pfingsttage: 1) Die italienische Kriegserklärung wurde am 23. 5. 1915 abgegeben.

<sup>26.—29. 5. 1915:</sup> Vgl. 31. 10. 1914 (Anm. 5).

<sup>27. 5. 1915: 1)</sup> Vgl. Quellen 3/II Nr. 368. 2) Vgl. 17. 5. 1915. 3) Im Fraktionsprotokoll, s. Anm. 1, wird ein Diskussionsbeitrag Bernsteins nicht erwähnt; nach Dittmann (Das Kriegsjahr 1915) und Giebel, s. Quellen 3/II Nr. 368 (Anm. 3), verlangte Bernstein, der Fraktionsminderheit solle gestattet werden, im Plenum eine gesonderte Erklärung abzugeben. Dittmann berichtet, a.a.O., sowohl Liebknecht als auch Bernstein hätten einen Protest gegen die Versenkung der Lusitania gefordert. — Das Fraktionsprotokoll a.a.O. vermerkt den Antrag Liebknechts auf Aufhebung des Belagerungszustandes. 4) Nach Dittmann, a.a.O., erklärte

B[ernstein]: Man darf die italienische Regierung nicht kritisieren<sup>5</sup>). Stadthagen: Interpellationsantrag! Haase: Lusitania! — Für Ebert gegen Haase 61 gegen 29 Stimmen<sup>6</sup>). Lusitania abgelehnt<sup>7</sup>).

Freitag, 28. Mai. 9 Uhr Fraktionssitzung<sup>1</sup>). 10 Uhr Budgetkommission<sup>2</sup>). Militärmißhandlung. *Liebknecht*<sup>3</sup>). — Ich spreche mit *Wahnschaffe* betr. Erklärung des Kriegsministers<sup>4</sup>) (außerdem betr. *Eberts* Rede und preußisches Wahlrecht).

½3 Uhr Fraktionssitzung¹): Liebknechts Antrag auf öffentliche Behandlung der Militärmißhandlungsfrage mit 37 gegen 32 Stimmen zu Fall gebracht. — Diese Nachspiele und geschickten Versauungsversuche der rührigen Opposition sind das Allerschlimmste bei dieser nervenpeinigenden Arbeit; bin fast allein in der Durchkreuzungsarbeit.

3 Uhr Plenarsitzung. Rede Bethmanns<sup>5</sup>). Die Sozialdemokratie ist nicht mitzureißen. Mir selbst fällt ein Bravo schwer. Wir sind innerlich Opposition geblieben, müssen und werden es bleiben, solange nicht große innere Änderungen vorgenommen werden. Nur eine Demokratie kann geschlossene nationale Begeisterung erzeugen. — Handstreich des Grafen Westarp!<sup>6</sup>) — Spreche mit Gothein und Fischbeck, Calker<sup>7</sup>). Alles über W. entrüstet.

Sonnabend, 29. Mai. Wir erzwingen Gelegenheit zur Rede Eberts<sup>1</sup>). Sie wirkt gut. Ich freue mich meines Werkes. Der Nachstoß Westarps<sup>2</sup>) durch Schiffer zurückgewiesen<sup>3</sup>). Unsere Radikalen höchst unzufrieden. Haase die drei Tage hindurch zum Schweigen verurteilt. Ich habe das letzte Wort bei der Debatte über Nahrungsmittelversorgung<sup>4</sup>); nütze es aber nicht genügend und wirksam aus. Im großen ganzen ist alles gut gegangen, trotz der Schwäche der Regierung in der inneren Frage. Aber die Rede Schiffers zeigt die wachsende Schwierigkeit in der Friedensfrage<sup>5</sup>). Wenn die Eroberungsabsichten scharf zu Tage treten, bekommen wir die größten Schwierigkeiten bei der etwaigen neuen Kreditbewilligung. Hoffentlich bleiben sie uns erspart.

Liebknecht: "Ebert will seine Rede damit beginnen, daß Italien Eroberungspolitik treibe, zur selben Zeit, wo Bethmann Eroberungsabsichten kundgegeben hat." <sup>5</sup>) Nach Dittmann, a.a.O., erklärte Bernstein: "Über die italienische Frage muß man sehr vorsichtig sein." <sup>6</sup>) Bezieht sich auf die Entscheidung über den Fraktionsredner in der nächsten Reichstagssitzung; vgl. Anm. 1 und 2. <sup>7</sup>) Bezieht sich auf die mit 57 gegen 27 Stimmen abgelehnten Vorschläge Hochs und Haases, zur Versenkung der Lusitania Erklärungen abzugeben; vgl. Anm. 1.

<sup>1)</sup> Vgl. Quellen 3/II Nr. 369. <sup>2</sup>) S. Schulthess 1915/I S. 200. 3) In der 28. 5. 1915: Sitzung der Budgetkommission vom 28. 5. 1915, s. Anm. 2, wurden Beschwerden über Soldatenmißhandlungen vorgebracht. 4) Nach Dittmann, Erinnerungen (Das Kriegsjahr 1915) teilte Haase in der Fraktionssitzung vom 28. 5. mit, der Kriegsminister habe bereits einen Erlaß gegen Soldatenmißhandlungen herausgegeben. Der stellvertretende Kriegsminister nahm an der Sitzung der Budgetkommission teil und antwortete auf die dort vorgebrachten Beschwerden. 6) Westarp hatte entgegen einer <sup>5</sup>) S. Sten. Ber. Bd. 306 S. 141 ff.; vgl. 17. 5. 1915 (Anm. 5). Vereinbarung im Seniorenkonvent, s. Quellen 3/II Nr. 369 (bes. Anm. 4), die Vertagung des Plenums beantragt; s. Sten. Ber. Bd. 306 S. 143. 7) Prof. Dr. Fritz van Calker, nationalliberaler Reichstagsabgeordneter.

Sonntag, 30. Mai, bis Sonnabend, 5. Juni. Mein Buch wird von Freunden sehr gelobt und hat eine große Presse. Kautskys Artikel dagegen<sup>1</sup>). Ich werde die Polemik durchführen. Dieser verknöcherte Doktrinär und literarische Demagoge muß endlich unschädlich gemacht werden.

Mittwoch bei Cohen [-Reuß]. Frobenius und Frau.

Donnerstag Aussprache mit Solf.

Freitag mit Zimmermann betr. das Abkommen mit England und der auswärtigen Fragen. — Solf ist überraschend englandfreundlich, verteidigt Grey und spricht nicht gut von unserem Auswärtigen. Mit Zimmermann spreche ich über die ganze Lage, auch Inneres.

Sonntag, 6., bis Sonnabend, 12. Juni. Große Hetze. Sehr abgespannt. Schreibe Artikel gegen K[arl] K[autsky]<sup>1</sup>). — Montag abends Zusammenkunft bei Heine: auch Lensch, Ebert, Scheidemann. Dienstagabend bei Südekum: Professor Beer<sup>2</sup>) und Frau, Hahns. Mittwochnachmittag: Heine bei mir. Aussprache über Friedensfrage und innere Arbeit. Ich bitte ihn, eine Plattform zu entwerfen zur Vereinheitlichung der Aktionen des Augustblocks in der Friedensfrage, Abrüstung, Inneres.

Donnerstag: Sitzung des Bildungsausschusses. Kündigung Duncker: Debatte: Laufenberg, Mehring, Zetkin gegen Schulz, Heimann, Adolf Müller, Löbe, Scheidemann und ich<sup>3</sup>).

Nachmittags: treffe mich mit [Adolf] Müller bei Josty und informiere ihn über das Zirkular Tepper-Laski, englisches Friedensangebot<sup>4</sup>), sowie über die innere Frage. Er geht zum Reichskanzler. Treffen uns abends im Weihenstephan, Schöneberger Ufer. Anwesend noch Ebert, Scheidemann, Hermann Müller. Bericht

<sup>29. 5. 1915:</sup>¹) Die Sozialdemokraten hatten allerdings nicht erreicht, daß Ebert als erster Redner das Wort erhielt; vgl. Dittmann, Erinnerungen (Das Kriegsjahr 1915). Vgl. auch 17. 5. 1915.

²) S. Sten. Ber. Bd. 306 S. 172.

³) A.a.O. S. 173.

⁴) A.a.O. S. 205 ff.

⁵) Schiffer hatte in seiner Rede, a.a.O. erklärt: "Wenn diese reale Sicherheit eine Erweiterung unserer Grenze verlangt, wenn militärische Notwendigkeiten es erforderlich erscheinen lassen, diese Grenze anders zu gestalten, um besser gerüstet zu sein gegen Angriffe, um weniger neue Blutopfer bringen zu müssen, so halten wir es für eine tiefsittliche Pflicht, darauf zu bestehen, daß diese Veränderung der Grenze eintritt."

<sup>30. 5.—5. 6. 1915:1)</sup> K. Kautsky, Eine Verteidigung der Zustimmung zu den Kriegskrediten, in: Die Neue Zeit Jg. 33/II S. 313 ff. (4. 6. 1915); der Artikel ist eine kritische Besprechung der als Broschüre erschienenen Rede Davids in Bielefeld; s. 6. und 7. 3. 1915 (Anm. 1).

<sup>6.—12. 6. 1915:

1)</sup> Eduard David, Kautsky zur Antwort!, in: Die Neue Zeit 33. Jg./II S. 369 ff. (18. 6. 1915).

2) Vermutlich Dr. Ludwig Beer, Professor für Internationales Recht an der Universität Leipzig.

3) Die von der Kontrollkommission und dem Parteivorstand auf dem Parteitag 1913, s. Protokoll S. 554, gewählten Mitglieder des Zentralbildungsausschusses waren: Eduard David, Hugo Heimann, Karl Korn, Dr. Heinrich Laufenberg, Paul Löbe, Franz Mehring, Dr. Adolf Müller, Heinrich Schulz (Geschäftsführer) und Klara Zetkin; Dr. Hermann Duncker war als Wanderlehrer des Zentralbildungsausschusses angestellt.—Scheidemann nahm als Mitglied des Parteivorstandes an der Sitzung des Zentralbildungsausschusses teil.

4) Bezieht sich auf Besprechungen zwischen deutschen und englischen Teilnehmern der Tagung des Anti-Oorlog-Raad in den Haag, vgl. 17. und 18. 4. 1915, über die Walther Schücking das Auswärtige

Adolf Müllers über seine Unterredung mit dem Reichskanzler. Müller fand, daß er ein biederer "Onkel" sei, mit dem er bayrisch gesprochen habe über Äußeres und Inneres. — Später mit [Adolf] Müller noch allein. Müller hat dem Kanzler eine Aussprache mit mir nahegelegt. Aussprache mit ihm über Rüstungsfrage und monarchische Formkonzessionen. Müllers Darstellung der Rede König Ludwigs<sup>5</sup>). Gegen Hertlings Wunsch. Zentrum und Erzberger wieder auf der Seite des Kanzlers; der Papst offenbar gegen Annexion Belgiens<sup>6</sup>).

Freitag, 11. Juni. Mein Geburtstag. [...] — Unerhörter Angriff in der Berner Tagwacht: Vertrauensbruch und unflätige Angriffe<sup>1</sup>). K. Liebknecht und Dittmann<sup>2</sup>)? — Ich gewinne Ebert für eine Erklärung<sup>3</sup>). Entwerfe diese über Mittag. 6 Uhr Besprechung mit Scheidemann, Ebert, [Richard] Fischer, Molkenbuhr. Sie sind im wesentlichen einverstanden. Fischer übernimmt meinen Entwurf.

Sonnabend, 12. Juni. Sitzung des Fraktionsvorstandes. Hoch schlägt Verschärfung vor¹). Dann kommt Haase. Will nur ganz kurze Erklärung. Ich beharre auf der längeren. Mit einigen Abschwächungen findet sie Zustimmung. Hatte noch am Schluß das Vorgehen als Ehrlosigkeit zu bezeichnen beantragt. — Hoffe, daß nach Feststellung des oder der Verfasser die Fraktion ihnen die Arbeitsgemeinschaft kündigt.

Abends fahre ich nach Cladow, wo ich im Gasthof Helgoland Zimmer nehme und eine gründliche Auslüftung in Sonne und Wasser genieße, wobei ich mir Brust und Leib verbrenne.

Amt durch eine Denkschrift unterrichtet hatte; der Inhalt dieser Denkschrift ist wiedergegeben bei Lehmann-Rußbüldt S. 153 ff.; vgl. auch a.a.O. S. 27 ff. und Grappin S. 20 ff. Dr. Dresselhuys, Generalsekretär des holländischen Justizministeriums (ein etwa der Funktion eines Unterstaatssekretärs entsprechendes Amt) und Vorsitzender des Anti-Oorlog-Raads, hatte sich angeboten, gegebenenfalls als Vermittler zwischen deutschen und britischen Regierungsstellen zu fungieren. Zur Haltung der SPD zu dieser Aktion vgl. die Ausführungen Haases, Davids und Stadthagens in der Fraktionssitzung vom 28. 5. 1915 bei Dittmann, Erinnerungen (Das Kriegsjahr 1915); Quellen 3/II Nr. 404a (Anm. 9 und 10); Friedensvermittler, in: Internationale Korrespondenz 2. Jg. S. 226 f. (30. 7. 1915); Der angebliche englische Friedensvorschlag vom Frühjahr 1915, in: Partei-Correspondenz 11. Jg. S. 77 f. (4. 3. 1916), S. 169 ff. (8. 4. 1916) und S. 181 ff. (15. 4. 1916); Ph. Scheidemann, Eine tote Ente, in: Vorwärts 5. 4. 1916, zit. in: Schulthess 1916/II S. 625 f. 5) Der bayerische König hatte in einer Rede am 7. 6. 1915 in Fürth "eine Stärkung des Deutschen Reiches und eine Ausdehnung über seine Grenzen hinaus" als die zu erstrebende "Frucht dieses Krieges" bezeichnet; s. Schulthess 1915/I S. 215 f. 6) Zur Haltung der Kurie gegenüber Belgien vgl. Heinrich Lutz, Zu Erzbergers zweiter römischer Reise (Ostern 1915), in: Römische Quartalschrift für christliche Altertumskunde und Kirchengeschichte Bd. 57 (1962) S. 279 ff.

<sup>11. 6. 1915:</sup>¹) Es handelt sich um den Bericht in der Berner Tagwacht über eine vertrauliche Sitzung der Budgetkommission vom 28. 5. 1915, in der Soldatenmißhandlungen zur Sprache gekommen waren. Die Berner Tagwacht warf dem Fraktionsvorstand vor, nicht dafür gesorgt zu haben, daß diese Frage im Plenum behandelt werde; vgl. 28. 5. 1915.

²) Gemeint ist, daß Liebknecht oder Dittmann den Artikel der Berner Tagwacht inspiriert haben könnten.

³) S. die Erklärung des Fraktionsvorstandes vom 12. 6. 1915 gegen die Berner Tagwacht, in: Partei-Correspondenz 10. Jg. S. 183 (24. 7. 1915).

<sup>12. 6. 1915: 1)</sup> Es handelt sich im folgenden um die Erklärung gegen die Berner Tagwacht; s. 11. 6. 1915 (bes. Anm. 3).

## Montag, 14. Juni. Beginne Antwort auf Kautskys Angriff in der N. Z.1)

Donnerstag, 17. Juni. Die Opposition hat ein Manifest vom 9. 6. an die Parteiinstanzen, Redaktionen der Partei und Gewerkschaften gerichtet. 84 Unterschriften, darunter 12 Reichstagsabgeordnete<sup>1</sup>). Die Scheidungsaktion beginnt.—Ich spreche Scheidemann darüber<sup>1</sup>). Er weiß nicht, ob etwas und was zu tun sei. Ich übernehme den Gegenentwurf. Verlange gemeinsame Sitzung, sobald Ebert zurück ist. Er ist 8 Tage zur Erholung ins Gebirge.

Freitag, 18. Juni. Antwort an Kautsky vollendet<sup>1</sup>). Unterredung mit Georg Schmidt von dem Landarbeiter-Verband<sup>2</sup>). Liste neuer Mitarbeiter. Ich organisiere den Rechtsblock. Geht der Vorstand nicht mit, dann möge er sehen, wo er bleibt.

## Sonnabend, 19. Juni. Unterredung mit Heine:

- 1. Einwirkung auf die Regierung, daß sie auf Tepper-Laski antwortet1).
- 2. Heine soll den Entwurf einer Friedensziel-Plattform ausarbeiten, die evtl. als Gegeneingabe gegen die des Bundes der Landwirte usw.<sup>2</sup>) an die Regierung gehen und dann in der Partei verbreitet werden soll. Oder Letzteres allein. Oder unsere Plattform für den Rechtsblock.
- 3. Bespreche mit ihm meinen Entwurf gegen das Manifest<sup>3</sup>) sowie meinen Organisationsplan.

Erhalte durch Eilbrief Kenntnis von einer neuen Indiskretion der Fraktion in der Berner Tagwacht<sup>4</sup>) betr. Unterredung unseres Vorstandes mit dem Reichskanzler. "Schamentblößt." Schlimmster Vertrauensbruch. Landesverrat.

<sup>14. 6. 1915: 1)</sup> S. 30. 5.—5. 6. 1915 (Anm. 1) und 6.—12. 6. 1915 (Anm. 1).

<sup>17. 6. 1915: 1)</sup> Text des an die Vorstände der SPD und der Reichstagsfraktion gerichteten, häufig abgedruckten Manifests bei Prager S. 69 ff.; nach Prager S. 68, "fand [es] sehr schnell Hunderte von Unterschriften von solchen Genossen, die führende Stellungen in der Arbeiterbewegung innehatten"; Richard Müller, Vom Kaiserreich zur Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung während des Weltkrieges, Wien 1924, S. 159, schreibt von "über tausend" Unterschriften; zur Frage der Zahl der Unterschriften und der Methode, sie zu sammeln, vgl. Partei-Correspondenz 10. Jg. S. 140 (24. 7. 1915).

<sup>18. 6. 1915:

1)</sup> S. 30. 5.—5. 6. 1915 (Anm. 1) und 6.—12. 6. 1915 (Anm. 1); vgl. dazu auch Eduard David, Wer erschwert die internationale Verständigung?, in: Internationale Korrespondenz 2. Jg. S. 51 ff. (2. 7. 1915) und Eduard David, Eine Glanzleistung "internationaler Toleranz!" in: Internationale Korrespondenz 2. Jg. S. 189 f. (16. 7. 1915).

2) Vorsitzender des Landarbeiterverbandes.

<sup>19. 6. 1915: 1)</sup> Vgl. 6.—12. 6. 1915 (bes. Anm. 4). 2) Gemeint ist die bekannte Petition der sechs Wirtschaftsverbände, abgedruckt u. a. bei Grumbach S. 123 ff.; vgl. dazu Fischer S. 199 ff. Zu den Gegenaktionen der SPD vgl. 1. 5. 1915 (bes. Anm. 4 und Anm. 7). 3) Gemeint ist das Manifest der Parteiopposition; vgl. 17. 6. 1915. 4) Vgl. 11. 6. 1915.

Sonntag, 20. Juni. [...] In der Leipziger Volkszeitung erscheint "Das Gebot der Stunde" von Bernstein, Haase, Kautsky<sup>1</sup>).

Montag, 21. Juni. Entwerfe und vereinbare mit Fischer und Scheidemann die Erklärung gegen Haase<sup>1</sup>).

Dienstag, 22. Juni. Zusammenkunft im Holzarbeiterhaus. — Heines unglaubliche Unbeherrschtheit. — Beschluß, durch drei Sendboten auf den Parteivorstand zu wirken. — Konzentration der Arbeit für die I[nternationale] K[orrespondenz] und Korrespondenzblatt Baake. Die Leute von der Generalkommission auch jetzt nicht zu organisiertem entschlossenen Vorgehen bereit. Fetisch der Disziplin.

Mittwoch, 23. Juni. Zwinge meinem müden Hirn den Entwurf einer Antwort auf das Rundschreiben der Opposition vom 9. 6. ab<sup>1</sup>). Bin furchtbar abgespannt. — Baakes Mitteilung, Falkenhayn<sup>2</sup>) sei für das elsaß-lothringische Wahlrecht gewonnen.

Nachmittags Gespräch mit Curt Hahn. Mitteilung über Haase-Delbrück. Absicht der Wirkung nach England. Mitteilung über Möglichkeit der Intervention Schwedens gegen Rußland.

Dann Besprechung mit der Mehrheit des Parteivorstandes. Zweite Klarstellung gegen  $Haase^3$ ). Dabei erfahre ich, daß der Parteivorstand einen Aufruf fix und fertig gestellt hat betr. seiner Friedensbemühungen<sup>4</sup>). Er schließt mit der Aufforderung an die Regierung, sich bereit zu erklären, in Friedensverhandlungen einzutreten. — Ein Keulenschlag. Ich mache den Leuten die Gefahr klar und

<sup>20. 6. 1915: 1)</sup> Text abgedruckt u. a. bei Prager S. 72 ff.

<sup>21. 6. 1915:</sup> ¹) In einer Erklärung vom 21. 6. 1915, s. Partei-Correspondenz 10. Jg. S. 147 (24. 7. 1915), wiesen die Mitglieder der Vorstände der Partei und der Reichstagsfraktion Bartels, Braun, David, Richard Fischer, Gerisch, Molkenbuhr, Hermann Müller, Pfannkuch, Scheidemann, Wels die im "Pronunziamento" [gemeint ist der Artikel Das Gebot der Stunde, s. 20. 6. 1915] erhobenen Vorwürfe zurück und verurteilten insbesondere das Vorgehen Haases. Ebert und Hoch waren zur Zeit abwesend, Ebert schloß sich jedoch in einer Erklärung vom 22. 6. der Vorstandserklärung an, während sich Hoch am 23. 6. von ihr distanzierte; über die Haltung der Parteivorstandsmitglieder Wengels und Luise Zietz, die die Erklärung nicht unterzeichnet hatten, wurde nichts bekannt gegeben.

<sup>23. 6. 1915:

1)</sup> S. die Erklärung der Vorstände der SPD und der Reichstagsfraktion vom 28. 6. 1915, in: Partei-Correspondenz 10. Jg. S. 145 ff. (24. 7. 1915).

2) Erich von Falkenhayn, Chef des Generalstabes des Feldheeres.

3) S. Partei-Correspondenz 10. Jg. S. 148 (24. 7. 1915); Unterzeichner dieser Erklärung sind unter Einschluß Eberts die gleichen wie der vom 21. 6. 1915; s. 21. 6. 1915 (bes. Anm. 1).

4) Gemeint ist das Manifest des Parteivorstandes vom 23. 6. 1915;

suche eine Abschwächung des letzten Satzes zu erreichen<sup>5</sup>). Sie weigern sich aus Rücksicht auf *Haase* und seine Leute, obgleich diese gegen den ganzen Entwurf gestimmt haben. Ganz unglaubliche Kurzsichtigkeit und Rechnungsträgerei.

Abends bei Südekum. [...] Ich setze ihm die Lage und die neueste Dummheit auseinander.

Donnerstag, 24. Juni. Scharfe Aussprache mit Scheidemann und Ebert<sup>1</sup>). Ich verlange zu sagen: "so fordern wir die Regierung auf, ihre Bereitwilligkeit, in Friedensverhandlungen einzutreten, kundzutun. Erweist es sich dann, daß die leitenden Staatsmänner der gegen uns kriegführenden Länder nicht zum Frieden geneigt sind, so fällt auf sie allein die Verantwortung für die Fortsetzung des Blutvergießens"<sup>2</sup>). Das wäre das Mindeste und gäbe der Sache wenigstens einen Schluß, der sich gegen das Ausland wendet. Eine kluge Regierung könnte sich damit abfinden. Die Gefahr des Krachs bleibt trotzdem. In diesem Falle kündige ich ihnen die weitere Gefolgschaft. — Sie verschanzen sich hinter der Schwierigkeit, die Sache jetzt noch zu ändern. Wollen Haases Zustimmung, obgleich er das Ganze ablehnt. Unglaublich!

Aussprache mit Haenisch, den ich ihnen nochmals auf den Hals schicke.

Aussprache mit Baake, dem ich sage, daß ich das Geheimnis Falkenhayn³) mit in die Waagschale geworfen. Er verhandelte über eine Stunde mit ihnen. Sie wollen die kleine Milderung aufnehmen, aber das andere von Haase abhängig machen. — Es ist entsetzlich, mit solchen Leuten so große Dinge zu betreiben.

[Otto] Braun hält, nachdem es in furchtbaren [Kämpfen] in der Fraktion (5 gegen 5) gelungen war, Liebknechts unerhörte Absicht zu vereiteln, eine Rede im Landtag, die auch nicht viel besser ist<sup>4</sup>). Die ganze politische Kunst dieser Leute geht dahin, sich zu isolieren. Es ist zum Verzweifeln. Sie kommen über das Agitatorentum mit seinen Einseitigkeiten, Übertreibungen und demagogischen Methoden nicht hinaus.

Wirkung des Manifests: Die Regierung macht gute Miene zum bösen Spiel. Sie ist klüger als der Parteivorstand.

vgl. 1. 5. 1915 (Anm. 4).

b) Der umstrittene Satz lautete in der endgültigen Fassung: "Im Namen der Menschlichkeit und der Kultur, gestützt auf die durch die Tapferkeit unserer Volksgenossen in Waffen geschaffene günstige Kriegslage, fordern wir die Regierung auf, ihre Bereitwilligkeit kundzutun, in Friedensverhandlungen einzutreten [Hervorhebung im Or.], um dem blutigen Ringen ein Ende zu machen."; vgl. Partei-Correspondenz 10. Jg. S. 145 (24. 7. 1915).

<sup>24. 6. 1915:</sup> ¹) Es handelt sich um das Manifest des Parteivorstandes vom 23. 6. 1915; vgl. 23. 6. 1915 (bes. Anm. 4). ²) Vgl. 23. 6. 1915 (Anm. 5). ³) Vgl. 23. 6. 1915. ⁴) S. Sten. Ber. Pr. Abg.-Hs. (24. 6. 1915). 7. Bd. Sp. 8995 ff.

Freitag, 25., und Sonnabend, 26. Juni. Sitzungen des Parteivorstandes. Eingabe an den Reichskanzler gegen die Annexionspolitik. (6 Verbände-Eingabe!<sup>1</sup>)) Ich sorge für Aufnahme eines Passus, der die Treue zum Lande erneuert<sup>2</sup>). Infolgedessen stimmt Haase dagegen. — Antwort auf das Unterschriften-Flugblatt. "Gegen Parteizerrüttung"<sup>3</sup>). Haase stimmt zu<sup>4</sup>)!! Er scheint sich wieder möglich machen zu wollen.

Dienstag, 29. Juni. Besprechung im Holzarbeiterhaus. Ich gebe die Losung, nicht gegen das Friedensmanifest des Parteivorstandes<sup>1</sup>) zu polemisieren. Die Stimmung ist gegen den Parteivorstand; aber die Sache ist geschehen. Wir müssen den Block zusammenhalten.

Mittwoch, 30. Juni, und Donnerstag, 1. Juli. Von früh bis spät Sitzung des Parteiausschusses. Rede Meerfelds! Es machen sich "Annexionsgelüste geltend"1). Mißtrauensvotum gegen Haase beschlossen<sup>2</sup>). — Beschluß auf gemeinsame Sitzung mit der Fraktion über Annexionsfrage und Kreditbewilligung<sup>3</sup>). Ich übernehme das Referat.

Sonnabend, 3. Juli. Hjalmar Branting besucht mich im Archiv. Ich suche ihm "die Größe der Gefahr" für Deutschland und die germanische Völkergruppe klarzumachen.

Sonntag, 4., bis Sonntag, 11. Juli. Ich arbeite von früh bis spät. [...] Antworte auf die Kritiker meines Buches: Kautsky¹), Hofrichter²), Eckstein³). Lauter österreichische Juden⁴). Seltsam!

<sup>25.</sup> und 26. 6. 1915:

1) Vgl. 1. 5. 1915 (Anm. 7).

2) In dem an den Reichskanzler gerichteten Memorandum vom 25. 6. 1915 lautet der zweite Absatz: "Die Sozialdemokratische Partei hat sich am 4. August 1914 in Reih und Glied gestellt mit der Gesamtheit des deutschen Volkes, um seine nationale Existenz und Unabhängigkeit zu verteidigen. Sie hat in diesem Kampfe gegen eine Welt von Feinden zu ihrem Lande gestanden und wird dies weiter tun bis das Ziel der Sicherung erreicht und die Gegner zum Frieden geneigt sind." S. Partei-Correspondenz 10. Jg. S. 189 (31. 7. 1915) und Grumbach S. 429 f.

3) S. 23. 6. 1915 (Anm. 1).

4) Weder Haase noch Bernstein hatten das Oppositionsmanifest vom 9. 6. 1915 unterzeichnet.

<sup>29. 6. 1915: 1)</sup> S. 23. 6. 1915 (Anm. 4).

<sup>30. 6. 1915</sup> und 1. 7. 1915:

1) Vgl. die referierende Wiedergabe von Meerfelds Diskussionsbeitrag im Protokoll SPD-Parteiausschuß 30. 6./1. 7. 1915 S. 95: "Wenn man von einem Eroberungskrieg sprechen wollte, dann müsse man feststellen, daß allerdings die Gegner Deutschlands den Krieg als einen solchen betrachteten. Eine wirtschaftliche Angliederung Belgiens sei geplant. Die deutsche Regierung müsse in dieser Angelegenheit vor eine bestimmte Frage gestellt werden."

2) Mit 41 gegen 12 Stimmen wurde auf Antrag von Beims-Magdeburg eine Resolution angenommen, in der es heißt: "Die Veröffentlichung des Aufrufs "Das Gebot der Stunde" durch den Genossen Haase, zumal ohne vorherige Fühlungnahme mit der Partei- und Fraktionsleitung, steht nicht im Einklang mit den Pflichten eines Vorsitzenden der Partei." S. Protokoll SPD-Parteiausschuß 30. 6./1. 7. 1915 S. 104.

3) Vgl. Quellen 3/II Nr. 372 und 14. 8. 1915.

Dienstag Besprechung im Holzarbeiterhaus. Plan einer Broschürensammlung wird aufgestellt<sup>5</sup>).

Mittwoch: Victor Adler im Archiv. Zweistündige Aussprache.

Donnerstag: Interview mit Brown für ein amerikanisches Zeitungskonsortium.

Freitag: Besuch von Prof. Kern<sup>6</sup>), der im Reichskolonialamt arbeitet. Manches Interessante über Italien, wo er bei der Gesandtschaft beschäftigt war. — Sodann Interview mit Prinz für Het Vaterland. Scheußlich zähe!

Sonnabend bis Sonntag: Antwortartikel in die N[eue] Z[eit] im rohen. Ich werde K[arl] K[autsky] nichts schenken<sup>7</sup>). Der Mann ist einer der schlimmsten Schädlinge der deutschen Sozialdemokratie.

Montag, 12. Juli. Antwort an Kautsky<sup>1</sup>). — Neuer Angriff von G. Eckstein im Vorwärts<sup>2</sup>). Alle meine Kritiker sind österreichische Juden. Sie maßen sich die Führung in nationaler Sache bei uns an.

Dienstag, 13. Juli. 6—8 [Uhr] auf Einladung Unterredung mit dem Reichskanzler. Wir sitzen auf der schönen Terrasse nach dem Park. Bin überrascht von der persönlich gemütlichen und äußerlich rustikalen Art. Trage ihm zunächst die militärischen Mißstände und Klagen über unzureichende Kriegsfürsorge vor. Lebensmittelwucher. Sie wirken aus den Wahlkreisen auf die Abgeordneten und machen die Stimmung für neue Kreditbewilligung kritisch. Schleunige, gründliche Abhilfe nötig.

Sodann: Preußische Wahlrechtsfrage, Stimmungsmoment während des Krieges. Bedeutung nach dem Kriege. Voraussetzung einer gedeihlichen Entwicklung. Reformistische gegen revolutionaristische Taktik. Wirkung der Verweigerung auf die Massen. — Er erklärt, er werde eine Wahlreform bringen<sup>1</sup>); aber nicht das Reichstagswahlrecht. Rechnet die Verschiebung dadurch vor: 4/4<sup>2</sup>). —

137

<sup>1)</sup> Vgl. K. Kautsky, Eine Verteidigung der Zustimmung zu den Kriegs-4.—11. 7. 1915: krediten, in: Die Neue Zeit 33. Jg./II S. 313 ff.; ders., Die Sozialdemokratie im Weltkrieg, a.a.O. S. 321 ff.; E. David, Kautsky zur Antwort!, a.a.O. S. 369 ff.; K. Kautsky, Wohin geht die Reise?, a.a.O. S. 394 ff.: E. David, Kautsky und mein Kartenhaus, a.a.O. S. 431 ff.; K. Kautsky, Ein objektiver Richter und gewissenhafter Historiker, a.a.O. S. 453 ff.; E. David, Kritisches zu Kautskys Kritik, a.a.O. S. 525 ff.; K. Kautsky, Ein Schlußwort, a.a.O. S. 566 ff.; E. David, Ein 2) Anton Hofrichter, Journalist, Mitarbeiter der Neuen Zeit; Nachwort, a.a.O. S. 674 ff. 3) Die hier gemeinte Kritik Ecksteins ließ sich nicht seine Kritik ließ sich nicht nachweisen. 4) Kautsky war nicht Jude. nachweisen. Vgl. 12. 7. 1915 (Anm. 2). <sup>5</sup>) Es handelt sich wahrscheinlich um die im Verlag Internationale Korrespondenz erschienene Broschürenreihe; vgl. 6) Der Historiker Fritz Kern. 7) Vgl. Anm. 1. 31. 10. 1914 (Anm. 6).

<sup>12. 7. 1915: 1)</sup> S. 4.—11. 7. 1915 (Anm. 1). 2) S. Ecksteins Besprechung der beiden Kriegsbroschüren Davids in: Vorwärts 11. 7. 1915 (3. Beilage); dazu E. David, Unter der Zensur des Vorwärts, in: Mainzer Volkszeitung 24. 7. 1915 (Beilage).

<sup>13. 7. 1915: 1)</sup> Zu Bethmann Hollwegs Stellung zu einer Reform des preußischen Wahlrechts vgl. Bergsträsser, passim, und Patemann S. 19—96. 2) Gemeint ist vermutlich, daß bei Geltung des Reichstagswahlrechts die Sozialdemokraten mit der Fortschrittlichen Volkspartei im Preu-

Ich weise auf das entscheidende Moment hin: mit der Linken oder mit den Konservativen! Wir dürfen nicht in die Opposition gezwungen werden, sonst Kluft größer als vorher, und die Radikalen haben die Führung. Schlimme Wirkung auf die großen Aufgaben nach dem Kriege. Empfehle elsaß-lothringisches Wahlrecht. — Das scheint ihm zu weit zu gehen. Deutet an, daß er kein Bildungspluralwahlrecht will. Ich sage, daß wir ein Geld- und Bildungswahlrecht nicht akzeptieren können. Alters-Pluralität bekämpfen wir auch; aber ihr haftet doch weniger Odium an. Weise auf den Weg des Kaiserwortes [hin³)]. Aber Gefahr, daß zu unbestimmt und wenig; dann mit Hohn aufgenommen und mehr Schaden als Nutzen. Wenn genügend, dann gewaltiges Stimmungsmoment. Er wirft ein: Und wenn die Fraktion dann doch nicht zustimmt! Ich: keine Sicherheit, aber doch ein sehr starkes Moment. Dauernde Bedeutung für die innere Entwicklung. Er fragt, ob ich sicher bin, daß dann die reformistische Taktik siegt. Ich bejahe. Die äußerste Linke splittert vielleicht ab; bildet eine international-revolutionäre Partei, bleibt aber ohne Massen.

Dann Aussprache über die Annexionsfrage. Er will Belgien nicht annektieren, aber strategische Regulierung an der belgischen, französischen und russischen Grenze. Eine starke Beschneidung Rußlands hält er für nicht erreichbar. Die Gefahr im Osten wird also bleiben; ich weise darauf hin, daß dann um so mehr die Verständigung nach dem Westen gesucht werden muß, sonst dauernd zwischen zwei feindlichen Fronten. Dazu noch evtl. die inneren Schwierigkeiten. Welch düstere Zukunftsperspektive! - Annexionsfrage innerhalb der Partei; festhalten an gewissen prinzipiellen Formulierungen nötig; sonst treiben wir der Opposition Leute zu. Auf der wirtschaftlichen Basis sind positive Annäherungen an die Regierungsabsichten möglich<sup>4</sup>). Die prinzipiellen Formulierungen können in ihrer praktischen Bedeutung gebrochen werden, wenn die große innere Konzession kommt. Zeige die Gesamtgefahr, wenn nach innen und außen Enttäuschung kommt. Deutschland wird dann durch schwere Erschütterungen gehen. Schließlich findet die gesunde Entwicklung zwar doch ihren Weg, aber nach welchen Kämpfen und Opfern. Verhältnis zur Monarchie: Modus vivendi. Erfüllung der Form, wenn große Gabe die Stimmung macht. Weise auf Skandinavien, England, Holland und Süddeutschland hin.

Montag, 19. Juli. Spaziergang mit Prof. Rudolf Goldscheid und Curt Hahn nach Moorlake<sup>1</sup>). Aussprache über Friedensmöglichkeit mit England. Unerquicklich. G. ein Welten-Eichhörnchen; Vermittler ohne Gefühl für die deutsche Sache.

Dienstag, 20. Juli. Referat und Aussprache über Annexionsfrage im Holzarbeiterhaus; Lensch und Baake für Annäherung nach Osten. Südekum geht wieder ins Feld<sup>1</sup>).

Bischen Abgeordnetenhaus ebenso viele Sitze hätten wie die vier anderen Parteien.

3) Gemeint ist wahrscheinlich, der Kaiser solle von sich aus die Reform des preußischen Wahlrechts ankündigen.

4) Vgl. 18. 5. 1915 (Anm. 2).

<sup>19. 7. 1915: 1)</sup> Ausflugsort bei Berlin.

Donnerstag, 22. Juli. Besuch bei Bernhard Dernburg<sup>1</sup>). Prachtvolles Anwesen. Aussprache über die Friedensgestaltung. Offene Tür. Internationalisierung der Verträge. Freiheit der Meere. — Er hat sehr pazifistische Ideen. Klug. Unterschätzt aber politische Schwierigkeit im Lande.

Freitag, 23. Juli. Aussprache mit *Ebert*, [Hermann] *Müller*, [Otto] *Braun* über mein Referat<sup>1</sup>). *Müller* sehr real- und militärpolitisch. *Ebert* fest und hoffnungsvoll betr. Kreditbewilligung.

Sonntag, 25. Juli. Reise nach Offenbach. Besprechung mit *Ulrich*. Er ist entschlossen, zu beharren. Berichtet dasselbe von *Dietz*<sup>1</sup>).

Montag, 26. Juli. Besuch bei Eugen Dietzgen<sup>1</sup>), Wiesbaden. Gebe ihm ein Bild der inneren Situation. Bleibe in seiner herrlich am Wald gelegenen Villa über Nacht.

Dienstag, 27. Juli. Fahre nach Mainz. Wohne Pfälzer Hof. Versammlung im Pflug<sup>1</sup>); Resolution gegen 6 Stimmen (2 Frauen, 2 Narren, 2 Jungen<sup>2</sup>)). Die Opposition sät auch hier systematisch ihre Saat; bis jetzt ohne Erfolg.

Mittwoch, 28. Juli. Mittags bei Dr. Frank; er ist sehr patriotisch und eroberungslustig. Abends bei Theyers, Dr. Külb und Wielenz.

Freitag, 30. Juli, bis Montag, 2. August. Bei Dietzgen, Wiesbaden. Zum ersten Mal nach langer, langer Zeit in Ruhe und Waldesfrieden. Wie das wohltut.

<sup>20. 7. 1915: 1)</sup> Vgl. 16. 5. 1915.

<sup>22. 7. 1915:</sup> ¹) Dr. Bernhard *Dernburg*, ehemaliger Staatssekretär des Reichskolonialamts, Mitglied des Preußischen Herrenhauses.

<sup>23. 7. 1915: 1)</sup> Auf einer Parteiversammlung in Mainz. S. 27. 7. 1915.

<sup>25. 7. 1915:</sup> ¹) Heinrich *Dietz*, Reichstagsabgeordneter, Gründer und Leiter des parteioffiziösen Verlags J. H. W. Dietz Nachf. GmbH in Stuttgart (später Berlin).

<sup>26. 7. 1915:</sup> ¹) Sohn des bekannten Sozialdemokraten und Verfassers auch von Marx sehr geschätzter philosophischer Schriften, Joseph Dietzgen. Eugen Dietzgen wanderte 1881 nach den USA aus, kehrte jedoch später nach Deutschland zurück und widmete sich insbesondere der Herausgabe der Schriften seines Vaters.

<sup>27. 7. 1915: 1)</sup> Vgl. Mainzer Volkszeitung 28. 7. 1915 (Beilage). 2) Die laut Bericht der Volkszeitung, s. Anm. 1, mit 400 gegen 4 Stimmen gefaßte Resolution "verurteilt aufs schärfste das parteizerrüttende Treiben der Opposition, wie es namentlich durch das Unterschriften-Flugblatt und das Manifest der Genossen Haase-Bernstein-Kautsky, sowie durch die Veröffentlichungen in der Berner Tagwacht zutage getreten ist".

Arbeite an meinen Thesen<sup>1</sup>). Philosophische Gespräche. [...] Er ist amerikanischer Geschäftsmann, Philosoph und Sozialist in guter Mischung. Wenn es zur Parteikatastrophe kommt, können wir auf ihn zählen. — Die Kundgebung des Kaisers "An das deutsche Volk²)" eine Enttäuschung auch persönlich für mich. Man will den Burgfrieden nicht brechen. Es fehlt der große, kühne Staatsmann, der das Eisen schmiedet, solange es heiß ist. Die Regierung macht uns die innerparteiliche Situation sehr schwer.

Dienstag, 3. August. Gespräche mit Baake und Schöpflin über die Fraktionsberatung<sup>1</sup>). Situation in Berlin trübselig, im Lande besser.

Donnerstag, 5. August. Besprechung im Heidelberger. Lenschs Referat über Friedensgestaltung<sup>1</sup>). Meine Thesen<sup>2</sup>) finden im allgemeinen Billigung. Baakes Vorschlag für die Dummen. — Erhalte von ihm Abschrift eines Geheimberichtes über die letzte Parteiausschußsitzung, aus dem Kreise der Opposition, den die Regierung auf dem Weg zur Berner Tagwacht abgefangen hat. — Schicke Nachwort an die Neue Zeit<sup>3</sup>).

Sonnabend, 7. August. Besprechung der gekürzten Thesen¹) mit Ebert, Scheidemann, [Hermann] Müller, Molkenbuhr. Ich gebe in der Kolonialfrage und hinsichtlich des Passus über die Grenzsicherheit nach.

Besprechung mit Wilhelm Feldman<sup>2</sup>) vom polnischen Pressebüro über die polnische Frage. Resultat: Selbständiges Kleinpolen. Bayrischer Prinz als König<sup>3</sup>)!

Dienstag, 10. August. Nochmalige Durchsprechung der Thesen<sup>1</sup>) mit Scheidemann, Ebert, [Hermann] Müller.

<sup>30. 7.—2. 8. 1915:

1)</sup> Gemeint sind die Leitsätze für die Sitzung vom 14./16. 8. 1915; vgl. 3. 8. 1915 (Anm. 1).

2) S. Schulthess 1915/I S. 335 f.

<sup>3. 8. 1915:</sup> ¹) Die Gespräche bezogen sich wahrscheinlich auf die gemeinsame Sitzung der Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses, die für den 14./16. 8. 1915 einberufen worden war; vgl. Quellen 3/II Nr. 371 und 372. David und Bernstein hatten den Auftrag erhalten, Leitsätze auszuarbeiten, die in dieser Sitzung verabschiedet werden sollten; vgl. Quellen 3/II Nr. 372 a, dort auch Wortlaut der Leitsätze. Vgl. ferner Dittmann, Erinnerungen (Das Kriegsjahr 1915).

<sup>5. 8. 1915: 1)</sup> Vgl. dazu Paul Lensch, Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg, Berlin 1915. 2) S. 3. 8. 1915 (Anm. 1). 3) E. David, Ein Nachwort, in: Die Neue Zeit 33. Jg./II S. 674 ff; vgl. 4.—11. 7. 1915 (Anm. 1).

<sup>7. 8. 1915: 1)</sup> S. 3. 8. 1915 (Anm. 1). 2) Wilhelm Feldman, polnischer Journalist und politischer Schriftsteller; über seine auf einen deutsch-polnischen Ausgleich gerichtete Tätigkeit s. Conze, Polnische Nation, passim, bes. S. 162 f. 3) Prinz Leopold von Bayern, Oberbefehlshaber der 9. Armee; dazu 14. 8. 1915 (Anm. 6); vgl. auch Janßen S. 110 f. und 154.

<sup>10. 8. 1915: 1)</sup> S. 3. 8. 1915 (Anm. 1).

Mittwoch, 11. August. Besprechung mit Legien, [Gustav] Bauer, Robert-Schmidt, Jansson. — Nachmittags Besprechung mit Prof. Kern, Reichskolonialamt.

Donnerstag, 12. August. Besprechung im Reichsamt des Innern: Ebert, Molkenbuhr, Scheidemann, David. Haase nicht da. — Delbrück, Richter<sup>1</sup>), Wahnschaffe, von Jonquières<sup>2</sup>), Lebensmittelfrage<sup>3</sup>). Dann schneide ich die innere Politik an. Zurückhaltende, aber nicht hoffnungslose Äußerungen Delbrücks: An einem Gewerkschaftsgesetz<sup>4</sup>) und an einer Wahlreform<sup>5</sup>) wird gearbeitet. Wahnschaffe bestätigt, daß der Reichskanzler nicht den Standpunkt der 6-Verbände-Eingabe teilt.

Erhalte Bernsteins Thesen<sup>6</sup>)! — Sachwalter aller Länder gegen Deutschland.

Freitag, 13. August<sup>1</sup>). Vorbesprechung im Heidelberger. Deprimierende Meinungsverschiedenheiten wegen *Liebknechts* kleiner Anfrage<sup>2</sup>).

Sonnabend, 14. August. 1/29 bis 10 Uhr Fraktionsvorstand. 10 bis 1 Uhr Fraktion1). Scharfe Resolution wegen der Indiskretionen in der Berner Tagwacht2). Die Mehrheit erweist sich im Kern fest. Das psychologische Ergebnis der Angriffe der Opposition: diese ist durch Liebknechts eigenmächtiges Vorgehen und dessen pathologische Eitelkeit und Dreistigkeit innerlich zerrissen. - Nachmittags: Beginn der gemeinsamen Sitzung mit dem Parteiausschuß3), die bis Montag dauert. Bernsteins unglückseliges Referat nebst Thesen, von der Opposition selbst beiseite geschoben. Der Mann basiert alles auf die ewigen "Grundsätze" der Demokratie und wirkt schließlich nur noch erheiternd. Ich führe zunächst den stärksten Stoß gegen ihn und Haase in der elsaß-lothringischen Frage. Enthülle das Programm der Opposition: Das siegreiche Deutschland darf unter keinen Umständen etwas gewinnen, wohl aber Elsaß-Lothringen, Nordschleswig und Posen verlieren; höchster Gesichtspunkt: daß nur ja niemandem von Deutschland ein Leids geschieht. - Leider wird meine Sicherungswendung in bezug auf Belgien (kein englisches Vorwerk) durch Landsberg durchstoßen. Habe mit ihm eine bittere Stunde durchzumachen; Ergebnis: Wegfall der Absätze betr. Belgien und Polen; leider bleibt von ersterem der erste Satz infolge der Starrköpfigkeit und Kurzsichtigkeit von Ebert. Auch das "Selbstbestimmungsrecht" in dem Annexionspassus ist das Werk von Landsberg<sup>4</sup>). Ein sehr begabter Jurist und Spre-

<sup>12. 8. 1915:</sup> ¹) Dr. Richter, Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern. ²) Direktor im Reichsamt des Innern. ³) Vgl. dazu die in der Budgetkommission und im Plenum des Reichstages gestellten Anträge zur Ernährungsfrage, in: Partei-Correspondenz 10. Jg. S. 209 f. und 211 f. (11. 9. 1915). ⁴) Vgl. Varain S. 78 f. ⁵) Vgl. Bergsträsser S. 13—89 und Patemann S. 22 ff. ⁶) S. 3. 8. 1915 (Anm. 1).

<sup>13. 8. 1915: 1)</sup> Vor der Eintragung für den 13. 8. 1915 im Or.: "Freitag 13. 8. bis Freitag 27. 8.: Reichstag. IV. Kriegskreditbewilligung." 2) Vgl. Quellen 3/II Nr. 376.

<sup>14. 8. 1915: 1)</sup> Vgl. Quellen 3/II Nr. 371. 2) Vgl. 11. 6. 1915 und 19. 6. 1915, ferner Quellen 3/II 371 und 373. 3) Vgl. 3. 8. 1915 (Anm. 1). 4) Vgl. Landsbergs Diskussions-

cher; leider Eingänger und Lebensgenießer, der für keine dauernde Vorarbeit zu gewinnen ist; kein soziales Pflichtgefühl. — [Otto] Braun geht prächtig gegen Haase los<sup>5</sup>). Adolf Müllers Indiskretion<sup>6</sup>) und seine unglückselige Idee, eine Aussprache Haase—Zimmermann zu veranlassen<sup>7</sup>); ersterer nützt des letzteren Äußerungen skrupellos. — Liebknecht und seine nächsten Freunde (4) gegen die Sicherung des territorialen Machtbereichs; 14 (Haase, Liebknecht usw.) gegen den Passus betr. Elsaß-Lothringen<sup>8</sup>). Meine Thesen werden von beiden Körperschaften mit guten Mehrheiten angenommen<sup>9</sup>). Ihre Bedeutung liegt in dem positiven wirtschaftlichen Programm und der prinzipiellen Grundlage: Interesse und Sicherung des eigenen Landes.

Dienstag, 17. August. Fraktion<sup>1</sup>): Kreditbewilligung mit Zweidrittelmehrheit beschlossen<sup>2</sup>). Kritischster Moment: Frage der Erörterung der Kriegsziele! Donnerstag nach der Rede des Reichskanzlers mit 48 gegen 47 (!!!) abgelehnt<sup>3</sup>). Unglaubliche Kurzsichtigkeit der Sachsen: Ryssel usw. Die Leute sehen immer nur in die Partei hinein. Die ganze Sache wäre in eine scheußliche Niederlage verwandelt worden. Ich hätte gar nicht sprechen können. Der Antrag Ledebour<sup>4</sup>) wollte mich verpflichten, unsere von der Zensur zurückgehaltene Thesen zu ver-

<sup>5)</sup> In der Auseinandersetzung beitrag bei Dittmann, Erinnerungen (Das Kriegsjahr 1915). zwischen Otto Braun und Haase ging es um die Interpretation einer Äußerung Brantings über die 6) Adolf Müller teilte mit, Kriegspolitik der französischen Sozialisten; s. Dittmann a.a.O. s. Dittmann a.a.O., er habe vertraulich erfahren, Prinz Leopold von Bayern solle König von Polen, sein Sohn Fürst von Belgien und ein anderer deutscher Prinz Fürst von Elsaß-Lothringen werden. Ferner berichtete er über eine Unterredung mit dem bayerischen Kriegsminister, der ihm die Kriegführung der Mittelmächte als zur Zeit "nur in der Abwehr" befindlich und die militärische Lage als allgemein schwierig geschildert hätte. Schließlich kam Müller auf seine eigenen gescheiterten Friedensvermittlungsbemühungen über die Schweiz nach Frankreich zu sprechen. 7) Im Anschluß an Adolf Müller berichtete Haase, s. Dittmann a.a.O., über eine Unterredung mit Delbrück, Wahnschaffe und Zimmermann, bei der Zimmermann erklärt habe, wenn die Reichsleitung nicht einen auf die Angliederung Belgiens an Deutschland gerichteten Standpunkt vertreten hätte, dann "glauben Sie mir, daß die Regierung gar nicht mehr an ihrer Stelle wäre!" Diese Äußerung Zimmermanns interpretierte Haase — und andere Diskussionsredner sinngemäß ebenso -- dahingehend, daß "die Regierung von den Scharfmachern getrieben" werde. 8) Gemeint ist die Abstimmung über den ersten Punkt der von David entworfenen Leitsätze: "Die Sicherung der politischen Unabhängigkeit und Unversehrtheit des Deutschen Reiches heischt die Abweisung aller gegen seinen territorialen Machtbereich gerichteten Eroberungsziele der Gegner. Das trifft auch zu für die Forderung der Wiederangliederung Elsaß-Lothringens an Frankreich, einerlei in welcher Form sie erstrebt wird." Der erste Satz wurde von der Fraktion gegen 4, vom Parteiausschuß gegen 3 Stimmen, der zweite von der Fraktion gegen 14, vom Parteiausschuß gegen 7 Stimmen angenommen; vgl. Quellen 3/II Nr. 372 a. 9) Von der Fraktion mit 74 gegen 26, vom Parteiausschuß mit 30 gegen 8 Stimmen; vgl. Quellen 3/II Nr. 372 a.

<sup>17. 8. 1915: 1)</sup> Vgl. Quellen 3/II Nr. 375. 2) Laut Fraktionsprotokoll, s. Anm. 1, mit 68 gegen 31 Stimmen. 3) Gemeint ist die Abstimmung über einen Antrag, die von der Reichstagsfraktion und dem Parteiausschuß angenommenen Leitsätze, s. 14. 8. 1915 (bes. Anm. 9), im Plenum des Reichstags zu verlesen; nach Dittmann, a.a.O., war dieser Antrag von Dittmann gestellt und mit 49 gegen 48 Stimmen abgelehnt worden. 4) Das Fraktionsprotokoll, s. Anm. 1,

lesen. — Ich sitze bis nachts 1/3 Uhr, um meine Rede<sup>5</sup>) zu formulieren. Sie soll sieben Herren dienen: dem rechten Flügel, der Mitte mit den Kriegszielen, der Opposition keine Angriffspunkte geben, den bürgerlichen Parteien keinen Anstoß zur Kriegszieldebatte geben, der Regierung die Position zwischen den Lagern ermöglichen, dem Lande gegenüber die Partei als fest in der vaterländischen Sache von neuem zeigen und den üblen Eindruck der oppositionellen Propaganda verwischen, dem Ausland das Nötige sagen. Das schwierigste Stück meiner parlamentarischen Laufbahn; dabei bin ich an Leib und Seele gerädert durch die Hetzarbeit und Marter der letzten Wochen und Tage. Ich bin immer wieder nahe daran, die Position zu räumen. Das Schlimmste ist die geringe Initiative und Aktionskraft der näheren Freunde. Wenn ich nicht anrege und schreibe, geschieht nichts. Nasses Stroh. Dazu die Unentschiedenheit Eberts und Scheidemanns; Unzuverlässigkeit R. Fischers, der immer wieder "des lieben Friedens willen" Haase nachgibt und dessen Taktik fördert. — Ich bin wieder fest entschlossen, wenn die Kriegskrisis glücklich überstanden, aus der Tagespolitik zurückzutreten. Meine Gesundheit geht sonst gänzlich zugrunde.

Donnerstag, 19. August. Reichstag. Die Rede des Reichskanzlers<sup>1</sup>) bringt kein Wort über die innere Freiheit; eine schwere Enttäuschung! Baake übermittelt mir den Wunsch, ein freundliches Wort für den Reichskanzler einzuflechten. Nein!

Freitag, 20. August. Reichstag. Habe mit Schiffer und Fischbeck gesprochen. Meine Rede<sup>1</sup>) wirkt gut. Große Presse; nur der Vorwärts ist recht unzufrieden<sup>2</sup>); die Sitzung gibt uns erneut eine feste vaterländische Position. — Unsere Opposition scheint hoffnungslos geworden zu sein. Sie kommt nirgends zum Zug. In den Kommissionen und im Plenum führen unsere Leute das Wort. Alles geht einigermaßen gut. Der letzte Vorstoß der Opposition: Hochs Antrag betr. ver-

vermerkt, daß ein Amendement Ledebour — dessen Wortlaut nicht wiedergegeben wird — zu einem Antrag Hoch gegen 22 Stimmen abgelehnt wurde; zum Antrag Hoch vgl. 20. 8. 1915 (Anm. 3). <sup>5</sup>) S. 20. 8. 1915 (Anm. 1).

<sup>19. 8. 1915: 1)</sup> S. Sten. Ber. Bd. 306 S. 213 ff.

<sup>20. 8. 1915: 1)</sup> S. Sten. Ber. Bd. 306 S. 229 ff. 2) Das Berliner Tageblatt 21. 8. 1915 (Morgenausgabe) nannte Davids Rede "ein kluges und warmherziges Bekenntnis zu der Politik des 4. August". Die Frankfurter Zeitung 21. 8. 1915 (2. Morgenblatt) betonte, den zur Kriegskreditbewilligung abgegebenen Erklärungen sei "der Geist und feste Wille des Durchhaltens bis zum endgültigen Siege gemeinsam" gewesen und auch die Davids sei "aus diesem schönen und herzerhebenden einheitlichen Bilde" nicht herausgefallen. Auch der Vorwärts unterstrich, daß "die Ausführungen des sozialdemokratischen Fraktionsredners David [...] in keinem Punkte durch einen markanten Strich von den Darlegungen der bürgerlichen Redner getrennt" gewesen seien und meinte dazu kritisch, es werde einen "erheblichen Teil des Volkes" befremden, daß er "die Frage der Kriegsziele in so knapper und wenig erschöpfender und präziser Weise" behandelt

trauliche Besprechung mit der Regierung mit 31 gegen 30 abgelehnt<sup>3</sup>). — Haases Aktion betr. Belagerungszustand<sup>4</sup>) und Dittmanns Rede vereitelt. — Schlimm ist nur das gänzliche Versagen der Regierung; nicht einmal in Sachen des Vereinsgesetzes feste Zusage. Das einzige, was der brave Reichstag erhält, ist die Inschrift: ein Hohn auf unsere parlamentarischen Zustände! — Ich will noch einmal mit dem Reichskanzler sprechen, um mein Gewissen zu salvieren. Seine Schwäche und Rechnungsträgerei gegen rechts wird zum Verhängnis werden.

Freitag, 17., bis Sonnabend, 25. [September]<sup>1</sup>). Reise durch das westliche Operationsgebiet<sup>2</sup>), vergleiche Dokumente<sup>3</sup>).

Vorher und nachher bei Eugen *Dietzgen*, Wiesbaden, und in Mainz. Adelungs Urlaub<sup>4</sup>).

Oktober. Rückkehr Anfang Oktober. — Sonntag bei *Hahns*, Wannsee. [...] — Vortrag im Mutterschutz. — *Hahns* Versammlung. Zugleich verschärfte innerparteiliche Kämpfe.

Reichskanzler, zweite Unterredung: Gefahr drohenden Auseinanderbruchs im Reichstag. Schwere Fehler in der Lebensmittelpolitik, gänzliches Versagen hinsichtlich der Neuorientierung. Keine Aussicht auf Frieden. Wie durchhalten! Notwendigkeit, die Volksseele zu stärken: Preis der Opfer. — Friedensgestaltung: Verständigung nach Westen. Zukunft des Deutschen Reiches ohne Demokratisierung düster. Zweckverband der germanischen Staaten. Der Kanzler möge Friedensbereitschaft künden. Belgien. — Er zeigt keine Entschlossenheit.

Glocke1). Parvus' Besuch. Plan der Schriften über nächste Aufgaben.

Sonntag, 14., bis Sonntag, 21. November. Schwere innere Erschütterung. [...] — Es ist zuviel. Es geht fast über meine Kraft, aber durchhalten, durchhalten, wie die da draußen.

Montag, 22. November. Fraktionsvorstandssitzung. Plan für Reichstag im Gegensatz zu Haases Oppositionsplan. — Auch ich bin der Meinung, daß die

habe. <sup>3</sup>) Laut Fraktionsprotokoll vom 17. 8. 1915, s. Quellen 3/II Nr. 375, hatte *Hoch* den mit 57 gegen 37 Stimmen abgelehnten Antrag gestellt, eine Anfrage an den *Reichskanzler* in der Budgetkommission zu richten, ob die Regierung bereit sei, in Friedensverhandlungen "ohne gewaltsamen Eingriff in die Selbständigkeit und Unabhängigkeit eines Volkes" einzutreten; der Vorgang wird von Dittmann a.a.O. sinngemäß ebenso wiedergegeben. <sup>4</sup>) Antrag, von der Regierung die Aufhebung des Belagerungszustandes zu fordern; s. Dittmann a.a.O.

<sup>17.—25. 9. 1915: 1)</sup> Im Or. irrtümlich "August"; vgl. dazu Anm. 2. 2) Nach Scheidemann, Memoiren I S. 275 f. fuhren David, Ebert, Scheidemann und Schöpflin am 17. September über Metz nach Charleville; die Reise diente der Prüfung von Beschwerden, die von Soldaten an die Abgeordneten gerichtet worden waren. 3) Waren nicht aufzufinden. 4) Vgl. Adelung S. 158 f. und 25. 7. 1916.

Oktober 1915: 1) Die Glocke. Sozialistische Halbmonatsschrift, hrsg. von Parvus, Verlag für Sozialwissenschaft München. Das erste Heft war am 1. 9. 1915 erschienen; vgl. dazu Scharlau / Zeman S. 194 ff. und Koszyk S. 76 ff.

militärische Lage (Serbien!¹)) ein energischeres Friedenswort gestattet. Aber von einem Redner der Mehrheit im Sinne dieser!

Dienstag, 23. November. Fraktions- und Parteivorstand: Angelegenheit *Emmel*<sup>1</sup>), man muß den zweifelhaften Herren halten, um seinen nationalistischfranzösischen Gegnern nicht zu dienen und die Partei in falsches Licht zu bringen.

Abends erste Konferenz im Heidelberger. 21 Besucher. Lebensmittelfrage, Sozialpolitik, Steuerwesen.

Mittwoch, 24., bis Sonnabend, 27. November. Fraktionssitzungen¹): Angelegenheit Emmel²). — Liebknechts 6 kleine Anfragen³); Hohn auf die Fraktion; trotzdem kein energischer Schritt zu erzielen. Ein Mann bietet hundert Trotz. Respekt vor der inneren Kraft dieser Persönlichkeit; was wäre sie uns wert, wenn auf unserer Seite. Seine Freunde decken ihn, obgleich er ihnen das Konzept verdirbt.

Bei der Lebensmitteldebatte enthüllen Henke, Dittmann (die "heilige Einigkeit" besteht nicht, das muß gesagt werden) und Hoch<sup>4</sup>) ihre letzte Absicht. Der elende Bursche, der die Bilderbogen und Schmutzflugblätter verfaßt und verbreitet, hat die Stirn, die Dinge in der Fraktion zur Verteilung bringen zu lassen<sup>5</sup>). (Rühle!?)

Donnerstag, 25. November. Zweite Konferenz im Heidelberger<sup>1</sup>). Debatte über Friedensgestaltungsdebatte. *Hoch*, *Ledebour* usw. haben eine Interpellation: Sofortige Bereitschaft zu Friedensverhandlungen unter Verzicht auf Annexion jeder Art, eingebracht. Sammeln 48 Unterschriften<sup>2</sup>), darunter *Segitz*<sup>3</sup>).

Sonnabend, 27. November. Besprechung bei Frederich: Ebert, Molkenbuhr, R. Fischer, Scheidemann, Wels, Südekum. Ebert und Scheidemann machen den

<sup>22. 11. 1915: 1)</sup> Im November waren die österreichisch-ungarischen Truppen an der serbischen Front im Vormarsch; vgl. Wippermann 1915/II S. 744 f.

<sup>23. 9. 1915: 1)</sup> Vgl. Quellen 3/II Nr. 380 und 18. 5. 1915 (bes. Anm. 5).

<sup>24.—27. 11. 1915:</sup> ¹) Vgl. Quellen 3/II Nr. 380, 381, 382 und 383 (24., 25., 26. und 27. 11. 1915). ²) S. 23. 11. 1915 (Anm. 1). 3) Vgl. Quellen 3/II Nr. 379 und 382. ¹) Nach Dittmann, Erinnerungen (Das Kriegsjahr 1915) erklärte Hoch: "Die Politik Davids hat Bankrott gemacht. Gerade seine unwahrhaftige Politik untergräbt das Vertrauen zur Fraktion und bereitet den Boden vor für Krawalle [gemeint sind Lebensmittelkrawalle]. Es ist falsch, künstlich eine Einigkeit aufrechterhalten zu wollen, die nicht mehr besteht, auch nicht in den Schützengräben." <sup>5</sup>) Zu den Flugblattaktionen der Parteiopposition vgl. das Referat Eberts und das Korreferat Haases auf der SPD-Reichskonferenz 21./23. 9. 1916, Protokoll S. 45—58.

<sup>25. 11. 1915: 1)</sup> Vgl. 23. 11. 1915. 2) Vgl. Quellen 3/II Nr. 385. 3) Martin Segitz, MdR, Redakteur der Fränkischen Tagespost.

Vorschlag, auch unsererseits mit einer Interpellation vorzugehen<sup>1</sup>). Scheidemann berichtet über Besprechung mit dem Reichskanzler<sup>2</sup>), der nach seiner Auffassung eine Interpellation hinzunehmen bereit ist<sup>3</sup>). Ich warne vor Optimismus. Halte eine einfache Debatte für ausreichend. Mache auf die Schwierigkeit des zweiten Redners aufmerksam. Man gibt sich gegenseitig das Wort, auf den zwei Rednern für die Majorität zu bestehen. Telefonisch erhält Sch. Nachricht von der Reichsregierung, daß man aufs dringendste von einer Interpellation abrate. Aber man glaubt, der Partei die "Aktion" schuldig zu sein, um der Opposition damit die Situation zu verderben.

Montag, [29.]¹), und Dienstag, [30.]²) November. Fraktionsverhandlungen über die Friedensinterpellation³). Schwerste Kämpfe. Montagabend noch dritte Besprechung im Heidelberger⁴) bis zur Erschöpfung; pessimistische, aber entschlossene Stimmung. Dienstag vor der Plenarsitzung und nachher furchtbare Fraktionssitzung⁵). Die Minderheit verlangt das Recht, ihre Auffassung im Plenum zu vertreten. Antrag Simon, Haase, Hoch usw., 27 Stimmen dafür⁶). — Reden Eberts, Legiens und Davids: Landesinteresse⁶)! — Es ist die stärkste Belastungsprobe für die Parteienheit, die ich bis jetzt erlebte. Wir haben gesiegt; aber was wird kommen! — Die Regierung ist entsetzt über unsere Interpellation; aber sie trägt die schwerste Schuld an dieser Entwicklung und kein Verdienst, daß es nicht noch schlimmer geworden.

<sup>27. 11. 1915:</sup> 1) Vgl. Quellen 3/II Nr. 385. 2) Vgl. Dittmann a.a.O.; dort Wiedergabe des Berichts Scheidemanns über die Besprechung mit dem Reichskanzler am 23. 11. 1915. Vgl. auch Molkenbuhrs Tagebucheintragung vom 3. 12. 1915 (Nachlaß Molkenbuhr): "War am 24. November im Reichsamt des Innern, am Freitag den 26. und am 29. beim Reichskanzler, um über die Reichstagstätigkeit zu sprechen. Delbrück macht uns begreiflich, daß er und sein Amt sich Mühe gegeben haben, die Ernährung sicherzustellen." 3) In der Fraktionsführerbesprechung vom 29. 11. 1915 nahm Bethmann jedoch eine andere Haltung ein; vgl. Scheidemanns Bericht in: Protokoll SPD-Parteiausschuß 7./9. 1. 1916 S. 151: "Alle Parteien, und vor allem der Reichskanzler selbst baten uns dringend, von der Einbringung einer Interpellation Abstand zu nehmen. Der Reichskanzler sagte uns, daß er eine politische Rede zu halten gedenke, die uns Gelegenheit zur Debatte geben würde. Wir könnten dann in der Debatte alles sagen, was wir bei der geplanten Interpellation zu sagen wünschten." Im gleichen Sinne Westarp II S. 57: "Vergeblich hatte die Kriegszielmehrheit gemeinsam mit v. Bethmann versucht, den Sozialdemokraten das Vorhaben ihrer Interpellation auszureden." Hingegen berichtete Haase in der Fraktionssitzung vom 30. 11. 1915, vgl. Dittmann a.a.O., Bethmann habe in der Fraktionsführerbesprechung vom 29. 11. 1915 gebeten: "Die Form unserer Interpellation möchten wir mit ihm besprechen."

<sup>29.</sup> und 30. 11. 1915: ¹) Im Or. irrtümlich 28. ²) Im Or. irrtümlich 29. ³) Vgl. 27. II. 1915 (Anm. 3). ⁴) Vgl. 23. 11. 1915 und 25. 11. 1915 (Anm. 1). ⁵) Vgl. Quellen 3/II Nr. 384 und 385. ⁶) Die Fraktionsminderheit hatte eine von Ledebour und Haberland formulierte Interpellation vorgelegt. Nachdem diese mit 58 gegen 43 Stimmen zugunsten einer von David, Ebert, Richard Fischer, Molkenbuhr und Scheidemann entworfenen abgelehnt worden war, wurden zwei Anträge gestellt: von Simon, der Minderheit Aktionsfreiheit im Plenum zu gewähren, von Gustav Bauer, ein selbständiges Auftreten der Minderheit für unzulässig zu erklären. Der Antrag Simon wurde mit 68 gegen 29 Stimmen abgelehnt, der Antrag Bauer mit 70 gegen 27 Stimmen angenommen; s. Anm. 5 und Dittmann a.a.O.; vgl. ferner Protokoll SPD-Parteiausschuß 7./9. 1. 1916 (Bericht Scheidemanns S. 147 ff.). ˚) Gemeint ist, daß die Genannten in der Fraktionssitzung ihren Standpunkt unter Hinweis auf das Landesinteresse vertreten hatten.

Donnerstag, 9. Dezember. Reichstag. Friedensinterpellation<sup>1</sup>). — Am Tage vorher mit Scheidemann und Landsberg Reden eingehend besprochen; telefonische Anfrage beim Reichskanzler; Sch. und L. gehen zu ihm. — Ohne Erfolg, wie die Reden des Kanzlers<sup>2</sup>) bewiesen; auf die Zustimmung der Bürgerlichen berechnet. — Wüste Szene wegen der versuchten Wortabschneidung<sup>3</sup>); ich hatte vorher Verständigung erstrebt; Aussprache mit Payer (Parteipolitik gegen Landesinteressen!). Trotzdem ließen sie die bissigen Hunde, die wir an die Kette gelegt hatten, los. Triumph der Haase, Ledebour, Stadthagen, Liebknecht<sup>4</sup>). — Landsbergs Schlußrede<sup>5</sup>) rettete die Situation nach außen. Aber die Situation nach innen ungeheuer erschwert<sup>6</sup>). Eine Anzahl schwankender Elemente erklärte sofort, jetzt gegen die Kredite stimmen zu wollen. — Ich bearbeite Ebert, der ebenfalls schwankt; sein Höchstes ist, bei der Majorität zu bleiben. Spreche mit Scheidemann, Wels, Robert Schmidt usw. Das wird nun die allerstärkste Belastungsprobe werden. Es wird uns nichts geschenkt. Die Hauptschuld, wenn es zum Siege der Opposition kommt, trägt die Regierung.

Dienstag, 14. Dezember. Fraktionssitzung<sup>1</sup>) über Kreditvorlage. 58 gegen 38<sup>2</sup>) (Quarck, Wendel fehlen!!!). 66 gegen 44 nach mühseliger Bearbeitung der schwankenden Sachsen<sup>3</sup>). Die neuen Steuerpläne der Regierung sickern durch<sup>4</sup>) und erschweren noch die Situation. — Meine Rede in der Budget-Kommission.

Samstag, 18. Dezember<sup>1</sup>). Fraktionsvorstandssitzungen [sic!]: Am 18. abends ernste Aussprache über die geplante Sonderaktion der Minderheit<sup>2</sup>). Hoch miß-

<sup>1)</sup> S. Sten. Ber. Bd. 316 (Anlagen) Nr. 159 und Sten. Ber. Bd. 306 S. 425 ff. Vgl. dazu Literaturangaben in: Quellen 3/II Nr. 385 (Anm. 4). 2) Sten. Ber. Bd. 306 S. 426 ff. und S. 434 ff. (Erwiderung auf die Interpellation der SPD). 3) Nachdem der Reichskanzler die durch Scheidemann begründete Interpellation der Sozialdemokraten beantwortet hatte, ging ein von Bassermann, Gröber, v. Westarp, Schultz (Bromberg) und v. Payer unterzeichneter Antrag auf Schluß der Beratung ein; a.a.O. S. 437. tagspräsident die Annahme des Schlußantrags festgestellt hatte, das Wort zur Geschäftsordnung; s. a.a.O. S. 438 ff. 5) Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wurde auf Antrag von Schultz (Bromberg) die Diskussion über die Interpellation der SPD wieder eröffnet; a.a.O. S. 440 ff. Landsberg hielt die abschließende Rede; a.a.O. S. 442 ff. 6) Die Fraktionsminderheit veröffentlichte im Anschluß an die Reichstagssitzung vom 9. 12. eine von 36 Abgeordneten unterzeichnete, als Flugblatt verbreitete Erklärung, die die Kriegspolitik der Regierung und der bürgerlichen Parteien verurteilt; s. Dittmann a.a.O.

<sup>14. 12. 1915:</sup> ¹) Vgl. Quellen 3/II Nr. 388. ²) Abstimmungsergebnis in der Fraktionssitzung für Annahme der Kriegskredite; s. Anm. 1. ³) Abstimmungsergebnis, das die Voten nicht anwesender Mitglieder berücksichtigt; s. Dittmann a.a.O. ⁴) Nach Dittmann, a.a.O., hatte Südekum in der Fraktionssitzung vom 13. 12. erklärt: "Der Bericht über die neuen Steuergesetze kommt morgen früh in der Budgetkommission zur Verhandlung und gelangt vielleicht schon Mittwoch ins Plenum."

<sup>18. 12. 1915: 1)</sup> Datum von Bearbeitern eingefügt. 2) Ablehnung der Kriegskredite im Plenum; s. 21. 12. 1915.

billigt sie. Haase erklärt, er mache sie nicht mit, könne sie aber auch nicht mißbilligen. Molkenbuhr, [Richard] Fischer, Ebert erklären, das sei die Spaltung; ein Zusammenarbeiten gäbe es dann nicht mehr. Fischer bemerkt, wir seien vielleicht so das letzte Mal zusammen.

Montag, 20. Dezember. 9 Uhr Vorstandssitzung: Haase erklärt, nun werde er sich an der Sonderaktion beteiligen¹). 10 Uhr Fraktionssitzung, Fortsetzung nachmittags bis abends 10 Uhr²). Die Redner der Mehrheit erklären: wenn die Minderheit eine Erklärung abgäbe, dann sei das Tischtuch zerschnitten, ein Zusammenarbeiten sei fernerhin unmöglich. (So Ebert, Molkenbuhr usw.; Haase und Hoch resignieren.) Im Plenum Verhandlung über die Steuern³); meine Rede⁴) läßt der Regierung keinen Zweifel über die Gefährlichkeit ihrer Pläne.

Dienstag, 21. Dezember. Die Minderheit gibt durch Geyer ihre Erklärung gegen die Kreditbewilligung ab1). 20 von 442). Darnach Fraktionsvorstand ohne Haase und Hoch: [Richard] Fischer hat einen "sehr klugen" Ausweg gefunden: Die Separatisten sollen Mitglieder der Fraktion bleiben, aber nicht mehr in die Kommissionen und zu Rednern gewählt werden<sup>3</sup>). Molkenbuhr, Ebert und Scheidemann schließen sich ihm an, also elendster Umfall, jetzt wo das Geschwür ausgeschnitten werden könnte und müßte. Ich protestiere. Fraktionssitzung³): Ich zeige die Unmöglichkeit des Fischerschen Vorschlages. Legien stellt sich auf meinen Standpunkt und beantragt Trennung. Dafür nur 18 Stimmen. Die Rechte ist durch das Vorgehen des Vorstandes völlig zerrissen. Die Ryssel, Jäckel und Schmidt-Meißen beherrschen die Situation und den Vorstand. Der zieht seinen unglückseligen Antrag zurück zugunsten eines Antrages Hoffmann-Kaiserslautern, der nur Schall ist. Der Tag ist ein Tag des Triumphes für die Minderheit. Haase weiß, was er will, ist klug und kühn und wird die Mehrheit noch von innen heraus weiter zerklüften und für sich gewinnen. - Das wertvollste Ergebnis ist die Aktionsfreiheit. Die muß ich nun auch benutzen, um der Rechten Zusammenhalt und klare Richtlinien zu geben. Der unvereinbare Gegensatz in der Stellung zum Land muß herausgestellt werden. Hier ist die Kluft unüberbrückbar.

<sup>20. 12. 1915:</sup> ¹) S. 18. 12. 1915 (bes. Anm. 2). — Vgl. auch Molkenbuhrs Tagebucheintragung vom 19. 12. 1915 (Nachlaß Molkenbuhr): "Selbstverständlich wird die radikale Minderheit behaupten, daß es prinzipiell zulässig ist, gegen den Mehrheitsbeschluß zu handeln. Tun sie das, dann machen sie die Bahn für Heine, Peus, David usw. frei, für ihre Aktionen auch selbständig vorzugehen." ²) Vgl. Quellen 3/II Nr. 389. ³) Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne; s. Sten. Ber. Bd. 306 S. 459 ff. ⁴) A.a.O. S. 460 ff.

<sup>21. 12. 1915:</sup> ¹) S. Sten. Ber. Bd. 306 S. 507 f. ²) Geyer gab im Plenum seine Erklärung im Namen von 20 der 44 sozialdemokratischen Abgeordneten ab, die sich in der Fraktion, s. 14. 12. 1915, gegen die Bewilligung der Kriegskredite ausgesprochen hatten. ³) Vgl. Quellen 3/II Nr. 390.

Donnerstag, 6. Januar. 8 Uhr Heidelberger, Besprechung mit den Parteiausschußmitgliedern<sup>1</sup>).

Freitag, 7. Januar. Parteiausschuß: Haase gibt zu, den Sieg Deutschlands nicht zu wollen, da er für die Entwicklung in Deutschland usw. hemmend sei<sup>1</sup>). Jungfrauen am Brandenburger Tor<sup>2</sup>). — Ich weise darauf hin, daß, wer den Sieg nicht will, die Niederlage praktisch fördert<sup>3</sup>). H.[aase] bestätigt meine Darstellung über seinen Versuch am 4. August, den Passus betreffend Vaterland aus der Erklärung zu bringen<sup>4</sup>). Ausgezeichnete Reden von Meerfeld und Keil<sup>5</sup>). Man ist entschlossen, die Minderheit jetzt nicht mehr zu schonen.

Abends Besprechung im Heidelberger. Wir entwerfen mit vereinten Kräften (Keil, Leinert, Haenisch, Beims) die Resolution<sup>6</sup>).

Sonnabend, 8. Januar. Parteiausschuß: Die Resolution mit Mißtrauensvotum gegen  $Haase^1$ ) wird ohne Schwierigkeit angenommen<sup>2</sup>). Die Opposition ist sehr matt.

Sonntag, 9. Januar. Konferenz der Fraktion, des Parteiausschusses, General-kommission, Gewerkschaftsvorstände mit den österreichischen Parteivorstandsmitgliedern [Victor] Adler, Seitz, Ellenbogen, Renner und den Gewerkschafts-

<sup>6. 1. 1916: 1)</sup> Der Parteiausschuß tagte vom 7. bis 9. 1. 1916.

<sup>1)</sup> Vgl. Protokoll SPD-Parteiausschuß 7./9. 1. 1916 S. 159, Haase: "Eine 7. 1. 1916: deutsche Niederlage würde uns aufs schwerste schädigen. Das ist richtig. Aber würde ein großer Sieg nicht auch die Reaktion im Innern bringen? Ich habe so wenig wie irgendein anderer eine Niederlage gewünscht; aber es muß festgestellt werden, was ist, d. h., daß jedes Land am ehesten von den Auswüchsen der Reaktion verschont wird, wenn auch die anderen Länder nicht von einer entscheidenden Niederlage betroffen werden." 2) Vermutlich eine Frauendemonstration 3) Vgl. a.a.O. S. 159 f. David: "Genosse für den Frieden, die sich jedoch nicht nachweisen ließ. Haase sagt zwar, er wolle nicht die Niederlage Deutschlands. Aber er erklärt, er wolle auch nicht den Sieg. Seine Politik ist also auf der Linie zwischen Sieg und Niederlage eingestellt; das ist eine überaus schwierige und zweifelhafte Sache, die in der Wirkung jedenfalls auf die 4) Vgl. a.a.O. David: "Haase wollte dann noch in Förderung einer Niederlage hinausläuft." letzter Stunde in der Fraktion den Kernsatz, daß wir das Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stiche lassen wollten, beseitigt haben. Das sei ein Primanerausdruck, meinte er." Dazu a.a.O. S. 162 Haase: "Nicht gegen den Gedanken in der Erklärung vom 4. August, sondern gegen den Stil habe er sich gewandt. Er verbitte sich, daß daraus Konsequenzen gezogen würden, wie 5) Vgl. a.a.O. S. 168 f. und 169 f.; laut Protokoll sprachen es David zu beabsichtigen scheine." Meerfeld und Keil in der Parteiausschuß-Sitzung vom 8. 1. 1916. 6) Laut Protokoll a.a.O. S. 173 war die Resolution von Auer, Beims, Leinert und Löbe eingebracht worden; vgl. 8. 1. 1916 (bes. Anm. 1).

<sup>8. 1. 1916:</sup> ¹) Absatz 6 der Resolution, s. 7. 1. 1915 (Anm. 6), a.a.O. S. 173, lautet: "Insbesondere verdient das Verhalten des Genossen Haase die schärfste Mißbilligung. Indem Haase sich an dem Disziplinbruch beteiligte, hat er aufs neue und in noch schlimmerer Weise als durch das "Gebot der Stunde" gegen die Pflicht verstoßen, die ihm sein Amt als Vorsitzender der Parteiorganisation auferlegt." ²) Mit 28 gegen 11 Stimmen, a.a.O. S. 173.

leitern über die deutsch-österreichische Wirtschaftsannäherung<sup>1</sup>). Renners vorzügliches Referat und noch geschickteres Schlußwort. — Unsere Opposition Ledebour—Hoch schneidet kläglich ab. — Abends bei Frederich zusammen mit den vier Österreichern.

Montag, 10. Januar. Abends Vorbesprechung mit den Fraktionskollegen im Heidelberger. Entwurf der Resolution gegen *Liebknecht* von mir. *Buck* will sie vertreten<sup>1</sup>). Kandidaten für den Fraktionsvorstand. *Krätzig*<sup>2</sup>): unter den Blinden der König.

Die Gewerkschafter haben eine Vorständekonferenz, die sich auf eine Trennung von der Partei einstellt, für den Fall, daß die Mehrheit zur Minderheit wird<sup>3</sup>). Aus diesen Gründen will die Generalkommission keinen Sitz im Fraktionsvorstand. — Nachmittags war Sitzung des Fraktionsvorstandes.

Dienstag, 11. Januar. Reichstag<sup>1</sup>). — Nach dem Plenum Fraktionssitzung<sup>2</sup>).

Mittwoch, 12. Januar. Fraktionssitzung<sup>1</sup>): Fall Liebknecht. Neue Anfragen<sup>2</sup>). — Seine Verteidigung: Pathologie der "Konsequenz"; L[iebknecht] gegen die "Illusionäre"<sup>3</sup>). — Antrag Buck (David<sup>4</sup>)) mit 60 gegen 25 [Stimmen] angenommen.

Freitag, 14. Januar. Dr. *Blocher*-Basel<sup>1</sup>) im Reichstag. Langes Gespräch im Restaurant. Französische Zustände.

<sup>9. 1. 1916: 1)</sup> Ein Bericht über diese Konferenz ist in das Protokoll der Parteiausschuß-Sitzung nicht aufgenommen worden, auch die Presse war nicht zugelassen; dies geschah offenbar aus Rücksicht auf die Teilnehmer aus Österreich, denen schon die Veröffentlichung der Einberufung dieser Tagung in einem Parteiblatt "sehr unangenehm" gewesen sei, wie Ebert erklärt hatte; s. Protokoll SPD-Parteiausschuß 7./9. 1. 1916 S. 139.

<sup>10. 1. 1916:

1)</sup> In der Fraktionssitzung vom 12. 1. 1916, s. Quellen 3/II Nr. 393, stellte Buck den Antrag: "Da Genosse Liebknecht fortgesetzt gegen die Beschlüsse der Fraktion handelt und somit die Pflichten der Fraktionsgemeinschaft aufs gröblichste verletzt, erklärt die Fraktion, daß Liebknecht dadurch die Rechte, die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringen, verwirkt hat." Vgl. dazu 12. 1. 1916.

2) Hoch war, wie in der Fraktionssitzung vom 20. 12. 1915 bekanntgegeben worden war, s. Quellen 3/II Nr. 389a, aus dem Fraktionsvorstand ausgeschieden. In der Fraktionssitzung vom 11. 1. 1915, s. Quellen 3/II Nr. 392, wurde Krätzig an seine Stelle in den Fraktionsvorstand gewählt.

3) Vgl. Redaktionsartikel, Zersetzungsbestrebungen in der deutschen Sozialdemokratie, in: Correspondenzblatt 15. 1. 1916 S. 17 ff.; vgl. ferner Varain S. 82.

<sup>11. 1. 1916: 1)</sup> Vgl. Sten. Ber. Bd. 306 S. 511 ff. 2) Vgl. Quellen 3/II Nr. 392.

<sup>12. 1. 1916: 1)</sup> Vgl. Quellen 3/II Nr. 393. 2) Gemeint sind die von Liebknecht gestellten "Kleinen Anfragen"; s. Quellen 3/II Nr. 393 (Anm. 3). 3) Nach Dittmann, Erinnerungen (Das Kriegsjahr 1916) erklärte Liebknecht: "Die Illusionen haben uns bei Kriegsbeginn in eine unglückliche Politik hineingebracht. Es ist kein Unglück, wenn eine Illusion über das Parlamentsrecht zusammenbricht, wenn dessen Ausnutzung eine Lebensnotwendigkeit ist." 4) S. 10. 1. 1916 (Anm. 1).

<sup>14. 1. 1916: 1)</sup> Regierungsrat Dr. Hermann Blocher, Sozialdemokrat, leitete das Departement des Innern in Basel, war Herausgeber der Internationalen Monatshefte zur Erforschung des

Fraktionssitzung<sup>2</sup>): Heine und Dittmann skizzieren ihre Reden über die Zensur. Debatte über die Auslegung des Liebknecht-Beschlusses<sup>3</sup>).

Preußischer Landesausschuß: Beschluß gegen die Erklärung der Hirsch und Genossen<sup>4</sup>). — Liebknecht verlangt die Ausmerzung des Satzes betreffs unversehrten Deutschlands<sup>5</sup>)!

Sonnabend, 15. Januar. Fraktionsvorstand nach dem Plenum. Erklärung und Zusammenstellung gegen Liebknecht<sup>1</sup>) von Gradnauer entworfen. [...]

Montag, 17. Januar. Dr. Blocher und Frau im Reichstag.

Abends Konferenz im Heidelberger: Organisation der Mehrheit; Pfleger für die Schwankenden; Besprechung der Steuerfragen. — Die innere Entwicklung wird immer kritischer. Es muß konzentrischer und energischer gearbeitet werden, um die Massen zu halten und die Intellektuellen einheitlicher einzustellen. Mein programmatischer I.K.-Artikel "Die Politik der Separatisten<sup>1</sup>)" ist wenig abgedruckt worden.

Dienstag, 18. Januar. Reichstag: Zensurreden Dittmann<sup>1</sup>) und Heine<sup>2</sup>). Zwei Extreme, die sich berühren; beide gehen über die ihnen gezogene Schranke hinaus. Zusammenstoß H[eine]s mit Ledebour und Liebknecht<sup>3</sup>). H[eine]: Trotz

153

Alkoholismus und Bekämpfung der Trinksitten und Verfasser zahlreicher Schriften über den 2) Vgl. Quellen 3/II Nr. 394. 3) S. 12. 1. 1916. Buck interpretierte seinen Alkoholismus. Antrag dahingehend, daß Liebknecht zwar weiter Fraktionsmitglied bleiben solle, die Fraktion aber weder im Plenum noch in Kommissionen vertreten und auch keine Fraktionsanträge mitunterzeichnen dürfe; diese Interpretation blieb umstritten; s. Quellen 3/II Nr. 393, 394 und Dittmann a.a.O. Liebknecht zog aus dem gegen ihn gefaßten Beschluß "die Konsequenz, durch Mitteilung an das Bureau des Reichstags aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion aus-4) Hirsch hatte namens der Mehrheit der sozialdemokratischen zutreten"; s. Dittmann a.a.O. Fraktion im Preußischen Abgeordnetenhaus (sechs Mitglieder gegen vier) eine Erklärung für die Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 17. 1. 1916 vorbereitet, die der Politik der Minderheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion entsprach; gegen diese Erklärung nahm die Landeskommission der Sozialdemokratie Preußens am 14. 1. 1916 Stellung; s. Partei-Correspondenz 11. Jg. S. 7 f. (27. 1. 1916). Dazu Hirsch S. 70, die von ihm am 17. 1. 1916 abgegebene Erklärung habe "in weiten Kreisen der Partei einen förmlichen Sturm der Entrüstung" hervorgerufen. 5) Gemeint ist der in der Erklärung von Hirsch und Genossen, s. Anm. 4, enthaltene Satz: "Ganz selbstverständlich ist es, daß auch nach sozialdemokratischen Grundsätzen kein Mensch Deutschland einen Frieden zumuten darf, der die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit des deutschen Volkes antastet [...]." Vgl. auch Hirsch S. 70 ff.

<sup>15. 1. 1916:</sup>¹) Auf Antrag von Bender war in der Fraktionssitzung vom 12. 1. 1916 beschlossen worden, der Fraktionsvorstand solle den Fraktionsmitgliedern das ganze Material in Sachen Liebknecht zur Verfügung stellen; s. Quellen 3/II Nr. 393.

<sup>17. 1. 1916: 1)</sup> S. Internationale Korrespondenz 2. Jg. S. 627 f. (14. 1. 1916).

<sup>18. 1. 1916:

1)</sup> S. Sten. Ber. Bd. 306 S. 716 ff.; vgl. Dittmann a.a.O.

2) S. Sten. Ber. Bd. 306 S. 748 ff.; vgl. Dittmann a.a.O.

3) S. Sten. Ber. Bd. 306 S. 751. Dort "erregte Zurufe von den Sozialdemokraten" und Erteilung einer Rüge des Vizepräsidenten an Ledebour nach folgendem Passus in Heines Rede: "Wer seine persönlichen Liebhabereien, seine persönlichen

aller formalen Schulung immer wieder höchst ungeschickte grobe Entgleisungen; Mangel au Selbstzucht und Kritik; Unwahrhaftigkeit, wenn subjektiv engagiert; bis zur krankhaften Eitelkeit gesteigerter Ehrgeiz; stört jede organisatorische Arbeit. —

Resultat der Reichstagstagung: Haase und Hoch aus dem Fraktionsvorstand!!!<sup>4</sup>) Liebknecht aus der Fraktion<sup>5</sup>)!!! Gute Anfänge, aber nun nachdrückliche sachliche Weiterarbeit auf dem Wege einer vernünftigen Politik.

Mittwoch, 19. Januar. Unterredung mit Wels betreffend Wochenblatt gegen den Vorwärts; bald und im Sinne der Fackel<sup>1</sup>). —

Nachmittags Konferenz im Café Austria: Cunow, H. Schulz, Baake, Baumeister, Poetzsch, Cohen[-Reuß], Haenisch, (Steinmayer<sup>2</sup>)). — Aussprache über Organisation der literarisch Tätigen zwecks besserer Arbeitsverteilung und einheitlicher Arbeit in den verschiedenen Organen: I.[nternationale] K.[orrespondenz] — Glocke. — C. Korrespondenz<sup>3</sup>). — Baake-Korrespondenz.

Donnerstag, 20. Januar. Unterredung mit Hermann Müller. Lege dem Vorstand nahe, den Versand von aufklärenden Broschüren über Fraktions- und Vorstandstätigkeit in die Schützengräben zu organisieren.

Freitag, 21. Januar. Vormittags im Archiv. Besprechung mit Kaliski über die Steuerfragen<sup>1</sup>).

Nachmittags und abends bei M. N., Kaffeegesellschaft. [...]

Montag, 24. Januar. ½5 Uhr Besprechung im Holzarbeiterhaus: Wels, [Gustav] Bauer, Schumann, Leipart, Baumeister, Baake, Südekum. Gründung eines Wo-

Wünsche politischer oder sonstiger Natur, seine Parteiinteressen, seine theoretischen Rechthabereien über die Sicherheit des Vaterlandes, über die Zukunft Deutschlands stellt, wer nicht bei allem, was er tut und schreibt, daran denkt, was es für Wirkungen nach außen und nach innen ausübt, ob es nicht unsere Vaterlandsverteidigung, die Kraft unseres Volkes gefährdet oder schwächt, von dem sage ich ohne weiteres: hic niger est! Von dem rücke ich nicht nur ab, sondern gegen den sind mir auch allerhand scharfe Maßregeln recht." 4) Haases und Hochs Ausscheiden aus dem Fraktionsvorstand war schon in der Fraktionssitzung vom 20. 12. 1915, s. Quellen 3/II Nr. 389a, bekanntgegeben worden. In der Fraktionssitzung vom 11. 1. 1916, s. Quellen 3/II Nr. 392, waren Ebert in den Fraktionsvorsitz, Krätzig und Gradnauer in den Fraktionsvorstand gewählt worden. 5) S. 10. 1. 1916 (Anm. 1) und 14. 1. 1916 (Anm. 3).

<sup>19. 1. 1916:</sup>¹) Die vom Zentralvorstand der Bezirksorganisation für Brandenburg herausgegebene, von Otto Wels redigierte Agitationszeitschrift Die Fackel hatte ihr Erscheinen von Kriegsausbruch bis Februar 1916 unterbrochen; vgl. Koszyk S. 79.

²) Otto Steinmayer, Funktionär des Metallarbeiterverbandes.

³) Gemeint ist vermutlich die von Cunow, Lensch und Winnig herausgegebene Artikelkorrespondenz; vgl. Koszyk S. 81.

<sup>21. 1. 1916:</sup> ¹) Vgl. Julius Kaliski, Steuerprobleme, in: Sozialistische Monatshefte 22. Jg. I S. 209 ff.

chenblattes; ich dagegen. Wiederherausgabe der Fackel durch Wels<sup>1</sup>) als Gegengift gegen den Vorwärts.

Abends mit H. C. im Metropoltheater.

Dienstag, 25. Januar. Vormittags im Archiv. Besprechung mit H. Müller, Wels, R. Fischer über Antwort auf Ledebours Rede in Kiel<sup>1</sup>). Darstellung der Vorgänge in der Sitzung des Fraktions- und Parteivorstandes am 31. 7. 14<sup>2</sup>).

Nachmittags Besprechung im Café Excelsior. Baake, Cunow, Cohen[-Reuβ], Baumeister, Kaliski über die Steuerfrage.

Abends in Zehlendorf bei  $S\ddot{u}dekum$ . Geburtstag. Professoren  $Preu\beta^3$ ),  $Beer^4$ ),  $Wiedenfeld^5$ ).

Mittwoch, 26. Januar. Hetze Tag für Tag mich ab, den Wust von Zeitungen, Drucksachen, Korrespondenzen zu erledigen; dazu die Arbeiten und störenden Besuche im Archiv, die kleinen und großen Konferenzen mit den Leuten inund außerhalb des Baues. Jeden Tag kommen mir neue Ideen zu Arbeiten, die gemacht, Artikeln, die geschrieben werden müssen. Ich lege Material zurück für kleine und große Werke und komme doch nicht zur ungestörten großen Arbeit. Was ich seit Jahren erstrebt: Konzentration auf das Notwendigste, Wertvollste und Wichtigste, bleibt immer unerreichtes Ziel. Meine innere Stimmung darum fast immer in Hast und unbefriedigt, oft verzweifelt. Ich leiste Wichtiges und Großes und bin voll Unruhe und Unmut, weil ich das Beste nicht leisten kann. Ein Gefangener meiner kümmerlichen finanziellen Verhältnisse. — [...]

Ich wundere mich immer wieder, daß ich dieses Leben bewältige. Meine Gesundheit ist trotz alledem besser geworden, seitdem ich eigene Verpflegung habe. Sie hängt in erster Linie bei mir vom Magen ab. Aber auf die Dauer kann das nicht so gehen. Ich muß einmal alles hintanstellen, um zunächst mein menschliches Dasein in Ordnung zu bringen.

Las einen Artikel von *Hellpach*<sup>1</sup>) über das "Genie" von *Bismarck* und anderen. Ich glaube, ich bin zu gescheit, um ein Genie sein zu können. Das "Genie" möchte ich sehen, das jetzt den Zwist in der Sozialdemokratie meistern und über-

<sup>24. 1. 1916: 1)</sup> Vgl. 19. 1. 1916 (Anm. 1).

<sup>25. 1. 1916:

1)</sup> Vgl. die Wiedergabe des Berichts der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung
21. 1. 1916 über Ledebours am 20. 1. in Kiel gehaltenen Vortrag und den Abdruck der Entgegnung
Hermann Müllers im Vorwärts 28. 1. 1916 bei Grünberg, Die Internationale S. 296 ff. sowie die
in: Partei-Correspondenz 11. Jg. S. 11 veröffentlichten Auszüge; vgl. auch Franz Osterroth,
100 Jahre Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein. Ein geschichtlicher Überblick, Kiel [1963],
S. 56.

2) Gemeint ist, daß Ledebours Darstellung der Vorgänge in der Sitzung des Fraktionsund des Parteivorstandes vom 31. 7. 1914 einer Berichtigung bedürfe.

3) Hugo Preuß,
Staatsrechtslehrer an der Handelshochschule Berlin.

4) Ludwig Beer, Professor für internationales Recht an der Universität Leipzig.

5) August B. J. K. Wiedenfeld, Professor der Staatswissenschaften an der Handelshochschule Köln.

<sup>26. 1. 1916:</sup> ¹) Willy *Hellpach*, Professor der Psychologie an der Technischen Hochschule Karlsruhe.

haupt das politische Leben zu großer fruchtbarer Gestaltung führen könnte. Bismarck hat es übrigens auch nicht gekonnt. "Genie" ist große, bornierte Einseitigkeit, der Glück und Notwendigkeit den Sieg geben. [...]

Freitag, 28. Januar. Nachmittags Zusammentreffen mit Frau Dr. Lichtwitz, die aus Brüssel berichtet.

Sonnabend, 29. Januar. Karl Hildenbrand im Archiv. Ist guter Dinge wegen des Sieges in Hamburg<sup>1</sup>). Ich ersuche ihn, Artikel gegen K[arl] K[autsky] zu schreiben<sup>2</sup>); die Hamburger Gewerkschafter betreffs Broschüre (Warum die Gewerkschaften an der Politik des 4. August festhalten müssen) zu bearbeiten (Winnig?!)<sup>3</sup>); in Stuttgart Max Lutz<sup>4</sup>) für Spende an die I.[nternationale] K.[orrespondenz] zu gewinnen.

Unterredung mit Scheidemann. Er hat nicht übel Lust, um der Steuer willen<sup>5</sup>) Etat und Kredite abzulehnen. Ich sage ihm, daß das die Spaltung der Partei wäre. Ersuche ihn, mit dem Reichskanzler zu sprechen: Trennung der Kreditvorlage vom Etat; Steuern; Lebensmittelpolitik. — Berichtet über die österreichischen Genossen, die Annexion Serbiens wollen<sup>6</sup>).

Sonntag, 30. Januar. Ich habe immer sechs Artikel im Kopf, die "geschrieben werden müßten", und komme kaum zu einem. Andere machen eins und sehen sich nicht um, ich will immer noch alles verfolgen, erfassen und beherrschen. Dabei der gänzlich unzureichende Apparat, keine Mittel und Menschen, die mir zur Verfügung stehen; es ist grotesk, trotzdem die Aufgaben des großen universalen politischen Führers vollbringen zu wollen.

Montag, 31. Januar. Suche nach einer Wohnung in der Nähe des Reichstags. Es ist ein wahrer Jammer. Entweder unerschwinglich teuer oder unglaublich rückständige, ausgefallene Sachen.

<sup>1)</sup> Wahrscheinlich der "Sieg" über radikale Tendenzen in der Hamburger 29. 1. 1916: Parteiorganisation, der im Beschluß vom 3. 3. 1916, "die Tätigkeit des Jugendbundes von Hamburg, Altona und Umgebung bis auf weiteres einzustellen", gipfelte; vgl. die von den Vorständen der sozialdemokratischen Vereine und des Gewerkschaftskartells herausgegebene Broschüre Zur Aufklärung! Die Maßnahmen der Hamburg-Altonaer Parteiorganisationen und des Gewerkschaftskartells in den Einrichtungen der Jugendorganisation und des Bildungswesens seit Ausbruch des Krieges, o.O. o.J., Zitat S. 3. 2) Gemeint ist möglicherweise eine Entgegnung auf die Artikelserie Karl Kautsky, Mitteleuropa, in: Die Neue Zeit 34. Jg./I S. 423 ff., 453 ff., 494 ff., 522 ff., 561 ff. (31. 12. 1915-28. 1. 1916); eine Entgegnung Hildenbrands ließ sich nicht nachweisen. <sup>3</sup>) Vgl. 9. 2. 1916 (Anm. 2). 4) Laut freundlicher Auskunft von Herrn Wilhelm Keil ein Stuttgarter Verleger oder ein Mitglied von dessen Familie; David verbrachte 1908 seinen Urlaub im Landhaus der Familie Lutz im Schwarzwald; vgl. David an Vollmar 6, 8, 1908 (Nachlaß 5) Zur Steuerfrage vgl. Quellen 3/II Nr. 395. 6) Vgl. Scheidemanns Aufzeichnungen nach einer Sitzung mit österreichischen Sozialdemokraten am 19. 11. 1915 in Wien, abgedruckt in: Scheidemann, Zusammenbruch S. 29: "Von großem Interesse waren auch die Auseinandersetzungen über "Annexionen". "Das ist ein Schlagwort, mit dem wir in Österreich nichts anfangen können', sagte Victor Adler. ,Wir - die Österreicher - sind bereit, Polen und Serbien zu nehmen.' Das sei keine Annexion."

Dienstag, 1. Februar. Besprechung mit Wels, den ich zu bestimmen suche, an den Journalisten-Konferenzen teilzunehmen. Stoff für die Fackel. — Besprechung mit Schöpflin, will Sonntag in seinem Wahlkreis¹) der Opposition auf den Kopf treten. — Besprechung mit Pinkau und Grenz²), die mit Haenisch mich im Archiv aufsuchen. Wollen mit Material versehen werden und sind bereit, an Berliner Konferenz³) teilzunehmen.

Auch Haenisch gegenüber haben Ebert und Scheidemann Umfallgedanken geäußert. Planen<sup>4</sup>), den Krediten in der Spezialberatung zuzustimmen, den Etat aber abzulehnen. [...]

Donnerstag, 3. Februar. Artikel "Zur Reichsfinanzreform" beendet.

Nachmittags Besprechung der Literaten im Café Bauer: Baumeister, Jansson, Südekum, Heine, Haenisch, Baake, Cunow<sup>1</sup>), Lensch.

- 1. Organisation der Versendung der I[nternationalen] K[orrespondenz] und wichtiger Artikel an Abgeordnete und Funktionäre.
- 2. Besprechung der Steuerfrage. Information der Regierung: Trennung der Kreditvorlage vom Etat. —

Ich rede Jansson und Baumeister vergeblich zu, eine Begründungsbroschüre für die Gewerkschaftsmassen zu schreiben und zu vertreiben. Die Gewerkschaftsführer sind noch enger und begriffsstutziger als die Parteibürokraten. Illusion, sich zwischen den beiden Lagern durchschleichen zu können.

Freitag, 4. Februar. Eberts Geburtstag (45); ich komme zufällig dazu. Nehme die Gelegenheit wahr, die Situation zu besprechen. Steuerfrage. Ebert starr auf dem Standpunkt, daß wir indirekte Steuern unter keinen Umständen bewilligen können. Den allgemeinen Gesichtspunkt, daß wir ein durchführbares Steuerprogramm aufstellen, teilt er, aber nur keine Neuerung. Er wehrt heftig jeden Versuch ab, ihm zu beweisen, daß indirekte Steuern auf ihre Zweckmäßigkeit hin bewertet werden müssen. — Die Leute sind fest in der Gefangenschaft der engsten Parteipolitik. Die Aufgabe des politischen Führers erschöpft sich für sie in der Sorge um ihre Mehrheit in der Partei. Geistig und politisch führend, das Neue erfassend und beherrschend voranschreiten auch im Kampf gegen die rückständige Masse, liegt ihnen nicht.

Wenn die Partei jetzt nicht den Weg von der Handarbeiterpartei zur Volkspartei findet, ist ihre große historische Mission verpaßt.

Ich werde mit den Gewerkschaftsleitern über die Situation sprechen. Bricht die August-Mehrheit zusammen, dann muß die reformistische Gruppe mit den Gewerkschaften die neue Partei bilden.

<sup>1. 2. 1916: 1) 11.</sup> Wahlkreis Sachsen (Stollberg-Schneeberg). 2) Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete. 3) Wahrscheinlich die vom Parteivorstand für den 21. 2. 1916 einberufene Konferenz über Steuerfragen; vgl. Quellen 3/II Nr. 395 und 21. 2. 1916. 4) Lesart könnte auch "Plan" heißen.

<sup>3. 2. 1916: 1)</sup> Heinrich Cunow, 1905—1914 politischer Redakteur des Vorwärts, vielseitig journalistisch und schriftstellerisch tätig, nach der Entlassung Kautskys als leitender Redakteur der Neuen Zeit (September 1917) dessen Nachfolger. Vgl. 19. 1. 1916 (Anm. 3).

Sonnabend, 5. Februar. Worauf es jetzt ankommt, ist: die Sozialdemokratie aus einer Handarbeiterpartei zu einer Gesamtarbeiter-Volkspartei zu machen. Es muß ein großes allgemeines Programm aufgestellt werden. Richtlinien für die inner- und außerpolitische Neugestaltung. Wir müssen die geistige Führung übernehmen. Das ist auch der sicherste Weg, die "radikalen"-konservativen Maulpolitiker in der Partei endgültig aus dem Sattel zu heben. Sie müssen an ihrer geistigen Öde und praktischen Unfruchtbarkeit zugrunde gehen.

Je länger der Krieg dauert, je mehr vertieft er die Erkenntnis der wahren Wirklichkeit. Zurückzwingung auf die Wahrheit, trotz aller Lüge und Verblendung. Seltsam, wie rasch sich die Menschen an das Ungeheure und Entsetzliche gewöhnen. Keine Phantasie hätte solche Ereignisse und Wandlungen konstruieren können. Das Größte im Guten wie im Schlechten wird alltäglich. [...]

## Montag, 7. Februar. Steuerartikel<sup>1</sup>) an Südekum<sup>2</sup>) und Cunow<sup>3</sup>).

Aussprache mit Scheidemann, der sehr geneigt ist, gegen den Etat mit Kreditvorlage zu stimmen; in der Steuersache noch gänzlich [primitiv<sup>4</sup>)].

Dienstag, 8. Februar. Besprechung mit Baake. Berichtet, daß die Militärs in Sachen der Trennung von Steuern und Kreditvorlage auf unserer Seite. Wollen dahin wirken. [...]

Abends Deutsches Theater, Biberpelz.

- Mittwoch, 9. Februar. Vormittags Besprechung im Gewerkschaftshaus: Legien, [Gustav] Bauer, [Robert] Schmidt, Schumann<sup>1</sup>), Umbreit. Gebe Darstellung der Situation und rege an:
- 1. Die Gewerkschafter sollen beim Reichskanzler auf Trennung der Steuerund Kreditfrage hinwirken;
- 2. Diskussion über Steuern in den Gewerkschaftsorganen. Sie sind dazu geneigt. Wollen nun auch eine Broschüre zur Begründung ihres Vorständebeschlusses zugunsten der 4.-August-Politik in Massen verbreiten<sup>2</sup>).

<sup>7. 2. 1916: 1)</sup> S. 3. 2. 1916. 2) Wahrscheinlich für die von Südekum herausgegebene Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus (Erscheinungsort Berlin). 3) Wahrscheinlich für die Artikelkorrespondenz; vgl. 19. 1. 1916 (Anm. 3). 4) Lesart unsicher.

<sup>9. 2. 1916:</sup> ¹) Oswald Schumann, Reichstagsabgeordneter, Vorsitzender des Transportarbeiterverbandes, Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften. ²) Eine vom 5. bis 7. 7. 1915 in Berlin tagende Konferenz der gewerkschaftlichen Verbandsvorstände hatte eine gegen die "Sonderbündelei" in der Partei gerichtete, sich zur Politik der Fraktions- und Parteimehrheit bekennende Erklärung abgegeben; vgl. Correspondenzblatt 25. Jg. S. 330 ff. (17. 7. 1915). Eine diese Erklärung begründende Broschüre ließ sich nicht nachweisen, jedoch ein von der Generalkommission herausgegebenes, vierseitiges, undatiertes Flugblatt mit der Überschrift "Die Gewerkschaften und die Politik des 4. August 1914"; vgl. auch Varain S. 98.

Nachmittags Unterredung mit *Parvus* (Dr. *Helphand*) im Café Victoria. Er ist mit meinen Vorschlägen einverstanden. Auch in der Auffassung der großen politischen Entwicklungslinien und der führenden Aufgabe der Sozialdemokratie. [...]

Donnerstag, 10. Februar. Aussprache mit Haenisch und Schöpflin. Letzterer führt bittere Klage über die zunehmenden Klagen und unerhörte Behandlung der Mannschaften. Hat scharfe Eingabe an den Kriegsminister für höher hinauf.

Die Steuerdiskussion ist im Gange. Cunows ausgezeichnete Artikel<sup>1</sup>), ganz nach meinem Wunsch.

Nachmittags Konferenz im Café Victoria: Südekum, Cunow, Poetzsch, Baake, Kaliski: Steuern. Parvus-Unternehmen<sup>2</sup>). "Marxismus" des K[arl] K[autsky].

Sonnabend, 12. Februar. Vormittags Regierungsrat Dr. Blocher-Basel im Archiv. Abends mit ihm, seiner Frau, Scheidemann, Ebert, Hermann Müller und Adolf Müller-München im Kaiserkeller. Blochers Plan einer geistigen Annäherung der germanischen Völker durch Zeitschrift usw. Sein Bericht über Branting = Agent der Entente-Mächte; Zusammenarbeit mit Walz (Temps-Korrespondent), der monatelang in Schöneberg als Spion lebte. Lucius¹): russophil! — Mitteilungen Adolf Müllers über Dr. Grelling²): Lichnowsky³), v. Eckardstein⁴). Scheidemann über Regierungsrat Martin⁵). Mitschuld der Kronprinzenpartei am Krieg = Präventivkrieg (!?). — Kurt Eisners⁶) unglaubliche Weisheit. — Humoristisches: Zubeil bei Scheidemann; 3000 Mark auf der Deutschen Bank. Th. Schwarz¹): 5000 RM Kriegsanleihe; Goldener Nagel⁶). Denkmalskomitee! —

Die Vorstöße der Konservativen und Annexionisten gegen den Reichskanzler anläßlich der amerikanischen Frage<sup>9</sup>)! Grund auch die Thronrede: Wahlreform<sup>10</sup>). Wir könnten die ganze Situation beherrschen, wenn nicht die Partei innerlich gelähmt wäre.

<sup>10. 2. 1916: 1)</sup> Vgl. Heinrich Cunow, Vom Wirtschaftsmarkt, in: Die Neue Zeit Jg. 34/I S. 505 ff., S. 598 ff., S. 694 ff. 2) Gemeint ist wahrscheinlich eine Besprechung über den Verlag für Sozialwissenschaft oder die dort erscheinende Zeitschrift Die Glocke; vgl. Oktober 1915 (Anm. 1).

<sup>1)</sup> Hellmuth Frhr. Lucius von Stoedten, Chef der Deutschen Mission in 12. 2. 1916: 2) Dr. Richard Grelling, pazifistischer Schriftsteller. 3) Karl Max Fürst Lichnowsky, deutscher Botschafter in London bei Kriegsausbruch; hatte Verbindung zu pazifistischen Kreisen. 4) Hermann Frhr. von Eckardstein, ehemaliger deutscher Botschaftsrat in London; Kritiker der deutschen Außenpolitik. 5) Gemeint ist möglicherweise Regierungsund Baurat Martin von der Eisenbahndirektion Frankfurt am Main. 6) Eisner war damals Herausgeber einer unabhängigen Korrespondenz Arbeiterfeuilleton; über seine Haltung zur Kriegspolitik der SPD vgl. Franz Schade, Kurt Eisner und die bayerische Sozialdemokratie (Schriftenreihe der Forschungsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung B. Historisch-politische Schriften), Hannover 1961, S. 33 ff. — Davids Bemerkung bezieht sich vermutlich auf Eisners im Verlag Neues Vaterland, Berlin, o.J. erschienene Schrift Treibende Kräfte. 7) Möglicherweise der Reichstagsabgeordnete J. C. Th. Schwartz, der sich später der USPD anschloß. 9) Gemeint ist wahrscheinlich der Beschluß der verstärkten Haushaltskommission des Preußischen Abgeordnetenhauses, dem Ministerpräsidenten mitteilen zu lassen, daß es die Kommission im Interesse des Landes für schädlich erachte, wenn sich aus der Stellungnahme

Gespräch mit Scheidemann und Hermann Müller über Wesen der Demokratie und Philosophie der Politik. Es fehlt ihnen die weite Zielsetzung und der Wille, die Massen zu führen, das heißt auch, das als richtig erkannte Neue einzuführen. Der erste und entscheidende Gesichtspunkt ist immer parteipraktischer Natur. Die Mehrheit der Partei hinter sich haben, das ist wichtiger als alles andere.

Sonntag, 13. Februar. Schleppe den Artikel "Was erwartet die Arbeiterschaft nach dem Kriege?" für das Liebesgabenbuch an die Akademiker im Felde¹) durch Wochen mit herum. Immer wieder zerstöre ich mir Zeit durch solche Nebendinge, die ich trotz aller Bedeutung grundsätzlich abweisen sollte.

Montag, 14. Februar. Cunow arbeitet ausgezeichnet in der Steuerfrage.

Donnerstag, 17. Februar. Konferenz im Victoria.

Freitag, 18. Februar. Fraktionsvorstandssitzung. Bericht *Eberts* über Mitteilungen des Reichsschatzsekretärs über die geplante Steuervorlage<sup>1</sup>). Besprechung der Steuerkonferenz<sup>2</sup>) mit den Landtagsabgeordneten. Ich suche Festlegung zu verhindern.

Spartakus = Karl Liebknechts geheime Briefe<sup>3</sup>). Ausgezeichnet!

## Sonnabend, 19. Februar. Abends Gesellschaft bei Hahns. [...]

der Reichsleitung gegenüber Amerika "eine Einschränkung in unserer Freiheit, einen uneingeschränkten und dadurch voll wirksamen Unterseebootkrieg zum geeigneten Zeitpunkt gegenüber England aufzunehmen, ergäbe"; s. Schulthess 1916/I S. 39. 10) Die am 13. 1. 1916 im Preußischen Abgeordnetenhaus verlesene Thronrede enthielt folgende Anspielung auf die Wahlreform: "Der Geist gegenseitigen Verstehens und Vertrauens wird auch im Frieden fortwirken in der gemeinsamen Arbeit des ganzen Volkes am Staate. Er wird unsere öffentlichen Einrichtungen durchdringen und lebendigen Ausdruck finden in unserer Verwaltung, unserer Gesetzgebung und in der Gestaltung der Grundlagen für die Vertretung des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften." Zum Zusammenhang vgl. Patemann S. 36 ff., Zitat a.a.O. S. 39.

- 13. 2. 1916: ¹) Möglicherweise war David aufgefordert worden, einen Beitrag zu der von Dr. Alfred Bozi (Richter in Bielefeld) und Dr. Hugo Heinemann (Rechtsanwalt in Berlin, Sozialdemokrat) herausgegebenen Aufsatzsammlung: Recht, Verwaltung und Politik im Neuen Deutschland, Stuttgart 1916, zu liefern. Zu den Autoren dieses Sammelbandes gehörten u. a. Wolfgang Heine, Th. Leipart, Wilhelm Marx, F. Niebergall, Hugo Preuβ, Carl Severing, nicht jedoch David. Die Vermutung liegt nahe, daß David seinen Beitrag nicht rechtzeitig fertigstellen konnte. Vgl. auch 22. 2. 1916.
- 18. 2. 1916:

  1) Vgl. Helfferichs Reichstagsrede am 26. 3. 1916; Sten. Ber. Bd. 306 S. 768 ff.

  3) S. 21. 2. 1916.

  3) Vgl. Bartel S. 271 ff., Ernst Drahn/Susanne Leonhard, Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges, Berlin 1920, S. 28 ff., und Spartakusbriefe, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1958, bes. S. XXXIX f. (Vorwort von Ernst Meyer).

Sonntag, 20. Februar. Kolb bei mir zu Tisch. Ich lege ihm die Situation dar. Für philosophische Betrachtungen hat er keine Ader. — Nachmittags mit Geiss und Stockinger<sup>1</sup>) bei Josty. Gespräch über Frank.

Abends mit [...] Hermann Müller und Frau im Rheingold. Treffe dabei Ulrich, Adelung und Raab<sup>2</sup>).

Montag, 21. Februar. Steuerkonferenz<sup>1</sup>). Keil und Hoch referieren. Keil<sup>2</sup>) sachlich gut und geschickt. Hoch Demagog niederer Sorte. Ich bohre die Frage der Genußmittel- (Tabak) und Verkehrssteuern an. Demgegenüber Molkenbuhr: ältestes Klischee. Eberts kurzsichtige Politik: "Nur ja nicht weiter greifen als das, was der Tag aufnötigt." Dadurch immer wieder Mitschleppen überwundener Dogmen und immer wieder Konservierung der alten Hemmnisse. Statt die günstige Gelegenheit zum Sprung [zu] benutzen. — Südekum, Eduard Schmid³), Lindemann⁴) gegen Fleissner, Wurm.

Abends mit den Vorstandsmitgliedern und den Hessen bei Ruperti. Dann noch mit *Lindemann* bei Josty. — Hundsmüde und schwer verstimmt. Ich sollte mich endlich, endlich frei machen, um meine wirkliche und wichtigste Aufgabe zu erfüllen.

Dienstag, 22. Februar. Erste Sitzung der Steuerkommission: Keil, Hoch, Ebert, Wurm, Stolten, Hirsch. Diskussion über Arbeitsplan: Stat[ist]isches über direkte Belastung. Wehrbeitrag. Zuwachssteuer.

Würge immer noch an dem Aufsatz für die Akademiker-Liebesgabe<sup>1</sup>).

Mittwoch, 23. Februar. Abends bei Ruperti Zusammentreffen mit Domänenpächter Karl Schneider-Kleeberg b. Hachenburg über Landwirtschaftliches. Ebert. Scheidemann.

Donnerstag, 24. Februar. Vormittags Aussprache mit Ebert wegen Wehrbeitrag. — Mittags Keil bei mir zu Tisch. — Nachmittags Café Victoria. Baake hat eine ganz törichte, durchkreuzende Notiz über Steuervorlage durch seine

<sup>20. 2. 1916: 1)</sup> Friedrich Stockinger, sozialdemokratischer Abgeordneter des badischen Landtags, Stadtrat in Pforzheim. 2) Georg Raab, sozialdemokratischer Abgeordneter des hessischen Landtags.

<sup>21. 2. 1916: 1)</sup> Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1917 S. 96. 2) Keil hatte David als Steuer-experte der Fraktion abgelöst; s. Keil I S. 345. 3) Abgeordneter des bayerischen Landtags, Redakteur der Münchener Post. 4) Dr. Hugo Lindemann, kommunalpolitischer Fachmann der SPD, Abgeordneter des württembergischen Landtags.

<sup>22. 2. 1916: 1)</sup> S. 13. 2. 1916.

Korrespondenz laufen lassen. Auf niemanden ist Verlaß. — Bespreche mit Baumeister die Adressensache<sup>1</sup>).

Sonnabend, 26. Februar. Reise nach Mainz. Treffe Noske, der als Berichterstatter nach Verdun geht. Er erzählt viel Interessantes aus seinen Besuchen bei der Marine. Der König von Sachsen wollte ihm das Verdienstkreuz geben für seine Baralong-Rede<sup>1</sup>). — Vereinigung von hoher Intelligenz und energischer Tatkraft. —

Wohne im Mainzer Hof.

Sonntag, 27. Februar. 10 bis 3 Uhr Aussprache mit den Funktionären im Goldenen Pflug. Nur die Frauen Eifinger und Gerlinger<sup>1</sup>) und der nicht ganz normale Mewe (Lesemanie, Autodidaktenkrankheit) verzapfen die Flugschriften der Opposition<sup>2</sup>). Adelung, Engelmann<sup>3</sup>) und andere sprechen ausgezeichnet. Ein vorzüglicher Stamm intelligenter Leute hält in Mainz die Partei in guter Entwicklung. Die Opposition hat keine Führer; immer nur komische Käuze und bornierte Querköpfe. —

Mittagessen bei Seels.

Abends mit Adelung bei Eugen Dietzgen-Wiesbaden.

Nachts mit Wagen nach Kastel.

Montag, 28. Februar. Nachmittags Besuch bei Dr. Sprenger. Die liebe Frau will mich mit einer Gefährtin versehen. [...]

Abends Versammlung im Pflug. Mit 200—300 gegen 4 Annahme meiner scharfen Resolution gegen die Minderheit¹). Stimmung ausgezeichnet.

<sup>24. 2. 1916:</sup> ¹) Vermutlich für den Versand von Broschüren, deren Veröffentlichung im Verlag für Sozialwissenschaft geplant war.

<sup>26. 2. 1916:

1)</sup> In seiner Reichstagsrede vom 15. 1. 1916 hatte Noske die englische Antwort auf den Protest der deutschen Regierung gegen die angeblich vom Kapitän des englischen Hilfskreuzers "Baralong" angeordnete Erschießung der Besatzung eines deutschen Unterseebootes scharf verurteilt; Sten. Ber. Bd. 306 S. 669 f.; vgl. Schulthess 1916/I S. 7 ff.; vgl. ferner Gustav Noske, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach am Main 1947, S. 47: "Die kurze Rede wirkte im Reichstage und darüber weit hinaus als eine Sensation und fand lebhaftesten Beifall. Nur der Abgeordnete Liebknecht wagte zum Schluß ein leises Zischen, weil ich die Absicht der deutschen Regierung, Repressalien auszuüben, gebilligt hatte."

<sup>27. 2. 1916:</sup> ¹) Olga Gerlinger, Vorsitzende der SPD-Frauengruppe in Mainz. ²) Vgl. 28. 2. 1916 (Anm. 1). ³) Johannes Engelmann, sozialdemokratischer Abgeordneter des hessischen Landtags.

<sup>28. 2. 1916:</sup> ¹) Lt. Bericht der Mainzer Volkszeitung 29. 2. 1916 (Beilage) hatte Ibing als Zusammenfassung der Ausführungen Davids eine Resolution empfohlen, die sich zur Politik der Reichstagsmehrheit bekannte und das Vorgehen der Fraktionsminderheit "aufs schärfste" verurteilte, während Frau Gerlinger, unterstützt von Mewe, eine den Standpunkt der Minderheit vertretende Resolution begründet habe; die von Ibing empfohlene Resolution sei gegen vier Stimmen angenommen worden.

Steuerberatungen 29. 2. 1916

Dienstag, 29. Februar. Rückfahrt nach Berlin.

Mittwoch, 1. März. Sitzung der Steuerkommission: Ebert, Hoch, Keil, Hirsch, Wurm, Fleissner, Südekum, v. Haller<sup>1</sup>).

Donnerstag, 2. März. Sitzung der Steuerkommission. Beschlüsse: Verschärfung der Kriegsgewinnsteuer; Novelle zum Zuwachssteuergesetz; erneuter Wehrbeitrag. — Zusammenstoß mit *Hoch*; theoretische Unwissenheit gepaart mit schmieriger Demagogie. — Eine rein sachliche, wissenschaftlich vertiefte Behandlung der Dinge ist zur Zeit in der Sozialdemokratie weniger möglich als in allen übrigen Parteien. Könnte ich doch mal rücksichtslos draufschlagen.

Freitag, 3. März. Cunow im Archiv. Schade, daß wir ihn nicht in der Fraktion haben. Er vereinigt Wissenschaftlichkeit und politisches Urteil.

Scheidemann gibt mir seine Broschüre<sup>1</sup>) zum Durchsehen und korrigiert einige Stellen nach meinem Rat. Die Schrift ist nicht sehr tief, aber ausgezeichnet für die Situation zusammengestellt.

Sonntag, 5. März. Lese Frau Ajas Briefe. Die Kunst, nur der Gegenwart zu leben und im Konkreten zu wirken; sich nicht von Ideen peitschen zu lassen; ein ruhendes Dasein in der Zeitunrast zu führen und so doch als kraftvoll daseiende Persönlichkeit auf die Entwicklung zu wirken.

Warum fühle ich mich für die Unvollkommenheit der Welt verantwortlich? — Wesen der Religion: Das Gebundensein an einen über Person und persönliches Interesse hinausgreifenden Zweck. — Das Werk der Kunst ist ruhend, beruhigend, das Erfreuende als Selbstzweck in sich tragend. Insofern gehört die Politik nicht zur Kunst; so sehr sie sonst eine "Kunst" sein möge.

Dienstag, 7. März. Frau Ajas Schilderung der Kriegszeiten 1793—97. Ein fröliges Hertz ist ein stetes Wohlleben; Fröligkeit die Mutter aller Tugenden. — Ja, wenn die innere Unruhe der Mitverantwortung für den Gang der Dinge nicht wäre! — Aber ich muß die philosophische Befreiung gewinnen und die materielle Distanz. Ich will nur verantworten, was ich selbst tue oder lasse. Jetzt bin ich verantwortlich für die 110 und andere kleine und bornierte Geister.

Mittwoch, 8. März. Die Schlacht bei Verdun tobt, die gewaltigste der Weltgeschichte; vielleicht daß sie die ersehnte Entscheidung, die Wendung zum Frieden bringt. — Es ist psychologisch interessant, wie die gewaltigsten Geschehnisse von den nicht unmittelbar daran beteiligten Hirnaffen hingenommen und mit allem kleinen Alltäglichen geschluckt werden. Das kleine Alltägliche ist die noch größte Macht, das eigentliche Wesen des Hirnaffen. Auf 100 Gedanken gelten

<sup>1. 3. 1916: 1)</sup> Dr. Haller von Hallerstein, Finanzspezialist der bayerischen Landtagsfraktion.

<sup>3. 3. 1916: 1)</sup> Philipp Scheidemann, Es lebe der Frieden, Berlin 1916.

99 den Alltäglichkeiten, höchstens einer weilt bei den erschütternden Vorgängen der Schlachtfelder. Und während draußen Tausende das Leben opfern, klagen und zetern die in der Heimat um kleine Entbehrungen. Die Teuerung ist groß, aber von Hungern im wirklichen Sinne des Wortes und so, wie in früheren Notzeiten gehungert wurde, ist nirgends die Rede. —

Eichhorns<sup>1</sup>) schäbige Artikellieferungen an die Dresdner Volkszeitung. Stücklens<sup>2</sup>) Rote-Kreuz-Medaille. Ein Held!

Donnerstag, 9. März. Aussprache mit Ebert, [Richard] Fischer, Molkenbuhr wegen meiner Einladung zu Besprechungen bei Delbrück und Bethmann. Mir ist die Sache persönlich höchst gleichgültig; hätte am liebsten nichts mit der ganzen Parteipolitik mehr zu tun; aber der Sache nach gehöre ich mit dazu, jedoch die parteibürokratische Konvention ist dagegen¹). Ebert ist furchtsam in dieser Hinsicht wie ein Hase, Fischer hat keinen Weitblick und Molkenbuhr ist ein eitler alter Mann, der dort totes Holz ist und nie daran denkt, daß er der Sache im Wege steht. — Vor dem Gedanken, am Bierabend beim Reichskanzler teilzunehmen, schrecken sie alle zurück, um die Armen im Geist nicht zu ärgern (die Führer schlemmen, indessen die Arbeiterfrauen die Butterläden und Kartoffelstände belagern) und den Demagogen Wasser auf die Mühle zu liefern. Daß wir uns auf diese Weise immer wieder selbst isolieren und die Wege zur Machtbetätigung erschweren, sehen sie nicht. Kleine Geister, die sich vor noch kleineren beugen. — Im übrigen betreibt die Regierung eine ganz unglaubliche dumme Politik. Helfferichs Steuerprogramm: erbärmlich. —

Nachmittags im Victoria: Lensch, [Heinrich] Schulz, Cohen[-Reuß], Cunow, Baake, Baumeister.

Freitag, 10. März. Nachmittags Steuerkommission.

Sonnabend, 11. März. Nachmittags Fraktionsvorstandssitzung. Abends mit Stolten, Dietz, Keil, Gradnauer in Thomasbrauerei.

Sonntag, 12. März. Vormittags und nachmittags Fraktionssitzung<sup>1</sup>): Steuerdebatte.

Abends Friedrich Krafts Vortrag über Udo Kraft<sup>2</sup>) im Bürgersaal des Rathauses. Danach zusammen im Ratskeller: Konrad Küster<sup>3</sup>), Grumbach<sup>4</sup>), Frl. Lensch und Damen.

<sup>8. 3. 1916:

1)</sup> Emil Eichhorn, Redakteur des Pressebüros der SPD; schloß sich später der USPD an.

2) Daniel Stücklen, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter.

<sup>9. 3. 1916: 1)</sup> An den offiziellen Besprechungen mit dem Reichskanzler und dessen Stellvertreter nahmen nur die Fraktions- bzw. Parteivorsitzenden teil.

<sup>12. 3. 1916: 1)</sup> Vgl. Quellen 3/II Nr. 395. 2) Es handelte sich wahrscheinlich um eine Gedenkfeier für den Anfang des Krieges gefallenen Gymnasiallehrer Udo Kraft, vgl. 24. 9. 1914, der ebenso wie Friedrich Kraft und David selber der Burschenschaft Arminia zu Gießen angehört hatte. 3) Arzt und bekannter Schriftsteller. 4) Es ließ sich nicht feststellen, um wen es sich

Montag, 13. März. Vormittags und nachmittags Fraktionssitzung<sup>1</sup>). Steuerfragen. Lebensmittel: der Erzdemagoge Wurm. [...] — Tirpitz "erkrankt<sup>2</sup>)". Der Kampf hinter den Kulissen gegen Bethmann soll sehr scharf gewesen [sein]; er ist Sieger geblieben; Unterseebootkrieg; Amerika<sup>3</sup>). — Inzwischen: Schlacht von Verdun!

Dienstag, 14. März. Vormittags Fraktionssitzung<sup>1</sup>): Lebensmittelfragen. Antrag Hoffmann: Ultimatum an die Regierung. Einstellung der parlamentarischen Mitarbeit und schärfstes Mißtrauensvotum. — Ich sage den Leuten mal die Wahrheit<sup>2</sup>); Ignoranten und Demagogen. Mache Eindruck (Schöpflins Urteil). Landsberg für Hoffmanns Antrag! Ebenso für Cohens<sup>3</sup>) unreifen Steuerantrag.

Mittags im Klubhaus der Deutschen [Gesellschaft<sup>4</sup>)]. — Tirpitz' Entlassung<sup>5</sup>)!

Nachmittags: Sitzung der Steuerkommission: Haase, Landsberg, Cohn<sup>6</sup>) und Dittmann an einem Strang.

Todmüde. Gehe nicht mehr zur Vorstandssitzung. Gradnauer muß mich ablösen. Er ist der letzte der Juden, auf den ich noch Vertrauen setze.

## Mittwoch, 15. März. Reichstag: Eröffnung<sup>1</sup>).

1914-1918 in der Schweiz lebte.

Abends: Sonderkonferenz im Heidelberger. Mein Pessimismus, demgegenüber Optimismus: [von] Wels, Hildenbrand usw. Bestimmung von Ebert und Scheidemann als Redner<sup>2</sup>); unter keinen Umständen einer von den 20<sup>3</sup>), alle einig.

Donnerstag, 16. März. Reichstag: Helsferichs allgemeine Etat- und Steuerrede<sup>1</sup>). Fraktionssitzung<sup>2</sup>): Bericht Scheidemanns über Aussprache beim Reichskanzler<sup>3</sup>). Scharfe Zurückweisung der Konservativen und Bassermänner. — handelte, zweiselsfrei nicht um den elsässischen Sozialdemokraten Salomon Grumbach, der

- 13. 3. 1916: ¹) Vgl. Quellen 3/II Nr. 396. ²) Vgl. Alfred von Tirpitz, Erinnerungen, Leipzig 1919, S. 365: "Am 8. März habe ich mich erkrankt gemeldet und erhielt mit wendender Post telegraphisch angekündigt die Aufforderung, meinen Abschied einzureichen." ³) Zum Konflikt Tirpitz—Beilmann vgl. Tirpitz, Erinnerungen bes. S. 264 ff. und 340 ff.; Tirpitz, Deutsche Ohnmachtspolitik S. 281 ff.; Theobald von Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkriege II. Während des Krieges, Berlin 1921, S. 8 f. und S. 260 ff.; ferner Fischer S. 360 ff.
- 14. 3. 1916:

  1) Vgl. Quellen 3/II Nr. 397.

  2) Vgl. Dittmann, Erinnerungen (Das Kriegsjahr 1916).

  3) Es ließ sich nicht feststellen, ob Dr. Oskar Cohn oder Emanuel, genannt Max, Cohen-Reuß gemeint ist, das Protokoll s. Anm. 1, erwähnt keinen von beiden.

  4) Im Or. "Gewerkschaft", gemeint ist sicherlich das Klubhaus der Deutschen Gesellschaft von 1914.

  5) S. Schulthess 1916/I S. 104 ff.

  6) S. Anm. 3; die Zusammensetzung der Steuerkommission der SPD ließ sich nicht feststellen; vgl. dazu 22. 2. 1916 und 1. 3. 1916.
- 15. 3. 1916: 1) S. Sten. Ber. Bd. 306, S. 763 ff. 2) Es handelte sich um die Auswahl der sozialdemokratischen Redner zum Reichshaushalt; vgl. 5. 4. 1916 (bes. Anm. 5) und 6. 4. 1916 (bes. Anm. 2). 2) Gemeint sind die zwanzig Fraktionsmitglieder, in deren Namen Geyer am 21. 12. 1915 eine Erklärung im Plenum abgegeben hatte; vgl. 21. 12. 1915.
- 16. 3. 1916: 1) S. Sten. Ber. Bd. 306 S. 768 ff. 2) Vgl. Quellen 3/II Nr. 398; sowohl das offizielle Fraktionsprotokoll als auch Dittmann, a.a.O., datieren die Sitzung auf den 15. 3. 1916. 3) Es handelte sich um eine Parteiführerbesprechung am 14. 3.; vgl. die ausführliche Wiedergabe

Dittmanns Weigerung, keine Niederschrift von den vertraulich gemachten Mitteilungen zu machen. Erregte Debatte. Herzfelds Anfall. Gegen den Beschluß der Vertraulichkeit stimmen Bernstein und Cohn<sup>4</sup>)! Unglaublich taktlose Burschen.

Zusammenkunft im Victoria. Mache *Hue* scharf zu einer Erklärung gegen Karl *Liebknecht*<sup>5</sup>).

Freitag, 17. März. Liebknechts und Adolf Hoffmanns wüste Reden im Abgeordnetenhaus<sup>1</sup>)!

Nachmittags in Wannsee bei Frau L[ina] R[ichter]2). [...]

Sonnabend, 18. März. Vorstoß der Bassermann, Westarp, Spahn gegen Reichskanzler; ihre Anträge<sup>1</sup>).

Fraktionsvorstandssitzung: Mein Gegenantrag für den Fall einer großen Verhandlung; wir müssen den Kanzler stützen, ohne ihn zu kompromittieren. Wahnschaffes beschwichtigende Auffassung. Ich presse Ebert und Scheidemann, daß sie unter Ausschluß der 20 sprechen<sup>2</sup>). Der Sache nach müßte ich selbst sprechen; aber die innerparteiliche Taktik spricht dagegen; Ebert und Scheidemann müssen in scharfem Gegensatz zu Haase und Cie. gehalten werden. [...]

Montag, 20. März. Vormittags: Ebert erklärt, die Rede nicht halten zu wollen und verlangt, ich solle sie übernehmen. Ich rede ihm zu, er solle sich die Sache doch nicht zu schwer machen; die Situation in der Fraktion, die Notwendigkeit, den Block fest zusammenzuhalten, verlange sein Vortreten. Schließlich ist er bereit. Ich weise ihn und Scheidemann auf die Bedeutsamkeit der politischen Situation, unseren Einfluß auf den Gang der Dinge und unsere Verantwortung hin.

Die Opposition hat sich auf einer Konferenz in Darmstadt gespalten<sup>1</sup>). Mehring ist mit Liebknecht gegangen. Liebknechts neuester Spartakus-Brief rechnet mit Ledebour und Adolf Hoffmann ab<sup>2</sup>). Gut so!

von Scheidemanns Bericht bei Dittmann a.a.O. 4) Wahrscheinlich Dr. Oskar Cohn. 5) Vgl. 17, 3, 1917.

<sup>17. 3. 1916: 1)</sup> S. Sten. Ber. Pr. Abg.-Hs. Bd. 2 (15./17. 3. 1916) Sp. 1734 ff. und 1874 ff. (Hoffmann) und 1794 ff. (Liebknecht). Vgl. dazu Hirsch S. 77 f. 2) Lina Richter, Mitarbeiterin in der militärischen Stelle des Auswärtigen Amtes.

<sup>18. 3. 1916:</sup> ¹) Es handelte sich um Anträge zur U-Boot-Frage, die von den Nationalliberalen, den Konservativen und dem Zentrum im Reichstag eingebracht worden waren; vgl. Sten. Ber. Bd. 317 (Anlagen) Nr. 231, 232 und 233; Schulthess 1916/I S. 123 f.; vgl. ferner Partei-Correspondenz 11. Jg. S. 127 ff. (25. 3. 1916) und S. 165 f. (8. 4. 1916). ²) S. 15. 3. 1916 (Anm. 3).

Dienstag, 21. März. Vormittags Steuerkommission. Haases Hereinfall mit seiner Gewinnsteuerskala. Seine Oberflächlichkeit!

Nachmittags 5 Uhr Fraktionsvorstand. Mitteilungen Scheidemanns über Westarps Absichten<sup>1</sup>). — Meine Erklärung betreffend U-Boot-Händel<sup>2</sup>). Eberts und Molkenbuhrs Scheu vor starkem nationalem Bekenntnis; fürchten sich vor dem Zusammenbruch der Regierungssache. —

6 Uhr Fraktionssitzung<sup>3</sup>). Meine Resolution<sup>4</sup>); Haases Zusatzantrag betreffs "schleuniger Friede" durch meinen Zusatz: Unversehrtheit, politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit [zu Fall gebracht<sup>5</sup>)]. — Haase und seine Leute lehnen daraufhin den ganzen Antrag ab. Ebert und Scheidemann gegen 25 Stimmen<sup>6</sup>) zu Rednern gewählt. — Mein Ehrgeiz! —

Telegramm von Sonja: Abitur bestanden.

Mittwoch, 22. März. Vormittags Besprechung mit Ebert und Gradnauer betreffs Eberts Rede. Besprechung mit Keil und Gradnauer betreffs Keils Rede.

Seniorenkonvent: Wir zwingen die Konservativen und Nationalliberalen zum Verzicht auf die Erörterung der U-Boot-Sache<sup>1</sup>). (Liebknecht — Westarp — Bassermann!)<sup>2</sup>)

Donnerstag, 23. März. Reichstag<sup>1</sup>).

Im Café Victoria: Cunow, Baumeister, Jansson.

<sup>20. 3. 1916: 1)</sup> Vgl. Bartel S. 269 ff. 2) Vgl. den "Die Gegensätze in der "Opposition" überschriebenen Spartakusbrief vom 9. März 1916, der sich mit einem von Adolf Hoffmann und Ledebour verfaßten, gegen die Spartakusbriefe gerichteten Flugblatt auseinandersetzt; abgedruckt in: Spartakusbriefe, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1958, S. 118 ff.

<sup>1)</sup> Im Seniorenkonvent hatte Westarp angedeutet, bei der Etatheratung im 21. 3. 1916: Plenum würde möglicherweise auch die Unterseeboot-Frage angeschnitten werden; außerdem war bekannt geworden, daß Konservative, Nationalliberale und Zentrum Anträge zur verschärften Anwendung der U-Bootwaffe vorbereitet hatten; s. Dittmann a.a.O. und 18. 3. 1916 2) Lesart unsicher, möglicherweise "Handel". 3) Vgl. Quellen 3/II Nr. 399. 4) Laut Fraktionsprotokoll, s. Anm. 3, schlug Scheidemann den Antrag namens des Fraktions-5) Der von Scheidemann vorgelegte Antrag lautete, s. Anm. 3 und 4: "Der Reichstag spricht die Erwartung aus, daß bei den Verhandlungen über die Anwendung der U-Bootwaffe alles vermieden wird, was die berechtigten Interessen neutraler Staaten schädigen und eine unnötige Verschärfung und Erweiterung des Krieges bewirken könnte." Dem wollte Haase hinzufügen: "Der Reichstag erwartet vielmehr, daß die Regierung alles tun wird, um einen schleunigen Frieden herbeizuführen." Der von David vorgeschlagene, von der Fraktion angenommene Zusatz lautete: "Der Reichstag erwartet vielmehr, daß die Regierung alles tun wird, um einen baldigen Frieden herbeizuführen, der die Unversehrtheit des Reiches, seine politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfähigkeit sicherstellt." 6) Diese 25 Stimmen waren für Haase abgegeben worden; s. Anm. 3.

<sup>22. 3. 1916: 1)</sup> Vgl. 21. 3. 1916 (Anm. 1). 2) Gemeint ist wahrscheinlich, daß die drei Genannten die U-Boot-Frage zur Sprache bringen wollten.

<sup>23. 3. 1916: 1)</sup> S. Sten. Ber. Bd. 307 S. 809 ff.

Freitag, 24. März. Vormittags 9½ Uhr: Fraktionssitzung¹): Notetat.

Reichstag: Haases Überfall<sup>2</sup>). Sturm. (Scheidemann: Dreckseele. Ebert: Schamloser Kerl. Frecher Halunke usw.<sup>3</sup>)) Gefühl der Befreiung. — Mit Ebert und Noske im Schwarzen Ferkel. 2 Uhr Fraktionsvorstand: Entwurf einer Erklärung auf Ausschluß. Heinrich Schulz' Entwurf. Die Schlußwendung Antrag Buck—David gegen Liebknecht<sup>4</sup>). — Alle entschlossen, nur Molkenbuhr schien noch leinem zu wollen. Fraktionssitzung<sup>5</sup>): Ruhig<sup>6</sup>); das Geschwür war ganz reif. Antrag Jäckel auf Vertagung abgelehnt. Antrag Davidsohn, "Treubruch" zu streichen, abgelehnt. Haases klägliche Ausflucht. Namentliche Abstimmung. — Es ist vollbracht! Scheidung auf dieser Linie mein Ziel. Haase hat sehr ungeschickt operiert. Ich habe gesiegt. Nun gilt es, Zentrum und Rechte innerlich zu konsolidieren auf dem Boden einer ehrlich reformistischen Politik.

Abends bei Hahns. Prof. Lepsius, v. Studnitz<sup>7</sup>), v. Scholz.

Sonnabend, 25. März. Vormittags Besprechung mit Parvus im Archiv.

Parteivorstandssitzung. Scheidemann sagt mir vorher: "Wir hauen ihm [Haase] eine herunter und schmeißen ihn heraus." Haase legt sein Amt als Parteivorsitzender nieder¹). Er wand und drehte sich, wollte 14 Tage Urlaub; dann wenigstens einige Tage Bedenkzeit²); die anderen bleiben unerbittlich, jeder erklärte, er könne nicht mehr mit ihm arbeiten. Eisiger Abschied.

Abends Besprechung des von Gradnauer entworfenen Manifestes<sup>3</sup>). Darnach: Weihenstephan: Gradnauer, Scheidemann, Ebert, [Otto] Braun, Hermann Müller. — Gefühl der Befreiung und Erleichterung trotz der noch drohenden schweren Kämpfe.

Es scheint sich eine ernste Wendung zum Frieden in England und Frankreich vorzubereiten.

Sonntag, 26. März. Abends im Heidelberger Besprechung mit Mitgliedern des Partei-Ausschusses. Wels als Mundstück des Parteivorstandes schlägt sehr ent-

<sup>24. 3. 1916:</sup> ¹) Vgl. Quellen 3/II Nr. 400. ²) Haase hatte im Plenum den Notetat abgelehnt; s. Sten. Ber. Bd. 307 S. 842 ff.; vgl. Quellen 3/II 401. ³) Vgl. die Schilderung des Verhaltens der einzelnen Reichstagsabgeordneten bei Hanssen S. 134. ⁴) S. Quellen 3/II Nr. 402, dort Wortlaut der Ausschlußerklärung; Wortlaut auch bei Prager S. 95. ⁵) Vgl. Quellen 3/II Nr. 402. ⁵) Hingegen schreibt Dittmann a.a.O., die Fraktion wäre "in ungeheurer Erregung" zusammengetreten. ⁻) Möglicherweise Dr. Arthur von Studnitz, Regierungsrat a. D., Vorsitzender des Aufsichtsrats des Deutschen Druck- und Verlagshauses.

<sup>25. 3. 1916:</sup> ¹) Haase hatte in der Parteivorstandssitzung am 25. 3. 1916 erklärt: "Ich habe, da ein fruchtbares, kollegiales Zusammenarbeiten im Parteivorstande nach meiner Überzeugung bis zum nächsten Parteitage nicht mehr möglich ist, mein Amt als Vorsitzender niedergelegt."; s. Vorwärts 26. 3. 1916 und Partei-Correspondenz 11. Jg. S. 153 (1. 4. 1916). ²) Vgl. die Erklärung Haases vom 26. 3. 1916 in: Vorwärts 27. 3. 1916 und Partei-Correspondenz a.a.O. ³) S. das vom Parteivorstand, dem Parteiausschuß und dem Vorstand der Reichstagsfraktion unterzeichnete Manifest "An die Partei!" vom 27. 3. 1916 in: Partei-Correspondenz 11. Jg. S. 149 ff. (1. 4. 1916).

schlossene Töne an. Darnach ist der Parteivorstand entschlossen, mit dem Vorwärts Schluß zu machen und auch die Kontrollkommission<sup>1</sup>) zu reinigen. — Ich nehme Stellung gegen die Absicht, auch rechtsstehenden Kollegen (Peus, Heine) einen Wischer zu geben. Gefahr der Absplitterung von rechts aus!

Montag, 27. März. Vormittags und nachmittags: Partei-Ausschuß, Manifest und eine Reihe Beschlüsse gefaßt<sup>1</sup>), die dem Parteivorstand Vollmacht zu energischem Vorgehen geben. Ich spreche nicht. Der Wagen wird nun von selbst laufen.

Dienstag, 28. März. Haushaltskommission: U-Boot-Frage<sup>1</sup>). Reichskanzler spricht gut. V. Capelles vernichtendes Material. — Wir bringen unseren Antrag ein und außerdem auch meinen Vorschlag eines Abänderungsantrages zum Zentrumsantrag<sup>2</sup>): "Beachtung der berechtigten Interessen der Neutralen."

Mittwoch, 29. März. Haushaltskommission: U-Boot-Frage<sup>1</sup>). Meine Rede. Gute Wirkung auf Freund und Feind. Die Konservativen und Nationalliberalen in fürchterlicher Zwangslage.

Donnerstag, 30. März. 10 Uhr Besprechung mit den Kommissionsmitgliedern¹). Dann mit Scheidemann zusammen im Zimmer 21 Verhandlung mit den Parteiführern über die Resolution²). Wir machen unseren Zusatz: "Beachtung der Interessen der neutralen Staaten" zur unabänderlichen Bedingung. — Bassermann versucht Widerstand, weicht aber zurück. Westarp behält Einspruch vor. ½3 Uhr erneute Verhandlung. Noch einmal scheint alles zu scheitern, da der Gedanke, den letzten Satz ganz fallenzulassen, Anhängerschaft findet. Ich widerspreche und bestehe auf dem Passus betreffend Rechte der Neutralen. Gröber stellt sich auf unsere Seite; die Freisinnigen folgen; auch Gamp ist bereit. Die Nationalliberalen weichen. Nur die Konservativen wollen nochmals mit ihren Freunden beraten.

14

<sup>26. 3. 1916: 1)</sup> Die Mitglieder der Kontrollkommission waren: Wilhelm Bock, Friedrich Brühne, Eugen Ernst, Adolf Geck, Friedrich Geyer, Klemens Hengsbach, Heinrich Stubbe, Johannes Timm, Klara Zetkin.

<sup>27. 3. 1916: 1)</sup> S. Partei-Correspondenz 11. Jg. S. 153 f. und 25. 3. 1916 (Anm. 3); vgl. weiter Schulthess 1916/I S. 146 f.

<sup>28. 3. 1916:

1)</sup> Vgl. Quellen 3/II Nr. 404 a (Anm. 8) und Frankfurter Zeitung 29. 3. 1916 (Abendblatt).
2) Zur Haltung des Zentrums zur U-Boot-Frage vgl. Epstein S. 174 ff. und Erzberger S. 214 ff.

<sup>29. 3. 1916: 1)</sup> Vgl. 28. 3. 1916 (Anm. 1) und Frankfurter Zeitung 30. 3. 1916 (2. Morgenblatt).

<sup>30. 3. 1916: 1)</sup> Gemeint sind wahrscheinlich die sozialdemokratischen Mitglieder der Haushaltskommission. 2) In der Haushaltskommission war nach langer Diskussion schließlich eine gemeinsame Resolution zustande gekommen, der alle Kommissionsmitglieder außer Ledebour zugestimmt hatten; s. Quellen 3/II Nr. 404 a; vgl. Frankfurter Zeitung 31. 3. 1916 (2. Morgenblatt).

Während der Sitzung der Haushaltskommission kommt Mitteilung, die Konservativen wollen akzeptieren: "Beachtung berechtigter Interessen der neutralen Staaten." Wir bleiben fest. Sie geben zähneknirschend nach. — Zusammenstoß mit Ledebour<sup>3</sup>).

Freitag, 31. März. Die U-Boot-Resolution ein großer Erfolg<sup>1</sup>). Wir haben die Regierung herausgehauen und dem Lande einen großen Dienst geleistet. Ohne unseren Vorbehalt wäre die politische Spannung mit Amerika und Holland sehr bedenklich geworden; Krieg mit allen Neutralen in drohende Nähe gerückt.

Die Abspaltung der Haase-Gruppe beginnt sich segensreich fühlbar zu machen. In der Haushaltskommission Rede zum Auswärtigen Amt<sup>2</sup>). Hinweis auf die kritische Lage in England. Für Verständigung mit Frankreich.

Sonnabend, 1. April. Haushaltskommission. Militäretat<sup>1</sup>). — Eberts Rede mit ihm durchgesprochen und eine Reihe gefährlicher Wendungen beseitigt.

Sonntag, 2. April. Nachmittags und abends: Nowawes bei Cohen[-Reuß].

Montag, 3. April. Haushaltskommission<sup>1</sup>).

Dienstag, 4. April. Haushaltskommission<sup>1</sup>).

Mittwoch, 5. April. Fraktionssitzung<sup>1</sup>): U-Boot-Resolution. Edmund Fischers humanitäres Geheul gegen Anwendung der U-Boote, Luftschiffe usw. Hochs unglaubliche Rede; rein agitatorische Taktik; Geplärr. Anträge: Ablehnung der gemeinsamen Resolution. — Wiedereinbringung unserer eigenen Resolution —

<sup>3)</sup> Ledebour hatte in der Haushaltskommission einen eigenen Antrag eingebracht, für den jedoch nur er selber gestimmt hatte; vgl. Frankfurter Zeitung a.a.O.

<sup>31. 3. 1916: &</sup>lt;sup>1</sup>) S. 30. 3. 1916 (bes. Anm. 2). <sup>2</sup>) Vgl. Frankfurter Zeitung 1. 4. 1916 (2. Morgenblatt); Davids Ausführungen dort jedoch nicht erwähnt.

<sup>1. 4. 1916: 1)</sup> Vgl. Frankfurter Zeitung 2. 4. 1916 (2. Morgenblatt).

<sup>3. 4. 1916: 1)</sup> Vgl. Frankfurter Zeitung 4. 4. 1916 (2. Morgenblatt).

<sup>4. 4. 1916: 1)</sup> Vgl. Frankfurter Zeitung 5. 4. 1916 (2. Morgenblatt).

<sup>5. 4. 1916: 1)</sup> Vgl. Quellen 3/II Nr. 404. 2) Bassermann war Berichterstatter der Haushaltskommission im Plenum; s. Sten. Ber. Bd. 307 S. 897. In der Reichstagssitzung vom 6. 4. 1916 erklärte er, die zur Frage des U-Boot-Krieges eingegangenen Petitionen seien durch die in der Haushaltskommission angenommene, dem Reichskanzler zu übermittelnde Erklärung, vgl. 30. 3. 1916 (Anm. 2 und 3), beziehungsweise durch die Beschlußfassung zum Etat des Auswärtigen Amtes erledigt. Davids Protest hatte sich offenbar gegen Bemühungen gerichtet, durch die Einbringung eines eigenen SPD-Antrages solch eine Erklärung Bassermanns zu verhindern.

Krach im Plenum 6. 4. 1916

Protest gegen den versuchten Betrug: Bericht Bassermanns!<sup>2</sup>) — Gesetzt den Fall, die Fraktion folgte diesen Weisungen!? — Meine Rede: Es ist zum Verzweifeln usw. Simons Drohung mit Anschluß an die Haase-Gruppe<sup>3</sup>).

Nachmittags Reichstagssitzung. Bethmanns Rede<sup>4</sup>). Klug und wertvoll: Aggressiv nach Osten, versöhnend nach Westen. — Eberts Rede<sup>5</sup>) wirkt verständig.

Donnerstag, 6. April. Reichstag: Haases Rede¹); mäßig und ohne Wirkung. Scheidemann²): durch saloppe Polemik oft unmöglich; aber immer wieder sich korrigierend und starker Ausbau unserer nationalen Stellung; scharf auf inneren Fortschritt gerichtet; dadurch Haase in Schatten stellend. — Darnach Ledebours Versuch, die U-Boot-Resolution gegen uns auszulegen³). Meine Polemik gegen den verlogenen Demagogen⁴). — Liebknechts Auftreten wird immer pathologischer⁵).

Abends bei Hahns. Kohnstam dort. [...]

Freitag, 7. April. Reichstag: Militäretat: Davidsohn<sup>1</sup>) und Dr. [Oskar] Cohn<sup>2</sup>). Sehr zweifelhafter Eindruck.

Sonnabend, 8. April. Reichstag: Justizetat: Heines Starengezwitscher<sup>1</sup>), macht üblen Eindruck. Manchmal gar kein Redner. Liebknechts Vorstoß beim Reichsschatzamt<sup>2</sup>); die Anleihe nur Verschiebung aus einer Kasse in die andere usw. — wilde Entrüstungsrufe; Landesverrat; Wegreißen der Notizen; Müller-Meiningen faßt ihn am Arm; beinahe Prügelszene<sup>3</sup>); die 18<sup>4</sup>) nehmen sich liebevoll Liebknechts an. Gut so!

Sonntag, 9. April. [...] Abends Volksbühne: Doppelselbstmord. Schmarren.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>) Simon schloß sich später der USPD an. <sup>4</sup>) S. Sten. Ber. Bd. 307 S. 850 ff. <sup>5</sup>) A.a.O. S. 857 ff.

<sup>6. 4. 1916: 1)</sup> S. Sten. Ber. Bd. 307 S. 881 ff. 2) A.a.O. S. 889 ff. 3) A.a.O. S. 897 f. 4) A.a.O. S. 898. 5) Bezieht sich auf Liebknechts Äußerungen zur Geschäftsordnung im Reichstag; vgl. a.a.O. S. 896 und 899. Liebknecht hatte erklärt, daß die Annahme des Antrags auf Schluß der Debatte eine gegen ihn gerichtete "gewalttätige Mundtotmachung" sei, die ihn daran gehindert habe, "David nachzuweisen, daß er hier wissentlich die Unwahrheit gesagt hat".

<sup>7. 4. 1916: 1)</sup> S. Sten. Ber. Bd. 307 S. 905 ff. 2) A.a.O. S. 909 ff.

<sup>8. 4. 1916:</sup> ¹) Eine gegen Stadthagen polemisierende persönliche Bemerkung Heines; s. Sten. Ber. Bd. 307 S. 951. ²) Liebknecht hatte bei der Debatte über den Etat des Reichsschatzamts die Regierung heftig angegriffen; a.a.O. S. 952. ³) A.a.O. S. 952. ⁴) Die 18 sozialdemokratischen Fraktionsmitglieder, die sich am 24. 3. 1916 zur "Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft" zusammengeschlossen hatten; vgl. Quellen 3/II Nr. 402 und 403 und Prager S. 96.

Montag, 10. April. Haushaltskommission: Gewinnsteuer<sup>1</sup>). Brief an Oberst Hoffmann betreffs Adelung und Ibing<sup>2</sup>). Reichstag. Schubert und Frau Sonja. Artikel gegen Bernsteins "Was die Minderheit eint<sup>3</sup>)".

Dienstag, 11. April. Haushaltskommission: Gewinnsteuer<sup>1</sup>).

Mittwoch, 12. April. Haushaltskommission: Gewinnsteuer<sup>1</sup>).

Donnerstag, 13. April. Haushaltskommission: Gewinnsteuer. — Erbschaftssteuer. — Bernstein gegen unseren Antrag<sup>1</sup>)! —

Wehrbeitrag — angenommen.

Gute Arbeit geleistet; mal wieder drastisch erwiesen, wie wenig wir durch die Sache selbst isoliert sind; immer wieder bieten sich Möglichkeiten der Kombination mit anderen Parteien.

Freitag, 14. April. Vormittags Gespräch mit Hermann Müller: Mitteilung betreffend Hetzflugblatt des Redakteurs Meyer<sup>1</sup>). Der Parteivorstand ist entschlossen durchzugreifen; vielleicht hilft auch die Zensurbehörde. — Müller ist überzeugt, daß die äußerste Linke sich vortrauen wird.

Nachmittags mit Sonja in Wannsee bei Frau L[ina] Richter.

Sonnabend, 15. April. Unterredung im Archiv mit Professor Schücking, Curt Hahn, Scheidemann. Sie deuten an, daß hinter dem Friedensfühler April 1915 Grey selbst gestanden habe<sup>1</sup>). Bitten, die Geschichte fortan ruhen zu lassen<sup>2</sup>). Wir verweisen sie an Haase, Bernstein.

<sup>10. 4. 1916: 1)</sup> S. 11. 4. 1916 (Anm. 1). 2) Es handelte sich wahrscheinlich um ein Gesuch, die Genannten vom Militärdienst zurückzustellen; vgl. Adelung S. 158. 3) Eduard David, Von Bernstein bis Liebknecht, in: Internationale Korrespondenz 3. Jg. S. 33 f. (21. 4. 1916).

<sup>11. 4. 1916: 1)</sup> Vgl. Frankfurter Zeitung 12. 4. 1916 (I. Morgenblatt).

<sup>12. 4. 1916: 1)</sup> Vgl. Frankfurter Zeitung 13. 4. 1916 (1. Morgenblatt).

<sup>13. 4. 1916: 1)</sup> Vgl. Frankfurter Zeitung 14. 4. 1916 (1. Morgenblatt).

<sup>14. 4. 1916:</sup> ¹) Es handelt sich um das vom Vorwärts-Redakteur Dr. Ernst Meyer verfaßte anonyme Flugblatt "Die Lehre des 24. März"; s. Partei-Correspondenz 11. Jg. S. 205 ff. (24. 4. 1916), dort auch Wortlaut des Flugblattes.

<sup>15. 4. 1916:

1)</sup> Vgl. 17. und 18. 4. 1915 (bes. Anm. 4) und 6.—12. 6. 1915 (Anm. 4), dazu Quellen 3/II Nr. 404a (Anm. 9 und 10).

2) Zu den verschiedenen Gerüchten über Friedensfühler vgl. auch: Grundlose Friedensgerüchte, in: Frankfurter Zeitung 21. 4. 1916 (2. Morgenblatt).

Sonntag, 16. April. Reise nach Wiesbaden zu Dietzgen. Gott sei Dank, daß es mal wieder soweit ist. Das war wieder ein sehr, sehr schwerer Winter. Ich habe ihn gesundheitlich besser überstanden als ich für möglich gehalten hätte. Aber ich muß doch jetzt ernstlich daran denken, meine Verhältnisse anders zu ordnen. — Hoffe, daß im frühen Sommer nach Zusammenbruch der Hoffnung auf siegreiche Offensive und auf Aushungerung die Koalition zum Frieden bereit ist. Es ist die höchste Zeit. Die Teuerung ist schlimm. Die Stimmung des Volkes recht kritisch.

Montag, 17. April. Arbeite an Aufsatz "Deutschland und Frankreich" für die Frankfurter Zeitung<sup>1</sup>). [...]

Sonntag, 23. April. Wilsons Note<sup>1</sup>): des lieben Gottes Osterbescherung. [...] Hoffentlich hält Bethmann trotz alledem seinen verständigen Kurs bei. Bei der "Sussex" hatte vielleicht ein kleiner Tirpitz seine Hand im Spiel. Man sollte das Unrecht oder Versehen zugeben, Genugtuung anbieten und durchaus sachlich Wilsons Verallgemeinerung zurückweisen<sup>2</sup>).

Montag, 24. April. [...] Nachmittags bei Adelung. Teilt mir die Idee mit, das Amt eines besoldeten Beigeordneten anzunehmen<sup>1</sup>). Bin dafür; es muß aber ein Ersatz für ihn in die Redaktion.

Abends: Mainzer Theater: Graf von Luxemburg. [...]

Am 1. Mai 1916 hielt David eine Maifestrede in Mainz<sup>1</sup>). Die Tage zwischen 24. April und 4. Mai benutzte er zum Besuch persönlicher und politischer Freunde und seiner Schwester Johanna Strippel im Forsthaus Rembs.

Freitag, 5. Mai. Rückreise über Köln nach Berlin. Inzwischen in Berlin vertrauliche Sitzung<sup>1</sup>), in der der Reichskanzler über die U-Boot-Note berichtet.

<sup>17. 4. 1916: 1)</sup> Erscheinen des Artikels war nicht nachzuweisen.

<sup>23. 4. 1916:</sup>¹) S. Schulthess 1916/II S. 539.

²) Vgl. die Antwort der deutschen Regierung auf die Anfrage der amerikanischen Regierung wegen der am 24. 3. 1916 erfolgten Torpedierung des französischen Kanaldampfers "Sussex" in: Frankfurter Zeitung 13. 4. 1916 (1. Morgenblatt).

<sup>24. 4. 1916: 1)</sup> Adelung wurde erst im November 1918 Beigeordneter in Mainz, der Plan dazu bestand jedoch schon Jahre vorher; vgl. Adelung S. 184.

<sup>1. 5. 1916; 1)</sup> Vgl. die Ankündigung in der Mainzer Volkszeitung 28. 4. 1916 (Beilage).

<sup>5 5. 1916: 1)</sup> Die streng vertrauliche Hauptausschußsitzung vom 5. 5., vgl. Schulthess 1916/IS. 204.

Lese die Note unterwegs. Gut. — Mit unser Verdienst. Die Kompromiß-Resolution<sup>2</sup>) war die Brücke.

Sonnabend, 6. Mai. Kehre mit großem innerem Widerwillen in die politische Mühle zurück. Scheidemann und Ebert sind jetzt die berufenen Männer. Ich kann zur Zeit im Hintergrund bleiben. Im großen ganzen läuft der Wagen gut. — Einladung zum Reichskanzler und Beteiligung an der Begrüßung der [bulgarischen]¹) Abgeordneten gegen meinen Willen abgelehnt. Aber vielleicht ist die Rücksichtnahme auf die Demagogie der Opposition zur Zeit richtig. —

Liebknecht verhaftet2). [...]

Montag, 8. Mai. Nachmittags Fraktionssitzung<sup>1</sup>): Verhaftung *Liebknechts*<sup>2</sup>). *Breys* Rede<sup>3</sup>).

Dienstag, 9. Mai. Reichstag1).

Fraktionssitzung<sup>2</sup>): Anträge betreffend Sicherung gegen gewaltsame Verhinderung der Redner. *Hoch* usw. für S[ozialdemokratische] A[rbeits-]G[emeinschaft].

Mittwoch, 10. Mai. Vormittags Geschäftsordnungskommission: Anträge gegen Liebknecht<sup>1</sup>). Landsberg juristisch; ich für mildernde Umstände: Liebknecht ist nicht ernst zu nehmen<sup>2</sup>). Die einzige Möglichkeit, ihn zu verteidigen. In Wirklichkeit liegt landesverräterisches Treiben vor. Seine Absicht klar nach seiner Rede im Abgeordnetenhaus<sup>3</sup>). Genialer Fanatiker; von seinen Ideen besessen bis zur Blindheit gegen die wirklichen Verhältnisse.

<sup>5. 5. 1916: 2)</sup> Vgl. 28., 29., 30. und 31. 3. 1916.

<sup>6. 5. 1916:

1)</sup> In der Übertragung irrtümlich: "bürgerlichen". Es handelte sich um einen Empfang, den der Reichskanzler am 8. 5. 1916 für 15 in Berlin weilende Abgeordnete der bulgarischen Sobranje gab; vgl. Frankfurter Zeitung 9. 5. 1916 (2. Morgenblatt); vgl. weiter Quellen 3/II Nr. 405.

2) Liebknecht war bei einer Demonstration am 1. Mai verhaftet und der Militärgerichtsbarkeit übergeben worden; vgl. Karl Liebknecht. Das Zuchthausurteil. Wörtliche Wiedergabe der Prozeßakten, Urteile und der Eingaben Karl Liebknechts, Berlin 1919; vgl. weiter Quellen 3/II Nr. 405 (bes. Anm. 8).

<sup>8. 5. 1916: 1)</sup> Vgl. Quellen 3/II Nr. 405. 2) S. 6. 5. 1915 (Anm. 2). 3) Brey hatte Bedenken dagegen geäußert, dem bereits gestellten Antrag des Fraktionsvorstandes auf Haftentlassung Liebknechts und dessen Begründung im Plenum zuzustimmen; s. Anm. 1.

<sup>9. 5. 1916: 1)</sup> S. Sten. Ber. Bd. 307 S. 983 ff. 2) Vgl. Quellen 3/II Nr. 406.

<sup>10. 5. 1916: 1)</sup> Der Seniorenkonvent hatte beschlossen, die von der Sozialdemokratischen Fraktion und der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft gestellten Anträge auf Haftentlassung Liebknechts ohne Debatte im Plenum der Geschäftsordnungskommission zu überweisen; vgl. Frankfurter Zeitung 10. 5. 1916 (1. Morgenblatt). 2) Vgl. 3. 6. 1916 (Anm. 5). 3) Vgl.

Reichstag4).

Fraktionssitzung<sup>5</sup>): Lebensmittelfrage. Mein Vorstoß<sup>6</sup>) gegen die Kritiker und Schreier, die selbst nichts organisieren. (Berliner Butter- und Fleischprozessionen!)

Donnerstag, 11. Mai. Reichstag. Beschluß gegen K. Liebknecht<sup>1</sup>). Landsbergs ausgezeichnete Rede<sup>2</sup>) macht es uns leicht.

Fraktionsvorstandssitzung: Steuerkompromiß?

Freitag, 12. Mai. Professor Alfred Weber<sup>1</sup>) im Archiv. Aussprache über die Steuerfragen. Er wird Hilfsarbeiter von Helfferich<sup>2</sup>).

Fraktionssitzung<sup>3</sup>): Stellung zu den Anträgen der S[ozialdemokratischen] A[rbeits-]G[emeinschaft] betreffend Schutz der Redefreiheit. Hoch, Brandes, Jäckel suchen offenbar nur die passende Gelegenheit, sich der S.A.G. anzuschließen<sup>4</sup>). Wenn sie es nur recht bald täten! Es ist unerträglich, mit den Leuten zu arbeiten.

Reichstag<sup>5</sup>). [...]

Montag, 15. Mai. Delbrücks Rücktritt1).

Reichstag2).

Steuerkompromiß-Bemühungen<sup>3</sup>). Man macht uns kein Angebot, das ernstlich in Betracht gezogen werden könnte. Die Fortschrittler suchen lieber den Anschluß nach rechts, namentlich *Payer*. Sie kennen keine energische, selbständige Politik mehr. — Unsere Isolierung ist nach Lage der Sache noch das beste.

<sup>17. 3. 1916. 4)</sup> S. Sten. Ber. Bd. 307 S. 1003 f. 5) Vgl. Quellen 3/II Nr. 407. 6) Im Fraktionsprotokoll nicht vermerkt.

<sup>11. 5. 1916:</sup>¹) Die von der Sozialdemokratischen Fraktion und der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft getrennt eingebrachten schleunigen Anträge, für die Dauer der Sitzungsperiode das gegen *Liebknecht* eingeleitete Verfahren auszusetzen und ihn aus der Haft zu entlassen, waren abgelehnt worden; s. Sten. Ber. Bd. 307 S. 1024 ff. und S. 1043.

²) A.a.O. S. 1026 ff.

<sup>12. 5. 1916:
1</sup> Volkswirtschafter und Soziologe an der Universität Heidelberg.
2) Im Reichsschatzamt.
3 Vgl. Quellen 3/II Nr. 408; das offizielle Fraktionsprotokoll datiert die Sitzung auf den 11. 5. 1916.
4) In der Fraktionssitzung vom 9. 5. 1916, s. Quellen 3/II Nr. 406, war der Übertritt Ryssels zur Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft bekanntgegeben worden; Brandes und Jäckel traten später der USPD bei.
5 S. Sten. Ber. Bd. 307 S. 1045 ff.

<sup>15. 5. 1916:

1)</sup> Staatssekretär Clemens von Delbrück hatte am 12. 5. 1916 sein Abschiedsgesuch eingereicht, das am 22. 5. vom Kaiser bewilligt wurde; s. Schulthess 1916/I S. 219 und 236; vgl. Delbrück S. 197 und 311 ff.

2) An diesem Tag fand keine Plenarsitzung des Reichstagsstatt.

3) Vgl. Quellen 3/II Nr. 409 (Anm. 2).

Dienstag, 16. Mai. Artikel: "Prediger des Hasses" an die Glocke<sup>1</sup>). Reichstag<sup>2</sup>).

# Mittwoch, 17. Mai. Reichstag<sup>1</sup>).

Gespräch mit Stampfer über Greys Antwort<sup>2</sup>) und nationale Politik. Er neigt offenbar schon sehr stark zur international-neutralen Politik seiner Stammesgenossen<sup>3</sup>). Dazu Taktik des Wiederzusammenleimens. Besser, er wäre in Österreich geblieben. Seine Intimität mit Scheidemann!

Café Victoria: Blos, Cunow, Lensch, Poetzsch, Baumeister und Frau.

## Donnerstag, 18. Mai. Reichstag<sup>1</sup>).

Fraktionsvorstands- und Fraktionssitzung<sup>2</sup>).

Scheidemanns Vorgehen betreffend Interpellation wegen Greys Rede. Ein tolles Wagestück. Provisorische Einreichung [eines Antrags], um der S.A.G. zuvorzukommen; der Direktor macht das Spiel mit³); die Regierung weiß darum; Scheidemann bei Wahnschaffe!; Geheimnis des Fraktionsvorstandes⁴). Scheidemann ist in solchen Dingen geradezu von einer genialen Leichtfertigkeit und Schläue. Das könnte ich nicht. Wäre jetzt überhaupt nicht imstande, die Fraktion zu führen. —

Aussprache über die Steuern in der Fraktion. Keine Meinungsverschiedenheit.

Man spinnt offenbar Friedensfäden nach dem Westen. Die Veröffentlichung früherer Friedensangebote an Belgien in der Nachrichten-Korrespondenz. Grey!?

# Freitag, 19. Mai. Reichstag<sup>1</sup>).

Bei einer Vorstandsbesprechung über die Steuern erklärt *Ebert*, daß man angesichts der volksfeindlichen Steuerpolitik der Regierung die Verweigerung der Kriegskredite in Erwägung ziehen müsse. Richard *Fischer* sekundiert ihm und

<sup>16. 5. 1916:

1)</sup> Ein Artikel Davids mit dieser Überschrift ist nicht in der Glocke erschienen sondern in: Mainzer Volkszeitung 17. 6. 1916 und in: Internationale Korrespondenz 3. Jg. S. 161 f. (20. 6. 1916); er richtet sich gegen Flugblätter radikaler Sozialisten.

2) An diesem Tag fand keine Plenarsitzung des Reichstages statt.

<sup>17. 5. 1916: 1)</sup> S. Sten. Ber. Bd. 307 S. 1073 ff. 2) Es handelte sich um ein Interview, das Grey dem Londoner Vertreter der Chicago Daily News gegeben hatte; s. Frankfurter Zeitung 15. 5. 1916 (Abendblatt). 3) Stampfer war Jude, in Brünn geboren.

<sup>18. 5. 1916:

1)</sup> S. Sten. Ber. Bd. 307 S. 1099 ff.

2) Vgl. Quellen 3/II Nr. 409.

2) Offenbar ist der Antrag später zurückgezogen worden; er befindet sich nicht in den Reichstagsdrucksachen.

4) Vgl. Quellen 3/II Nr. 412 (Anm. 13).

<sup>19. 5. 1916: 1)</sup> S. Sten. Ber. Bd. 307 S. 1125 ff.

begründet seinen Standpunkt außerdem mit der mangelnden Friedensbereitschaft (ohne Annexionen!) auf deutscher Seite!!! — Ich bin innerlich tief erschrocken und lasse keinen Zweifel, daß das die Katastrophe in der Fraktion bedeuten werde. Eine Verquickung innerpolitischer Beschwerden mit der Kreditfrage sei grundsätzlich abzuweisen. Wir würden das ganze Fundament unserer Politik zerschlagen. — Gegen meine Stimme wird Gradnauers Vorschlag angenommen, Scheidemann und Ebert sollten mit dem Reichskanzler sprechen, ihm die schlimme Wirkung des Steuerkompromisses darstellen und auch auf die Gefährdung der Kreditabstimmung hinweisen.

# Sonnabend, 20. Mai. Reichstag<sup>1</sup>).

Ich informiere die nächsten Freunde über die Haltung Eberts und [Richard] Fischers<sup>2</sup>). Vergewissere mich, daß alle noch fest auf dem Boden der Bewilligung stehen. Fordere zur Aufklärung der Verhältnisse in der Fraktion auf.

Landsberg nimmt in der Vereinsgesetzsache<sup>3</sup>) eine unglaubliche Stellung ein. Ist für Belastung mit Sprachen- und Jugendlichen-Paragraphen<sup>4</sup>), Änderung des Textes und gegebenenfalls für Ablehnung. Legien usw. weisen das aus sachlichen und parlamentarischen Gründen als ganz unzulässig zurück. Landsberg beharrt jedoch auf seinem Standpunkt und bringt ihn auch in der Kommission zur Geltung. Er steckt eng mit Stampfer zusammen und betreibt offenbar wie dieser die Annäherung an die Haase-Gruppe. — Ich erfahre, daß Landsberg auch in der Steuersache auf Isolierung hingearbeitet hat. Telefongespräch mit Keil: Artikel der Magdeburger Volksstimme!! — Mein Brief an Bader.

Sonntag, 21. Mai. Ausflug nach Friedrichshagen; Seerundfahrt. [...]

Montag, 22. Mai. Die Woche sehr arbeitsschwer. Vormittags Sitzung der Budgetkommission<sup>1</sup>). Kriegsgewinnsteuer. Dann Ernährungsfragen, *Batockis*<sup>2</sup>) erste Rede: originell; jedenfalls eine Persönlichkeit.

<sup>20. 5. 1916:

1)</sup> S. Sten. Ber. Bd. 307 S. 1147 ff.

2) Vgl. 19. 5. 1916.

3) Vgl. Quellen 3/II Nr. 410.

4) Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft hatte den Antrag gestellt, den Sprachen- und den Jugendlichenparagraphen aus dem Vereinsgesetz zu streichen. Offenbar befürwortete Landsberg einen Antrag im gleichen Sinne; das Fraktionsprotokoll, s. Anm. 3, Vermerkt nur, daß Landsberg und Simon gegen die Ansichten Legiens und Eberts aufgetreten seien.

<sup>22. 5. 1916: 1)</sup> Vgl. Frankfurter Zeitung 23. 5. 1916 (1. Morgenblatt). 2) Adolf Tortilowicz von Batocki-Friebe, Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, wurde zum Präsidenten des Kriegsernährungsamtes ernannt, dessen Errichtung am 22. 5. 1916 bekanntgegeben worden war, s. Schulthess 1916/I S. 235 f. und 252 f.; vgl. Quellen 3/II Nr. 411 (Anm. 3).

Dienstag, 23. Mai. Fraktionssitzung<sup>1</sup>), während der Empfang der türkischen Parlamentarier<sup>2</sup>) in der Wandelhalle stattfindet. Angst vor dem Hoch und der Speisekarte = Demagogie<sup>3</sup>)!

Quarcks illusionäre Rede betreffs Meisterung der Ernährungsfragen durch parlamentarisches Gerede. Sein Vorschlag, einen Sozialdemokraten für den Posten des Diktators oder einen leitenden Beamten vorzuschlagen<sup>4</sup>). —

Abends: Die Mottenburger, erträglicher als manche parlamentarische Komödie.

Mittwoch, 24. Mai. Reichstag<sup>1</sup>). Eberts gereiztes und dann selbstherrliches Vorgehen in der Sache der Einladung zum Reichskanzler<sup>2</sup>). Ich rufe Scheidemann an und höre, daß Ebert seit einiger [Zeit] ganz unzugänglich sei. Irgend etwas hat seinen Ehrgeiz und kleinliche Kompetenzeitelkeit verletzt. — Treffe Wahnschaffe und bitte für mich und Gradnauer um Entschuldigung. Sage ihm offen, warum. Er versteht das und erklärt, man würde uns weiter einladen und erkenne die Schwierigkeit der Situation an. — Ich versuche, Ebert die politische Bedeutung einer völligen, auch gesellschaftlich gleichen Behandlung der Sozialdemokraten klarzumachen (Rückwirkung auf die unteren Instanzen usw.).

Donnerstag, 25. Mai. Reichstag. Zensur<sup>1</sup>). Dittmanns wüste Rede<sup>2</sup>). Kein Beifall bei der alten Fraktion. Psychologischer Fortschritt.

Freitag, 26. Mai. Budget-Kommission<sup>1</sup>).

Sonja zu Mittag. Geburtstag. 19 Jahre! Ein liebes, gutes Kind. [...]

Montag, 29. Mai. Reichstag1).

Dienstag, 30. Mai. Reichstag. Rede zur Zensur<sup>1</sup>): hervorgerufen durch den unglaublich scharfen Angriff der Stresemann<sup>2</sup>) und v. Graefe<sup>3</sup>) gegen die Amerika-

<sup>23. 5. 1916: 1)</sup> Vgl. Quellen 3/II Nr. 411. 2) Am 23. 5. 1916 waren sieben Mitglieder des türkischen Abgeordnetenhauses auf Einladung des Reichstages in Berlin eingetroffen; s. Frankfurter Zeitung 23. 5. 1916 (Abendblatt). 3) Vgl. 6. 5. 1916. 4) Im Fraktionsprotokoll, s. Anm. 1, nicht vermerkt.

<sup>24. 5. 1916: &</sup>lt;sup>1</sup>) S. Sten. Ber. Bd. 307 S. 1227 ff. <sup>2</sup>) Es handelt sich um die Einladung zum Empfang für die türkischen Parlamentarier.

<sup>25. 5. 1916:</sup>¹) In der Reichstagssitzung vom 25. 5. 1916, s. Sten. Ber. Bd. 307 S. 1257 ff., wurde der mündliche Bericht des Haushaltsausschusses über Resolutionen und Petitionen zur Zensurfrage diskutiert.

²) A.a.O. S. 1278 ff.

<sup>26. 5. 1916: 1)</sup> Vgl. Frankfurter Zeitung 27. 5. 1916 (Abendblatt).

<sup>29. 5. 1916: 1)</sup> Am 29. 5. 1916 fand keine Plenarsitzung des Reichstages statt.

<sup>30. 5. 1916:

1)</sup> David hatte am 30. 5. 1916 im Reichstag zur Zensurfrage, vgl. 25. 5. 1916 (Anm. 1), gesprochen; s. Sten. Ber. Bd. 307 S. 1326 ff.

2) A.a.O. S. 1308 ff.

3) Albrecht von Graefe (Güstrow), Konservativer; vgl. seine Rede a.a.O. S. 1314 ff.

Treffen mit Parvus 31. 5. 1916

Politik der Regierung. Hinter den Kulissen offenbar schwerer Kampf gegen Bethmann. Graefe[s] geradezu landesverräterische Art. Alles, was Liebknecht geredet und getan, nicht so schädlich wie das Treiben der rücksichtslosen U-Boot-Taktiker und Annexionisten. Die Freisinnigen und Zentrumsleute verharren in Schweigen.

Mittwoch, 31. Mai. Reichstag. Steuern<sup>1</sup>). Meine Rede<sup>2</sup>) zu heftig und unkultiviert in der Form. Ich muß mich noch viel mehr in die Gewalt bekommen. Unsere Isolierung schadet nicht viel. Auch Westarp und Genossen sind Steuerverweigerer<sup>3</sup>).

Dr. Sprenger und Frau und Sonja im Reichstag.

Vormittags 8 Uhr Fraktionsvorstand: Etatablehnung<sup>4</sup>). Ich lasse es gehen. Die innerparteiliche Situation zu schwierig.

9 Uhr Fraktionssitzung<sup>5</sup>). — Etatablehnung. Jäckels Selbstoffenbarung<sup>6</sup>). Dreckseele-Typ!

Seeschlacht bei Horns Riff<sup>7</sup>). Wie die größten Ereignisse im Alltäglichen sich ausnehmen! Scheer<sup>8</sup>) und demgegenüber Jäckel! — Wirkung auf das englische Imperium! Seit Jahrhunderten der erste große Hammerschlag auf die englische Seeherrschaft.

Donnerstag, 1. Juni (Himmelfahrt). [...] Nachmittags bei Parvus im Kaiserhof. [Adolf] Müller-München, Haenisch, Stampfer. Müllers Mitteilung über die feindlichen Gegensätze zwischen Falkenhayn und Hindenburg; Wilhelm II. und dem Kronprinzen! — Gerards¹) Spionage²). — Mit Parvus Verständigung über die Programmschriftenfolge. Er³) wohnt wie ein Millionär.

Abends mit Dr. Sprenger, Dr. Roediger und Damen im Zoo. Sprengers Mitteilungen über die Gasangriffe und Flammenspritzer. — Entsetzlich!

<sup>31. 5. 1916:</sup> <sup>2</sup>) A.a.O. S. 1372 ff. 1) S. Sten. Ber. Bd. 307 S. 1340 ff. 3) Der Fraktionsvorstand hatte beschlossen, s. Quellen 3/II Nr. 413, in der dritten Lesung die Erhöhung der Tabakbesteuerung und die Verkehrssteuern abzulehnen; für die sozialdemokratische Haltung zur Steuergesetzgebung vgl. auch die zusammenfassende Darstellung im Bericht der Reichstagsfraktion, Protokoll SPD-Parteitag 1917 S. 96 ff. 4) Vgl. 5. 6. 1916 (bes. Anm. 6). Quellen 3/II Nr. 412. 6) Bezieht sich auf Jäckels Äußerung, s. Anm. 5, er habe von "Gewährsmännern" erfahren, dem Fraktionsvorstand seien in bestimmten Fällen von der Regierung Mitteilungen gemacht worden, die er der Fraktion "unterschlagen" habe; Jäckel behielt sich vor, "damit in geeigneter Weise an die Öffentlichkeit heranzutreten". 7) Die Seeschlacht am Skagerrak begann am Nachmittag des 31. 5.; vgl. Wippermann 32. Jg./1/II S. 885 ff. 8) Vizeadmiral Reinhard Scheer, Chef der Seekriegsleitung.

<sup>1. 6. 1916: 1)</sup> James Watson Gerard, 1913—1917 amerikanischer Botschafter in Berlin. 2) Vgl. dazu die Äußerungen des Reichstagsabgeordneten Ferdinand F. K. Werner (Deutsche Fraktion) im Plenum vom 29. 3. 1917, Sten. Ber. Bd. 309 S. 2871: "Eine weitere bemerkenswerte Tatsache, die in verschiedenen Zeitungen, darunter auch der "Kölnischen Volkszeitung" [...] abgedruckt worden ist und noch nicht mit einem Dementi von irgendeiner Seite versehen wurde, ist, daß auf der amerikanischen Botschaft englische Sekretäre und Beamte in großer Zahl beschäftigt waren, und daß ungefähr 200 amerikanische Pässe, die von dem Botschafter Gerard

Freitag, 2. Juni. Reichstag<sup>1</sup>).

Bespreche mit Gradnauer dessen Erklärung<sup>2</sup>).

Fraktionssitzung<sup>3</sup>): Kapitalabfindungsgesetz. Tückischer Versuch von Landsberg, Ablehnung des Gesetzes zu erzielen  $= Hoch^4$ ). [...]

## Sonnabend, 3. Juni. Reichstag<sup>1</sup>).

Fraktionsvorstandssitzung: Erklärung Eberts zum Etat<sup>2</sup>). Rede von Gradnauer<sup>3</sup>). Bringe mancherlei Verbesserung durch. Ich bin müde und möchte den ganzen Kram hinwerfen. Aber ich bin notwendig und muß bleiben. Ebert immer halsstarrig und in seiner Ehre gekränkt.

Im Vorwärts werde ich als Denunziant denunziert<sup>4</sup>). Entwerfe Abwehr (Streichholz im Walde). Findet keine Gnade beim Vorstand. Verzichte auf Antwort. Konstatiere mit Genugtuung, daß ich ein gewaltig dickes Fell bekommen habe. Auch das Flugblatt "Hundepolitik<sup>5</sup>)" erregt mich nicht mehr.

#### Sonntag, 4. Juni. Bootfahrt auf der "Gaudeamus".

in blanco ausgefertigt waren, aus den Räumen der amerikanischen Botschaft verschwanden. Von diesen Pässen hat man eine ganze Anzahl später bei Agenten der Engländer und des Vierverbandes gefunden [...]." Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann antwortete darauf, a.a.O. S. 2876 f., er habe die Beschwerden gegen den Botschafter Gerard geprüft und gefunden, daß sie grundlos seien, insbesondere bezeichnete er Berichte über die angeblich verschwundenen 200 Pässe als "zweifellos unrichtig". Dennoch hielt Werner seine Anschuldigung auch später noch aufrecht; vgl. seine Aussage im WUA 7/I S. 398 über die "Neutralität des amerikanischen Botschafters Gerard, dem bekanntlich 200 Pässe "gestohlen" wurden, die sich dann merkwürdigerweise bei russischen und englischen Spionen gefunden haben". Vgl. dazu auch Gerard S. 295 f., der auf den Vorwurf der Spionage nicht eingeht, sondern berichtet, er sei beschuldigt worden, Engländer mit amerikanischen Pässen versehen zu haben, um ihnen das Verlassen Deutschlands zu ermöglichen; zur Widerlegung dieses Vorwurfs beruft sich Gerard auf die oben erwähnte Antwort Zimmermanns im Reichstag. 3) Parvus.

- 2. 6. 1916:

  1) S. Sten. Ber. Bd. 307 S. 1381 ff.

  2) Gemeint ist Gradnauers Rede zur dritten Lesung des Reichshaushalts am 6. 6. 1916, s. Sten. Ber. Bd. 307 S. 1521 ff., in der er die Haltung seiner Fraktion zur Kriegspolitik und zur Friedensfrage darlegte.

  3) Vgl. Quellen 3/II Nr. 413.

  4) Das Fraktionsprotokoll, vgl. Anm. 3, vermerkt nur die Ablehnung eines von Hoch gestellten Antrags, gegen das Kapitalabfindungsgesetz zu stimmen, falls der dazu eingebrachte sozialdemokratische Abänderungsantrag nicht angenommen werde.
- 3. 6. 1916: 1) S. Sten Ber. Bd. 307 S. 1423 ff. 2) Ebert begründete in der Reichstagssitzung vom 7. 6. 1916 die Ablehnung der Kriegssteuern; s. Sten. Ber. Bd. 308 S. 1587 f.; vgl. dazu 31. 5. 1916 (Anm. 3). <sup>3</sup>) S. 2. 6. 1916 (Anm. 2). 4) Vgl. Parteioffiziöse Denunziation, in: Vorwärts 3. 6. 1916; David wird dort vorgeworfen, bei der Zusammenstellung einer in der Partei-Correspondenz veröffentlichten Bibliographie den Namen des Verfassers einer anonym erschienenen Schrift - es handelte sich um Otto Rühle - angegeben zu haben, was "eine glatte Denunziation" sei, "die nichts an Bosheit dadurch verliert, daß sich die Korrespondenz den betreffenden Namen einfach aus den Fingern gesogen hat". 5) Ein unter dieser Überschrift gegen die Haltung der SPD-Fraktion zur Verhaftung Liebknechts gerichtetes anonymes (wahrscheinlich von Rosa Luxemburg verfaßtes) Flugblatt, abgedruckt in Dokumente und Materialien II/1 S. 386 ff., das David vorwirft, in der den Fall Liebknecht behandelnden Reichstagskommission über Liebknecht geäußert zu haben: "Ein Hund der laut belle, beiße nicht!"; a.a.O. S. 388; vgl. dazu 10. 5. 1916.

Montag, 5. Juni. 9—11 Uhr Fraktionssitzung<sup>1</sup>). Abstimmung zum Vereinsgesetz: Freigabe der Stimmenthaltung bei namentlicher Abstimmung<sup>2</sup>)?

Beschluß für Kreditvorlage 61: 23<sup>3</sup>). Schmidt-Meißen gegen Gradnauer<sup>4</sup>). Ich spreche gegen den inneren Widerspruch Eberts.

Mein Erfolg und Verdienst. (Ebert, R. Fischer!: Wels 6/6 = Scheidemann<sup>5</sup>)!?) Wäre ganz unmöglich gewesen, wenn nicht Trennung von Etat und Krediten erzielt worden wäre<sup>6</sup>).

Reichstag: Reichskanzlers Rede gegen die Piraten der öffentlichen Meinung<sup>7</sup>). Ein kühner, starker Stoß gegen die Rechte. Bethmann ist gewachsen.

Besprechung mit Gradnauer. Diktiere ihm den ersten Teil seiner Rede8).

Dienstag, 6. Juni. 9—10 Uhr Vorstandssitzung. Gradnauers Rede genehmigt<sup>1</sup>).

— Ich soll eine Erklärung zur Kreditbewilligung entwerfen; tue es; sie wird abgelehnt; die Philister Ebert und Krätzig! — Gradnauer hat keinen Eindruck gemacht<sup>1</sup>). Er kann nicht über die Mittelgrenze hinaus.

Reichstag bis 9 Uhr abends. Die Juden [Oskar] Cohn²), Haase³), Davidsohn⁴) besorgen wieder mal gründlich die Geschäfte der Antisemiten. Kitchener ertrunken⁵).

<sup>5. 6. 1916:</sup> 1) Vgl. Quellen 3/II Nr. 414. 2) Die Fraktion hatte beschlossen, s. Anm. I. den Fraktionsmitgliedern ausnahmsweise eine von der Fraktionsmehrheit abweichende Stimmabgabe zu gestatten, selbst wenn es — was die Sozialdemokraten verhindern wollten — zu einer namentlichen Abstimmung kommen sollte. David hatte seine Bedenken gegen diesen Beschluß unter der Bedingung zurückgestellt, daß durch ihn kein Präzedenzfall geschaffen werde. Fraktionsprotokoll, s. Anm. 1, war das die schriftlichen Voten nicht anwesender Fraktionsmitglieder berücksichtigende Endergebnis 64 Stimmen für, 23 Stimmen gegen die Bewilligung der Kriegskredite. 4) Gradnauer plädierte als Sprecher des Fraktionsvorstandes für die Kredit-6) Noch der Parteitagsbeschluß 5) Läßt sich nicht eindeutig interpretieren. von 1910 forderte "eine grundsätzliche Ablehnung des Gesamtbudgets sowohl im Reiche wie in den Einzelstaaten"; s. Protokoll SPD-Parteitag 1910 S. 487 f.; vgl. dazu 2. 3. 1915 (Anm. 3). 7) Bethmann hatte die Verfasser von "offenen und geheimen Denkschriften", in denen er selber als "Verächter der großen und starken nationalen Traditionen" angegriffen worden sei, "Piraten der öffentlichen Meinung", die "Mißbrauch mit der Flagge der nationalen Parteien" trieben, genannt; s. Sten. Ber. Bd. 307 S. 1510 f. Dazu Molkenbuhrs Tagebucheintragung vom 5. 6. 1916 (Nachlaß Molkenbuhr): "Heute Bethmanns Flucht in die Öffentlichkeit. Er greift die Dunkelmänner der Kriegstreiber scharf an und legt dadurch ein Stück seiner Politik klar." 1916 (Anm. 2).

<sup>6. 6. 1916:</sup> ¹) S. 2. 6. 1916 (Anm. 2). ¹) Cohn hatte sich über Fälle diskriminierender Behandlung von Juden im Militärdienst beschwert; s. Sten. Ber. Bd. 307 S. 1564 ff. ²) Haase hatte in dieser Sitzung nicht gesprochen. ⁴) Davidson hatte nur eine kurze Bemerkung zur Geschäftsordnung gemacht; a.a.O. S. 1575. ⁵) Der englische Kriegsminister hatte sich auf einem Panzerkreuzer befunden, der westlich der Orkneyinseln auf eine Mine gelaufen war; vgl. Schulthess 1916/II S. 151.

Mittwoch, 7. Juni. Reichstag. Ernährungsfragen. Hoffmann-Kaiserslautern, von Ebert vorgeschoben, hält eine rüde, von der Fraktion bewunderte Rede<sup>1</sup>); gehässig, borniert und von der eigenen Gottähnlichkeit erfüllt. — Batocki: mir zehnmal lieber.

Fraktionssitzung<sup>2</sup>): Vorstoß gegen Heine durch Schmidt-Meißen usw.<sup>3</sup>) Es ist zum Verzweifeln. Bornierte Dreckseele; aber regsam und immer aktiv.

Donnerstag, 8. Juni. Habe wieder einen bösen Halskatarrh als Angebinde aus dem Reichstag heimgebracht. Der Bau ist mit Bakterien durchseucht. Schwere Depression.

Sonnabend, 10. Juni. Geplante Reise nach Wiesbaden aufgegeben. [...]

Mittwoch, 14. Juni. Archiv. Räumungsarbeiten. Ich komme nicht zu der nötigen Ordnungsarbeit. Jeder Tag durch andere politische Dinge in Anspruch genommen. Müßte Geld und Sekretär haben. So kann's nicht weitergehen.

Sonnabend, 17. Juni. Reise mit Hermann Müller nach Reichenbach in Schlesien<sup>1</sup>), Hotel Kaiserhof.

Sonntag, 18. Juni. Versammlung in Ober-Peterswaldau in der "Glogerei". Abends im Freilichttheater in Reichenbach.

Montag, 19. Juni. Reichenbach in Schlesien. — Ring: Emanuel Quint (David¹)). — Besuch auf dem Kirchhof: Familiengräber. Starker Ausdruck des Triebs zum sozialen Aufstieg: Aristokratie, Egoismus innerhalb des sozialen Ganzen als stärkste Triebkraft; nicht zu verdrängen, sondern mit sozialen Interessen zu harmonisieren. Nicht Abkunft und Besitz, sondern soziale Leistung soll zukünftig sozial erheben. Dabei Familie als Züchtungseinrichtung wirkend.

Abends Versammlung in der Niederstadt, Kreutzmanns Saal.

Dienstag, 20. Juni. Rückfahrt nach Berlin. In Liegnitz gefangene russische Offiziere.

<sup>7. 6. 1916: 1)</sup> S. Sten. Ber. Bd. 308 S. 1617 ff. 2) Vgl. Quellen 3/II Nr. 415. 3) Es handelt sich um einen von Richard Schmidt-Meißen und 37 weiteren Fraktionsmitgliedern unterzeichneten Antrag, s. Anm. 2, Heines Reichstagsrede vom 18. 1. 1916, vgl. 18. 1. 1916 (bes. Anm. 3), zu verurteilen.

<sup>17. 6. 1916: 1)</sup> Zur Vorbereitung der Nachwahl für den verstorbenen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Kühn in Reichenbach-Neurode; Müller wurde dort am 23. 6. 1916 gewählt.

<sup>19. 6. 1916: 1)</sup> Anspielung auf Gerhart *Hauptmanns* Roman Der Narr in Christo Emanuel Quint, dessen erster Schauplatz Reichenbach ist.

Mittwoch, 21. Juni. Archiv: Bericht über Kreisversammlung von Teltow-Beeskow<sup>1</sup>). Für Sonntag Großberliner Generalversammlung<sup>2</sup>). — Man will die Liebknechtgruppe bei Stichwahlen unterstützen, um die Sache ins Extrem und zum Bruch zu treiben. Ebert scheint dazu entschlossen. Tagung der Preußen-Kommission: Beschluß in diesem Sinne.

Nachmittags Café Victoria: Lensch, Cunow, Poetzsch, Baumeister.

Donnerstag, 22. Juni. Nachmittags bei Frau Charlotte Hahn, Wannsee, mit Sonja. Immer viel Menschen und immer neue. [...]

Sonnabend, 24. Juni. Nachmittags Besprechung bei Curt Hahn, Prof. Lepsius, Frau Richter, Noeggerath<sup>1</sup>), betreffs Friedensaktion beim Reichskanzler. Bericht Lepsius' über Schritte in Holland und England. Dresselhuys, Dr. Ruitgers.

Sonntag, 25. Juni. Wannsee. Villa Hahn. Dr. Ruitgers, Noeggerath. Dann mit Auto nach Potsdam zu Prof. Lepsius.

Die Friedensfreunde in England gewinnen stark an Einfluß. Warten auf eine Erklärung des Kanzlers betreffend Wiederherstellung Belgiens als unerläßliche Vorbedingung für den Frieden. Hoffnung, dann in England einen Regierungswechsel zu erzielen. Greys Äußerung zu Macdonald<sup>1</sup>). Innerpolitische Schwierigkeiten in Deutschland machen die Sache schwierig. Ruitgers bei Zimmernann. Solf soll mit in die Aktion gezogen werden.

Montag, 26. Juni. Abfahrt abends nach Memel zur Reise ins östliche Kriegsgebiet.

<sup>21. 6. 1916: 1)</sup> Vgl. das Flugblatt "An die Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg" in: Dokumente und Materialien II/1 S. 406 ff., und die vom Vorstand der SPD-Organisation des Kreises Teltow-Beeskow herausgegebene Flugschrift "Zur Abwehr. Für die Parteiorganisation gegen die Parteizerstörer in Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg!", Berlin o.J. 2) In dieser Versammlung wurden an Stelle des auf dem Standpunkt der Fraktionsmehrheit stehenden bisherigen Vorstandes (Vorsitzender Eugen Ernst) Adolf Hoffmann zum Vorsitzenden, Rosa Luxemburg und Stadthagen zu seinen Stellvertretern gewählt; vgl. Frankfurter Zeitung 26. 6. 1916 (Morgenblatt). Diese Wahl wurde vom Parteivorstand nicht anerkannt; s. Frankfurter Zeitung 27. 6. 1916 (2. Morgenblatt); vgl. ferner Vorwärts 26. 6. und 27. 6. 1916 (2. Beilage) und die Erklärung des Parteivorstandes in: Vorwärts 28. 6. 1916.

<sup>24. 6. 1916: 1)</sup> Jakob Noeggerath, ein Amerikaner deutscher Abstammung, war an Aktionen zur Verhütung einer amerikanischen Kriegserklärung beteiligt; vgl. Scheidemann, Memoiren I S. 392; Prinz Max S. 25 ff.

<sup>25. 6. 1916:

1)</sup> Bezieht sich auf die Friedensdebatte im britischen Unterhaus vom 24. 5. 1916, die von dem linksliberalen Lord *Ponsonby* und dem Labourführer Ramsay *Macdonald* eingeleitet worden war; der britische Außenminister erwiderte auf die Vorschläge und Anfragen *Ponsonbys* und *Macdonalds*; vgl. Schulthess 1916/II S. 144 ff.; vgl. weiter Macdonalds Rede im Unterhaus, in: *Internationale Korrespondenz* 3. Jg. S. 138 (9. 6. 1916).

Dienstag, 27. Juni. Nachmittags Memel. Kapitän z. S. Autofahrt nach Libau. Eindruck beim Übergang in russisches Gebiet. Schlamperei und Elend. Gute Verwaltung wichtiger als Demokratie. In Libau Besuch bei Konteradmiral Begas Hotel Petersburg.

Mittwoch, 28. Juni. Besichtigung des Libauer Hafens: Zerstörung, aber demgegenüber Wiederaufbauarbeit, Korvettenkapitän v. Thomsen. Abends bei Oberstleutnant Buchfinck.

Donnerstag, 29. Juni. Im Auto nach Kurland. Hasenpot. Goldingen. Kreishauptmann *Broedrich*<sup>1</sup>). Höhlenbauer<sup>2</sup>) und andere deutsch-russische Kolonisten. Besuch auf Gut Kurmahlen. Adelsklub in Goldingen. Ankunft nach stürmischer Autofahrt in Mitau.

Freitag, 30. Juni. Rittmeister v. Schultzenbach. Ritterschaftshaus. Besuch bei 34. Regiment. Oberleutnant [...]<sup>1</sup>). Im ersten Schützengraben. Artillerie schießt über uns. In der Artillerie-Beobachtungsstelle. Gewehrfeuer. Kunstwerk der Unterstände.

Nachtfahrt von Mitau über Schaulen nach Wilna.

Sonnabend, 1. Juli. Graf Arnim. Hauptmann Scharwächter. Arbeitsstab<sup>1</sup>)-Ausstellung. Judenviertel. Soldatenheime.

Sonntag, 2. Juli. Bialystok: Generalleutnant v. Seckendorff: Vortrag: patriarchalisch-strammes System; Fleiß und Menschenfreundlichkeit; Selbsttäuschung über Verhältnis von Offizier und Mannschaft. Abendessen im Kasino. — Oberstleutnant Meister: Sachlichkeit und Tüchtigkeit. Regierungsrat Preuss verständig, wohlwollend. Rittmeister v. Alten: Herrentumskultur. — Judenviertel. — Preuss: Darlegungen über Verwaltungsbezirke und politische Gestaltungspläne. — Abg. v. Bockelberg¹), Chef der Zivilverwaltung.

Montag, 3. Juli. Bialystok: Forstverwaltung. Rationelle Waldausbeutung. Sägewerk. Terpentingewinnung. Teergewinnung. Harzgewinnung.

Nachmittags Reise nach Bielsk; von dort im Auto nach Bialowieza. Urwald mit Zarenjagdschloß; "Gast des Zaren".

<sup>29. 6. 1916:</sup> ¹) Silvio *Broedrich*, kurländischer Politiker, Gutsherr auf Kurmahlen. ²) Sinn zweifelhaft.

<sup>30. 6. 1916: 1)</sup> Nicht entzifferbar. Der Name endet mit "enzel".

<sup>1. 7. 1916: 1)</sup> Lesart unsicher. Könnte auch "Arbeitsstuben" heißen.

<sup>2. 7. 1916:</sup> ¹) Friedrich von Bockelberg, Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, Konservativer.

Dienstag, 4. Juli. Bialowieza.

Forstrat Escherich<sup>1</sup>) mit seinem bayerischen Mitarbeiter: Kammerrat Bayer. Großartige Unternehmung; Universalität und praktisches Genie; das Herz auf dem rechten Fleck: Gefangenenbaracken. Idee der durchorganisierten Reichswirtschaft. Reichsforst.

Donner der Kanonen von Baranowitschi.

Nachmittags Fahrt über Siedle nach Warschau. Bescheidene Ouvertüre. Europäischer Hof.

Kommandeur: Major Schütte. Legationsrat v. Mutius. Dr. Haas.

Abends in der Bagatella.

Mittwoch, 5. Juli. Warschau: Besuch bei Exzellenz von Kries<sup>1</sup>), Chef der Zivilverwaltung. "Zuvielverwaltung." Verwundeten-Transport-Anstalt; Oberstabsarzt Westenhöfer, Dr. Bernius. Geniale Einrichtungen. — Theologie-Professor Dr. [Heinrich] Hermelink: Führung und Erklärung der russisch-orthodoxen Kathedrale: das Göttliche kam herab zum Menschlichen; das Menschliche erhebt sich zum Göttlichen. Demgegenüber Praxis! Anathema über Tolstoi.

Nachmittags Fahrt mit Professor Hermelink durch die Stadt; Schloß; Weichselbrücke und Kai; Straße des 3. Mai; Park mit Liebes-Badeschloß<sup>2</sup>). Polnische Reunion. [...]

Die große Kraftprobe im Osten und Westen ist im Gange.

Donnerstag, 6. Juli. Warschau. Führung durch das Judenviertel und Vortrag darüber durch Dr. Haas-Karlsruhe. Furchtbar. Mehr noch als die russische Brutalität und Schlächterei ist an diesem entsetzlichen Elend und Paria-Zustand die jüdische Religion schuld. Die christliche Sekte des Judentums doch ein gewaltiger Fortschritt. Schulen. Gebetsstube. Talmudschule. Wohnhöhlen. Schmutz. Herumlungern. Hecken¹). Ansätze nach oben: Bäckergewerkschaft. Der "Bund"-Sozialismus als Fortsetzung des Talmudismus; jüdische Weltmission²). — Kleinkinderbewahranstalt. Siechenhaus. Assimilierter Jude. Bacharach. Wohltäter und Kulturmensch Heymann aus Kopenhagen. Leutnant Dr. Haas. Abendessen bei Haas.

15

<sup>4. 7. 1916:</sup> ¹) Georg Escherich, während des Krieges Forstverwalter in Bialowieza, nach dem Kriege Organisator der unter dem Namen Orgesch (Organisation Escherich) bekannt gewordenen bayerischen Einwohnerwehren.

<sup>5. 7. 1916: 1)</sup> Wolfgang von Kries, Chef der Zivilverwaltung im Generalgouvernement Warschau. 2) Lesart unsicher.

<sup>6. 7. 1916: 1)</sup> Lesart unsicher. 2) Gemeint sind die Bestrebungen der insbesondere in Russisch-Polen, Litauen und Weißrußland tätigen sozialistischen Organisation Allgemeiner Jüdischer Arbeiter-Bund, die jedoch durch diese Andeutung Davids unzutreffend charakterisiert sind.

Freitag, 7. Juli. Warschau. In der Stadtverwaltung. Stadtrat Schwarz. Jüdische und polnische Volksküchen. Lebensmittelzentrale. Arbeitsvermittlungsamt.

Nachmittags bei Oberregierungsrat Schauenburg<sup>1</sup>) Vortrag über Schulwesen. Bei [...]<sup>2</sup>) Vorträge über Verwaltung. Stadtverordnetenwahl.

Abends Vortrag Hofmannsthal: Österreichs literarischer Geist. Darnach Abendessen bei Angelski: Legationsrat v. Mutius, Graf Lerchenfeld<sup>3</sup>), Prinz Öttingen<sup>4</sup>), Oberregierungsrat Schauenburg. — Gespräch über politische Entwicklung.

Sonnabend, 8. Juli. Rückreise über Lodz, Ostrowo, Posen nach Berlin.

Ergebnis: Eine Fülle wertvollster Anschauungen von Land und Volk und deutscher Tätigkeit im Osten. [...]

Montag, 10. Juli. Archiv. Haenisch berichtet über den Berliner Parteikampf<sup>1</sup>). Ein Sturzbad übelster Art. Die Vorwärts-Sache stockt<sup>2</sup>). Stampfer verschleimt die ganze Parteipresse. Parteivorstand beabsichtigt, einen Parteitag zu berufen<sup>3</sup>). Der einzig mögliche Ausweg. Aber was für Kampf und Arbeit wird das geben.

Ebert. Sein Sohn verwundet. Zeigt mir eine Aufstellung der voraussichtlichen Parteitagszusammensetzung; 166 für die Opposition.

Dienstag, 11. Juli. Die große Offensive draußen und demgegenüber der Alltag und Kleinkampf drinnen. Attacke der Annexionisten gegen den Reichskanzler wieder im besten Gange.

Archiv. Unterredung mit den Litauern Stephan Kairys<sup>1</sup>) (Sozialist) und Dr. phil. Georg Šaulys<sup>2</sup>). Darnach wollen alle Parteien: Los von Rußland; Annäherung an den Westen; über Staatsform noch ungewiß; aber möchten weitgehende Selbständigkeit. Beide sind durchaus Westeuropäer.

<sup>7. 7. 1916:

1)</sup> War Direktor des Provinzialschulkollegiums in Breslau.
2) Nicht zu entziffern.
3) Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering, ab Januar 1917 deutscher Reichskommissar im polnischen Staatsrat.
4) Der spätere Chef der deutschen Zivilverwaltung in Polen.

<sup>10. 7. 1916:

1)</sup> Vgl. 21. 6. 1916 (bes. Anm. 1 und 2).

2) Am 19. 6. 1916 war in einer gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes, der Pressekommission und des Berliner Zentralvorstandes von einem Vorstandsmitglied vorgeschlagen worden, den Vorwärts als Zentralorgan der Partei vom Berliner Volksblatt — der Vorwärts trug beide Titel und war zugleich Zentralorgan und Berliner Lokalblatt — zu trennen, um der Parteimehrheit den entscheidenden Einfluß auf das Zentralorgan zu sichern. Zu diesem Vorschlag nahm der Geschäftsführende Ausschuß des Vorwärts erst am 15. 8. 1916 in einem Schreiben an den Parteivorstand Stellung, und zwar in einer den Parteivorstand brüskierenden Weise. Der Konflikt endete schließlich mit einer den Wünschen des Parteivorstandes entsprechenden Neubesetzung der Redaktion. Vgl. die vom Parteivorstand herausgegebene Broschüre Zum Vorwärtskonflikt. Eine Darstellung auf Grund der vorliegenden Dokumente und Protokolle, Berlin 1916, bes. S. 13 ff.; vgl. ferner Stampfer, Erfahrungen S. 204 ff. und 11. 11. 1916.

3) Vgl. 19. 7. 1916 und 20. 7. 1916.

<sup>11. 7. 1916:

1)</sup> Steponas Kairys, Ingenieur, wurde Mitglied des litauischen Landesrates (litauisch: Taryba).

2) Dr. Jargis Šaulys, Journalist, wurde Vizepräsident der Taryba.

Mittwoch, 12. Juli. Café Victoria: Lensch, Kaliski, Cunow, Baake, Haenisch, Baumeister. Lenschs Buch¹) von rechts und links kritisiert (Stampfer²), Mehring³)). Wir beschließen wieder mal zu organisieren: "Sozialwissenschaftlicher Verein." — Zunächst Zusammenkunft der Berliner Freunde⁴). — Außerdem Vorbesprechung mit den Parteiausschußmitgliedern. Dann Vorbereitung des Parteitages⁵).

Donnerstag, 13. Juli. Archiv. Professor Lehmann-Hohenberg<sup>1</sup>), Rechtsstreit-Monomane. — Fräulein Schützinger: Kriegsbibliographie<sup>2</sup>).

Nachmittags: Zusammentreffen mit Wally Zepler<sup>3</sup>); Tiergarten, eifriges politisches Gespräch. Gewinne sie für die Frauen-Schrift<sup>4</sup>).

Freitag, 14. Juli. Unterredung mit Scheidemann betreffend die Litauer. Seine Klage über die Belastung mit Kleinkram und Parteiärger. Auch über Eberts engen und ängstlichen und starren Sinn.

Die Zimmerwalder<sup>1</sup>) schicken ihre Schandschriften ins Feld und geben meinen Namen als Absender an. Zwei Rücksendungen werden mir zugestellt. Es ist ihnen jedes Mittel recht. [...]

Montag, 17. Juli. Besuch der schwedischen und dänischen Sozialdemokraten: A. C. Lindblad, M.d.R.<sup>1</sup>), Nils Persson<sup>2</sup>), Harald Hallén<sup>3</sup>), Sigvald Olsen, M.d.R.<sup>4</sup>), C[arl] F. Madsen<sup>5</sup>), I. A. Hansen<sup>6</sup>).

<sup>12. 7. 1916:
1)</sup> Paul Lensch, Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück, Leipzig 1916.
Auf eine Kritik Stampfers, die sich nicht nachweisen ließ, nimmt Lensch Bezug in seiner Erwiderung, Noch einmal: Ende und Glück, in: Vorwärts 14. 7. 1916 (Beilage).
3) Vermutlich ist Mehring der Verfasser der beiden "Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück" überschriebenen Leitartikel in: Vorwärts 2. und 4. 7. 1916.
4) Vgl. 26. 7. 1916 (bes. Anm. 2).
5) S. 10. 7. 1916 (Anm. 3).

<sup>13. 7. 1916: 1)</sup> Herausgeber der Zeitschrift Rechtshort. 2) Hermine Schützinger, später Ehefrau des Berliner Kunsthistorikers Friedrich Winkler, war in der von Richard Franck 1915 in Berlin gegründeten Weltkriegsbücherei tätig, aus der die heutige Bibliothek für Zeitgeschichte in Stuttgart hervorgegangen ist. Frl. Schützinger sammelte für die Weltkriegsbücherei insbesondere Schriften, die Frauenarbeit, Pazifismus, illegale Propaganda zum Inhalt hatten, sowie Plakate. 4) Ständige Mitarbeiterin der Sozialistischen Monatshefte. 4) Wally Zepler, Die Frauen und der Krieg, Berlin-Karlshorst 1916.

<sup>14. 7. 1916:</sup> ¹) Eine auf Initiative italienischer und Schweizer Sozialdemokraten einberufene internationale Konferenz hatte vom 5. bis 8. 9. 1915 in Zimmerwald bei Bern getagt. Von deutscher Seite hatten zehn oppositionelle Sozialdemokraten teilgenommen, darunter Ledebour, Adolf Hoffmann, Ernst Meyer, Bertha Thalheimer und Julian Borchardt. Vgl. Angelica Balabanoff, Die Zimmerwalder Bewegung 1914—1919, in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung hrsg. von Carl Grünberg, 12. Jg. S. 310 ff. und 13. Jg. S. 232 ff.; vgl. ferner Gankin/Fisher S. 309 ff.; Dokumente und Materialien II/1 S. 421 f.

<sup>17. 7. 1916:

1)</sup> Redakteur von Ny Tid, Göteborg.

2) Mitglied des Reichstags und des Vorstandes der schwedischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

3) Mitglied des schwedischen Reichstags.

4) Zweiter Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks, Mitglied des Folketinget.

5) Vorsitzender des Dänischen Gewerkschaftsbundes, Mitglied der Landstinget.

6) Vorsitzender des Dänischen Schmiede- und Maschinenarbeiterbundes.

Mittwoch, 19. Juli. Vormittags: Ebert im Archiv macht Mitteilung von der Verhandlung mit der Regierung betreffend Parteitag, wahrscheinlich nicht genehmigt<sup>1</sup>); hat den Reichskanzler nicht direkt gesprochen; Eselei. —

Nachmittags: Ich nochmals beim Parteivorstand, Parteitag nicht genehmigt. Abends: Besprechung im Heidelberger. Leinert, Severing, Löbe, Meerfeld und andere<sup>2</sup>) gegen Parteitag. Beschluß, die Sache im Parteiausschuß zurückhaltend zu behandeln; keinen Gegensatz zum Parteivorstand heraustreten zu lassen. — Hahn<sup>3</sup>) und andere sprechen sich offen für Spaltung aus.

Donnerstag, 20. Juli. Parteiausschuß im Reichstagsgebäude<sup>1</sup>). Verhandlung über die Lebensmittelfrage<sup>2</sup>). Resolution Keil<sup>3</sup>) immer dasselbe unfruchtbare, unfehlbare Gerede aus agitatorischen Gründen.

Sonderbesprechung über die Parteitagsfrage<sup>4</sup>). Anwesend auch *Stubbe*<sup>5</sup>). Meinungen gehen gegeneinander. Einigung auf Gedanken einer Reichskonferenz<sup>6</sup>).

Freitag, 21. Juli. Abends Parteiausschuß. Friedensfrage. Fleissners Antrag¹), vom Geiste der Stadthagen und Gottschalk²) getragen³). Wird vom Vorstand = Ebert akzeptiert; ohne auch nur Fühlung mit uns gesucht zu haben. Ich protestiere gegen Änderung der früheren These; Eberts abweisende Bemerkung und Erklärung, die gelte nicht mehr⁴). Ich gewinne den Eindruck, daß er in der Tat noch die Einigung mit den S[ozialdemokratische] A[rbeits-]G[emeinschaft]-Leuten auf Grund der blödesten Anti-Annexions-Phrase erstrebt. — Muß zur Zeugenvernehmung fort. Nach Rückkehr erfahre ich, daß auch Scheidemann für die Resolution Fleissner gesprochen [hat⁵)]. Betreibe sofort Gegenaktion. Mein Entwurf von Ebert zurückgewiesen; Keil weicht aus; Verhandlungsversuch;

<sup>19. 7. 1916:

1)</sup> Ein Parteitag fand erst im Oktober 1917 statt; vgl. 13., 14., 15., 16., 17., 18. und 19. 10. 1917; die vom 21. bis 23. 9. 1916 tagende Reichskonferenz, vgl. 21., 22. und 23. 9. 1916, wurde als Ersatz für einen Parteitag einberufen; vgl. dazu die Resolution des Parteiausschusses 20./21. 7. 1916, Protokoll S. 54.

2) Die Genannten waren zur Teilnahme an der für den 20./21. 7. 1916 einberufenen Parteiausschußsitzung nach Berlin gekommen.

3) Karl Hahn, Vertreter des Bezirks Baden im Parteiausschuß.

<sup>20. 7. 1916: 1)</sup> S. 19. 7. 1916 (Anm. 2). 2) Vgl. Protokoll SPD-Parteiausschuß 20./21. 7. 1916 S. 2 ff. und 17 ff. 3) A.a.O. S. 53 f. 4) An dieser Besprechung nahm offenbar nur ein ausgesuchter Kreis der Parteiausschußmitglieder teil. 5) Heinrich Stubbe, Reichstagsabgeordneter, Parteiausschußmitglied für Hamburg. 6) Vgl. 19. 7. 1916 (Anm. 1).

<sup>21. 7. 1916: 1)</sup> S. Protokoll SPD-Parteiausschuß 20./21. 7. 1916 S. 30. 2) F. Gottschalk, Parteiausschußmitglied für den Bezirk Ostpreußen. 3) Der Antrag verlangt "schäffsten Protest" gegen Annexionsbestrebungen. 4) David wollte eine Friedenszieldebatte im Parteiausschuß verhindern, damit nicht möglicherweise Beschlüsse gefaßt würden, die mit den in der gemeinsamen Sitzung der Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses vom 14./16. 8. 1915 angenommenen Thesen, vgl. 14. 8. 1915, nicht in Einklang stünden. Ebert entgegnete jedoch, der Parteiausschuß sei "berufen, zu wichtigen Fragen Stellung zu nehmen", er könne das "ungehindert und ohne die Fraktion tun"; s. Protokoll SPD-Parteiausschuß 20./21. 7. 1916 S. 30. 3) A.a.O. S. 35 Scheidemann: "Was der Antrag Fleissner will, lebt in uns allen. Die Frage ist nur, ob es im jetzigen Augenblick möglich ist. Man muß sich den Wortlaut des Antrags [...] erst genau ansehen. Wenn ich ihn beim Vorlesen richtig verstanden habe, hätte ich nicht die geringsten

O. Brauns Sophistik. Ich beharre auf Widerstand und formuliere den positiven Satz: Verteidigung, Unversehrtheit und Entwicklungsfreiheit. Von Thöne eingebracht<sup>6</sup>).

Mittagessen mit Auer im Heidelberger. Kläre ihn über die innere Situation auf. Er stellt sich auf meine Seite. Die Resolution Fleissner wird zurückgezogen. Auch geradezu blödsinnige Taktik des Parteivorstandes. — Unser Sieg. Eine Lehre für ihn.

Abends: Fraktionsvorstandssitzung. Scheidemann berichtet über Unterredung mit dem Reichskanzler, der sich ziemlich klar gegen die Annexionisten ausgesprochen hat. Mein Bericht über Polen und Litauen<sup>7</sup>). Eberts borniertes Mißtrauen; "die Litauer wollen uns wahrscheinlich anpumpen". —

Mit Ulrich, Auer und Hahn[-Baden] im Zoo usw.

Sonnabend, 22. Juli. Baake im Archiv. Berichtet über die Absicht Bethmanns, nach der Offensive mit folgendem Friedensprogramm herauszutreten: Entschädigung im Interesse der deutschen Arbeiter (will unter allen Umständen die Gewerkschafter dauernd gewinnen). Nach dem Westen Geld für die Faustpfänder. Nach dem Osten Land für Geld. [...]

Sonntag, 23. Juli. Nachmittags in Nikolassee bei Helene Stöcker und Dr. Springer. [...]

Besichtigung von Dr. Kliemkes1) Villa.

Montag, 24. Juli. Artikel "Die Kriegsverlängerer an der Arbeit" vollendet<sup>1</sup>). [...]

H. v. Gerlach<sup>2</sup>) bezeichnet mich in der Welt am Montag als den dirigierenden Generalstabschef beim Oberkommandierenden Scheidemann im regierenden

Bedenken gegen ihn. [...] Vorbehaltlich der Prüfung des Wortlauts hoffe ich, daß wir uns auf die Resolution Fleissner werden einigen können." <sup>6</sup>) Nachdem die mit einem Antrag Stadthagen verschmolzene Resolution Fleissner gegen 12 Stimmen abgelehnt worden war, wurde eine von Auer und Thöne eingebrachte Resolution gegen 8 Stimmen angenommen, die den von David geforderten Satz enthält: "Die Sozialdemokratie erklärt, daß die Verteidigung unseres Landes, die Sicherung seiner politischen Unversehrtheit und wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit das einzige Kriegsziel sein müsse."; a.a.O. S. 54. <sup>7</sup>) Vgl. 26. 6.—8. 7. 1916 und 11. 7. 1916.

<sup>23. 7. 1916: 1)</sup> Dr. K. Kliemke, Direktor der Deutsch-Ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft, veröffentlichte unter dem Pseudonym Heinrich Nienkamp, Fürsten ohne Krone. Fast ein Roman, Berlin 1916, einen Schlüsselroman mit pazifistischer Tendenz.

<sup>24. 7. 1916: 1)</sup> Eduard David, Kriegsverlängerer an der Arbeit, in: Internationale Korrespondenz 3. Jg. S. 253 ff. (1. 8. 1916) und in: Sozialdemokratische Feldpost Nr. 7 (15. 8. 1916). Der Artikel richtet sich sowohl gegen Defaitisten als auch Annexionisten. — Die Sozialdemokratische Feldpost erschien ab 15. 5. 1916 vierzehntägig im IK [Internationale Korrespondenz]-Verlag (A. Baumeister) Berlin, ab 15. 1. 1917 im Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H. Berlin; Baumeister zeichnete verantwortlich für Redaktion und Verlag. 2) Hellmut von Gerlach, Herausgeber der Welt am Montag, Mitglied des Bundes Neues Vaterland.

rechten Zentrum der Sozialdemokratie. So sieht das Bild von außen aus! Im Innern aber ist's ganz anders. Die wirkliche innere Geschichte der Partei während des Krieges muß noch geschrieben werden.

Dienstag, 25. Juli. Vormittags: Besuch im Kriegsministerium (Oberstleutnant v. Fransecky) betreffend Adelungs weiterer Beurlaubung<sup>1</sup>). Sehr gut aufgenommen und entgegenkommende Erklärung.

Draußen die gewaltigste Kriegsentscheidung der Weltgeschichte — in der Heimat geht die Alltäglichkeit weiter. Die Theater graben die alten Lustspiele, Operetten und Schwänke aus.

Mittwoch, 26. Juli. Nachmittags: Erste Konferenz der Berliner Freunde. Lindenstraße 21).

Beschluß: Einsetzung eines provisorischen Ausschusses: David, Poetzsch, Baumeister, Neumann, Heinrich Schulz<sup>2</sup>).

Donnerstag, 27. Juli. Artikel: Kriegsverlängerer an der Arbeit.

Freitag, 28. Juli. Artikel: Jaurès zum Gedächtnis.

Abends: Wannsee bei Frau Hahn. [...]

Samstag, 29. Juli. Dr. Šaulys-Wilna im Archiv: Besprechung der Zukunft des Ostgebietes. Sagt mir, daß ein Gebilde, das Litauen und Kurland vereint, gewünscht wird. Begibt sich zu einer Konferenz mit Ober-Ost.

Besprechung mit Hermann Müller, dem ich von meiner Neigung, die Stellung im Archiv aufzugeben, spreche.

Sitzung des Provisorischen Ausschusses: Adressenverzeichnisse; Gelderhebung<sup>1</sup>).

Sonntag, 30. Juli. Reise nach München. Hotel Zur Stadt Wien.

Montag, 31. Juli. München. Besuch im Kriegsministerium.

Abends: Hotel Treffler, Vortrag: Jaurès-Gedenkfeier. Lujo v. Brentano stellt

```
25. 7. 1916: ¹) Vgl. 17.—25. 9. 1915.
```

<sup>26. 7. 1916:</sup> ¹) Adresse des von der Internationalen Korrespondenz im April 1916 bezogenen Büros. ²) Es handelt sich offenbar um den "Sozialwissenschaftlichen Verein" vgl. 12. 7. 1916, eine organisatorische Zusammenfassung journalistisch und schriftstellerisch tätiger, auf dem rechten Flügel der Partei stehender Abgeordneten und Gewerkschafter; vgl. dazu Werner Richter, Gewerkschaften, Monopolkapital und Staat im ersten Weltkrieg und in der Novemberrevolution (1914—1919), Berlin (Ost) 1959, S. 72 f.

<sup>27. 7. 1916:</sup> ¹) S. 24. 7. 1916 (Anm. 1).

<sup>29. 7. 1916:</sup> ¹) Vgl. 26. 7. 1916 (bes. Anm. 2).

sich vor; prächtiger alter Herr. — Darnach in einer Weinstube mit Paul Kampffmeyer<sup>1</sup>), E. Auer, Timm, Hue.

Dienstag, 1. August. Vormittags: Redaktion der Münchener Post; Gespräch mit Adolf Müller. Mitteilung: Polen demnächst Selbständigkeitserklärung. — Treffe Wilhelm Blos<sup>1</sup>). [...]

Mittags: Reise nach Augsburg. Hotel Bayrischer Hof. — Spaziergang: Maximilianstraße; Fuggerhaus!

Abends: Im Saal des Café Maximilian: Vortrag über Jaurès. Johann Buchwieser<sup>2</sup>). Renner<sup>3</sup>), Simon, Brunner<sup>4</sup>).

Vom 2. bis 4. August hielt sich David in Mainz und Wiesbaden auf, wo er persönliche und politische Freunde besuchte; am 4. August fuhr er nach Berlin zurück.

Sonnabend, 5. August. Archiv: Haufen von Parteimaterial. Fresse mich wütend durch. — Gespräch mit Scheidemann über Frieden; will von Kanzler "endlich offenes Friedensprogramm haben". Ich sage ihm, daß wir doch selber nichts haben. Er ist gänzlich kriegsmüde und Pessimist ohne Programm; sein einziger Kompaß die Stimmung der leidenden und aufsässigen Parteimassen. — Ich vertrete die positive Programmaufstellung für den Osten: Polen unabhängig, Litauen und Kurland an Deutschland; "Verbrechen", Rußland diese Gebiete länger zu überlassen. — Scheidemann wie Hermann Müller haben nichts gegen Überlassung an Rußland; ihr Programm ist für "Frieden um jeden Preis". Ich vermute, daß sie auch wegen Elsaß-Lothringen mit sich reden lassen. — Auch für die innere Politik hat Scheidemann nichts als: Proletarier und Kapitalisten; ihr Gegensatz werde nach dem Kriege doch wieder das A und O sein. Er versagt jämmerlich. [...]

Montag, 7. August. Aktionsausschuß1).

Dienstag, 8. August. Versammlung in Brandenburg verboten, da der Referent Herzfeld<sup>1</sup>) der Polizei sein Manuskript nicht eingereicht hat. [...]

<sup>31. 7. 1916: 1)</sup> Redakteur der Münchener Post.

<sup>1. 8. 1916:

1)</sup> Sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, bekannter Journalist und Schriftsteller.

2) Sozialdemokratischer Parteisekretär in Augsburg.

3) Möglicherweise Georg Renner, Funktionär des Gemeindearbeiterverbandes.

4) Julius Brunner, Redakteur der Schwäbischen Volkszeitung in Augsburg.

<sup>7. 8. 1916: 1)</sup> Vgl. 26. 7. 1916 (Anm. 2)

<sup>8. 8. 1916:</sup> ¹) Dr. Joseph *Herzfeld*, Reichstagsabgeordneter, hatte sich am 24. 3. 1916 der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft angeschlossen.

Donnerstag, 10. August. Konferenz im Lokal des Landarbeiterverbandes. 20 Teilnehmer. Die Organisation wird auf die Beine gestellt<sup>1</sup>): Adressen ergänzt, Geldeingänge 170 Mark.

Freitag, 11. August. Lese den Aufruf des Parteivorstandes betreffend Kriegsziele und Friedensversammlung im Vorwärts<sup>1</sup>). Das ist wieder sehr kennzeichnend für diese Bürokraten und Kompetenzheiligen. Sie machen's für sich und werfen es uns dann zum Fraße hin. — Ich sollte als Fraktionsvorstandsmitglied dagegen protestieren; verzichte aber in dem Entschluß, sobald sie die Linie des mir Erträglichen überschreiten, die Fahne der Opposition zu erheben. — An sich ist der Aufruf einigermaßen vernünftig und zeigt die Spuren der im Parteiausschuß erteilten Lehren<sup>2</sup>).

Abends: bei *Hahns* in Wannsee. Prof. *Alrutz*<sup>3</sup>) aus Uppsala, Völkerrechtsgelehrter; offenbar wenig Kenntnis von realer Politik. — C. *Hahn*, Frau *Richter* und *Noeggerath* setzen mir stark zu wegen des Falles *Fryatt*<sup>4</sup>), der rechtlich unhaltbar sei und die Friedensbewegung in England schwer geschädigt, fast ausgelöscht haben. Eine Aktion der Marine-Partei?

Sonnabend, 12. August. Entwerfe das erste Sendschreiben<sup>1</sup>).

Montag, 14. August. Aktionsausschußsitzung<sup>1</sup>).

Dienstag, 15. August. Es ist eine entsetzlich schwere Zeit. Druck des Krieges. Lebensmittelnot. Ich halte meine Ernährung nur durch dank den Eier- und Buttersendungen meiner Schwester<sup>1</sup>); sonst wäre ich mit meinem Magen einfach fertig; nehme viel Salzsäure.

<sup>10. 8. 1916:</sup> ¹) Vgl. 26. 7. 1916 (Anm. 2).

<sup>11. 8. 1916:

1)</sup> S. Aufruf des Parteivorstandes zu Friedenskundgebungen, in: Partei-Correspondenz 11. Jg. S. 433 f. (19. 8. 1916).

2) Vgl. 21. 7. 1916 (bes. Anm. 6).

3) Im Or. ein Fragezeichen hinter dem Namen, das sich vermutlich auf dessen Schreibung (im Or. "Alruts") bezieht. Möglicherweise ist Sydney Alrutz, Dozent, später Professor der Psychologie an der Universität Uppsala gemeint, der sich auch mit sozialpolitischen Fragen beschäftigte; es könnte sich aber auch um ein anderes Mitglied dieser in Schweden ziemlich bekannten Familie handeln.

4) Der Kapitän des englischen Dampfers "Brussels" Charles Fryatt war am 27. 7. 1916 unter der Anklage, er hätte, obwohl nicht Angehöriger der bewaffneten Macht, versucht, ein deutsches Unterseeboot zu rammen, von einem deutschen Feldgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet worden; s. Frankfurter Zeitung 29. 7. 1916 (1. Morgenblatt). Vgl. dazu Gerard S. 180 ff.; bemerkenswert ist Gerards Mitteilung, a.a.O. S. 182, sowohl Bethmann als auch Jagow und Zimmermann hätten ihm ihr "größtes Bedauern" über den Vorfall ausgedrückt, der zeige, "wie wenig Einfluß der zivile Teil der Reichsregierung auf den militärischen in Kriegszeiten habe".

<sup>12. 8. 1916: 1)</sup> Vermutlich für den "Sozialwissenschaftlichen Verein"; vgl. 26. 7. 1916 (Anm. 2).

<sup>14. 8. 1916:</sup> ¹) Vgl. 26. 7. 1916 (Anm. 2).

Zorn über die verblendete Agitation der konservativen und nationalliberalen Annexionspolitiker<sup>2</sup>); Heydebrand<sup>3</sup>), Westarp, Fuhrmann<sup>4</sup>), Gebsattel<sup>5</sup>); der naive Glaube an die Allmacht der Gewalt; dabei empörende Versagung fortschrittlicherer Forderungen. Die Reaktion glaubt allen Ernstes, ihre Zeit sei gekommen. Und Kanzler und Kaiser wagen nicht, den Kampf gegen sie aufzunehmen; der Kaiser-Erlaß vom 1. August<sup>6</sup>) enthält gar nichts mehr von Neuorientierung. Dabei der Stank und Hader in der Partei. Der Parteivorstand scheint jetzt mit Absicht noch immer seine Schritte zu verhehlen; ich erfahre seine Unternehmungen erst aus dem Vorwärts. Habe ihn in Verdacht, mit den Krätzig und Hoch gemeinsam zu operieren, um zu verschmieren. Bin entschlossen, wenn die Grenze überschritten wird, zu gehen oder den offenen Kampf aufzunehmen. Darum muß die Rechtsorganisation<sup>7</sup>) schleunigst in Wirksamkeit treten. Das kostet mich den Rest meiner Zeit und Kraft.

Mittwoch, 16. August. Bin bei alledem mit den Nerven herunter und werde einen Nasen-Hals-Katarrh nicht los. Komme auch keinen Schritt in der Frage meiner Lebens-Neugestaltung weiter. Es ist zum Verzweifeln. Und als psychologischer Untergrund immer der Gedanke an den entsetzlichen Krieg; die Sorge und das Sich-verpflichtet-Halten, fieberhaft mitzuarbeiten an einer glücklichen Lösung nach außen und innen. — Ob es noch einmal eine Zeit für mich gibt, wo ich frei und fröhlich sein kann? — Arbeiten, kämpfen und nicht verzweifeln! Dank an die da draußen, die aushalten müssen in all dem Entsetzlichen, fern von ihren Lieben, jeden Tag dem Tod ins Auge schauend und immer wieder zum blutigen, schmutzigen Werk bereit.

Donnerstag, 17. August. Wir erfahren erst heute durch Zufall, daß für morgen der Parteiausschuß<sup>1</sup>) und für Sonnabend die Redakteure zusammenberufen sind. "Dummheit und Treulosigkeit vom Parteivorstand" (Haenisch). Lade sofort telegraphisch für Freitag abend in den Heidelberger ein.

Nachmittags: Konferenz im Landarbeiterbüro. Lensch und ich über die Westund Ostfrage.

Abends: in der Deutschen Gesellschaft<sup>2</sup>) mit Südekum und Stern zusammen. Plan einer Tageszeitung für Berlin besprochen. — Auf dem Weg durch den Tiergarten, am Großen Stern, macht mir Stern das Erbieten, 10000 Mark für unseren Apparat zu geben.

<sup>15. 8. 1916:

1)</sup> Davids Schwester Frau Johanna Strippel besaß eine kleine Landwirtschaft.

1) Vgl. Westarp II S. 30 ff.

2) Dr. Ernst von Heydebrand und der Lase, Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses und des Reichstags, Deutschkonservativer.

4) Paul Fuhrmann, Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses und des Reichstags, Nationalliberaler.

5) General Konstantin Frhr. von Gebsattel, Zweiter Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes.

6) Vgl. Schulthess 1916/I S. 378 ff.

7) Vgl. 26. 7. 1916 (Anm. 2).

<sup>17. 8. 1916: 1)</sup> S. Protokoll SPD-Parteiausschuß 18. 8. 1916. 2) Deutsche Gesellschaft von 1914.

Freitag, 18. August. Treffe Franz Schmitt<sup>1</sup>) und Nimmerfall<sup>2</sup>)-München vor dem Reichstag und setze ihnen rasch die Situation auseinander. — Treffe dann Scheidemann, dem ich meine Meinung über das eigenmächtige Vorgehen des Parteivorstandes in der Petitionssache<sup>3</sup>) sage. Er trägt immer leichtfertig auf zwei Schultern. "Wir müssen der Stimmung der Massen Rechnung tragen, um sie nicht zu verlieren."

Bespreche mit Baumeister die Frage der Umgestaltung und Ausgestaltung der I[nternationalen] K[orrespondenz]<sup>4</sup>) und meine Absicht, die Chefredaktion zu übernehmen<sup>5</sup>).

Abends: Konferenz im Heidelberger. Schlecht besucht. Heine macht mir nähere Mitteilungen über Wiener<sup>6</sup>) und seine Absicht, uns 500000 M zu geben für eine Tageszeitung.

Sonnabend, 19. August. Mittags: spreche Adelung.[...]

Sonntag, 20. August. Mache meine Rede für Nürnberg.

Montag, 21. August. Aktionsausschußsitzung<sup>1</sup>).

Abends: Reise nach Nürnberg.

Dienstag, 22. August. Nürnberg: "Württemberger Hof". [...]

Abends: Versammlung im Velodrom. 4000 Menschen. Ich denaturiere die Friedensaktion<sup>1</sup>). (Giermann<sup>2</sup>): Mancher ist vielleicht enttäuscht. Sehr gut so!)

<sup>18. 8. 1916:</sup> 1) Sozialdemokratischer Parteisekretär in München, Mitglied des Parteiausschusses für den Landesvorstand Bayern. <sup>1</sup>) Hans Nimmerfall, sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter und Mitglied des Parteiausschusses für den Bezirk Südbayern. 3) Der SPD-Vorstand leitete im August 1916 eine Aktion ein, die zur Unterzeichnung einer Petition folgenden Wortlauts aufforderte: "Petition an Se. Exzellenz, den Herrn Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg. Die Unterzeichneten fordern, daß dem Krieg, der seit mehr als zwei Jahren Europa verwüstet und allen beteiligten Ländern ungeheuere Opfer an Gut und Blut auferlegt, sobald als möglich ein Ende bereitet wird. — Unter Ablehnung aller Eroberungspläne, die nicht nur den Krieg verlängern, sondern auch den Keim zu neuen Kriegen in sich tragen, fordern die Unterzeichneten von den Verbündeten Regierungen, daß sie sich zum Abschluß eines Friedens bereiterklären, der dem Reiche 1. seine politische Unabhängigkeit, 2. seine territoriale Unversehrtheit, 3. seine wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit gewährleistet." Der Parteiausschuß vom 18. 8. 1916 stimmte dieser Aktion zu; vgl. Protokoll S. 5 ff. Im Dezember 1916 wurde diese Petition mit 899 149 Unterschriften dem Reichskanzler zugeleitet; vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1917 S. 34. 4) Am 25. 11. 1916 wurde in einer Besprechung, an der Legien, Gustav Bauer, Sassenbach, August Müller, Hermann Müller, Baumeister und Helphand teilnahmen, die Gründung einer G.m.b.H. Internationale Korrespondenz beschlossen, in der Helphand gemeinsam mit zwei von ihm bestimmten Vertretern die Hälfte der Stimmen erhalten werde; s. Protokoll der Besprechung im Archiv des August-Bebel-Instituts Berlin, Akte NB 607. 5) Wurde nicht verwirklicht. 5) Otto Wiener, österreichischer Ingenieur und Flugzeugbauer, Gründer der Albatroßwerke, war nach Kriegsausbruch wegen angeblichen Verrats militärischer Geheimnisse verhaftet gewesen. Heine war sein Rechtsanwalt; s. Heine, Erinnerungen (Die Militärdespotie). — Über die geplante Geldspende Wieners ließ sich nichts feststellen.

<sup>21. 8. 1916:</sup> Vgl. 26. 7. 1916 (Anm. 2).

Mittwoch, 23. August. Reise nach Wiesbaden: bei Eugen Dietzgen.

Abends: Herrenessen, Josef Dietzgen, im Kurhaus. Schlemmerei mit Rebhühnern. Die beiden Herren v. Stach.

Donnerstag, 24. August. Mittags bei A[nna] Dietzgen<sup>1</sup>). [...] Abends: Versammlung in Mainz<sup>2</sup>). [...]

Freitag, 25. August. Vormittags: Besuch im Haus Dietzgen.

Mittags: Reise nach Berlin. [...]

Montag, 28. August. Mittags: Sitzung des Auswärtigen Ausschusses<sup>1</sup>).

Abends: Friedensversammlung in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Straße<sup>2</sup>). Tausend Personen; ein erster Vorstoß der alten Teltower und der Berliner neuen Organisation in die Öffentlichkeit. Guter Erfolg.

Dienstag, 29. August. Reise nach Wilhelmshaven. Hotel Lohheyde.

Mittwoch, 30. August. Besuch des Kriegshafens.

Abends: Versammlung im Konzerthaus. Zweitausend; abgesperrt. Spreche 21/4 Stunden.

Darnach: Rathaus. Dann lustige Gesellschaft bei Frau Hoffmann. Julius Meyer<sup>1</sup>), Hünlich<sup>2</sup>) und Frau, Meister<sup>3</sup>) und Frau. Sehr fröhlich und ausgelassen trotz Krieg und meiner verschlimmerten Erkältung.

Donnerstag, 31. August. Vormittags: Besuch im Partei- und Gewerkschaftsbüro. Mittags: Rückreise nach Berlin.

<sup>22. 8. 1916:</sup> ¹) Vgl. 18. 8. 1916 (Anm. 3). ³) Karl Giermann, sozialdemokratischer Parteisekretär in Nürnberg.

<sup>24. 8. 1916:</sup> ¹) Geschiedene Frau von Eugen *Dietzgen*. ²) Vgl. den ausführlichen Bericht über *Davids* Rede und Text der einstimmig angenommenen Resolution in: Mainzer *Volkszeitung* 25. 8. 1916 (Beilage).

<sup>28. 8. 1916:</sup> ¹) Gemeint ist möglicherweise der "Aktionsausschuß"; vgl. 21. 8. 1916; im Reichstag bestand zu jener Zeit kein Auswärtiger Ausschuß. ²) Vgl. Frankfurter Zeitung 30. 8. 1916 (1. Morgenblatt). David war der Hauptredner dieser Veranstaltung, mit der, wie einer ihrer Einberufer einleitend erklärt hatte, "vor aller Öffentlichkeit" festgestellt werden sollte, daß "die Berliner Sozialdemokratie keineswegs geschlossen hinter Haase, Ledebour, Liebknecht, Luxemburg und dem Vorwärts stände"; vgl. dazu 21. 6. 1916 (Anm. 2).

<sup>30. 8. 1916:</sup> ¹) Sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter und Parteisekretär in Oldenburg. ²) Oskar Hünlich, Redakteur des Norddeutschen Volksblattes. ³) Heinrich Meister, Funktionär des Bauarbeiterverbandes.

Freitag, 1. September. Vormittags: Besprechung mit *Ebert*; in meiner Abwesenheit Fraktionsvorstandssitzung betreffend Konferenz beim *Reichskanzler*. Die Regierung wollte eine demonstrative Sitzung des Reichstages zur Bekundung der Einigkeit gegenüber dem Eintritt Rumäniens in den Krieg¹) inszenieren. Von *Scheidemann* im Einverständnis mit den anderen Fraktionsvorstandsmitgliedern abgelehnt.

Nachmittags: Konferenz im Landarbeiterbüro.

Fortsetzung der Diskussion über die West- und Ostfrage: Cunow, Cohen[-Reuß], Dittmer²), Schöpflin, Stühmer³), Lensch.

Sonnabend, 2. September. Dr. [Blocher¹)], Basel, bei mir im Archiv: England der schlimmste Feind; nur wenn er empfindlich getroffen wird, ist Friede möglich. Erzählt Interessantes von dem "objektiven" Verhalten der Deutschschweizer. Glaubt, daß der Krieg möglicherweise noch jahrelang dauert und vielleicht sogar die Einheit der Schweiz zerstört.

Mittags: Sonja bei mir. [...]

Wie soll ich das Übermaß des auf mir Lastenden ertragen? — Der Krieg lastet täglich schwerer auf mir. Dazu der innere Parteikampf und meine wachsende Verpflichtung. Bin seit Wochen schwer erkältet. Auch sonst noch körperliche Leiden und Sorgen!

Einladung zur Besprechung mit dem Reichskanzler<sup>2</sup>). Mit Wahnschaffe Telefongespräch.

Sonntag, 3. September. Mittags: Bei Hahn, Wannsee. Zusammentreffen mit Professor Gustav Steffen, Gotenburg<sup>1</sup>). Erwartet und wünscht deutschen Vorstoß gegen Petersburg; bedauert, daß die deutsche Marine nicht von vornherein die Ostsee beherrschte und die russische Flotte versiegelte; große Versäumnis, die

<sup>1. 9. 1916:

1)</sup> Vgl. Molkenbuhrs Tagebucheintragung vom 27. 8. 1916 (Nachlaß Molkenbuhr):

"Abends zum Reichskanzler bestellt. Wahnschaffe teilt mit, daß der Reichskanzler den Zusammentritt des Reichstags wünscht und dabei auf eine Kundgebung rechnet, die den alten Siegeswillen zum Ausdruck bringt. Er möchte eine Wiederholung des 4. August von 1914, aber solche spontanen Erscheinungen lassen sich nicht wiederholen." — Rumänien hatte Österreich-Ungarn am 27. 8. 1916 den Krieg erklärt, die deutsche Kriegserklärung an Rumänien folgte am 29. 8.

2) Emil Dittmer, Redakteur beim Gemeinde- und Staatsarbeiterverband.

3) Heinrich Stühmer, Vorsitzender des Schneiderverbandes.

<sup>2. 9. 1916: 1)</sup> Nicht entzifferbar, wahrscheinlich handelte es sich um Blocher. 2) Es handelt sich um die Parteiführerbesprechung vom 5. 9. 1916, in der die Kriegslage, insbesondere die U-Bootfrage erörtert wurde; vgl. Molkenbuhrs Tagebucheintragung vom 5. 9. 1916 (Nachlaß Molkenbuhr) und 5. 9. 1916 (bes. Anm. 1).

<sup>3. 9. 1916:</sup> ¹) Nationalökonom und Soziologe, Mitglied des schwedischen Reichstags, gehörte zur Gruppe der sogenannten Aktivisten, die aus Feindschaft gegen Rußland die Teilnahme Schwedens am Krieg auf seiten der Mittelmächte befürwortete; Steffen war im Herbst 1915 aus der sozialdemokratischen Partei Schwedens ausgeschlossen worden; vgl. Keine Irreführung, in: Vorwärts 31. 10. 1915. Vgl. weiter die Schriften: Gustaf F. Steffen, Demokratie und Weltkrieg, Jena 1916; ders., Der Weltfriede und seine Hindernisse, Jena 1918.

Beim Reichskanzler 4. 9. 1916

die Russen benutzten, um sich eine überaus starke Land- und Seeposition zu schaffen. — Ich weise auf die Grenzen unserer Kräfte hin. Deutschland leistet Ungeheures, wenn es die gewonnenen Militärgrenzen im Osten hält. Schuld der skandinavischen Völker, daß sie nicht miteingreifen, um das Großrussentum dauernd als Gefahr auszuschalten.

#### Montag, 4. September. Diktiere den zweiten Bericht<sup>1</sup>).

12—½2 Uhr Fraktionsvorstandssitzung wegen meiner Einladung zum Reichskanzler²)!!! Ich nehme meine Zusagen nicht zurück; beschwere mich über die Ausschaltung des Fraktionsvorstandes in wichtigen politischen Fragen; mache aus meinen Befürchtungen über die weitere politische Haltung des Parteivorstandes kein Hehl. — Sie bleiben allesamt auf dem Standpunkt der bürokratischen Kompetenz.

Dienstag, 5. September. Nachmittags: Parteiführer beim Reichskanzler<sup>1</sup>). Seine Mitteilungen bringen nichts Neues. Hindenburg und Ludendorff haben die feste Zuversicht, daß unsere Fronten standhalten. — Bassermann, Westarp und andere schneiden die U-Boot-Frage an. Ich trete ihnen entgegen. Krieg mit Amerika usw. würde uns der beträchtlichen Einfuhr, die wir immer noch aus Holland und Skandinavien erhalten, gänzlich berauben. Weise auf den schweren physischen und psychischen Druck hin, unter dem die Masse der Bevölkerung leidet, und verlange von der Regierung, daß sie etwas tut, um die Stimmung zu heben. (Musik!)

Mittwoch, 6., und Donnerstag, 7. September. Nachtfahrt nach Stuttgart: Hotel Banzhauf (Royal). — M.d.R. = Major der Reserve; Polizeibesuch!

Nachmittags: Mit Keil, Hauth<sup>1</sup>), W. Blos, O. Geck in der Els. Taverne: Besprechung der Situation und des Kriegsplans für die Reichskonferenz.

Abends: Versammlung im Sieglehaus; die Opposition ist da, wagt sich aber unter dem Eindruck der Rede nicht heraus; großer Erfolg und Beifall. — Frau Gertrud Stahl<sup>2</sup>) begrüßt.

Darnach Beisammensein im Hotel Banzhauf: Heymann<sup>3</sup>) und Frau, Keil, Behr<sup>4</sup>) usw.

Von Freitag, 8. bis Sonntag, 10. September, fuhr David mit Aufenthalt in Heidelberg, Mainz, Wiesbaden und Bingen nach Berlin zurück.

<sup>4. 9. 1916: 1)</sup> Vermutlich für den Sozialwissenschaftlichen Verein; vgl. 26. 7. 1916 (Anm. 2) und 12. 8. 1916. 2) Vgl. 9. 3. 1916 und 2. 9. 1916.

<sup>5. 9. 1916: 1)</sup> Vgl. 2. 9. 1916 (Anm. 1) und Quellen 3/II Nr. 416 (Anm. 5).

<sup>6.</sup> und 7. 9. 1916: 1) Emil Hauth, Redakteur an der Schwäbischen Tagwacht. 2) Möglicherweise Ehefrau von Friedrich Stahl, dem Geschäftsführer des Schneiderverbandes. 3) Berthold Heymann, sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter in Württemberg und Redakteur des Wahren Jakob. 4) Rudolf Behr, Geschäftsführer der Schwäbischen Tagwacht.

Montag, 11. September. Nachmittags: Konferenz Michaelkirchplatz 11).

Beendigung der Diskussion über die Ost- und Westfrage. Bei aller Gegensätzlichkeit über die "größte Gefahr" doch noch keine wesentlichen Abweichungen in praktischer Hinsicht; die Thesen²) werden von beiden Seiten als gut anerkannt. [...]

Donnerstag, 14. September. Dritter Bericht<sup>1</sup>).

Freitag, 15. September. Hermann Müller und Scheidemann scheinen entschlossen, klare Beschlüsse auf der Reichskonferenz<sup>1</sup>) zu erstreben. Ich sage ihnen, daß Zusammenhalten notwendig. — Ebert scheint mich zu meiden.

Interview: Raymond E. Swing von The Chicago Daily News. — Ernährungsfrage.

Sonnabend, 16. September. Einladung zur Vorbesprechung an die Fraktionskollegen des rechten Flügels.

Interview mit Bouller1) und C. Hahn.

Aus den Lebensmittelläden ist jede Fleischware verschwunden. Auch kein Käse mehr zu sehen. Eier kontingentiert 27—40 Pf. Nur noch Fische und Geflügel zu unerhörten Preisen: Gans Pfund 3,50—4 M; Gänsebrust Pfund 8—9 M; Hühner 4—6 M das Stück. Geräucherte Fische: Flundern 2 M das Pfund. — Das Brot ist schlecht. Kartoffeln wieder mal knapp. Gemüse teuer. Halbrohe Pflaumen: es ist ein Skandal! — Gang durch die Markthalle am Arminiusplatz. Ein Jammer.

Dabei lauten die Nachrichten aus dem Westen sehr wenig erfreulich. Jeden Tag werden wir ein Stück zurückgedrängt<sup>2</sup>). — Sieg in der Dobrudscha kleines Gegengewicht<sup>3</sup>).

Sonntag, 17. September. Mittags: Mit Sonja bei Hahns in Wannsee. Erhalte von Curt Hahn beachtenswertes politisches Material. Er hat entschiedenes politisch-diplomatisches Talent.

Montag, 18. September. Ein trüber Tag. Scheußliches naßkaltes Wetter. Schwere Depression angesichts der nahenden Reichskonferenz und ihrer Vorkonferenzen. [...]

<sup>11. 9. 1916: 1)</sup> Büro des Landarbeiterverbandes. — Es handelt sich wahrscheinlich um eine Zusammenkunft des Aktionskomitees des Sozialwissenschaftlichen Vereins; vgl. 26. 7. 1916 (Anm. 2) und 7., 14., 21. und 28. 8. 1916. 2) Vermutlich eine Vorlage Davids; vgl. 4. 9. 1916.

<sup>14. 9. 1916: 1)</sup> Vgl. 4. 9. 1916 (Anm. 1) und 11. 9. 1916 (Anm. 2).

<sup>15. 9. 1916: 1)</sup> Vgl. 21., 22., 23. und 24. 9. 1916.

<sup>16. 9. 1916:</sup>¹) Im Or. Fragezeichen nach dem Namen, es ließ sich nicht feststellen, wer gemeint war.

²) Bezieht sich auf die Schlacht an der Somme.

³) Vgl. Frankfurter Zeitung 16. 9. 1916 (1. Morgenblatt).

Konferenz im Michaelkirchplatz<sup>1</sup>). Beratung und Einigung über die Taktik auf der Reichskonferenz.

Dienstag, 19. September. Wieder ein kranker Zahn mit Nervabtötung. Eine angenehme Zugabe in diesen Tagen. [...]

Nachmittags und abends: Bei Arons in Wannsee. Selbst bei ihnen Mangel und Schwierigkeit der Verpflegung.

Mittwoch, 20. September. 10—2 Uhr: Konferenz der Fraktionskollegen im Heidelberger. Ich stelle alles darauf ein: klare Deklaration der Grundsätze der Mehrheitspolitik; Vorbereitung aller nötigen Resolutionen; Organisation der Kampfführung; Verhinderung von Verurteilung und Verrammelung weitergehender Zukunftslösungen.

½3 Uhr Fraktionsvorstandssitzung. Krätzig macht die Mitteilung, daß die Hoch-Gruppe mit der Haase-Gruppe wegen gemeinsamer Aktionen beratschlagt.

3 Uhr Fraktionssitzung<sup>1</sup>): Vorstoß *Hochs* wegen meiner Teilnahme an der Besprechung beim *Reichskanzler*<sup>2</sup>).

Donnerstag, 21. September. Reichskonferenz<sup>1</sup>): Referate Scheidemann<sup>2</sup>) und Ebert<sup>3</sup>). Gut, aber nicht einschlagend. — Zwischenfall Timm<sup>4</sup>) versaut die Situation; kostet uns dreiviertel Stunden.

In der Mittagspause entwerfe ich das Manifest<sup>5</sup>). Nach der Sitzung bespreche ich es mit Südekum, Heine, Auer, Quarck, Severing, H. Schulz, Giebel; bis ½10 Uhr. Todmüde.

Freitag, 22. September. Haases dreieinhalbstündiges Referat<sup>1</sup>). Eine Tortur, diese advokatorisch-demagogische Leistung anzuhören. In ihrem ersten Teil lediglich innerparteiliche persönliche Stänkerei. Im politischen Teil in der Hauptsache eine Anklagerede gegen die deutsche Regierung als der Schuldigen am Kriege. — Die Versammlung nimmt das hin.

In der Mittagspause Besprechung mit dem Parteivorstand wegen meiner Resolution<sup>2</sup>). Ihre Abänderungsvorschläge sind nicht bedeutend und ich willige ohne viel Widerstand ein, froh, den Parteivorstand mit zu bekommen.

<sup>18. 9. 1916: 1)</sup> Vgl. 11. 9. 1916 (Anm. 1).

<sup>20. 9. 1916: 1)</sup> Vgl. Quellen 3/II Nr. 416. 2) Vgl. 4. 9. und 5. 9. 1916.

<sup>21. 9. 1916:

1)</sup> S. Protokoll der Reichskonferenz der Sozialdemokratie Deutschlands vom 21., 22. und 23. September 1916, hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (als Manuskript gedruckt), o.J. o.O.

2) A.a.O. S. 15 ff.

3) A.a.O. S. 35 ff.

4) Eberts Verurteilung der Versuche oppositioneller Sozialdemokraten, Munitionsarbeiter zum Streik zu bewegen, hatte teils stürmische Zustimmung, teils heftigen Protest der Konferenzteilnehmer hervorgerufen. Während dieses Tumults war Timm gegen Stadthagen handgreiflich geworden; a.a.O. S. 48 ff. Dazu auch Severing I S. 210 f., der jedoch den Zwischenfall Timm-Stadthagen nicht erwähnt.

5) Vgl. Protokoll a.a.O. S. 91 f.

Meine Rede gegen *Haase*<sup>3</sup>) wirkt wider mein Erwarten sehr stark. Also man reagiert doch stark auf patriotische Töne. Zweifellos ist die Mehrheit innerlich in dieser Hinsicht fester geworden.

Sonnabend, 23. September. Die Leistung Stadthagens<sup>1</sup>) ein geradezu unglaublicher Ausbruch einer ins Pathologische gesteigerten demagogischen Verlogenheit und Verleumdungstaktik. Ekelhaft ordinär. — Und das alles im Ton der moralischen Entrüstung. Das Traurigste ist, daß die Versammlung so etwas erträgt; daß ein solcher Kerl in Berlin eine führende Rolle spielt<sup>2</sup>). —

Die Taktik der S[ozialdemokratischen] A[rbeits-]G[emeinschaft], die Auszählung über die an sich lächerliche Frage des Beschlußrechtes zu veranlassen³), ist geschickt; aber doch auch nur in einer politisch unreifen Versammlung möglich. — Ebert ist der Sache nicht gewachsen. — Die Abstimmungsresultate durch Nachlässigkeit (Abwesenheit einer Anzahl unserer Freunde) und mangelndes Geschick verkümmert.

Sonntag, 24. September. Atme tief auf. — Bin mit dem Resultat zufrieden<sup>1</sup>); aber die Zahlen hätten besser sein müssen. Immerhin, die Mehrheit ist ein einigermaßen in sich fester Block; das erste Mal, daß eine prinzipielle Resolution von mir eine Mehrheit findet<sup>2</sup>). Sie enthält nichts von Klassenkampf und von Proletariat. Kautsky und Bernstein haben sich gründlich blamiert.

Montag, 25. September. Prof. Kern über 2 Stunden bei mir im Archiv; Polizeiagent und Werkzeug der Anti-Bethmann-Fronde. Lange Auseinandersetzung für einen russischen Frieden mit Preisgabe aller Positionen im Osten und Fallenlassen der Verbündeten. Sehr pessimistische Äußerung über die Kriegsaussichten. Wir sollen mit der Faust auf den Tisch schlagen; vom Kanzler Frieden nach Osten verlangen. — Ich spreche allerlei hin und her, woraus er sich einbilden kann, ich sei eventuell nicht abgeneigt mitzumachen, wenn eine sichere Errungenschaft

<sup>22. 9. 1916: &</sup>lt;sup>1</sup>) S. Protokoll der Reichskonferenz a.a.O. S. 53—82. <sup>2</sup>) A.a.O. S. 91 f. <sup>3</sup>) A.a.O. S. 95 ff.

<sup>23. 9. 1916:</sup> ¹) A.a.O. S. 131 f. ²) Vgl. 21. 6. 1916 (Anm. 2). ³) Gemeint ist die namentliche Abstimmung über den von Haase und Ledebour eingebrachten Antrag: "Da die Reichskonferenz nach dem Organisationsstatut der Partei keine Berechtigung hat, über sachliche Anträge zu beschließen, beantragen wir: eine Beschlußfassung über sachliche Anträge ist abzulehnen." Der Antrag wurde in der namentlichen Abstimmung mit 276 gegen 169 Stimmen abgelehnt; a.a.O. S. 168 f.

<sup>24. 9. 1916:

1)</sup> Vgl. Eduard David, Das Ergebnis der Reichskonferenz, in: Internationale Korrespondenz 3. Jg. S. 397 ff. (29. 9. 1916).

2) Die Resolution David, s. 21. 9. 1916 (Anm. 5), war mit 251 gegen 5 Stimmen bei 15 Stimmenthaltungen angenommen worden; s. a.a.O. S. 169. Die geringe Zahl von Gegenstimmen erklärt sich aus dem Beschluß einer Anzahl oppositioneller Delegierter, sich an den Abstimmungen über sachliche Anträge aus dem in dem Antrage Haase-Ledebour, s. 23. 9. 1916 (Anm. 3), genannten Grund nicht zu beteiligen; a.a.O. S. 168 f. — Zu Davids Bemerkung vgl. S. XXVII (Anm. 3).

für die innere Politik (Wahlreform) durch Kaiserwort gegeben würde. Er nennt General Gallwitz und Batocki als eventuelle Nachfolger Bethmanns.

Nachmittags und abends: mit Dr. Georg *Noack*<sup>1</sup>), Frau und Sohn Friedel zusammen bei Kranzler und im Habsburger Hof. Sie ist viel verträglicher als sonst.

Dienstag, 27. September. Abends: Mit Scheidemann und Domänenpächter Schneider (Westerwald) im Weihenstephan. — Scheidemann und Schneider sehr pessimistisch über die Ernährungslage.

Mittwoch, 28. September. 10 Uhr Fraktionssitzung<sup>1</sup>). Der Vorstand ist völlig unvorbereitet. Ich erzwinge eine Diskussion über die Situation: unsere Stellung zum Kanzler; weltgeschichtliche Entscheidung über Kurs in den Abgrund West oder Ost? Quessel, Cohen[-Reuß], Lensch gehen hinaus, werden unschädlich gemacht<sup>2</sup>).

3 Uhr: Plenum. Rede des Kanzlers3); klug abgewogen; sie hat nichts verdorben.

5-8 Uhr Fraktionssitzung. Diskussion fortgeführt; in der U-Boot-Frage einig im alten Sinne (dagegen Quessel<sup>5</sup>)).

#### Donnerstag, 29. September. 10 Uhr Zahnoperation.

1 Uhr: Hauptausschuß<sup>1</sup>). Reichskanzler sehr matt. Capelle scheinbar für verschärften U-Boot-Krieg. — Ich eröffne die Debatte mit eineinhalbstündiger Rede; keine Politik, die den Rest der neutralen Welt gegen uns in den Krieg treibt; sonst Zusammenbruch im Innern und nach außen; Ernst einer guten östlichen Gestaltung<sup>2</sup>); russische Militäroberhoheit über Polen bedeute Beherrschung Osteuropas und Vorderasiens durch Rußland; Ende des Traumes Hamburg—Bagdad. Versuch einer Verständigung mit England; Belgien die Schlüsselfrage.

Abends: Referat über die Reichskonferenz bei den Funktionären der neuen Großberliner Organisation; über 200 Personen; sehr gute Aufnahme. Rosenthaler Straße 11/12.

Sonnabend, 30. September. 10 Uhr: Hauptausschuß<sup>1</sup>). Die Situation klärt sich; die Regierung offenbar noch auf dem alten Standpunkt; Helfferichs durchschlagende Rede gegen den rücksichtslosen U-Boot-Krieg.

Ich atme auf; die drohende Krisis in der Fraktionsmehrheit scheint abgewendet. Die Gefahr für das Land scheint gebannt. Die Situation, Kriegslage und

<sup>25. 9. 1916: 1)</sup> Arzt in Dresden, persönlicher Bekannter Davids.

<sup>28. 9. 1916: 1)</sup> Vgl. Quellen 3/II Nr. 417. 2) Das Fraktionsprotokoll, s. Anm. 1, vermerkt, die Fraktion sei, nachdem die drei Genannten in der Diskussion gesprochen hatten, bis nach der Plenarsitzung vertagt worden. 3) S. Sten. Ber. Bd. 308 S. 1691 ff. 4) Vgl. Anm. 2. 5) Im offiziellen Fraktionsprotokoll nicht vermerkt.

<sup>29. 9. 1916: 1)</sup> S. HA 86. Sitzung, 29. 9. 1916; vgl. Frankfurter Zeitung 30. 9. 1916 (1. Morgenblatt). 2) David warnte davor, England als Hauptfeind zu betrachten und den russischen Feind zu unterschätzen; s. HA a.a.O. S. 50 f.

<sup>30. 9. 1916: 1)</sup> S. HA 87. Sitzung, 30. 9. 1916; vgl. Frankfurter Zeitung 1. 10. 1916 (2. Morgenblatt).

innere Wirtschaftslage (Ernte zweifelhaft; Kartoffeln mißraten!) sind sehr ernst. Der Gedanke, daß Deutschland unterliegen könne, erhebt sich drohend. Die Bassermann-Westarp-Gruppe treibt eine frevelhafte Politik; die Propaganda ist geradezu unerhört; Landregen von Zirkularen und Schriften. Es muß gründlich mit ihnen abgerechnet werden.

Sonntag, 1. Oktober. [...] Mittags: Sonja und H. Sch.-L.<sup>1</sup>) zu Tisch; nachmittags am Grunewaldsee; abends: Wilhelmshallen. Sonja ist glücklich in ihrem neuen grünen Samtkleid mit Pelzbesatz.

Montag, 2. Oktober. 10 Uhr vertrauliche Sitzung des Hauptausschusses<sup>1</sup>). Wild v. Hohenborns Rede nichtssagend. Kanzler sachlich verständig. Capelle gibt Zahlen über die U-Boote, die vernichtend sind für die Rücksichtslosen. Kapitän Brüninghaus schildert die Seeschlacht am Skagerrak, die er als Führer der "König" mitgemacht hat.

Dienstag, 3. Oktober. 10—5 Uhr: Vertrauliche Hauptausschußsitzung<sup>1</sup>). Capelle: ausführliche Darstellung der Leistungsmöglichkeit der U-Boote. — Meine Präzision bewirkte sein Bekenntnis: er selbst hält "zwangsweise Nötigung" zum rücksichtslosen U-Boot-Krieg für möglich; bezeichnet den Kapitän Brüninghaus als begeisterten Schwärmer für das U-Boot. —

Vorstoß des Grafen Praschma<sup>2</sup>) und Westarp gegen Sozialdemokratie und Kanzler wegen unserer angeblichen Pression durch Drohung mit Kreditverweigerung oder Generalstreik. Scheidemann weist es kurz und gut ab. Ebenso Helfferich. Westarps Unverfrorenheit: er ist nicht "in der glücklichen Lage", einen ähnlichen Druck auszuüben. Dabei ist er und seine Kompanie unausgesetzt am Werk, den Kanzler zu zwingen, nach ihrer Pfeife zu tanzen oder zu verschwinden.

Mittwoch, 4. Oktober. Hauptausschuß: U-Boot-Frage1).

<sup>1. 10. 1916: 1)</sup> Hermine Schmidt-Lahr, spätere Ehefrau Davids; vgl. 2. 7. 1918.

<sup>2. 10. 1916:</sup> ¹) Vgl. die Notiz in der Frankfurter Zeitung 3. 10. 1916 (2. Morgenblatt) über eine mögliche Verschiebung der nächsten Plenarsitzung des Reichstages, "weil sich die Verhandlungen in der großen Kommission, in denen sehr gründlich beraten und in langen Reden, wie im Plenum gesprochen wird, länger hinausziehen [...]". — Die Hauptausschußsitzungen vom 2., 3. und 4. 10. 1916, zu denen nur Hauptausschußmitglieder zugelassen waren, und, im Gegensatz zur sonstigen Übung, keine andere Abgeordnete als Zuhörer, sind nicht protokolliert worden.

<sup>3. 10. 1916: 1)</sup> Vgl. Notiz in der Frankfurter Zeitung 4. 10. 1916 (1. Morgenblatt), daß die vertrauliche Sitzung des Hauptausschusses andauert und auch am nächsten Tag fortgesetzt werde; vgl. 2. 10. 1916 (Anm. 1). 2) Graf Hans Praschma, Zentrums-Reichstagsabgeordneter.

<sup>4. 10. 1916: 1)</sup> Vgl. 3. 10. 1916 (Anm. 1).

Konflikt mit Ebert 5. 10, 1916

Donnerstag, 5. Oktober. Hauptausschuß: U-Boot-Frage<sup>1</sup>).

Besprechung mit Professor Alfred Weber betr. Ost- und Westfrage. Wir stimmen in dem Grundgedanken überein. Notwendigkeit eines Aktionsapparates, der die Idee des selbständigen Polens propagiert.

Abends: Hotel Adlon, interne Versammlung. Vortrag des Fürsten Franz Radziwill<sup>2</sup>) und des Freiherrn von der Ropp<sup>3</sup>) über die polnische Frage: Erwartung und Hoffnung der Polen auf grundsätzliche Erklärung der polnischen Selbständigkeit; Kriegswille gegen Rußland.

## Freitag, 6. Oktober. Hauptausschuß: U-Boot-Frage<sup>1</sup>).

Wohnung in der Hindersinstraße 5 gefunden. Neue finanzielle Belastung, aber es wäre eine große Arbeits- und Lebenserleichterung.

Sonnabend, 7. Oktober. Hauptausschuß: U-Boot-Frage<sup>1</sup>). Ich werfe mich noch einmal mit aller Wucht den konservativen und nationalliberalen Rücksichtslosen entgegen. Das Stimmungsresultat ist gut. — Die Zentrumserklärung<sup>2</sup>) — ein etwas zu schlauer Schachzug, sich aus der Affäre zu ziehen. —

Es ist die Schicksalsentscheidung des deutschen Volkes. Die Verantwortung aller Beteiligten ungeheuer. Das kommt auch bei den Verhandlungen allen stark zum Bewußtsein.

Nach Schluß der Sitzung teilt mir Scheidemann einen neuen Konflikt mit Ebert mit. Letzterer will sich aus der Kommission<sup>3</sup>) schreiben lassen, weil ersterer allein zu einer Besprechung der Fraktionsvorsitzenden beim Kanzler geladen ist. Die Engstirnigkeit und verletzte Eitelkeit und retardierende Passivität Eberts ist geradezu krankhaft. Wieder ein kleiner Mensch in großer Stellung.

Sonntag, 8. Oktober. Abends Wannsee. Frau Professor Richter und Curt Hahn. Material betreffend England.

<sup>5. 10. 1916: 1)</sup> S. HA 88. Sitzung, 5. 10. 1916; vgl. Frankfurter Zeitung 6. 10. 1916 (2. Morgenblatt). 2) Konservativer polnischer Politiker. 3) Gründer der "Liga der Fremdvölker Rußlands" und des "Lausanner Nationalitäten-Kongresses"; erstrebte eine polnische Staatsbildung in Anlehnung an Deutschland; zu seiner Tätigkeit im ersten Weltkrieg vgl. Friedrich von der Ropp, Zwischen Gestern und Morgen. Erfahrungen und Erkenntnisse, Stuttgart 1961, S. 85—132.

<sup>6. 10. 1916: 1)</sup> S. HA 89. Sitzung, 6. 10 1916; vgl. Frankfurter Zeitung 7. 10. 1916 (1. Morgenblatt).

<sup>7. 10. 1916:</sup> ¹) S. HA 90. Sitzung, 7. 10. 1916; vgl. Frankfurter Zeitung 8. 10. 1916 (1. Morgenblatt). ²) Im Auftrage sämtlicher Zentrumsmitglieder des Hauptausschusses erklärte Gröber, s. HA a.a.O. S. 59, daß "über folgende Punkte volle Einmütigkeit herrsche: Der Reichskanzler allein ist dem Reichstag für die politische Entscheidung der Führung des rücksichtslosen U-Bootkrieges verantwortlich; bei dieser Entscheidung wird die gutachtliche Äußerung der Obersten Heeresleitung von außerordentlichem Gewicht, wenn nicht maßgebend sein müssen; wird die Oberste Heeresleitung sich für den rücksichtslosen U-Bootkrieg aussprechen, so hat der Reichstag keinen Grund, sein Einverständnis zu versagen." Vgl. auch Zentrum und Reichskanzler, in: Frankfurter Zeitung 9. 10. 1916 (Abendblatt). ³) Gemeint ist wahrscheinlich die Budgetkommission.

Lese bis 3 Uhr nachts Handbücher. Wieder einmal eine Rede¹) unter Zwangsumständen.

#### Montag, 9. Oktober. Hauptausschuß<sup>1</sup>). —

Einigung über den mündlichen fixierten Bericht: Keine Debatte über den U-Boot-Krieg. — Der Reichskanzler erweist sich als ein geschickter und kluger Debatter. Setzt den Beschluß durch.

Dienstag, 10. Oktober. 8 Uhr: Besuch von Curt Hahn. Material über England usw.

- 9 Uhr Hauptausschuß<sup>1</sup>). Gefangenenbehandlung. Ich benutze die Zeit, um meine Rede zu entwerfen<sup>2</sup>). Scheidemann zeigt mir sein wörtliches Manuskript. Das kann ich nicht. Furchtbare Arbeit.
  - ½12 Uhr: Fraktionsvorstandssitzung. Hoch als dritter Redner. Halbheit.
- $2\frac{1}{2}$  Uhr: Fraktionssitzung³). U-Boot-Debatte. Quessel für den rücksichtslosen Krieg und Separatfrieden mit Rußland. "Verbrechen, wenn man Polen usw. Rußland abnehmen wollte." Hoch für U-Boot-Debatte. Ich dagegen. Für Hoch als zweiten Redner nur 13 Stimmen.
- 8 Uhr: Hauptausschuß. Konservative und S[ozialdemokratische] A[rbeits-] G[emeinschaft] für U-Boot-Debatte im Plenum. Kanzler geschickt. Abstimmung: 23 gegen 4 (K[onservative] und Ledebour!<sup>4</sup>)) sehr gut!

Mittwoch, 11. Oktober. Reichstag. Plenum, große Debatte: Scheidemann<sup>1</sup>), Spahn<sup>2</sup>), Bassermann<sup>3</sup>), Westarp<sup>4</sup>), Haase<sup>5</sup>), David<sup>5</sup>). — Meine Rede war halb improvisiert; nach Form und Vortrag schlecht mit einigen Ausglitschern; mußte sie dem müden Haus aufzwingen. Aber Hahn und Frau Richter sind sehr zufriedenn; wollen sie in England wörtlich verbreiten und versprechen sich viel davon; Gegengewicht gegen die anderen Reden. Ein kompliziertes Spiel. — Die Fraktion sieht und empfindet nur, daß ich die Regierung herausgehauen habe. Für die Regierung sprechen geht den meisten doch noch gar zu sehr gegen den Strich. Deren ganze Politik ist Kritik an der eigenen Regierung. So war es ja auch die Jahrzehnte [hin]durch üblich. Das war das A und O unseres ganzen Wirkens im Parlament.

<sup>8. 10. 1916: 1)</sup> In der Reichstagssitzung am 11. 10. 1916; vgl. 11. 10. 1916 (Anm. 6).

<sup>9. 10. 1916: 1)</sup> Vgl. Frankfurter Zeitung 10. 10. 1916 (2. Morgenblatt und Abendblatt); vgl. auch 10. 10. 1916 (Anm. 4).

<sup>10. 10. 1916:

1)</sup> S. HA 92. Sitzung, 10. 10. 1916; vgl. Frankfurter Zeitung 11. 10. 1916 (1. Morgenblatt).

2) Vgl. 8. 10. 1916 (Anm. 1).

3) Vgl. Quellen 3/II Nr. 418.

4) Vgl. die Meldung in der Frankfurter Zeitung 11. 10. 1916 (Abendblatt), die Budgetkommission habe "gestern abend mit 24 gegen 4 Stimmen beschlossen, dem Plenum zu empfehlen, die Erörterung der U-Bootfrage auszuschließen". In der Sitzung des Seniorenkonvents vom 11. 10. hätten die Konservativen und die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft erklärt, daß sie sich dieser Empfehlung nicht fügen würden.

<sup>11. 10. 1916: 1)</sup> S. Sten. Ber. Bd. 308 S. 1706 ff. 2) A.a.O. S. 1704 ff. 3) A.a.O. S. 1711 ff. 4) A.a.O. S. 1723 ff. 5) A.a.O. S. 1728 ff. 6) A.a.O. S. 1735 ff.

Privatreise nach Dresden 12. 10. 1916

Donnerstag, 12. Oktober. Korrektur meiner Rede, mit C. Hahn zusammen.

Freitag, 13. Oktober. Gespräch mit Lensch über Sinn und Absicht meiner Rede. Er ist ein gescheiter Kerl. Habe den Eindruck, daß er die Sicherung nach dem Osten wesentlich ernster nimmt als die Schippel, Cohen[-Reuß], Quessel usw.

Hoffentlich schafft die Regierung sehr bald eine fertige Tatsache mit Polen!

Sonnabend, 14. Oktober. Reise mit Sonja nach Dresden. Wohne bei Bruder Fritz in Niederwartha; ein Idyll. Auch sonst scheinen die Verhältnisse so gut, daß ich Sonja dort in Pension gebe.

Abends: ich musiziere und spiele Schach; seit vielen vielen Jahren das erste Mal wieder.

Sonntag, 15. Oktober. Mit Sonja in Dresden. Vorstellung im Institut für schwedische Heilgymnastik von Dr. Wagner-Hohenlobbes.

Nachmittags: Spaziergang zum Presseheim in Oberwartha, ein selten schöner Herbsttag.

Montag, 16. Oktober. Abends Rückfahrt nach Berlin. Arbeite bis 2 Uhr und versehlimmere meinen Katarrh.

Dienstag, 17. Oktober. Archiv. — Zahnoperation.

Mittwoch, 18. Oktober. Besprechung mit Bartels<sup>1</sup>) betreffend Abgabe des Archivs.

Nachmittags: Miete die neue Wohnung Hindersinstr. 5.

Donnerstag, 19. Oktober. Besprechung mit dem Mainzer Beigeordneten Dr. Gündert über Wohnungsfürsorge in Mainz.

Desgleichen mit Cohen[-Reuß] betreffend Pression auf den Reichskanzler; Drohung mit Ablehnung der Kredite, falls kein demokratisches preußisches Wahlrecht. Er sagt, Dr. August Müller habe ihm diese Anregung gegeben. (Vermutlich eine Intrige aus der Gruppe Batocki; Prof. Dr. Kern? — Nicht wahrscheinlich.)

- 1 Uhr: Besprechung des Aktionsausschusses<sup>1</sup>).
- 3 Uhr: Professor Dr. Friedrich Kraft<sup>2</sup>), jetzt Direktor der Höheren Mädchenschule in Schmargendorf, sucht mich auf; Weinanfall, fühlt sich der neuen Aufgabe nicht gewachsen. Ich richte ihn auf: kein Vollkommenheitsnarr; nicht sich selbst zu scharf kritisieren; Autorität durch Distanz und gelegentlich scharfes Eingreifen sicherstellen.

<sup>18. 10. 1916: 1)</sup> Friedrich Bartels, besoldetes Vorstandsmitglied der SPD.

<sup>19. 10. 1916: 1)</sup> Vgl. 26. 7. 1916 (Anm. 2) 2) Vgl. 12. 3. 1916 (Anm. 2).

Sonnabend, 21. Oktober. Abends Besprechung mit Dr. August Müller im Café Josty am Zoo. Mitteilung über die inneren Gegensätze im Regierungslager. Batocki, Groener<sup>1</sup>), Löbell auf der einen, auf der anderen Seite Schorlemer<sup>2</sup>). Die preußische Bürokratie hat nichts gelernt und nichts vergessen. Innerer Zusammenbruch des preußischen Systems in der Ernährungsorganisation; Widerstand der Gemeinden und Bezirke gegen die Verordnungen von Berlin. —

Munitionsfrage! Plan einer Arbeits-Zwangs-Organisation. Gedanke, einen Gewerkschaftsführer in die Direktion zu nehmen ([Gustav] Bauer!?). Ich rege an, als Bedingung zu verlangen ein Königswort über Einführung eines demokratischen preußischen Wahlrechts. — [Hermann] Müllers Gedanke, letzteres durch Pression bei der Kreditbewilligung zu erreichen, ist ganz unmöglich. Ebenso sein Gedanke, die Haase-Gruppe mit Wahlversprechen für die Kreditbewilligung zu gewinnen.

Dienstag, 24. Oktober. Nachmittags Konferenz Michaelkirchplatz. — Bericht über die politische Lage; Diskussion über Ost- und Westfrage.

Donnerstag, 26. Oktober. ½10 Uhr: Fraktionsvorstand.

10 Uhr: Fraktionssitzung¹). Ernährungsfrage.

3 Uhr: Reichstagsplenum<sup>2</sup>).

7 Uhr: Geschäftsordnungskommission: Fall Liebknecht<sup>3</sup>).

Fraktionssitzung<sup>4</sup>): Kreditvorlagen [57]<sup>5</sup>):15. Die Opposition hat keinen Zuwachs; gibt den Kampf von vornherein verloren.

Freitag, 27. Oktober. 10 Uhr: Arbeite mit Gradnauer die Erklärung<sup>1</sup>) aus.

½1 Uhr: Verhandlung darüber im Fraktionsvorstand. Ebert verläßt entrüstet das Lokal, weil wir Hochs Geseire (Gradnauer) nicht genügend berücksichtigen.

1 Uhr: Fraktionssitzung<sup>2</sup>). Diskussion über Erklärung. Hoch gegen David.

3 Uhr: Plenum<sup>3</sup>). Besprechung mit Swing von den Chicago-Daily-News über die Zwangsexportierung belgischer Arbeitskräfte. — Rede Bernsteins<sup>4</sup>) zu den Krediten; kläglich-ideologisches Geschwätz.

<sup>21. 10. 1916:</sup> ¹) General Wilhelm Groener, Chef des Feldeisenbahnwesens. ²) Klemens Frhr. von Schorlemer, preußischer Landwirtschaftsminister, Mitglied des Preußischen Herrenhauses.

<sup>26. 10. 1916:</sup>¹) Vgl. Quellen 3/II Nr. 420.

²) S. Sten. Ber. Bd. 308 S. 1807 ff.

³) Laut Fraktionsprotokoll, s. Anm. 4, ist der Fall *Liebknecht* im Seniorenkonvent behandelt worden.

⁴) Vgl. Quellen 3/II Nr. 421.

⁵) In der Vorlage "27". Laut Fraktionsprotokoll, s. Anm. 4, wurde die Bewilligung der Kriegskredite mit 57 gegen 15 Stimmen beschlossen; es handelt sich bei *David* offenbar um einen Schreibfehler.

<sup>27. 10. 1916:

1)</sup> Gemeint ist die Erklärung zum zweiten Nachtrag des Reichshaushaltes; sie wurde am gleichen Tag im Plenum von Ebert abgegeben; s. Sten. Ber. Bd. 308 S. 1852.
2) Vgl. Quellen 3/II Nr. 422.
3) S. Sten. Ber. Bd. 308 S. 1835 ff.
4) A.a.O. S. 1852 ff.

Sonnabend, 28. Oktober. Ausschuß: Bevölkerungspolitik<sup>1</sup>). Plenum: *Dittmanns* Schutzhaft-Rede<sup>2</sup>). Gewitter.

Sonntag, 29. Oktober. Abends bei Cohen[-Reuß] in Neubabelsberg. Frobenius und Frau. Dr. Stein-Frankfurt a. M.1)

Essen: schlechte Haferschleimsuppe. Kartoffeln und Fischklöße (Konserve). Rote Grütze mit Konservenmilch. Torte.

Montag, 30. Oktober. Vormittags: Bevölkerungspolitik-Ausschuß¹).

Nachmittags: Plenum<sup>2</sup>).

Frau M. Karst, Roller, Nessling im Reichstag.

Dienstag, 31. Oktober. Bevölkerungspolitik<sup>1</sup>). Vortrag über Rückwanderer.

Besprechung mit Baumeister und Haenisch betr. I[nternationale] K[orrespondenz] — Parvus soll sie übernehmen²). Schon so weit mit Baumeister fertig. Ich mache meine Bedenken geltend. Bin aber bereit, einzutreten als fester Mitarbeiter.

Nachmittags: Reichstag. Zusammenstoß Stadthagen — Ebert — Haase: Vorwärts-Sache<sup>3</sup>).

Die Spaltung ist da! Wie können diese Leute je wieder vor der Öffentlichkeit einer Partei vorstehen!

Mittwoch, 1. November. Archiv. — Aussprache mit Scheidemann wegen dessen Absage an die Regierung<sup>1</sup>). Er hat keinen positiven Plan. Trägt nur der Mißstimmung vieler Genossen im Lande Rechnung.

Donnerstag, 2. November. Wütender Influenzaanfall.

Vormittags: Bevölkerungsausschuß<sup>1</sup>).

<sup>28. 10. 1916:</sup> ¹) Der Reichstagsausschuß für Bevölkerungspolitik hatte am 28. 10. 1916 mit der Beratung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten begonnen; vgl. Frankfurter Zeitung 30. 10. 1916 (Abendblatt) und 3. 11. 1916 (2. Morgenblatt). ²) S. Sten. Ber. Bd. 308 S. 1875 ff.

<sup>29. 10. 1916: 1)</sup> Wahrscheinlich Dr. August Stein, Korrespondent der Frankfurter Zeitung.

<sup>30. 10. 1916: 1)</sup> Vgl. 28. 10. 1916 (Anm. 1). 2) S. Sten. Ber. Bd. 308 S. 1897 ff.

<sup>31. 10. 1916:</sup> ¹) Vgl. 28. 10. 1916 (Anm. 1). ²) Vgl. 18. 8. 1916 (Anm. 4). ³) Stadthagen hatte im Reichstagsplenum über parteiinterne Vorgänge beim Vorwärts-Konflikt gesprochen, s. Sten. Ber. Bd. 308 S. 1957 ff.; Ebert gab eine Gegendarstellung, a.a.O. S. 1965 ff., und schloß: "Der Abgeordnete Stadthagen hat auch den Versuch gemacht, die Ehre unseres Parteivorstandes herabzusetzen. Ich kann ihm erklären, daß mir und meinen Freunden im Parteivorstande nichts gleichgültiger sein kann als das Urteil des Abgeordneten Stadthagen über unsere Ehre." Kurz darauf kam es im Plenum zu einer Auseinandersetzung zwischen Ebert und Haase; a.a.O. S. 1973 ff.

<sup>1. 11. 1916: 1)</sup> Gemeint ist wahrscheinlich Scheidemanns Reichstagsrede vom 28. 10. 1916, s. Sten. Ber. Bd. 308 S. 1889 ff., in der er die Innenpolitik der Regierung — insbesondere Mißstände, die sich aus dem Belagerungszustand ergeben — scharf verurteilte.

<sup>2. 11. 1916: 1)</sup> Vgl. 28. 10. 1916 (Anm. 1).

Freitag, 3. November. Durchhustete Nächte. Fiebernder Kopf. — Jämmerliche Ruine.

Vormittags: Bevölkerungsausschuß<sup>1</sup>).

Sonnabend, 4. November. Bevölkerungsausschuß<sup>1</sup>). —

Die entsetzliche Raucherei in den Kommissionen macht mir fast die Mitarbeit unmöglich.

Diktiere hustend den Artikel über Polen<sup>2</sup>).

Vorstoß der Hoch-Gruppe gegen Ebert wegen der Vorwärts-Debatte<sup>3</sup>). Unverschämtheit. Wären sie doch endlich da, wo sie hingehören, bei der S[ozialdemokratischen] A[rbeits-]G[emeinschaft], deren Geschäfte sie in der Fraktion betreiben.

Sonntag, 5. November. Manifest: Königreich Polen¹)! Endlich! — Nun ist das schlimmste im Osten abgewendet. Rechne mir auch ein wenig Verdienst an der Lösung zu. Feldman dankte mir. Habe die J.-Bloch-Gruppe²) unschädlich und der Regierung Mut gemacht. — Die Scheidemann und Ebert, die nichts wissen und nichts wollen, zurückgestoßen. [...]

[Donnerstag, 9.]¹) November. Hauptausschuß: Rede Bethmanns über Schuldfrage und Friedensziele: Internationale Rechtssicherung²). Sehr gut und hochbedeutsam. — Die Debatte nicht befriedigend, da Zentrum (Gröber) mit den Nationalliberalen und Konservativen für Vergewaltigung Belgiens eintritt³).

<sup>3. 11. 1916: 1)</sup> Vgl. 28. 10. 1916 (Anm. 1).

<sup>4. 11. 1916: 1)</sup> S. 28. 10. 1916 (Anm. 1) und Frankfurter Zeitung 5. 11. 1916 (1. Morgenblatt).

2) Auszugsweise zitiert in: Partei-Correspondenz 11. Jg. S. 558 (18. 11. 1916).

3) In der Fraktionssitzung vom 3. 11. 1916, vgl. Quellen 3/II Nr. 424, wurde in einem von 15 Mitgliedern unterzeichneten Antrag gefordert, in einer besonderen Fraktionssitzung zu der in der Plenarsitzung vom 31. 10. 1916, vgl. 31. 10. 1916 (bes. Anm. 3), stattgefundenen Vorwärts-Debatte Stellung zu nehmen.

<sup>5. 11. 1916: 1)</sup> Vgl. Conze S. 165—257. 2) Gemeint sind in erster Linie die außenpolitischen Mitarbeiter der Sozialistischen Monatshefte; vgl. dazu Matthias S. 30 ff.

<sup>9. 11. 1916:</sup> ¹) Im Or. "7."; bei dieser Datierung liegt zweiselsfrei ein Irrtum vor: die Hauptausschußsitzung, auf die im folgenden Bezug genommen wird, fand am 9. 11. statt; s. HA 112. Sitzung, 9. 11. 1916 und vgl. Frankfurter Zeitung 10. 11. 1916 (1. Morgenblatt). ²) Vgl. Anm. 1; ausführliche Wiedergabe der Rede Bethmanns in Frankfurter Zeitung a.a.O. ³) Vgl. HA a.a.O. S. 7, Gröber: "Seine Freunde ständen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß Deutschland politisch, militärisch und wirtschaftlich Belgien in seinem maßgebenden Einfluß behalten müsse." Bassermann a.a.O. S. 14 f.: "Es müsse daran festgehalten werden, daß Deutschland militärisch, wirtschaftlich und politisch den beherrschenden Einfluß in Belgien habe." Westarp a.a.O. S. 14 f.: "Die Verhältnisse in Belgien müssen nicht nur so gestaltet werden, daß es niemals wieder ein Ausfallstor für unsere Feinde werde, sondern es muß nutzbar gemacht werden als Verstärkung für unsere maritime Stellung. [...] Redner schließt sich vollkommen den Aus-

Scheidemann und ich wieder die Stützen der Regierung<sup>4</sup>). — Mein Verdienst an der Aufrollung der Schuldfrage<sup>5</sup>). — Polendebatte. Das Auftreten Seydas wenig erfreulich. Durchtränkt von Mißtrauen<sup>6</sup>). Spreche privatim mit einem Polen: ermuntere zu Beteiligung an parlamentarischer Aktion.

[Freitag, 10.]¹) November. Unterhaltung mit Parvus. Allgemeines über meine Beteiligung an der I[nternationalen] K[orrespondenz]. — Er ist nicht großzügig in Geldsachen, trotz seiner errafften Million²).

Sonnabend, 11. November. Gespräch mit Ebert über Absetzung der Vorwärts-Redaktion<sup>1</sup>). Warne davor, Stampfer zum Chefredakteur zu machen<sup>2</sup>); [Hermann] Müller soll das nicht aus der Hand geben<sup>3</sup>). —

Reise nach Dresden-Niederwartha<sup>4</sup>). Wolfgang Zieler<sup>5</sup>) zu Besuch; ein frischer, sehr sympathischer junger Mann.

Sonntag, 12. November. Niederwartha.

Montag, 13. November. Rückreise früh.

Abends Gespräch mit Südekum betreffend Sterns Plan<sup>1</sup>).

Dienstag, 14. November. Besprechung mit Stern und Südekum: Gründung einer Gesellschaft für politische Forschung. Es werden mir monatlich 400 Mark unbegrenzt zur Bearbeitung der Bevölkerungsfragen und Freistellung von mechanischer Arbeit zur Verfügung gestellt. So habe ich Hoffnung, von Januar 1917 ab freier schaffen zu können. [...]

führungen des Abgeordneten Gröber an [...]."
4) A.a.O. S. 12 Scheidemann: "Es sei jedenfalls zu begrüßen, daß der Reichskanzler in so deutlicher Weise seine Friedensbereitschaft bekundet habe." David a.a.O. S. 17: "[...] begrüßt es als einen Fortschritt, daß jetzt alle Parteien erklären, eine Annexion Belgiens sei niemals beabsichtigt gewesen."
5) A.a.O. S. 15 David: "Die Diskussion über die Schuldfrage brauche Deutschland nicht zu scheuen. Die Dinge lägen da so, daß jede vertiefte sachliche Diskussion zu unseren Gunsten aussschlagen müßte."
6) A.a.O. S. 68 Seyda: "[...] bedauert aus den Worten des Reichskanzlers nicht die Absicht entnehmen zu können, mit dem System der antipolnischen Politik grundsätzlich aufzuräumen."

<sup>10. 11. 1916:</sup> ¹) In der Vorlage irrtümlich "9". ²) Lesart könnte auch "Millionen" heißen. Parvus hatte in den letzten Jahren vor dem Krieg und im Krieg selber als Geschäftsmann in der Türkei ein beträchtliches Vermögen erworben; vgl. Scharlau/Zeman S. 137 ff.

<sup>11. 11. 1916:</sup> ¹) Vgl. 10. 7. 1916 (Anm. 2). ²) Vgl. Stampfer, Erfahrungen S. 204 ff. ³) Müller war vom Parteivorstand als Zensor der Vorwärtsredaktion eingesetzt worden; vgl. Stampfer, Erfahrungen S. 205 f. ¹) Vgl. 14. 10. 1916. ⁵) Der spätere erste Ehemann Sonja Davids.

<sup>13. 11. 1916:</sup> ¹) Vgl. 17. 8. 1917.

Freitag, 17. November. Abends Vortrag im Sexualwissenschaftlichen Verein (Lasser'sche Klinik) über Krieg und Bevölkerungspolitik<sup>1</sup>). — Sanitätsrat Dr. Körber.

Sonnabend, 18. November. Abends bei Julie Meyer, Nikolassee. "Fürsten ohne Krone". Vortrag Dr. Nienkamps<sup>1</sup>): Freie Bahn dem Tüchtigen. — Oberflächliches Gerede. — Diskussion. [...]

Montag, 20. November. Besprechung mit Scheidemann betr. Zivildienstgesetz. Die Gewerkschaftsführer haben sich doch festgelegt<sup>1</sup>). Wieder mal keinerlei Zusammenarbeit. Ebert und Molkenbuhr werden zu Helfferich gehen. Scheidemann hat auch schon allerlei mit der Regierung beredet<sup>2</sup>). — Ich weise auf die Notwendigkeit hin, dem Reichstag einen ständigen mitbestimmenden Einfluß auf die Handhabung des Gesetzes zu sichern. — Alles zerfahren. Ich selbst werde die Sache nun auch wohl laufen lassen. Die Voraussetzung, um etwas durchzusetzen, wäre Verständigung mit den nächststehenden Parteien. Daran denken die Vorsitzenden der Fraktion nicht.

Dienstag, 21. November. Artikel gegen Bernsteins Dokumentensammlung<sup>1</sup>). Scharf; aber der Mann ist einer der gefährlichsten Verderber unserer Kriegspolitik und ein bis zur Unehrlichkeit fanatischer "Neutralist", das heißt Gegner der deutschen Sache.

Mittwoch, 22. November. Artikel gegen Bernstein<sup>1</sup>).

<sup>17. 11. 1916:</sup> ¹) Als Sonderdruck der Zeitschrift für Sexualwissenschaft 3. Bd. 10./11. Heft (1917) unter dem Titel: Eduard David, Krieg und Bevölkerungspolitik. Vortrag in der Sitzung der ärztlichen Gesellschaft für Sexualwissenschaft in Berlin am 17. November 1916, veröffentlicht.

<sup>18. 11. 1916: 1)</sup> Vgl. 23. 7. 1916 (Anm. 1).

<sup>20. 11. 1916:</sup>¹) Zur Haltung der Gewerkschaften zum "Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst" (Zivildienstgesetz) vgl. Umbreit S. 145 ff., Varain S. 88 ff.; vgl. ferner: 25 Jahre Arbeitnordwest 1904—1929, hrsg. aus Anlaß seines 25jährigen Bestehens vom Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Berlin o.J., S. 79 ff.

²) Vgl. Helfferichs Äußerung in der Budgetkommission, HA 113. Sitzung, 23. 11. 1916, S. 30, er habe Scheidemann über den Entwurf des Zivildienstgesetzes "eingehend informiert" und habe auch mit anderen Herren der sozialdemokratischen Fraktion, allerdings nicht in deren Eigenschaft als Abgeordnete, "die Angelegenheit besprochen"; vgl. ferner Quellen 3/II Nr. 425.

<sup>21. 11. 1916:</sup>¹) Eduard David, Fehlende und verstümmelte Dokumente, in: Die Glocke
2. Jg. S. 321 ff. (2. 12. 1916) richtet sich gegen die im Vorwärts-Verlag erschienenen: Dokumente
zum Weltkrieg 1914, hrsg. von Eduard Bernstein, Berlin 1914 ff., eine Auswahl der von den
kriegführenden Mächten veröffentlichten Farbbücher und anderer Dokumente; vgl. auch E. David,
Bernstein und die Schuldfrage, in: Die Neue Zeit 35. Jg./I S. 513 ff. (2. 3. 1917), S. 545 ff. (9. 3. 1917)
und S. 576 ff. (16. 3. 1917) sowie Eduard Bernstein, Zur Fragestellung in der Vorgeschichte des
Krieges, in: Die Neue Zeit 35. Jg./I S. 353 (12. 1. 1917) und S. 375 (19. 1. 1917).

<sup>22. 11. 1916: 1)</sup> Vgl. 21. 11. 1916 (Anm. 1).

Donnerstag, 23. November. Hauptausschuß: Zivildienstgesetz<sup>1</sup>). Halte eine Rede<sup>2</sup>), die allen Richtungen gefällt und Anlaß gibt, mir die erste Rede im Plenum zuzuschieben.

Fraktionssitzung<sup>3</sup>): Der alte Kampf. Keil schwankt, gleich anderen<sup>4</sup>).

Freitag, 24. November. Hauptausschuß: Zivildienst<sup>1</sup>).

Sonnabend, 25. November. Hauptausschuß: Zivildienst1).

Sonntag, 26. November. Bei Frau Richter, C. Hahn, Wannsee.

Montag, 27. November. Umzug.

Dienstag, 28. November. Umzug.

Ebert zwingt mir die Rede zum Zivildienstgesetz auf<sup>1</sup>), Legien hat sich grollend beiseite gestellt; große Unsicherheit in der Fraktion; Scheidemann hat Lust abzulehnen; Ebert sitzt auf dem Zaun; Landsberg fällt um; Wels!?

Bin gänzlich erschöpft; arbeite nachts an der Rede; Drahtseilrede schlimmster Art. — Ist das eine Fraktion!?

Mittwoch, 29. November. Umzug. Auspackerei. Kein Licht, kein Gas, keine Kohlen. Johannas<sup>1</sup>) Hasenspende rettet.

Vormittags Fraktionssitzung<sup>2</sup>) 9—2 Uhr.

Plenarsitzung. Rede<sup>3</sup>): formell schlecht; abgespannt; inhaltlich befriedigend.

<sup>23. 11. 1916:

1)</sup> S. HA 113. Sitzung, 23. 11. 1916; vgl. Frankfurter Zeitung 24. 11. 1916
(2. Morgenblatt).

2) Nach dem Protokoll, HA a.a.O. S. 26 ff., hatte von Sozialdemokraten nur Ebert gesprochen, der der Reichsleitung vorgeworfen hatte, die Beratung des Zivildienstgesetzes übereilt herbeigeführt zu haben. Ebert hatte darum abgelehnt, zu diesem Zeitpunkt eine Erklärung über die grundsätzliche Stellungnahme seiner Fraktion abzugeben.

3) Vgl. Quellen 3/II Nr. 425.

4) Bezieht sich auf die Diskussion über das Zivildienstgesetz in der gemeinsamen Sitzung von Reichstagsfraktion und Parteiausschuß; vgl. Quellen 3/II Nr. 426.

<sup>24. 11. 1916:</sup> ¹) S. HA 114. Sitzung, 24. 11. 1916; vgl. Frankfurter Zeitung 25. 11. 1916 (2. Morgenblatt).

<sup>25. 11. 1916: 1)</sup> S. HA 115. Sitzung, 25. 11. 1916; vgl. Frankfurter Zeitung 26. 11. 1916 (2. Morgenblatt).

<sup>28. 11. 1916: 1)</sup> Vgl. Quellen 3/II Nr. 428 und 29. 11. 1916 (Anm. 3).

 <sup>11. 1916: &</sup>lt;sup>1</sup>) Davids Schwester Johanna Strippel. <sup>2</sup>) Vgl. Quellen 3/II Nr. 428.
 3) Vgl. Sten. Ber. Bd. 308 S. 2166 ff.

Donnerstag, 30. November. Fraktionssitzung<sup>1</sup>).

Plenum: Ich betreibe (über Payer) Verbesserung betr. Vereins- und Versammlungsrecht, § 13a²), und Gesindeordnung, § 14a³), und erreiche beides. Hurra! Dazu noch weitere Verbesserungen durchgesetzt⁴). Legien wieder gewonnen. Scheidemann schwenkt auch wieder ein. Atme tief auf.

Helfferich arbeitet ganz mit Westarp<sup>5</sup>).

Schluß der Sitzung: 12 Uhr nachts.

Freitag, 1. Dezember. Fraktionssitzung<sup>1</sup>): Keils schlechter Anfang<sup>2</sup>). Landsbergs infamer Umfall. Man vermutet Wahlkreispolitik (Brandes!<sup>3</sup>)). Ich nehme an, er arbeitet auf die Wiedervereinigung mit der Haase-Gruppe [hin]. Legien rettet die Situation. Ebert und Scheidemann waren bis zur letzten Stunde zum Umfall bereit. Ebert will die Landarbeitersache zum Haken machen, um das Ganze daran aufzuhängen<sup>4</sup>).

Sonnabend, 2. Dezember. Reichstag: Dritte Lesung des Zivildienstgesetzes<sup>1</sup>). Helfferich gefährdet noch einmal die ganze Sache<sup>2</sup>). Wels will auf seine Erklärung hin das Gesetz ablehnen<sup>3</sup>). 139: 138<sup>4</sup>)! Quarck, Feuerstein, Binder, Blos, Wendel fehlen! Trotz der Telegramme!

<sup>30. 11. 1916:</sup> 1) Vgl. Quellen 3/II Nr. 429. 2) Vgl. Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst, Reichsgesetzblatt Jg. 1916 Nr. 276 § 14: "Den im vaterländischen Hilfsdienst beschäftigten Personen darf die Ausübung des ihnen gesetzlich zustehenden Vereins- und Versammlungsrechts nicht beschränkt werden." Vgl. dazu die Anträge Nr. 535 der Sozialdemokraten, Sten. Ber. Bd. 320 (Anlagen), sowie die Diskussion und Abstimmung im Plenum, Sten. Ber. 3) Vgl. Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst, a.a.O. § 16: "Die auf Bd. 308 S. 2231 ff. Grund dieses Gesetzes der Landwirtschaft überwiesenen gewerblichen Arbeiter unterliegen nicht den landesgesetzlichen Bestimmungen über das Gesinde." Vgl. dazu die von den Sozialdemokraten eingebrachten Resolutionen, Sten. Ber. Bd. 320 (Anlagen) S. 1048. 4) Vgl. die Gegenüberstellung der Vorlage mit den Reichstagsbeschlüssen nach der zweiten Lesung des Hilfsdienst-5) Vgl. Westarp II S. 453 ff. gesetzes, Sten. Ber. Bd. 320 (Anlagen) S. 1069 ff.

<sup>1. 12. 1916:</sup> ¹) Vgl. Quellen 3/II Nr. 430. ²) Keil wird im Fraktionsprotokoll, s. Anm. 1, als erster Diskussionsredner und als Befürworter der Annahme des Zivildienstgesetzes erwähnt; seine Ausführungen im einzelnen sind nicht vermerkt. ³) Landsberg und Brandes waren für die Ablehnung des Zivildienstgesetzes eingetreten; s. Anm. 1. Landsberg war Abgeordneter des 4., Brandes des 8. Wahlkreises Magdeburg; Brandes trat später, offenbar unter dem Einfluß der in seinem Wahlkreis herrschenden Stimmung, der USPD bei. ⁴) Es handelt sich um die von den Sozialdemokraten erhobene Forderung, die nach dem Zivildienstgesetz der Landwirtschaft zugeführten Arbeitskräfte den in anderen Produktionszweigen und Diensten tätigen rechtlich gleichzustellen; vgl. 30. 11. 1916 (Anm. 3).

<sup>2. 12. 1916:</sup> ¹) S. Sten. Ber. Bd. 308 S. 2286 ff. ²) Helfferich griff, nachdem er einleitend eine Erklärung abgegeben hatte, a.a.O. S. 2289 f., ständig in die Debatte ein; a.a.O. S. 2294, 2295, 2298, 2299 f., 2300 f., 2301, 2308 f., 2311, 2312 f., 2313, 2319, 2321 f., 2322 f., 2323. ³) Es ließ sich nicht feststellen, auf welche Erklärung Helfferichs, s. Anm. 2, sich dies bezieht. Wels sprach in der Debatte nicht, in der Schlußabstimmung stimmte er mit Ja. ⁴) Diese Angabe bezieht sich wahrscheinlich auf eine der Abstimmungen über Absätze oder Paragraphen des

Gewonnen! — So, nun aber für einige Zeit Ruhe! Das war der härteste Strauß! Die Kriegssituation: Rumänien bringt vielleicht die Entscheidung<sup>5</sup>). Ich hoffe immer noch auf Frieden zu Weihnachten; freilich nur mit 99:1.

Dienstag, 5. Dezember. Artikel für Feldpost betr. Dienstpflichtgesetz<sup>1</sup>).

Mittwoch, 6. Dezember. Artikel gegen J'accuse<sup>1</sup>).

**Donnerstag, 7. Dezember.** Die Ereignisse in Rumänien. Bukarest<sup>1</sup>). England: *Lloyd George* Ministerpräsident<sup>2</sup>).

Krisis in der Entente.

Sonnabend, 9. Dezember. Reichstag telegraphisch für Dienstag einberufen<sup>1</sup>).

Sonntag, 10. Dezember. Große Spannung.

Montag, 11. Dezember. Besprechung mit Scheidemann. Friedensaktion beabsichtigt<sup>1</sup>).

Dienstag, 12. Dezember. Reichstag.

10 Uhr Fraktionsvorstand: Besprechung einer kurzen Rede durch Scheidemann; Annahme, daß eine Erklärung durch Kaempf nicht akzeptiert wird.

Gesetzes, deren Ergebnis jedoch nicht protokolliert ist. Der Gesetzentwurf ist bei namentlicher Abstimmung mit 235 gegen 19 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen angenommen worden; a.a.O. S. 2328 ff. <sup>5</sup>) Nachdem die rumänische Regierung Ende November ihren Sitz nach Jassy verlegt hatte, errichteten die Mittelmächte am 1. 12. eine Militärverwaltung für das in Rumänien eroberte Gebiet; vgl. Schulthess 1916/II S. 496.

<sup>5. 12. 1916: 1)</sup> Eduard David, Vaterländischer Hilfsdienst, in: Sozialdemokratische Feldpost Nr. 15 (15. 12. 1916).

<sup>6. 12. 1916:</sup> ¹) Vgl. 31. 12. 1916 (Anm. 1).

<sup>7. 12. 1916:</sup> ¹) Am 6. 12. 1916 hatte der ehemalige rumänische Gesandte in Berlin von Kopenhagen aus an den rumänischen Ministerpräsidenten Bratianu ein Schreiben gerichtet, in dem er dessen Kriegspolitik aufs schärfste angriff; vgl. Schulthess 1916/II S. 496 ff.; vgl. auch 2. 12. 1916 (Anm. 5). ²) Vgl. Schulthess 1916/II S. 191.

<sup>9. 12. 1916: &</sup>lt;sup>1</sup>) Es handelte sich um die deutsche Friedensnote; vgl. 12. 12. 1916; vgl. Quellen 3/II Nr. 432 (Anm. 1) und Schulthess 1916/I S. 613.

<sup>11. 12. 1916: 1)</sup> Vgl. 9. 12. 1916 (Anm. 1).

11 Uhr Fraktionssitzung<sup>1</sup>). Cohen[-Reuß] gegen Rede, für Kaempf. Die Mehrheit der Fraktion dafür<sup>2</sup>). Einsichtsvoller als erwartet. — Demgegenüber Bassermann, Westarp, Ledebour<sup>3</sup>).

Plenum: Ungeheurer Zudrang. Auf der Straße! Bethmanns Rede<sup>4</sup>); Kälte rechts. Note an die feindlichen Mächte<sup>5</sup>). Eine große, kühne Politik. Gute Folgen, was auch die Antwort sei. — Triumph unserer Politik. Bethmann ganz und gar auf unserem Boden. — Das wäre alles unmöglich gewesen, wenn wir vorher in die Opposition gegangen. — Ich empfinde eine große innere Genugtuung. — Der Eindruck im Lande gewaltig<sup>6</sup>).

Dienstag, 26. Dezember<sup>1</sup>). Wannsee. C. Hahns Auffassung über das Wachsen der englischen Opposition; Lloyd George wird in drei Monaten stürzen.

Mittwoch, 27. Dezember. Zurückweisung des Friedensangebotes<sup>1</sup>) und der Wilson-Note<sup>2</sup>) — kritische Situation — Klärung im Innern — ich sollte nur an politische Tat denken. — Lese in Goethes Liebesleben; Wetzlar; Lotte usw.

Freitag, 29. Dezember. [...] Besprechung mit Adolf Müller. [...]

Sonntag, 31. Dezember. [...] Die Frankfurter Zeitung bringt meinen Artikel gegen J'accuse<sup>1</sup>).

<sup>12. 12. 1916:

1)</sup> Vgl. Quellen 3/II Nr. 432.

2) Die Fraktion hatte beschlossen, s. Anm. 1, auf eine Debatte nach Rede des Reichskanzlers, in der er das deutsche Friedensangebot verkündete, zu verzichten und im Seniorenkonvent für eine vom Reichstagspräsidenten abzugebende gemeinsame Erklärung aller Fraktionen einzutreten.

3) Die Genannten widersprachen im Plenum, s. Sten. Ber. Bd. 308 S. 2332 f., dem Verzicht auf eine Debatte im Plenum, s. Anm. 2, wurden jedoch überstimmt.

4) A.a.O. S. 2331 f.

5) Von Bethmann, s. Anm. 4, im Wortlaut verlesen.

6) Hier endet das Tagebuch 1916.

<sup>26. 12. 1916: 1)</sup> Die folgenden Eintragungen befanden sich im Notizkalender 1917.

<sup>27. 12. 1916:</sup> ¹) Gemeint ist die Zurückweisung der deutschen Friedensnote vom 12. 12. 1916 durch die Entente; vgl. Schulthess 1916/II S. 262 ff. Die offizielle Ablehnung erfolgte zwar erst am 30. 12., doch ließen die Reaktionen in England und Frankreich, insbesondere die Unterhausdebatte vom 19. 12., a.a.O. S. 193 ff., und die Thronrede des englischen Königs, a.a.O. S. 201 f., dieses Ergebnis voraussehen. ²) Am 18. 12. hatte Wilson an alle Kriegführenden eine gleichlautende Note gerichtet, in der er diese ersuchte, ihre Friedensbedingungen zu präzisieren; vgl. Schulthess 1916/II S. 580 ff. Deutschland und Österreich-Ungarn antworteten am 26. 12., a.a.O. S. 583 f., sie seien bereit zur Teilnahme an einer Konferenz der Kriegführenden, gingen jedoch auf das eigentliche Ersuchen Wilsons nicht ein.

<sup>31. 12. 1916:</sup> ¹) Eduard David, Der Ankläger auf der Anklagebank, in: Frankfurter Zeitung 31. 12. 1916 (1. Morgenblatt); es handelt sich um eine Entgegnung auf drei in der Humanité vom 16., 17. und 18. 11. 1916 veröffentlichte Artikel des Verfassers von "J'accuse", die sich insbesondere gegen Davids Reichstagsrede vom 11. 10. 1916, vgl. 11. 10. 1916, wenden. J'accuse! Von einem Deutschen, Lausanne 1916, hatte Richard Grelling zum Verfasser; zur Wirkung dieser Schrift vgl. Lehmann-Rußbüldt S. 45 f. und Gustav Fuchs, Der deutsche Pazifismus im Weltkrieg, Stuttgart 1928, S. 29 f.

Montag, 1. Januar. Arbeit am Vortrag für Köln<sup>1</sup>). [ . . . ]

Dienstag, 2. Januar. Ablehnung des Friedensangebotes<sup>1</sup>) – das Verhängnis Europas geht seinen düsteren Gang weiter.

Mittwoch, 3. Januar. Versammlung in Köln<sup>1</sup>). Überfüllte Fahrt — ohne Essen in die Versammlung — guter Erfolg. Darnach in der Lesegesellschaft Frau Benner.

Donnerstag, 4. Januar. Reise nach Wiesbaden. — Alleesaal. — Bin im Turm.

Freitag, 5. Januar. Mittags im Turm. — Abends Versammlung in Mainz; Pflug ist überfüllt. 2 Stunden gesprochen<sup>1</sup>); unverbesserlich!

Sonnabend, 6. Januar. Abends bei Eugen Dietzgen; Dietz da.

Sonntag, 7. Januar. Versammlung in Frankfurt im Zirkus Schumann.

Dienstag, 9. Januar. (Berlin.) Ich gehe unter in Korrespondenzen und Drucksachen.

Mittwoch, 10. Januar. Vormittags Aussprache mit Stampfer im Archiv. Übereinstimmung in der U-Boot-Frage und Friedensangebot-Frage.

Donnerstag, 11. Januar. Die U-Boot-Frage wird kritisch. — Wels: Der Parteivorstand ist entschlossen, die Spaltung durchzuführen.

Freitag, 12. Januar. Abends: Noske: in der U-Boot-Frage auf dem alten Standpunkt; nicht gegen Amerika. — Aussprache über Notwendigkeit der I[nternationalen] K[orrespondenz]. Will den Parteivorstand auf Durchgreifen drängen. — Deutsche Note an die Neutralen¹): sehr gut.

<sup>1. 1. 1917:</sup> ¹) Vgl. 3. 1. 1917.

<sup>2. 1. 1917: 1)</sup> Vgl. 27. 12. 1916 (Anm. 1).

<sup>3. 1. 1917: 1)</sup> Die Versammlung stand wahrscheinlich in Verbindung mit der Nachwahl für den am 14. 10. 1916 verstorbenen Reichstagsabgeordneten Hofrichter; am 5. 1. wurde Meerfeld gewählt.

<sup>5. 1. 1917:</sup> ¹) Vgl. den ausführlichen Bericht über *Davids* Rede zum Thema "Die Kriegsund Friedensfrage", in: Mainzer *Volkszeitung* 6. 1. 1917.

<sup>12. 1. 1917: 1)</sup> Vgl. Schulthess 1917/I S. 19 ff.

Sonnabend, 13. Januar. Nachmittags bei *Dernburg*. Schuldfrage — U-Boot. — Gegenorganisation — Ausschuß für Schiedsgerichtsfragen.

Abends: Antwortnote der Entente: unglaublich1).

Montag, 15. Januar. Wirkung der Ententeantwort! — Die Politik der Parteimehrheit jetzt glänzend gerechtfertigt und fest fundiert. — Stampfers Artikel über "Weltkrise und Parteikrise" — entschlossen für die Spaltung. Endlich! — Gut, daß es soweit ist.

Nachmittags Unterredung mit Wahnschaffe. Die Regierung beabsichtigt, den U-Boot-Krieg zu verschärfen. Ich halte meine Bedenken aufrecht.

Dienstag, 16. Januar. Vormittags Aussprache darüber mit Scheidemann. Sehr schwierige Sache für die Partei. Mein Rat: [...]<sup>1</sup>) Baake: "mit Hindenburg". Haenisch.

Mittwoch, 17. Januar. Scheidemann bei Zimmermann: Letzterer für verschärften U-Boot-Krieg, ungeachtet der amerikanischen Gefahr. Schon beschlossen<sup>1</sup>). Scheidemann hält Zimmermann für offen und ehrlich<sup>2</sup>). (?)

Donnerstag, 18. Januar. Ebert und Scheidemann beim Reichskanzler. Letzterer hat nachgegeben, um keine innere Krisis zu verursachen. Beide finden sich mit der Sache ab. Wohl auch das beste.

Parteiausschuß: Wels hat die Leute gestern abend vorbereitet. Entschlossen zur Spaltung<sup>1</sup>). Gut so. Ich brauche gar nicht mehr in Aktion zu treten. Die Logik der Tatsachen hat sich durchgesetzt.

<sup>13. 1. 1917: 1)</sup> Vgl. 27. 12. 1916 (Anm. 1) und die Kundgebung Kaiser Wilhelms II. an das deutsche Volk vom 12. 1. 1917; s. Schulthess 1917/I S. 24 ff.

<sup>16. 1. 1917: 1)</sup> Einige Worte unleserlich.

<sup>17. 1. 1917:

1)</sup> Vgl. Scheidemann, Memoiren I S. 388: "Der Staatssekretär Zimmermann hatte mich am 17. Januar 1917 zu sich gebeten, um mir zu sagen, daß die Würfel gefallen seien. Am 1. Februar beginne der verstärkte U-Bootkrieg." Nach Scheidemann, a.a.O. S. 390, habe er Zimmermann gegenüber "die Gemeingefährlichkeit des wahnwitzigen Unternehmens [...] mit aller Schärfe betont" und habe ihn "nicht in Zweifel gelassen über die Stellung der SPD zu diesem unglückseligen Beschluß"; a.a.O. S. 390 f.

2) Das Fragezeichen, das sich auch im stenographischen Auszug findet, stammt offenbar aus dem Or. und deutet vermutlich Davids Zweifel an Scheidemanns Urteil über Zimmermann an.

<sup>18. 1. 1917:

1)</sup> Der Parteiausschuß hatte eine Resolution angenommen, s. Protokoll SPD-Parteiausschuß 18. 1. 1917 S. 41, in der die am 7. 1. 1917 von den Leitern der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft einberufene "Reichskonferenz der Opposition" als "Gründung einer Sonderorganisation gegen die Partei" verurteilt und erklärt wird, daß die "Zugehörigkeit zu ihr [...] unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Gesamtpartei" ist; vgl. auch Prager S. 124 ff.

Freitag, 19. Januar. Gespräch mit Prof. Altendorf<sup>1</sup>). Stampfer: glaubt an spätere Wiedervereinigung. Dr. Külb, Mainz. — Curt Hahn: Ich soll den Kanzler drängen, eine Erklärung betreffend Belgien abzugeben. Sie würde in England große Wirkung haben. — Innere und äußere Situation verbieten es.

Sonnabend, 20. Januar. Ich werfe mich der Entscheidung nicht entgegen<sup>1</sup>). Vielleicht Weltgeschichte. Abrechnung mit den preußischen Gewaltpolitikern notwendig. — Die Taktik schonender Defensive und innerer Einstellung<sup>2</sup>) mit militärischer Nahrungsorganisation würde uns zum Sieg führen.

Spaltung der preußischen Landtagsfraktion<sup>3</sup>). Hirsch<sup>4</sup>)! — Kundgebung der Vereinigten Arbeiterverbände für Durchhalten<sup>5</sup>). Legien<sup>6</sup>).

Sonntag, 21. Januar. Reise nach Duisburg. 2½ Stunden Verspätung. ½12 Uhr nachts in eiskaltes Loch. Scheußlich.

Montag, 22. Januar. Vortrag Duisburg im Europäischen Hof: — [...1].

Dienstag, 23. Januar. Rede in Mülheim a. d. Ruhr. Klein — Überfüllt. Parteisekretär: Schluchtmann<sup>1</sup>), sehr ergeben. Dagegen: Redakteur Marchwald<sup>2</sup>).

<sup>19. 1. 1917: 1)</sup> Wahrscheinlich Professor Karl Altendorf, Oberlehrer in Mainz, Herausgeber und Verfasser historischer und literarischer Schriften.

<sup>1)</sup> Gemeint ist möglicherweise die durch die Ablehnung der Friedensnoten 20. 1. 1917: bedingte Fortführung des Krieges. 2) Lesart könnte auch "Umstellung" heißen. Spaltung erfolgte im Anschluß an die Sitzung des Preußischen Abgeordnetenhauses vom 19. 1.; während der Debatte über den Etat hatte Adolf Hoffmann entgegen dem Fraktionsbeschluß das Wort ergriffen, um gegen die Rede des Fraktionsvorsitzenden Hirsch zu polemisieren; vgl. Partei-Correspondenz 12. Jg. S. 38 f., Schulthess 1917/I S. 61 und Hirsch S. 78 ff. hielt es nicht für selbstverständlich, daß Hirsch eine Trennung von seinen Fraktionskollegen Adolf Hoffmann, Paul Hoffmann, Hofer und Ströbel durchgeführt hat; vgl. 13. 2. 1915 (bes. Anm. 2). <sup>5</sup>) In einem Schreiben vom 16. 1. 1917 an den Reichskanzler, unterzeichnet von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, dem Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften, dem Verband der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker), der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände, der Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht und der Arbeitsgemeinschaft für die technischen Verbände, war erklärt worden, daß es nach der Antwort der Entente auf die deutsche Friedensnote "heiligste Verpflichtung für uns ist, in verstärktem Maße unsere Kräfte um die Existenz unseres Landes einzusetzen". Unter gleichem Datum hatten die obengenannten Organisationen in einem Schreiben an den Präsidenten des Kriegsamtes, Generalleutnant Groener, versichert, sie würden "alles daransetzen", dem Zivildienstgesetz "den vollen Erfolg" zu sichern und "die Pläne der Gegner Deutschlands zu vereiteln"; vgl. Kundgebungen der Gewerkschaftsrichtungen an den Reichskanzler und den Präsidenten des Kriegsamts, in: Correspondenzblatt 27. Jg. S. 30 f. (20. 1. 1917). 6) Soll vermutlich heißen, daß die Initiative zu den Kundgebungen, s. Anm. 5, von Legien ausgegangen sei.

<sup>22. 1. 1917: 1)</sup> Einige Zeichen unleserlich, wodurch der Rest des Satzes unverständlich wird.

<sup>23. 1. 1917:</sup> ¹) Wilhelm Schluchtmann, sozialdemokratischer Parteisekretär in Duisburg. ¹) Hans Marckwald, Redakteur der Niederrheinischen Arbeiterzeitung.

Mittwoch, 24. Januar. Rede in Ruhrort-Hamborn. Rauchiges kaltes Lokal, überfüllt. Gut.

Donnerstag, 25. Januar. Vormittags Besuch der Zeche "Concordia" bei Oberhausen. Brüder *Liebrich*.

Nachmittags Versammlung in Moers.

Freitag, 26. Januar. Reise Duisburg-Jülich in sieben Stunden.—Schwester Frieda mit ihren 3 Kindern in guter Verfassung angetroffen. Ernährung auch hier viel besser als in Berlin.

Sonnabend, 27. Januar. Reise Jülich-Mainz. Mainzer Hof.

Abends bei Dr. Külb und Frau. Fleischwurst und Kuchen. — Oberbürgermeisterfrage.

Sonntag, 28. Januar. Mittags Wiesbaden, im Turm.

Abends: Mit C. Ulrich (wieder gut erholt) und Adelung. Eugen Dietzgen und Frau bei Anna D. — E. Dietzgens optimistische Auffassung über Amerika.

Montag, 29. Januar. Reise nach Frankfurt; Eisenbahnunfall; bleibe in Frankfurt liegen.

Abends: in Buchschlag; gut erholt. Schwere Erkältung.

Dienstag, 30. Januar. Reise Buchschlag—Berlin. Gut. Liege und lasse meinem Katarrh freien Lauf. Finde bei der Heimkehr *Eberts* Alarmruf<sup>1</sup>). U-Boot-Sache beschlossen<sup>2</sup>).

Mittwoch, 31. Januar. Gespräche mit Curt Hahn und L. Richter im Auto. Gespräch Ebert, Lindenstraße 3. Gespräch Ebert, Swing und Noeggerath bei mir.

Donnerstag, 1. Februar. Hauptausschuß<sup>1</sup>): Meine Rede gegen den verschärften U-Boot-Krieg<sup>2</sup>). Zusammenstimmen von Ebert — Südekum — Westarp — Gamp — Wahnschaffe: Kanzler.

Sonnabend, 3. Februar. Abgabe des Archivs! Hatte es beinahe drei Jahre inne. Eine ideale Stelle für einen bloßen Parteigelehrten. Für mich auf die Dauer unmöglich. Nun aber Konzentration!

<sup>30. 1. 1917:

1)</sup> Der "Alarmruf" bezog sich wahrscheinlich auf die Einberufung des Hauptausschusses; vgl. Anm. 2.

2) Am 31. 1. 1917 wurde die deutsche Note mit der Ankündigung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges der Regierung der Vereinigten Staaten übermittelt; am gleichen Tage begründete der Reichskanzler diesen Schritt in einer Sitzung des Hauptausschusses; vgl. Frankfurter Zeitung 1. 2. 1917 (2. Morgenblatt) und Schulthess 1917/I S. 78 ff.

<sup>1. 2. 1916: 1)</sup> Vgl. Frankfurter Zeitung 2. 2. 1917 (1. und 2. Morgenblatt). 2) Vgl. den ausführlichen Bericht über Davids Rede bei Hanssen S. 167 ff; ferner Quellen 3/II Nr. 433 (Anm. 7).

Sonntag, 4. Februar. Hermine Schmidt-Lahr bringt die Nachricht, daß Amerika die diplomatischen Beziehungen abgebrochen<sup>1</sup>).

Freitag, 9. Februar. Nachmittags Gespräch mit Baron von Haken¹) über die baltische Frage.

Sonnabend, 10. Februar. Nachmittags Konferenz in der Internationalen Korrespondenz. (U-Boot-Krieg-Diskussion Beer und Cunow.)

Abends Gespräch mit Dr. August Müller in der Deutschen Gesellschaft.

Mittwoch, 14. Februar. Artikel für I[nternationale] K[orrespondenz]: Ein reaktionärer Vorstoß<sup>1</sup>).

Freitag, 16. Februar. Artikel für I[nternationale] K[orrespondenz]: Bebel für Ausschluß der [...¹)].

Sonnabend, 17. Februar. Nachmittags: I[nternationale] K[orrespondenz]. Besprechung und Diskussion mit Cunow. 4 Uhr: mit Ebert und Scheidemann bei Helfferich. Ernährungsnot. Ernste Mahnung. U-Boot-Hoffnung? Diskussion.  $[\dots^1]$ 

Montag, 19. Februar. Artikel für I[nternationale] K[orrespondenz]: Das Problem des  $[\dots^1]$ .

Mittwoch, 21. Februar. [ . . . ] Abends: Erklärung für die Kredite<sup>1</sup>).

Montag, 26. Februar. Artikel "Der Kampf gegen den Frieden" für die I[nternationale] K[orrespondenz].

<sup>4. 2. 1916: 1)</sup> Vgl. Schulthess 1917/II S. 864 ff.

<sup>9. 2. 1917:</sup> ¹) Friedrich von Haken war vor dem Kriege im russischen Landwirtschaftsministerium tätig gewesen und war Anfang des Krieges Berater der Zentralstelle für Auslandsdienst (russisches Lektorat) in Berlin geworden; vgl. Prinz Max S. 28 f.

<sup>14. 2. 1917:</sup> ¹) Erschienen — wahrscheinlich als Nachdruck aus der hektographierten Ausgabe der Internationalen Korrespondenz — in: Mainzer Volkszeitung 19. 2. 1917.

<sup>16. 2. 1917: 1)</sup> Ein Wort unleserlich.

<sup>17. 2. 1917: 1)</sup> Ein Wort unleserlich.

<sup>19. 2. 1917: 1)</sup> Ein Wort unleserlich.

<sup>21. 2. 1917:</sup> ¹) Es handelt sich um die von *Ebert* in einer Fraktionssitzung vorgetragene Erklärung, vgl. Quellen 3/II Nr. 433, die er für die Plenarsitzung am 23. 2. vorbereitet hatte; vgl. Sten. Ber. Bd. 309 S. 2366. Das Fraktionsprotokoll datiert diese Fraktionssitzung im Gegensatz zu *David* und Scheidemann, Zusammenbruch S. 56, auf den 22. 2. 1917.

Montag, 5. März. [...] — Ich behandle Zimmermann schonend<sup>1</sup>) — Triumph der Feudaldiplomatie<sup>2</sup>) — unbehagliche Situation. Sehe sehr pessimistisch für die Zukunft.

Donnerstag, 8. März. [...] — Abends Besprechung der [Flamenfreunde<sup>1</sup>)] [...] Ich vereitle noch die Gründung eines Ausschusses: Trennung von Wallonen und Flamen.

Donnerstag, 15. März. Russische Revolution<sup>1</sup>)!

Sonntag, 18. März. Nachmittags bei I. Stern, Göhre. Dr. Treuenfeld über Rußland.

Abends: Rheingold, 5 Mk. für ein Stückchen Rheinsalm.

Montag, 19. März. Fraktionsvorstand. Scheidemann berichtet über Unterredung mit Payer<sup>1</sup>): Kanzler will preußische Wahlreform mit der Linken machen, wenn linker Steuerblock. [...<sup>1</sup>)] -abgabe. Zusammengehen bei der Wahl! — Weiter betreiben. Alle einverstanden.

Dienstag, 20. März. Fraktion<sup>1</sup>). Stahl an Stelle von Liebknecht<sup>2</sup>). Was hat das Jahr in diesem Raum für Veränderung gebracht!

Simons<sup>3</sup>): Deutsch-Flämische Gesellschaft<sup>4</sup>). Ich soll in den Ausschuß; lehne ab.

<sup>5. 3. 1917: 1)</sup> David bezieht sich auf seine Rede im Hauptausschuß vom 5. 3. 1917; vgl. den Bericht über diese Rede bei Hanssen, S. 175 ff; vgl. auch Frankfurter Zeitung 6. 3. 1917 (2. Morgenblatt), dort Bericht über Sitzung, ohne namentliche Nennung Davids. 2) Bezieht sich wahrscheinlich auf das Bekanntwerden des deutschen Bündnisangebots an Mexiko in den USA; vgl. dazu Frankfurter Zeitung 3. 3. 1917 (2. Morgenblatt).

<sup>8. 3. 1917: 1)</sup> Lesart unsicher. 2) Zur deutschen Flamenpolitik vgl. Oscar Frhr. von der Lancken-Wakenitz, Meine dreißig Dienstjahre 1888—1918, Berlin 1931, S. 211 ff.; Fischer S. 341 ff.; Janßen S. 60 ff., 183; Gatzke S. 92 ff., 158 ff., 267 ff. Vgl. dazu 20. 3. 1917.

<sup>15. 3. 1917: 1)</sup> Am 14. 3. war in Petersburg die Provisorische Regierung gebildet worden; vgl. Schulthess 1917/II S. 657 ff.

<sup>19. 3. 1917:</sup> ¹) Diese Unterhaltung war möglicherweise durch den am 19. 3. 1917 im Vorwärts erschienenen aufsehenerregenden Artikel Scheidemanns "Zeit zur Tat" angeregt worden; vgl. dazu Scheidemann, Zusammenbruch S. 39 ff.; dort auch Wortlaut des Artikels. ²) Unleserlich.

<sup>20. 3. 1917:</sup> ¹) Vgl. Quellen 3/II Nr. 436. ²) Der Sozialdemokrat Emil Stahl hatte in der Nachwahl am 14. 3. 1917, in der es um den durch die Verurteilung Liebknechts vakant gewordenen Reichstagssitz für Potsdam-Osthavelland ging, 16 881 Stimmen erhalten, Franz Mehring, der für den Spartakusbund kandidiert hatte, 5010; vgl. Bericht des Parteivorstandes in: Protokoll SPD-Parteitag 1917 S. 19 f. ³) Gemeint ist vermutlich Walter Simons, Vortragender Rat der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt. ¹) Vgl. Gatzke S. 160 f.; vgl. dazu 8. 3. 1917 (bes. Anm. 2).

Mittwoch, 21. März. [...] Gespräch mit Payer: Vermehrung der städtischen Mandate! Sicherung einer linken Mehrheit<sup>1</sup>).

Donnerstag, 22. März. Besprechung mit Litauern; wieder dasselbe Bild preußischer politischer Unfähigkeit und Brutalität. Knechtung und wirtschaftliche Ausplünderung des Landes<sup>1</sup>). Man möchte verzweifeln.

Freitag, 23. März. Hauptausschuß: Elsaß-Lothringische Frage<sup>1</sup>)!!! Unglaublich, ungeheuerliche Militärregierung!

Sonntag, 25. März. Hermine Schmidt-Lahr. Nachmittags gemeinsame Arbeit. Depression und starke Neigung, mich vom parlamentarischen Leben zurückzuziehen.

Montag, 26. März. Scheidemann: Bericht über Unterredung mit Kanzler. Letzterer verstimmt; erklärt, während des Krieges keine Wahlreform in Preußen oder Reich durchführen zu können. Monarchisches Bekenntnis verlangt.

Dienstag, 27. März. Unterhaltung mit Schönaich-Carolath<sup>1</sup>).

Montag, 2. April. Reise nach Wiesbaden; wohne bei E. Dietzgen. Wilsons [...1)].

Sonntag, 8. April. Kaisererlaß<sup>1</sup>)! — Nicht ganz befriedigend; der "preußische Geist" bleibt sehr zähflüssig; aber doch großer Fortschritt. Mein innerpolitisches Kriegsziel ist auf dem Marsch und kann nicht mehr verlorengehen; ungeheure Bedeutung für innere und äußere Politik. Auch für innerparteiliche.

<sup>21. 3. 1917: 1)</sup> Vgl. 4. 7. 1917 (bes. Anm. 3).

<sup>22. 3. 1917: 1)</sup> Vgl. Klimas passim, bes. S. XI f.; vgl. weiter Erzberger S. 184 ff. und Davids Ausführungen im WUA 7/I S. 152 f.

<sup>23. 3. 1917: 1)</sup> Vgl. Frankfurter Zeitung 24. 3. 1917 (2. Morgenblatt); s. HA 138. Sitzung, 23. 3. 1917.

<sup>27. 3. 1917: 1)</sup> Heinrich Prinz zu Schönaich-Carolath, nationalliberaler Reichstagsabgeordneter, erbliches Mitglied des Preußischen Herrenhauses.

<sup>2. 4. 1917: 1)</sup> Rest des Satzes fehlt.

<sup>8. 4. 1917: 1)</sup> In diesem als "Osterbotschaft" berühmt gewordenen Erlaß vom 7. 4. 1917 beauftragte der Kaiser den Reichskanzler, da nach "den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kriege [...] für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr" sei, ihm "bestimmte Vorschläge des Staatsministeriums vorzulegen", damit nach Kriegsende "diese für die innere Gestaltung Preußens grundlegende Arbeit schnell der Gesetzgebung zugeführt werde"; vgl. Schulthess 1917/I S. 398 f.; zum Zusammenhang Bergsträsser, bes. S. 90 ff. und Patemann S. 58 ff.

Montag, 9. April. Wird gut aufgenommen vom Vorwärts¹)! — Das ist so wichtig wie der Erlaß selbst. — Mein Anteil an dem "Königswort"! — Ich will mir das immer sagen, wenn ich mit den Früchten meines Wirkens und der ganzen politischen Arbeit zerfallen bin: ohne mein Wirken in der Fraktion und im Reichstag in den letzten Wochen wären die Dinge wahrscheinlich schief gegangen.

Scheidemanns Revolutionsdroherei2) und Noskes Unüberlegtheit3)!

Dienstag, 10. April. Mit E. Dietzgen, Ulrich und Adelung in Schlangenbad (Rheingauer Hof) und Eltville (Iffland).

Freitag, 13. April. Mainz. Mittags bei Franks.

Nachmittags: Dr. Sprenger; erzählt seine Eindrücke im Trommelfeuer.

Montag, 16. April. Telefoniere mit Hermann Müller betr. Parteiausschußsitzung<sup>1</sup>).

Dienstag, 17. April. Fahre nicht nach Berlin<sup>1</sup>). Vertraue auf die Einigkeit und Vernunft innerhalb der gereinigten Partei.

<sup>1)</sup> Bezieht sich auf die "Osterbotschaft". Vgl. Redaktionsartikel, Preußens Auferstehung, in: Vorwärts 8. 4. 1917. Besonders begrüßt hat David vermutlich den folgenden Passus dieses Artikels: "Wir haben oft betont, daß unser Verteidigungswille unberührt ist von inneren Fragen. [...] Aber es freut uns, daß die deutsche Regierung in dem Augenblick, wo der neue Feind [gemeint ist Amerika] die alten abgestandenen Phrasen vom Kampf der Freiheit und Demokratie gegen Absolutismus und Militarismus neu aufwärmt, mit dieser Botschaft der Außenwelt einen deutlichen Beweis gibt, daß das deutsche Volk seine innerpolitische Fortentwicklung selber besorgt und keine Beglückung von außen her braucht, zumal keine, die auf Kanonenkugeln und Panzerschiffen geritten kommt!" 2) Scheidemann war in seinem vielzitierten Vorwärts-Artikel, s. 19. 3. 1917 (Anm. 1), auf die revolutionären Ereignisse in Rußland eingegangen und hatte dabei angedeutet, daß in Deutschland ähnliche Entwicklungen eintreten 3) Bezieht sich wahrscheinlich auf Noskes Reichstagsrede vom 29. 3. 1917, Sten. Ber. Bd. 309 S. 2835 ff., in der er zu den Vorgängen in Rußland Stellung genommen, die Innenpolitik der Reichsleitung angegriffen und mit den Worten geschlossen hatte: "ist die Gefahr abgewendet und bis dahin nichts geschehen, werden wir für das Volk durchzusetzen wissen, worauf es Anspruch erheben kann, wenn nicht im guten, dann im schärfsten, entschlossensten Kampf!"

<sup>16. 4. 1917:

1)</sup> Eine gemeinsame Sitzung des Parteiausschusses, des Parteivorstandes, der Vorstände der Fraktionen des Reichstages und des Preußischen Abgeordnetenhauses und der Landeskommission für Preußen war für den 18. und 19. 4. 1917 einberufen worden; s. Protokoll der Sitzung des erweiterten Parteiausschusses 18./19. 4. 1917.

<sup>17. 4. 1917: 1)</sup> David nahm an der erweiterten Parteiausschußsitzung, vgl. 16. 4. 1917 (Anm. 1) und 21. 4. 1917, nicht teil.

Mittwoch, 18. April. Parteiausschuß in Berlin. — [...] Erzählung Engelmanns<sup>1</sup>).

**Donnerstag, 19. April.** [...] Brief an Baumeister über Artikel in der I[nternationalen] K[orrespondenz] (E. Heilmann?); überstürztes Verlangen des Verzichtes auf alles¹).

Freitag, 20. April. Branting<sup>1</sup>), Plechanow<sup>2</sup>), Thomas<sup>3</sup>) usw. scheinen die russische Sozialdemokratie für Fortsetzung des Krieges zu gewinnen<sup>4</sup>). — Hoffnung auf Frieden sinkt.

Sonnabend, 21. April. Lese den Beschluß des Parteiausschusses<sup>1</sup>) und bin sehr erregt darüber. Gefahr des Festrennens in das "sofort". "Friede ohne Eroberungen und Entschädigungen" muß starke Opposition hervorrufen. — Selbstvorwürfe, daß ich nicht da war.

<sup>18. 4. 1917: 1)</sup> Arbeitersekretär in Mainz.

<sup>19. 4. 1917: 1)</sup> Es ließ sich nicht feststellen, um welchen Artikel es sich hier handelt.

<sup>20. 4. 1917:</sup> ¹) Branting war Anfang April nach Petersburg gereist; auch Scheidemann, Memoiren I S. 425 f., befürchtete, er könne dort "ungünstig wirken". ²) Georgi Plechanow, führender russischer Theoretiker des Marxismus, Emigrant, befürwortete im Weltkrieg die Verteidigung des eigenen Vaterlandes; am 17. 4. 1917 meldete die deutsche Presse seine Ankunft in Petersburg; vgl. Frankfurter Zeitung 17. 4. 1917 (2. Morgenblatt). ³) Albert Thomas, führender französischer Sozialist, während des Krieges Munitionsminister. ⁴) Zur Politik der Sozialisten der Ententemächte und der neutralen Staaten nach dem Umschwung vom März 1917 vgl. Gankin/Fisher S. 582 ff.

<sup>1)</sup> Die vom erweiterten Parteiausschuß am 17./18. 4. 1917, s. Protokoll S. 74, einstimmig angenommene Resolution lautet: "Wir bekräftigen den unverbrüchlichen Entschluß der deutschen Arbeiterklasse, das Deutsche Reich aus diesem Krieg als ein freies Staatswesen hervorgehen zu lassen. Wir fordern die sofortige Beseitigung aller Ungleichheiten der Staatsbürgerrechte in Reich, Staat und Gemeinde, sowie die Beseitigung jeder Art bürokratischen Regiments und seine Ersetzung durch den entscheidenden Einfluß der Volksvertretung. — Mit Entschiedenheit verwerfen wir die von den feindlichen Regierungen verbreitete Zumutung, daß die Fortführung des Krieges nötig sei, um Deutschland zu freiheitlichen Staatseinrichtungen zu zwingen. Es ist Aufgabe des deutschen Volkes allein, seine inneren Einrichtungen nach seinen Überzeugungen zu entwickeln. - Wir begrüßen mit leidenschaftlicher Anteilnahme den Sieg der russischen Revolution und das durch ihn entfachte Wiederaufleben der internationalen Friedensbestrebungen. Wir erklären unser Einverständnis mit dem Kongreßbeschluß des russischen Arbeiter- und Soldatenrats, einen gemeinsamen Frieden vorzubereiten, ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen auf der Grundlage einer freien nationalen Entwicklung aller Völker. - Wir betrachten es daher als die wichtigste Pflicht der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, wie der Sozialisten aller anderen Länder, die Machtträume eines ehrgeizigen Chauvinismus zu bekämpfen, die Regierungen zum klaren Verzicht auf jegliche Eroberungspolitik zu drängen und so rasch wie möglich entscheidende Friedensverhandlungen auf dieser Grundlage herbeizuführen. - Kein Volk darf durch den Friedensschluß in eine demütigende und unerträgliche Lage gedrängt werden, sondern jedem muß die Möglichkeit gegeben sein, durch freiwilligen Beitritt zu einer überstaatlichen Organisation und Anerkennung einer obligatorischen Schiedsgerichtspartei den dauernden Bestand des künftigen Weltfriedens sichern zu helfen."

Sonntag, 22. April. Sehe den Ausschuß-Beschluß<sup>1</sup>) in günstigerem Lichte. — Die Stunde ist [fruchtbar<sup>2</sup>)] und verantwortungsschwer. Wir haben die Macht und vielleicht gelingt es, Freiheit und Friede zu erreichen.

Montag, 23. April. Rückreise Wiesbaden—Berlin. Wartezeit in Frankfurt; Verspätung und Überfüllung; Kriegsbild!

Dienstag, 24. April. Besprechungen: Scheidemann: Stockholm<sup>1</sup>). Hermann Müller: Beschluß des Parteiausschusses<sup>2</sup>). [...]

Mittwoch, 2. Mai. Reichstag<sup>1</sup>). Besprechung mit Erzberger: Verfassungsausschuß<sup>2</sup>).

Donnerstag, 3. Mai. Reichstag<sup>1</sup>). Fraktion<sup>2</sup>): Delegation nach Stockholm<sup>3</sup>). Besprechung mit Hauβmann<sup>4</sup>). [...]

Freitag, 4. Mai. Verfassungsausschuß<sup>1</sup>): handeln, nicht reden. Besprechung: [...]

Sonnabend, 5. Mai. Verfassungsausschuß<sup>1</sup>): Militärkabinett beseitigen. Besprechung mit Ungarn *Deri*.

Nachmittags Besprechung mit Heilmann, Haenisch, Cunow.

<sup>22. 4. 1917: 1)</sup> S. 21. 4. 1917 (Anm. 1). 2) Lesart auch möglicherweise "furchtbar".

<sup>24. 4. 1917: 1)</sup> Zur Vorbereitung der sozialistischen Konferenzen in Stockholm vgl. Quellen 3/II Nr. 442 (Anm. 2); vgl. auch 10. 5. 1917 (Anm. 1). 2) S. 21. 4. 1917 (Anm. 1).

<sup>2. 5. 1917: 1)</sup> S. Sten. Ber. Bd. 309 S. 2945 ff. 2) Zur Entstehung des Verfassungsausschusses vgl. Quellen 3/II Nr. 438 (Anm. 8) und 439 (Anm. 4), sowie 3. 5. 1917 (Anm. 4).

<sup>3. 5. 1917:</sup> ¹) S. Sten. Ber. Bd. 309 S. 2979 ff. ²) Vgl. Quellen 3/II Nr. 440. ³) Als Delegierte zur Stockholmer Sozialistenkonferenz hatte der Parteivorstand Ebert, Hermann Müller und Scheidemann bestimmt; die Reichstagsfraktion wählte am 3. 5. 1917, s. Anm. 2, David, Richard Fischer und Molkenbuhr, die Generalkommission der Gewerkschaften entsandte Gustav Bauer, Legien und Johann Sassenbach; vgl. Scheidemann, Memoiren II S. 9; vgl. auch 10. 5. 1917 (Anm. 1). ⁴) Es handelte sich bei dem Gespräch vermutlich um den Verfassungsausschuß, der sich am 2. 5. 1917 konstituiert hatte. Haußmann war zusammen mit Pachnicke und Müller-Meiningen von der Fortschrittlichen Volkspartei in den Ausschuß delegiert worden; vgl. Frankfurter Zeitung 3. 5. 1917 (2. Morgenblatt), dort auch Angaben über die übrigen Ausschußmitglieder. Zur Tätigkeit des Verfassungsausschusses in den ersten Wochen seines Bestehens vgl. Partei-Correspondenz 12. Jg. S. 181 ff. (9. 7. 1917).

<sup>4. 5. 1917: 1)</sup> Vgl. Frankfurter Zeitung 5. 5. 1917 (1. Morgenblatt).

<sup>5. 5. 1917: 1)</sup> Vgl. Frankfurter Zeitung 6. 5. 1917 (1. und 2. Morgenblatt) und 7. 5. 1917 (Morgenblatt).

Montag, 7. Mai. Verfassungsausschuß<sup>1</sup>). Besprechung mit Freiherrn v. Biegeleben<sup>2</sup>): Kriegsziel. Besprechung mit Professor M. Weber: parlamentarische Staatssekretäre! Fühler. Die innere Situation in der entscheidenden Krisis. Bethmann um Sein oder Nichtsein.

Donnerstag, 10. Mai. [...] Sozialdemokratische Kriegszielnachricht<sup>1</sup>). Vereinbarung über Erklärung des Parteivorstandes<sup>2</sup>). [...]

Freitag, 11. Mai. [...] 7 Uhr Besprechung mit Zimmermann betr. O[ber-] O[st]-Reise<sup>1</sup>). Parvus getroffen: Telegramm betr. Borgbjergs Programm<sup>2</sup>).

Sonnabend, 12. Mai. Reichstag<sup>1</sup>). Borgbjerg-Telegramm: Vereinbarung einer Erläuterung. Elsaß-Lothringen<sup>2</sup>)!

Dienstag, 15. Mai. [...] Muß Scheidemanns Revolutionsentgleisung [überziehen]<sup>1</sup>). Unsere Attacke gegen rechts; Brücke zur Mitte<sup>2</sup>).

<sup>7. 5. 1917: 1)</sup> Vgl. Frankfurter Zeitung 8. 5. 1917 (1. und 2. Morgenblatt). 2) Maximilian Freiherr von Biegeleben, hessischer Bevollmächtigter zum Bundesrat.

<sup>10. 5. 1917:</sup>¹) Gemeint ist wahrscheinlich die Aufforderung des holländisch-skandinavischen Ausschusses an die sozialistischen Parteien der kriegführenden Länder, in Stockholm an Vorbesprechungen teilzunehmen, um "die gegenwärtige Stellung der verschiedenen Parteien im Hinblick auf die Weltkrisis festzustellen, ferner, wenn möglich, ein gemeinsames Programm aufzustellen, auf Grund der sozialistischen Auffassung, und endlich die Möglichkeit der Einberufung einer allgemeinen Versammlung zu prüfen"; vgl. Eine Kundgebung für einen sozialistischen Frieden, in: Partei-Correspondenz 12. Jg. S. 178 (26. 5. 1917).

²) Die Antwort des SPD-Vorstandes an den holländisch-skandinavischen Ausschuß, s. Anm. 1, ließ sich nicht nachweisen.

<sup>11. 5. 1917: 1)</sup> Vgl. 16. 5. 1917 (bes. Anm. 2). 2) Bezieht sich auf das Treffen von Parvus und Borgbjerg. Borgbjerg war am 10. Mai aus Petersburg nach Kopenhagen zurückgekehrt, wo er sogleich mit Helphand zusammenkam; vgl. Scharlau/Zeman S. 262 f. — Zur Reise Borgbjergs nach Petersburg vgl. Die Mission Borgbjergs, in: Frankfurter Zeitung 11. 5. 1917 (1. Morgenblatt); Friedensvorschläge der deutschen Sozialdemokratie, in: Internationale Korrespondenz 4. Jg. S. 77 ff. (15. 5. 1917) und Scheidemann, Memoiren I S. 421 ff.

<sup>12. 5. 1917: 1)</sup> S. Sten. Ber. Bd. 310 S. 3297 ff. 2) Vgl. 10. 5. 1917 und 11. 5. 1917.

<sup>15. 5. 1917:

1)</sup> Lesart unsicher. Zweifellos handelte es sich um Scheidemanns Rede in der Reichstagssitzung vom 15. 5. 1917, s. Sten. Ber. Bd. 310 S. 3394 f., in der er erklärt hatte: "[...] würden heute die englische und französische Regierung, so wie es die russische schon getan hat, auf Annexionen verzichten, und würde die deutsche Regierung, statt durch den gleichen Verzicht den Krieg zu beenden, ihn um Eroberungsziele fortsetzen wollen, dann, meine Herren, verlassen Sie sich darauf, haben Sie die Revolution im Lande." David versuchte, die Erregung, die durch jene Worte hervorgerufen worden war, durch den Hinweis zu beschwichtigen, a.a.O. S. 3414, Scheidemann habe nicht gedroht, sondern nur einen unerwünschten Fall konstruiert.

2) Bezieht sich offenbar auf Davids und Landsbergs Reden; a.a.O. S. 3408 ff. (David) und 3433 f. (Landsberg).

Mittwoch, 16. Mai. Reichstag<sup>1</sup>). Große Hetze. — 5 Uhr Besprechung beim Reichskanzler<sup>2</sup>). 7.03 [Uhr] Abreise nach Brest-Litowsk. (Mit Abgeordneten von Winterfeldt<sup>3</sup>). — Übergang in Alexandrow.)

[...]<sup>4</sup>) Abends bei Eich. Links von mir bei Tisch Nachrichtenoffizier der Obersten Heeresleitung Hauptmann Maercker. [...]

Abreise: 16. 5., abends.

**Donnerstag**, 17. Mai<sup>1</sup>). [...] Frühstück — Rundfahrt — Abendbrot — *Hindenburg*staffel — zweite vertrauliche Besprechung mit Oberst *Hoffmann*<sup>2</sup>) (seine letzte Privatmeinung!).

Mittags<sup>3</sup>) im Hauptquartier O[ber]-O[st] — Oberst Hoffmann, Prinz Hohen-lohe<sup>4</sup>), Exz. Kern, Hauptmann von [...]<sup>5</sup>), Oberleutnant Morell.

Aussprache vor und nach dem Abendessen mit Oberst Hoffmann<sup>6</sup>). Letzte Meinung. — Wünsche, Können, großpolitische Perspektive und Alternative. — Die Ruinenstadt, furchtbar.

Freitag, 18. Mai. Von Brest-Litowsk nach Bialystok<sup>1</sup>). — Oberst von Brandenstein, Hauptmann von Gayl<sup>2</sup>) — Vortrag über die Verwaltung, Wirtschaftliches, Politisches.

Abends: Major Heckel über Landwirtschaft. — Politisches.

Sonnabend, 19. Mai. Bialystok — Bialowieza<sup>1</sup>). Frühstück bei Major *Escherich*<sup>2</sup>), Dr. [Hübner]<sup>3</sup>). Besichtigung des Hindenburgwerkes.

<sup>16.5.1917:</sup> 1) S. Sten. Ber. Bd. 310 S. 3435 ff. 2) Das Auswärtige Amt hatte von einem Nachrichtenoffizier erfahren, daß der Arbeiter- und Soldatenrat in Petersburg beabsichtigte, einen Vertrauensmann des Außenkommissars Tscheidse -- es handelte sich um dessen Stellvertreter Y. M. Steklow — zwecks Einleitung von Friedensverhandlungen an die deutsche Front zu entsenden. Das Auswärtige Amt hatte daraufhin Vorbereitungen unternommen, solche Verhandlungen zu ermöglichen. Oberst Detlof von Winterfeldt sollte die Verhandlungen leiten, F. H. von Rosenberg als Vertreter des Auswärtigen Amtes und die Abgeordneten David und Joachim von Winterfeldt als Vertreter des Reichstages sollten an ihnen teilnehmen; vgl. Winterfeldt S. 217 ff.; die Ausführungen Davids im WUA 7/I S. 152 ff.; Scheidemann, Zusammenbruch S. 150 f.; vgl. auch Fischer S. 495 ff. und Steglich S. 90 f. — Zur Unterredung der beiden Reichstagsabgeordneten mit dem Reichskanzler vor der Abreise vgl. Winterfeldt S. 219 ff. von Winterfeldt-Menkin, konservativer Reichstagsabgeordneter, Landesdirektor der Provinz 4) Die folgenden Aufzeichnungen waren nicht in Davids Notizkalender einge-Brandenburg. tragen, sondern auf lose Blätter.

<sup>17. 5. 1917:

1)</sup> Von hier an wieder Eintragung im Notizkalender.

2) Oberst (noch im gleichen Jahr zum Generalmajor befördert) Max Hoffmann, Chef des Generalstabs Ober-Ost.

3) Die folgenden Aufzeichnungen bis einschließlich 21. 7. 1917 waren nicht in Davids Notizkalender eingetragen, sondern auf lose Blätter.

4) Fürst Ernst zu Hohenlohe-Langenburg, Delegierter für Ober-Ost.

5) Name nicht entzifferbar.

6) Vgl. Winterfeldt S. 221 ff.

<sup>18. 5. 1917: 1)</sup> Vgl. Winterfeldt S. 224 f. 2) Friedrich Freiherr von Gayl, Chef der Abteilung für innere Politik und innere Verwaltung beim Oberbefehlshaber Ost.

Abends: Bei Prinz Leopold<sup>4</sup>), von Perfall<sup>5</sup>). Das Kasino: Generalleutnant von Seckendorff, Hauptmann Günther. — Major Brinkmann, Oberst von Winterfeldt<sup>6</sup>), Geheimrat von Rosenberg<sup>7</sup>).

Sonntag, 20. Mai. Besichtigung<sup>1</sup>): neue Sägewerke. Methylalkoholfabrik. Vorträge von Escherich und von Seckendorff.

Mittags bei Prinz Leopold: Waffenstillstand.

Nachmittags Besichtigung. — Spazierfahrt und Gang durch den Wald. — Abends bei Prinz Leopold.

- Montag, 21. Mai. Vormittags<sup>1</sup>): Zusammen mit Rosenberg und Winterfeldt, von Gayl und Brinkmann. Fahrt über Bialystok nach Wilna (Hotel Georg).
- 1.2) "Einige Monate warten" Rußland braucht jetzt den Frieden nötiger als wir, später wird es umgekehrt sein. Konsolidierung. Hilfe von Osten. Krisis in (...)<sup>3</sup>). Die Zeit gegen uns.
- 2. Innere Gefahr. Seither: Verteidigung; unsere Friedensbereitschaft; Kriegsund Vernichtungswille drüben. Wenn das Gegenteil offensichtlich, gibt's kein Halten mehr. Veränderung: Zar jetzt russische Demokratie. Frauen, Munitionsarbeiter Feldgraue 10:1. Neuorientierung.
- 3. Stockholm: wenn Russen enttäuscht hinkommen. Bethmanns Worte auf der einen, Heeresleitung auf der anderen Seite. Unsere Stellung 4. 8. 14 = Friedensbereitschaft. Verständigung, die "keinen Stachel zurückläßt" neue Kriegskredite?

<sup>19. 5. 1917: 1)</sup> Vgl. Winterfeldt S. 226 f. 2) Vgl. 4. 7. 1916 (Anm. 1). 3) Lesart unsicher. 4) Prinz Leopold von Bayern, Generalfeldmarschall, Oberbefehlshaber an der Ostfront. 5) Freiherr von Perfall, Hofmarschall des Prinzen Leopold von Bayern. 6) Oberst Detlof von Winterfeldt, Vetter des Reichstagsabgeordneten Joachim von Winterfeldt; vgl. 16. 5. 1917 (Anm. 2). 7) Frederic Hans von Rosenberg, Gesandter, Vortragender Rat in der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes; vgl. 16. 5. 1917 (Anm. 2).

<sup>20. 5. 1917: 1)</sup> Vgl. Winterfeldt S. 227 f.

<sup>21. 5. 1917:</sup> 1) Vgl. Winterfeldt S. 228 f. 2) Die hier folgenden Stichworte beziehen sich wahrscheinlich auf die Argumente, die David in seinen Gesprächen während der Reise angeführt hat, um die Dringlichkeit baldiger Friedensverhandlungen zu begründen; vgl. Winterfeldt S. 230: "Dr. David schüttet uns, das heißt Winterfeldt, Rosenberg und mir, rückhaltlos sein Herz aus. Er fürchte, daß die sozialdemokratischen Führer die Partei nicht mehr würden zusammenhalten können, wenn gesagt werden könne, wir hätten die Gelegenheit zu einem Frieden vorübergehen lassen. Wir dürften nicht warten, sondern müßten, sobald es nur irgend gehe, zum Ende zu kommen suchen. Ihn 'ängstige' der Gedanke eines Streiks unserer Munitionsarbeiter. In innerpolitischer Beziehung sei nichts geschehen, um die Stimmung hochzuhalten. Ich appelliere an ihn als Deutschen und bitte, sich nicht durch doktrinäre Formeln wie die des "annexionslosen Friedens' fesseln zu lassen." Vgl. weiter a.a.O. S. 232: "Im Laufe des Nachmittags hält David nochmals eine lange politische Rede über die Weltlage. A und O: die Koalition unserer Gegner müsse gesprengt werden, und jedes Mittel hierfür sei recht. Dies entspricht auch meiner Über-3) Es folgen im Or. einige Worte, die beim Übertragen nicht entzissert werden zeugung." konnten.

4. Entente: Jetzt "kein deutscher Friede". — Bethmann ohnmächtig. — Preußische Militärautokratie. — Lösung: Demokratie.

Wenn E[ntente] wüßte, daß von Deutschland Friede ohne A[nnexionen] und K[ontributionen] abgelehnt würde, würde sie ihn sofort aufs Schild erheben!

- 5. "Wir wollen . . .", "Wir brauchen . . ." — demgegenüber Schicksal der Völker. Selbstbestimmung "Befreiung". Ideologie.
- 6. "Sicherung" militärische: wenig oder gar keine Bedeutung. Friede nur Anbahnung der Sicherung. Politische Aufgabe. Keine Stachel!
- 7. Kurland, Litauen, Polen. Militärunion = Preußen an der Düna. Alles verloren. Stockholm. London.

Mittwoch, 23. Mai<sup>1</sup>). Rückreise: 7 Uhr in Berlin.

Donnerstag, 24. Mai. Erdrückender Haufen von Korrespondenz. Sinnlos, daß ich keine Hilfskräfte habe.

Freitag, 25. Mai. Nachmittags mit Winterfeldt bei Zimmermann. Bericht. Setze mein Ziel im Osten auseinander. — [Längere]<sup>1</sup>) Eingabe aus Wilna an Kanzler überreicht<sup>2</sup>).

Abends bei Stern. Mit Friedrich Naumann. Politische Hochschule<sup>3</sup>).

Sonnabend, 26. Mai. Vormittags Besprechung mit *Ebert*. Will nichts von einer litauischen Delegation wissen<sup>1</sup>). Bleibt immer der enge starrsinnige Kopf. — Paßregelung<sup>2</sup>). Dr. Siedler<sup>3</sup>).

Abends mit Südekum und Frau bei Frederich. Göhres neue Religionsgründung<sup>4</sup>)! Bei Kempinski. Prozeß.

Sonntag, 27. Mai. Mittags Besprechung mit Silvio Broedrich und Frau. Offensive Dünaburg — Peipussee!!? — Ich: Gefahr einer deutschen Revolution.

<sup>23. 5. 1917: 1)</sup> Von hier an wieder Eintragungen aus dem Notizkalender.

<sup>25. 5. 1917:</sup> ¹) Lesart unsicher. ²) Vgl. Winterfeldt S. 232 f. ³) Naumann beschäftigte sich um jene Zeit mit Vorarbeiten zur Gründung der Deutschen Hochschule für Politik; vgl. Theodor Heuss, Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit, Stuttgart und Tübingen 1949, S. 410 ff.

<sup>26. 5. 1917:

1)</sup> Gemeint ist vermutlich, daß litauische Sozialisten sich bemüht hatten, mit Hilfe deutscher Sozialdemokraten zu der Stockholmer Sozialistenkonferenz delegiert zu werden; diese Bemühungen wurden von David zweifellos unterstützt, von Ebert jedoch offenbar abgelehnt.

2) Es handelt sich wahrscheinlich um die Beschaffung von Reisepapieren für die deutsche Delegation nach Stockholm; vgl. 3. 5. 1917 (Anm. 3).

3) Dr. Adolf Siedler, Legationsrat im Auswärtigen Amt.

4) Wahrscheinlich eine Anspielung auf die Schrift: Paul Göhre, Der unbekannte Gott. Versuch einer Religion des modernen Menschen, Leipzig 1919, die zwar erst nach dem Krieg veröffentlicht wurde, jedoch bereits bei Kriegsausbruch als Manuskript vorgelegen hatte und zweieinhalb Jahre später von Göhre während eines Heimataufenthaltes noch einmal durchgearbeitet worden war; vgl. Göhres Vorwort a.a.O. Es ist anzunehmen, daß Göhre seine Freunde mit dem Manuskript bekannt gemacht hat.

Abends Besprechung mit C. Baake: Stockholm<sup>1</sup>).

Mittwoch, 30. Mai<sup>1</sup>). Kopenhagen: 9 Uhr Besprechung im Hotelzimmer 23 innerhalb der Delegation<sup>2</sup>). 10 Uhr im Lokal der Gewerkschaftlichen Kohlen-Einkaufsgesellschaft. Stauning, Andersen, Borgbjerg.

1 Uhr Frühstück bei Parvus<sup>3</sup>). Villa. Gespräch über Rußland.

½6 Heymann. Vertreter der Frankfurter Zeitung. Vertreter der Associated Press. Elsaß-Lothringen.

Abends Kaltmahl der dänischen Genossen im Tivoli. Rede. Diskussion, Legien usw.

Donnerstag, 31. Mai. Fahrt nach Klampenborg. Skodsborg. Jörgenson. — Ebert [weint]<sup>1</sup>). — Seltsame Stimmung: Gegensatz zwischen der schönen friedlichen Landschaft und der inneren Schwere des Krieges.

4 Uhr Besuch im Reichstag. — Elsaß-Lothringen: Ebert — Stauning — Borgbjerg.

Abends Tivoli allein, dann zwei Bulgaren: Pastukoff und [...]<sup>2</sup>). Friedensaussicht — Russenfreundliche Stimmung der Bulgaren — Ihr Glaube, daß in Rußland die Revolution kommen kann.

Freitag, 1. Juni. Vormittags: Langelinie<sup>1</sup>).

Abends bei Helphand. Sehr fröhlich. Gesang, Tanz.

Sonnabend, 2. Juni. 12 Uhr im Haus des Social-Demokraten1).

1 Uhr: Frühstück der Presse im Lokal der Langen Linie. Eingehendes Gespräch mit Borgbjerg.

7.45 [Uhr] Abfahrt nach Stockholm. Schlafraum mit fremdem Herrn; eng und unbehaglich. Stauning fuhr mit; prächtiger Mensch.

<sup>27. 5. 1917: 1)</sup> Vgl. 3. 5. 1917 (bes. Anm. 2 und 3); vgl. weiter Protokoll SPD-Parteiausschuß 26. 6. 1917 S. 1 ff. und Scheidemann, Memoiren II S. 6 ff.; zusammenfassende Darstellungen der Stockholmer Konferenzen bei Braunthal II S. 82 ff., Gankin/Fisher S. 582—703; Fainsod S. 124—164, Cole IV/I S. 44 ff.; Hildamarie Meynell, The Stockholm Conference of 1917, in: International Review of Social History 5. Jg./I und II (1960) S. 1 ff. und 202 ff.; vgl. auch Fischer S. 507 ff.

<sup>30. 5. 1917:</sup>¹) Die folgenden Aufzeichnungen waren nicht in Davids Notizkalender eingetragen, sondern auf lose Blätter.

²) Die neunköpfige deutsche Delegation zur Stockholmer Konferenz war nach Scheidemann, Memoiren II S. 7, erst am 1. 6. in Kopenhagen eingetroffen. Scheidemann selber und offenbar auch David und andere Delegationsmitglieder waren vorausgefahren.

³) Vgl. Scharlau/Zeman S. 263 f.

<sup>31. 5. 1917: 1)</sup> Lesart unsicher. 2) Name fehlt.

<sup>1. 6. 1917: 1)</sup> Straße in Kopenhagen.

<sup>2. 6. 1917: 1)</sup> Zentralorgan der dänischen Sozialdemokratie.

Sonntag, 3. Juni. Früh Ankunft in Stockholm. Albarda. Fotografen. — Troelstra.

Montag, 4. Juni. 10 Uhr erste Konferenz. Scheidemann in Diskussion mit van Kol. Branting. Troelstra. Energische Abfuhr der Schuldfrage durch Ebert<sup>1</sup>).

1 Uhr: Begrüßungsessen im Rosenbad.

5 Uhr: Besprechung in der Delegation. Ich soll antworten<sup>2</sup>).

Dienstag, 5. Juni. Vormittags: Arbeit am Referat1).

Nachmittags 5 Uhr: Finnen;  $Wiik^2$ ),  $Sirola^3$ ).  $6\frac{1}{2}$  Uhr: Trage meine Rede der Delegation vor.

Nachts 12 bis 1½ [Uhr]: Durcharbeiten der Rede.

Mittwoch, 6. Juni. 10 Uhr: Konferenz. Ich spreche zweieinhalb Stunden<sup>1</sup>). Starker Eindruck<sup>2</sup>). Unsere Leute sehr gehoben. Auch *Troelstra*. Stauning. Frau Bang<sup>3</sup>).

[Victor] Adlers scharfe Verurteilung der Wiener Regierung; "Verbrecherbande", "Präventivkrieg".

Nachmittags 5 Uhr: Delegationsberatung. Technische Behandlung des Fragebogens<sup>4</sup>). Wir werden weiter zum Angriff übergehen.

Abends Spaziergang in den Tiergarten. 10 Uhr Troelstra.

<sup>4. 6. 1917:</sup> ¹) Vgl. Scheidemann, Memoiren II S. 9 f. ²) Die deutsche Delegation hatte David ein Referat über die Kriegsschuldfrage übertragen; vgl. Scheidemann a.a.O. Das Referat wurde vom SPD-Vorstand als Broschüre herausgegeben: Eduard David, Wer trägt die Schuld am Kriege? Rede, gehalten vor dem holländisch-skandinavischen Friedenskomitee in Stockholm am 6. 6. 1917, Berlin 1917.

<sup>5. 6. 1917:</sup> ¹) Vgl. 4. 6. 1917 (Anm. 2). ²) Karl H. Wiik, finnischer Sozialist, Mitglied der finnischen Delegation zu den Stockholmer Verhandlungen. ³) Yrjö Sirola, Generalsekretär der finnischen Sozialdemokratischen Partei, schloß sich 1918 der Kommunistischen Partei an, war außenpolitischer Kommissar der Roten Finnischen Regierung.

<sup>6. 6. 1917:</sup> <sup>1</sup>) S. 4. 6. 1917 (Anm. 2). 2) Vgl. Scheidemann, Memoiren II S. 10: "Davids Rede hatte zweifellos einen tiefen Eindruck gemacht. Troelstra gab dem unverhohlen Ausdruck, indem er David seine Bewunderung aussprach." Dazu P. J. Troelstra, Gedenkschriften IV. Storm, Amsterdam 1931, S. 128: "In de tweede zitting hield David, in antwoord op de woorden van van Kol, een rede over de vraag van de schuld aan den oorlog, die van zijn standpunt meesterlijk moest worden genoemd en op allen indruk maakte." Hingegen schreibt der auf der Sitzung nicht anwesende radikale schwedische Sozialist Zeth Höglund, gestützt auf einen Bericht des Sekretärs des Ausschusses Engberg, Davids Rede habe durch ihren unverhohlenen Annexionismus alle Teilnehmer abgestoßen, Branting habe scharf aber beherrscht die schlimmsten Passagen zurückgewiesen und Ebert habe beschwichtigend eingegriffen; Zeth Höglund, Hjalmar Branting och hans livsgärning, Stockholm 1929, S. 186 f. 3) Nina Bang, führende dänische Sozialistin. Kongreßbüro hatte der deutschen Delegation einen Fragebogen vorgelegt, der, nach Scheidemann a.a.O. S. 7, "einem preußischen Geheimrat alle Ehre gemacht hätte"; vgl. auch 7. 6. 1917 (Anm. 1).

Donnerstag, 7. Juni. Vormittags Sitzung mit dem Komitee. Besprechung der Technik des Fragebogens<sup>1</sup>). Neutralität?

Nachmittags: Diktat meiner Rede<sup>2</sup>) angefangen.

Abends: Rosenbad. Mit Frau Bang auf der Terrasse des Operncafés.

Freitag, 8. Juni. Vormittags: Ausarbeitung des Memorandums I<sup>1</sup>).

Nachmittags Besprechung mit Georgier. Fortsetzung des Diktats meiner Rede. Abends im Sturenhof.

Sonnabend, 9. Juni. Vormittags Besprechung des Memorandums<sup>1</sup>) in der Delegation.

Nachmittags Besprechung mit Ägypter durch Sassenbach. Besprechung mit Perser.

Delegation: Verbindung und Brief an den A[rbeiter-] [und] S[oldaten-]R[at]. Diktat der Rede beendet.

Abends: Gemeinsames Essen ([Victor] Adler, Stauning, Frau Bang, Troelstra und Frau) im Opernrestaurant.

Sonntag, 10. Juni. Angebot des Waffenstillstandes seitens deutscher und österreichischer Heeresleitung<sup>1</sup>).

Dampferausflug mit Dr. Kolker und Frau nach Nynäs und Dalarö. Herrlich schöner Tag.

Montag, 11. Juni. Geburtstag! — 10 Uhr Besprechung mit S. Hasan Taquirade betreffend Persien.

<sup>7. 6. 1917: 1)</sup> Vgl. dazu Scheidemann, Memoiren II S. 10 f., der in der Datierung dieser Sitzung von David abweicht: "Am 8. Juni fand eine Komiteesitzung unter dem Vorsitz von Troelstra statt. Wir berieten die "Technik" des Fragebogens und stellten allerlei naheliegende Fragen. Da, um nur eines zu nennen, in dem Bogen nur von Belgien, Elsaß-Lothringen, Nordschleswig usw. gesprochen wurde, erkundigten wir uns sehr eingehend nach Irland, Ägypten, Indien, Marokko, Tripolis, Malta, Gibraltar usw. [...] Zum Schluß wurde auch noch die von mir schon im Referat angeregte, nunmehr aber bestimmt formulierte Frage dem Bogen hinzugefügt: Was haben Sie (an jede Sektion gerichtet) bisher zur Herbeiführung eines sozialistischen Friedens getan? [...] Am 10. Juni erhielten Dr. David, Hermann Müller und ich den ehrenvollen Auftrag, das Memorandum zu entwerfen als Antwort auf den Fragebogen. Dr. David schrieb zu der Frage I, Müller zu II und ich von III ab den Rest." Wortlaut des Memorandums bei Scheidemann a.a.O. S. 11 ff. 2) S. 4. 6. 1917 (Anm. 2).

<sup>8. 6. 1917:</sup> ¹) S. 7. 6. 1917 (Anm. 1).

<sup>9. 6. 1917: 1)</sup> S. 7. 6. 1917 (Anm. 1).

<sup>10. 6. 1917:</sup>¹) Im Mai 1917 hatten die Befehlshaber der Mittelmächte an der Ostfront den höheren russischen Kommandostellen in Dünaburg, in den Karpaten und in der Moldau Verhandlungen über einen Waffenstillstand vorgeschlagen. Vgl. Steglich S. 100.

 $10\frac{1}{2}$  [Uhr]: Delegationssitzung. Bericht über Besprechung des Komitees mit dem Franzosen  $Lafont^1$ ) und Unterredung Scheidemann — [Victor]  $Adler^2$ ).

Aussprache über die Frage unserer Abreise. Angesichts des Waffenstillstandes.

— Brief an den Arbeiter- und Soldatenrat. Besprechung des Memorandums<sup>3</sup>).

3½ [Uhr]: Sitzung mit dem Komitee: Elsaß-Lothringen.

7 Uhr: im Auto nach Saltsjöbaden, Dr. Kolker. Direktor Bockelmann: über Rußland.

Dienstag, 12. Juni. 10 Uhr: Komiteesitzung. Diskussion der Denkschrift<sup>1</sup>). Belgien.

5 Uhr Delegation: Internationale Entschädigung eingeschoben²), Diskussion.

Mittwoch, 13. Juni. 10 Uhr Komitee. Belgien. Entschädigung. Untersuchung<sup>1</sup>). 12 Uhr: [...]

Abends Opernrestaurant und Terrasse. Paquet<sup>2</sup>). Besuch im Reichstag bei Lindblad.

Donnerstag, 14. Juni. Arbeit an der Schuldbroschüre<sup>1</sup>).

Freitag, 15. Juni. Vormittags: Paßvisierung. Unglaubliche Schererei.

Mittags: Fahrt nach Saltsjöbaden auf Einladung Brantings. Dabei Troelstra und Frau. Frau Bang. Albarda. Huysmans. Adler. Engberg<sup>1</sup>). Vidnes<sup>2</sup>). Heimfahrt in der Nacht. Tolle Sache<sup>3</sup>). — Aber gute Wirkung.

<sup>11. 6. 1917:

1)</sup> Ernst Lafont, französischer sozialistischer Abgeordneter, hatte Victor Adler gegenüber den Wunsch geäußert, Scheidemann zu sprechen, war jedoch abgereist, ehe solch ein Treffen vereinbart werden konnte; vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 141 ff.; zur Person Lafonts vgl. Gankin/Fisher S. 588 und 790.

2) Das Gespräch bezog sich hauptsächlich auf das geplante Treffen Lafont — Scheidemann; s. Anm. 1. Scheidemann datiert die Unterhaltung mit Adler auf den 12. 6.

2) S. 7. 6. 1917 (Anm. 1).

<sup>12. 6. 1917:</sup> ¹) S. 7. 6. 1917 (Anm. 1). ²) Gemeint ist wahrscheinlich, daß der folgende Passus, vgl. Scheidemann, Memoiren II S. 12, dem Memorandum hinzugefügt worden ist: "Für Staaten, die aus eigener Kraft ihr durch den Krieg zerstörtes Wirtschaftsleben nicht wieder aufbauen können, kann internationale finanzielle Hilfe auf Grund gegenseitiger Vereinbarung vorgesehen werden."

<sup>13. 6. 1917: 
1)</sup> Bezieht sich auf die Diskussion des deutschen Memorandums; vgl. 7. 6. 1917 (Anm. 1), 12. 6. 1917 (Anm. 2) und Scheidemann, Memoiren II S. 19. 
2) Der Schriftsteller Alfons Paquet, Korrespondent deutscher Zeitungen.

<sup>14. 6. 1917: 1)</sup> S. 4. 6, 1917 (Anm. 2).

<sup>15. 6. 1917:</sup> ¹) Arthur *Engberg*, schwedischer Sozialist, Sekretär des Holländisch-Skandinavischen Komitees. ²) Jakob *Vidnes*, führender norwegischer Sozialist. ³) Vgl. Scheidemann, Memoiren II S. 19.

Sonnabend, 16. Juni. Arbeit an der Schuldbroschüre<sup>1</sup>). Lärm und Hitze.

Abends: Abreise von Ebert, Molkenbuhr, [Gustav] Bauer und [Richard] Fischer<sup>2</sup>).

Sonntag, 17. Juni. Arbeite an der Schuldbroschüre<sup>1</sup>) vormittags und abends. Mittags bei Gustaf Steffen. [...]

Montag, 18. Juni. Broschüre<sup>1</sup>)! Albert *Thomas* da. Frau *Bang* und *Stauning*. Berichten über ihre Unterredung. Beratung über Elsaß-Lothringen<sup>2</sup>). Ich empfehle direkte Fühlungnahme der Regierung durch Vorposten.

Abends: Konsul Goldbeck-Löwe<sup>3</sup>) aus Helsingfors. — Scheidemann abgefahren<sup>4</sup>).

Dienstag, 19. Juni. Vollendung der Broschüre<sup>1</sup>).

Nachmittags bei *Huysmans*. H. Müller. V. Adler: Elsaß-Lothringen<sup>2</sup>). Schlage direkte Fühlungnahme vor<sup>3</sup>). — Zweck und Form der Konferenz<sup>4</sup>).

16. 6. 1917: 1) Vgl. 4. 6. 1917 (Anm. 2). 2) Vgl. Scheidemann, Memoiren II S. 19.

17. 6. 1917: 1) Vgl. 4. 6. 1917 (Anm. 2).

1) Vgl. 4. 6. 1917 (Anm. 2). 18. 6. 1917: 2) Nach Scheidemann, Memoiren II S. 20 f., hatte Nina Bang ihm berichtet, Thomas sei "wütend" über das Memorandum der deutschen Delegation gewesen, insbesondere wegen der Behandlung der elsaß-lothringischen Frage. Daraufhin hätten Scheidemann, David und Hermann Müller mit Stauning diese Frage nochmals besprochen und Stauning und Frau Bang hätten darüber Thomas berichtet, der die im Memorandum enthaltenen Hinweise auf die historischen und ethnographischen Rechte Deutschlands und auf die zu neun Zehntel deutschsprechende Bevölkerung abgelehnt habe. "Nach langem Hin und Her" habe Thomas dann doch von einer "Arbitrage obligatoire après la guerre" gesprochen. "Uns schien der Vorschlag wenig glücklich zu sein", fährt Scheidemann fort, "trotzdem lehnten wir ihn nicht ab. Wir sagten uns, wenn der Krieg erst beendet ist. dann wird ihn bestimmt niemand wieder beginnen wollen wegen Elsaß-Lothringen. Wir hatten das sichere Gefühl, daß Elsaß-Lothringen für die Franzosen in verhängnisvoller Weise eine Prestigefrage geworden war, und daß deshalb ein Ausweg gesucht und gefunden werden müsse. Am nächten Tag versicherte Camille Huysmans, der mich zu sich gebeten hatte, daß Thomas sehr vernünftig gewesen sei." - Zur Haltung von Albert Thomas vgl. auch den unter der Überschrift "Albert Thomas gegen das deutsche Memorandum" im Vorwärts vom 21. 6. 1917 erschienenen Bericht aus Stockholm, der einen im dortigen Social-Demokraten veröffentlichten Artikel Thomas' wiedergibt und kommentiert. — Das Memorandum erklärt, a.a.O. S. 14, die "gewaltsame Erzwingung einer Rückgabe Elsaß-Lothringens wäre nichts anderes als eine Annexion" und fordert für die Elsaß-Lothringer die volle "Gleichberechtigung als selbständiger Bundesstaat innerhalb des Deutschen Reichs sowie den freiheitlichen demokratischen Ausbau seiner inneren Gesetzgebung und Verwaltung". -- Zur Haltung der SPD-Delegation in Stockholm zur Elsaß-Lothringen-Frage vgl. auch P. J. Troelstra, Gedenkschriften IV. Storm, Amsterdam 1931, S. 126. 3) Albert Goldbeck-Löwe war deutscher Vizekonsul in Helsingfors 4) Scheidemanns Memoiren enthalten keine Angabe über das Datum seiner Abreise aus Stockholm; da Scheidemanns Datierungen allgemein ungenau sind, läßt sich nicht feststellen, ob die von ihm geschilderten Unterhaltungen mit Frau Bang und Stauning, s. Anm. 2, am 17. 6. oder, wie David andeutet, am 18.6. stattgefunden haben, oder ob sich David bei der Angabe von Scheidemanns Abreisedatum geirrt hat.

19. 6. 1917: 
1) S. 4. 6. 1917 (Anm. 2). 
2) Vgl. 18. 6. 1917 (Anm. 2). 
3) Gemeint sind vermutlich, vgl. 18. 6. 1917, Sondierungsgespräche zwischen der deutschen und der französischen Regierung über Mittelsmänner. 
4) Gemeint ist entweder die Stockholmer Konferenz oder eine zukünftige Konferenz, die über das Schicksal Elsaß-Lothringens zu entscheiden hat.

Mittwoch, 20. Juni. Antwort an Albert *Thomas* betreffend Memorandum<sup>1</sup>). Aufnahme des Memorandums in Frankreich hoffnungslos.

Abends mit Sirola zusammen.

Donnerstag, 21. Juni. Mittags: Zum Essen mit [Hermann] Müller, Baake und Dr. Paquet bei Konsul Goldbeck-Löwe und Frau in deren Privatwohnung. Gute Kenner Finnlands.

Abends Rückreise Stockholm—Malmö, 7 Erwachsene und 4 Kinder. Eine schlimme Nacht. Verspätung.

Freitag, 22. Juni. Verspätete Ankunft in Malmö. Notdürftige Reinigung. Überfahrt auf Schiff. Schwierigkeit mit Gepäck. Wieder im Central-Hotel.

Abends bei Schlesinger<sup>1</sup>) und Frau, mit Hesselbecker<sup>2</sup>). Ich spreche offen über unsere Politik und die deutschen Verhältnisse.

Sonnabend, 23. Juni. Rückfahrt Kopenhagen—Berlin gut verlaufen. Schwierigkeit mit Gepäck bei Ankunft. Finde einen Berg von Briefen und Drucksachen. Arbeite bis 2 Uhr.

Sonntag, 24. Juni. Arbeite am Berg. —

Abends: Helene Grüneberg1) (Jugendkonferenz) bei mir.

Montag, 25. Juni. Vormittags: Helene Grüneberg<sup>1</sup>). Abreise. Geistig müde. 12 Uhr Dr. Köster: gebe ihm pessimistisches Bild.

Nachmittags: Köster und Baake. Kösters überraschende Mitteilung über Gespräch mit dem Kronprinzen: "liberale Anschauungen". Köster geht ins Große Hauptquartier zu Ludendorff.

Dienstag, 26. Juni. Fraktionsvorstand: Bericht für den Parteitag1).

Parteiausschuß2): Debatte über die Kreditverweigerung, wenn nicht Erklä-

<sup>20. 6. 1917: 1)</sup> Vgl. 18. 6. 1917 (Anm. 1) und 19. 6. 1917.

<sup>22. 6. 1917:

1)</sup> Wahrscheinlich Ernst Schlesinger, Vertreter des Kriegsausschusses für Fette und Öle bei der Deutschen Gesandtschaft in Stockholm und Kopenhagen.

2) Lesart unsicher; es ließ sich nicht feststellen, wer gemeint war.

<sup>24. 6. 1917: 1)</sup> Gemeint ist möglicherweise Helene Grünberg, Arbeitersekretärin in Nürnberg.

<sup>25. 6. 1917: 1)</sup> Vgl. 24. 6. 1917 (Anm. 1).

<sup>26. 6. 1917:

1)</sup> David war für den zum 14. bis 20. 10. 1917 einberufenen Parteitag mit der Berichterstattung über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion beauftragt worden; wegen seiner Belastung mit Arbeiten für die Stockholmer Konferenz konnte er jedoch nur den ersten Teil des Berichts (Der 4. August und die Kreditbewilligung) abfassen, der weitere Bericht stammt von Heinrich Schulz; vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1917 S. 63.

2) Vgl. den Bericht über die Partei-

rung der Regierung betr. Kriegsziele und Neuorientierung. Severing, Löbe, Auer<sup>3</sup>), Brey, Körner<sup>4</sup>), Keil: alle verdreht. Deprimierend. Scheidemann: Genie der Verschleimung.

7 Uhr mit Scheidemann beim Kanzler. Will Auskunft über Stockholm. Spreche meine sehr pessimistische Auffassung aus; verlange klares Bekenntnis zur russischen Plattform und innere Tat. Einzige Hoffnung noch Entwicklung der russischen Demokratie. Lege Abtastung in der elsaβ-lothringischen Frage nahe. — Memorandum-Vorschlag<sup>5</sup>).

Abends bei Frederich mit Ebert, Keil, Gradnauer, Zörgiebel<sup>6</sup>).

Mittwoch, 27. Juni. Vormittags: Gradnauer bringt seinen Entwurf der Denkschrift an Kanzler und Hauptquartier<sup>1</sup>); ich verarbeite ihn mit dem meinen. Nachmittags Konferenz der I[nternationalen] K[orrespondenz].

Abends Hermine bei mir. Ich stehe ganz unter dem Eindruck eines nahenden Verhängnisses. Schwere Sorge; kaum noch Hoffnung auf guten Ausgang. In was für innere Katastrophen werden wir dabei noch geraten!

Donnerstag, 28. Juni. Vormittags Besprechung und Fertigstellung der Denkschrift an den Kanzler<sup>1</sup>). Im wesentlichen einig. Fortfall der Erklärung des weiteren Durchhaltens.

Abends bei *Dernburg*. Liest mir seine Rede für den Schleswig-Holsteinischen Parteitag vor<sup>2</sup>). Äußere Ziele nahe den unseren. Innere Neuordnung ganz die unsere. — Gespräch über die Möglichkeit einer Katastrophe.

Freitag, 29. Juni. Vormittags: Dr. Gummerus, Finnländer, Privatdozent, Helsingfors. Eingehende Darstellung der finnischen Verhältnisse. Letztes Ziel: völlige Unabhängigkeit. — Mitteilung über das in Deutschland gebildete finnische Jägerbataillon, 1080, meist aus jungen Finnländern, die aus Finnland zu Wasser und zu Lande entflohen; gedacht als Kerntruppe für den revolutionären Widerstand gegen Rußland. — Idee gemeinsamen Vorgehens der Fremdstämmigen! Komitees im Ausland sollen nach Rußland gehen. — Dankt für die Anerkennung

ausschußsitzung vom 26. 6. 1917, in: Partei-Correspondenz 12. Jg. S. 197 ff. (7. 7. 1917).

3) Erhard Auer, Parteisekretär und Landtagsabgeordneter in München.

4) B. Körner, Parteiausschußmitglied für den SPD-Bezirk Pfalz.

5) Vgl. Quellen 1/I S. XXV und 27. 6. 1917 (bes. Anm. 1).

6) Karl Zörgiebel, sozialdemokratischer Parteisekretär in Köln.

<sup>27. 6. 1917: 1)</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 160 ff.; dort Wortlaut der von den Vorständen der Partei und der Reichstagsfraktion unterzeichneten Denkschrift; Wortlaut auch in: Partei-Correspondenz 12. Jg. S. 189 ff. (23. 6. 1917).

<sup>28. 6. 1917: 1)</sup> S. 27. 6. 1917 (Anm. 1). 2) Es handelt sich vermutlich um einen Kongreß der Fortschrittlichen Volkspartei, der jedoch nicht nachgewiesen werden konnte.

des finnischen Selbstbestimmungsrechts in unserem Memorandum<sup>1</sup>). Ich deute ihm an, daß Finnland selbst das Recht in Macht und Wirklichkeit umsetzen muß.

— Er geht nach Stockholm.

Abends: Lese bis 2 Uhr Zeitungen nach. D[eutsche] T[ages-]Z[eitung]! Unglaubliche Verblendung; geradezu verbrecherische Politik — und das darf geschrieben werden, indessen man die Frankfurter Zeitung unter Vorzensur stellt<sup>2</sup>).

Sonnabend, 30. Juni. 12—2 Uhr: Alfred Weber legt die Situation dar. Teilt mit, daß man den Plan eines aus Beamten und Parlamentariern gemischten Ministeriums erneut verfolge. Er selbst hat sich mit Schiffer verständigt. Graf Roedern¹), den er als politischen Kopf rühmt, ist dafür. Zimmermann müsse beseitigt werden. Helfferich habe den Kanzler ganz eingewickelt. Reichsamt des Innern müsse geteilt werden. Ob wir das mitmachen würden? — Ich teile seine Auffassung der gesamten Situation. Wir würden wohl mitgehen, wenn die neue Regierung sich zu einem klaren Bekenntnis auf die Petersburger Formel²) und zum gleichen Wahlrecht für Preußen versteht. —

5 Uhr: Mit Ebert, Scheidemann und Molkenbuhr im Reichsamt des Innern<sup>3</sup>): Helfferich, Richter, Wahnschaffe, Lewald. — Scheidemann, Ebert und ich legen die Notwendigkeit großer Schritte im Innern und in der Friedenspolitik dar, sonst Zusammenbruch. — Die Bürokraten spinnen ihren alten zähen Schleim. Hoffnungslos! Mit Scheidemann bei Schultheiß, Potsdamer Platz. Ich warne ihn, mit Ablehnung der Kreditvorlage zu liebäugeln.

Richter sagt mir nach der Sitzung unter vier Augen, daß er ganz meiner Meinung in der U-Boot-Sache gewesen sei und davor gewarnt hätte!

<sup>29. 6. 1917:</sup> ¹) Gemeint ist das von der deutschen Delegation dem holländisch-skandinavischen Friedenskomitee in Stockholm vorgelegte Memorandum, vgl. 7. 6. 1917 (Anm. 1). Der auf Finnland bezugnehmende Passus lautet: "Eine zweite Gruppe, für die das Selbstbestimmungsrecht der Nationen in Frage kommt, bilden diejenigen Völker, die ihre ehemalige Selbständigkeit verloren hatten, durch die Ereignisse des Krieges aber von der fremden Oberherrschaft sich befreit sehen. Das trifft zu für Kongreßpolen und Finnland. Die Anerkennung des Rechts der Selbstbestimmung darf ihnen nicht versagt werden." ²) Der politische Teil der Frankfurter Zeitung ist wegen der am 27. 5., 9., 10. und 24. 6. 1917 (jeweils 1. Morgenblatt) erfolgten Veröffentlichung einer Artikelfolge von Max Weber über den deutschen Parlamentarismus unter Präventivzensur gestellt worden; vgl. dazu die Ausführungen Payers in der Hauptausschußsitzung vom 3. 7. 1917, HA 163. Sitzung S. 130 f. und Frankfurter Zeitung 4. 7. 1917 (2. Morgenblatt).

<sup>30. 6. 1917:

1)</sup> Siegfried Graf von Roedern, hatte am 23. 5. 1916 Helfferich als Staatssekretär des Reichsschatzamtes abgelöst.

2) Die vom Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat erhobene Forderung "Friede ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen" hatten sich auch die deutschen Sozialdemokraten zu eigen gemacht; vgl. beispielsweise das Memorandum an den Reichskanzler, s. 27. 6. 1917 (Anm. 1).

3) Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 82 f.

Montag, 2. Juli.  $10\frac{1}{2}$  bis 4 Uhr: Konferenz der Parteiführer beim Reichskanzler<sup>1</sup>), Helfferich, Zimmermann, Roedern, Stein<sup>2</sup>), Capelle usw.<sup>3</sup>) Kanzler appelliert an Einigkeit, stahlharte Nerven usw., lehnt Bekenntnis zu Petersburger Friedensformel ab und bringt nichts von Neuorientierung. Versagt vollkommen. Alles war vergebens. Er ist im Hauptquartier offenbar gar nicht mit entschiedenen Vorschlägen gekommen. Der Geist Helfferichs spricht aus ihm. Ein unentschiedener bürokratischer Kleber. — Die Reden sämtlicher Parteien (Scheidemann, Payer, Dove, Müller-Meiningen, Spahn, Erzberger) außer den Konservativen (Westarp und Rösiche) atmen Pessimismus; sie scheinen sich innerlich stark unserer Friedensformel genähert zu haben. Aber sie schieben taktische Motive vor, um eine offene Erklärung abzulehnen. — Ich spreche spät, lange und sehr eindringlich. Man gibt mir unter vier Augen recht, aber — —. Das Schicksal geht seinen Gang. — Ich betone stark: Hier politisierendes Hauptquartier und hier Parlament; dazwischen hin und her pendelt der Kanzler.

Abends Deutsches Theater, Pallenberg als Zawadil. Einzige Leistung.

Dienstag, 3. Juli. Hauptausschuß<sup>1</sup>): Allgemeine Aussprache. Roedern<sup>2</sup>). Finanzielles zur Kreditvorlage. Zimmermann<sup>3</sup>): er ist wirklich unmöglich. Falscher Zungenschlag gegen Österreich<sup>4</sup>)! — Fall des Kuriers in Christiania<sup>5</sup>); die Marine trägt die Hauptschuld. Tolle Sache. — Burschikose Darstellung des Verhältnisses zu den einzelnen Neutralen<sup>6</sup>). Polemik gegen unsere Formel ganz nach der Schablone des Kanzlers und der anderen<sup>7</sup>). — Capelle tritt als unerschüttert auf und findet einige starke Töne<sup>8</sup>). — Helfferich<sup>9</sup>) löst wie immer das Große in eine Flut von Details auf. Unglaubliche Rechnerei. Politischer Zahlmeister, aber kein Menschenmeisterer.

In der Diskussion  $Ebert^{10}$ ), gute Begründung nach unserer Denkschrift.  $Erzberger^{11}$ ): rückt von den U-Boot-Leuten ab und kommt uns nahe.  $Payer^{12}$ ): Mischung guter starker Töne mit staatsmännischer Bescheidung.

[Alfred]<sup>13</sup>) Weber berichtet mir, die Frage der Parlamentsminister sei noch in der Mache<sup>14</sup>). Man habe Lust, sie in bescheidenerem Sinne zu lösen. — Fragt, ob ich bereit sei, ins Große Hauptquartier zu gehen, um Ludendorff direkt zu beeinflussen. — Schwierig. Vielleicht ist es besser, ich überlasse die Herren jetzt sich selber. Die Tatsachen müssen sie belehren.

<sup>2. 7. 1917:</sup>¹) Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 84 f.; Scheidemann datiert die Parteiführerbesprechung irrtümlich auf den 1. 7.; zur Datierung vgl. Notiz in Frankfurter Zeitung 3. 7. 1917 (2. Morgenblatt).

²) Gemeint ist entweder Hans Karl von Stein, Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern oder Hermann von Stein, preußischer Kriegsminister.

³) Vgl. Scheidemann a.a.O.: "Alle Staatssekretäre sind da bis auf Liesco [richtig: Lisco]."

<sup>3. 7. 1917: 

1)</sup> S. HA 163. Sitzung, 3. 7. 1917; vgl. Frankfurter Zeitung 4. 7. 1917 (2. Morgenblatt).

2) S. HA a.a.O. S. 5 ff.

3) A.a.O. S. 9 ff.

4) A.a.O. S. 41 ff.

5) In Norwegen war im Gepäck eines vom deutschen Admiralstab entsandten Kuriers eine große Menge von Bomben und Sprengstoff gefunden worden. Der Kurier wurde daraufhin von den norwegischen Behörden verhaftet, nach Protest der deutschen Regierung jedoch freigelassen; vgl. a.a.O. S. 17 f., vgl. weiter Schulthess 1917/II S. 637 f. und 1917/I S. 659, 665, 680 ff.

6) S. HA a.a.O. S. 13 ff.

7) A.a.O. S. 51 ff.

8) A.a.O. S. 58 ff.

9) A.a.O. S. 86 ff.

10) A.a.O. S. 68 ff.

11) A.a.O. S. 79 ff.

12) A.a.O. S. 123 ff.

13) In der Vorlage irrtümlich "Adolf".

14) Vgl. 30. 6. 1917.

## Mittwoch, 4. Juli. Vormittags Hauptausschuß<sup>1</sup>).

Nachmittags Fraktionssitzung<sup>2</sup>). Debatte, ob man die Vermehrung der städtischen Wahlkreise (Resolution der Fortschrittler, von *Gradnauer* angeregt)<sup>3</sup>) annehmen solle. *Landsberg* dagegen<sup>4</sup>)! Dafür 26, dagegen 41 Stimmen<sup>5</sup>). Betrübender Tiefstand des politischen Urteils. — Die ganze Sache von mir zuerst angeregt, nasses Stroh in der eigenen Partei, und jetzt nicht einmal dafür!

## Donnerstag, 5. Juli. Vormittags Hauptausschuß<sup>1</sup>).

Mittags Plenum: Kreditvorlage hinausgeschoben<sup>2</sup>).

Abends Fraktionssitzung<sup>3</sup>), allgemeine Debatte begonnen. Cohen[-Reuß]: Unter keinen Umständen bewilligen ohne Bedingungen. Üble Rede. Heine: Bewilligen, aber Forderungen. Alles auf einmal. Wüste Drohungen. Beschluß, eine Deputation zum Kanzler zu schicken. — Südekum über Erzbergers Pläne auf gemeinsame Beschlußfassung<sup>4</sup>). Ich bin zunächst sehr skeptisch.

Freitag, 6. Juli. Vormittags Hauptausschuß. Erzbergers entscheidende Rede<sup>1</sup>). Große Aufregung. Vorschlag einer gemeinsamen Kriegszielerklärung<sup>2</sup>).

Plenum: Die Vermehrung der städtischen Wahlkreise beschlossen. Regierung sagt zu<sup>3</sup>).

Nachmittags Besprechung der vier Parteien<sup>4</sup>) (Payer, Gothein<sup>5</sup>), Müller<sup>6</sup>), von Richthofen<sup>7</sup>), Junck<sup>8</sup>), Calker, Erzberger, Fehrenbach<sup>9</sup>), Spahn<sup>10</sup>), Ebert, Scheide-

<sup>4. 7. 1917:</sup> ¹) S. HA 164. Sitzung, 4. 7. 1917; vgl. Frankfurter Zeitung 5. 7. 1917 (1. und 2. Morgenblatt). ²) Vgl. Quellen 3/II Nr. 442. ³) Es handelte sich um einen in die Form einer Resolution gekleideten Antrag des Verfassungsausschusses auf Aufteilung der größeren Wahlkreise und Einführung des Verhältniswahlrechts in diesen Kreisen. ¹) Nach dem Fraktionsprotokoll, s. Anm. 2, plädierte Landsberg für Stimmenthaltung. ⁵) Abweichend im Fraktionsprotokoll, s. Anm. 2: "Der von einigen Rednern gestellte Antrag, den Kommissionsantrag [s. Anm. 3] abzulehnen, wurde mit großer Mehrheit gegen 19 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Landsberg auf Stimmenthaltung wurde mit 37 gegen 26 Stimmen abgelehnt."

<sup>5. 7. 1917:

1)</sup> S. HA 165. Sitzung, 5. 7. 1917; vgl. Frankfurter Zeitung 6. 7. 1917 (1. und 2. Morgenblatt).

2) Die Beratung einer weiteren Kreditvorlage war auf Antrag von Spahn, gegen den Widerspruch der Unabhängigen Sozialdemokraten, vertagt worden; s. Sten. Ber. Bd. 310 S. 3503 f.

2) Vgl. Quellen 3/II Nr. 443.

4) Im Fraktionsprotokoll, s. Anm. 3, nicht vermerkt., vgl. Quellen 1/I S. XXXII.

<sup>6. 7. 1917: 1)</sup> S. HA 166. Sitzung, 6. 7. 1917, S. 43 ff.; vgl. Quellen 3/II Nr. 444. 2) Vgl. Quellen 1/I S. XXVIII ff. 3) S. Sten. Ber. Bd. 310 S. 3507 ff.; Abstimmung S. 3523, Zustimmung Helfferichs S. 3508. 4) Vertreter der Nationalliberalen, der Fortschrittlichen Volkspartei, der Sozialdemokraten und des Zentrums. — Über Charakter, Zusammensetzung und Arbeitsweise des Interfraktionellen Ausschusses, der sich am 6. 7. 1917 konstituierte, vgl. Quellen 1/I S. XXXV ff. Zur Sitzung am 6. 7. 1917 vgl. a.a.O. S. 3 ff. 5) Georg Gothein, Fortschrittliche Volkspartei. 7) Hartmann O. H. F. Freiherr von

Die Friedensresolution 7. 7. 1917

mann, Südekum, David). Beschluß auf 1. Gemeinsame Friedenszielresolution<sup>11</sup>); 2. Umgestaltung der Regierung. Subkommission: Richthofen, Gothein, David: Entwurf einer Resolution.

Abends beim Kanzler<sup>12</sup>): Hoch, Hoffmann[-Kaiserslautern], Ebert, Scheidemann, David. Hoch — schmiegsam — zäh. Hoffmann: geriebener Doktrinär. Kanzler schlau und schmiegsam.

Sonnabend, 7. Juli. Vormittags Hauptausschuß<sup>1</sup>). Kanzler anwesend. Attacke: Capelle und Westarp<sup>2</sup>), demgegenüber Erzberger<sup>3</sup>). — Von uns spricht Scheidemann<sup>4</sup>); gut. — Kanzler führt seinen gewohnten Tanz auf<sup>5</sup>).

Vorher im Zimmer Spahns Besprechung der "Verschwörer<sup>6</sup>)". Mit den Nationalliberalen sieht es flau aus. Auch Zentrum? —

Mittags: Curt Hahn.

Nachmittags Besprechung der vier Parteien<sup>7</sup>). Resolution scheint nicht auf großen Widerstand zu stoßen. Jedoch Nationalliberale? — Payer soll Kanzler informieren<sup>7</sup>).

Fraktionssitzung<sup>8</sup>): Bericht über Besprechung mit dem Kanzler. Verlesung der Resolution. Große Überraschung und Freude. Danach: Frau Professor Richter.

Sonntag, 8. Juli. 12 bis  $2\frac{1}{2}$  [Uhr]: Dritte Besprechung der vier Parteien¹). Mitteilung, daß der Kanzler den Kaiser gegen das parlamentarische System scharf macht und die Rückreise Ludendorffs und Hindenburgs, die gekommen waren, um mit dem Parlament Fühlung zu nehmen, ins Hauptquartier veranlaßt habe. Große Entrüstung. Entschluß, den Mann unschädlich zu machen. Ablehnung des Gedankens, ihm den Vortritt mit der Erklärung zu lassen. Das Parlament darf sich nicht mit ihm diskreditieren. Verständigung über den Wortlaut. Keine wesentlichen Änderungen. Die Nationalliberalen stark uneinig. Ihnen ist es in erster Linie um Beseitigung Bethmanns und parlamentarische Regierungsbildung zu tun.

Curt Hahn als Mittelsmann<sup>2</sup>). Aufgeregt.

Korrektur der Schuldbroschüre<sup>3</sup>).

Richthofen, nationalliberal. 8) Dr. Johannes Junck, nationalliberal. 9) Constantin Fehrenbach, Zentrum. 10) Dr. Peter Spahn, Zentrum. 11) Vgl. Quellen 1/I S. 3 ff. 12) Vgl. Bredt S. 75.

<sup>7. 7. 1917:

1)</sup> S. HA 167. Sitzung, 7. 7. 1917; vgl. Frankfurter Zeitung 8. 7. 1917 (1. Morgenblatt) und 9. 7. 1917 (Morgenblatt).

2) Der Angriff war hauptsächlich gegen Erzbergers am Vortage im Hauptausschuß gehaltene Rede gerichtet; s. HA a.a.O. S. 4 ff. und 14 ff. (Capelle) und 34 ff. (Westarp).

3) A.a.O. S. 10 ff.

4) A.a.O. S. 23 ff.

5) A.a.O. S. 59 ff.

6) Vgl. Quellen 1/I S. 13.

7) Vgl. Quellen 1/I S. 14 ff.

8) Vgl. Quellen 3/II Nr. 445.

<sup>8. 7. 1917: 1)</sup> Vgl. Quellen 1/I S. 17 ff. 2) Es handelt sich um den Vorschlag, Bethmann Hollweg durch Prinz Max von Baden abzulösen; vgl. Quellen 2 S. XVI ff. 3) S. 4. 6. 1917 (Anm. 2).

Montag, 9. Juli. Hauptausschuß<sup>1</sup>). Stresemann schroff gegen den Kanzler<sup>2</sup>); kein Vertrauen mehr<sup>3</sup>). — Kanzler: lange Rede<sup>4</sup>) ohne Wirkung. — David<sup>5</sup>): Kriegszielerklärung und neue Männer. Warum hat der Kanzler Ludendorff und Hindenburg zurückgeschickt? Warum nicht beim Kaiser dafür eingetreten<sup>6</sup>)? — Er antwortet nicht. — Ich trage amerikanische Sache vor<sup>7</sup>). Erzberger<sup>8</sup>) und Fehrenbach<sup>9</sup>) bleiben fest. — Die Krisis ist verschärft. In normalen Parlamenten müßte die Regierung sofort gehen.

Nachmittags: 1. Besprechung mit August Müller: Lehmann<sup>10</sup>) absetzen! 2. Dann mit Oberstleutnant von Haeften<sup>11</sup>), Vertrauensmann von Ludendorff. Ich gieße ihm reinen Wein ein. Er ist für gründliche Änderung des Systems; organische Einheit zwischen Volksvertretung und Parlament. 3. Verhandlung der vier Parteien<sup>12</sup>). Die Nationalliberalen wollen die Resolution nicht vor der Änderung des Regierungssystems schlucken; sind aber bereit, einer Regierung beizutreten, die sie als Grundlage für die Friedenspolitik akzeptiert, und ihr das Vertrauen auszusprechen. Gegensatz zwischen Ebert und mir; Ebert besteht darauf: erst Erklärung, dann Regierung. 4. Fraktionsvorstandssitzung darüber. Proletarische Enge und Starre; Haften an Worten und Formeln. 5. Fraktionssitzung<sup>13</sup>): nur Mitteilungen über die Situation. Ebert berichtet optimistisch.

Dienstag, 10. Juli. Vormittags Hauptausschuß vertagt<sup>1</sup>), da keine verhandlungsfähige Regierung. — Desgleichen Verfassungsausschuß. Ich informiere demgemäß die Presse.

Gespräch mit *Daszynski* über Polen: Extrem düstere Darstellung. Die deutsche Verwaltung verdirbt alles.

Nachmittags Besprechung der vier Fraktionen<sup>2</sup>) nebst Polen, Elsässern und Welfen. Die Polen enthalten sich, offenbar ihrem Ideal Großpolen zuliebe.

Gespräch mit C. Hahn: wir sollten niemals im Ausschuß die [Verbindung]<sup>3</sup>) mit Ludendorff verlangen. — Ich sage ihm, daß der Sturz des Kanzlers von dort aus erfolgen muß.

<sup>9. 7. 1917:</sup> 1) S. HA 168. Sitzung, 9. 7. 1917; vgl. Frankfurter Zeitung 10. 7. 1917 (1. Morgen-2) HA a.a.O. S. 1 ff. 3) Vgl. a.a.O. S. 13: ,,[Stresemann] wirft die Frage auf, ob der blatt). heutige Reichskanzler überhaupt den Frieden schließen könne, oder ob er durch seine Stellungnahme in den drei Kriegsjahren derartig belastet sei, daß es gerade ihm am schwersten werden würde, mit unseren Gegnern zum Frieden zu kommen. Bei den Leitern der Geschicke in den Vereinigten Staaten bestehe ein derartiges Mißtrauen gegen die Politik des Reichskanzlers, daß dieser vielleicht ein Hindernis eines Friedensschlusses mit den Vereinigten Staaten sei." <sup>5</sup>) A.a.O. S. 49 ff. 6) Vgl. a.a.O. S. 52 (David): "Es genüge nicht, daß der Reichskanzler zwischen der Obersten Heeresleitung und dem Volke wie ein Perpendikel hin- und herpendele. Das sei kein genügender Kontakt, dabei könnten zu leicht Mißverständnisse entstehen. Warum habe man die Herren der Obersten Heeresleitung bei ihrer Anwesenheit in Berlin nicht, wie es gewünscht wurde, in irgendeiner Form mit den Parlamentariern in Verbindung treten lassen? Habe der Reichskanzler, der erkläre, daß es nicht seine Schuld sei, diesen Wunsch an die höchste Stelle weitergegeben und dem Kaiser die Nützlichkeit einer solchen Fühlungnahme klar-7) Geht aus dem Protokoll nicht hervor. 8) A.a.O. S. 57 ff. 10) Spottname für Kaiser Wilhelm II. 11) Oberst Hans von Haeften, Leiter der militärischen Stelle des Auswärtigen Amtes. <sup>12</sup>) Vgl. Quellen 1/I S. 22 ff. 13) Vgl. Quellen 3/II Nr. 446.

Gespräch mit Payer. Berichtet und empfiehlt einen Reichskronrat mit fünf Parlamentariern. Ist gegen die parlamentarische Regierungsbildung; Rettung Bethmanns. Demgegenüber betone ich Notwendigkeit richtiger parlamentarischer Minister. — Ebert, der zum Kanzler geht<sup>4</sup>), versagt darin auch; ich suche ihm die Bedeutung der Regierungsumbildung klarzumachen.

Abends Fraktionssitzung<sup>5</sup>). [Benagen<sup>6</sup>)] an der Resolution durch *Hoch* und andere. Immer dasselbe Bild. — Debatte über das parlamentarische System. *Ebert* spricht dafür, dagegen *Cohen[-Reuß]*, *Heine* usw.<sup>7</sup>)

Mittwoch, 11. Juli. Vormittags Besprechung in der Wandelhalle mit Ebert, Scheidemann, Fischbeck, Waldstein<sup>1</sup>), Müller-Meiningen, später mit Erzberger. Mein Vorschlag: Staatssekretäre ohne Portefeuille als ständige Mitglieder ins Kollegium.

Im Auto nach Derfflingerstraße. Besprechung mit C. Hahn: Hauptquartier will liberalen Kanzler.

Nachmittags Besprechung der drei Fraktionen<sup>2</sup>) über die Parlamentarisierung. Payers Generalkriegsrat. Südekum: parlamentarischer ständiger Kontrollrat. — Mein Vorschlag mehr Widerspruch als Zustimmung. Kein klarer Entschluß. Plan, zum Kaiser zu gehen.

7 Uhr Aussprache mit Oberstleutnant von Haesten; Mitteilung, daß Ludendorff und Hindenburg mit dem Kanzler nicht weiter arbeiten wollen. Besprechung der ganzen Lage. Ich empfehle, den Kanzler die Krisis austragen zu lassen, falls nicht sehr rasch die ideale Lösung mit einem neuen Mann möglich sei. Bedingung, daß der neue Mann sich auf das innere und äußere Programm der Mehrheit stellt.

 $12~{\rm Uhr}$  Telefonnachricht vom Direktor des Reichstags, ich solle morgen um  $10~{\rm Uhr}$  zum Kronprinzen kommen.

Donnerstag, 12. Juli. Vormittags 10—11 1/4 Uhr Aussprache mit dem Kronprinzen¹) im Palais Unter den Linden. Macht einen viel besseren Eindruck, als

<sup>10. 7. 1917: 1)</sup> Vgl. Frankfurter Zeitung 11. 7. 1917 (1. Morgenblatt). 2) Vgl. Quellen 1/I S. 28 ff. 3) Lesart unsicher. 4) Am 10. 7. empfing der Reichskanzler verschiedene Parteiführer; vgl. Frankfurter Zeitung 11. 7. 1917 (2. Morgenblatt) und Quellen 3/II Nr. 447. 5) Vgl. Quellen 3/II Nr. 447. 6) Lesart unsicher. 7) Heine und Cohen-Reuβ hielten im Gegensatz zu Ebert eine Parlamentarisierung ohne sofortigen Regierungswechsel nicht für erstrebenswert; s. Anm. 5.

<sup>11. 7. 1917:</sup>¹) David Felix Waldstein, Reichstagsabgeordneter der Fortschrittlichen Volkspartei.

²) Vgl. Quellen 1/I S. 34 ff. — Davids Terminus "Besprechung der drei Fraktionen" ist irreführend, da Vertreter von vier Parteien an dieser Sitzung teilnahmen. Allerdings erschien nach Schiffers vergeblichem Versuch, eine Änderung des sich zum Verzicht auf Gebietserweiterungen bekennenden Passus zu erreichen, die künftige Mitarbeit der Nationalliberalen an der Friedensresolution zweifelhaft; vgl. dazu auch Quellen 3/II Nr. 446.

<sup>12. 7. 1917: 1)</sup> Am Vormittag des 12. 7. hatte Kronprinz Wilhelm nacheinander führende Vertreter der Fraktionen empfangen; s. Frankfurter Zeitung 12. 7. 1917 (Abendblatt); vgl. auch

ich dachte<sup>2</sup>). Erste Frage, wie ich über einen Kanzlerwechsel denke. Antwort: unsere Aktion ging nicht darauf aus; wir hatten zwei andere große Gründe und Ziele. Aber in den letzten Tagen verstärkt sich die Auffassung, daß in der Person des Kanzlers ein Hindernis für die Anbahnung von Friedensverhandlungen liegt; frühere Reden, Amerika, Christiania<sup>3</sup>). Ich entscheide nicht, ob schwerwiegend genug; unsere Diplomatie sollte es wissen. Jedenfalls sollte der Kredit der Regierung durch Garanten des Reichstags gestützt werden. Staatssekretäre mit oder ohne Amt.

Lege weiter, von Fragen ausgehend, unsere Auffassung über die Bedeutung unserer Friedensformel dar; "Verzichtfriede" für die Entente [...] Sieg Deutschlands<sup>4</sup>). Mitteleuropa. Sprengung der Koalition. — Leitende Idee einer "Friedenskoalition" gegen die Koalition der Kriegstreiberregierungen: eigenes Volk, Verbündete, Neutrale, russische Demokratie (teile das Neueste über die russische Delegation in Stockholm mit), Friedensströmung in England, Frankreich usw. Unterdrucksetzung der Lloyd George usw. — Schwächezeichen? Jetzt noch stark genug. Militärische Lage und U-Boote.

Schaffung neuer Stärke durch Erschließung der demokratischen Kraftquellen. — Volkskönigtum setzt eine Volksregierung voraus. Entwickle Wesen und Vorteil des parlamentarischen Systems. Nicht gegen die Kronrechte, sondern gegen die souveräne Machtstellung der leitenden Bürokratie. Umbildung der Reichsregierung notwendig. Zwei zusammenhanglose Maschinen, gänzlich veraltetes System.

Kronprinz hört alles sehr interessiert an, fragt nicht ungeschickt und verlängert von sich aus das Gespräch immer wieder. Habe das Gefühl, daß er aufnahmefähig und willig ist.

Treffe auf dem Heimweg Scheidemann und berichte ihm. Er und Ebert haben gestern abend mit Helfferich, Zimmermann und Wahnschaffe lange Unterredung gehabt. Die drei sind bockbeinig gegen das parlamentarische System. Zimmermann muß gehen.

Nachmittags Besprechung der drei Parteien<sup>5</sup>). Abscheidung der nationalliberalen Dissidenten; Eberts Bockigkeit. — Frage der Parlamentarisierung: Payer und Ebert für den Kronrat. Ich für Staatssekretäre ohne Amt. Langes Hin- und Herreden. Einig im Ziel, aber Auseinanderfallen über die rasche Realisierung. Hinter Payer steckt offenbar Bethmann usw.

Quellen 3/II Nr. 447 a. b. (Anm. 14) und 448 a, sowie Quellen 1/I S. 56 (Anm. 28); vgl. weiter Davids Ausführungen in WUA 7/I S. 137 f. und Bredt S. 79.

2) Vgl. Hanssen S. 229, der über eine Mitteilung Keils berichtet, David habe sich über eine Stunde mit dem Kronprinzen unterhalten und von ihm einen glänzenden Eindruck gewonnen, er sei weit intelligenter als David gedacht habe.

3) S. 3. 7. 1917 (Anm. 5).

4) Gemeint ist, daß das, was in Deutschland als "Verzichtfrieden" gilt, für die Entente den "Sieg Deutschlands" bedeute; vgl. dazu 14. 7. 1917.

5) Vgl. Quellen 1/I S. 47 ff. — Vertreter der Nationalliberalen nahmen anfangs an dieser Besprechung teil, schieden aber während der Sitzung aus dem Interfraktionellen Ausschuß aus; a.a.O. S. 48, vgl. auch a.a.O. S. XXXVII.

- Freitag, 13. Juli. ½10 [Uhr]: Besprechung der drei Parteien¹). Beschluß, mit Ludendorff und Hindenburg nur zusammen zu verhandeln. Ich verhindere, daß man den Hauptausschuß zu materieller Beratung kommen läßt. Diskussion, dagegen Ebert. Informiere Mendel für die B[erliner] Z[eitung] gegen die verwirrende Notiz des B[erliner] T[ageblatts]²).
  - 10 Uhr Hauptausschuß. Vertagt wegen ungeklärter Lage³).
- 12 Uhr Besprechung mit C. Hahn, der den Prinzen Max von Baden als Kandidat empfiehlt<sup>4</sup>). = Frau Richter.
- 3 Uhr Plenum<sup>5</sup>). Danach Besprechung mit unseren Presseleuten und Heilmann.
- 4 Uhr Besprechung der Parteien<sup>6</sup>). Beschluß, dem Kaiser unser Programm mitzuteilen. Kein neuer Mann, der es nicht akzeptiert. Ludendorff und Hindenburg wollen die Parteien einzeln hören<sup>7</sup>), nachdem gegen Gesamtberatung aller Parteien von uns Einspruch erhoben.
- 5—7 Uhr Volkspartei, Sozialdemokraten und Zentrum<sup>8</sup>). Nur allgemeine Information. Das 8-Uhr-Abendblatt bringt die Resolution. Beschluß, den letzten Text der Presse zu geben. Diskussion. Nachts Inhibierung. Südekum [und] Ludendorff<sup>9</sup>).

Sonnabend, 14. Juli. 11 Uhr Besprechung der drei Fraktionen<sup>1</sup>). Schilderung des Hergangs in der Nacht durch Südekum<sup>2</sup>). Erzberger war eben bei Ludendorff; hatte den Eindruck, daß die Sache abgeschlossen. Demgegenüber Payer, erregt über seine Übergehung. Mißverständnis. Er hatte bei Wahnschaffe Aussprache der Mehrheitsparteien über die Resolution mit Ludendorff und Hindenburg angeregt.

— Der neue Mann: Michaelis — ganz über den Kopf des Reichstags.

<sup>1)</sup> Vgl. Quellen 1/I S. 62 ff. — Die Nationalliberalen nahmen an dieser Be-13. 7. 1917: sprechung nicht mehr teil; vgl. 12. 7. 1917 (Anm. 5). 2) Wahrscheinlich ist die Meldung aus Kopenhagen in: Berliner Tageblatt 13. 7. 1917 (Morgenausgabe) gemeint, Borgbjerg und Nina Bang hätten einen Aufruf "ihrem Blatt übermittelt", demzufolge der Arbeiter- und Soldatenrat zu "einer internationalen sozialistischen Friedenskonferenz in Stockholm für den August 1917" eingeladen habe, Grundlage des Konferenzprogramms würden "die Aufrufe des Arbeiter- und Soldatenrats, wie sie zuletzt in der Antwort des russischen Exekutivkomitees vom 10. Juni auf das Schreiben der deutschen Sozialdemokratie zusammengefaßt wurden", bilden. 10.05 Uhr eröffnete Sitzung wurde auf Antrag Eberts um 11 Uhr vertagt; s. HA 170. Sitzung, 4) Vgl. 8. 7. 1917 (Anm. 2). 
5) S. Sten. Ber. Bd. 310 S. 3559.
7) Vgl. die Meldung der Frankfurter Zeitung 14. 7. 1917 (1. Morgen-13. 7. 1917, S. 1 und 19. 6) Vgl. Quellen 1/I S. 67 ff. blatt), Hindenburg und Ludendorff seien "auf Besehl des Kaisers in Berlin eingetroffen, um mit den Führern der Parteien [...] über die Kriegszielresolutionen [sic!] Rücksprache zu nehmen"; vgl. dazu 8, 7, 1917 und 9, 7, 1917. — Zur Besprechung der Sozialdemokraten mit Hindenburg und Ludendorff vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 92 ff. (von Scheidemann wird die Bespre-8) Vgl. Quellen 1/I S. 70 (Anm. 16) und S. 71 f. chung falsch auf den 14. 7. datiert). Andeutungen beziehen sich auf Vorgänge bei der Veröffentlichung der Resolution: Südekum hatte sich auf Anraten Davids an Ludendorff gewandt und vergeblich seine Zustimmung zur Veröffentlichung durch WTB erbeten. Von Scheidemann war jedoch schon vorher die Publizierung im Vorwärts veranlaßt worden. Vgl. Quellen 1/I S. 72 (Anm. 11) und S. 84 (Anm. 6).

<sup>14. 7. 1917:

1)</sup> Vgl. Quellen 1/I S. 84 ff. — An der Sitzung nahmen außer den Vertretern der Fortschrittlichen Volkspartei, des Zentrums und der Sozialdemokraten auch zwei Vertreter der

4 Uhr Besprechung mit Professor Weber<sup>3</sup>). Urteil über den neuen Mann ziemlich kritisch. Rät zu starkem Festhalten an der Resolution; auch meine Meinung.

 $5\frac{1}{4}$  bis  $\frac{1}{2}8$  Uhr Aussprache der Mehrheitsvertreter (Payer, Gothein, Fischbeck, Haußmann, Erzberger, Ebert, Scheidemann, David) mit Hindenburg, Ludendorff, Michaelis, Helfferich und Wahnschaffe im Garten des Reichsamtes des Innern<sup>4</sup>). — Zuerst einzelne Gruppen. Ich erkläre Ludendorff die Bedeutung unserer "Verzichtformel" = Mittel, die Entente-Regierungen an den Verhandlungstisch zu bringen, und Schutzformel.

Michaelis bekennt, daß er als gewöhnlicher Zeitgenosse neben der Politik hergegangen sei; habe die gemeinsame Formel noch nicht gekannt; aber angenommen, daß die Oberste Heeresleitung sich mit uns darüber verständigt habe (!); sehe sich jetzt vor einer schwierigen Situation; entweder Gegensatz zur Obersten Heeresleitung oder zur Reichstagsmehrheit. Schlägt vor, er wolle seinerseits eine Erklärung abgeben; wir sollten dann unsere Formel fallenlassen. — Diskussion. David: Das ist unmöglich; die [Sozialdemokratische]<sup>5</sup>) Arbeitsgemeinschaft würde sie sofort aufnehmen; wir müßten dann gegen unsere eigene Resolution stimmen — Harakiri. Auch keine Änderung mehr möglich. Bedeutung der Formel. Unbedingt notwendig, daß der neue Kanzler sich klar auf gleichen Boden stelle.

Auch Payer und Erzberger, Gothein, Haußmann, Südekum verteidigen die Formel. Änderung unmöglich.

Hindenburg: Möchte Vergewaltigung<sup>6</sup>) heraushaben. Mehr Kraftbewußtsein und Pfeffer hineinhaben. Fürchtet Gefährdung der Stimmung im Heer.

Helfferich der Vielgewandte schlägt vor, der Kanzler solle mit uns seine Erklärung vereinbaren und man könne dann durch Übergang zur Tagesordnung die Sache kurz beenden. Michaelis und Erzberger halten das für möglich. — Ich?) weise auf die große Gefahr hin, in die wir geraten würden, wenn Michaelis versuchen würde, eine mittlere Linie zu finden und den Konservativen die Zustimmung ermöglichte; es würde die gleiche Zweideutigkeit, mit der Bethmann die Situation verdorben. Der Schein würde erweckt, als ob Bethmann gefallen sei, weil er endlich die klare Verständigungsformel akzeptierte; gefallen durch den Einfluß der Obersten Heeresleitung; der Verdacht, daß dort annexionistische Wünsche herrschen, sei bestätigt. Michaelis = Mann der Annexionisten; damit wäre der Einigungsversuch völlig gescheitert; die schlimmsten Konsequenzen würden eintreten. Befürchtungen Hindenburgs, daß die Formel den Geist des Heeres schwächen könne, nicht zutreffend; bei 90% würde das Gegenteil eintreten. Stärkung der Verteidigungsentschlossenheit, wenn's sein müßte. Verbündete: demokratisches Rußland. Im andern Fall kein einheitliches Durchhalten mehr möglich.

Beschluß: Michaelis will uns Dienstag die betreffenden Passagen seiner Rede vorlegen. — Ludendorff entgegnet mir beruhigend, Bulgarien und Österreich würden fest bleiben. — Draußen Menschenmenge.

Deutschen Fraktion teil. 2) Vgl. 13. 7. 1917 (Anm. 9). 3) Gemeint ist entweder Max oder Alfred Weber, vermutlich letzterer; vgl. 3. 7. 1917. 4) Vgl. Quellen 1/I S. 87 ff. 5) In der Vorlage: "sozialistische". 6) Vgl. Entwürfe und endgültige Fassung der Friedensresolution, Quellen 1/I S. 110 ff. 7) Vgl. a.a.O. S. 90 f.

Sonntag, 15. Juli. 10 Uhr interfraktionelle Besprechung<sup>1</sup>). — Kandidatur Hintze für das Auswärtige Amt zu bekämpfen<sup>2</sup>). — Direktiven für die Presse, namentlich die liberale, zu schaffen. — Payer soll mit Wahnschaffe sprechen betreffend Donnerstag-Verhandlung<sup>3</sup>). Mehrheit entschlossen, fest zu bleiben.

Montag, 16. Juli. 10 Uhr interfraktionelle Besprechung<sup>1</sup>). Bruhn<sup>2</sup>) berichtet über die gestrige Besprechung der Minderheitsvertreter mit dem Kanzler und den Herren der Obersten Heeresleitung<sup>3</sup>). Man sucht eine Brücke; Schiffer dafür, Westarp dagegen. Die Deutsche [Fraktion<sup>4</sup>)] konzentriert sich rückwärts; Bruhn selbst erklärt, daß er gegen die Resolution stimmen werde. Verabschiedet sich aus dem Komitee<sup>5</sup>).

Beschluß, die Resolution beim Reichstag einzubringen mit den Unterschriften des Komitees gegen Payer und Mayer-Kaufbeuren<sup>6</sup>). Erzberger scheint noch entschlossen zu sein. Jedoch? — 11½ Uhr: Parvus aus Stockholm angekommen<sup>7</sup>). Berichtet, daß die Russen sehr vernünftig; sie lehnen mit uns die Erörterung der Schuldfrage ab und treten den Franzosen auch in der Elsaß-Lothringen-Frage entgegen. Rosanow<sup>8</sup>) sei geradezu deutschfreundlich. Parvus redet uns zu, die Forderungen der Russen: Bindung der Delegation auf die Anerkennung der Beschlüsse, anzuerkennen. Diskussion. Ist in so allgemeiner Form unmöglich. Muß auf den Grundgedanken: Friede ohne Annexionen und Kontributionen und Einwirkung in diesem Sinne auf die Regierung<sup>9</sup>) eingeschränkt werden.

 $12\,{}^{1\!\!}/_{\!\!2}$  Uhr: Ich gebe  $Guttmann^{10})$  Orientierung für die Presse. Dann Heilmann. Mittelweg kein Ausweg.

 $2\frac{1}{2}$  Uhr: C. Hahn bei mir: Wir sollen nachgeben usw. 7 Uhr: Aussprache mit Prinz Max von Baden im Hause Oppenheimer, Tiergartenstraße 8a; dabei Frau Richter und Curt Hahn. — Lege wieder mal die ganze Situation der Entscheidung über die legale Umgestaltung oder Zusammenbruch, Niederlage und Revolution. Aussprache über parlamentarisches System. Der Prinz ist verständig und dem Neuen zugewandt.

Ich glaube, die Männer des alten Systems werden noch einmal siegen und dadurch ihren Untergang besiegeln. Wir kommen über die Katastrophe zur neuen Zeit. Wen die Götter vernichten wollen, den schlagen sie mit Blindheit.

<sup>15. 7. 1917: 1)</sup> Vgl. Quellen 1/I S. 99 ff. 2) Paul von Hintze, Botschafter in Peking und Christiania; vgl. dazu Scheidemanns Bemerkung in der Fraktionssitzung vom 19. 7. 1917, Quellen 3/II Nr. 448 a, die SPD sei wegen Hintzes Haltung während der russischen Revolution 1905 gegen seine Berufung gewesen. 2) Vgl. 19. 7. 1917.

<sup>16. 7. 1917: 1)</sup> Vgl. Quellen 1/I S. 101 ff. 2) Wilhelm Bruhn, Deutsche Fraktion (Deutsche Reformpartei). 3) Am 15. 7. hatte eine Besprechung zwischen Michaelis, den Heerführern und Vertretern der Rechtsparteien stattgefunden; vgl. Quellen 1/I S. 98 (Anm. 70). 4) In der Vorlage: "Partei". 5) Gemeint ist der Interfraktionelle Ausschuß. 6) Wilhelm Mayer, Zentrum. 7) Vgl. Scharlau/Zeman S. 264 f. 8) Wladimir Nikolaiewitsch Rosanow, führender Menschewik. 9) Lesart des Or. war unsicher; konnte auch "Regierungen" heißen. 10) Wahrscheinlich Bernhard Guttmann, Korrespondent der Frankfurter Zeitung.

Dienstag, 17. Juli. Die Friedensresolution als Reichstagsdrucksache eingegeben<sup>1</sup>). Damit wieder eine neue Sicherung gewonnen. — Trotzdem geht ein wütender Kampf der Annexionisten vor und hinter den Kulissen weiter, der die öffentliche Meinung stark irritiert. Jämmerliches Versagen und Zerfahrenheit der liberalen Presse. — Ich werde als Kanzlerstürzer verschrien<sup>2</sup>); Bethmann übergeht mich bei den Abschiedseinladungen.

Mittwoch, 18. Juli. Das Treiben geht weiter. Die Mehrheitsparteien bleiben fest. Die Nationalliberalen arbeiten für die Verschleimung und Rettung ihres Gesichts. Ich verlange nochmalige Sicherung. Großer Schrecken bei den anderen Parteien in der interfraktionellen Besprechung¹) angesichts der Möglichkeit der Kreditablehnung. Ebert soll nochmals zum Kanzler gehen.

Nachmittags Konferenz in der *Internationalen Korrespondenz*; ich rücke die Köpfe zurecht,  $Heilmann^2$ ) bedarf dessen sehr. Kein zuverlässiges eigenes Urteil. Ganz mangelhafter Apparat.

Abends bei Hermine Schmidt-Lahr. Todmüde und in fast unerträglicher Nervenanspannung. — Wenig Schlaf. — Das Schlimme ist, daß ich mir sagen muß, wenn der neue Mann<sup>3</sup>) morgen sich nach rechts orientiert, selber nicht ohne Schuld an dem Sieg der Annexionisten gewesen zu sein<sup>4</sup>).

Donnerstag, 19. Juli. Die Entscheidung. 9 Uhr interfraktionelle Besprechung<sup>1</sup>). Gott sei Dank, daß die Notizen der Morgenzeitungen über Verschleimungsoperation falsch waren. Eberts Bericht über die gestrige Rücksprache mit dem Kanzler. Bestätigt und verstärkt durch Erzberger. Bruhns Bericht über die Beratung am Sonntag zwischen den Rechtsparteien, Kanzler und Oberster Heeresleitung beruhigend. Wir versprechen, der Fraktion die Bewilligung vorzuschlagen.

10 Uhr Fraktionssitzung<sup>2</sup>). Scheidemann und Ebert berichten. Mein Bericht über die Unterredung mit dem Kronprinzen<sup>3</sup>); wird ohne Widerspruch hingenommen. Debatte scheußlich: Cohen[-Reuβ] weitere Bedingung der Parlamentarisierung; Heine ganz verbissen und direktionslos. Quarck wie sein Name. Hoffmann-Kaiserslautern: raffinierter Wortklauber; will trotz allem zum ersten-

<sup>17. 7. 1917: 1)</sup> Vgl. Schulthess 1917/I S. 699 und Sten. Ber. Bd. 321 (Anlagen) Nr. 933. 2) Vgl. Davids Ausführungen in der Fraktionssitzung vom 19. 7. 1917, Quellen 3/II Nr. 448 a: "[David] geht ein auf eine Notiz in der bürgerlichen Presse, seine Ausführungen im Verein mit den Bürgerlichen hätten dazu beigetragen, Bethmann Hollweg zu stürzen. Das sei nicht richtig." Vgl. auch Hanssen (Tagebucheintragung vom 12. 7. 1917) S. 228: "[...] Dr. David must be considered as belonging to the Social Democratic group least in sympathy with the Chancellor."

<sup>18. 7. 1917:

1)</sup> Für eine Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses am 18. 7. ließen sich keine weiteren Belege nachweisen.

2) Heilmann hatte die Redaktion der Internationalen Korrespondenz übernommen, wurde allerdings erst in der Ausgabe vom 18. 1. 1918 als Chefredakteur genannt.

3) Reichskanzler Michaelis.

4) Vgl. die im Gegensatz zu dieser Überlegung stehende Äußerung Davids 17. 7. 1917 (Anm. 2).

<sup>19. 7. 1917: 1)</sup> Für eine Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses am 19. 7. ließen sich keine weiteren Belege nachweisen. 2) Vgl. Quellen 3/II Nr. 448. 3) Vgl. 12. 7. 1917. 4) Er-

mal gegen die Kredite stimmen. Sehr gut sprechen Landsberg, Legien und Scheidemann (der inzwischen wieder mal schwankend) zum Schluß. Mit 61 gegen 14 Stimmen<sup>4</sup>)! Glänzender Sieg.

3 Uhr Plenum<sup>5</sup>): Der neue Mann<sup>6</sup>). Gewissenhafter Anfänger. Hält sein Wort bis auf die nachträglich eingeschmuggelte Wendung "so wie ich sie auffasse"<sup>7</sup>). (!) Wir fressen es, um nicht noch alles zu verderben. — Trefflich spricht Fehrenbach<sup>8</sup>); gut auch Payer<sup>9</sup>); Scheidemann<sup>10</sup>) nach meinem Gefühl zu wenig vornehm und großlinig für die Situation. Die Nationalliberalen<sup>11</sup>) kläglich, aber nützlich in der Gesamtsituation. Das [Votum<sup>12</sup>)] der Unabhängigen unehrlich begründet von Haase<sup>13</sup>), der auch am 4. 8. 1914 aus Prinzip dagegen<sup>14</sup>); Politik auf Niederlage eingestellt. Alles in allem guter Ausgang; viel auf den ersten Hieb erreicht; aber mehr, wenn Bethmann geblieben wäre. — Hoch, Erdmann, Fischer-Sachsen verschwinden bei der Abstimmung über die Resolution<sup>15</sup>)!!

Abends Hotel Eden. Einladung durch Parvus.

Freitag, 20. Juli. 9 Uhr interfraktionelle Besprechung<sup>1</sup>): Polenfrage; Delegation zum Kanzler.

- 11 Uhr Plenum<sup>2</sup>): Abstimmung über die Kredite. Lücken in der Besetzung. Wir brauchen einen Einpeitscher! Darnach Fraktionssitzung<sup>3</sup>): Einladung zu Helfferich = Kaiser ohne Widerspruch gebilligt<sup>4</sup>). Hoch Cohen[-Reuß] Davidsohns Extratänze<sup>5</sup>). Plenum!
- 3 Uhr interfraktionelle Besprechung<sup>1</sup>): Elsaß-Lothringen: Beschluß auf selbständigen Bundesstaat.
- 6 Uhr erstes Zusammentreffen mit dem Kaiser im Reichsamt des Innern<sup>6</sup>). Betrübliche Steifheit des Verfahrens. Verblüffende Oberflächlichkeit und Mangel an Bedürfnis, sich zu informieren<sup>7</sup>). Jetzt wird mir manches klar. Schuld Bethmanns? Oder unverbesserliche [Veranlagung]<sup>8</sup>)? Tragisch.

gebnis der Abstimmung über den Antrag des Fraktionsvorstandes, die Kriegskredite zu bewilli-<sup>5</sup>) S. Sten. Ber. Bd. 310 S. 3569 ff. 6) Reichskanzler Dr. Georg Michaelis. dem Michaelis auf die Kriegsziele der Reichsleitung eingegangen war, erklärte er: "Diese Ziele lassen sich im Rahmen Ihrer Resolution, wie ich sie auffasse, erreichen."; a.a.O. S. 3572. <sup>10</sup>) A.a.O. S. 3575 ff. 9) A.a.O. S. 3579 ff. 11) Vgl. die von Schönaich-A.a.O. S. 3573 ff. Carolath namens der Nationalliberalen abgegebene Erklärung; a.a.O. S. 3585. <sup>13</sup>) A.a.O. S. 3585 ff. <sup>14</sup>) Die Unabhängigen Sozialdemokraten hatten in der namentlichen Abstimmung, a.a.O. S. 3598 ff., gegen die Friedensresolution gestimmt, nachdem eine von ihnen eingereichte eigene Resolution, a.a.O. S. 3584, abgelehnt worden war, a.a.O. 15) Erdmann und Edmund Fischer(-Sachsen) werden bei der namentlichen Abstimmung, a.a.O., als fehlend, Hoch hingegen als zustimmend vermerkt.

<sup>20. 7. 1917: 1)</sup> Für Sitzungen des Interfraktionellen Ausschusses am 20. 7. ließen sich keine weiteren Belege erbringen. 2) S. Sten. Ber. Bd. 310 S. 3601 ff. 3) Vgl. Quellen 3/II Nr. 449. 4) Vgl. a.a.O. (Anm. 2). 5) Im Fraktionsprotokoll, s. Anm. 3, nicht vermerkt. 6) Zu dieser Zusammenkunft hatte der Staatssekretär des Innern die führenden Abgeordneten aller Parteien eingeladen, von den Sozialdemokraten neben den drei Fraktionsvorsitzenden David und Südekum; vgl. Frankfurter Zeitung 21. 7. 1917 (2. Morgenblatt); ferner die ausführliche Schilderung des Empfangs bei Scheidemann, Memoiren II S. 53 ff. und Davids Äußerungen im WUA 7/I S. 137. 7) "Politische Gespräche wurden vermieden", heißt es in der Meldung der Frankfurter Zeitung,

9 Uhr Hotel Bristol mit Curt Hahn und Frau Lina Richter. Lange und immer wieder sich verbeißende Auseinandersetzung. Ich bleibe dabei: Michaelis der Favorit Ludendorffs. Dieser aus anderen und aus annexionistischen Gründen handelnd. Hahn, ich und andere falsch informiert. Sieg Ludendorffs, fürchte ich, nur Niederlage Deutschlands. Sehe nun die Wahrscheinlichkeit eines nichtlegalen weiteren Verlaufs. Setze Hahn hart den Begriff wirklicher politischer Machtergreifung auseinander. — Nehme an, daß er durch Haeften die Sache weitergibt; die Herren in Kreuznach<sup>9</sup>) sollen meine Auffassung kennen; täusche ich mich, so mögen sie das Rechte tun. — Hahns Bereitschaft, einen Tatsachenbeweis für seine Auffassung zu bringen: 1. Beseitigung der Zensur, 2. Beseitigung des Fürsten Isenburg<sup>10</sup>). — Um 2 Uhr todmüde zu Bett.

Sonnabend, 21. Juli. 9¼ Uhr mit Naumann, Erzberger und van Calker beim Reichskanzler¹). 1. Polenfrage²): Naumann, Erzberger und ich. Auch Litauen. Schleunigstes Eingreifen. 2. Elsaß-Lothringen³). Erzberger, Calker und ich. Ankündigung der Aktion, die von den Elsässern ausgehen soll. — Ich ergänze durch Mitteilung über unsere Erfahrungen in Stockholm. — Kanzler sachlich und aufnehmend⁴).

Vom 24. 7. bis 4. 8. 1917 hielt sich David in Wiesbaden und in Mainz auf. In der Tagebucheintragung vom 4. 8. 1917 heißt es: "Versammlung in Mainz, Frankfurter Hof. Überfüllt, viel bürgerliches Publikum. Scharfe Abrechnung mit den Annexionisten<sup>1</sup>)." Vom 6. bis 9. 8. war David in Andernach, vom 7. bis 10. 8. bei seiner Schwester in Rembs. Von dort fuhr er nach Wiesbaden zurück, wo er am 13. 8. eine Rede hielt, über die er notierte: "Großer Erfolg". Am 19. 8. 1917 fuhr er von Mainz nach Berlin zurück.

Montag, 20. August. ½2 Uhr Besprechung mit *Ebert*. 2 Uhr: Interfraktionelle Besprechung¹). Unklarheit. Mein Plan: Vorstoß gegen die Alldeutschen; Friedensresolution.

a.a.O. 8) Lesart unsicher. 9) Großes Hauptquartier. 10) Franz Joseph Fürst zu Isenburg-Birstein, Chef der Zivilverwaltung in Litauen, der, wie es in einer Denkschrift des Litauischen Landesrats an die OHL vom 26. 11. 1917 heißt, "das Vertrauen im litauischen Volk verloren hat"; s. Klimas S. 98 f. Isenburg beantragte zum Jahresende 1917 seinen Abschied, der ihm unter dem 12. 1. 1918 gewährt wurde; vgl. Quellen 1/II S. 56 (Anm. 39).

<sup>21. 7. 1917:</sup> ¹) Vgl. Quellen 1/I S. 107 ff. ²) Vgl. Davids Ausführungen in: WUA 7/I S. 152 f. ³) Vgl. Davids Ausführungen a.a.O. S. 156 ff. ⁴) Ende der Beilagen; s. 17. 5. 1917 (Anm. 3).

<sup>24. 7.—4. 8. 1917:</sup> ¹) Vgl. den die Rede *Davids* ausführlich wiedergebenden Bericht der Mainzer *Volkszeitung* 6. 8. 1917, in dem es heißt: "Heute fand hier, in dem größten zur Zeit zur Verfügung stehenden Saale, im "Frankfurter Hof", eine Volksversammlung statt, die als eindrucksvolle Friedenskundgebung zu betrachten ist."

<sup>20. 8. 1917: 1)</sup> Vgl. Quellen 1/I S. 121 ff.

Dienstag, 21. August. Vormittags: Vertrauliche Besprechung der Parteiführer bei *Michaelis*<sup>1</sup>). Seine Entschuldigung des "wie ich sie auffasse". Nachmittags Hauptausschuß: Rede *Michaelis*<sup>2</sup>).

Mittwoch, 22. August. Hauptausschuß: Meine Rede<sup>1</sup>), scharf und herausfordernd zur Klärung. Dann Erzberger<sup>2</sup>) usw. — Versuch des Kanzlers, von der R[eichstags-]R[esolution] abzurücken<sup>3</sup>). — Große Erregung. — Verhandlungen in der Mittagspause<sup>4</sup>). Schlechte Regie. Die beiden Erklärungen ><<sup>5</sup>).

Abends: beim Kanzler6). Freie Kommission über E[lsaß-]L[othringen7)].

Donnerstag, 23. August. Hauptausschuß<sup>1</sup>).

Freitag, 24. August. Hauptausschuß<sup>1</sup>). Meine Rede betr. Parlamentarisierung allerseits gelobt: Dove, Fehrenbach, Kühlm [ann]<sup>2</sup>).

Fraktionsvorstand: Eberts Wutanfall wegen der zweiten Erklärung<sup>3</sup>). Ich weise das schroff zurück. — Hahns Exposé [auf]<sup>4</sup>) Kanzlersturz. Mein Rat.

Abends: Fraktion<sup>5</sup>). Ebert vorsichtig; ich schweige.

<sup>21. 8. 1917: 1)</sup> Vgl. Quellen 1/I S. 126 ff. und Quellen 3/II Nr. 451. 2) S. HA 171. Sitzung, 21. 8. 1917, S. 2 ff.; vgl. Frankfurter Zeitung 22. 8. 1917 (1. und 2. Morgenblatt und Abendblatt; im Abendblatt ausführlicher Bericht über die Rede des Reichskanzlers).

<sup>22. 8. 1917:</sup> 1) S. HA 172. Sitzung, 22. 8. 1917, S. 17 ff.; vgl. Frankfurter Zeitung 23. 8. 1917 (1. Morgenblatt); (in Frankfurter Zeitung wird David nicht namentlich erwähnt, doch handelt es sich bei dem Bericht über die Ausführungen eines "sozialdemokratischen Abgeordneten" zweifelsfrei um die Davids); Schulthess 1917/I S. 761 f. 2) S. HA a.a.O. S. 28 ff.; vgl. Frankfurter Zeitung 23. 8. 1917 (2. Morgenblatt); Schulthess a.a.O. S. 762 f. 3) S. HA a.a.O. S. 34 ff.; vgl. Frankfurter Zeitung a.a.O.; Schulthess a.a.O. S. 763. 4) S. HA a.a.O. S. 41 ff.; vgl. Frankfurter Zeitung a.a.O.; vgl. weiter Quellen 2/I S. 138 ff. und 152 f. <sup>5</sup>) Das Zeichen soll wahrscheinlich den Widerspruch zwischen den Erklärungen Michaelis' in der Vormittags- und in der Nachmittagssitzung des Hauptausschusses vom 22. 8. charakterisieren; vgl. Anm. 3 und HA a.a.O. S. 52 f. Dazu die Ausführungen Haußmanns in: Quellen 2/I S. 152 f. — Der Ausdruck "schlechte Regie" bezieht sich vermutlich auf den allgemeinen Eindruck, daß die von Ebert im Namen der Friedensresolutionsparteien am Nachmittag verlesene Erklärung, s. HA a.a.O. S. 53 f., durch die unmittelbar vorher abgegebene Erklärung Michaelis' zum Teil gegenstandslos geworden sei; vgl. dazu Die Erledigung des Zwischenfalls, in: Frankfurter Zeitung 24. 8. 1917 (Abendblatt); vgl. weiter Quellen 2/I S. 162 f. 6) Vgl. Quellen 3/II Nr. 451. 7) Die elsaß-lothringische Frage war in diesen Tagen akut geworden; am 23. 8. empfing der Reichskanzler sämtliche elsaßlothringische Reichstagsabgeordnete zu einer Besprechung; vgl. Frankfurter Zeitung 24. 8. 1917 (2. Morgenblatt); vgl. weiter Quellen 3/II Nr. 451.

<sup>23. 8. 1917:</sup> ¹) S. HA 173. Sitzung, 23. 8. 1917; vgl. Frankfurter Zeitung 24. 8. 1917 (2. Morgenblatt).

<sup>24. 8. 1917: 1)</sup> S. HA 174. Sitzung, 24. 8. 1917; vgl. Frankfurter Zeitung 25. 8. 1917 (1. und 2. Morgenblatt); Schulthess 1917/I S. 770. 2) Es handelte sich offenbar um private Äußerungen der Genannten über Davids Rede im Hauptausschuß vom 22. 8.; vgl. 22. 8. 1917 (Anm. 1). 3) Vgl. 22. 8. 1917 (Anm. 5). 4) Lesart unsicher. 5) Vgl. Quellen 3/II Nr. 451.

Sonnabend, 25. August. Hauptausschuß: Inneres<sup>1</sup>).

Mittwoch, 29. August. Hauptausschuß: Zensur¹).

Nachmittags: Konferenz in der Internationalen Korrespondenz. Scharfe Auseinandersetzung mit Heilmann wegen seines Stoßes in den Rücken in Sachen der Parlamentarisierung<sup>2</sup>).

Freitag, 31. August. Vormittags in der Lindenstraße 3; meine Schuldbroschüre¹) geht. Konferenz in der Glocke: Zusammenprall mit Heilmann. Ich sehe die Entwicklung sehr düster an. Glaube nicht mehr an Vernunft der Regierung. Hoffe nicht mehr auf Sieg. Sehe ein tiefes, dunkles, blutiges Tal, durch das wir hindurch müssen, um zur Höhe zu kommen.

Donnerstag, 6. September. 5 Uhr: mit Graf Ronikier<sup>1</sup>), Fürst Radziwill<sup>2</sup>), [Friedrich] Naumann, Rechenberg<sup>3</sup>), Feldman bei Adlon<sup>4</sup>). — Danach bei Lewald.

9 Uhr mit Ebert bei Kriege<sup>5</sup>): Schiedsgerichtsfrage.

Sonnabend, 8. September. Nachmittags und abends: Wannsee bei Frau Richter, C. Hahn, v. Scholz.

<sup>25. 8. 1917: 1)</sup> S. HA 175. Sitzung, 25. 8. 1917; vgl. Frankfurter Zeitung 26. 8. 1917 (1. und 2. Morgenblatt); Schulthess 1917/I S. 770 ff.

<sup>29. 8. 1917:

1)</sup> S. HA 178. Sitzung, 29. 8. 1917; vgl. Frankfurter Zeitung 30. 8. 1917 (2. Morgenblatt); Schulthess 1917/I S. 779 ff.

2) Gemeint ist Heilmanns aufsehenerregender Artikel: Proletarisches Klasseninteresse und parlamentarische Advokatenwirtschaft, in: Die Glocke 3. Jg. S. 801 ff. (25. 8. 1917). Heilmann lehnt darin die Forderung nach Parlamentarisierung als veraltetes Erbe bürgerlich-demokratischer Tradition ab und setzt ihr das sozialdemokratische "Endziel", den reinen "Verwaltungsstaat", entgegen; a.a.O. S. 805. Demokratisierung bedeute nicht, "auf die jetzige Verwaltung das neue Dach einer parlamentarischen Regierung zu setzen", sondern erfordere die Übernahme von Regierungsämtern durch in praktisch-organisatorischen Aufgaben erprobte Arbeitervertreter; a.a.O. S. 815 f.

<sup>31. 8. 1917: 1)</sup> Vgl. 4. 6. 1917 (Anm. 2).

<sup>6. 9. 1917:</sup> 1) Adam Graf Ronikier, polnischer Politiker. 2) Gemeint ist entweder Franz Prinz Radziwill, polnischer Politiker, oder Ferdinand Fürst Radziwill, erbliches Mitglied des Preußischen Herrenhauses, Reichstagsabgeordneter (Pole). 3) G. Albrecht Frhr. von Rechenberg, Reichstagsabgeordneter (Zentrum), 1900-1904 Konsul in Moskau, 1905/06 Generalkonsul in Warschau, 1906-1912 Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, während des Krieges Mitarbeiter 4) Es handelt sich bei dieser Zusammenkunft des Auswärtigen Amtes für polnische Fragen. offenbar um eine der vom Grafen Ronikier angeregten Besprechungen zwischen polnischen Politikern und deutschen Abgeordneten, die schließlich im März 1918 zu einer Vereinbarung mit Erzberger, Friedrich Naumann und David über miteinander abgestimmte programmatische Erklärungen die Zukunft Polens betreffend führten; vgl. Conze, S. 350; Erzberger S. 179 f.; Quellen 1/II S. 290 f. 5) Dr. Johannes Kriege, Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt.

Montag, 10. September. ½11 Uhr: Besprechung mit Ebert und Scheidemann: Papstnote¹), Belgien.

11 Uhr: Interfraktionelle Konferenz<sup>2</sup>). — Papstnote, Belgien.

Dienstag, 11. September. 12 Uhr: C. Baake: Vertrieb meiner Schrift. ½4 bis ½7: Enderis von der Ass[ociated] Press.

Freitag, 14. September. Nachmittags: Unterredung mit Exkanzler Fürst Bülow im Adlon. — Alter Schlaumeier!

Abends: Abreise nach dem westlichen Kriegsschauplatz<sup>1</sup>) (vgl. Mappe<sup>2</sup>)).

Sonnabend, 15. September. [...] Nachmittags: Lager Borrieswalde.

Donnerstag, 20. September. Kreuznach. — Major Nicolai<sup>1</sup>). Aussprache mit Ludendorff<sup>2</sup>). Abends: bei Hindenburg.

<sup>10. 9. 1917: 1)</sup> Der Friedensvorschlag des Papstes "An die Häupter der kriegführenden Völker!" vom 1. 8. 1917, der dem Kaiser und dem Reichskanzler offiziell am 15. 8. überreicht worden war; Wortlaut abgedruckt bei Wippermann 1917/II S. 349 ff. und Schulthess 1917/II S. 538 ff. 2) Vgl. Quellen 1/I S. 181 ff.

<sup>1)</sup> An dieser Reise zur Westfront nahmen außer David die Reichstagsabge-14. 9. 1917: ordneten Fischbeck (FVP), Trimborn (Z), von Heydebrand und der Lase (Kons.), List (Nat.-Lib.) und Reichstagspräsident Kaempf teil; vgl. die Ausführungen Fischbecks in WUA 7/I S. 382 ff. und Anm. 2. Vgl. dazu auch F. Hanau, Die Frontreise der Reichstagsabordnung. Eine Kriegserinnerung, in: Das Reichsbanner, 20. und 27. 6. 1931; Hanau hatte, wie er in diesem Artikel mitteilt, als Frontsoldat den Besuch der Reichstagsdelegation dazu benutzt, David heimlich über die "Potemkinschen Dörfer in Reinkultur, gemalt und aufgestellt von der Obersten Heeresleitung" aufzuklären und ihn mit Fronttruppen ohne Anwesenheit von Offizieren in Verbindung zu bringen. (Den Hinweis auf den Artikel Hanaus verdanken die Bearbeiter Herrn Franz Osterroth, Kiel, dem ehemaligen Redakteur des Reichsbanner, in dessen Besitz sich die entsprechenden 2) Im Nachlaß David befinden sich folgende Unterlagen über diese Reise: Nummern befinden.) 1. Mitteilung des Direktors beim Reichstag Jungheim vom 7. 9. 1917 über Einzelheiten der Reise, deren Dauer vom 14. bis 21. 9. 1917 vorgesehen war. 2. Ein hektographiertes Reiseprogramm (undatiert). 3. Durchschlag einer maschinenschriftlichen Mitteilung des Chefs des Generalstabes des Feldheeres, Abt. IIIb, Berlin, vom 12. 9. 1917 über den Reiseplan. 4. Ein von der gleichen Militärstelle ausgestellter Ausweis für Eduard David. 5. Deutsche Illustrierte Zeitung 11. Jg. Nr. 2 (ohne Datum), auf Titelseite Gruppenbild mit Unterschrift "Vom ersten Besuch der Reichstagsabgeordneten an der Westfront, von l. n. r.: Reichstagspräsident Dr. Kaempf, Dr. David (Soz.-Dem.), Geh. Justizrat Trimborn (Z), General v. Gallwitz, RA List (Nat.-Lib.)". 6. Ein weiterer, nicht identifizierbarer Zeitungsausschnitt mit Gruppenbild. 7. Maschinenschriftliche, möglicherweise von David stammende Notizen über "Reise zur Hecresgruppe Deutscher Kronprinz 14. bis 21. September 1917" mit Vermerk, daß sie geheimzuhalten und nur für die Reiseteilnehmer bestimmt seien.

<sup>20. 9. 1917: 1)</sup> Chef der Abteilung IIIb der OHL. 2) Vgl. die Ausführungen Fischbecks in WUA 7/I S. 383 f.

Sonnabend, 13. Oktober. Reise Berlin—Würzburg<sup>1</sup>). (Reisedecke in Schweinfurt vergessen!) Wohnung: Hotel Schwan 45.

Sonntag, 14. Oktober. Arbeite am Referat<sup>1</sup>). 7 Uhr Huttenscher Garten. Eröffnung des Parteitages.

Montag, 15. Oktober. Gute Verpflegung; alles viel reichlicher und besser als in Berlin. Fleisch, Wild, Geflügel, Fische!

Dienstag, 16. Oktober. Mein Bericht<sup>1</sup>) zweieinhalb Stunden; trotz besten Vorsätzen zu laut und zu lang. — Nicht gut aufgebaut. Immer zu pedantisch-gewissenhaft.

Mittwoch, 17. Oktober. Hochs Korreferat<sup>1</sup>). Sehr schwach. Mein Schlußwort<sup>2</sup>), beste Wirkung.

Abends: Siegesfeier3) im Bürgerspital.

Donnerstag, 18. Oktober. Nachmittags: Einsamer Spaziergang über das Käppele<sup>1</sup>). Sehr schön.

Freitag, 19. Oktober. Scheidemanns Referat<sup>1</sup>) — ausgezeichnet. Hätte ich ihm nicht zugetraut.

<sup>13. 10. 1917:</sup> ¹) Der SPD-Parteitag, der einzige, der während des Krieges stattgefunden hat, begann am 14. Oktober in Würzburg.

<sup>14. 10. 1917:</sup> ¹) Vgl. 26. 6. 1917 (Anm. 1); der mündliche Bericht über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion wurde auf dem Parteitag von David gegeben; vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1917 S. 316 ff.

<sup>16. 10. 1917: 1)</sup> S. 14. 10. 1917 (Anm. 1).

<sup>17. 10. 1917:

1)</sup> Richard Schmidt (Meißen) hatte beantragt, dem Bericht Davids ein Korreferat eines Vertreters der Fraktionsminderheit folgen zu lassen; Protokoll SPD-Parteitag 1917 S. 315; darauf erhielt Hoch "das Wort für die Minderheit der Fraktion" mit unbeschränkter Redezeit; a.a.O. S. 339.

2) A.a.O. S. 388 ff.

3) Es handelte sich wahrscheinlich um eine gesellige Veranstaltung, bei der der Erfolg der Fraktionsmehrheit bei der Abstimmung über die beiden entscheidenden Anträge zur Tätigkeit der Reichstagsfraktion gefeiert wurde. Der von "Hoch und 43 Genossen" eingebrachte Antrag war in namentlicher Abstimmung mit 257 gegen 26 Stimmen abgelehnt, der von "Löbe und 118 Genossen" eingebrachte Antrag hingegen mit 265 gegen 14 Stimmen angenommen worden; a.a.O. S. 216 ff. (Wortlaut der Anträge) und 398 ff. (namentliche Abstimmungen).

<sup>18. 10. 1917: 1)</sup> Wallfahrtskirche St. Maria, von Balthasar Neumann erbaut.

<sup>19. 10. 1917:</sup> ¹) Scheidemann war Berichterstatter zum Tagesordnungspunkt "Die nächsten Aufgaben der Partei"; Protokoll SPD-Parteitag 1917 S. 404 ff.

- Sonnabend, 20. Oktober. Fahrt nach Rothenburg. Wildbad. Rickelt und Barnay<sup>1</sup>). Kneipe der Samtbrüder. Rede über die Freude am Leben; Kunst und sozialdemokratische Politik.
- Sonntag, 21. Oktober. Besichtigung Rothenburgs; Rathaus, Meistertrunk<sup>1</sup>) usw. (Kriegskultur. Die Kunst nur Oberfläche. Toppler<sup>2</sup>)! Harte grausame Zeit!)
- Montag, 22. Oktober. Reise Rothenburg—Wiesbaden. Sollte eigentlich in Berlin sein! Bronchialkatarrh.
  - Dienstag, 23. Oktober. Gute Pflege im Turm; rührende Sorgfalt.
- Mittwoch, 24. Oktober. Inzwischen in Berlin: Interfraktionelle Beratungen, Vorstellungen bei Valentini<sup>1</sup>) gegen Michaelis<sup>2</sup>).
- Sonnabend, 27. Oktober. (Nach Rückkehr nach Berlin) C. Hahn kommt zweimal und macht Mitteilungen über die Berufung Hertlings! Michaelis' Entlassungsgesuch<sup>1</sup>)!
  - Sonntag, 28. Oktober. Sage Stampfer Bescheid betreffend Hertling.
- Montag, 29. Oktober. 12 bis 2 Uhr: Besprechung mit Parteivorstand und Fraktionsvorstand über Hertling.
- 3—8½ Uhr Interfraktionelle Konferenz¹): Alle gegen Hertling und gegen Teilung von Reichskanzler und Ministerpräsident²). Für Fehrenbach und Payer und andere Kandidaten gesprochen³).

<sup>20. 10. 1917: 1)</sup> Gustav Rickelt und Ludwig Barnay, bekannte Schauspieler.

<sup>21. 10. 1917:</sup> ¹) Titel eines Festspiels, das in Rothenburg alljährlich am Pfingstmontag zur Erinnerung an die Erstürmung durch Tilly (1631) aufgeführt wurde. ²) Bürgermeister von Rothenburg (1380—1408), während dessen Amtszeit sich Rothenburg zu einem Stadtstaat entwickelt hatte.

<sup>24. 10. 1917: 1)</sup> Rudolf von Valentini, Chef des Kaiserlichen Geheimen Zivilkabinetts.
2) Vgl. Quellen 1/I S. 265 ff.

<sup>27. 10. 1917: 1)</sup> Michaelis hatte am 26. 10. dem Kaiser sein Rücktrittsgesuch überreicht; vgl. Schulthess 1917/I S. 944 und 949 ff.

<sup>29. 10. 1917:</sup> ¹) Vgl. Quellen 1/I S. 334—362. ²) In der Diskussion um die voraussichtliche Ernennung des bayerischen Ministerpräsidenten Graf Hertling zum Reichskanzler war erwogen worden, das Amt des Reichskanzlers von dem des preußischen Ministerpräsidenten zu trennen; in diesem Falle sollte Michaelis preußischer Ministerpräsident bleiben. ³) Gemeint ist, daß sich David im Interfraktionellen Ausschuß für die Kandidatur Fehrenbachs, Payers und anderer für das Reichskanzleramt ausgesprochen hatte; nach Südekums Aufzeichnungen, s. Quellen 1/I S. 344, hatte David neben Fehrenbach auch Wermuth und Solf als Kanzlerkandidaten empfohlen.

Dienstag, 30. Oktober. 12 Uhr: Interfraktionelle Konferenz<sup>1</sup>): Hertling erledigt.
— Parlamentarischer Kanzler, daneben evtl. Vize-Vize<sup>2</sup>).

Nachmittags: Hahn und Frau Richter bei mir.

Mittwoch, 31. Oktober. Hertling wieder im Sattel durch Kühlmann<sup>1</sup>). — Gespräche mit Delbrück<sup>2</sup>) und Hahn.

4 Uhr: Interfraktionelle Konferenz<sup>3</sup>): Nationalliberale und Volkspartei durch Sitze in der Regierung gewonnen<sup>4</sup>). Wir halten Bedenken aufrecht; aber: Sicherung des preußischen Wahlrechts und Erhaltung der Mehrheit Hauptsache.

**Donnerstag, 1., bis Sonnabend, 3. November.** Erneute Krisis<sup>1</sup>). Täglich Interfraktionelle Konferenz<sup>2</sup>). — Gegenspieler: *Helfferich* und Hintermänner. Hintergrund: Stimmung infolge des Erfolges in Italien<sup>3</sup>).

Sonntag, 4., bis Freitag, 9. November. Hindenburg und Ludendorff sind anwesend. Ferner Czernin mit Stab. Verhandlungen über Polen, Litauen und Kurland<sup>1</sup>)! — Aufteilung? Ohne Befragung des Reichstages! Helfferich dabei "glänzend bewährt"! — Dagegen Interfraktionelle Konferenz bis jetzt fest geblieben<sup>2</sup>), trotz der schweren Belastungsprobe; Friedbergs eigenmächtiges Zurücktreten<sup>3</sup>). —

<sup>30. 10. 1917:</sup> ¹) Vgl. Quellen 1/I S. 363 ff. ²) David hatte in der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses, s. a.a.O. S. 367, vorgeschlagen, die Posten eines Vize-Reichskanzlers und eines preußischen Vize-Ministerpräsidenten zu schaffen.

<sup>31. 10. 1917:

1)</sup> Im Interfraktionellen Ausschuß, s. Quellen 1/I S. 385 ff., hatten Stresemann, Ebert, Erzberger und Richthofen über Unterredungen mit Kühlmann berichtet, der sich für die Kanzlerschaft Hertlings eingesetzt hatte; vgl. dazu auch Kühlmann S. 510 ff.

2) Prof. Hans Delbrück.

3) S. Quellen 1/I S. 385 ff.

4) Gemeint ist wahrscheinlich: für die Kanzlerschaft Hertlings; vgl. die von Südekum aufgezeichneten Ausführungen Stresemanns, a.a.O. S. 387 f. und 397; Richthofens, a.a.O. S. 389 f. und 394 f., und Fischbecks, a.a.O. S. 392 f.

<sup>1.—3. 11. 1917:</sup>¹) Am 1. 11. hatte Hertling den Posten des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten übernommen. Der Ausdruck "Krisis" bezieht sich auf die Schwierigkeiten der Regierungsumbildung.

²) Vgl. Quellen 1/I S. 409 ff. (Sitzung vom 1. 11.); 433 f. (kurze Aussprache vom 2. 11.); S. 438 ff. (Sitzung vom 3. 11.).

³) Siegreiches Vorgehen der verbündeten Truppen an der italienischen Front war in diesen Tagen gemeldet worden.

<sup>4.—9. 11. 1917:</sup>¹) Vgl. die Meldung der Frankfurter Zeitung 7. 11. 1917 (2. Morgenblatt):
"Die Besprechungen der letzten Tage, die zwischen der Obersten Heeresleitung, dem Reichskanzler und seinem Stellvertreter im Reichsamt des Innern stattgefunden haben, sind heute im Auswärtigen Amt fortgeführt worden. Es ist schon erwähnt worden, daß sie auch den östlichen Fragen gelten, namentlich der Zukunft Polens, und daß damit gewiß auch die Anwesenheit des Grafen Czernin in Berlin zusammenhängt." Zum Zusammenhang vgl. Conze S. 323 ff. — Ottokar Graf Czernin von und zu Chudenitz, österreichisch-ungarischer Außenminister.

²) Vgl. den Entwurf eines an den Reichskanzler gerichteten Antrags des Interfraktionellen Ausschusses zur polnischen Frage in: Quellen 1/I S. 511.

³) Dr. Robert Friedberg, Vorsitzender der Nationalliberalen Partei, Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, war während der Kanzlerkrise im Herbst 1917 von den Mehrheitsparteien als Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums vorgeschlagen worden. Im Interfraktionellen Ausschuß kamen die mit dieser Kandidatur verbundenen Schwierigkeiten und Widerstände ausführlich zur Sprache; vgl. Stichwort Friedberg

Reduzierung durch Verzicht auf sofortigen Eintritt eines Vermittlers in das preußische Ministerium<sup>4</sup>).

Ich glaube nicht mehr an eine friedliche innerpolitische Verständigung; sehe den Konflikt voraus; zwei getrennte und gegeneinander arbeitende Machtzentren. S. M.'s Natur! — Glaube auch nicht mehr an die Möglichkeit eines baldigen Friedens; die Ostregelung verrammelt den Weg der Verständigung mit Rußland.

Sonnabend, 10. November. Artikel über: Frieden vom Osten? diktiert.

Sonntag, 11., bis Montag, 12. November. Die Vorgänge in Rußland<sup>1</sup>)! — Lasse beide geschriebene Artikel liegen, um den Tatsachen nicht zu widersprechen. Eine deutsche Regelung nach Osten wäre an sich gut. (Sinn und Zweck politischer Artikel!)

Dienstag, 13. November. Abends: Litauer-Konferenz im Adlon: Dr. Smetona<sup>1</sup>), Šaulys, von der Ropp, usw. Meine Rede<sup>2</sup>).

Mittwoch, 14. November. Nachmittags: Šaulys. — Teilung<sup>1</sup>)! 6 Uhr: Konferenz in der Internationalen Korrespondenz.

Donnerstag, 15. November. Feldman: Lange Aussprache — Union zwischen Polen und Litauen<sup>1</sup>); gemeinsame Verhandlung. Einzelheiten.

Nachmittags: Lindblad zum Kaffee.

Abends: Polen-Gesellschaft bei Adlon [...].

im Register Quellen 1/II S. 825. <sup>4</sup>) Friedberg, s. Anm. 3, wurde am 9. 11. zum Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums ernannt, nachdem er am 6. 11. die Berufung abgelehnt hatte, weil die von den Mehrheitsparteien erhobene Forderung, auch einem fortschrittlichen Parlamentarier ein Ministerium zu geben, nicht erfüllt worden sei. Die Mehrheitsparteien stellten diese Forderung daraufhin zunächst zurück, um die Übernahme des Vizepräsidentenposten durch Friedberg zu ermöglichen.

11./12. 11. 1917: 1) Vgl. Schulthess 1917/II S. 761 ff.

13. 11. 1917: 1) Dr. Antanas Smetona, Präsident des litauischen Landesrats (Taryba).

2) Zur Vorgeschichte und zum Zweck der Besprechungen, die im November 1917 zwischen litauischen Politikern und Vertretern der Reichstagsmehrheit stattgefunden haben, vgl. Klimas S. XVI; zu Davids Aktivität in der litauischen Frage vgl. seine Rede in HA 188. Sitzung, 30. 11. 1917, S. 11 ff.

14. 11. 1917: 1) Vgl. in diesem Zusammenhang Fischer S. 616 ff.

15. 11. 1917: ¹) Der hier angedeutete Plan einer Union zwischen Polen und Litauen ist von litauischer Seite nicht aufgegriffen worden; vgl. das von Smetona, Kairys, Šaulys und dem Vortragenden Rat im Auswärtigen Amt Rudolf Nadolny unterzeichnete Protokoll vom 1. 12. 1917, abgedruckt bei Klimas S. 102; ferner a.a.O. S. XVII.

Freitag, 16. November. 5—8 Uhr: Litauer: Šaulys, Kairys. Mein Vorschlag: Deutscher Prinz, aber ganz demokratisch-parlamentarische Regierung<sup>1</sup>).

Sonnabend, 17. November. Artikel: "Gilt die Friedensresolution noch?" I[nternationale] K[orrespondenz].

Sonntag, 18. November. Vormittags: Lange Unterredung mit Dr. Trylowskyj, galizischer Ruthene, über die austro-polnische Lösung usw.

Abends: Dantons Tod im Deutschen Theater. Wilde gegen organisierte Revolution. Heute kein "Pöbel" mehr.

Montag, 19. November. Nachmittags: Professor Max Weber, lange Unterredung. Die Ostfragen. Oberste Heeresleitung. Ersatz für [Schwander¹)]? — Ich schlage ihn [Max Weber] selbst vor — "Keine Büroerfahrung und im Verkehr mit den Ämtern".

Sonntag, 25. November. Wiesbaden.

Mittwoch, [28.]<sup>1</sup>) November. [...] 5 Uhr: Besprechung der Führer bei Hertling<sup>2</sup>). [...]

Donnerstag, 29. November. 10 Uhr: Fraktion<sup>1</sup>). Heines Attacke<sup>2</sup>); immer derselbe gereizte Ich-Mensch.

3 Uhr: Reichstag<sup>3</sup>): [...]

Sonnabend, 1. Dezember. 10 Uhr: Hauptausschuß<sup>1</sup>). 1 Uhr: Reichstag, Kriegskredite bewilligt<sup>2</sup>). — Polemik gegen *Ledebour*<sup>3</sup>).

<sup>16. 11. 1917: 1)</sup> Zu den Versuchen, in Litauen eine konstitutionelle Monarchie zu errichten, vgl. WUA 7/II S. 179 ff.

<sup>19. 11. 1917:</sup>¹) Lesart unsicher, es handelt sich aber höchstwahrscheinlich um den Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes Dr. Rudolf Schwander, dessen Rücktrittsabsichten in den vorausgehenden Tagen in der Presse gemeldet und ausführlich kommentiert worden waren; vgl. Der bevorstehende Rücktritt Schwanders, in: Frankfurter Zeitung 18. 11. 1917 (2. Morgenblatt); am 20. 11. wurde sein Rücktritt offiziell gemeldet.

<sup>28. 11. 1917: 1)</sup> In der Vorlage irrtümlich 26. 2) Vgl. Quellen 1/I S. 620 ff. und Quellen 3/II Nr. 460.

<sup>29. 11. 1917: 1)</sup> Vgl. Quellen 3/II Nr. 460. 2) Sie richtete sich gegen die Haltung der Parteiführung während der Kanzlerkrise; s. Anm. 1. 3) S. Sten. Ber. Bd. 311 S. 3941 ff.

<sup>1. 12. 1917:

1)</sup> S. HA 189. Sitzung, 1. 12. 1917; vgl. Frankfurter Zeitung 2. 12. 1917 (1. und 2. Morgenblatt).

2) Vgl. die Rede, mit der Ebert die Zustimmung zu den Kriegskrediten begründete; Sten. Ber. Bd. 311 S. 3972 f.

3) Davids Polemik wurde durch Ledebours Kritik

- 4 Uhr: Besprechung mit den Litauern. 5 Uhr: Hauptausschuß. Kühlmanns Herausrederei<sup>4</sup>).
- Sonntag, 2. Dezember. 10 Uhr: Šaulys u. Kairys. 11 Uhr: Polen in der Interfraktionellen Konferenz<sup>1</sup>).
- Montag, 3. Dezember. Abends: bei I[nternationale] K[orrespondenz]. Feier des Waffenstillstandes¹).
  - Dienstag, 4. Dezember. Abends im Opernhaus: Figaro.
- Mittwoch, 5. Dezember. 6—8 Uhr: Konferenz in der I[nternationalen] K[orrespondenz].
- **Donnerstag, 6. Dezember.** Artikel: "Schwere Verantwortung" für die I[nternationale] K[orrespondenz]<sup>1</sup>).
- Sonntag, 9. Dezember. Halle, im Walhalla-Theater. Schlecht disponiert. Redakteur Wendemuth<sup>1</sup>). Mittagessen bei Steichert.
- Dienstag, 11. Dezember. 12½ Uhr mit Ebert bei Kühlmann betreffend Verhandlung im Osten. Mißtrauen gegen die Militärs in K[reuznach]. Gibt beruhigende Zusicherungen: strenge Kompetenz-Abgrenzung; er und Czernin wollen sofort, wenn Waffenstillstand geschlossen, die Verhandlung übernehmen¹).

an Eberts Begründung der Bewilligung der Kriegskredite ausgelöst; vgl. a.a.O. S. 3978 f., 3980 f. und 3982.

4) Kühlmanns Ausführungen, s. HA 190. Sitzung, 1. 12. 1917, S. 1 ff., bezogen sich auf den von David am Vortage, s. HA 188. Sitzung, 30. 11. 1917, S. 11 ff., erhobenen Vorwurf, die militärische Führung durchkreuze die von der Reichsleitung den Litauern gegenüber verfolgte Politik; vgl. auch Frankfurter Zeitung 2. 12. 1917 (2. Morgenblatt).

<sup>2. 12. 1917: 1)</sup> Vgl. Quellen 1/I S. 626 (Anm. 36).

<sup>3. 12. 1917: 1)</sup> Am 3. 12. meldete WTB, der russische Kommissar für Kriegs- und Marineangelegenheiten habe durch Parlamentäre dem deutschen Oberbefehlshaber Waffenstillstandsverhandlungen angeboten; dieses Angebot sei vom Oberbefehlshaber Ost angenommen worden; s. Frankfurter Zeitung 4. 12. 1917 (1. Morgenblatt).

<sup>6. 12. 1917:</sup> ¹) Erschienen — wahrscheinlich als Nachdruck aus der hektographierten Ausgabe der *Internationalen Korrespondenz* — in: Mainzer *Volkszeitung* 10. 12. 1917. Der Artikel befaßt sich mit den Friedensverhandlungen im Osten.

<sup>9. 12. 1917: 1)</sup> Karl Wendemuth, sozialdemokratischer Journalist.

<sup>11. 12. 1917:</sup>  $\,$  <br/>¹) Zu  $K\ddot{u}hlmanns$  Verhältnis zur Obersten Heeresleitung v<br/>gl. Kühlmann S. 513 ff.

Donnerstag, 13. Dezember. Bautzen. — Versammlung im Schützenhaus. Wohne in der "Sonne".

Freitag, 14. Dezember. Bautzen — Dresden. Wohne im "Continental". Einkäufe mit Sonja.

Sonnabend, 15. Dezember. Jena: Vortrag über die Schuldfrage im Volkshaus. Gut. Danach mit *Rein*, *Binswanger* und anderen in der Sonne. Wohne im Fürstenhof. Kein Wasser, keine Glocke!

Sonntag, 16. Dezember. Jena. Nachmittags: Nachricht über den Waffenstillstand mit Rußland<sup>1</sup>) am Zeitungsaushang. Vorgelesen. Keine besondere Bewegung trotz der gewaltigen Bedeutung.

Montag, 17. Dezember. Jena. Im Phylogenetischen Museum, 3 Stunden in der Kälte. Eine Schande, daß dieses Bildungsmaterial noch nicht Allgemeingut ist. Nachmittags Fahrt: Jena—Berlin.

Dienstag, 18. Dezember. Krank. Magen, Darm. — Hungere.

Mittwoch, 19. Dezember. Noch matt. — Nachmittags: Sonja Weihnachtsbescherung.

Donnerstag, 20. Dezember. Interfraktionelle Konferenz: Instruktion für Friedensverhandlungen<sup>1</sup>).

6 Uhr: Interfraktionelle Konferenz: Mitteilungen über Besprechung mit Kanzler und Kühlmann<sup>2</sup>).

Sonnabend, 22. Dezember. Trotzkis Appell an die Proletarier gegen die Regierungen der Mittelmächte<sup>1</sup>). — K. Eisner gegen russischen Sonderfrieden. [...]<sup>2</sup>)

Sonntag, 23., bis Sonnabend, 29. Dezember. Brest-Litowsk<sup>1</sup>). Theorie gegen Praxis. "Schwere Verantwortung<sup>2</sup>)." — Wenn durch unsere Schuld, dann Peripetie. Ich betrachte alles sub specie aeternitatis. Weltgeschichte und Menschheitsentwicklung. Nach dem Sturz der zaristischen Macht ist der bestimmendste Gesichtspunkt verändert. [...]

<sup>16. 12. 1917: 1)</sup> In Brest-Litowsk war am 15. 12. ein 28tägiger Waffenstillstand mit Rußland abgeschlossen worden; vgl. Schulthess 1917/I S. 1035 und 1917/II S. 956 ff.

<sup>20. 12. 1917: 1)</sup> Vgl. Quellen 1/I S. 626 ff. 2) Vgl. a.a.O. S. 638 ff.

<sup>22. 12. 1917: 1)</sup> Vgl. Schulthess 1917/II S. 783 f. 2) Es folgen einige Zeichen und verstümmelte Stichwörter, deren Sinnzusammenhang sich nicht erschließen ließ.

<sup>23.—29. 12. 1917:</sup>¹) Am 22. 12. hatten in Brest-Litowsk die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Mittelmächte und der russischen Regierung begonnen; vgl. Schulthess 1917/II S. 959 ff.

²) Anspielung auf einen Artikel Davids, s. 6. 12. 1917.



Dienstag, 1. Januar. Šaulys bei mir. Berichtet Gutes<sup>1</sup>). Bestimme ihn, Jann-laitis<sup>2</sup>) zu rufen.

Mittwoch, 2. Januar. 4 Uhr: Šaulys' veränderter Beschluß<sup>1</sup>). 5 Uhr: Interfraktionelle Konferenz: Ostfragen<sup>2</sup>). Diskussion gegen die Nationalliberalen<sup>3</sup>).

Freitag, 4. Januar. 10 Uhr: Hauptausschuß<sup>1</sup>). — Mitteilung des Kanzlers über Bruch in Brest-Litowsk<sup>2</sup>). — Sofortige Fraktionssitzung<sup>3</sup>). 4 Uhr: Interfraktionelle Konferenz<sup>4</sup>). 6—8 Uhr: Besprechung mit dem Kanzler<sup>5</sup>). 8 Uhr: Interfraktionelle Konferenz<sup>6</sup>): Beruhigende Mitteilung. Regierung will Erklärung abgeben.

Sonntag, 6. Januar. ½11 Uhr Fraktionsvorstand. Resolution¹). Eberts Wunsch. 1—7 Uhr: Fraktion²). Lange trostlose Debatte. Antrag Heine, Hoffmann-[Kaiserslautern] usw.³) Eberts Handstreich⁴).

<sup>1. 1. 1918:</sup> ¹) Bezieht sich möglicherweise auf die Bemühungen des litauischen Landesrats, zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk zugelassen zu werden, um dort seinen Wunsch "der dauernden Loslösung Litauens vom russischen Staatsverbande" vertreten zu können; vgl. das von Smetona und Šaulys unterzeichnete Schreiben vom 2. 1. 1918 an Kühlmann, abgedruckt bei Klimas S. 108; vgl. weiter die Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses vom 2. 1. 1918, Quellen 1/II S. 49 ff., besonders die Ausführungen Davids a.a.O. S. 55 f.; zum Zusammenhang vgl. Wheeler-Bennett S. 123 ff. ²) A. Jannlaitis, Rechtsanwalt, litauischer Politiker.

<sup>2. 1. 1918:</sup> ¹) In einer Erklärung vom 11. 12. 1917 hatte der litauische Landesrat versichert, s. Klimas S. 107, daß er "für ein ewiges, festes Bundesverhältnis des litauischen Staates mit dem Deutschen Reich" eintrete. Angesichts des enttäuschenden Verhaltens der deutschen Regierung wurde jedoch in einer nichtoffiziellen Sitzung des Landesrats (deren Datum nicht mitgeteilt wird) festgestellt, s. Klimas S. XIX, daß man an der Erklärung vom 11. 12. 1917 nicht festhalten könne, worauf der Landesrat in einem "Beschluß" vom 8. 1. 1918 "die Wiederherstellung eines unabhängigen auf demokratischen Grundlagen aufgebauten litauischen Staats mit der Hauptstadt Wilna und seine Abtrennung von allen staatlichen Verbindungen mit anderen Völkern" als sein Ziel proklamierte. Es ist anzunehmen, daß David von dieser Entwicklung durch Šaulys unterrichtet worden ist. ²) Vgl. Quellen 1/II S. 49 ff. ³) A.a.O. S. 60, David: "Zur Stellung der Nationalliberalen zu Polen ein Wort: von allen Lösungen wäre die bedenklichste die Rückgängigmachung der polnischen Selbständigkeit."

<sup>4. 1. 1918: 1)</sup> S. HA 192. Sitzung, 4. 1. 1918; vgl. Frankfurter Zeitung 5. 1. 1918 (1. und 2. Morgenblatt und Abendblatt). 2) S. HA a.a.O. S. 9. 3) Vgl. Quellen 3/II Nr. 463. 4) Vgl. Quellen 1/II S. 64 ff. 5) Vgl. a.a.O. S. 71 (Anm. 2). 6) Vgl. a.a.O. S. 71 ff.

<sup>6. 1. 1918: 1)</sup> Die Resolution — sie fordert die Beachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker (bezogen auf die "ehemals dem Zepter des Zaren unterworfenen Länder Polen, Kurland und Litauen") und die Konstituierung von demokratisch legitimierten Landesvertretungen in diesen Ländern, denen "alsbald die Verwaltung und zugleich die Vorbereitung und Einberufung von aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgegangenen konstituierenden Versammlungen zu übertragen" sei — wurde in der anschließenden Fraktionssitzung von David verlesen und erläutert; s. Anm. 2. 2) Vgl. Quellen 3/II Nr. 464. 3) Eine Reihe von Diskussionsrednern, darunter die Genannten, hatten Änderungsanträge zu der Resolution

Montag, 7. Januar. ½1 Uhr: Fraktionsvorstand. Scheidemann macht Mitteilung über Konflikt Ludendorff—Kühlmann¹). 2 Uhr: Hauptausschuβ²).

Dienstag, 8. Januar. ½10 Uhr¹): Die drei Mehrheitsparteien: noch einig; aber? 11 Uhr: Hauptausschuß: Wirtschaft²).

Freitag, 11. Januar. 3 Uhr: Hauptausschuß<sup>1</sup>). ½7 Uhr Auswärtiger Ausschuß. Brest-Litowsk. *Trotzki* verhandelt<sup>2</sup>).

Sonnabend, 12. Januar. Lese diese Wochen 11 bis 12½ Uhr nachts in "Goethe in vertraulichen Briefen seiner Zeitgenossen". Kann es nicht lassen. Wohltuend und zu eigener Produktion mahnend. [...]

Sonntag, 13. Januar. Plenum abgesagt1).

Dienstag, 15. Januar.  $12\frac{1}{2}$  Uhr Auswärtiger Ausschuß<sup>1</sup>). Reichsschatzamt. Meine Kritik an Brest<sup>2</sup>).

 $\frac{1}{2}$ 2 Uhr: Besprechung mit *Ebert, Hoch, Molkenbuhr*; Vertagung der politischen Debatte [...]

- 7. 1. 1918: 1) Vgl. Scheidemann, Memoiren II S. 139 f.; vgl. weiter Kühlmann und Ludendorff, in: Frankfurter Zeitung 8. 1. 1918 (2. Morgenblatt). 2) S. HA 194. Sitzung, 7. 1. 1918; vgl. Frankfurter Zeitung 8. 1. 1918 (2. Morgenblatt).
- 8.1.1918: ¹) Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses; s. Quellen 1/II S. 80 ff. ²) S. HA 195. Sitzung, 8.1.1918; auf der Tagesordnung stand: Handelsbeziehungen zu Rußland, Handelsbeziehungen zu Österreich-Ungarn; vgl. Frankfurter Zeitung 9.1.1918 (1. und 2. Morgenblatt).
- 11. 1. 1918: 1) S. HA 197. Sitzung, 11. 1. 1918; vgl. Frankfurter Zeitung 12. 1. 1918 (2. Morgenblatt). 2) Die am 28. 12. 1917 abgebrochenen Verhandlungen von Brest-Litowsk waren am 9. 1. 1918 wieder aufgenommen worden. Trotzki hatte die Führung der russischen Delegation übernommen; vgl. Schulthess 1918/I S. 6 und Wheeler-Bennett S. 151 ff.
  - 13. 1. 1918: 1) Das Plenum des Reichstags trat erst am 19. 2. 1918 wieder zusammen.
- 15. 1. 1918: ¹) Gemeint ist vermutlich eine Fraktionsführerbesprechung im Auswärtigen Amt, die sich jedoch für dieses Datum nicht nachweisen läßt. Vgl. 16. 1. 1918 (Anm. 5). ²) Zu Davids Kritik an den Verhandlungen in Brest-Litowsk, die sich vor allem gegen den "Faustschlag" General Hoffmanns vom 12. Januar richtete, vgl. seine Ausführungen in der Fraktionsführerbesprechung im Auswärtigen Amt vom 14. 1. 1918 in: Quellen 1/II S. 92 und 94; dazu auch 16. 1. 1918. Vgl. ferner Davids Reichstagsrede vom 18. 3. 1918, Sten. Ber. Bd. 311 S. 4431 ff.

des Fraktionsvorstandes gestellt; a.a.O. 4) Die Kritik an der Vorstandsresolution hatte Ebert veranlaßt, eine kürzer und schärfer formulierte Neufassung auszuarbeiten, die von der Fraktion mit allen gegen 2 Stimmen angenommen wurde; a.a.O.

Streik in Österreich 16. 1. 1918

Mittwoch, 16. Januar. 10 Uhr: Interfraktionelle Konferenz<sup>1</sup>). — Ich schlage gemeinsames Vorgehen für praktische Richtlinien für Brest vor<sup>2</sup>). Erst in zweiter Sitzung mit Erzberger Erfolg<sup>3</sup>). Beschluß, mit Regierung zu verhandeln. Lage erscheint mir fast hoffnungslos. Auch Kühlmann sehr ungeschickt.

2 Uhr: Hauptausschuß<sup>4</sup>). 6 Uhr 20: Auswärtiger Ausschuß<sup>5</sup>). 10 Uhr: Dr. Šaulys.

Donnerstag, 17. Januar. Berlin schwimmt in Schneeschlamm. Schauderhaft. 3 Uhr: Hauptausschuß<sup>1</sup>).

Freitag, 18. Januar. 11 bis 1 Uhr: Besprechung bei Graf Roedern<sup>1</sup>): Ebert, Erzberger, Fischbeck, Trimborn. Lege ausführlich und nachdrücklichst unsere Bedenken und Vorschläge betreffend Brest dar<sup>2</sup>)

1½ bis 2½ Uhr: Meine Aussprache mit Solf3). Nur allgemein.

3 Uhr: Hauptausschuß: Zensur usw.4)!

6 Uhr: Litauische Gesellschaft im Kaiserhof.

Sonnabend, 19. Januar. Hauptausschuß: Zensur<sup>1</sup>). Abends: Mitteilungen Südekums über Streik in Österreich<sup>2</sup>). — "Natürliche Tochter" gelesen.

Sonntag, 20. Januar. "Stella" gelesen.

20

265

<sup>16. 1. 1918:</sup> ¹) S. Quellen I/II S. 97 ff. ²) Vgl. Die Aufzeichnungen Südekums a.a.O. S. 99: "David will anregen, daß wir, die drei Parteien, [uns] unsererseits auf eine praktische Richtlinie für die Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes einigen, auf Grundlage der Erzbergerschen Thesen." ³) Am gleichen Tag hat eine zweite Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses stattgefunden, an der Erzberger, im Gegensatz zur ersten, teilgenommen hat; a.a.O. S. 104 (Anm. 34). In dieser Sitzung schlug Friedrich Naumann vor, a.a.O. S. 109, "gemeinsam vorstellig [zu] werden, daß Kollege David nach Brest gehen soll". ⁴) Laut Berliner Tageblatt 16. 1. 1918 (Morgenausgabe) wurden "Fragen der Zwangsliquidation in Elsaß-Lothringen und der Saisonarbeiter" behandelt; ein Protokoll oder Bericht über die Sitzung waren nicht zugänglich. ⁵) Gemeint ist die Besprechung mit den Fraktionsführern im Auswärtigen Amt, die nach dem in Quellen 1/II S. 112 ff. abgedruckten Protokoll um 6.30 Uhr begann.

<sup>17. 1. 1918: 1)</sup> S. HA 200. Sitzung, 17. 1. 1918; vgl. Frankfurter Zeitung 18. 1. 1918 (2. Morgenblatt). Laut Protokoll begann die Sitzung um 2.15 Uhr.

<sup>18. 1. 1918:</sup> ¹) Vgl. Quellen 1/II S. 116 ff. ²) Vgl. a.a.O. S. 117 f. ³) Vgl. das auf die Aussprache mit *David* ausführlich eingehende Schreiben *Solfs* an *Hertling* vom 18. 1. 1918, abgedruckt bei Eberhard von Vietsch, Wilhelm Solf, Botschafter zwischen den Zeiten, Tübingen 1961, S. 373 ff. ¹) S. HA 201. Sitzung, 18. 1. 1918; vgl. *Frankfurter Zeitung* 19. 1. 1918 (2. Morgenblatt). Auf der Tagesordnung stand "Zensur und Belagerungszustand".

<sup>19. 1. 1918: 1)</sup> S. HA 202. Sitzung, 19. 1. 1918; vgl. Frankfurter Zeitung 20. 1. 1918 (2. Morgenblatt). 2) Die am 14. 1. von Wiener Neustadt ausgehende Streikbewegung hatte sich über Wien, Niederösterreich, die Steiermark, Böhmen und Mähren bis Ungarn hin ausgebreitet; vgl. Schulthess 1918/II S. 2 ff.

Montag, 21. Januar. Vorgänge in Österreich werden des Näheren bekannt<sup>1</sup>).

Dienstag, 22. Januar. 3 Uhr Hauptausschuß: Zensur<sup>1</sup>). Vorwärts<sup>2</sup>). Österreich. Ebert und Scheidemann: Streik! ?<sup>3</sup>) Aussprache mit A. Weber.

Mittwoch, 23. Januar. 10 Uhr: Interfraktionelle Konferenz<sup>1</sup>). 1 Uhr: Haupt-ausschuß<sup>2</sup>). Besprechung im kleinen Bundesratssaal: Roedern und Kühlmann<sup>3</sup>).

Donnerstag, 24. Januar. 10 Uhr: Interfraktionelle Konferenz<sup>1</sup>). — Hertlings Rede<sup>2</sup>); laviert durch die Mitte. Diskussion. Scheidemann hart an der Grenze<sup>3</sup>). War vorher nicht informiert<sup>4</sup>).

Freitag, 25. Januar. Hauptausschuß. — Kühlmann<sup>1</sup>): schwach. Czernins Schritt zur Vermittlung mit Wilson<sup>2</sup>). Besprechung mit Ebert, Scheidemann usw.

<sup>21. 1. 1918: 1)</sup> Vgl. 19. 1. 1918 (Anm. 2).

<sup>22. 1. 1918: 1)</sup> S. HA 203. Sitzung, 22. 1. 1918; vgl. Frankfurter Zeitung 23. 1. 1918 (2. Morgenblatt). 2) Der Vorwärts war am 21. 1. wegen seiner Berichterstattung über die Vorgänge in Österreich verboten worden; über dieses Verbot wurde im Hauptausschuß unter Teilnahme von Vertretern des Kriegsministeriums verhandelt; vgl. HA a.a.O. 3) Die Genannten hatten die Möglichkeit von Streiks auch in Deutschland angedeutet, vgl. a.a.O. S. 8 Ebert: "Die sozialdemokratische Partei begrüßt das Vorgehen der Arbeiterschaft Österreich-Ungarns mit größter Sympathie und erklärt sich mit ihr in aller Form solidarisch. Wir bringen zum Ausdruck, daß die deutsche Arbeiterschaft ebenso entschlossen ist, die letzte und äußerste Kraft einzusetzen, um die Forderung der Annexionisten zurückzuschlagen und einen Frieden der Verständigung und des Rechtes zu erringen." Vgl. weiter a.a.O. S. 11 Scheidemann: "Die Zensoren sollten sich doch darüber klar sein, daß die Situation in Deutschland jetzt genauso wie die in Österreich unmittelbar vor dem Ausstand ist. Redner schließt mit den Worten: Wir drohen nicht, aber wir warnen Sie."

<sup>23. 1. 1918: 1)</sup> Vgl. Quellen 1/II S. 127 ff. 2) S. HA 204. Sitzung, 23. 1. 1918, vgl. Frankfurter Zeitung 24. 1. 1918 (2. Morgenblatt). 3) Es handelt sich um eine Besprechung der genannten Staatssekretäre und anderer Vertreter der Reichsregierung mit den Fraktionsführern; s. das Protokoll in: Quellen 1/II S. 134—170.

<sup>24. 1. 1918:</sup> ¹) Sonstige Nachweise dieser Sitzung fehlen. ²) Im Hauptausschuß, s. HA 205. Sitzung, 24. 1. 1918, S. 1 ff.; vgl. Frankfurter Zeitung 25. 1. 1918 (2. Morgenblatt). ³) Scheidemann schloß seine für einen Verständigungsfrieden plädierende Rede, in der er auch auf die Wilsonschen Vierzehn Punkte eingegangen war, HA a.a.O. S. 10—22, mit der Warnung: "[...] wir werden nie daran denken, unsere Haut für eine Regierung zu Markte zu tragen, von der wir vielleicht die Überzeugung gewinnen müssen, daß sie ihre Pflicht dem Volke gegenüber nicht erfüllt." ¹) Gemeint ist wahrscheinlich, daß Scheidemann seine Rede nicht vorher mit David besprochen hatte.

<sup>25. 1. 1918: 1)</sup> S. HA 206. Sitzung, 25. 1. 1918, S. 1 ff.; vgl. Frankfurter Zeitung 26. 1. 1918 (2. Morgenblatt). 2) Czernin war am 24. 1. im Ausschuß für Äußeres der Österreichischen Delegation ausführlich auf Wilsons Vierzehn Punkte eingegangen, vgl. Frankfurter Zeitung 25. 1. 1918 (2. Morgenblatt) und hatte dabei geäußert "[...] ich nehme keinen Anstand zu erklären, daß ich in den letzten Vorschlägen des Präsidenten Wilson eine bedeutende Annäherung

Streik in Berlin 26. 1. 1918

Sonnabend, 26. Januar. Hauptausschuß. — Meine Rede<sup>1</sup>). Versuch *Erzbergers*, Vertrauensvotum zu erzielen<sup>2</sup>). Diskussion, wir dagegen. — Es bleibt alles Gewehr bei Fuß. Keine klare Entscheidung<sup>3</sup>). — Ich sehe die Dinge nach wie vor sehr pessimistisch an.

Sonntag, 27. Januar. Von jetzt ab passiv.

Freitag, 1. Februar. Streik<sup>1</sup>): Verfahrene Sache. So recht die Taktik des unverantwortlichen Gehenlassens. Der Ritt über den Bodensee sehr wenig glanzvoll. Die am [anderen]<sup>2</sup>) Ufer sehr viel klüger.

Sonntag, 3. Februar. Brief an *Ebert* und H. *Schulz*. Gehe nicht zur Fraktionssitzung.

Montag, 4. Februar. Abends: bei den Funktionären in Mainz.

Dienstag, 5. Februar. Wollte Max Weber antworten<sup>1</sup>). Stelle die Arbeit ein. Werde passiv bleiben.

## Mittwoch, 6. Februar. In Wiesbaden.

an den österreich-ungarischen Standpunkt finde, und daß sich unter seinen Vorschlägen einzelne befinden, denen wir sogar mit großer Freude zustimmen könnten." Vgl. auch Schulthess 1918/II S. 6 ff.

- 26. 1. 1918: 1) Vgl. die ausführliche Wiedergabe von Davids Rede in: Frankfurter Zeitung 27. 1. 1918 (2. Morgenblatt); ein Protokoll dieser Hauptausschußsitzung war uns nicht zugänglich. 2) Gemeint ist Erzbergers in der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses vom gleichen Tag vorgetragener Vorschlag, s. Quellen 1/II S. 171, in einer Resolution Kühlmann das Vertrauen auszusprechen. 3) Die Sozialdemokraten hatten die von Erzberger vorgeschlagene Resolution, s. Anm. 2, abgelehnt, hingegen war David dafür eingetreten, a.a.O. S. 174, "den Willen der Mehrheitsparteien zum Verständigungsfrieden zusammenzufassen", was jedoch nur möglich sei, "wenn die Regierung selbst sich mit uns einigt".
- 1. 2. 1918: 1) Vgl. Schulthess 1918/I S. 49 ff. Zur Haltung der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes vgl. Quellen 3/II Nr. 465 und 466; zur Literatur über den Januarstreik vgl. Quellen 1/II S. 192 (Anm. 3); ferner Erich Otto Volkmann, Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkriege, Berlin 1925, S. 137 ff., und Bartel S. 481 ff. 2) Lesart unsicher.
- 5. 2. 1918: ¹) Bezieht sich wahrscheinlich auf Max Webers Artikel Innere Lage und Außenpolitik, in: Frankfurter Zeitung 3. 2. 1918 (1. Morgenblatt), in dem es heißt: "Daß die Sozialdemokratie, nachdem es auch bei uns zu einem politischen Teilstreik gekommen war, wie er in anderen Ländern an der Tagesordnung ist, sich an der Leitung dieser unorganisierten Bewegung beteiligte, war staatspolitisch wahrscheinlich nützlich. Aber vor allem in sachlicher Hinsicht muß—so wenig sozialistische Kreise Ratschläge Außenstehender anzunehmen geneigt sein werden—doch auf das nachdrücklichste darauf hingewiesen werden, daß jede Partei, welche direkt oder indirekt einen schlechten oder leichtsinnigen Frieden verschuldet oder, indem sie den deutschen Unterhändlern in den Rücken fällt, den Friedensschluß erschwert, ihre Rolle in Deutschland ausgespielt haben würde. Noch nach Jahrzehnten würde ihr das nachgehen. Und diese Gefahr besteht."

- Sonnabend, 9. Februar. Friede mit der Ukraine<sup>1</sup>)! Abends: "Erdgeist" im Residenztheater.
- Sonntag, 10. Februar. Adelung in Wiesbaden. Eingehende Aussprache. Er ist immer verständig und überlegt in Gedanken und Taten.
- Montag, 11. Februar. Rußland erklärt den Kriegszustand für beendet<sup>1</sup>). Nirgends große Wirkung. Seltsam. Man hatte schon den Frieden im Osten und fühlt den Fortgang des Krieges im Westen. Für mich bedeutsame Umstellung.
- Sonntag, 17. Februar. Nachmittags Telegramm Scheidemanns: Ich soll Mittwoch reden<sup>1</sup>).
- Montag, 18. Februar. Schlechte Nacht. Hetzen und Laufereien. Nachtfahrt nach Berlin.
- Dienstag, 19. Februar. ½10 Uhr Fraktionsvorstand: man will noch keinen Bruch<sup>1</sup>). 10 Uhr: Fraktionssitzung<sup>2</sup>). 3 Uhr: Plenum<sup>3</sup>). 5—9 Uhr: Hauptausschuß<sup>4</sup>). 10—1 Uhr: Vorbereitung meiner Rede<sup>5</sup>).
- Mittwoch, 20. Februar. Meine Rede über Ukraine-Frieden und Brest-Litowsk<sup>1</sup>) durch Nachricht von russischer Kapitulation<sup>2</sup>) verschoben<sup>3</sup>).
  - Donnerstag, 21. Februar. Hauptausschuß<sup>1</sup>).
  - Freitag, 22. Februar. 10 Uhr: Fraktionsvorstand. 4 Uhr: Interfraktionelle

<sup>9. 2. 1918: 1)</sup> Vgl. Schulthess 1918/I S. 60 f. und Schulthess 1918/II S. 671 ff.

<sup>11. 2. 1918:</sup> ¹) Am 10. 2. hatte *Trotzki* in Brest-Litowsk den Kriegszustand zwischen Rußland und den Mittelmächten für beendet erklärt, ohne jedoch die von den Mittelmächten geforderten Friedensbedingungen zu akzeptieren; vgl. Schulthess 1918/II S. 415 f.; zum Zusammenhang Wheeler-Bennett S. 223 ff.

<sup>17. 2. 1918: 1)</sup> Am 20. 2. im Plenum des Reichstages; vgl. 20. 2. 1918.

<sup>19. 2. 1918: 1)</sup> Zu ergänzen: mit den anderen Parteien der Reichstagsmehrheit, mit denen es zu Meinungsverschiedenheiten in der Beurteilung der Kongreßrede Wilsons vom 11. 2. 1918 und über die Ostpolitik der Regierung gekommen war; vgl. dazu den Bericht Scheidemanns in der Fraktionssitzung des gleichen Tages, Quellen 3/II Nr. 467 und Quellen 1/II S. 223 ff. und S. 240 ff. 2) Vgl. Quellen 3/II Nr. 467. 3) S. Sten. Ber. Bd. 311 S. 3987 ff. 4) S. HA 208. Sitzung, 19. 2. 1918; vgl. Frankfurter Zeitung 20. 2. 1918 (2. Morgenblatt). 5) Vgl. 20. 2. 1918.

<sup>20. 2. 1918: 1)</sup> Vgl. 17. 2. 1918. 2) Am 19. 2. hatte der Rat der Volkskommissare die Friedensbedingungen der Mittelmächte angenommen; vgl. Schulthess 1918/II S. 418 f.; vgl. auch 11. 2. 1918 (Anm. 1). 3) Vgl. 18. 3. 1918.

<sup>21. 2. 1918: 1)</sup> Vgl. Frankfurter Zeitung 22. 2. 1918 (1. und 2. Morgenblatt).

Konferenz<sup>1</sup>). Noch gute Stimmung für Mehrheit: 4 Punkte Wilsons<sup>2</sup>); Belgien; Elsaß-Lothringen. — Wallraf<sup>3</sup>). Die Mehrheit ist einig; aber die Regierung im Schlepptau der Obersten Heeresleitung.

Montag, 25. Februar. Vormittags: Besprechung mit Alfred Weber. Reichstag<sup>1</sup>): Rede Hertlings<sup>2</sup>) und Payers<sup>3</sup>): der wackere Schwabe<sup>4</sup>) forcht sich nicht.

Fraktion<sup>5</sup>). Ich: die Situation darf nicht durch die Streikbehandlung verdorben werden.

Dienstag, 26. Februar. Reichstag. Scheidemanns Rede<sup>1</sup>): klug. — Absicht der Konservativen, uns zu isolieren<sup>2</sup>), scheitert; umgekehrt. Die Mehrheit gefestigt. Wahlreform gefordert.

Mittwoch, 27. Februar. Erzbergers energische Rede<sup>1</sup>) = Abrechnung mit den Alldeutschen. Festigung der Mehrheit.

Fraktionsvorstand: Keine Festlegung auf Ablehnung des Ostfriedens. Diskussion, Ebert dagegen!

Donnerstag, 28. Februar. Reichstag: Landsberg<sup>1</sup>), gut. Nichts verdorben. — Das Verfahren gegen die Russen (Ultimatum)<sup>2</sup>) ein Hohn auf Verständigungsfrieden und Selbstbestimmung. Trotzdem kein Unglück.

Freitag, 1. März. Abends bei Huth: Weber und Frau Jaffé-Richthofen<sup>1</sup>). — Soll ich Professor werden? Zu spät.

Nachmittags: Unterredung mit Dr. Stolper, Wien, über Polen2).

<sup>22. 2. 1918:</sup> ¹) Vgl. Quellen 1/II S. 276 ff. ²) Vgl. a.a.O. S. 225 (Anm. 27). ³) Max Wallraf, der frühere Oberbürgermeister von Köln, war im Oktober 1917 zum Staatssekretär des Innern ernannt worden; seine Haltung während der Januarstreiks war von der SPD scharf kritisiert worden, u. a. in der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses, s. Anm. 1, in der auch die Vertreter der anderen Parteien nicht für Wallraf eingetreten waren.

<sup>25. 2. 1918: 1)</sup> S. Sten. Ber. Bd. 311 S. 4137 ff. 2) A.a.O. S. 4140 ff. 3) A.a.O. S. 4143 ff. 4) Payer. 5) Vgl. Quellen 3/II Nr. 469.

<sup>26. 2. 1918: 1)</sup> S. Sten. Ber. Bd. 311 S. 4162 ff. 2) Bezieht sich auf die Rede des Konservativen von Heydebrand und der Lase, a.a.O. S. 4175 ff., der die am Vortage gehaltene Rede Payers heftig kritisierte.

<sup>27. 2. 1918: 1)</sup> S. Sten. Ber. Bd. 311 S. 4216 ff.

<sup>28. 2. 1918: &</sup>lt;sup>1</sup>) S. Sten. Ber. Bd. 311 S. 4233 ff. <sup>2</sup>) General Hoffmann hatte am 26. 2. die Russen aufgefordert, die Friedensbedingungen sofort zu unterzeichnen; am 23. 2., nachdem die deutschen Truppen fast bis an den Peipussee vorgedrungen waren, wurde den Russen ein formales Ultimatum gestellt. Vgl. Wheeler-Bennett S. 238 ff. und Werner Hahlweg, Der Diktatfrieden von Brest-Litowsk und die bolschewistische Weltrevolution, Münster i. Westfalen 1960, S. 43 ff.

<sup>1. 3. 1918: 1)</sup> Else Jaffé-Richthofen, Gattin von Dr. Edgar Jaffé, Universitätsprofessor in München, Herausgeber des Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. 2) Dr. Gustav

- Sonntag, 3. März. 5 Uhr: Tee bei Fischbecks. "Friede" mit Rußland!?
- Montag, 4. März. Hauptausschuß: Protest gegen die militärische Operation in Finnland<sup>1</sup>)! [...]
- Dienstag, 12. März. Hauptausschuß<sup>1</sup>).  $6\frac{1}{2}$  Uhr: Besprechung der Mehrheitsparteiführer beim  $Kanzler^2$ ). Ostfragen.
- Mittwoch, 13. März. Hauptausschuß<sup>1</sup>). Besprechung mit Ronikier und Simons<sup>2</sup>); Fassung gefunden<sup>3</sup>). Trautmann<sup>4</sup>): Finnlands Versuch<sup>5</sup>). 4 Uhr: Interfraktionelle Konferenz<sup>6</sup>). Scharfe Stimmung gegen Regierung. Fehrenbach soll zum Kanzler gehen<sup>7</sup>). Krisis? Abends: Versammlung in Friedrichshagen, Wahl.
- Donnerstag, 14. März. Hauptausschuß<sup>1</sup>). 3 Uhr: Fraktionsvorstand. Russischer Friede<sup>2</sup>). Lichnowskys Broschüre<sup>3</sup>). 4 Uhr. Interfraktionelle Konferenz<sup>4</sup>). Bericht Fehrenbachs über Kanzlers Stellung<sup>5</sup>). Krisis? Finnland: nur Polizeiaktion. Litauen: Statthalter!?
- Stolper, bekannter Nationalökonom, Mitherausgeber der Wochenschrift Der Österreichische Volkswirt. Er trat für eine "austro-polnische" Lösung ein; vgl. Toni Stolper, Ein Leben in Brennpunkten unserer Zeit. Wien-Berlin-New York. Gustav Stolper 1888—1947, Tübingen 1960, S. 111 ff.
- 4. 3. 1918: 1) Vgl. HA 210. Sitzung, 4. 3. 1918, S. 18: "Abgeordneter Dr. David führt aus, auch seine Freunde [das "auch" bezieht sich auf die vorausgegangenen Ausführungen Haases, a.a.O. S. 11, der das "lebhafteste Befremden" über das "Vorgehen der Regierung Finnland gegenüber" geäußert hatte] könnten nur mit ernsten Bedenken dem entgegensehen, was in Finnland beabsichtigt sei. [...] Es handle sich um einen rein politischen Interventionsakt, dessen Folge eine Überwerfung mit der Mehrheit des Volkes sein müßte." Vgl. auch Frankfurter Zeitung 5. 3. 1918 (2. Morgenblatt) und Schulthess 1918/I S. 112 f.
  - 12. 3. 1918: 1) Konnte nicht nachgewiesen werden. 2) Vgl. Quellen 1/II S. 300 ff.
- 13. 3. 1918:

  1) S. HA 216. Sitzung, 13. 3. 1918.

  2) Wahrscheinlich Geheimrat Walter Simons vom Auswärtigen Amt.

  3) Es handelt sich wahrscheinlich um die Ausarbeitung einer Denkschrift über die Zukunft Polens; vgl. die von Südekum eingeschobene Bemerkung in seiner Niederschrift über die Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses vom 13. 2., Quellen 1/II S. 312: "(David hat einen besonderen Entwurf mit den Polen zusammen gemacht: "unter völliger Anerkennung des Gebietes des deutschen Reiches" usw.)"; vgl. weiter Quellen 1/II S. 296 (Anm. 29).

  4) Wahrscheinlich Paul Oskar Trautmann, Vortragender Rat in der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes, dessen Anwesenheit jedoch aus dem Protokoll, s. Anm. 1, nicht hervorgeht.

  5) Sinnzusammenhang konnte nicht geklärt werden.

  6) Vgl. Quellen 1/II S. 305 ff.

  7) Vgl. 14. 3. 1918 (bes. Anm. 5).
- 14. 3. 1918: 1) S. HA 217. Sitzung, 14. 3. 1918; vgl. Frankfurter Zeitung 15. 3. 1918 (1. Morgenblatt und Abendblatt). 2) Vgl. Quellen 3/II Nr. 472 (Anm. 3). 3) Gemeint sind die durch eine Indiskretion veröffentlichten Aufzeichnungen des Fürsten Lichnowsky vom August 1916 über deutsche Außenpolitik seit Bismarck, mit denen sich der Hauptausschuß am 16. 3. 1918 ausführlich beschäftigte; s. HA 219. Sitzung; vgl. Frankfurter Zeitung 20. 3. 1918 (2. Morgenblatt) und Schulthess 1918/I S. 120 ff. Ebert hatte am 14. 3. im Interfraktionellen Ausschuß berichtet, s. Quellen 1/II S. 321, daß diese Diskussion im Seniorenkonvent angekündigt worden war. 4) Vgl. Quellen 1/II S. 314 ff. 5) Die folgenden Stichworte beziehen sich auf Fehrenbachs Bericht über seine am Morgen des gleichen Tages mit dem Reichskanzler geführte Besprechung; vgl. a.a.O. (bes. Anm. 3).

Sonnabend, 16. März. Hauptausschuß<sup>1</sup>). 5 Uhr: Interfraktionelle Konferenz<sup>2</sup>): Ostfragen. Über Polen Erklärungen [abgeben]<sup>3</sup>). Finnland. Zusammenstoß mit Svinhufvud<sup>4</sup>).

Montag, 18. März. Reichstag: Rede über Ostfrieden<sup>1</sup>). Fraktion<sup>2</sup>): Debatte über Stimmenthaltung zum russischen Frieden.

Dienstag, 19. März. Reichstag<sup>1</sup>). Polen-Verständigung. Diskussion gegen Regierung<sup>2</sup>)!

Mittwoch, 20. März. Hauptausschuß<sup>1</sup>): Friedensvertrag. Kurland. Diskussion gegen Goßler<sup>2</sup>). 4 Uhr: Interfraktionelle Konferenz<sup>3</sup>): Polenfrage verkracht. — Blamierte Europäer<sup>4</sup>). 9 Uhr: Heine-Abend in Deutsche Gesellschaft 1914.

Donnerstag, 21. März. Hauptausschuß<sup>1</sup>): Russischer Friedensvertrag. Finnische Expedition.

Freitag, 22. März. [...] Beginn der West-Offensive<sup>1</sup>).

Sonnabend, 23. März. West-Offensive großer Erfolg¹). Stimmung.

Sonntag, 24. März. [...] Abends: Theater: Straße nach Steinaysch.

<sup>16. 3. 1918: 1)</sup> S. HA 219. Sitzung, 16. 3. 1918; vgl. Frankfurter Zeitung 20. 3. 1918 (2. Morgenblatt). 2) Vgl. Quellen 1/II S. 324. 3) Im Stenogramm unleserlich. 4) Die finnische Regierung wurde seit dem 27. 11. 1917 von P. E. Svinhufvud geleitet, den der Landtag am 19. 5. 1918 zum Reichsvorstand wählte; vgl. Schulthess 1918/II S. 397. — Zur Besprechung mit Svinhufvud vgl. Südekums Aufzeichnungen in: Quellen 1/II S. 325, aus denen allerdings nicht hervorgeht, daß es zu einem "Zusammenstoß" gekommen war.

<sup>18. 3. 1918: 1)</sup> Gemeint ist die Rede *Davids*; s. Sten. Ber. Bd. 311 S. 4431 ff. 2) Vgl. Quellen 3/II Nr. 472.

<sup>19. 3. 1918: 1)</sup> S. Sten. Ber. Bd. 311 S. 4447 ff. 2) Gemeint ist vermutlich, daß einige Diskussionsredner, insbesondere Westarp, a.a.O. S. 4471 ff., und Mumm, a.a.O. S. 4485 ff., eine Polenpolitik befürwortet hatten, die dem Verständigungswillen der Reichsregierung widerspreche.

<sup>20. 3. 1918: 1)</sup> Vgl. Frankfurter Zeitung 21. 3. 1918 (1. und 2. Morgenblatt). 2) Alfred von Goßler, Landrat a. D., deutsch-konservativer Reichstagsabgeordneter, Chef der Militärverwaltung Kurland. Zu der Auseinandersetzung mit Goßler vgl. den allerdings nur sehr dürftigen Bericht in: Frankfurter Zeitung 21. 3. 1918 (2. Morgenblatt) und in Ergänzung dazu die Aufzeichnungen Südekums über die Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses vom 20. 3. in: Quellen 1/II S. 341 f. 3) Vgl. Quellen 1/II S. 335 ff. 4) Vgl. dazu insbesondere Davids Ausführungen a.a.O. S. 339.

<sup>21. 3. 1918: 1)</sup> Vgl. Frankfurter Zeitung 22. 3. 1918 (1. und 2. Morgenblatt).

<sup>22. 3. 1918:</sup> ¹) Die Frühjahrsoffensive hatte am 21. 3. in Nordfrankreich begonnen; vgl. Wippermann 1918/I S. 417 ff.

<sup>23. 3. 1918: 1)</sup> Vgl. 22. 3. 1918 (Anm. 1).

Montag, 25. März. [...] 6 Uhr: Konferenz in der Internationalen Korrespondenz: Heilmann [kein]<sup>1</sup>) Mundstück der Militärpartei; Litauer [Schwindel]<sup>1</sup>).

Mittwoch, 27. März. Reise Köln bis Andernach. Gute Aufnahme bei C. Engers1).

Donnerstag, 28. März. Fahrt Andernach nach Rembs. Aufnahme im Forsthaus — andere Welt. Wohltat.

Freitag, 5. April. 2 Pfund zugenommen. Spaziergang durch den sonnigen Wald nach Breitenau. Eine andere Welt! Und doch dieselbe!

Sonnabend, 6. April. Reise Rembs—Wiesbaden. Hotel Berg. Erkältet und Magen- und Darm-Katarrh. Elend!

Sonntag, 7. April. Mainz Kreiskonferenz<sup>1</sup>). Nachmittags bei Adelung. Abends: Gesellige Parteiveranstaltung. Rede und Stimmung gut.

Montag, 8. April. Ruhetag. Inhalation. Nachmittags und abends im Turm.

Dienstag, 9. April. Arbeite am Vortrag: Die Frau und die Genossenschaft<sup>1</sup>)!

Mittwoch, 10. April. Arbeit am Vortrag. — Vorwärts bringt ausgezeichneten Artikel über die Situation<sup>1</sup>).

Freitag, 12. April. Abends Vortrag in Mainz: Frau und Genossenschaft1).

Sonnabend, 13. April. Besichtigung der Henkellschen Sektkellereien. — Mittags im Turm. — Abends: Schierstein, Grüner Baum.

<sup>25. 3. 1918:</sup> ¹) Lesart unsicher.

<sup>27. 3. 1918: 1)</sup> Ehemann einer verstorbenen Schwester Davids.

<sup>7. 4. 1918: 1)</sup> Vgl. den Bericht in der Mainzer Volkszeitung 8. 4. 1918 (Beilage) über die SPD-Konferenz des Wahlkreises Mainz-Oppenheim, auf der David einen Vortrag über "Die politische Lage" gehalten hatte.

<sup>9. 4. 1918:</sup> ¹) Vgl. 12. 4. 1918.

<sup>10. 4. 1918:</sup> ¹) Gemeint ist wahrscheinlich der Redaktionsartikel, Gewalt gegen Gewalt, in: Vorwärts 8. 4. 1918, der anläßlich einer Rede Wilsons die bisherige Politik der SPD skizziert und mit der Behauptung schließt, daß es zu einem Frieden keinen anderen Weg gebe, "als über den uns verheißenden [sic!] militärischen Sieg".

<sup>12. 4. 1918:

1)</sup> Es handelte sich um eine von den Mainzer Frauenorganisationen veranstaltete öffentliche Frauenversammlung; vgl. den Bericht in: Mainzer Volkszeitung 13. 4. 1918 (Beilage).

Sonntag, 14. April. Mittags: Frau D., Adelung und Frau im Kurhaus. — Nachmittags: Neroberg.

Montag, 15. April. Mittags im Turm, Abschied. — Abends bei Theyer; Kolb und Frau; Frl. Oechsner.

Nachts: Reise Mainz-Berlin.

Dienstag, 16. April. Reichstag1).

Mittwoch, 17. April. Reichstag<sup>1</sup>).

Freitag, 19. April. Fraktion<sup>1</sup>): Steuern.

Sonnabend, 20. April. Reichstag<sup>1</sup>). Abends: Kaiserhof, Litauer-Abendessen. Die anderen in Wilna gehalten! Olschewski<sup>2</sup>), Woldemar<sup>3</sup>).

Montag, 22. April. Reichstag<sup>1</sup>). Nachmittags: Interfraktionelle Konferenz<sup>2</sup>). Mehrheit will zusammenbleiben<sup>3</sup>). Militär-Autokratie. Abwarten. Zusammengehen bei Steuern. — Für mich preußische Wahlreform zwingend<sup>4</sup>).

Donnerstag, 25. April. Ukraine! Eichhorn-Broschüre im Hauptausschuß<sup>1</sup>)!!!

Sonnabend, 27. April. Fahrt nach Neustrelitz. Hotel Mahnke. — Verschlafene Dorfresidenz, See, Wald.

<sup>16. 4. 1918: 1)</sup> S. Sten. Ber. Bd. 311 S. 4573 ff.

<sup>17. 4. 1918: 1)</sup> S. Sten. Ber. Bd. 311 S. 4607 ff.

<sup>19. 4. 1918: 1)</sup> Vgl. Quellen 3/II Nr. 475.

<sup>20. 4. 1918: 1)</sup> S. Sten. Ber. Bd. 312 S. 4673 ff. 2) Litauischer Domherr. 3) Professor Woldemar, litauischer Delegierter in Brest-Litowsk.

<sup>22. 4. 1918:</sup> ¹) S. Sten. Ber. Bd. 312 S. 4695 ff. ²) Vgl. Quellen 1/II S. 353 ff.; vgl. auch Scheidemann, Memoiren II S. 161 ff. ³) Fehrenbach hatte dies zu Beginn der Sitzung wegen der unterschiedlichen Haltung zu den Steuerfragen als problematisch hingestellt; vgl. Quellen 1/II S. 353; vgl. weiter Scheidemann, Memoiren II S. 161 ff. ⁴) Stichworte beziehen sich auf die im Interfraktionellen Ausschuß erörterte künftige Mitarbeit der Nationalliberalen. Vgl. besonders Davids Ausführungen in: Quellen 1/II S. 363 f.; dazu auch Scheidemann, a.a.O. S. 163.

<sup>25. 4. 1918: 1)</sup> Warum David von einer "Broschüre" spricht, ist unerklärlich. Verhandelt wurde der "Erlaß über die Feldbestellung" des Generalfeldmarschalls Hermann von Eichhorn. Befehlshaber im Osten (am 30. 7. 1918 in Kiew ermordet), vom 6. 4. 1918, der auf heftigen Widerstand sowohl der ukrainischen Politiker als auch der Bauern gestoßen war. Dieser Erlaß wurde im Hauptausschuß kritisiert, vor allem von Scheidemann, s. HA 227. Sitzung, 25. 4. 1918, S. 11; aber auch der Konservative von Graefe, a.a.O. S. 14, bezeichnete den "gegenwärtige[n] Konflikt in der Ukraine" als "eine unerfreuliche Erscheinung"; vgl. Frankfurter Zeitung 26. 4. 1918 (1. und 2. Morgenblatt) und Schulthess 1918/II S. 488 f.; zum Zusammenhang Wheeler-Bennett, S. 316 ff.

Dienstag, 30. April. Abends: Sonja. Sehr zufrieden mit Beruf und Erfolg.

Mittwoch, 1. Mai. Hauptausschuß<sup>1</sup>). — Die ukrainische Rada verhaftet<sup>2</sup>)!! (Ein Meisterstück!) — Steuern: Postgebühren.

Nachmittags: Unterkommission. — Dann Besprechung mit den Genossenschaftern. — Rote Fahne auf der russischen Gesandtschaft zur "Maifeier"! "Welche Wendung durch Gottes Fügung."

Abends: Goethes Briefe mit Christiane beendet.

Freitag, 3. Mai. Ukraine-Krach<sup>1</sup>). — Nachmittags: Olschewski.

Abends: W. v. Gizycki. Seltsamer Heiliger.

Sonnabend, 4. Mai. Hauptausschuß<sup>1</sup>): Ukraine-Krach. Das Chaos beginnt<sup>2</sup>). — Scheidemann<sup>3</sup>), Erzberger<sup>4</sup>).

Sonntag, 5. Mai. Vormittags: Professor Woldemar. Bericht aus Kiew!

Montag, 6. Mai. Hauptausschuß1): Ukraine und Osten. Rede von Dr. Haas2)!

Dienstag, 7. Mai. Hauptausschuß<sup>1</sup>): Ukraine. — Payer solidarisiert sich mit Oberster Heeresleitung<sup>2</sup>). Rede von Haase<sup>3</sup>).

<sup>1. 5. 1918; 1)</sup> Vgl. Frankfurter Zeitung 2. 5. 1918 (2. Morgenblatt). 2) Mitglieder der ukrainischen Rada waren Ende April durch die deutschen Militärstellen verhaftet worden, kurz darauf wurde General Pavlo Skoropadski als Hetman eingesetzt, vgl. Schulthess 1918/I S. 169 ff. und 1918/II S. 488 f.; ferner Payers Bericht in HA 232. Sitzung, 4. 5. 1918 S. 1 f.; zum Zusammenhang Wheeler-Bennett S. 319 ff.; vgl. auch 25. 4. 1918 (Anm. 1).

<sup>3. 5. 1918:</sup> ¹) S. I. 5. 1918 (Anm. 2).

<sup>4. 5. 1918: 1)</sup> S. HA 232. Sitzung, 4. 5. 1918; vgl. Frankfurter Zeitung 5. 5. 1918 (1. und 2. Morgenblatt); ferner Schulthess 1918/I S. 169 f. 2) Vgl. 1. 5. 1918 (Anm. 2). 3) HA a.a.O. S. 2 ff. 4) A.a.O. S. 8 ff.

<sup>6. 5. 1918: 1)</sup> S. HA 233. Sitzung, 6. 5. 1918. 2) Der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Ludwig Haas (Baden) hatte in seiner Kritik der Ostpolitik der Regierung, s. HA a.a.O. S. 10 ff., behauptet, es habe zwischen Eichhorns Feldbestellungserlaß, den Verhaftungen der Rada-Mitglieder und der Einsetzung Skoropadskis ein Zusammenhang bestanden; Payer hatte das in seinem Bericht, s. 1. 5. 1918 (Anm. 2), bestritten.

<sup>7. 5. 1918:</sup> ¹) S. HA 234. Sitzung, 7. 5. 1918; vgl. Frankfurter Zeitung 8. 5. 1918 (1. Morgenblatt und Abendblatt). ²) In seinen die Ostpolitik der Regierung rechtfertigenden Ausführungen hatte Payer betont, er freue sich, "feststellen zu können, daß zwischen unserem politischen Vertreter in der Ukraine und dem Feldmarschall von Eichhorn und seinem Generalstabschef General Groener ein durchaus gutes Einvernehmen und Zusammenleben besteht, und daß dieses Einvernehmen und Zusammenleben dem übereinstimmenden Willen der Reichsregierung und der Obersten Heeresleitung entspricht"; vgl. HA a.a.O. S. 11 ff., Zitat S. 20. ³) A.a.O. S. 21 ff.

Mittwoch, 8. Mai. Hauptausschuß<sup>1</sup>): Ukraine usw. Noske<sup>2</sup>), Südekum<sup>3</sup>), Rechenberg<sup>4</sup>), Erzberger<sup>5</sup>). Alle sehr scharfe Abrechnung. — Versuch einer Resolution<sup>6</sup>). Payer droht mit Rücktritt<sup>7</sup>).

Donnerstag, 9. Mai. Nachmittags zum Tee bei J. Stern. Göhre, Gerlach, Weber und Frau.

Sonnabend, 11. Mai. [...] Abends: bei Huth: Olschewski, Poritzki, Woldemar, Scheidemann und Südekum.

Montag, 13. Mai. 9 Uhr: Steuerbesprechung: Keil, Südekum, [Meerfeld]<sup>1</sup>), Noske. 10 Uhr Hauptausschuß: Besitzsteuer<sup>2</sup>). Minister der Bundesstaaten<sup>3</sup>). Mehrheitsantrag<sup>4</sup>).

Dienstag, 14. Mai. Reichstag<sup>1</sup>), Vertagung bis 4. Juni<sup>2</sup>). Hauptausschuß: Steuerdebatte mit den Finanzministern<sup>3</sup>). Abends: Besprechung über Rußland in der Deutschen Gesellschaft: Weber, Gothein, Hans Delbrück, v. Wildenmann. Rußland tot als Großmacht? Diskussion.

<sup>1)</sup> S. HA 235. Sitzung, 8. 5. 1918; vgl. Frankfurter Zeitung 9. 5. 1918 (1. und 2. 8. 5. 1918: Morgenblatt). 2) HA a.a.O. S. 1, Noske: "Die Übereinstimmung zwischen Oberster Heeresleitung und der Reichsleitung, die der Vizekanzler von Payer festgestellt habe [s. 7. 5. 1918 (Anm. 2)], werde, wie auch schon in anderen Fällen, nur dadurch erreicht sein, daß die politische Leitung 3) A.a.O. S. 16, Südekum: "In der Ukraine sei das Unheilvollste geschehen, nachgegeben habe." was nur geschehen konnte; die Vergewaltigung der Rada mit ihren dramatischen Einzelheiten vergißt das Volk nie." 4) Am Schluß seiner Kritik an der Ostpolitik der Regierung und der OHL, die insbesondere gegen Eichhorns Feldbestellungserlaß gerichtet war, hatte Rechenberg um "Aufklärung der Regierung über die Zwecke, die sie im Osten verfolge" gebeten und den Antrag gestellt, "den Reichskanzler zu ersuchen, dem Ausschuß vollinhaltlich Kenntnis von den erteilten Instruktionen zu geben"; a.a.O. S. 10 ff., Zitat S. 15. 5) Erzberger, der sich Rechenbergs Kritik anschloß, erklärte, daß gegenwärtig in der Ukraine "eine deutsche Militärdiktatur mit dem Aushängeschild eines Hetman" bestehe und stellte "namens seiner Freunde" eine Reihe von "Richtlinien" auf, in denen es u. a. hieß: "Entscheidungen in allen die Ostländer betreffenden politischen und wirtschaftlichen Fragen dürfen nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung des Reichskanzlers getroffen werden." Vgl. a.a.O. S. 20 ff. 6) Gemeint sind wahrscheinlich entweder der von Rechenberg gestellte Antrag, s. Anm. 4, oder die von Erzberger vorgetragenen "Richtlinien", 7) Geht aus dem Hauptausschußprotokoll nicht hervor. s. Anm. 5.

<sup>13. 5. 1918: 1)</sup> In der Vorlage irrtümlich "Meerwald". 2) Vgl. Frankfurter Zeitung 14. 5. 1918 (2. Morgenblatt). 3) Der preußische Finanzminister Hergt hatte im Hauptausschuß erklärt, es bestehe zwischen den Einzelstaaten und dem Reichsschatzamt in der Stellungnahme zu den Steuervorlagen Übereinstimmung; a.a.O. 4) Die Mehrheitsparteien hatten einen Antrag beschlossen, der sich dafür aussprach, im Rechnungsjahr 1918 erneut einen Wehrbeitrag zu erheben, der jedoch im Gegensatz zu dem früheren, bei dem das Schwergewicht auf der Vermögensbesteuerung gelegen hatte, in erster Linie durch eine steilere progressive Besteuerung des Einkommens gekennzeichnet sein solle; a.a.O.

<sup>14. 5. 1918; 1)</sup> Sten. Ber. Bd. 312 S. 5131 ff. 2) A.a.O. S. 5162. 3) Vgl. Frankfurter Zeitung 15. 5. 1918 (1. und 2. Morgenblatt).

Donnerstag, 16. Mai. Artikel über Demokratie und Weltpolitik<sup>1</sup>). — Da mir die positiv-politische Wirksamkeit verschlossen ist, muß ich mich auf die literarische konzentrieren.

Montag, 27. Mai. Nachmittags und abends: Besuch bei Dr. Külb, Gonsenheim.

Dienstag, 28. Mai. Besuch bei A. Bamberger. — Nachmittags bei Dr. Frank.

Freitag, 31. Mai. Abends im Theater: Traumulus.

Sonnabend, I. Juni. Reise nach Weimar; Hotel Germania.

Dienstag, 4. Juni. [...] Fraktionsvorstand: Präsidium<sup>1</sup>) und Vorsitz im Haupt-ausschuß<sup>2</sup>); Diskussion: *Ebert* dafür, *Südekum* dagegen<sup>3</sup>).

5 Uhr: Besprechung mit den Georgiern.

Mittwoch, 5. Juni. Hauptausschuß<sup>1</sup>) und Reichstag<sup>2</sup>). Abends: Fraktionssitzung<sup>3</sup>). Scheidemann Vizepräsidium<sup>4</sup>). Ebert Vorsitz im Hauptausschuß<sup>5</sup>).

Freitag, 7. Juni. Hauptausschuß<sup>1</sup>): Südekums Absicht, alles niederzuschlagen. Diskussion; ich rate ab<sup>2</sup>). Geschäftsordnungs-Ausschuß: Drei Vizepräsidenten<sup>3</sup>).

<sup>16. 5. 1918: &</sup>lt;sup>1</sup>) Eduard David, Autoritäre Weltpolitik, in: Internationale Korrespondenz 5. Jg. S. 121 f. (18. 5. 1918)

<sup>4. 6. 1918:

1)</sup> Zur Diskussion stand die Besetzung der durch die vorgesehene Geschäftsordnungsänderung zu schaffende dritte Vizepräsidentenstelle im Reichstag durch einen Sozialdemokraten; vgl. dazu Quellen 3/II Nr. 479 (bes. Anm. 4) und 480; s. auch 5. 6. 1918.

2) Bezieht sich auf die Frage, ob die Fraktion den Vorsitz im Hauptausschuß beanspruchen solle; sie war durch den Tod des Reichstagspräsidenten Kaempf (25. 5. 1918) akut geworden, als dessen Nachfolger im Reichstagspräsidium Fehrenbach, der Vorsitzende des Hauptausschusses, vorgesehen war. In der Fraktionssitzung vom 5. 6. 1918 standen Ebert und Südekum, der stellvertretender Vorsitzender des Hauptausschusses war, als Kandidaten für den Hauptausschußvorsitz zur Wahl; Ebert erhielt 41, Südekum 16 Stimmen; vgl. Quellen 3/II Nr. 480. Nach der Wahl Eberts zum Ausschußvorsitzenden verlor Südekum sein bisheriges Amt und Stresemann wurde statt seiner stellvertretender Vorsitzender; vgl. Frankfurter Zeitung 12. 6. 1918 (1. Morgenblatt).

3) Südekum, der nicht dem Fraktionsvorstand angehörte, war offenbar wegen der Diskussion über den Hauptausschußvorsitz hinzugezogen worden; dazu Anm. 2.

<sup>5. 6. 1918: 1)</sup> Vgl. Frankfurter Zeitung 6. 6. 1918 (1. und 2. Morgenblatt). 2) S. Sten. Ber. Bd. 312 S. 5189 ff. 3) Vgl. Quellen 3/II Nr. 480. 4) Scheidemann war von der Fraktion einstimmig zum Kandidaten für den Posten eines der drei Vizepräsidenten des Reichstags bestimmt worden; s. Anm. 3. 5) Vgl. 4. 6. 1918 (Anm. 2).

<sup>7. 6. 1918: 1)</sup> Vgl. Frankfurter Zeitung 8. 6. 1918 (1. und 2. Morgenblatt). 2) Der Sinn dieser Andeutungen ließ sich nach den zugänglichen Zeitungsberichten nicht ausmachen. 3) Das Zentrum hatte die Wahl von vier gleichberechtigten Vizepräsidenten angestrebt, um auch einen Konservativen ins Vizepräsidium aufnehmen zu können; vgl. Quellen 3/II Nr. 480. Am 7. 6. nahm

Nachmittags: Interfraktionelle Konferenz<sup>4</sup>): Erzberger über die Lage im Osten. Beschluß: Aussprache mit Kühlmann und Kanzler.

Sonnabend, 8. Juni. Hauptausschuß<sup>1</sup>). — Reichstag: Präsidentenwahl<sup>2</sup>). Fehrenbachs Rede<sup>3</sup>)! Schritt vorwärts!

2 Uhr: Interfraktionelle Konferenz<sup>4</sup>): [...] Ukrainer: Pastor Winkler<sup>5</sup>) usw. Abends: "Der junge Goethe". — Entscheidung: Christiane = Charlotte = Hermine.

Sonntag, 9. Juni. Hauptausschuß<sup>1</sup>): Südekums Verlangen wegen Dekorums. Mittags: Sonja zu Tisch. Teile ihr Absicht zu heiraten mit. Nimmt sie gut auf.

Montag, 10. Juni. Hauptausschuß<sup>1</sup>). Reichstag<sup>2</sup>). Vortrag der Deutschen Ansiedler: Winkler, Glaser usw. — Fraktionssitzung<sup>3</sup>).

Dienstag, 11. Juni<sup>1</sup>). 55 Jahre!

Hauptausschuß: Ebert übernimmt Vorsitz<sup>2</sup>). — Reichstag<sup>3</sup>).

Donnerstag, 13. Juni. Hauptausschuß¹) und Reichstag²). — Abends bei Huth mit den Litauern.

Freitag, 14. Juni. Hauptausschuß<sup>1</sup>). — Erzberger macht mir Mitteilung von dem deutschen Ultimatum an Rußland<sup>2</sup>)!!! — Aufgebot angemeldet.

der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags einen gemeinsamen Antrag des Zentrums, der SPD, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen an, der drei Vizepräsidenten vorsah; vgl. Frankfurter Zeitung 8. 6. 1918 (1. Morgenblatt) und Schulthess 1918/I S. 191 f. 4) Vgl. Quellen 1/II S. 374 ff.

<sup>8. 6. 1918: 1)</sup> Vgl. Frankfurter Zeitung 9. 6. 1918 (1. und 2. Morgenblatt). 2) S. Sten. Ber. Bd. 312 S. 5297 ff.; es wurden Fehrenbach zum Präsidenten und Dove, Paasche und Scheidemann zu Vizepräsidenten gewählt. 3) Fehrenbachs Rede zur Annahme seiner Wahl war ganz auf den "Geist des 4. August" abgestimmt; a.a.O. S. 5298 f. 4) Für diese Sitzung ließ sich kein weiterer Nachweis feststellen. 5) Zur Tätigkeit von Pastor Winkler vgl. Quellen 1/II S. 375 (bes. Anm. 10).

<sup>9. 6. 1918: 1)</sup> Für diese Sitzung ließ sich kein weiterer Nachweis feststellen.

<sup>10. 6. 1918: 1)</sup> Vgl. Frankfurter Zeitung 11. 6. 1918 (1. und 2. Morgenblatt). 2) S. Sten. Ber. Bd. 312 S. 5327 ff. 3) Vgl. Quellen 3/II Nr. 481.

<sup>11. 6. 1918: 1)</sup> Davids Geburtstag. 2) Vgl. Frankfurter Zeitung 12. 6. 1918 (1. und 2. Morgenblatt); vgl. 4. 6. 1918 (Anm. 2). 3) S. Sten. Ber. Bd. 312 S. 5373 ff.

<sup>13. 6. 1918: 1)</sup> Vgl. Frankfurter Zeitung 14. 6. 1918 (I. Morgenblatt). 2) S. Sten. Ber. Bd. 313 S. 5453 ff.

<sup>14. 6. 1918: 1)</sup> Vgl. Frankfurter Zeitung 15. 6. 1918 (1. Morgenblatt). 2) Vgl. Quellen 1/II S. 378 (bes. Anm. 4).

Sonntag, 16. Juni. [...]<sup>1</sup>)

Montag, 17. Juni. Artikel zur Friedensoffensive<sup>1</sup>).

Mittwoch, 19. Juni. Hauptausschuß<sup>1</sup>). 3 bis 8 Uhr: Aussprache beim Kanzler<sup>2</sup>). Payer, Wallraf, Groener, Mumm<sup>3</sup>), Falkenhausen<sup>4</sup>).

Freitag, 21. Juni. Hauptausschuß<sup>1</sup>). Reichstag<sup>2</sup>).

Abends: Fraktion<sup>3</sup>). Friedensfrage. Schwere Stimmung.

Sonnabend, 22. Juni. Arbeit an Rede<sup>1</sup>). — Abends bei Kühlmann. [Herkner]<sup>2</sup>), Simon[s]<sup>3</sup>), Rheinbaben<sup>4</sup>).

Sonntag, 23. Juni. Arbeit an Rede1). Eine scheußliche Sache.

Dienstag, 25. Juni. Reichstag: Hertling<sup>1</sup>) und Kühlmanns Rechtfertigung<sup>2</sup>). — Krisis<sup>3</sup>). — Die Entscheidung naht. — Spreche mit Erzberger und Fischbeck.

Mittwoch, 26. Juni. Hauptausschuß<sup>1</sup>). — Besprechung mit *Payer* über die Kühlmann-Krisis. *Payers* Optimismus: Oberste Heeresleitung selbst zur Verständigung neigend.

Mittags: Interfraktionelle Konferenz<sup>2</sup>). Kein Gegenstoß. Besprechung mit Konsul Goldbeck-Löwe. — Besprechung mit Feldman über Polen.

Abends: Beim Kanzler3). Gespräch mit Wallraf.

17. 6. 1918: 1) Vermutlich der I. K. gezeichnete Leitartikel Der "Friedenswille" der Alliierten, in: Internationale Korrespondenz 5. Jg. S. 201 (21. 6. 1918).

19. 6. 1918: 1) Vgl. Frankfurter Zeitung 20. 6. 1918 (2. Morgenblatt). 2) Vgl. Quellen 1/II S. 379 ff. und Quellen 3/II Nr. 484. 3) Frhr. Mumm von Schwarzenstein, Botschafter, war am 8. 3. 1918 zum diplomatischen Vertreter Deutschlands bei der ukrainischen Regierung ernannt worden. 4) Friedrich Frhr. von Falkenhausen, Reichskommissar für Kurland und Litauen.

21. 6. 1918: 1) Vgl. Frankfurter Zeitung 22. 6. 1918 (Abendblatt). 2) S. Sten. Ber. Bd. 313 S. 5537 ff. 3) Vgl. Quellen 3/II Nr. 484.

22. 6. 1918: 1) David war in der Fraktionssitzung vom 21. 6. 1918, vgl. Quellen 3/II Nr. 484, zum Redner für die Reichstagssitzung am 24. 6. 1918, s. Sten. Ber. Bd. 313 S. 5617 ff., bestimmt worden. 2) Lesart unsicher; wahrscheinlich Prof. Dr. Heinrich Herkner von der Universität Berlin, Nationalökonom und Sozialwissenschaftler. 3) Wahrscheinlich Walter Simons. 4) Werner Frhr. von Rheinbaben, Legationsrat im Auswärtigen Amt.

23. 6. 1918: 1) Vgl. 22. 6. 1918 (Anm. 1).

25. 6. 1918: 1) S. Sten. Ber. Bd. 313 S. 5640. 2) Gegen die Angriffe Westarps auf seine Rede vom Vortage; a.a.O. S. 5640 ff. 3) Vgl. dazu besonders Quellen 1/II S. 413 ff.

26. 6. 1918: 1) S. HA 257. Sitzung, 26. 6. 1918; vgl. Frankfurter Zeitung 27. 6. 1918 (2. Morgenblatt). 2) Vgl. Quellen 1/II S. 413 ff. 3) Es handelte sich um "den ersten und einzigen

<sup>16. 6. 1918: 1)</sup> Eintragung nur privater Natur.

Freitag, 28. Juni. Hauptausschuß<sup>1</sup>).

Dienstag, 2. Juli. 12 Uhr: Standesamtliche Trauung! Der große Schritt ist geschehen.

Mittwoch, 3. Juli. Hauptausschuß<sup>1</sup>) und Fraktionssitzung<sup>2</sup>): Etat ablehnen<sup>3</sup>). — Rumänischer Friede. 25 Stimmen dafür, 24 dagegen<sup>4</sup>). Scheidemanns [...]<sup>5</sup>) Es schleift alles am Boden.

Sonnabend, 6. Juli. Hauptausschuß<sup>1</sup>) und Reichstag<sup>2</sup>). Nachmittags: Interfraktionelle Konferenz<sup>3</sup>): Fischbeck und Gröber gegen Scheidemanns Vorstoß<sup>4</sup>). Zusammenhalt der Mehrheit neu bekräftigt<sup>5</sup>). Beschluß: Aussprache mit Regierung<sup>6</sup>).

Montag, 8. Juli. Hauptausschuß<sup>1</sup>). — Reichstag: Vermehrung der Mandate<sup>2</sup>); mein persönliches Verdienst<sup>3</sup>).

parlamentarischen Abend", zu dem sich Hertling "während seiner Amtszeit in Berlin hat entschließen können"; vgl. Karl Graf Hertling, Ein Jahr in der Reichskanzlei. Erinnerungen an die Kanzlerschaft meines Vaters, Freiburg i. Br. 1919, S. 123 f.; dazu Quellen 1/II S. 458 f. (bes. Anm. 3).

28, 6, 1918: 1) Vgl. Frankfurter Zeitung 29, 6, 1918 (1, und 2, Morgenblatt).

3. 7. 1918: 1) Vgl. Frankfurter Zeitung 4. 7. 1918 (Abendblatt). 2) Vgl. Quellen 3/II Nr. 487. 3) Die Fraktion hatte — ohne Diskussion — beschlossen, den Etat abzulehnen; s. Anm. 2. 4) Bezieht sich auf die Abstimmung in der Fraktion über die Haltung zum Bukarester Frieden. Eine erste Abstimmung hatte 10 Stimmen für Ablehnung, 24 Stimmen für Annahme, 16 Stimmen für Enthaltung ergeben. Da keine der Gruppen eine absolute Mehrheit hatte, wurde nochmals abgestimmt, und zwar nur über die Frage: Annahme oder Enthaltung; diese Abstimmung erbrachte das von David vermerkte Ergebnis; vgl. Anm. 2. 5) Unleserlich.

1) Vgl. Frankfurter Zeitung 7. 7. 1918 (2. Morgenblatt). <sup>2</sup>) S. Sten. Ber. 6. 7. 1918: Bd. 313 S. 5849 ff. 3) Vgl. Quellen 1/II S. 421 ff. 4) Scheidemann hatte am 4. 7. 1918 im Reichstag zur Begründung der Etatablehnung scharfe Kritik an der Regierung geübt; s. Sten. Ber. Bd. 313 S. 5706 ff. Fischbeck, vgl. Quellen 1/II S. 421 f., und Gröber, a.a.O. S. 423 ff., verurteilten sowohl die Etatablehnung als auch Scheidemanns Rede. 5) Vgl. insbesondere die Ausführungen Erzbergers a.a.O. S. 432 ff. und Davids a.a.O. S. 434 ff.; vgl. weiter: Die Reichstagsmehrheit. Vergebliche konservativ-alldeutsche Sprengversuche, in: Frankfurter Zeitung 9. 7. 1918 6) Hingegen hatte David befürwortet, a.a.O. S. 436, "den Stier bei den (2. Morgenblatt). Hörnern zu packen und mit der Obersten Heeresleitung eine Aussprache herbeizuführen", da bei den vielen früheren Besprechungen mit der Regierung nicht viel herausgekommen sei.

8. 7. 1918: 1) Vgl. Frankfurter Zeitung 9. 7. 1918 (Abendblatt). 2) Es handelt sich um das "Gesetz über die Zusammensetzung des Reichstags und die Verhältniswahl in großen Reichstagswahlkreisen", das am 8. 7. in zweiter Lesung beraten wurde; s. Sten. Ber. Bd. 313 S. 5911 ff. 3) Der Gesetzentwurf war auf Antrag des Verfassungsausschusses, dem auch David angehörte, ausgearbeitet und in diesem Ausschuß beraten worden. Vgl. die schriftlichen Berichte des Verfassungsausschusses in: Sten. Ber. Bd. 321 (Anlagen) Nr. 895 und Sten. Ber. Bd. 324 (Anlagen) Nr. 1681, sowie den Bericht des Ausschußberichterstatters und die Reden einzelner Ausschußmitglieder im Plenum des Reichstags vom 8. 7. 1918, Sten. Ber. Bd. 313 S. 5911 ff.; ferner Quellen 3/II Nr. 439 und den Bericht der Reichstagsfraktion in: Protokoll SPD-Parteitag 1917 S. 123. Vgl. auch 4. 7. 1917.

Dienstag, 9. Juli. [...] 7 Uhr: Interfraktionelle Konferenz<sup>1</sup>): Vorbesprechung mit *Hintze*<sup>2</sup>). — Dann Hauptausschuß. Dann *Kanzler*-Erklärung<sup>2</sup>).

Mittwoch, 10. Juli. Hauptausschuß<sup>1</sup>). — Reichstag. Rede über Fideikommiß-Antrag<sup>2</sup>).

Donnerstag, 11. Juli. Hauptausschuß<sup>1</sup>). — Hertling<sup>2</sup>) und Kühlmann<sup>3</sup>).

Reichstag: Steuern<sup>4</sup>).

Abends: bei Payer<sup>5</sup>). Zusammentreffen mit Hintze. Eindruck: = Wilhelm II. Belgische Formulierung<sup>6</sup>).

Freitag, 12. Juli. Hauptausschuß. Hertling über Belgien<sup>1</sup>). Reichstag. Namentliche Abstimmung über Fideikommiß-Antrag<sup>2</sup>): angenommen gegen 3 Stimmen<sup>3</sup>).

<sup>9. 7. 1918: 1)</sup> Vgl. Quellen 1/II S. 448 ff. 2) Paul von Hintze, Botschafter in Christiana, war als Nachfolger von Kühlmanns vorgesehen, dessen Rücktritt am 9. 7. bekanntgegeben wurde. — Vgl. dazu die Aufzeichnungen Erzbergers über das Ergebnis der Interfraktionellen Konferenz, a.a.O. S. 451: "Nach längerer Besprechung einigten sich die Mehrheitsparteien dahin, daß Herr von Payer Herrn von Hintze bitten solle, Gelegenheit zur vertraulichen Aussprache zu geben, und zwar vor seiner Ernennung. Sei Hintze einverstanden, so werde die Aussprache im Hauptausschuß stattfinden und dann die öffentliche Debatte im Plenum des Reichstages."

<sup>10. 7. 1918: 1)</sup> Vgl. Frankfurter Zeitung 11. 7. 1918 (1. und 2. Morgenblatt). 2) Gemeint ist Davids Rede zur Begründung des SPD-Antrags, das Einkommen aus fideikommissarisch gesichertem Besitz mit zehn Prozent Steuern zu belegen; s. Sten. Ber. Bd. 313 S. 6026 ff. Vgl. auch 12. 7. 1918 (Anm. 2).

<sup>11. 7. 1918:

1)</sup> Vgl. Frankfurter Zeitung 12. 7. 1918 (1. und 2. Morgenblatt) und Schulthess 1918/I S. 237 ff.

2) Vgl. den ausführlichen Bericht über die Rede des Reichskanzlers im Hauptausschuß in: Frankfurter Zeitung 12. 7. 1918 (2. Morgenblatt) und Schulthess a.a.O.

3) Hertling hatte in Hinblick auf den Rücktritt Kühlmanns erklärt, daß der Wechsel im Staatssekretariat keinen Wechsel des politischen Kurses bedeute; s. Anm. 2.

4) S. Sten. Ber. Bd. 313 S. 6064 ff.

5) Vgl. Quellen 1/II S. 455 f.

6) Die Formulierung einer Erklärung über die Zukunft Belgiens, die der Reichskanzler im Hauptausschuß abgeben solle, wurde diskutiert. Laut Aufzeichnungen von Erzberger, s. Anm. 5, wünschten die Sozialdemokraten, daß der Reichskanzler erkläre: "1. Deutschland wird Belgien nicht dauernd behalten. Belgien ist nur Faustpfand. 2. Deutschland ist bereit, die Selbständigkeit Belgiens herzustellen, und zwar in einer solchen Form, daß es kein Vasallenstaat irgendeiner Macht oder Mächtegruppe wird."

<sup>12. 7. 1918:

1)</sup> Vgl. 11. 7. 1918 (Anm. 6); dazu den Bericht über Hertlings als vertraulich zu behandelnde Erklärung in: Frankfurter Zeitung 13. 7. 1918 (2. Morgenblatt) und Schulthess 1918/I S. 241 f.

2) Es handelt sich um einen sozialdemokratischen Änderungsantrag zu Artikel 7 des "Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Reichsstempelgesetzes"; vgl. Sten. Ber. Bd. 325 (Anlagen) Nr. 1726 (S. 2547); vgl. auch 10. 7. 1918 (Anm. 2). Auf Antrag Scheidemanns wurde beschlossen, über diesen Antrag namentlich abzustimmen; Sten. Ber. Bd. 313 S. 6129.

3) Davids Angabe bezieht sich entweder auf den Beschluß, Scheidemanns Antrag stattzugeben, wozu das Reichstagsprotokoll nur vermerkt, Scheidemanns Antrag sei hinreichend unterstützt worden; Sten. Ber. Bd. 313 S. 6129. Oder David irrte sich über das Ergebnis der namentlichen Abstimmung: das in der Reichstagssitzung verkündete vorläufige Abstimmungsergebnis, a.a.O. S. 6130, ergab eine Ablehnung des Antrags gegen drei Stimmen (bei zwei Stimmenthaltungen); das endgültige Ergebnis, a.a.O. S. 6134, eine Ablehnung gegen zwei Stimmen (bei zwei Stimmenthaltungen).

Sonnahend, 13. Juli. Reichstag: Kriegskredite bewilligt<sup>1</sup>). — Wochenende in Sakrow.

Sonnabend, 20., bis Montag, 22. Juli. Mit Sonja in Wiesbaden.

Sonntag, 28. Juli. Artikel: Zur Strategie des Friedens, in die Internationale Korrespondenz.

Montag, 29. Juli. Vormittags: [...] Nachmittags: Leutnant Karga aus Sofia mit Rosenöl von Dr. Djedroff.

Mittwoch, 31. Juli<sup>1</sup>). Das Tragische ist, daß dieselben Männer, denen wir die milit[ärischen] Großtaten verdanken, es sind, denen auch die ins Verhängnis führenden politischen Fehler aufs Schuldkonto zu setzen sind: Belgien — U-Boot: Amerika. — Brest-Litowsk. [...].

Donnerstag, 8. August. Neuer Schlag im Westen<sup>1</sup>).

Freitag, 9. August. Im Osten: Krisis verschärft. Flucht nach Pskow<sup>1</sup>).

Mittwoch, 14. August. Abends: Vortrag über Bevölkerungsfragen.

Donnerstag, 15. August. Vormittags 11 bis ½2 Uhr bei Kriege<sup>1</sup>), Auswärtiges Amt, Bericht über die Zusatzverträge mit Russen. Indemnität<sup>2</sup>)!?

Nachmittags: Frau Perlen und Frl. Springer aus Stuttgart wegen Massenpetition<sup>3</sup>)!?

Abends: bei J. Sterns. Tiefstimmung dieser Kreise.

<sup>13. 7. 1918: 1)</sup> S. Sten. Ber. Bd. 313 S. 6144 ff.

<sup>31. 7. 1918: 1)</sup> Die nachstehende Notiz fand sich als loser Zettel im Nachlaß David.

<sup>8. 8. 1918: 1)</sup> Vgl. den englischen Heeresbericht vom 8. 8. 1918, abgedruckt bei Wippermann 34. Jg./II/1 S. 198 und die amtliche WTB-Meldung vom 8. 8. in: Frankfurter Zeitung 9. 8. 1918 (2. Morgenblatt): "Ein Angriff der Engländer zwischen Ancre und Avre. Der Feind ist in unsere Stellung eingedrungen." Es handelte sich um den entscheidenden Durchbruch an der Westfront.

<sup>9. 8. 1918: 1)</sup> Verlegung der deutschen Botschaft von Moskau nach Pskow; vgl. Schulthess 1918/II S. 459 f.

<sup>15. 8. 1918: 1)</sup> Kriege war Mitglied der Delegation für Brest-Litowsk gewesen. 2) Die Reichsleitung beabsichtigte, die russischen Verträge sofort zu ratifizieren und hinterher den Reichstag um Indemnität zu ersuchen; vgl. Quellen 1/II S. 503 (Anm. 37). 3) Es handelt sich wahrscheinlich um eine Friedenspetition; Frau Frieda Perlen leitete den Frauenbund der Deutschen Friedensgesellschaft; vgl. auch den Hinweis auf ihr Auftreten in einer Versammlung am 9. November 1918 bei Keil II S. 91.

Dienstag, 20. August. Vormittags: Sitzung mit Parteivorstand. Russische Verträge.

Nachmittags: 4 bis 7 Uhr bei Kriege, mit Ebert und Molkenbuhr<sup>1</sup>).

Donnerstag, 29. August. Noskes Besuch. Er möchte nach Berlin kommen<sup>1</sup>). Wäre großer Gewinn.

Donnerstag, 5. September. Vormittags: Besprechung mit Ebert: Plan Hoffmanns<sup>1</sup>) — Regierung Hintze—Stresemann.

Nachmittags bei Tschenkeli2) im Adlon.

Sonnabend, 7. September. 12 Uhr: Mit Ebert bei Tschenkeli.

6 Uhr: bei Rosenberg im Auswärtigen Amt betr. Kaukasus.

Dienstag, 10. September. 11 Uhr: Besprechung mit Hahn, Frau Richter, Hans Delbrück: Kandidatur Prinz Max<sup>1</sup>).

[Beendung]<sup>2</sup>) des Artikels gegen Quessel in den Sozialistischen Monatsheften<sup>3</sup>).

Mittwoch, 11. September. Artikel über Est- und Lettland¹).

Donnerstag, 12. September. 10 Uhr: Vorbesprechung mit Ebert, Scheidemann und Südekum. 2 Uhr: Interfraktionelle Konferenz: vollzählig¹).

Freitag, 13. September. 2 Uhr: Interfraktionelle Konferenz<sup>1</sup>). Vorschlag: Programm und Begründung.

Abends: Besprechung mit Dr. Georg Schaumann<sup>2</sup>) — Helsingfors. Königsmache<sup>3</sup>).

<sup>20. 8. 1918: 1)</sup> Vgl. Quellen 1/II S. 514.

<sup>29. 8. 1918: 1)</sup> Noske war Redakteur in Chemnitz.

<sup>5. 9. 1918: 1)</sup> Es ließ sich nicht feststellen, wer gemeint ist. In den Memoiren Max Hoffmanns finden sich keine Andeutungen derartiger Spekulationen. 2) Georgischer Außenminister.

<sup>10. 9. 1918: 1)</sup> Vgl. Quellen 1/II S. 492 f. 2) Lesart unsicher, könnte auch "Absendung" heißen. 3) Der Artikel von Ludwig Quessel, Eduard David und der bolschewistische Separatismus, in: Sozialistische Monatshefte 24. Jg./II S. 826 ff. (3. 9. 1918) ist eine Entgegnung auf Eduard David, Sozialdemokratie und Ostpolitik, in: Die Neue Zeit 36 Jg./II S. 481 ff. (23. 8. 1918); eine Erwiderung Davids auf Quessel ließ sich nicht nachweisen.

<sup>11. 9. 1918: 1)</sup> Eduard David, Was wollen die Letten und Esten?, in: Internationale Korrespondenz 5. Jg. S. 433 f.

<sup>12. 9. 1918: 1)</sup> Vgl. Quellen 1/II S. 494 ff.

<sup>13. 9. 1918: 1)</sup> Vgl. Quellen 1/II S. 554 ff. 2) Schaumann, Bibliothekar der Universitätsbibliothek in Helsingfors, berichtete laut Meldung der Frankfurter Zeitung 28. 9. 1918 (Abend-

14. 9. 1918

Sonnabend, 14. September. 6 Uhr: Besprechung¹) bei Hintze über Burians Demarche²). Hintze: gewogen und zu leicht befunden. Diskussion. Forderung³): sofortige [Zustimmung]⁴) = Gröber, Erzberger, Haußmann, Fischbeck, Scheidemann.

Von Montag, den 16., bis Sonnabend, den 21. September besuchte David die Geschwister von Frau Hermine David in Lahr.

Montag, 23. September. [...] Abends: bei Parvus, Kaiserhof.

Mittwoch, 25. September. [...] 9 Uhr: Hahn bei mir für Prinz Max1).

Donnerstag, 26. September. 10 Uhr: Hauptausschuß<sup>1</sup>).

3 Uhr: Hauptausschuß1) vertraulich: Mitteilung über bulgarischen Abfall2)!

Freitag, 27. September. ½10 Uhr: Hauptausschuß vertraulich¹). Bulg[arien], optimistisch²).

1/210 Uhr1): [sic!] Hauptausschuß.

1 Uhr: Besprechung mit den Finnen. [...]

blatt) in der Kopenhagener *Politiken*, er habe in Berlin mit hervorragenden Mitgliedern der Mehrheitsparteien und anderen Politikern Gespräche geführt und dabei den Eindruck gewonnen, daß "die Stimmung gegen jede Einmischung ist und daß auch die Regierung keine solche wünscht", es also Sache der Finnen sein werde, ob eine Monarchie errichtet werden wird oder nicht.

3) Zu den Plänen, aus Finnland eine Monarchie mit einem deutschen Prinzen als König zu machen, vgl. Quellen 1/II S. 596 ff. (bes. Anm. 19) und Janßen S. 213.

<sup>14. 9. 1918:</sup> ¹) Zu ergänzen: von Vertretern der Mehrheitsparteien; vgl. Quellen 1/II S. 585 ff. ²) Es handelt sich um die österreichische Zirkularnote; vgl. a.a.O. (Anm. 5). ³) Zu ergänzen: der Vertreter der Mehrheitsparteien. ⁴) Aus dem Stenogramm nur "—stimmung" zu entziffern. Die Vertreter der Mehrheitsparteien waren, im Gegensatz zu dem von Hintze vertretenen Standpunkt, der Meinung, Deutschland dürfe sich nicht von Burians Friedensnote distanzieren. Vgl. a.a.O. S. 587.

<sup>25. 9. 1918: 1)</sup> Vgl. Quellen 2 S. XXIII f.

<sup>26. 9. 1918:

1)</sup> Vgl. Frankfurter Zeitung 27. 9. 1918 (1. und 2. Morgenblatt und Leitartikel im Abendblatt).

2) Am 26. 9. war gemeldet worden, der bulgarische Ministerpräsident Malinow habe den Führern der gegen Bulgarien operierenden Ententetruppen ein Waffenstillstandsangebot gemacht; vgl. a.a.O. (2. Morgenblatt).

<sup>27. 9. 1918:</sup> ¹) Vor dem Zusammentritt des Hauptausschusses hatte eine vertrauliche Besprechung der Ausschußmitglieder mit dem Reichskanzler, dem Staatssekretär des Äußeren und der OHL über das bulgarische Waffenstillstandsangebot stattgefunden; vgl. Frankfurter Zeitung 28. 9. 1918 (l. Morgenblatt). ²) Bezieht sich wahrscheinlich auf Äußerungen von Vertretern der Reichsleitung und der OHL; vgl. Hintzes Ausführungen im Hauptausschuß, a.a.O. (WTB-Meldung), daß sich in Bulgarien "eine starke Strömung gegen den Schritt Malinows bemerkbar" mache, eine "Gegenaktion der bundestreuen Elemente" bevorzustehen scheine, und daß die nach der bulgarischen Front entsandten deutschen und österreichisch-ungarischen Verbände "nach dem Urteil von militärischen Sachverständigen durchaus genügen, um die militärische Lage wiederherzustellen".

- Sonnabend, 28. September. ½10 Uhr: vertrauliche Hauptausschußsitzung¹). 10 Uhr: Hauptausschuß¹).
- 6 Uhr: Interfraktionelle Konferenz<sup>2</sup>): Brief an *Hertling* mit Protokoll. Abschied<sup>3</sup>).
- 9—10 Uhr: Unterhaltung mit Ebert über Politiker und Regierungsstellenbesetzung.
- Sonntag, 29. September. 12 Uhr: Vertrauliche Hauptausschuß-Sitzung: Bulgarien, Österreich, Türkei. Sehr trübe Aussichten.
- Montag, 30. September. 2 Uhr: Hauptausschuß: Hertlings Rücktritt. Erlaß: Parlamentarische Regierung<sup>1</sup>).
  - 5 Uhr bei Payer: Ebert, Scheidemann, David<sup>2</sup>).
- 8 Uhr: Interfraktionelle Konferenz<sup>3</sup>): Payer Kanzler<sup>4</sup>). Über Programm geeinigt<sup>5</sup>).
- Dienstag, 1. Oktober. 10 Uhr: Interfraktionelle Konferenz<sup>1</sup>): Plan einer parlamentarischen Regierung.
- 4 Uhr: Interfraktionelle Konferenz<sup>2</sup>). Payer lehnt ab<sup>3</sup>). Prinz Max<sup>4</sup>). Von Bergs Vorschläge<sup>5</sup>). "Höchste Eile<sup>6</sup>)."
  - 5 Uhr: Vertraulicher Hauptausschuß?): Bulgarischer Waffenstillstand. Türkei!?

<sup>28. 9. 1918:</sup> ¹) Vgl. Frankfurter Zeitung 29. 9. 1918 (2. Morgenblatt); vgl. auch Erzberger S. 320. ²) Vgl. Quellen 1/II S. 710 ff. ²) Im Interfraktionellen Ausschuß wurde beschlossen, a.a.O. S. 723, Hertling ein Sitzungsprotokoll zu überreichen, das die Forderungen der Mehrheitsparteien in bezug auf Elsaß-Lothringen und die Parlamentarisierung enthielt und ihm seinen Rücktritt nahelegte; vgl. Text des Protokolls (mit Varianten) a.a.O. S. 724 ff.

<sup>30. 9. 1918:</sup> 1) In der Hauptausschußsitzung hatte Payer den mit der Annahme von Hertlings Rücktrittsgesuch verbundenen Erlaß des Kaisers vorgelesen; vgl. Frankfurter Zeitung 1. 10. 1918 (2. Morgenblatt). Die auf eine Parlamentarisierung hinweisende Stelle des Erlasses lautet: "Ich wünsche, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeite. Es ist daher mein Wille, daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfang teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung." (zit. nach Frankfurter Zeitung 1. 10. 1918, 1. Morgenblatt). Zur Vorgeschichte und zum Zustandekommen des Erlasses vgl. Quellen 1/II S. 738 (Anm. 2); auch Patemann bes. S. 217 ff. 2) Es handelte sich um eine Fraktionsführerbesprechung mit Payer und Rödern; vgl. Quellen 1/II S. 738 ff. David erwähnt nur die sozialdemokratischen Teilnehmer. 3) Vgl. a.a.O. S. 751 ff. 4) Nach den Niederschriften Südekums, Haußmanns und Erzbergers, s. Anm. 3, wurde über eine Kanzlerschaft Payers in dieser Sitzung nicht verhandelt, dagegen ausführlich in der Sitzung vom 1. 10. 1918 vgl. Quellen 2 S. 3 ff. und 1. 10. 1918. <sup>5</sup>) S. Quellen 1/II S. S. 783 ff. (Text des Programms und der ihm zugrunde liegenden Entwürfe).

<sup>1. 10. 1918:</sup> ¹) Vgl. Quellen 2 S. 3 ff. ²) Vgl. a.a.O. S. 19 ff. ³) Laut Südekums Niederschrift, a.a.O. S. 20, hatte Fischbeck berichtet, Payer ließe sagen, er werde "unter keinen Umständen das Amt [des Reichskanzlers] annehmen" und schlage den Prinzen Max vor. ¹) Die Gründe für und gegen seine Kanzlerschaft waren Hauptgegenstand der Beratung. ⁵) Friedrich

- Mittwoch, 2. Oktober. 9 Uhr Fraktionsvorstand<sup>1</sup>). Scheidemann: Waffenstillstand<sup>2</sup>). Bestürzung und Gegenschlag. O. Braun, Stampfer, Gradnauer! Dagegen [Hermann] Müller<sup>3</sup>) und ich. Ebert!
- 10 Uhr: Fraktion<sup>4</sup>). Eberts Weinanfall. [Richard] Fischer<sup>5</sup>) gegen David<sup>6</sup>). Eberts glänzende Schlußrede<sup>7</sup>).
- Donnerstag, 3. Oktober. Fraktionsvorstand<sup>1</sup>): Ebert gegen meinen Eintritt in das Auswärtige Amt<sup>2</sup>), weil er mich nicht entbehren könne. Fraktion<sup>3</sup>): Beschluß meines Eintritts in die Regierung<sup>4</sup>). 6 Uhr: Empfang durch den Prinzen. Mit Ebert (immer noch zornig und klein).
- Freitag, 4. Oktober. Interfraktionelle Konferenz<sup>1</sup>): Eintritt der Nationalliberalen zugestimmt<sup>2</sup>).

- 2. 10. 1918: 1) Es handelt sich um eine gemeinsame Sitzung des Partei- und Fraktionsvorstandes; vgl. 2.-6. 10. 1918, dort ausführlicher Bericht über die Sitzung. 2) Scheidemann berichtete über das bevorstehende Waffenstillstandsangebot; vgl. dazu und zum folgenden 3) Müller gehörte zu den Befürwortern der Regierungsbeteiligung der SPD; 2.-6. 10. 1918. vgl. Hermann Müller-Franken, Die November-Revolution. Erinnerungen, Berlin 1928, S. 10 f. 4) Vgl. Quellen 3/II Nr. 495. Am gleichen Tag fand eine weitere Fraktionssitzung statt; vgl. a.a.O. 5) Richard Fischer, ebenso wie Stampfer, äußerten Bedenken, "ob der Zeitpunkt [für den Eintritt in die Regierung] richtig gewählt sei"; vgl. a.a.O. 6) Im Protokoli, a.a.O., keine Äußerung Davids vermerkt. 7) Das Protokoll, a.a.O., schließt den Bericht über die Diskussion mit einer Erwiderung auf Fischer und Stampfer, vgl. Anm. 5, ab, "daß der Zeitpunkt der richtige, d. h. der letzte sei, wenn man an der Verhinderung einer Katastrophe nach außen wie nach innen mitarbeiten wolle, warten sei nicht mehr möglich." Dies faßt wahrscheinlich den Kernpunkt von Eberts Schlußrede zusammen; zu Eberts Haltung vgl. auch Prinz Max S. 342.
- 3. 10. 1918: ¹) Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 175 f. und Scheidemann, Memoiren II S. 189 f. ²) Vgl. Anm. 4. ³) Vgl. Quellen 3/II Nr. 497. ⁴) Bei den am Morgen des gleichen Tages stattgefundenen Verhandlungen waren der SPD die Posten eines Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt und der eines im Reichswirtschaftsamt zugesagt worden. In der Fraktionsvorstandssitzung war man sich über deren Besetzung nicht schlüssig geworden, Ebert trat in der Fraktionssitzung für Verschiebung der Entscheidung ein; Heinrich Schulz sprach sich jedoch für sofortige Erledigung aus und schlug für den Unterstaatssekretärsposten im Auswärtigen Amt David vor, der darauf mit Mehrheit gewählt wurde; vgl. Anm. 3 und 2.—6. 10. 1918.
- 4. 10. 1918: 1) Vgl. Quellen 2 S. 70 ff. 2) Gemeint ist wahrscheinlich, die Mehrheitsparteien seien bereit, die Nationalliberalen an der Regierungsbildung zu beteiligen. Nach Südekums Aufzeichnungen, s. Anm. 1, war über diese Frage gesprochen, jedoch kein Beschluß gefaßt

von Berg, nach dem erzwungenen Rücktritt Valentinis Chef des Kaiserlichen Zivilkabinetts (seit 16. 1. 1918), hatte am Vormittag des gleichen Tages eine Besprechung mit Vertretern der Mehrheitsparteien gehabt, vgl. Quellen 2 S. 12 ff. (bes. Anm. 28) und 15 ff., in der er eine Koalitionsregierung (Mehrheitsparteien mit Konservativen) unter dem Prinzen Max befürwortete. <sup>6</sup>) Bezieht sich auf Payers durch Fischbeck bekanntgegebene Ansicht, der Reichskanzler müsse "heute noch" ernannt werden; a.a.O. S. 20. Vgl. dazu den Bericht des bayerischen Gesandten Graf Lerchenfeld an den bayerischen Ministerpräsidenten Ritter von Dandl vom 1. 10. 1918, a.a.O. S. 28: "Soeben habe ich mit Herrn von Payer gesprochen. Er bestätigte mir, daß das Drängen nach sofortiger Lösung der Krisis vom Hauptquartier ausgeht."

7) Vgl. a.a.O. S. 21 (Anm. 12).

Nachmittags: Leutnant Ross<sup>3</sup>) wegen Prinzenrede<sup>4</sup>) — über Stimmung an der Front!

Abends: Versammlung im Lehrervereinshaus. Für Heimann<sup>5</sup>).

Sonntag, 6. Oktober. Vormittags: Studienrat Schneider: der deutsche Gymnasialprofessor.

[Beilage]<sup>1</sup>).

Eine ereignisschwere Woche. Das neue Deutschland wurde geboren<sup>2</sup>). Die Vorgänge in Mehrheit und Partei, die zum Sturz Hertlings führten: Gröber gegen Erzberger<sup>3</sup>), Hauβmann gegen Fischbeck<sup>4</sup>). Ebert, Scheidemann gegen David<sup>5</sup>). Ich war bereit, wenn die Entfernung<sup>6</sup>) nicht gelang, noch wenige Wochen zu warten, wenn die Situation eine noch durchschlagendere Stimmung geschaffen. Die Ereignisse im Osten und Westen verschärften sich aber von Tag zu Tag so, daß Hertling wohl selbst innerlich froh war, zum Abgang genötigt zu sein. —

Die Kandidatur Prinz Max auch von mir betrieben. Seit Unterredung vor Jahresfrist<sup>7</sup>) schätze ich ihn. Aber Prinz! Öffentlich konnte ich nicht für ihn eintreten. Scheidemanns schroffes Niemals<sup>8</sup>)! Ich vermittelte die Aussprache zwischen Ebert und dem Prinzen am Mittwoch, 2. 10. 18 früh<sup>9</sup>). Hahn hatte mich spät abends vorher angerufen; ich zeigte ihm die Schwierigkeit und die Notwendigkeit, Ebert zu gewinnen; das hätte schon früher geschehen sollen. — Eberts Bericht im Fraktionsvorstand zeigte, daß er gewonnen<sup>9</sup>). — Scheidemann aber war drauf und dran, die ganze Sache umzuwerfen. Die Situation im Westen schien ihm so verzweifelt, daß er den nahen, völligen Zusammenbruch sah und

worden. <sup>3</sup>) Colin Ross, Militärschriftsteller, Sozialdemokrat, Mitarbeiter in der Presseabteilung des Auswärtigen Amts. <sup>4</sup>) Die Rede des Prinzen Max im Reichstag am 5. 10. 1918; über die Entstehung dieser Rede vgl. Quellen 2 S. 77 ff. <sup>5</sup>) Es handelt sich um eine Wahlversammlung; Hugo Heimann war der Kandidat der SPD für die Ersatzwahl am 15. 10. im 1. Berliner Wahlkreis, der durch den Tod des Reichstagspräsidenten Kaempf vakant geworden war; vgl. Schulthess 1918/I S. 344 f.; vgl. auch 15. 10. 1918 (Anm. 2).

<sup>1)</sup> Die Beilage, die sich auf die Ereignisse vom 2. bis 6. 10. 1918 bezieht, 2.—6. 10. 1918: ist vom 6. 10. 1918 datiert. 2) Gemeint ist die am 3. 10. 1918 erfolgte Ernennung des Kabinetts 3) Im Gegensatz zu Erzberger hatte sich Gröber dem Sturz Hertlings widersetzt und eine Koalitionsregierung unter Einschluß der Konservativen befürwortet; vgl. die zusammenfassende Darstellung bei Epstein S. 288 ff. 4) Bezieht sich auf Meinungsverschiedenheiten über personelle Fragen der Regierungsbildung; dazu u. a. Prinz Max S. 357. Vgl. Conrad Haußmann, Schlaglichter, Reichstagsbriefe und Erinnerungen, hrsg. von Ulrich Zeller, Frankfurt a. M. 1924, S. 237, 242, 244; Friedrich Payer, Von Bethmann Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder, Frankfurt a. M. 1923 S. 117; vgl. 7. 10. 1918 (Anm. 2). 5) Bezieht sich wahrscheinlich auf Eberts Widerstand gegen Davids Eintritt in die Regierung, vgl. 3. 10. 1918, und auf Scheidemanns Ablehnung einer sozialdemokratischen Beteiligung an der Regierung überhaupt, 6) Zu ergänzen: Hertlings. 7) Vgl. 13. 7. 1917, 16. 7. 1917, 30. 10. 1917, 31. 10. 8) Scheidemann war gegen eine Regierungsbeteiligung der SPD, weil er "keinem Partei-1917. genossen zumuten wolle, gerade jetzt in ein Kabinett einzutreten, an dessen Spitze ein Prinz berufen werden sollte", dann aber auch, weil er es für "unangebracht" hielt, "im Augenblick der schlimmsten Zuspitzung unserer Verhältnisse eine Verantwortung zu übernehmen, die zu tragen wir kaum in der Lage seien"; Scheidemann, Zusammenbruch S. 174; vgl. auch Scheide-

Kritik an Scheidemann 6. 10. 1918

darum nicht mehr in die Regierung wollte<sup>8</sup>). Er warf vor Eberts Anwesenheit<sup>10</sup>) in der gemeinsamen Sitzung des Fraktions- und Parteivorstandes, am 2. Oktober 9 Uhr, die ganze Position um, durch die Mitteilung von dem kurz bevorstehenden Waffenstillstands-Angebot. O. Braun, Stampfer, R. Fischer, Krätzig und sogar Gradnauer (!) fielen erschüttert um<sup>11</sup>). Ich warf mich der Deroute entgegen, unterstützt von H. Müller<sup>12</sup>) und Molkenbuhr. — In diese Situation kam Ebert herein. Berichtete sehr günstig über den Prinzen und war, von der vorausgegangenen Diskussion unterrichtet, aufs äußerste betroffen; wollte die Konsequenzen für seine Person ziehen, wenn jetzt die ganze Sache über den Haufen geworfen würde. Abstimmung: mit 6 dafür und 5 dagegen für Festhalten. —

In der darauffolgenden Fraktionssitzung<sup>13</sup>) redete Scheidemann kein Wort. Fischer, Stampfer, Landsberg in Diskussion mit Noske, David, Ebert; letzterer sprach glänzend. —

Angesichts dessen ein Leitartikel der Frankfurter Zeitung von der konsequenten, zielsicheren Führung der Partei durch Scheidemann<sup>14</sup>) mit der Wahrheit im Widerspruch. Die Politik Scheidemanns war von Anfang an durchaus labil, immer nach der Mehrheit schielend und auf die große Stimmung eingestellt, so am 4. 8. 14. Wiederholt wollte er auch später umwerfen und die Fahne der Opposition erheben; d. h. uns wieder zu den Unabhängigen führen und die ganze mit dem 4. 8. 14 errungene Position preisgeben. Auch Ebert hatte wiederholt solche Anfälle; war im ganzen aber doch viel fester und zielklarer als der auf Sensation eingestellte Scheidemann.

Trotzdem gut, daß Scheidemann in die Regierung gegangen und Ebert draußen bleibt. Scheidemann wird dadurch gefesselt und Ebert wird nicht in die Bahn der Unabhängigen einlenken, schon um seine Stellung nicht wieder mit Haase teilen zu müssen.

Ebert bei seinen großen Vorzügen, Klarheit und Festigkeit in dem Gewollten, doch geistig zu eng und persönlich zu eitel und autokratisch veranlagt.

Sein Widerstand gegen meinen Eintritt in die Regierung<sup>15</sup>) in hohem Maße bezeichnend. Er gab als einzigen Grund an, die Fraktion könne mich nicht entbehren; er drohte sogar mit Niederlegung seines Vorsitzes, wenn ich ihm nicht

mann, Memoiren II S. 189 f. 9) Vgl. Prinz Max S. 341 f.; Quellen 3/II Nr. 496. war zu Beginn der Sitzung nicht anwesend gewesen, weil er an einer von Payer einberufenen Fraktionsführerbesprechung teilgenommen hatte, auf der Major von dem Bussche als Vertreter der OHL einen Vortrag über die militärische Lage gehalten hatte; vgl. Quellen 2 S. 44 (Anm. 3) und Quellen 3/II Nr. 495 (Anm. 1). 11) Die Genannten hatten sich dem Standpunkt Scheidemanns angeschlossen. Scheidemann, Zusammenbruch S. 174, erwähnt, daß Landsberg mit ihm "vollkommen übereingestimmt" habe und daß er [Scheidemann] von Stampfer "lebhaft unterstützt" worden sei, während Grenz, David, Davidsohn, Südekum, Noske und Giebel für eine Regierungsbeteiligung der SPD eingetreten seien. Vgl. auch Scheidemann, Memoiren II S. 189. <sup>13</sup>) Vgl. a.a.O. (Anm. 4). <sup>14</sup>) Der Leitartikel der Frankfurter <sup>12</sup>) Vgl. 2. 10. 1918 (Anm. 3). Zeitung 4. 10. 1918 (Abendblatt) bescheinigt der SPD, daß sie "das äußerste an patriotischer Selbstverleugnung geleistet hat, da sie, wenn auch unter zahlreichen Protesten, standhielt und nicht wankte, obgleich es für sie viel bequemer gewesen wäre, den "Unabhängigen" zu folgen". Ein besonderes Verdienst daran wird Scheidemann zugeschrieben, "der in dieser Zeit ihr Führer geworden ist [...] dieser Mann weiß, was er will, fürchtet sich nicht, auch der Tradition zu widersprechen, wenn er es für nötig hält, hat Urteil und spricht vortrefflich". 15) Vgl. 3. 10.

zur Seite bliebe, als einziger Mann, der die auswärtige Politik verstehe und für die großen Reden nicht zu entbehren sei. Das war in der Tat ein Grund für ihn; so sehr er es liebte, mich in die zweite Stelle zu drängen und als allein bestimmender Autokrat aufzutreten, so nutzte er doch bei jeder Gelegenheit meine Kraft aus. Er selbst scheut die große öffentliche Rede und ist sich seiner Enge bewußt. Ich habe ihn fast mit Gewalt zu Haases Zeiten dazu drängen müssen, hervorzutreten und Haase das Monopol der öffentlichen Vertretung der Partei zu nehmen. —

Das Friedens- und Waffenstillstandsangebot<sup>16</sup>) ist von der Obersten Heeresleitung gewünscht worden<sup>17</sup>). Die Front hält nicht mehr. Telegramm Ludendorffs<sup>18</sup>) war durchschlagend. — Ich war dafür, daß dies in der Rede des Kanzlers<sup>19</sup>) und aus dem Hause klargestellt würde, um zu verhindern, daß die alldeutsch-konservative Presse den Schritt der Mehrheit und dem Prinzen in die Schuhe schiebt, was, wenn er mißlingt, verhängnisvoll werden kann. Die Wendung in der Rede des Prinzen: "im Einverständnis mit allen dazu berufenen Stellen<sup>20</sup>)" ist darauf zurückzuführen.

Mein Hauptziel: die Losung der Partei sei bewußte Reformpolitik auf dem Boden des gegebenen Staates, scheint erreicht. Der Weg vom 4. 8. 14 bis 5. 10. 18 war schwer. Die Belastungsprobe war stark. Manchmal war ich selbst irre, ob es der richtige Weg sei. Aber was wäre mit der revolutionären Taktik erreicht worden? Die Herbeiführung des Verständigungsfriedens auf dem Wege des Bürgerkrieges barg furchtbarste Gefahren und Leiden und hätte womöglich mit dem Sieg der Reaktion geendet. Solange das zaristische Rußland bestand, sicher; danach möglicherweise auch. Ich glaube, wir handelten, weltgeschichtlich gesehen, richtig. —

Der Prinz ist ein großer Mensch. Bewährt er sich auch als ein großer Mann, so wird seine Kanzlerschaft zur sozialistischen Demokratie, zum inneren und äußeren Frieden führen. Ich freue mich darauf, an seiner Seite zu wirken. — Mag eines seiner Motive auch sein, die Monarchie aus diesem Weltbeben zu retten; sein innerstes Ziel geht doch offenbar darüber hinaus auf die Rettung des Volkes und die Entwicklung der Menschheit hinauf zu höherer gesicherter Kultur. Darin sind wir einig.

<sup>1918 (</sup>bes. Anm. 4).

16) Das deutsche Friedens- und Waffenstillstandsangebot ging in der Nacht vom 3./4. 10. über Bern an Präsident Wilson ab; vgl. Schulthess 1918/I S. 320.

17) Dazu Quellen- und Literaturangaben in: Quellen 2 S. XIV ff. und S. 20 (Anm. 7).

18) Ludendorffs Telegramm an das Auswärtige Amt vom 1. 10. 1918, daß die Front nur noch 48 Stunden zu halten sei; vgl. Quellen 2 S. 49 und Amtliche Urkunden S. 65.

19) Reichstagsrede vom 5. 10. 1918; s. Sten. Ber. Bd. 314 S. 6150 ff.

20) Der entsprechende Passus in der Rede des Reichskanzlers, s. a.a.O. S. 6152 f., lautet: "Gestützt auf das Einverständnis aller dazu berufenen Stellen im Reich und auf die Zustimmung der gemeinsam mit uns handelnden Bundesgenossen, habe ich in der Nacht zum 5. Oktober durch die Vermittlung der Schweiz an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika eine Note gerichtet, in der ich ihn bitte, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen und hierzu mit allen kriegführenden Staaten in Verbindung zu treten."

- Montag, 7. Oktober<sup>1</sup>). 12 Uhr Fraktionsvorstand: Hauβmanns persönlicher Ehrgeiz<sup>2</sup>). Diskussion.
- 5 Uhr: Unterredung mit Parvus. Sw Verlag<sup>3</sup>). Abendblatt des Vorwärts. Parlamentarische Korrespondenz; Noske.
- Dienstag, 8. Oktober. 5 Uhr: Besprechung bei Kriege und Glasenapp<sup>1</sup>) über russische Couponfrage<sup>2</sup>). Meine Befürchtung wegen der Wirkung des Finanzvertrages: Herauszahlung der deutschen Unternehmer.
- Mittwoch, 9., his Donnerstag, 10. Oktober. Wilsons Antwort<sup>1</sup>). Ich fiebere. Anfrage bei Scheidemann betr. Mitwirkung<sup>2</sup>). Scheidemann: Hoffnungsvoll. Lobt den Prinzen sehr<sup>3</sup>). Besprechung mit Ebert.
  - Freitag, 11. Oktober. 10 Uhr: Besuch Schaibles1) über Belgien.
- 11 Uhr: Besuch Friedrich Mayer. Von [Neu]<sup>2</sup>) empfohlen. Gefangenenbehandlung.

<sup>7. 10. 1918:</sup> ¹) Von hier an wieder Aufzeichnungen aus dem Tagebuch Davids. ²) Bezieht sich auf Haußmanns Wunsch, einen Regierungsposten zu übernehmen; er war bereits am 1. 10. vom Prinzen Max als Staatssekretär vorgesehen gewesen, vgl. Quellen 2 S. 18, war sodann als Unterstaatssekretär im Gespräch, vgl. die Aufzeichnungen des Zentrumsabgeordneten Friedrich Graf von Galen a.a.O. S. 125, und wurde schließlich am 14. 10. zum Staatssekretär ohne Portefeuille ernannt; vgl. Schulthess 1918/I S. 342; vgl. auch 2.—6. 10. 1918 (Anm. 4). ³) Gemeint ist der 1915 von Parvus gegründete Verlag für Sozialwissenschaft.

<sup>8. 10. 1918: 1)</sup> Dr. von Glasenapp, Vizepräsident des Reichsbankdirektoriums. 2) Die Auszahlung von Coupons von Kapitalien und Dividenden von Privatunternehmungen, Aktien und Gesellschaftsanteilen war durch einen Erlaß der Volkskommissare im Januar 1918 bis auf weiteres verboten worden; vgl. Schulthess 1918/II S. 407.

<sup>9./10. 10. 1918: 1)</sup> Vom 8. 10. 1918 auf die deutsche Note vom 3. 10.; vgl. Schulthess 1918/I S. 334 und 1918/II S. 608 f. 2) Scheidemann war am 4. 10. zum Staatssekretär ohne Portefeuille ernannt worden. Davids Frage entsprang der Sorge, daß den parlamentarischen Staatssekretären eine entsprechende Mitwirkung an politischen Entscheidungen versagt würde; vgl. dazu das von Gröber, Scheidemann und Erzberger unterzeichnete Memorandum vom 10. 10. 1918, abgedruckt in: Quellen 2 S. 132 f. 2) Im Gegensatz zu diesem Urteil steht der von Scheidemann, Memoiren II S. 211, erhobene Vorwurf "Prinz Max politisiert auf eigene Faust" (Kapitelüberschrift), der sich auf das Verhalten des Prinzen beim Notenwechsel mit Wilson bezieht.

<sup>11. 10. 1918:</sup>¹) Dr. Schaible war im Januar 1915 mit der Leitung einer Verwaltungsstelle für deutsch-flämische Beziehungen beauftragt worden, die bald darauf der Politischen Abteilung des Generalgouvernements in Brüssel unterstellt wurde; vgl. Gatzke S. 95.

²) Lesart unsicher; es ließ sich nicht feststellen, wer gemeint war.

Sonnabend, 12. Oktober. <sup>3</sup>/<sub>4</sub>9 Uhr: Fraktions- und Parteivorstand: Prinzen-brief<sup>1</sup>). 11 Uhr: Interfraktionelle Konferenz<sup>2</sup>): Mein Vorschlag: Rettung für heute<sup>3</sup>). 4 Uhr: Gummerus über Ukraine: Truppen. 5 Uhr: Interfraktionelle Konferenz<sup>4</sup>). Reichsamt des Innern<sup>5</sup>). Erklärung des Prinzen<sup>6</sup>). Antwort an Wilson<sup>7</sup>). Solf unterzeichnet<sup>3</sup>). 6 bis 7 Uhr: Gespräch mit Südekum.

Sonntag, 13. Oktober. 10 Uhr: Fraktions- und Parteivorstand<sup>1</sup>). Ich trete für das Verbleiben des *Prinzen* ein, [da]gegen praktisch-demokratische Fortschritte [setzen]<sup>2</sup>).

4 Uhr: Besuch beim Prinzen.

5 Uhr: Konferenz des Interfraktionellen Ausschusses<sup>3</sup>): Reichsamt des Innern<sup>4</sup>).

Montag, 14. Oktober. 4 bis 6 Uhr: Aussprache mit Šaulys. Plan Wilsons. Preußisch-Litauen<sup>1</sup>). — Enthüllung über Ludendorff—Hintze<sup>2</sup>).

Dienstag, 15. Oktober. Ernennung zum Unterstaatssekretär<sup>1</sup>). — Wahl im I. Kreis<sup>2</sup>). ½2 Uhr: Fraktionsvorstand: Brief-Geschichte<sup>3</sup>) gut<sup>4</sup>). 2 bis 5 Uhr:

- 13. 10. 1918: ¹) Vgl. Quellen 3/II Nr. 499. ²) Nach den Aufzeichnungen Südekums, der ebenso wie Stampfer und 6 Parteisekretäre zu der Vorständesitzung hinzugezogen worden ist, s. Anm. 1, erklärte David, daß man die Briefaffäre, wenn sie "innerlich erträglich werden sollte, [...] im Sinne wertvoller parlamentarischer Tatsachen ausnutzen" müßte; im Interfraktionellen Ausschuß hatte sich David am gleichen Tage ähnlich geäußert; vgl. Quellen 2 S. 174. ³) Vgl. Quellen 2 S. 168 ff. ⁴) Vgl. 12. 10. 1918 (Anm. 5).
- 14. 10. 1918:

  ¹) Könnte sich auf ein Privattelegramm aus Basel vom 28. 10. 1918, veröffentlicht in der Frankfurter Zeitung 30. 10. 1918 (2. Morgenblatt), beziehen, in dem es heißt, das litauische Informationsbüro in Lausanne habe erfahren, daß "Wilson dem Präsidenten des litauischen Rates in Washington ein Dokument übergeben" habe, in dem er versicherte, daß "alle litauischen Gebiete einschließlich Ostpreußens bis Königsberg in einem Nationalstaat vereinigt werden sollen".

  ²) Bezieht sich wahrscheinlich auf Ludendorffs Brief an Hintze vom 19. 9. 1918; vgl. den Leitartikel über Ludendorff a.a.O. (1. Morgenblatt).

<sup>1)</sup> Der Prinz hatte in einem Privatbrief vom 12. 1. 1918 an seinen in der 12. 10. 1918: Schweiz lebenden Vetter Prinz Alexander von Hohenlohe-Schillingsfürst eine, wie es in dem Brief heißt, "authentische Interpretation" seiner sehr beachteten Rede vom 14. 12. 1917 bei der Eröffnung der Ersten Badischen Kammer gegeben. Dabei hatte er sich u. a. für "eine möglichste Ausnutzung unserer Erfolge, und im Gegensatz zu der sogenannten Friedensresolution, die ein scheußliches Kind der Angst und der Berliner Hundstage war [...] möglichst große Vergütungen in irgendwelcher Form" ausgesprochen. Die Veröffentlichung dieses Briefes in der Freien Zeitung in Bern hat in Deutschland eine Kanzlerkrise ausgelöst. Wortlaut des Briefes u. a. in: Prinz Max S. 183 ff.; weitere Literaturangaben in: Quellen 2 S. 136 (Anm. 2); zu den Umständen seiner Veröffentlichung a.a.O. (Anm. 3). 2) Vgl. Quellen 2 S. 148 ff. dem erörtert worden war, ob ein sofortiger Rücktritt des durch das Bekanntwerden des Briefes, s. Anm. 1, kompromittierten Prinzen erforderlich sei, damit die Antwort an Wilson von einem neuen Kanzler unterschrieben werden könne, wurde der Vorschlag Davids angenommen, sie vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Solf unterzeichnen zu lassen, wodurch die Rücktrittsfrage ihre unmittelbare Dringlichkeit verloren hatte; vgl. a.a.O. S. 159 ff. 4) Vgl. a.a.O. S. 105 f. <sup>5</sup>) Die Besprechung fand im Reichsamt des Innern statt; a.a.O. (Anm. 2). 6) Ab-7) Vgl. Schulthess gedruckt bei Prinz Max S. 400 ff.; vgl. auch Quellen 2 S. 166 (Anm. 3). 1918/I S. 336 f. und Schulthess 1918/II S. 609 f.

Fraktion<sup>5</sup>): Brief-Geschichte gut<sup>6</sup>). Diskussion Quarck. Keil<sup>7</sup>). — Wilsons Antwort; Diskussion über die Hohenzollern<sup>8</sup>).

Mittwoch, 16. Oktober. 10 Uhr: Fraktionssitzung¹): Angriff Heine—Cohen-[Reuβ]—Quessel²). Die Schwäche der Demokratie!

6 Uhr: Šaulys. Ich empfehle Südekum als Reichskommissar3).

**Donnerstag, 17. Oktober.** 3 Uhr Fraktion<sup>1</sup>): Kapitulation. Diskussion *Hoch, Keil* gegen *Landsberg, David*<sup>2</sup>).

- 6 Uhr Interfraktionelle Konferenz<sup>3</sup>): Verfassungsanträge. Artikel 63 [der Reichsverfassung]<sup>4</sup>)!
- 7 Uhr: Besprechung mit Hanssen<sup>5</sup>) über Nordschleswig. Von Pressendorf—[Geschwätz]<sup>6</sup>).

Freitag, 18. Oktober. Einführung ins Amt<sup>1</sup>). — ½10 bis 1 Uhr: Besuch von Dr. Vogelstein<sup>2</sup>). — 4 Uhr Fraktion<sup>3</sup>): Antwort an Wilson.

- 16. 10. 1918:

  1) Vgl. Quellen 3/II Nr. 501.

  2) Es handelte sich um den Vorwurf gegen den Fraktionsvorstand, er hätte in letzter Zeit die übrigen Fraktionsmitglieder nicht genügend zur Vorbereitung politischer Schritte herangezogen.

  3) An Stelle des im Juni 1918 ernannten Reichskommissars für Kurland und Litauen Friedrich Frhr. von Falkenhausen; zur Frage der Reorganisation der inneren Verhältnisse Litauens vgl. die Diskussion im Kriegskabinett vom 15. 10. 1918, Quellen 2 S. 193 ff.
- 17. 10. 1918:

  1 Vgl. Quellen 3/II Nr. 502.

  2 Während Hoch und Keil bei der Diskussion über die zweite Wilson-Note dafür eingetreten waren, daß ein sofortiger Waffenstillstand verlangt werde, hatten Landsberg und David für den Versuch plädiert, durch sein Hinauszögern günstigere Friedensbedingungen zu erlangen; s. Anm. 1.

  3) Vgl. Quellen 2 S. 253 ff.

  4) Vgl. a.a.O. S. 256 (Anm. 16).

  5) Über dieses Gespräch mit David berichtet Hanssen in seinem Tagebuch nicht; vgl. hingegen die Wiedergabe seiner Besprechung mit David am 5. 10. 1918, in der dieser ihm zusagte, sich der Nordschleswig-Frage anzunehmen, Hanssen S. 319 ff.

  6) Lesart unsicher.
- 18. 10. 1918: 1) Vgl. 15. 10. 1918 (bes. Anm. 1). 2) Gemeint ist möglicherweise Dr. Max Theodor Vogelstein, Vorstandsmitglied der Kriegsmetall A.G. 3) Vgl. Quellen 3/II Nr. 503.

<sup>1)</sup> Am 15. 10. veröffentlichte der Reichsanzeiger eine Reihe neuer Ernennun-15. 10. 1918: gen, darunter die Davids zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt. <sup>2</sup>) Vgl. 4. 10. 1918 (Anm. 5). Hugo Heimann (SPD) und der gemeinsame Kandidat der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen M. Kempner kamen am 29. 10. in die Stichwahl, bei der Hei-3) Vgl. 12. 10. 1918 (Anm. 1) und 13. 10. 1918. 4) Der Fraktionsvorstand mann unterlag. hatte gegen einen Kanzlerwechsel entschieden; s. Anm. 5. <sup>5</sup>) Vgl. Quellen 3/II Nr. 500. •) Mit allen gegen fünf Stimmen hatte die Fraktion im Sinne Davids beschlossen, daß "der Brief des Kanzlers nicht Anlaß bietet, ihn daran scheitern zu lassen; entscheidend für die Stellung der Fraktion zu ihm würden seine Handlungen sein"; s. Anm. 5. 7) Quarck hatte sich für die Entlassung des Prinzen ausgesprochen, eine Stellungnahme Keils wird im Fraktionsprotokoll nicht vermerkt und geht auch aus seinen Memoiren, in der er diese Fraktionssitzung erwähnt, s. Keil I S. 466, nicht hervor; nach Giebels Aufzeichnungen, Quellen 3/II Nr. 500 b (Anm. 9), hatten Ouarck, Keil, Davidsohn, Hofmann und Hierl gegen den Fraktionsbeschluß, vgl. Anm. 6, ge-8) Der letzte Satz bezieht sich nicht auf die Fraktionssitzung, in der die Wilsonstimmt. Note vom 14. 10. nicht diskutiert worden ist.

9 Uhr Interfraktionelle Konferenz<sup>4</sup>): Über Wilsonnote. Rede Südekums<sup>5</sup>). — Ludendorff: wenn vier Wochen, dann fein heraus<sup>6</sup>).

Sonntag, 20. Oktober. Amt: meine Arbeit verdoppelt. Keine genügende technische Einrichtung.

Dienstag, 29. Oktober. ½4 Uhr: bei Scheidemann, [Gustav] Bauer, Erzberger, [Hermann] Müller, R. Schmidt: Abdankung [des Kaisers]<sup>1</sup>).
6 Uhr: bei Solf. [...] Desgleichen.

Mittwoch, 30. Oktober. 10 Uhr: Hahn [berichtet] aus Dänemark [über] Urteil amerikanischer Attachés. Abdankung: Wilson dafür gegen Frankreich und England<sup>1</sup>). — Mildere Bedingungen = andere Verhandlungsbasis. — Max gegen Ludendorff. Max: Abdankung [des Kaisers]<sup>2</sup>).

Dienstag, 5. November. ½10 Uhr: Partei- und Fraktionsvorstand. 11 bis 2½ Uhr: Interfraktionelle Konferenz¹): Kaiserfrage. Kiel²).

Mittwoch, 6. November, Hamburg usw.1)

11 bis 1 Uhr: Konferenz unserer Regierungsmitglieder mit Groener<sup>2</sup>). 2 Uhr: Fraktion<sup>3</sup>).

Sonnabend, 9. November. Abdankung des Kaisers. Revolution. Republik.

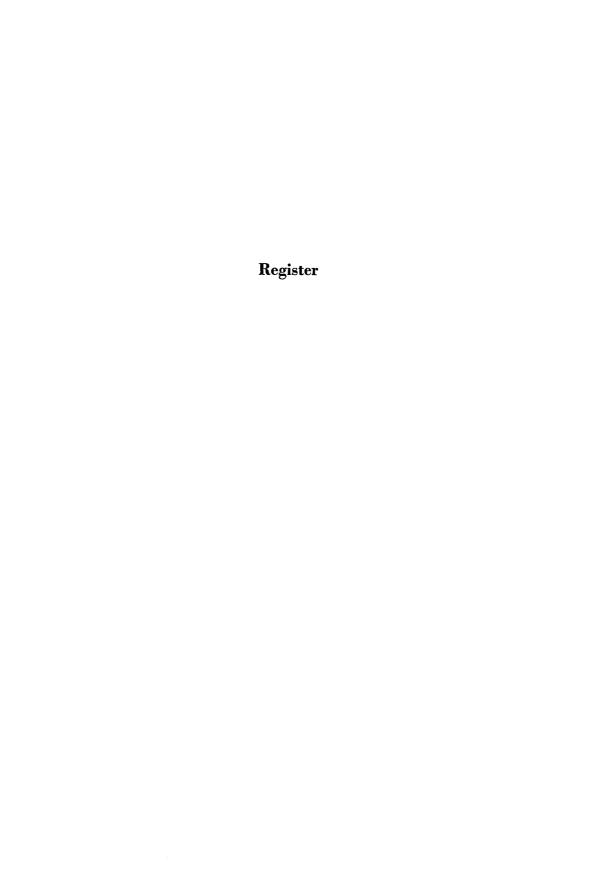
<sup>4)</sup> Vgl. Quellen 2 S. 263 ff. 5) Vgl. a.a.O. S. 266 (bes. Anm. 7). 6) Bezieht sich auf eine Äußerung Ludendorffs in der Sitzung des Gesamtkabinetts vom 17. 10. 1918, an der David nicht teilgenommen hatte: "Wenn die Armee über die nächsten vier Wochen hinüberkommt und es in den Winter geht, so sind wir fein heraus"; a.a.O. S. 229.

<sup>29. 10. 1918: 1)</sup> Zur Haltung Scheidemanns in der Abdankungsfrage vgl. Scheidemann, Zusammenbruch S. 199 ff., und Scheidemann, Memoiren II S. 253 ff., zu der Müllers, Hermann Müller-Franken, Die November-Revolution. Erinnerungen, Berlin 1928, S. 21 f.

<sup>30. 10. 1918: 1)</sup> Vgl. Prinz Max S. 532 ff. 2) Vgl. a.a.O. S. 510 ff.

<sup>5. 11. 1918: 1)</sup> Vgl. Quellen 2 S. 509 ff. 2) Zu den Matrosenunruhen vgl. Quellen 2 S. 524 und 3/II Nr. 510 b; zum Zusammenhang Eberhard Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918—1919 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 23), Düsseldorf 1962, S. 71 ff.

<sup>6. 11. 1918: 1)</sup> Vgl. 5. 11. 1918 (Anm. 2). 2) Vgl. Quellen 2 S. 559 ff. 3) Die Fraktion tagte gemeinsam mit dem Parteiausschuß; vgl. Quellen 3/II Nr. 510 a.b.



"Abendblatt" (8-Uhr-Abendblatt) 6, 245

Ablaß, Bruno, MdR 97

Abrüstung (internationale) 117, 131

Adelung, Bernhard XV, 3, 44 f., 93, 104, 144, 161 f., 172 f., 190, 220, 224, 272 f.

- Unterredungen mit David 39 f., 173, 194, 268
- Sein und Werden. Vom Buchdrucker in Bremen zum Staatspräsidenten in Hessen, bearb. von Karl Friedrich, Offenbach a. M. 1952 XVI

Adler, Victor 115, 156

- Besuche in Berlin 1915 105, 137, 151 f.
- Unterredungen mit David [7. 7. 1915] 137;
   David, Huysmans, Müller, [19. 6. 1917] 235;
   Scheidemann [11. 6. 1916] 234
- bei Stockholmer Konferenz 1917 232-235
- Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky, ges. u. erläut. von Friedrich Adler, Wien 1954 102

Admiralstab (Seekriegsleitung) 179, 239

Albarda, J. W. 117, 239, 247

Albrecht, Adolf, MdR 9 f.

Alldeutsche (Alldeutscher Verband) 106, 193, 250, 269, 279

Allgemeiner Deutscher Burschenbund XIII

Alrutz, Prof. Sidney 192

Altendorf, Prof. Karl 219

Annexionen, Annexionsfrage XXX f., 15 f., 45, 70 f., 73, 132, 138, 156, 232

- Haltung der SPD 8, 10 f., 28, 65, 72 f., 75, 79, 92, 103, 124, 136 f., 139, 141, 188, 192, 194, 237
- Haltung der bürgerl. Parteien 70, 83, 111
- Annexionspolitik 29, 130, 136, 188, 246
- Annexionspolitiker 79, 106, 111, 125, 142, 159, 179, 186, 189, 193, 227, 246, 248, 250, 266
- -- im Westen 23, 28, 52, 56, 65, 75, 110, 118, 125, 138, 142
- im Osten 65, 100, 103, 138, 189, 191
- Kolonien 23, 28, 45, 65, 92, 103
- zur Sicherung der Grenzen 65, 130, 138
- annexionsloser Frieden s. Friedensfrage

Anseele, Edouard 117 f.

Anti-Oorlog-Raad 121, 131 f.

Antisemiten 181

Antrick, Otto Friedrich Wilhelm, MdR 9 f., 127

"Arbeiterfeuilleton" 159

"Arbeiterjugend" 55

Arbeiterräte 292

"Arbeiterzeitung" (Dortmund) 126

"Arbeiter-Zeitung" (Wien) 43

Arbeitgeberverband 210

Arbeitslosigkeit 24, 62, 64, 66 f., 71

Arons, Dr. Leo 18, 199

"Artikelkorrespondenz" 154, 158

Asquith, Lord Herbert 32 f.

Associated Press 231, 253

Auer, Erhard 189, 191, 199, 237

Auer, Ignaz, MdR XX

Auffenberg, Moritz Frhr. von 49

Auswärtiges Amt 21, 122, 131 f., 170, 228, 230, 252, 256 f., 264 f., 270, 278, 281 f.

- Abteilungen 166, 222, 229, 242, 270, 286
- Staatssekretär 180, 247, 290
- Unterstaatssekretär XXXI f., 75, 119, 285 291

Auswärtiger Dienst des Reiches XXXII f., 121, 123, 137, 159, 235 f., 252, 278, 280 f.

"Avanti" 21, 35, 96, 124

Baader, Ottilie 177

Baake, Curt 14, 17 f., 62, 134, 143, 218, 236, 253

- Unterstaatssekretär Nov. 1918 18
- Unterredungen mit Böttinger u. Mannesmann [Sept. 1914] 36; David, Mayer, Scheidemann [6. 4. 1915] 118
   David 30, 124 f., 135, 158, 189, 231, 236
   David u. SPD-Mitgliedern 31 f., 38, 135, 140
- Kontakte zum David-Kreis 13, 18, 26, 31 f., 138, 140, 154 f., 157, 159, 164, 187
- über Kriegsziele u. Friedensfrage 125, 138
- -, Korrespondenzblatt Baake" 154, 161 f.

### Baden, Großherzogtum XIX

- Landtag 41, 161, 290
- SPD XVI, XXV, 41, 67, 161, 188

Baden, Max von s. Max von Baden

Bader, Paul 93

Baltische Frage 221 s.a. Estland; Kurland; Litauen

Bang, Nina 232

- bei Stockholmer Konferenz 232-234

Unterredungen mit David [7. 6. 1917] 233;
 Scheidemann [Juni 1917] 235; Thomas
 [Juni 1917] 235

Barnay, Ludwig 255

Bartels, Friedrich 3, 6, 134, 205

Baseler Parlamentarier-Konferenz 1914 37, 71

Bassermann, Ernst, MdR 110, 114 f., 147, 165—167, 202, 214

— Teilnahme an Parteiführerbesprechungen [30. 3. 1916] 169, [5. 9. 1916] 197

- Rede im Reichstag 11. 10. 1916 204

— Rede im Hauptausschuß 9. 11. 1916 208

— Berichterstatter des Hauptausschusses 170 f.

Baßler (Stuttgart) XVIII

Batocki-Friebe, Adolf Tortilowicz von 177, 186, 201, 205 f.

- Rede im Hauptausschuß 22. 5. 1916 177

Battenberg, Prinz Ludwig Alexander von 21

Bauer, Gustav, MdR XXXIII, 8, 42, 45, 64, 66, 99, 110, 113, 116, 158, 194, 206

Unterredungen mit David, Erzberger, H.
 Müller, R. Schmidt [29, 10, 1918] 292;
 David, Jansson, Legien, R. Schmidt [11, 8, 1915] 141

- in der Freien Kommission 63

Teilnahme an Besprechungen im Austria 16,
 31, 44; im Heidelberger 80, 122, 126; im
 Holzarbeiterhaus 64, 67, 71, 94, 99, 154

— bei Stockholmer Konferenz 1917 226, 235

— über Reichshaushalt u. Kriegskredite 64, 110—112

Baumeister, Albert 53 f., 57, 124, 189 f., 225

Unterredungen mit David [24. 2. 1916] 162,
 [18. 8. 1916] 194; David u. Haenisch
 [31. 10. 1916] 207; David u. Jansson
 [24. 3. 1916] 116

bei Besprechungen mit dem David-Kreis
 122, 154 f., 157, 164, 167, 176, 183, 187, 194

#### Bayern XIX f.

- Ministerpräsident 255, 285

- Kriegsministerium 142, 190

SPD 42, 159, 194, 237
 Landesvorstand 44, 53, 95, 194
 Landtagsfraktion XVI, XX, 53, 161, 163, 237

Bebel, August XVIII, XX, XXIII, XXV, XXVIII, 16, 27, 32, 84, 102, 113, 221

- Reden auf Parteitagen [1895] XX, [1899] XXI f.

— Reichstagsreden [7. 3. 1904] 65, [10. 12. 1904] 65

— über Bernsteins Thesen XXI—XXIII

- über Vaterlandsverteidigung XXIX, 65

Beer, Prof. Dr. Ludwig 131, 155, 221

Behr, Rudolf 197

Beims, Hermann 136, 151

Belagerungszustand XVI, 3, 207, 265

- Einschränkung der Pressefreiheit 75, 77, 266

- Versammlungsverbote 191

- Schutzhaft 207

 Forderung auf Aufhebung bzw. Einschränkung 70, 75, 77, 129, 144

Belgien 19, 26, 46, 58, 66, 117, 121, 176

- Bevölkerung 56, 119, 206, 222

- König 118

— Regierung 27, 118

- sozialistische Partei 20, 43, 55 f., 102, 105 Aufruf "An das deutsche Volk" 1914 30 f., 34

- Armee u. Flotte 76, 118

- Kolonien 28, 65, 92, 103

— dt. Verwaltung 26, 289 Militärverwaltung 118 f.

- Neutralität 76 f.

dt. Neutralitätsbruch 11, 32, 74, 76 f., 118 f.

Belgische Frage 91, 118 f., 122, 127, 141 f., 144, 201, 219, 233 f., 253, 269, 280 f.

- Annexion 26, 28, 52, 56, 65, 110, 118, 125, 127, 132, 138, 142, 208 f.

- dt. Flamenpolitik 222, 289

— militärische Sicherungen 65, 92, 118 f., 125, 141, 208

— politische Verbindung mit Dtschld. 208

— wirtschaftliche Verbindung mit Dtschld. 65, 118 f., 127, 136, 208

— Wiederherstellung der Unabhängigkeit 183, 280

Bender, Ferdinand, MdR 153

Berg, Friedrich Wilhelm Bernhard von 284 f.

"Bergarbeiter-Zeitung" 53

### "Bergische Arbeiterzeitung" 93, 98

### Berlin 62, 94

- Oberbürgermeister 67, 83
- Berliner SPD 14, 40, 42, 44 f., 85, 94, 120, 122-124, 186
- Funktionärsversammlungen 30, 82–85, 99,
- radikale Strömungen 83 f., 93, 98 f., 113, 117, 120, 124
- Versammlungen 42-44, 47, 68, 83, 98 f., 122 f., 125, 195, 286
- Organisation 38, 42 f., 183, 201 Vorstände 91, 93, 103, 124, 183 Zentralvorstand 43, 196

# "Berliner Lokal-Anzeiger" 5 f., 21, 94

"Berliner Tageblatt" 6, 15, 19, 28, 30, 36, 49, 61 f., 64, 69, 71, 81, 143, 245, 265

# "Berliner Volksblatt" 186

"Berliner Zeitung" 245

Bernardiston, brit. Oberst 76

# "Berner Tageblatt" 81

"Berner Tagwacht" 82, 100, 132 f., 139, 141

- Bernstein, Eduard, MdR 5, 18, 33, 46, 68, 70 f., 103, 121, 129 f., 136, 166, 172, 200, 210
- Unterredungen im Reichsmarineamt 22, 8. 1914 21 David 18, 55 f., 65 SPD-Mitgliedern 50 f., 56
- Reden im Reichstag 27. 10. 1916 206 im Hauptausschuß März 1915 110
- Leitsätze zur Friedensgestaltung 1915 140 f.
- Mitverfasser von "Das Gebot der Stunde" 1915 134, 139
- Presseartikel XVII, 18, 52, 60, 68, 172, 210
- Revisionismus XXI—XXIV
- - Aufgaben der Juden im Krieg 112 f. Belgische Frage 52, 56, 81, 119 Friedensfrage 51, 81 Kriegführung 43, 129

Kriegskredite u. Reichshaushalt 5, 43, 65, 68, 74, 81, 112 f., 206

Kriegsschuldfrage 18, 32, 51, 65, 121

- Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899 XXIII
- Dokumente zum Weltkrieg 1914, hrsg. von Eduard Bernstein, Berlin 1914 ff. 210
- Von den Aufgaben der Juden im Weltkriege, Berlin 1917 113

#### Besetzte Gebiete

- Räumungsfrage 91
- Faustpfandtheorie 189, 280
- dt. Verwaltung im Osten 184-186, 213, 228, 291

Bethmann Hollweg, Theobald von 5, 8, 20 f., 23, 25, 63, 71, 107, 111, 116, 119, 122 f., 125, 131, 136, 144, 153, 156, 158, 164 f., 170, 174, 178, 183, 188, 191 f., 194, 196, 205, 219 f., 223, 229 f., 237—239, 241, 248 f.

Unterredungen mit David [13. 7. 1915] 137 f., [Okt. 1915] 144; David u. J. v. Winterfeldt [16. 5. 1917] 228; David und Scheidemann [26. 6. 1917] 237; Heine [Febr. 1915] 106, [April 1915] 121; Ad. Müller [10. 6. 1915] 132; Scheidemann [Juli 1916] 189, [März 1917] 223; Südekum [29. 7. 1914] 6 f., [Dez. 1914] 86

# Besprechungen mit

- Parteiführern [3. 8. 1914] 7, 9, [8. 3. 1915] 125, [26. 11. 1915] 146, [29. 11. 1915] 146, [14. 3. 1916] 165, [5. 9. 1916] 196 f., 199, [Okt. 1916] 203, [2. 7. 1917] 239, [10. 7. 1917] 243
- SPD-Führern [1. 12. 1914] 76 f., [21. 1. 1915] 98, [9. 3. 1915] 110, [10. 3. 1915] 110, [26. 5. 1915] 127, [19. 6. 1915] 128, [23. 11. 1915] 146, [18. 1. 1917] 218
- -SPD-Delegation 6, 7, 1917 240 f. Telefongespräche mit SPD Dez. 1915 147 Briefwechsel mit Südekum Aug. 1914 14

#### Reden

- im Reichstag [4. 8. 1914] 11 f., 73, 76, [2. 12. 1914] 73, 76 f., 80, [18. 5. 1915] 127, [28. 5. 1915] 127, 130, [19. 8. 1915] 142 f., [9. 12. 1915] 147, [5. 4. 1916] 171, [5. 6. 1916] 181, [28. 9. 1916] 201, [12. 12. 1916]
- im Hauptausschuß 202, 204, [28. 3. 1916]
  169, [5. 5. 1916] 181, [29. 9. 1916] 201,
  [9. 11. 1916] 208 f., [31. 1. 1917] 220, [7. 7. 1917] 241, [9. 7. 1917] 242

#### Außenpolitik

- belg. Frage 127, 138
- Friedensfrage 23, 110, 208 f., 214, 239
- bei Kriegsausbruch 6, 36, 38
- zur Kriegsschuldfrage 208
- Kriegsziele 23, 138, 141, 189
- über Neutralitätsverletzung 73, 76

zur preußischen Wahlrechtsfrage 137 f., 222 f. Verhältnis zur SPD 6, 36, 69 f., 106, 166, 201 Kanzlerkrise u. Sturz 227, 238 f., 241-244, 246, 248 f.

- Vorgeschichte 69, 110, 159, 166, 179, 186, 200 - 202

Politik und Persönlichkeit im Urteil der Politiker 38, 51, 69, 106, 127, 137, 173, 181, 193, 230, 239, 241, 246, 249

Betrachtungen zum Weltkriege. II Während des Krieges, Berlin 1921 165

Biegeleben, Maximilian von 227

Binder, Jakob, MdR 80, 153, 212

Binding, Rudolf G. 15

Bismarck, Otto Fürst von 86, 155 f., 270

Bissing, Friedrich Wilhelm Frhr. von 119

Björnson, Björn 122

Bloch, Alex 14, 17

Bloch, Joseph 18, 60, 208

Unterredungen mit David 18 f., 32, 45 f., 92
 David, Bernstein, Heine 16. 10. 1914 50 f.

- im Café-Josty-Kreis 18, 31, 38, 53

Blocher, Dr. Hermann 152 f., 159, 196

Block, Hans 16, 70

Blos, Wilhelm, MdR 80 f., 176, 191, 197, 212

Bock, Friedrich Louis Wilhelm, MdR XVIII 9 f., 12, 169

Bockelberg, Friedrich von 184

Böhle, Bernhard, MdR 80, 95, 101, 115

Böttinger, Henry T. von 36 f.

Borchardt, Julian 14, 96-98, 187

Borgbjerg, Frederick 61, 94, 227, 231, 234

Unterredungen mit David [5.11. 1914] 61,
 [2. 6. 1917] 231; Helphand [Mai 1917] 227

- Reise nach Petersburg 1917 227

Bozi, Dr. Alfred 160

— und Heinemann, Hugo, Hrsg., Recht, Verwaltung und Politik im Neuen Deutschland, Stuttgart 1916 160

Brandes, Alwin, MdR 175, 212

Branting, Karl Hjalmar 61 f., 142, 159, 234

- Unterredung mit David 3. 7. 1915 136
- Reise nach Petersburg April 1917 225
- bei Stockholmer Konferenz 232

Bratianu, Jon I. C. 213

Braun, Dr. Adolf 53

Braun, Dr. Ernst 97

Braun, Otto 26, 28, 108, 168

- Unterredung mit David, Ebert, H. Müller 23. 7. 1915 139
- im Parteivorstand 3, 5, 37, 134
- im Parteiausschuß 142, 189
- Rede im preuß. Abgeordnetenhaus Juni 1915 135
- über Beteiligung der SPD an Regierung Max von Baden 285, 287

Bredenbeck, Anton 126

Breitscheid, Dr. Rudolf 52, 68, 107, 125

Brentano, Prof. Lujo von 190 f.

Brest-Litowsk

Waffenstillstand 15. 12. 1917 260

Rußland-Mittelmächte, Friedensverhandlungen und Friedensvertrag 263, 265, 268—270

- Verhandlungsverlauf 260, 263 f., 268 f., 281
- Delegationen 260, 273,
   deutsche 259, 264, 267, 269,
   russische 264, 268
- Stellungnahme der Parteien 269, 271
- Ratifizierung durch Reichstag 271
- Zusatzverträge 281 f.

Friedensvertrag mit Ukraine 268

Brey, August, MdR 8, 80, 174, 183

Broda, Dr. Richard 97

Broedrich, Silvio 184, 230

Broh, Dr. James 17

Brühne, Friedrich, MdR 169

Brüninghaus, Kapitän 202

Bruhn, Wilhelm, MdR 247 f.

Bruhns, Julius 45

Brunner, Julius 191

Bruns, Bernhard 109, 117, 119, 121

Buchwieser, Johann 191

Buck, Wilhelm, MdR 80, 152 f., 168

Budgetkommission des Reichstages 62, 126

— Sitzungen [März 1915] 110 f., [13. 4. 1915] 120, [Mai 1915] 126—128, 130, 132 [Aug. 1915] 141, [14. 12. 1915] 147, [28. 3.—13. 4. 1916] 169 f., 172, [22. 5. 1916] 177, [26. 5. 1916] 178 vertrauliche Sitzungen 132

- Anwesenheit des Reichskanzlers 169 von Staatssekretären 120, 169 von preußischen Ministern 130
- Berichte an den Reichstag 170 f., 178
- s. a. Freie Kommission; Hauptausschuß

Büchner, Otto, MdR 125

Bülow, Bernhard Fürst von 121

- Unterredung mit David 14. 9. 1914 253

### Bürgerliche Parteien

- Flotteneingabe Sept. 1914 35—37, 39
- Erklärung vom 2. 12. 1914 80
- Besprechung der Rechtsparteien mit Michaelis u. OHL 15. 7. 1917 247 f.

Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) 127

Büro für Parlamentsberichterstattung 13

Bulgarien 174, 231, 246, 284

- Waffenstillstand 283 f.

Bund der Landwirte 29, 182

Bundesrat 227

Bund für Mutterschutz und Sexualreform 29, 107, 144

Bund Neues Vaterland 63, 71, 83, 121, 123, 125, 189

Burgfrieden XI, XXXI, 13, 60, 75 f., 78, 84, 140, 145

-4. Aug. 1914 37, 75, 78, 85

Burián von Rajecz, Stephan Graf 283

Bussche-Ippenburg, Erich Frhr. von dem 287

Calker, Fritz van, MdR 130, 240, 250

Capelle, Eduard Carl Ernst von 67

- bei Besprechung Bethmann Hollweg-Parteiführer 2. 7. 1917 239

- im Hauptausschuß 169, 184, 202, 239, 241

Carol, König von Rumänien 49

Caspar, Franz W. 64

"Chicago Daily News" 176, 198, 206

Christiania-Bombenaffäre 239, 244

Code Napoléon 127

Cohen, Adolf 122

- Cohen[-Reuß], Emanuel, gen. Max, MdR 14, 16, 27, 35, 45, 55, 86, 100, 107, 124, 126, 165, 196, 201, 207, 214, 249, 291
- Unterredungen mit Solf [Sept. 1914] 44;
  Wahnschaffe [2. 10. 1914] 50; David 16,
  32-34, 170, 205
  David u. Frobenius 25. 4. 1915 122, 131
  David u. SPD-Mitgliedern 50, 121
- Teilnahme an Besprechungen des rechten Flügels 10, 12, 26, 155, 164 im Café Austria 16, 20 f., 28, 44, 154 im Holzarbeiterhaus 52 f., 57 f., 67, 71, 85, 94, 99 im Heidelberger 122, 126
- Tätigkeit für Kriegsministerium 16, 27, 33
- über Friedensfrage 20 f., 32
   Kriegskredite 205, 240, 248
   Militärfragen 33, 35, 44, 58
   Ostpolitik 205
   Parlamentarisierung 243, 248
   preuß. Wahlrecht 44, 205

Cohn, Dr. Oskar, MdR 74, 111, 165 f., 171, 181

Coudenhove-Kalergi, Richard Graf XXXIV

Cunow, Heinrich 154, 157-160, 163 f., 221

bei Besprechungen mit dem David-Kreis
 154 f., 157, 159, 167, 176, 183, 187, 196, 226

**Czernin** von und zu Chudenitz, Ottokar Graf 256, 259

- Rede 24. 1. 1918 266 f.

Dänemark 292

- Reichstag 61, 187

- sozialistische Partei 21, 61, 69, 186, 231 f.

Dänische Minderheit in Deutschland 13

Däumig, Ernst 38

"Daily Citizen" 34, 52

"Daily Telegraph" 86 f.

Dallwitz, Johann von 69

Dandl, Otto Ritter von 285

Daszyński, Ignaz 99 f., 242

David, Fritz 205

David, Gertrud, geb. Swiderski XV 14, 16, 30

David, Heinrich XII, XV, XXXIII, XXXVI, 87

David, Hermine geb. Schmidt-Lahr s. Schmidt-Lahr, Hermine David, Sonja XV, XXXV, 10—14, 16, 26, 46, 53, 85—87, 91, 97, 167, 172, 178, 183, 196, 198, 202, 205, 209, 260, 274, 277, 281

David, Theodor 58

Davidsohn, Georg, MdR 168, 181, 188, 287, 291

- Rede im Reichstag 7. 4. 1916, 171

Dehmel, Richard 15

Deimling, Berthold von 14 f.

Delbrück, Clemens von 8, 51, 134, 164

- Unterredungen mit David [24. 8. 1914]
   22-25, 28, 31, 36, 44; Göhre [Sept. 1914]
   31; Haase [Aug. 1915] 142
- Besprechungen mit Parteiführern [6. 11.
   1914] 64, [24. 11. 1915] 146; SPD-Führern
   [5. 11. 1914] 62, [12. 8. 1915] 141
- Teilnahme an Besprechung Bethmann Hollweg-Parteiführer 8. 3. 1915 125
- Rede im preuß. Abgeordnetenhaus 22. 10. 1914 55
- Rücktritt 175

Delbrück, Prof. Dr. Hans 46 f., 72, 275

Unterredungen mit David [31. 10. 1917] 256;
 David-Hahn-Richter [10. 9. 1918] 282

Delcassé, Théophile 121

Dernburg, Dr. Bernhard J. L. 139

- Unterredungen mit David [22. 7. 1915] 139, [13. 1. 1917] 218, [28. 6. 1917] 237

"Deutsche Auslandskorrespondenz" 49, 116

Deutsche Fraktion 29, 35, 179, 246 f.

Deutsche Friedensgesellschaft 281

Deutsche Gesellschaft von 1914 165, 193, 221, 275

Deutsche Hochschule für Politik 230

"Deutsche Illustrierte Zeitung" 253

Deutsche Reformpartei 247

Deutsche Reichspartei 110

"Deutsche Tages-Zeitung" 238

Deutsch-Konservative Partei 35, 271

Dietz, Heinrich, MdR 80 f., 139, 164, 217

Dietzgen, Anna 195

Dietzgen, Eugen 139 f., 144, 162, 173, 195, 217, 220, 223 f.

Dietzgen, Joseph 139, 195

Dissmann, Robert 95

Dittmann, Wilhelm, MdR 5, 9 f., 93, 132, 142, 144 f., 165 f.

- Reichstagsreden [18. 1. 1916] 153, [25. 5. 1916] 178, [28. 10. 1916] 207

Dittmer, Emil 196

Dobrudscha 198

Dohrn, Dr. Heinrich 81

Dove, Dr. Heinrich, MdR 239, 251, 277

"Dresdner Volkszeitung" 30, 95, 126, 164

Dresselhuys, Dr. 132, 183

Du Bois-Reymond, Frau 122

Ducarne, belg. General 76

Düwell, Wilhelm 18

Duncker, Dr. Hermann 16, 30, 55, 116, 131

Duncker, Käte 116

Ebert, Friedrich, MdR XI, 18, 34, 37, 66, 81, 91, 96, 111, 113 f., 133, 152, 157, 161, 163, 167 f., 174, 177 f., 181 f., 186, 198, 206, 208, 210—212, 220, 223, 243, 263 f., 266, 270

- Parteivorsitzender 3, 5, 188
- im Fraktionsvorstand 3, 70, 160, 287
- Fraktionsvorsitzender 154
- in Freier Kommission 70

Unterredungen mit

— SPD-Mitgliedern 57, 70, 125, 135 David 28, 36, 70, 105, 119 f., 124, 128, 132, 161, 170, 178, 188, 196, 209, 220, 230, 250, 282, 284, 289

David u. SPD-Mitgliedern 62 f., 82 f., 102, 106, 113, 132, 135, 139 f., 164, 167 f., 253, 264, 282

- Blocher, David, Scheidemann, Ad. Müller 12, 2, 1916 159
- Noeggerath, Swing, David 31. 1. 1917 220
- Tschenkeli u. David 7. 9. 1918 282
- Vertretern der Reichsleitung [Juli 1916] 188;
   Kriege [6. 9. 1917] 252, [20. 8. 1918] 259;
   Kühlmann [11. 2. 1917] 259; Michaelis [18. 7. 1917] 248
- Max von Baden 2. 10. 1918 286 f.

# Teilnahme an Besprechungen

- mit Bethmann Hollweg [10, 7, 1917] 243;
   Kühlmann [Okt. 1917] 256; Michaelis-OHL-Mehrheitsvertreter [14, 7, 1917] 246; Payer [30, 9, 1918] 284, [2, 10, 1918] 287; im Reichsmarineamt [8, 9, 1914] 37; Roedern-Mehrheitsvertreter [18, 1, 1918] 265
- Bethmann Hollweg-SPD [26. 5. 1915] 127, [18. 1. 1917] 218, [6. 7. 1917] 241; Helfferich-SPD [17. 2. 1917] 221, [30. 6. 1917] 238; Helfferich, Wahnschaffe, Zimmermann-SPD [11. 7. 1917] 243
- an Haager Besprechung 1915 117 f.
- an Stockholmer Konferenz 1917 226, 231 f., 235

#### Reden

- im Reichstag [29. 5. 1915] 127 f., 130, [März 1916] 165—167, [5. 4. 1916] 170 f., [7. 6. 1916] 180, [27. 10. 1916] 206, [31. 10. 1916] 207, [1. 12. 1917] 259
- im Parteiausschuß [12./13. 1. 1915] 49, 52, 60, 80, 82, 94 f., [7. 3. 1915] 109, [7./8. 4. 1915] 115—117
- auf Reichskonferenz Sept. 1916 145, 199 im Hauptausschuß 137, 245
- Reden [23. 1. 1916] 211, [3. 7. 1917] 239, [22. 8. 1917] 251, [22. 1. 1918] 266
- Vorsitz 1918 276 f.
- im Interfrakt. Ausschuß 240, 244 f., 248, 256, 270

Kontakte zum rechten Flügel 12, 53, 55, 113, 131, 145, 168, 237

Reisen an die Westfront 1915 144, nach Wilhelmshaven 1915 118, nach Zürich 1914 5 empfängt Schreiben von David 267 über

- Brest-Litowsk 269
- Kriegskredite 62 f., 70, 157, 176 f. Fraktionserklärungen 74 f., 77, 79
- Kriegsziele und Friedensfrage 87, 117 f., 124, 141, 188, 266
  SPD-Interpellation 1915 146 f.
  Friedensresolution 1917 242, 251
- Parlamentarisierung 243 f.
- --- Politik der Minderheit 70, 82 f., 94, 101, 118, 124, 134, 146, 148, 183
- Regierungseintritt der SPD Okt. 1918 285-287
- Reichshaushalt 108, 110, 112, 157

Politik und Persönlichkeit im Urteil Davids und Scheidemanns 50, 79, 83, 105, 109, 113, 128, 143, 147, 157, 161, 164, 178, 184 f., 187, 200, 203, 208, 287 f.

Eckardstein, Hermann Frhr. von 159

Eckstein, Gustav 103, 136 f.

Edén, Nils 53

Eichhorn, Emil 164

Eichhorn, Hermann von 273-275

Eisner, Kurt 159, 260

Ellenbogen, Wilhelm 151

Elsaß 19, 128

- Bevölkerung 19, 127, 250

Elsaß-Lothringen XIX, 65, 69, 82, 223, 265

- elsaß-lothr. Abgeordnete im Reichstag 82, 242, 251
- -- SPD, frankreichfreundliche Strömungen 128, 145
- Verfassungsreform 1911 106
- Wahlrecht 106, 115, 119, 134, 138

Elsaß-lothringische Frage 141, 191, 223, 227, 231, 237, 250 f., 284

- Autonomie 142, 235, 249
- in SPD-Leitsätzen 1915 142
- auf Stockholmer Konferenzen 233-235
- in Stockholmer Memorandum der SPD 235, 237, 247
- Wiederangliederung an Frankreich 141 f., 235

Emmel, Joseph Leopold, MdR 10, 82, 101, 113, 128, 145

Emmich, Otto von 20

Engberg, Arthur 232, 234

Engelmann, Johannes 162, 224

Engels, Friedrich XXII, 84

Engers, C. 272

England XXVIII—XXX, 11, 23, 28, 58, 69, 72, 76, 87, 91, 95, 121—123, 125, 127, 131, 134, 138, 160, 162, 177, 183, 196, 201, 203 f., 219, 292

- Kriegsschuld 18, 32, 77
- Kriegseintritt 13, 32 f., 36, 51 Weißbuch über Kriegsausbruch 65
- und Friedensfrage 51, 69, 131, 138, 168, 183, 192, 225, 244

Königshaus 20

- Thronrede 19. 12. 1916 214

Unterhaus 326, Sitzungen [24. 5. 1916] 183, [19. 12. 1916] 214

Regierung XXIX, 71, 213, 227

— dt. Hoffnungen auf Regierungswechsel 183, 214

#### Parteien

- Liberale 183
- Sozialisten 20, 69, 102, 115, 117
   Labour Party 34, 52, 92, 183
   bei Londoner Konferenz 105

Armee 76, 86

— Truppen an der Westfront 28, 71, 281 Flotte XXIX, 162, 179 Kolonien 179

Entente 123, 159, 214, 218, 244, 283

Erdmann, Dr. August, MdR 50 f., 71, 78, 80, 249

### Erfurter Programm XXI

Ernährungsverhältnisse und Lebensmittelversorgung 109, 130, 141, 144 f., 156, 164 f., 175, 177 f., 182, 188, 198, 201 f., 206, 219 f., 254

- Getreide-, Mehl- u. Brotversorgung 62, 64, 66 f., 94, 107
- Kartoffelversorgung 62, 66, 107, 123, 198
- Preise 62, 64, 66 f., 107, 164, 198
- Mißstände 107, 137 "Lebensmittelkrawalle" 145, 175
- Notlagen 192, 221
- staatl. Maßnahmen 146, 206 Lebensmittelkarten 94, 107
- Kriegsernährungsamt 66, 177

# Ernst, Eugen 42, 183

Erzberger, Matthias, MdR XXXIII, 11, 35, 132, 243, 252, 265, 286, 289

- Presseleiter im Marineamt 21
- Unterredungen mit Bauer, David, Müller,
   Schmidt [29, 10, 1918] 292; David [2, 5, 1917] 226, [25, 6, 1918] 278; Ludendorff [14, 7, 1917] 245
- Teilnahme an Parteiführerbesprechungen mit Bethmann Hollweg [2. 7. 1917] 239; Hintze [14. 9. 1918] 283; Kühlmann [Okt. 1917] 256; Michaelis [21. 7. 1917] 250; Michaelis-OHL [14. 7. 1917] 246; Roedern [18. 1. 1918] 265
- Rede im Reichstag 27. 2. 1918 269
- im Hauptausschuß 277
  - Reden [3. 7. 1917] 239, [6. 7. 1917] 240 f., [7. 7. 1917] 241, [9. 7. 1917] 242, [22. 8. 1917] 251, [4. 5. 1918] 274, [8. 5. 1918] 275
- im Interfrakt. Ausschuß 240, 247 f., 256, 265, 267, 277, 280, 284
- Reise nach Rom Ostern 1915 132
- Anteil an Mehrheitsbildung Juli 1917 240

#### Escherich, Georg 185, 228 f.

#### Estland 282

D'Estournelles de Constant 71 f.

"Die Fackel" 154 f., 157

Falkenhausen, Friedrich Frhr. von 278, 291

Falkenhayn, Erich von 134 f., 179

Fehrenbach, Constantin, MdR 241, 251, 255

- Präsident d. Reichstages XXXIII, 276 f.
- Unterredung mit Hertling 14. 3. 1918 270
- Reichstagsreden [19. 7. 1917] 249, [8. 6. 1918] 277
- Rede im Hauptausschuß 9. 7. 1917 242
- im Interfrakt. Ausschuß 240, 270, 273

Feldman, Wilhelm 140, 208, 252, 257, 278

Feuerstein, Franz Wilhelm, MdR 78, 80, 212

Filene, Edward XXXIV

Finnland 236, 270 f., 283

- Regierungen und Landtag 232, 271
- Parteien 232
- Unabhängigkeit 237 f.
   dt. Hilfskorps 270 f.
   dt. Königspläne 282 f.

Fischbeck, Otto, MdR 36, 115, 243, 253, 286

- Unterredungen mit David [7. 9. 1914] 36,
  [28. 5. 1915] 130, [Aug. 1915] 143, [3. 3.
  1918] 270, [25. 6. 1918] 278
- Telefongespräch mit David 28. 1. 1915 100
- bei Besprechungen Reichsleitung Mehrheitsvertreter 246, 265, 283
- im Interfrakt. Ausschuß 256, 279, 284 f.

Fischer, Edmund, MdR 3, 50 f., 71, 80, 170, 249

Fischer, Richard, MdR XX, 12, 14, 46, 68, 79, 103, 143, 181

- Unterredungen mit David 62 f., 68, 103
   David und SPD-Mitgliedern 132, 134, 155, 164
- im Fraktionsvorstand 3, 6, 37, 70, 75, 108, 134, 285
- bei Stockholmer Konferenz 1917 226, 235
- über Beteiligung an Regierung Max von Baden 285, 287
- --- zur Friedensfrage 74, 110, 146, 177
- über Kriegskredite 4, 6, 8, 10, 62, 70, 74, 79, 112, 176 f.
- über Politik der Minderheit 148

Fleißner, Hermann 95, 161, 163, 188 f.

### Fortschrittliche Volkspartei 237

- Reichstagsfraktion 35 f., 75, 81, 97, 110, 114 f., 169, 175, 179, 226, 240, 243, 253, 274, 277, 291
- Fraktion im preuß. Abgeordnetenhaus 97, 137
- Mitarbeit im Interfrakt. Ausschuß 240, 245, 256

Fränkel, Dr. 120

"Fränkische Tagespost" 46, 53, 145

Frank, Dr. Eduard 40 f., 104, 139, 224, 276

Frank, Dr. Ludwig, MdR XI, XVI, XXVIII, 9 f., 37, 40 f., 58, 80, 92, 101, 106, 121, 161

- im deutsch-franz. Komitee 1914 37
- in der Redaktionskommission Aug. 1914 8—10
- Brief an Schlomer 28. 5. 1911 106
- zu Kriegskrediten Aug. 1914 8, 13
- Ein Vorbild der deutschen Arbeiterjugend.
   Aufsätze, Reden und Briefe ausgewählt und eingeleitet von Hedwig Wachenheim, Berlin o. J. 106

"Frankfurter Zeitung" 15, 19 f., 22, 28, 39, 69, 71, 76, 122, 143, 169 f., 172—174, 176—178, 183, 192, 195, 198, 201—204, 207 f., 211, 214, 220, 222 f., 225—227, 238—243, 245, 249, 251 f., 256, 258 f., 263—268, 270 f., 273—284, 287, 290

- Korrespondenten 231, 247
- unter Zensur 238

Frankreich XXX, XXXIII, 15, 17, 30, 35, 48, 76, 96, 99, 117, 125, 127, 142, 169, 173, 214, 292

- Abgeordnetenhaus (Deputiertenkammer) 4 Wahlen April/Mai 1914 48
- Regierung 27 f., 71, 82, 225, 227, 235
- Armee 14, 19, 82
  - Kriegsgefangene in Deutschland 20, 39, 97
- sozialistische Partei XXIV, 3 f., 20, 27, 30,
   32, 43, 48, 69, 96, 102, 105, 115, 117,
   234, 247
- Aufruf "An das deutsche Volk" 1914 30 f., 34
- Beteiligung an Regierung 27 f., 225
- Kriegspolitik 43, 69, 142
- Kolonien 23, 28, 103
- Verhältnis zu Deutschland vor 1914 XXIX, 48, 71 f., 121
- besetzte Gebiete, Räumungsfrage 91
- Friedensfrage 20, 23, 46, 71
- Kriegswilligkeit, Siegeshoffnung 69, 121
- deutsche Kriegs- u. Friedensziele 20—23, 28, 71, 75, 92, 138

SPD: Schonung Frankreichs 10, 22, 25, 28 30, 119

s. a. Elsaß-Lothringen

Franzecki, von, Oberstleutnant 190

Freie Kommission des Reichstags 62, 64, 67

- Zusammensetzung 63 f., 67 f.
- Sitzungen 1.-3. 12. 1914 74, 80 f.

Freie Vaterländische Vereinigung 72

Freie Volksbühne 13, 87, 171

Freiheit der Meere 139, 244, 257

Friedberg, Dr. Robert, MdR 256 f.

Friedensfrage, 46 f., 50, 69, 71—73, 92, 94 f., 103, 105, 109—111, 116—119, 122, 124, 127 f., 131, 138, 140, 151, 167, 176, 183 f., 189, 191, 196, 213, 217, 221, 225 f., 229–231, 242, 244, 257, 267, 278, 281

annexionsloser Frieden 83, 103, 117, 147, 177, 188, 194, 225, 227, 243
Formel: ohne Annexionen, ohne Entschädigungen 225, 229 f., 238 f., 247

- Forderungen auf dt. Initiative 51, 91, 144 f.

- Friedensbedingungen u. Friedensziele 72,
   102 f., 110, 112, 116 f., 119 f., 122, 125,
   139 f., 153, 188, 208, 230
- Friedensforderungen der SPD 96-98, 100, 102, 115
- -, Frieden um jeden Preis" 191
- Frieden mit Frankreich 28, 30, 46, 63, 92
- Separatfrieden 63, 71
- Friedensbereitschaft der Gegner 46, 51, 136, 168, 173
- Integrität und Unabhängigkeit der Völker 77, 79, 144
- neutrale Vermittlung 73 f., 132, 288
- Separatfrieden mit Rußland 54, 69, 92, 125, 200, 204, 228, 257, 259 f. s. a. Brest-Litowsk
- Siegfrieden 272
- Verständigungsfrieden 266 f., 269, 288
- Verzichtfrieden 244
- vor dem Krieg XXIX, 19 f., 30, 36 f., 71
- Gerüchte über Friedenssondierungen Frühjahr 1915 124 f., 131 f., 172
- Manifest der SPD 23. 6. 1915 "Sozialdemokratie und Frieden" 124, 134—136
- Leitsätze der SPD zur Friedensgestaltung Aug. 1915 XXXII, 140—142, 250
- Friedensinterpellation der SPD Dez. 1915 145 f.
- SPD-Resolution 21. 7. 1916 188 f.
- SPD-Petition Aug. 1916 192, 194

- dt. Friedensangebot Dez. 1916 213 f., 217, 219
- Antwort der Entente 214, 217—219
- Wilsonnote 18. 12. 1916 214, 219
- dt. Note an neutrale Staaten Jan. 1917 218
- Friedensformel des russ. Arbeiter- u. Soldatenrates 225, 237—239
- -- SPD-Resolution 17./18. 4. 1917 225 f.
- Friedensfrage auf Stockholmer Konferenzen 227, 233
- SPD-Denkschrift Sommer 1917 237-239
- Friedensresolution s. Friedensresolution der Reichstagsmehrheit
- Papstnote Aug. 1918 253
- Burián-Note Sept. 1918 283
- Friedensbedingungen Okt./Nov. 1918 291
- s. a. Annexionen; Kriegsziele; Waffenstillstand

# Friedensresolution der Reichstagsmehrheit 241—247, 250 f., 258, 290

- Veröffentlichung 245
- Besprechung Reichsleitung-OHL-Mehrheitsvertreter 14. 7. 1917 245 f.
- im Reichstag 247-249
- Michaelis' "wie ich sie auffasse" 249, 251

Frobenius, Dr. Leo 122, 131, 207

Frohme, Karl Egon, MdR 80, 101, 124

Fryatt, Charles 192

Fuchs, Eduard 14

Fuhrmann, Paul, MdR 193

Galen, Friedrich Matthias von, MdR 289

Galizien 28, 32, 49 f., 99 f.

Gallwitz, Max von 201, 253

Gamp, Karl Frhr. von, MdR 35, 169, 220

Gayl, Friedrich Frhr. von 228 f.

"Das Gebot der Stunde" 134, 136, 139, 151

Gebsattel, Konstantin Frhr. von 193

Geck, Adolf XVIII, 169

Geck, Oskar, MdR 41, 58, 80, 197

- Wahl in den Reichstag 1914 41

Geiss, Anton 41

George V., König von England 21

Georgien 233, 276, 282

Gerard, James Watson 179 f.

Gerisch, Alwin, MdR 3, 134

Gerlach, Hellmut von 189, 275

Gerlinger, Olga 162

Gewerkschaften XVIII, XXIV f., 52, 58, 67, 105, 116, 122, 133, 141, 152, 156—158, 189 f., 210

Generalkommission XXXII, 34, 42 f., 46, 53, 57, 63, 67 f., 70, 94, 105, 122, 134, 151 f., 158

- Schreiben an Groener [16. 1. 1917] 218; an Reichskanzler [16. 1. 1917] 219
- Delegation zum Stockholmer Kongreß 226
- ---, Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften" 91, 152, 158, 219

Einzelgewerkschaften 39 f., 42, 53, 56, 59 f., 66 f., 122 f., 133, 154, 191 f., 195—198

- Vorstände 151, 158

Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften 219

Verband der deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) 219

Internationale Gewerkschaftskommission 54

Geyer, Friedrich, MdR 9 f., 148, 165

Giebel, Carl August, MdR 199, 287, 291

Giermann, Karl 251

Glasenapp, Dr. Otto von 289

"Die Gleichheit" XXXI, 27, 34, 53, 62

"Die Glocke" 62, 144, 154, 159, 176, 252

Göhre, Paul, MdR 12, 58, 222, 230, 275

- 2. Vors. des Nationalsozialen Vereins 36
- Unterredungen mit David 33; Delbrück [Sept. 1914] 31; Lewald [Aug. 1914] 29;
   im Reichsamt des Innern [Sept. 1914] 42;
   Simon [Okt. 1914] 57
- Kontakte zum David-Kreis 5 f., 16, 28, 31, 35 f., 44 f., 57 f., 67, 71, 80
- im Reichsheer 33 f., 230
- Der unbekannte Gott. Versuch einer Religion des modernen Menschen, Leipzig 1919
   230

Goethe, Johann Wolfgang von 27, 38, 214, 274

Goldbeck-Löwe, Albert 236, 250, 278

Goldscheid, Prof. Dr. Rudolf 121, 138

Gorki, Maxim 108

Goßler, Alfred von, MdR 271

Gothein, Georg, MdR 130, 240 f., 246, 275

Gottschalk, F. 188

Gradnauer, Dr. Georg, MdR 80, 126, 153, 164 f., 168, 178, 206, 237

- Unterredungen mit David 180 f.; David, Ebert, Keil 22. 3. 1916 167
- Rede im Reichstag 6. 6. 1916 180 f.
- im Fraktionsvorstand 154, 181
- über Reichshaushalt u. Kriegskredite 110 f., 180 f.
- über Beteiligung an Regierung Max von Baden 285, 287

Graefe, Albrecht von, MdR 178 f., 273

Grelling, Dr. Richard 159, 214

Grenz, Ernst, MdR 8, 157, 287

Grenzen, deutsche 132, 270

— Sicherung der Grenzen 65, 100, 130, 138, 140, 197, 205

s. a. Annexionen; Kriegsziele

Greulich, Hermann 32

Grey, Sir Edward 95, 131, 172, 176, 183

Grimm, Robert 82

Gröben, Unico von der 121

Gröber, Adolf, MdR 35, 110, 147, 279, 286, 289

- bei Besprechungen Hintze-Mehrheitsvertreter [14, 9, 1918] 283; der Parteiführer [30, 3, 1916] 169
- Reden im Hauptausschuß [7. 10. 1916] 203, [9. 11. 1916] 208 f.

Groener, Wilhelm 206, 219, 227

Teilnahme an Besprechungen bei Hertling
 [19. 6. 1918] 278; Reichsleitung-SPD
 [6. 11. 1918] 292

Groger, Georg 14

Groger, Max 14

Grotjahn, Dr. Alfred 21, 36, 107

 Erlebtes und Erstrebtes. Erinnerungen eines sozialdemokratischen Arztes, Berlin 1932 21

Grünberg, Helene [Grüneberg] 236

Grumbach, Salomon 82, 164 f.

Gündert, Dr. 205

"La Guerre Sociale" 121

Guesde, Jules 27, 32

Gummerus, Dr. 237, 290

Gumplowicz, Dr. Władysław XVII

Guttmann, Bernhard 237

Haager Besprechung 1915 121, 131 f.

Haas, Dr. Ludwig, MdR 185, 274

Haase, Hugo, MdR XI, XXXII f., 3, 15, 31, 46, 53, 57, 64, 80, 85, 92, 95, 105, 109, 114, 118, 126—130, 132, 134, 136, 141—144, 165—168, 172, 181, 195, 200, 288

- Parteivorsitzender 3 f., 11, 13, 31, 91, 103 Rücktritt 168
- Fraktionsvorsitzender 3, 11-13, 79 f., 82 Rücktritt 154
- in Freier Kommission 70
- Unterredungen mit David 5, 91; Delbrück,
   Wahnschaffe, Zimmermann [Aug. 1915]
   142; Payer [1. 12. 1914] 75
- Besprechung im preuß. Innenministerium 26. 7. 1914 6 f.
- Teilnahme an Parteiführerbesprechungen mit Bethmann Hollweg [3. 8. 1914] 7—9, [März 1915] 110, 125; Bethmann Hollweg— SPD [1. 12. 1914] 76, [Mai 1915] 127; Delbrück—SPD [5. 11. 1914] 62; im Reichsmarineamt [3. 9. 1914] 37; Wahnschaffe-Zimmermann-SPD [1. 12. 1914] 75
- bei Haager Besprechung 22. 3. 1915 117 f.
- Reden

im Reichstag [4. 8. 1914] 7, 11, 124, [2. 12. 1914] 76 f., 79 f., [10. 3. 1915] 106, 110, 125, [9. 12. 1915] 147, [24. 3. 1916] 168, [6. 4. 1916] 171, [11. 10. 1916] 204, [31. 10. 1916] 207, [19. 7. 1917] 249

im Hauptausschuß [4. 3. 1918] 270, [7. 5. 1918] 274

auf Versammlungen Frühjahr 1915 122, 124 f.

- Bericht auf Reichskonferenz der SPD 22. 9. 1916 6, 145, 199 f.
- Reden in Sitzung Parteiausschuß-Reichstagsfrakt. [14./16. 8. 1915] 142; im Parteiausschuß [12./13. 1. 1915] 34
- "Das Gebot der Stunde" 1915 134, 136, 139, 151

Verurteilung durch Partei 134, 136

- empfängt Schreiben von Ledebour 96

- Konflikt um Verlesung der Fraktionserklärungen Aug. u. Dez. 1914 11, 79 f.
- Minderheitspolitik 6, 8, 11, 75, 77 f., 96, 103, 146
- Verhalten bei Sonderaktion der Minderheit Dez. 1915 148, 151
- Anteil an Fraktionsspaltung März 1916 168
- über

Belagerungszustand 70, 144 Friedensfrage 102, 110, 117, 125 f., 135 f. Kriegskredite 3—6, 8—10, 12, 69 f., 72—74, 78, 108, 111 f., 249 Kriegspolitik der SPD 4, 14, 37, 75, 78, 95, 101, 124 f., 135 f.

- Fraktionserklärungen 5 f., 10 f., 75, 78 f., 108 f., 151
  Kriegsziele u. Annexionsfrage 72 f., 100, 103, 117, 125, 136, 151, 192
  Neutralitätsbruch 11, 73 f.
  Reichshaushalt 108, 112 f., 124
- Kritik an 95 f., 118, 142
- Politik u. Persönlichkeit im Urteil Davids
   11, 32, 34, 60, 69, 75, 78 f., 91, 100—103,
   105, 110, 128, 148, 199
- Haase-Gruppe s. Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft

Haberland, Carl, MdR 95, 146

Haeften, Hans von 242 f., 250

**Haenisch,** Konrad 45, 53, 60, 83, 92, 98, 100, 104, 108, 117, 120, 126, 151, 154, 157, 187, 193, 218

- Unterredungen mit David 48, 83, 91—93, 117, 120, 135, 159, 186
  David u. SPD-Mitgliedern 123 f., 135, 157, 179, 207, 226
- Schreiben an Radek Okt. 1914 47-49
- Die dt. Sozialdemokratie in und nach dem Weltkriege, Berlin 1916 45

Hahn, Charlotte 183, 190

Hahn, Curt 131, 144, 160, 198, 251

- Unterredungen mit David [30. 4. 1915] 123, [23. 6. 1915] 134, [26. 12. 1916] 214, [19. 1. 1917] 219, [10. 7. 1917] 242, [11. 7. 1917] 243, [13. 7. 1917] 245, [16. 7. 1917] 247, [27. 10. 1917] 255, [25. 9. 1918] 283, [30. 10. 1918] 292; David, Delbrück, Richter [10. 9. 1918] 282; David u. Goldscheid [19. 7. 1915] 138; David u. Frau Richter [11. 10. 1916] 204, [20. 7. 1917] 250; David, Scheidemann, Schücking [15. 4. 1915] 172
- Telefongespräch mit David 1. 10. 1918 286
- Förderer der Reichskanzlerschaft des Prinzen Max 83, 241, 245, 247, 282 f.
- im Bund Neues Vaterland 83, 121

- Zusammenkünfte des Hahn-Kreises 168, 171, 183, 192, 196, 203, 252
- Kontakte zu David 144, 160, 198, 204 f., 211, 220, 256

Hahn, Karl 188 f.

Haken, Friedrich von 221

Hallén, Harald 182

Haller von Hallerstein, Dr. 163

Hamburg, Freie Hansestadt 66 — SPD 42, 66, 156, 188

"Hamburger Echo" 66, 98 f., 107, 126

Hanau, F. 253

Handelsflotte, deutsche 29

Handelskammern 116

Hansen, I. A. 187

Hanssen, Hans Peter XXX, 13, 291

Harnack, Prof. Adolf von 72

Hasenzahl, Ludwig, MdR 80

#### Hauptausschuß 245

- Vorsitz 276 f.
- vertrauliche Sitzungen 174, 202, 283 f.
- Anwesenheit des Reichskanzlers 174, 201 f., 204, 208 f., 220, 241 f., 251, 263, 266, 280 des Vizekanzlers 275
  von Staatssekretären 201, 210, 239, 241, 259, 266, 280, 283
  von Bundesministern 275
- Besprechung mit Hertling u. OHL 27. 9. 1918 283
- Sitzungen [29. 9.—10. 10. 1916] 201—204, [9. 11. 1916] 208 f., [23.—25. 11. 1916] 210 f., [31. 1./1. 2. 1917] 220, [5. 3. 1917] 222, [25. 3. 1917] 223, [3. 7.—9. 7. 1917] 238 bis 242, [21. 8.—29. 8. 1917] 251 f., [1. 12. 1917] 258 f., [4. 1.—26. 1. 1918] 263—267, [19. 2./21. 2. 1918] 268, [4. 3. 1918] 270, [12. 3. bis 21. 3. 1918] 270 f., [25. 4. 1918] 273, [1. 5. bis 8. 5. 1918] 274 f., [13./14. 5. 1918] 275, 5. 6.—12. 7. 1918] 276—280, [26. 9.—1. 10. 1918] 283 f.
- s. a. Budgetkommission; Freie Kommission

Hauptmann, Carl 48

Hauptmann, Gerhart 15, 182, 286, 289

Haushaltsausschuß s. Budgetkommission

# Haußmann, Conrad, MdR 251, 284

- Unterredung mit David 3. 5. 1917 226
- bei Besprechungen Hintze-Mehrheitsvertreter [14. 9. 1918] 283; Michaelis-OHL-Mehrheitsvertreter [14. 7. 1917] 246
- Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Erinnerungen, hrsg. von Ulrich Zeller, Frankfurt a. M. 1924 286

#### Hauth, Emil 197

Heilmann, Ernst 54, 60, 95, 225 f., 245, 247 f., 252, 272

### Heimann, Hugo 131, 286, 291

Heine, Wolfgang, MdR XXXII, 44—46, 71—73, 75, 79, 103, 131, 148, 169, 243, 258, 263, 291

- Unterredungen mit Bethmann Hollweg [Febr. 1915] 106, [April 1915] 121
   SPD-Mitgliedern 53
   David 31, 52, 60, 110, 115, 131, 133
   David u. SPD-Mitgliedern 50 f., 53, 106, 121, 131
   Troelstra u. SPD-Mitgliedern [20, 10, 1914]
- Besprechung im Reichsamt des Innern Sept.
   1914 42
- Schreiben an David [Okt. 1914] 47, [Nov. 1914] 68; Schöpflin [Winter 1914] 59
- empfängt Schreiben von David 61; Schöpflin 59
- --- Reden im Reichstag [18. 1. 1916] 153 f., 182, [8. 4. 1916] 171
- Reden in Versammlungen 47 f., 52, 107, 109
- bei Besprechungen im David-Kreis 5, 13,
  16, 20, 44 f., 52, 71, 80 f., 85, 94 f., 100, 126,
  131, 134, 157, 194, 199
- Broschüren 52 f., 59, 104, 108
- Presseartikel u. Aufsätze 61, 124, 160
- zu Kriegskrediten u. Fraktionserklärungen 73—75, 78, 240, 248
- über "Vaterland" u. Vaterlandsverteidigung 4, 52, 60 f., 126, 153 f., 176
- Politik u. Persönlichkeit im Urteil Davids 51 f., 60, 68, 101, 115, 126, 134, 153 f., 171, 248, 258

#### Heinemann, Dr. Hugo 160

Helfferich, Karl 120, 160, 164, 175, 210, 212, 249, 256

- Besprechungen mit David, Ebert, Scheidemann [17. 2. 1917] 221; Ebert u. Scheidemann [11. 7. 1917] 243; Scheidemann [Nov. 1916] 210; SPD-Vertretern [30. 6. 1917] 238
- Teilnahme an Besprechungen Bethmann Hollweg-Parteiführer [2. 7. 1917] 239;

- Hertling-OHL [Nov. 1917] 256; Michaelis-OHL-Mehrheitsvertreter [14, 7, 1917] 246
- Reden im Reichstag [26, 3, 1916] 160, [2, 12, 1916] 212
- im Hauptausschuß 202, 240

  Reden [13. 4. 1915] 120, [16. 3. 1916] 165, [30. 9. 1916] 201, [23. 11. 1916] 210, [3. 7. 1917] 239

### Hellpach, Prof. Willy 155

**Helphand**, Dr. Alexander (Pseudonym Parvus) 91 f., 107 f., 159, 249, 283

### Unterredungen mit

- Borgbjerg [11. 5. 1917] 227
- SPD-Mitgliedern 194, 247
   David 144, 159, 168, 209, 231, 289
   David u. SPD-Mitgliedern 179, 207

# Hengsbach, Klemens 169

Henke, Alfred, MdR 45, 79, 145

- zu Kriegskrediten 9 f., 45, 74

Hergt, Oskar 275

Herkner, Prof. Dr. Heinrich 278

Hermelink, Prof. Dr. Heinrich 185

Hertling, Prof. Dr. Georg Graf von 132, 256, 275, 277, 280

- Kanzlerkandidatur u. Ernennung 255 f.
- Besprechungen mit Abgeordneten [19, 6, 1918] 278; Fehrenbach [14, 3, 1918] 270;
  Mehrheitsvertretern [12, 3, 1918] 270; OHL [Nov. 1917] 256; OHL u. Hauptausschuß-Mitgliedern [27, 9, 1918] 283; Parteiführern [28, 11, 1917] 258, [Dez. 1917] 260, [4, 1, 1918] 263
- "Parlamentarischer Abend" 26. 6. 1918 278 f.
- --- Reden
  - im Reichstag [25. 2. 1918] 269, [25. 6. 1918] 278 im Hauptausschuß [4. 1. 1918] 263, [24. 1. 1918] 266, [11. 7. 1918] 280, [12. 7. 1918]
- empfängt Schreiben von Solf 265
- Kanzlerkrise u. Rücktritt 284, 286
- Hertling, Karl Graf, Ein Jahr in der Reichskanzlei. Erinnerungen an die Kanzlerschaft meines Vaters, Freiburg i. Br. 1919, 278

Hertneck, Sonja geb. David XXXV, s. a. David, Sonja

Hervé, Gustave 121

Herz, Dr. Carl 66

Herzfeld, Dr. Joseph, MdR 8-10, 166

- Übertritt zur SAG 191

Hessen-Darmstadt, Großherzogtum XIV f., XIX, XXXIII, 227

- Staatspräsident XVI
- Regierung XIV, XVI, XXXIII, 97
- SPD XV-XVII, 38-40, 161 f.
  Landeskonferenzen XV, XXV f.
  Haltung zur Budgetfrage XVI f., XXV f.

Heydebrand und der Lase, Ernst von, MdR 193, 253, 269

Heymann, Berthold 185, 197, 231

Hierl, Michael, MdR 291

Hildenbrand, Karl, MdR XV, XXXIII, 12, 44, 66, 79 f., 101, 156, 165

Hilferding, Rudolf 4, 13 f., 16, 46, 74, 95 f., 102 f.

Hindenburg, Paul von 86, 106, 114, 179, 197, 218, 228, 241—243, 245, 253

--- Besprechungen mit Michaelis u. Mehrheitsvertretern [14. 7. 1917] 245 f.; SPD [13. 7. 1917] 245

Hintze, Paul von 247, 280, 282, 290

- Besprechung mit Mehrheitsvertretern 14. 9. 1918 283
- im Hauptausschuß 27. 9. 1918 283

Hirsch, Paul 50, 84, 104, 108, 153, 161, 163, 219

Hirsch, Wilhelm, MdR 116

Hoch, Gustav, MdR 9, 11 f., 75, 77, 128, 132, 145 f., 161, 163, 174 f., 180, 199, 204, 206

- Unterredung mit David, Ebert, Molkenbuhr 15. 1. 1918 264
- Teilnahme an SPD-Delegation zu Bethmann Hollweg 6. 7. 1917 241
- Rede auf Parteitag 1917 254
- in Freier Kommission 70
- im Fraktionsvorstand 105, 126, 134, 148, 152, 154
- in der Redaktionskommission 1914 9 f., 73 f.
- Presseartikel 62, 100

101, 120, 193

- Minderheitspolitik 78, 100, 134, 147 f., 152, 199, 208
   Zugehörigkeit zum linken Flügel 70, 73 f.,
- zu Kriegskrediten 8, 73 f., 111 f.

- über Kriegsziele u. Friedensfrage 73 f., 100, 102 f., 111, 117, 126 f., 143 f., 249, 291
- zum Reichshaushalt 1915 108 f., 113
- zum U-Boot-Krieg 130, 170, 204

### Höglund, Zeth 232

— Hjalmar Branting och hans livsgärning, Stockholm 1929 232

Hofer, Adolf 12, 16, 26, 53, 92, 104, 219

Hoffmann, Adolf 52, 166 f., 183, 219

- bei Zimmerwalder Konferenz 187
- Reden im preuß. Abgeordnetenhaus [17. 3. 1916] 166, [19. 1. 1917] 219

Hoffmann, Johannes, MdR 148, 165, 182, 241, 248 f., 263 f.

Hoffmann, Max 172, 228, 282

- Unterredung mit David 15. 7. 1917 228
- in Brest-Litowsk 265, 269

Hoffmann, Paul 219

Hofmannsthal, Hugo von 186

Hofrichter, Adolf, MdR 13, 64, 136, 217

Hofrichter, Dr. Anton 63 f.

Hohenborn, Adolf Wild von 33 f., 202

Hohenlohe-Langenburg, Fürst Ernst zu 228

Hohenlohe-Schillingsfürst, Prinz Alexander von 290

Hohenzollern, Preußisches Königshaus 20, 29, 291

Horn, Georg, MdR 9

Hue, Otto XX, 53, 58 f., 100, 106, 108, 166, 191

Hünlich, Oskar 195

Hug, Paul XVIII

"Humanité" 27, 55, 69, 214

Huysmans, Camille 4, 8, 32, 55, 117 f., 234

Unterredungen mit Adler, David, H. Müller
 [19. 6. 1917] 235; Liebknecht [Sept. 1914]
 55; Scheidemann [Juni 1917] 235

Ibing, Gustav 40, 162, 172

Interfraktioneller Ausschuß XXXII, 247, 255 f.

- Konstituierende Sitzung 6, 7, 1917 240 f.

- Sitzungen [7. 7.—20. 7. 1917] 241—245, 247—249, [20. 8. 1917] 250, [10. 9. 1917] 253, [29. 10.—3. 11. 1917] 255 f., [2. 12. 1917] 259, [2. 1.—8. 1. 1918] 263 f., [16. 1. 1918] 265, [23. 1.—26. 1. 1918] 266 f., [22. 2. 1918] 268 f., [13. 3.—20. 3. 1918] 270 f., [22. 4. 1918] 273, [7./8. 6. 1918] 277, [26. 6. 1918] 278, [6. 7.—9. 7. 1918] 279 f., [12./13. 9. 1918] 282, [28. 9.—4. 10. 1918] 284 f., [12./13. 10. 1918] 290, [17./18. 10. 1918] 291 f. [5. 11. 1918] 292
- Gäste 242, 245-247, 259, 271
- Entwurf zur polnischen Frage 256

Internationale (sozialistische) 18, 20, 22, 27, 30 f., 34—36, 42, 47, 49, 52, 55 f., 82, 95 f., 98, 102, 233

- Präsident 27
- Sekretariat 4, 102
- internat. sozialistisches Büro 31, 102, 117 f. Frauenbüro 115

"Die Internationale" 120-122, 124

"Internationale Korrespondenz" 53, 55, 58, 60, 116 f., 132—134, 153 f., 156 f., 172, 176, 183, 189 f., 194, 200, 207, 209, 221, 225, 227, 248, 258 f., 276, 278, 281 f.

- Konferenzen 221, 237, 248, 252, 257, 259, 272
- Verlag 49, 58, 124, 136, 189

Interparlamentarische Union XXXIV

..Interparlamentarisches Bulletin" XXXIV

Irland 233

Isenburg-Birstein, Franz Joseph Fürst zu 250

Italien 15, 115, 137

- Kriegseintritt 124, 126 f., 129 f.
- sozialistische Partei 32, 35, 187

Jacobsen, Adolf 120

Jäckel, Hermann, MdR 148, 168, 175, 179

Jaffé, Dr. Edgar 269

Jaffé-Richthofen, Else 269

Jagow, Gottlieb von 192

Jannasch, Lilli 63, 83

Jannlaitis, A. 263

Jansson, Wilhelm 21, 116, 122, 141, 157, 167

Januarstreik 1918 in Deutschland 267, 269
— in Österreich s. Österreich-Ungarn

Japan 72

Jastrow, Prof. Dr. J. H. 15, 121

Jaurès, Jean 5, 7 f., 27, 37, 190 f.

Joest, Franz XVI

Jonquières, Leopold von 141

Juchacz, Marie XXXI

Juden XIII, 58, 112 f., 165, 181, 185

- österreichische 136 f., 176
- in Osteuropa 184 Warschau 185 f.
- Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund ("Bund") 69, 185

Jugendwehr (militärische Jugenderziehung) 33 f., 42, 46, 55, 60

Junck, Dr. Johannes, MdR 240 f.

Jung, Kommerzienrat 63, 71, 83

Junge, Max 66

Jungheim, Bernhard 253

Kaempf, Johannes, MdR 79 f., 213, 253, 276, 286

Kairys, Steponas 186, 257-259

Kaiser, deutscher 15, 33, 55, 201

- Zivilkabinett 255, 284
- --- Militärkabinett 226

Kaiser-Hoch 8—10, 12, 54 f., 82, 178

-4. August 1914 8 f., 12

Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft XXXIV

Kaliski, Julius 18, 26, 31, 154 f., 159, 187

Kampffmeyer, Paul 191

Katzenstein, Simon XIII f., XVIII, 82, 84, 103

Kaul, Georg 38

Kautsky, Karl XX f., XXIII f., 16, 53, 102, 120, 131, 133, 136 f., 156 f., 159, 200

- Teilnahme an Fraktionssitzungen 7 f., 74, 102, 105
- --- Presseartikel XII, XXIII, 8, 131, 133, 137, 156
- Mitverfasser von "Das Gebot der Stunde" 1915–134, 139
- zu Kriegskrediten 5, 8, 131, 137 Fraktionserklärungen XII, 5, 10, 74 in Redaktionskommission 9, 73

— Nationalstaat, imperialistischer Staat und Staatenbund, Nürnberg 1915 108

Keil, Wilhelm, MdR XXXVI, 6, 62, 78 f., 151, 156, 161, 163, 197, 211 f., 244, 275, 291

- Unterredung mit David u. Gradnauer 22. 3. 1916 167
- Telefongespräch mit David 20. 5. 1916 177
- Rede im Reichstag 23. 3. 1916 167
- im Parteiausschuß 151, 188, 237
- Kontakte zum David-Kreis 44, 80, 183

Kempner, Maximilian, MdR 291

Kern, Prof. Fritz 137, 205

Unterredungen mit David [9. 7. 1915] 137,
 [11. 8. 1915] 141, [25. 9. 1916] 200 f.

Kerr, Alfred 15

Kessler, Harry Graf XXXII f.

— Tagebücher 1918—1937, hrsg. von Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt a. M. 1961 XXXIII

Kitchener, Horatio Herbert, Lord 181

Kleeis, Friedrich 62

Kliemke, Dr. K. 29, 189

Kloth, Emil 122, 126

"Kölnische Volkszeitung" 179

Könemann, Willi XXVII

Körber, Dr., Sanitätsrat 210

Körner, B. 183

Körsten, Richard Alwin, MdR 52, 57, 64, 71,

Köster, Dr. Adolf 66, 236

Kol, H. H. van 118, 232

Kolb, Wilhelm 41, 161, 273

Kolker, Dr. 233 f.

Kolonien, deutsche

- Pläne zur Erweiterung 28, 65
- Ostafrika 29, 189, 252

"Kommunale Praxis" 158

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands (KAPD) 66

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 38, 67

Kongo 28, 65, 92

Konservative Parteien 29, 69, 74, 114, 159, 165, 178, 184, 203, 228, 239, 246, 253, 269, 273, 277, 285 f.

- zur Kriegszielfrage 23, 193, 208
- zum U-Boot-Krieg 166 f., 169 f., 204 s. a. Deutsche Reichspartei; Deutsch-Konservative Partei

Konsumvereine 53, 66

Kopenhagener Konferenz s. Sozialistische Parteien

Korn, Karl 55, 131

Krätzig, Hermann, MdR 152, 154, 181, 193, 199, 287

Kraft, Prof. Dr. Friedrich 164, 205

Kraft, Udo 42, 164

Krankenkassen 62, 64

"Kreuz-Zeitung" 86

Kriege, Dr. Johannes

Unterredungen mit David [15. 8. 1918] 281;
 David u. Ebert [6. 9. 1917] 252;
 David, Ebert, Molkenbuhr [20. 8. 1918] 282;
 David u. Glasenapp [8. 10. 1918] 289

Kriegsamt 219

Kriegsernährungsamt 66, 177

Kriegsgefangene 81, 97, 103, 204

— in Deutschland 20, 39, 67, 97, 101, 113, 182, 185, 204
Fall Lonsdale 86 f., 121—123

#### Kriegskredite

- Kriegsanleihe 64, 159
- Haltung der SPD XI, 16 f., 48, 84, 130 f., 136 f., 139, 202, 229

Aug. 1914 64, 113

Diskussion u. Stellungnahme der SPD XII, 3—9, 11—13, 40, 43, 78, 84
ablehnende Stimmen 3—10, 32, 62, 73, 78
Frank-Gruppe 13
Stimmen aus der Partei 14, 16, 40, 48
Fraktionssitzungen 3. 8. 1914 7 f., 10, 32, 62
Reichstagssitzung 4. 8. 1914 12, 43, 62
Zustimmung der SPD 12—14, 22, 25, 27, 32, 38, 40, 42 f., 46, 48, 52 f., 57, 67, 109, 114, 236

- Fraktionserklärung der SPD XXXII, 5-8, 10 f., 35, 75, 124, 151 Entwürfe 6-10 Redaktionskommission XII, 9 f. Inhalt u. Text 22 f.

Dez. 1914 62, 64, 113

- Haltung der SPD 45, 62 f., 65, 67-74, 78, 81, 102 Bedingungen für Bewilligung 62, 64, 72 f. Opposition in der Fraktion 70, 72-74, 78 Bewilligung 80-82, 109, 114
- Fraktionserklärung der SPD 62, 67, 71, 73 f., 77, 79, 81 f. Entwürfe 73 f., 76 Inhalt 75-77, 79 Plan für Sondererklärung der Minderheit 78 Redaktionskommission 73 f. Änderungswünsche der Reichsleitung u. der bürgerlichen Parteien 74-78, 80 Abänderung u. Abgabe im Reichstag 75-80
- Erklärung der bürgerlichen Parteien 80 März 1915 Haltung der SPD 93, 108 f., 111-113, 115 Aug. 1915 141—143

Dez. 1915 Haltung der SPD 147 f.

- Sonderaktion der Minderheit 147 f.; s. a. Reichstagsfraktion d. SPD Frühjahr 1916 156—158, 176 f., 181 Okt. 1916 205 f. Febr. 1917 221 Juli 1917 239 f., 249
- Gefahr der Kreditverweigerung durch SPD 236-238, 240, 248 f. Dez. 1917 258

Kriegsschuldfrage XXX, 18, 31 f., 51, 65, 71 f., 73, 75, 77, 84, 103, 121, 159, 199, 208—210. 232, 241, 252, 260

- Haltung der SPD 10, 75, 232, 234 f.

Kriegsziele 111, 132, 143, 146, 227

- der Alliierten 121, 136, 142

Juli 1918 281

- im Osten 22 f., 30, 56, 92, 99 f., 189, 191
- im Westen 21 f., 30, 47 f., 92, 118 f., 189
- -- Haltung der SPD 22 f., 59, 97, 141-143 Integrität u. Unabhängigkeit der Völker 77, 79 politische Unabhängigkeit Dtschlds. 23, 167. 194 Sicherung Dtschlds. 23, 59, 97, 120, 136, 142, territoriale Integrität Dtschlds. 104, 142,

167, 189, 194

wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit Dtschlds. 59, 104, 120, 189, 194

- Kriegszieldenkschrift der Wirtschaftsverbände 1915 133, 136, 141

- Kriegszielerklärung der Reichstagsmehrheit Juli 1917 240, 242, 245
- s. a. Annexionen; Friedensresolution

Kriegszustand s. Belagerungszustand

Kries, Wolfgang von 185

Kühlmann, Richard von 251, 260, 265, 277

- Besprechungen mit David u. Ebert [11, 12. 1917] 259; Parteiführern [Okt. 1917] 256, [23. 1. 1918] 266, [22. 6. 1918] 278
- Rede im Reichstag 25, 6, 1918 278
- Reden im Hauptausschuß [1, 12, 1917] 259. [25. 1. 1918] 266
- Kühlmann-Krise Winter 1917/18 259, 264, 267
- Krise u. Sturz 278, 280

Kühn, Dr. Hermann 67

Kühn, Hermann August, MdR 182

Külb, Dr. Karl 40, 104, 139, 219 f., 276

Küster, Dr. Konrad 164

Kunert, Fritz, MdR 9 f., 98 f.

Kurland 184, 190 f., 230, 256, 263, 271, 278, 291

"Labour Leader" 92, 98

Lafont, Ernest 234

Lancken-Wakenitz, Oscar Frhr. von 119

- Meine dreißig Dienstjahre 1888-1918, Berlin 1931 222

Landsberg, Otto, MdR 8, 82, 112, 141 f., 165, 174, 177, 184, 211 f., 240, 249, 287, 291

- Unterredungen mit Bethmann Hollweg [Dez. 1915] 147; David [20. 3. 1915] 115; David u. Scheidemann [8, 12, 1915] 147
- -Reden im Reichstag [9. 12. 1915] 147, [11. 5. 1916] 175, [15. 5. 1917] 227, [28. 2. 1918] 269

Landwirtschaft XVII—XX, XXVII, XXXIV, 19, 212

- Kleinbauern u. Kleinbetriebe XIV, XVII f., XX, XXIV, 19
- Landarbeiter XVIII, XX, XXIV, 212

Laufenberg, Dr. Heinrich 66, 131

Lausanner Nationalitäten-Kongreß 203

Ledebour, Georg, MdR 8, 43, 60, 93, 97, 101, 104, 126, 152 f., 166 f., 195, 200, 214

- --- Reichstagsreden [20. 3. 1915] 113 f., [9. 12. 1915] 147, [6. 4. 1916] 171, [1. 12. 1917] 258 f.
- Reden auf Versammlungen 47, 68, 155
- Rundschreiben an Fraktionsmitglieder Jan.
   1915 95, 100 f.
   Fall Ledebour 101 f.
- Schreiben an Haase 9. 1. 1915 96
- in Fraktionsvorstand 3, 6, 37, 60, 69, 72, 80, 85
   Rücktritt 9. 1. 1915 95 f., 100, 102, 105
- in der Freien Kommission 70
- im Hauptausschuß 169 f., 204
- Teilnahme an Zimmerwalder Konferenz 187
- für Einberufung von Fraktionssitzungen Dez. 1914/Jan. 1915 85, 95 f.
- über Kriegskredite 1914 4, 6, 8—10, 31 f.,
  42 f., 69 f., 72 f., 258 f.
  Fraktionserklärungen 7, 74 f., 79
- über Kriegsziele u. Friedensfrage 72, 142 f., 146
- zum U-Boot-Krieg 169 f., 171
- Legien, Carl, MdR 66, 78, 99, 101, 113, 116, 146, 158, 177, 194, 211 f., 219
- Unterredungen mit Bauer, David, Jansson,
   R. Schmidt [11. 8. 1915] 141; David [27. 3.
   1915] 116
- bei Stockholmer Konferenz 226, 231
- über Kriegskredite 12, 79, 249

Lehmann-Rußbüldt, Otto 63, 71, 83, 121

Leinert, Robert 95, 151, 188

Leipart, Theodor 53, 57, 64, 67, 71, 85, 99, 122, 126, 154, 160

"Leipziger Volkszeitung" 16, 60, 62, 68, 70, 134

Lensch, Dr. Paul, MdR 62, 154, 187, 201

- Unterredung mit David 13. 10. 1916 205
- Kontakte zum David-Kreis 95, 127, 131, 138, 140, 164, 176, 183, 187, 193, 196
- zu Kriegskrediten 8-10, 32, 62
- Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg, Berlin 1915 140
- Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück, Leipzig 1916 62
- Am Ausgang der deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1915 140

Leopold von Bayern, Prinz 140, 142, 229

Lepsius, Prof. Dr. Bernhard 123, 168, 183

Lerchenfeld-Koefering, Hugo Philipp Graf von und zu 285 Lerchenfeld-Koefering, Hugo Graf von und zu 186

Lerda, Giovanni 22

Lettland 282

Levi, Josef H. 58

### Lewald, Otto 22

- Unterredungen mit David [6. 9. 1917] 252;
   Göhre [Aug. 1914] 29
- Teilnahme an Unterredungen Delbrück-David [24, 8, 1914] 22 f., 25, 28; Helfferich-SPD [30, 6, 1917] 238

Liberale Parteien XXIV, 54, 72, 79 f., 114, 120

s. a. Fortschrittliche Volkspartei; Nationalliberale Partei

Lichnowsky, Karl Max Fürst 159, 270

"Lichtstrahlen" 97 f.

Liebknecht, Karl, MdR XI, 11, 21, 42 f., 47, 50, 52, 57, 79, 92 f., 95, 100, 104, 106 f., 114, 120, 127, 130, 132, 135, 152 f., 162, 166 f.

- Unterredungen mit David [31. 8. 1914] 29; Huysmans [Sept. 1914] 55
- auf Sitzung des Parteivorstandes 31. 8. 1914 29 f.
- Reden
  - im Reichstag [9. 12. 1915] 147, [8. 4. 1916] 171
  - im preuß. Abgeordnetenhaus [17. 3. 1916] 166, 176
  - auf Versammlungen 82-84, 99
- Schreiben an Fraktionsvorstand [Dez. 1914]
   82; Kaempf [Dez. 1914] 73, 80; Labour Leader [Dez. 1914] 98; Reichstagsbüro [Dez. 1914] 82
- Spartakusbriefe 160, 166
- Reise nach Belgien und Amsterdam Sept. 1914 55
- Presseartikel 54 f., 92, 102
- Anhang in Berlin 43, 83 f., 195
- -- Eingriffe in seine Immunität 126, 128
- Einziehung ins Heer 127
- Fall Liebknecht [Dez. 1914] 80—82, 85, [Jan./Febr. 1915] 100—102, |Jan. 1916] 152—154, [Okt. 1916] 206
- Ausschluß aus der Fraktion 152, 154, 168
- Haft- u. Strafverfahren 1916 174, 180, 222
   Anträge der SAG u. SPD auf Haftentlassung 174 f.

Verlust des Reichstagsmandats 222

- Kleine Anfragen [1915] 141, 145, [1916] 152
- -- Mitteilungen von Parteiinterna ans Ausland 98-100

- Wirkung im Ausland 54, 84, 92, 96
- Haltung zu Kriegskrediten
   Aug. 1914 8—11, 31 f., 42 f.
   Dez. 1914 67, 73 f.
- im Reichstag 80, 82, 85, 102
  über
  Annexionspolitik 29 f.
  Belagerungszustand 129
  Kriegsschuldfrage 73, 84
  Kriegsziele 130, 142
  Sitzung des preuß. Abgeordnetenhauses
  vom 22. 10. 1914 54 f., 57
  Weltkrieg 42 f., 73, 129 f.
- Liebknecht-Gruppe 93, 100, 104, 121, 166, 183
- Politik u. Persönlichkeit im Urteil Davids 29, 84, 101, 141, 145, 171, 174, 179
- Das Zuchthausurteil. Wörtliche Wiedergabe der Prozeßakten, Urteile und der Eingaben Karl Liebknechts, Berlin 1919, 174
- Klassenkampf gegen den Krieg o.O. o.J. 8, 55, 73, 93

### Liebknecht, Wilhelm XVIII

### Liga der Fremdvölker Rußlands 203

Lind, Per XXXVI

Lindblad, A. C. 187, 234, 258

Lindemann, Dr. Hugo 161

Litauen 181, 186 f., 189—191, 223, 230, 250, 256, 258, 263, 270, 272, 291

- Litauische Frage 257, 259
- Landesrat (Taryba) 186, 257, 263, 290
   Denkschrift an OHL 26. 12. 1917 250
   Unabhängigkeitsbeschluß 263
- dt. Verwaltung 250, 258, 291
- Sozialisten 230
   Besprechung mit Reichstagsmehrheit 257,
   259
- Delegation in Brest-Litowsk 273
- Schreiben an Kühlmann 2. 1, 1918 263

# Litauische Gesellschaft 265, 273

Lucius von Stoedten, Hellmuth Frhr. 159

Ludendorff, Erich 236, 239, 241—243, 245, 250, 264, 291 f.

- Unterredungen mit Erzberger [14, 7, 1917]
   245; Michaelis-Mehrheitsvertretern [14, 7, 1917]
   246; Reichstagsdelegation [20, 9, 1917]
   253; SPD-Vertretern [13, 7, 1917]
   245; Südekum [Juli 1917]
- im Gesamtkabinett 17. 10. 1918 292
- Schreiben an Hintze 19. 9. 1918 290

- Telegramm an Auswärtiges Amt 1. 10. 1918 288
- über militärische Lage 197, 246, 288, 292

Ludwig III., König von Bayern 132

"Lusitania"-Zwischenfall 129 f.

Lutz, Max 156

Luxemburg, Großherzogtum 76

Luxemburg, Rosa XI, 16, 21, 31, 34, 42 f., 84, 91—93, 98, 120, 180, 183, 195

Macdonald, James Ramsay 183

Mackensen, August von 26

Madsen, Carl F. 187

Malinow, Alexander 283

"Mannheimer Abkommen" XXV

Marckwald, Hans 219

Marine, Kaiserliche 162, 196

- Flottenbau XXIX, 35 f., 39, 118

s. a. Reichsmarineamt

Marokkokrise 121

Martin, Jean 128

Martin, Regierungsrat 159

Marx, Karl XXII, 69, 84, 92

Marx, Wilhelm 160

Mattutat, Hermann 60

Maurer, C. 44

#### Max von Baden, Prinz XXXI, 83, 292

- Unterredungen mit David [16. 7. 1917] 247,
   286; Ebert [2. 10. 1918] 286 f.
- Besprechung mit Parteiführern 3, 10, 1918 285
- Reichstagsrede 5. 10. 1918 288
- Rede im badischen Landtag 14. 12. 1917 290
- Kanzlerkandidatur 1917 241, 245
- Kandidatur u. Ernennung zum Reichskanzler 1918 282-284, 286
- Regierungsbildung 284—286, 289 Beteiligung der SPD s. SPD
- "Briefaffäre" 290 f.
- Politik u. Persönlichkeit im Urteil Davids 247, 286, 288; Scheidemanns 289

Mayer, Friedrich 289

Mayer, Dr. Gustav 118 f.

Mayer, Paul XXXVI

Mayer, Dr. Wilhelm 247

Mayet, Prof. Dr. P. 62

Mecklenburg-Strelitz, Karl Michael Herzog von 21

Meerfeld, Johannes, MdR 95, 136, 151, 188, 217, 275

Mehring, Franz 16, 30, 83, 120, 166, 187, 222

- im Zentralbildungsausschuß 131
- Presseartikel 35, 92
- Anschluß an Spartakusbund 83

Meister, Heinrich 195

Mende, Dr. Dietrich XXXVI

Mendel, Ewald 245

"Menschheit" 52, 97

Metzger, Friedrich Wilhelm, MdR 104

Mexiko 222

Meyer, Dr. Ernst 172, 187

Meyer, Julius 195, 210

Meyerhof-Hildeck, Leonie 58

Michaelis, Georg 251, 253, 256

- Unterredungen mit Galker, David, Erzberger, Naumann [23. 7. 1917] 250; Ebert [18. 7. 1917] 248; elsaβ-lothr. Abgeordneten [23. 8. 1917] 251
- Besprechungen mit Mehrheitsvertretern u.
   OHL [14. 7. 1917] 246; Parteiführern [21. 8.
   1917] 251, [22. 8. 1917] 251; Rechtsparteien u. OHL [15. 7. 1917] 247
- Reichstagsrede 19. 7. 1917 246, 248 f.
- Reden im Hauptausschuß [21. 8. 1917] 251, [22. 8. 1917] 251
- Ernennung zum Reichskanzler 245
- über die Friedensresolution 246, 251 "wie ich sie auffasse" 249, 251
- Kanzlerkrise und -sturz 255, 258
- Politik u. Persönlichkeit im Urteil Davids 249 f.

Militärkabinett 226

Millerand, Alexandre 27

"Mitteldeutsche Sonntagszeitung" XIV f.

Mittelmächte 142, 194, 196, 200, 213, 233, 255, 268, 288

- Delegation in Brest-Litowsk s. Brest-Litowsk

Molkenbuhr, Hermann, MdR 3 f., 6, 66, 75, 107, 114, 145, 161, 167 f., 210, 287

- Unterredungen mit Kriege [20. 8. 1918]
   282; David und SPD-Mitgliedern 14, 75, 82,
   132, 140, 164, 264
- Teilnahme an Besprechungen mit Bethmann Hollweg [1. 12. 1914] 76, [9. 3. 1915] 110, [10. 3. 1915] 110, [Mai 1915] 127; Helfferich [30. 6. 1917] 238; Wahnschaffe [27. 8. 1916] 196
- bei Haager Besprechung 1915 117
- auf Stockholmer Konferenz 1917 226, 235
- Fraktionsvorsitzender 3, 6, 79
- in der Agrarkommission der SPD XVIII
- in der Freien Kommission 70
- zur Friedensfrage 74
   SPD-Interpellation 1915 145 f.
- über Kriegskredite 4—6, 8, 70 Fraktionserklärung Dez. 1914 74, 79
- über Politik der Minderheit 96, 134, 148

Mommsen, Dr. Wolfgang XXXVI

Monistenbund 121

Mountbatten, Ludwig Alexander von s. Battenberg

Müller, Dr. Adolf 95, 126, 131, 142

- Unterredungen mit bayer. Kriegsminister [1915] 142; Bethmann Hollweg [10. 6. 1915]
  131 f.; Blocher-David-SPD-Mitgliedern [12. 2. 1916] 159
  David 131 f., 214
  David u. SPD-Mitgliedern 131, 179
- Friedensvermittlungsversuch 142

Müller, Dr. August 66, 194, 205

Unterredungen mit David 206, 221, 242;
 David u. Hildenbrand 12. 11. 1914 66

Müller (Meiningen), Dr. Ernst, MdR 114, 171, 226, 239 f., 243

Müller, Hermann, MdR 12, 95, 113, 131, 161, 168, 198

Unterredungen mit Adler, David, Huysmans [19. 6. 1917] 235; Bauer, David, Erzberger, R. Schmidt [29. 10. 1918] 292
David 30, 117, 154, 172, 190, 226
David u. SPD-Mitgliedern 28, 31, 53, 131, 139 f., 155, 159 f., 194

- Telefongespräch mit David 16. 4. 1917 224
- bei Haager Besprechung 1915 117
- auf Stockholmer Konferenz 1917 226, 233, 235 f.
- im Parteivorstand 3 f., 93, 103, 183 Zensor des Vorwärts 209
- Rede im Parteiausschuß 30. 6./1. 7. 1915 124
- Reichskanzler XXXIII
- Wahl in den Reichstag 235
- Vermittlungsversuch bei franz. Sozialisten Aug. 1914 4, 8 f.
- über

Beteiligung der SPD an Regierung Max von Baden 285, 287

Kriegsziele und Friedensfrage 117 Ostpolitik 191

Politik der Minderheit 95 f., 134

— Müller-Franken, Hermann, Die November-Revolution. Erinnerungen, Berlin 1918 17, 285, 292

### "Münchener Neueste Nachrichten" 4

"Münchener Post" 4, 95, 115, 191

Mumm, Reinhard, Lizentiat, MdR 29, 271

Mumm von Schwarzenstein, Philipp Alfons Frhr, 278

Mutius, von, Legationsrat 185 f.

# "Nachrichten-Korrespondenz" 176

# Nadolny, Rudolf XXXIII, 257

- Mein Beitrag, Wiesbaden 1955 XXXIII

"Nationalliberale Correspondenz" 35, 72

Nationalliberale Partei 45, 116, 204, 208, 248, 291

- Vorsitz 256
- Reichstagsfraktion 35, 115, 249, 277
   Mitglieder 35, 67, 72, 130, 193, 223, 241, 253
- Fraktion im preuß. Abgeordnetenhaus 116, 193
- Verhalten bei Mehrheitsbildung Juli 1914 241 f.
  - zur Friedensresolution 242 f.
- Mitarbeit im Interfrakt. Ausschuß 240 f., 243-245, 256, 263, 273
- Beteiligung an Regierung Max v. Baden 285
- zum U-Boot-Krieg 166 f., 169

### Nationalsozialer Verein 36

Naumann, Friedrich, MdR 11, 67, 230, 250, 252, 265

Nestriepke, Dr. Siegfried 46

"Die neue Generation" 29, 52

"Die Neue Zeit" XII, XX, XXIII, 7, 48, 64, 100, 103, 131, 133, 136, 140, 156 f., 159, 210, 282

Neumann, Adam 122, 126, 190

Neumann, Balthasar 254

Neumann, Heinrich XXVII

Neumann, Hermann 38 f., 44

Neutrale Staaten 21, 49, 73, 100, 201, 225, 239, 244

- und U-Boot-Krieg 169 f.

"New Statesman" 107

Nicolai, Walter 253

Niebergall, F. 160

Niederlande 21, 28, 118, 121, 132, 138, 169, 183, 197

- Sozialisten 21, 31, 69, 115

"Niederrheinische Arbeiterzeitung" 219

Niemann, Karl 109

Nienkamp, Heinrich (Pseudonym) s. Kliemke

Nikolaus II., Zar von Rußland 21

Nimmerfall, Hans 194

Noack, Dr. Georg 201

Noeggerath, Jakob 183, 192, 220

"Norddeutsche Allgemeine Zeitung" 76, 124 f.

"Norddeutsches Volksblatt" 195

"Nord und Süd" 125

Nordschleswigsche Frage 141, 233, 291

Norwegen 21, 69, 121, 234

- Christiania-Zwischenfall 239

Noske, Gustav, MdR 74, 95, 275, 287, 289

- Unterredungen mit David 162, 217; David
   u. SPD-Mitgliedern 110, 168
- Reden im Reichstag [15. 1. 1916, Baralong-Rede] 162, [29. 3. 1917] 224
- Rede im Hauptausschuß 8. 5. 1918 275
- Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1920 XXXIII

 Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach a. M. 1947 162

November-Revolution in Deutschland XXVI, XXXII f., 17, 190, 285, 292

"Ny Tid" 187

Oberkommando in den Marken 46, 63

Oberkommando Ost (Oberost) 26, 190, 227–229, 259, 273

Oberste Heeresleitung 15, 26, 63, 114, 122, 203, 229, 233, 236 f., 239, 241—243, 246, 250, 253, 258 f., 274 f., 278 f., 285, 287

- Abteilungen 228, 253
- Generalstab 8, 22, 94, 124, 134, 253
- Besprechungen mit Michaelis u. Reichstagsmehrheit [14. 7. 1917] 246; Michaelis u. Rechtsparteien [15. 7. 1917] 247 f.; Hertling [Nov. 1917] 256; Hertling u. Hauptausschußmitgliedern [27. 9. 1918] 283
- empfängt Schreiben der Taryba 250
- Einfluß auf Reichsleitung 269, 275
- zur Waffenstillstandsfrage 288

Oeser, Rudolf 97

Österreich-Ungarn 13, 18, 24, 54, 56 f., 62, 99, 117, 176, 186, 196, 239, 246, 284

- Regierung 15, 115, 232, 256
- Armee 28, 49, 56, 145, 283 Heeresleitung 15, 182
- Reichsrat 99

Reichsratsdelegation 266

- Sozialdemokratische Partei 43 f., 99, 115, 118 f., 156
  Besprechungen mit SPD [19. 11. 1915] 156, [9. 11. 1916] 151 f.
- Ungarische Reichshälfte 49, 51, 118
- deutsche Bündnispflicht XXIX, 3
- Handelsbeziehungen zu Deutschland 152, 264
- Präventivkrieg XXIX, 232
- Ultimatum an Serbien 5
- Antwort auf Wilson-Note 26, 12, 1916 214
- Czernins Friedensrede 24. 1. 1918 266 f.
- Buriáns Note Sept. 1918 283
- Haltung zur polnischen Frage s. Polen
- Streikbewegung Januar 1918 265 f.

"Der Österreichische Volkswirt" 270

Ottingen, Prinz von 186

"Offenbacher Abendblatt" 38, 45

Olberg, Oda 22

Oldenburg, Großherzogtum XVIII, 195

Olschewski, litauischer Domherr 273-275

Olsen, Sigvald 187

Oppersdorff, Hans Georg Graf von, MdR 35

Orgesch (Organisation Escherich) 185

Osterbotschaft 1917 223 f.

Osterroth, Franz XXXVI, 253

Ostpreußen 12, 93, 188

- Kriegsschauplatz 12, 22 f., 26, 34, 49, 55, 92, 107
- Oberpräsident 177, 290

Paasche, Dr. Hermann, MdR 35, 277

Pachnicke, Dr. Hermann, MdR 115, 226

Pagels, Alex 91, 122, 126

"La Paix par le droit" 71

Pallenberg, Max 239

Pannekoek, Dr. Anton 31 f., 34

Päpstlicher Stuhl 132

Papstnote vom 1. 8. 1917 253

Paquet, Dr. Alfons 234, 236

Parabellum (Pseudonym) s. Radek

Parlamentarisierung 238 f., 243 f., 248, 251 f., 284

 Einführung des parlamentarischen Systems 241, 243 f., 247
 Kaisererlaß 30, 9, 1918 284

#### Parteiausschuß der SPD 168

- Mitglieder 151, 168, 187 f., 194, 237
- Sitzungen [27. 9. 1914] 34, 44, [12./13. 1. 1915] 34, 49, 52, 60, 80—82, 94—96, [7. 3. 1915] 108 f., [7./8. 4. 1915] 96, 116 f., 124, [30. 6./1. 7. 1915] 124 f., 136, 140, [7./9. 1. 1916] 146, 151 f., [27. 3. 1916] 169, [20./21. 7. 1916] 188 f., 192, [18. 8. 1916] 193 f., [18. 1. 1917] 218, [erweiterter Parteiausschuß 18./19. 4. 1917] 224—226, [26. 6.1917] 231, 236 f.
- gemeinsame Sitzungen mit Reichstagsfraktion [14./16. 8. 1915] 9, 136, 140—142, 188, [23. 11. 1916] 211, [6. 11. 1918] 292

Reichstagsfraktion, Gewerkschaftsvertretern u. österr. Parteivorstand [9. 1. 1916] 151 f.

- Manifest vom 27. 3. 1916 168 f.

# Parteitage der SPD XXIII, XXVII, 82

- Verbindlichkeit der Beschlüsse 108 f., 112 f.
- [1891] 33, [1892] XVII, [1894] XVI—XIX, XXV, [1895] XVIII—XXI, XXVII, [1896] XXI, [1897] XXI, [1898] XXI, XXIII, [1899] XXI—XXIV, XXVII, [1900] XXI, [1903] XXIII, [1906] XXV, [1908] XXV f., 108 f., 112 f., [1910] XXV f., [1913] 3, 131
- Pläne für Parteitag im Kriege 118, 186—188
- 1917 32, 44, 179, 188, 222, 254
  Bericht der Reichstagsfraktion XXXII, 179, 236, 254, 279
  Referat der Minderheit 254

1921 XXXIV

Parteivorstand der SPD XXVII, XXXVI, 3 f., 6 f., 14, 21, 27, 32, 34, 42 f., 46, 48, 52, 55, 57, 82, 85, 94, 115, 122, 124, 131, 133 f., 154, 157, 168 f., 172, 183, 186, 188, 193, 197, 199, 205, 209, 217, 224, 226 f., 232, 237, 267

- Sitzungen [30. 7. 1914] 4, [31. 8. 1914] 29 f., [6. 1. 1915] 92, [7. 5. 1915] 124 f., [25./26. 6. 1915] 136, [25. 3. 1916] 168, [20. 8. 1918] 250
- gemeinsame Sitzungen mit Fraktionsvorstand [31. 7. 1914] 3 f., 155, [7. 9. 1914] 36 f., [22. 12. 1914] 85, [23. 11. 1915] 145, [29. 10. 1917] 255, [2. 10. 1918] 285, 287, [12. 10. 1918] 290, [13. 10. 1918] 290, [5. 11. 1918] 292
- -- Sitzung mit Pressekommission u. Berliner Vorstand 19. 6. 1916 186
- Aufrufe u. Erklärungen [25. 7. 1914] 6, [1. 8. 1914] 4, [10. 9. 1914] 31, [17. 9. 1914] 31, [17. 10. 1914] 52, [20. 1. 1915] 98, [22. 1. 1915] 98, [21. 6. 1915] 134, [28. 6. 1915] 134, 136, [11. 8. 1916] 192
- Manifest [23. 6. 1915 Sozialdemokratic und Frieden] 124, 134—136, [27. 3. 1916] 168 f.
- Eingabe an den Reichskanzler 25. 6. 1915 125, 136
- Petitionsaktion Aug. 1916 194
- Rundschreiben April 1915 122
- Bericht auf Parteitag 1917 32
- Pressebüro 14
- Zum Vorwärtskonflikt. Eine Darstellung auf Grund der vorliegenden Dokumente und Protokolle, Berlin 1916 186

Parvus (Pseudonym) s. Helphand

Payer, Friedrich, MdR 75, 147, 175, 212, 241, 255, 275, 280, 284

- Unterredungen mit David [1. 12. 1914] 75,
  [9. 12. 1915] 147, [21. 3. 1917] 223, [10. 7. 1917] 243; Lerchenfeld [1. 10. 1918] 285;
  Scheidemann [19. 3. 1917] 222; Wahnschaffe [Juli 1917] 247
- Besprechungen mit Parteiführern (als Vizekauzler) [30. 9. 1918] 284, [2. 10. 1918] 287
- Teilnahme an Besprechungen Bethmann Hollweg-Parteiführer [2. 7. 1917] 239; Hertling-Parteiführer [19. 6. 1918] 278; Michaelis-OHL-Parteiführer [14. 7. 1917] 246
- Reichstagsreden [19. 7. 1917] 249, [25. 2. 1918] 269
- Reden im Hauptausschuß [3. 7. 1917] 238 f., [4. 5. 1918] 274, [7. 5. 1918] 274
- im Interfrakt. Ausschuß 240, 243—247
- zur Friedensfrage u. Friedensresolution 75, 245—247
- über Parlamentarisierung 243 f.
- Von Bethmann Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder, Frankfurt a. M. 1923 286

Pazifismus 19, 52, 139, 187, 214

Peirotes, Jacques, MdR 10, 128

Perfall, Frhr. von 229

Perlen, Frieda 281

Pernerstorfer, Engelbert 105

Persien 233

Persson, Nils 187

Peus, Heinrich, MdR 45, 52, 80, 110, 148, 169

Pfannkuch, Wilhelm, MdR 3 f., 6, 14, 81, 134

Pieck, Wilhelm 92, 120

Pinkau, Karl, MdR 157

Pirenne, Prof. Henri 76

Plechanow, Georgi 225

Poensgen, Dr. Oskar 116

Poetzsch, Hugo 122—126, 154, 159, 176, 183, 190

Polen XXXII, 15, 115, 189, 201, 230, 263, 269, 278

- Staatsrat 186
- deutsche Verwaltung 186, 242
- sozialistische Partei XVII, 99

polnische Frage 51, 56, 99 f., 140 f., 203,
 208 f., 242, 249 f., 252, 256 f., 259, 270 f.
 Austro-polnische Lösung 99, 103, 156, 258,
 270

kleinpolnische Lösung 51, 140, 142

- Unabhängigkeitsbestrebungen 191, 203 f.
- Selbstbestimmungsrecht 238, 263
- Manifest über Unabhängigkeit Nov. 1916 208

"Politiken" 283

Polnische Fraktion des Reichstages 64, 209, 242, 252

Ponsonby of Shulbrede, Lord Arthur 183

Popp, Adelheid 115

"Post" 46, 56, 86

Praschma, Hans Graf von, MdR 202

Presse, deutsche 20, 35, 50, 54, 234, 247 f.

- Einschränkung der Pressefreiheit 9, 75, 77 Zensur 120, 238
- alldeutsch-konservative 288
- liberale 15, 21, 32, 50, 248 linksliberale 30 f., 36

Preuß, Prof. Dr. Hugo XXV, 155, 160

Preuss, Regierungsrat 184

Preußen XVI, XXVI, 49, 51, 53, 99, 122, 186, 219, 228

— Demokratisierung 36, 54, 56

- Staatsministerium XXVI, 223
   Ministerpräsident 159, 255 f.
- Vizepräsident 256 f.
- Ministerium des Innern 6, 63
- Kriegsministerium 46, 49, 190, 266 Besprechungen mit SPD-Vertretern Sept. 1914 42

Kriegsminister 16, 130, 159, 239 stellvertretender Kriegsminister 33 f., 130

- Handelsminister 67
- Landwirtschaftsminister 206
- Kultusministerium XXXIV, 18
- Ministerium für öffentliche Arbeiten 67

Herrenhaus 36 f., 111, 206, 223, 252

Abgeordnetenhaus 24, 75, 92

- Sitzungen [22. 10. 1914] 53, 55, [Febr. 1915] 104, 106, [13. 1. 1916] 160, [17. 1. 1916] 153, [17. 3. 1916] 166, 174, [19. 1. 1917] 219
- --- Präsident 55
- Haushaltskommission 159 f.
- Mitglieder 29, 184, 193

- Fraktionen 137 f. Nationalliberale 116, 193, 256

SPD 50, 53, 55, 59, 91, 104, 106, 135, 137, 153, 224

Vorsitz 50, 108, 219 Spaltung 219

Mitglieder 12, 45, 53, 60, 95

Verwaltung 30, 67, 99, 206

SPD-Landeskommission 42, 224

- Sitzung vom 14. 1. 1916 153

#### Preußische Jahrbücher 47

Quarck, Dr. Max, MdR 39, 80, 147, 178, 199, 212, 248, 291

- Unterredungen mit David 39, 104
- in Agrarkommission der SPD 1894/95 XVIII

Quessel, Dr. Ludwig, MdR 48, 80, 201, 282, 291

- über Ostpolitik und Ostfrieden 204 f.
- -- zum U-Boot-Krieg 201, 204

Quidde, Prof. Dr. Ludwig 121

Quint, Oskar 39

Raab, Georg 161

Radek, Karl 47 f., 108

Radowitz, Wilhelm von 119

Radziwill, Ferdinand Fürst 252

Radziwill, Franz Fürst 203, 255

Rauch, Friedrich, MdR 8, 45, 80

Raute, Gustav, MdR 9

Rechenberg, G. Albrecht Frhr. von, MdR 252, 275

"Rechtshort" 187

Reichsamt des Innern XXVI, XXXI, 29, 146, 246, 249, 256, 290

- Aufteilung des Amtes 238
- Staatssekretär 249, 269
- Unterstaatssekretär 141, 239
- Besprechungen mit SPD-Vertretern [Sept. 1914] 42, [5. 11. 1914] 62, [6. 11. 1914] 64.
  [7. 11. 1914] 64, [12. 8. 1915] 141, [24. 11. 1915] 146

"Reichsanzeiger" 291

"Das Reichsbanner" 253

Reichsgericht 92

# Reichshaushalt XXVIII f.

- Etat 1915 106, 114 Haltung der SPD 108 f., 110-115, 124 f.
- Etat 1916 156 f., 165, 167, 170 f., 180 Haltung der SPD 156, 158, 179—181 Nachträge 206 Notetat 168
- Etat 1918, Ablehnung durch SPD 279
- Militäretat, Rüstungsausgaben 14, 35, 44 f., 47, 72, 170 f.

# Reichsjustizamt 67

# Reichskanzler XXXIII, 8

- Reichskanzlei 50, 60, 123
- Reichskanzleramt 98

# Reichskolonialamt 44, 139, 141

Reichskonferenz der SPD 21.—23. 9. 1916 XXVII, 6, 116, 145, 188, 197—201

- Resolution XXVII, XXXII, 199 f.

# Reichsleitung

- Gesamtkabinett, Sitzung 17. 10. 1918 291
- Kriegskabinett XXXIII; Sitzung 16. 10. 1918 291
- Koalitionsregierung 285 f.
- parlamentarische Regierung 284
- Verhältnis Reichsleitung-SPD XI, XXXI,
   28 f., 56, 101—103, 204, 279
   Vertrauensverlust 144, 146 f., 165, 224

# Reichsmarineamt 21, 35, 67

# Reichsregierung der Weimarer Republik XXXIII

Reichsschatzamt 171, 175, 264, 275

- Staatssekretär 67, 120, 238

# Reichstag 11, 65

- Sitzungen [4. 8. 1914] 7, 11 f., 62, [Nov./Dez. 1914] 62, 64, [2. 12. 1914] 67, 70 f., 76—81, [März 1915] 106, 110, 112—115, 124, [Mai 1915] 126 f., 130, [Aug. 1915] 141, 143 f., [30. 11. 1915] 146, [Dez. 1915] 147 f., [Jan. 1916] 152—154, [März—Juni 1916] 165, 167 f., 170 f., 174—182, [28. 9. 1916] 201, [11. 10. 1916] 204, 214, [26.—31. 10. 1916] 206—208, [29. 11.—12. 12. 1916] 211—213, [22. 2. 1917] 221, [29. 3. 1917] 179 ff., 224, [2. 5.—16. 5. 1917] 226—228, [Juli 1917] 240, 245, 249, [29. 11./1. 12. 1917] 258, [Febr. 1918] 264, 268 f., [18./19. 3. 1918] 264, 271, [16.—22. 4. 1918] 273 f., [14. 5. 1918] 275, [Juni/Juli 1918] 266—281, [5. 10. 1918] 286, 288
- Präsident 73, 79, 127, 147, 213 Wahl 276 f.

- Vizepräsidenten 153, 276 f.
- Reichstagsbüro 82 Direktor 176, 243, 253
- Geschäftsordnung 147, 171, 182, 276 namentliche Abstimmungen 181, 280
- Geschäftsordnungskommission 174, 206, 276
- Seniorenkonvent 130, 167, 174, 206, 273
- Kommission für Bevölkerungspolitik 207 f.
- Steuerkommission 167
- Stickstoffkommission 123
  - s. a. Budgetkommission; Freie Kommission; Hauptausschuß
- Mitglieder
   Erlöschen des Mandats 82
   Immunität 11, 126
   Redefreiheit 174 f.

# Reichstagsfraktion der SPD 34

# Fraktionssitzungen

- **-** [3. 8. 1914] 7—9, 62, [4. 8. 1914] 8, 10—12, [29, 11, 1914] 67, 70, 73, [30, 11, 1914] 74, 76, [2, 12, 1914] 78—80, [2,—4, 2, 1915] 101 f., 105, [März 1915] 108-114, [Mai 1915] 122, 127, 129 f., 132, [14./17. 8. 1915] 141—144, [24.—30. 11. 1915] 145 f., [13./14. 12. 1915 [ 147, [20./21. 12. 1915] 148, 152, 154, [Jan. 1916] 152—154, [12.—21. 3. 1916] 164—167, [5. 4. 1916] 170 f., [8. 5. bis 5. 6. 1916] 16, 174—181, [Sept.—Dez. 1916] 199, 201, 204, 206, 208, 211 f., 214, [Febr. 1917] 221, [3. 5. 1917] 226, [Juli 1917] 240—243, 247—249, [24. 8. 1917] 251, [29. 11. 1917] 258, [4./6. 1. 1918] 263 f., [Febr. 1918] 267—269, [18. 3. 1918] 271, [19. 4. 1918] 273, [5. 6.—3. 7. 1918] 276 bis 279, [2./3. 10. 1918] 285, 287, [15.—18. 10. 1918] 291, [25. 1. 1922] XXXIV
- Anträge auf Einberufung 85, 95
- Teilnahme von Nicht-Fraktionsmitgliedern 7 f., 74, 102, 105

gemeinsame Sitzungen mit Parteiausschuß s. Parteiausschuß der SPD

# Fraktionsvorsitzende 210

- Unterredungen mit Bethmann Hollweg [20. 1. 1915] 98, [9. 3. 1915] 110, [10. 3. 1915] 110
- bei Besprechung Kaiser-Parteiführer 20. 7. 1917 249
- Ersatzwahl 154
- s. a. Ebert; Haase; Molkenbuhr; Scheidemann

Geschäftsordnung 9, 102

- Abstimmungsverfahren 168, 181, 279

Ausschuß für Wirtschafts-, Steuer- und Agrarpolitik XXVIII

Fraktionsdisziplin XXX, 13, 80, 152

— Disziplinbrüche 80, 82

- Freigabe der Abstimmung 74, 113, 181 Mehrheit 96, 124, 141, 145—148, 158, 162, 201, 254
- Minderheit 67, 70, 73, 77 f., 81, 124, 130, 141, 143, 147, 151, 153, 162
- Sondersitzungen [1. 12./2. 12. 1914] 78 f.
- Aktionsfreiheit 129, 146, 148
- Pläne zu Sonderaktionen Dez. 1914 78
- Verweigerung von Plenarrednern und Vertretung in Reichstagskommission 143, 148
- Flugblatterklärung Dez. 1915 147
- Sonderaktion Dez. 1915 147 f., 151
- Fraktionsspaltung März 1916 168, 170, 172
   Manifest der Partei 168 f.
- Minderheit nach der Spaltung 206, 254

Mitte 80, 109, 124, 126, 143, 168

radikale Linke 67, 73, 80

- rechter Flügel XXXII, 13, 70, 109, 111, 124, 133, 143
- Sitzungen [28. 11. 1914] 73, [1./2. 12. 1914] 77, 80 f., [1. 2. 1915] 99, 101, [16. 3. 1915] 110 f., [16./17. 5. 1915] 126 f., [13. 8. 1915] 141, [Nov. 1915] 145 f., [10. 1. 1916] 152, [17. 1. 1916] 153, [15. 3. 1916] 165, [20. 9. 1916] 199
- Fraktionsvorstand XXVIII, XXXII, 3, 16, 78 f., 82, 114, 133, 136, 153, 174, 176, 181, 197, 201, 237, 249
- Sitzungen [2./3. 8. 1914] 5—7, 10, [4. 11. bis 2. 12. 1914] 60, 69 f., 72, 75 f., 80, [23./30. 1. 1915] 99—101, [März 1915] 108 f., 112, [Mai 1915] 126, 128 f., [12. 6. 1915] 132, [14. 8. 1915] 141, [22. 11. 1915] 144 f., [Dez. 1915] 147 f., [10./15. 1. 1916] 152 f., [18. 2. 1916] 160, [März 1916] 164 f., 167 f., [11. 5. bis 6. 6. 1916] 175—177, 179—181, [21. 7. 1916] 189, [Aug.—Okt. 1916] 196 f., 199, 204, 206, [12. 12. 1916] 213, [19. 3. 1917] 222, [26. 6. 1917] 236, [9. 7. 1917] 242, [24. 8. 1917] 251, [6./7. 1. 1918] 263 f., [Febr. 1918] 268 f., [14. 3. 1918] 270, [4. 6. 1918] 276, [3. 10. 1918] 285 f., [7. 10. 1918] 289, [15. 10. 1918] 291
- gemeinsame Sitzungen mit Parteivorstand [31. 7. 1914] 3 f., 155, [7. 9. 1914] 36 f., [22. 12. 1914] 85, [23. 11. 1915] 145, [29. 10. 1917] 255, [2. 10. 1918] 285, 287, [12. 10. 1918] 290, [13. 10. 1918] 290, [5. 11. 1918] 292
- Erklärung z. Fall Liebknecht Dez. 1914 80 f.
   gegen "Berner Tagwacht" Juni 1915 132
   gegen "Gebot der Stunde" Juni 1915 134
- gemeinsame Erklärungen mit Parteivorstand 124 f., 163
- Klagen gegen Amtsführung 101, 132, 179
- Rücktritte und Ergänzungen 105, 152, 154

- Vertretung in Freier Kommission 63, 67 f.,
   70
- in Redaktionskommission 73
- zur Sonderaktion der Minderheit Dez. 1915 148
- Reichstagsmehrheit der Friedensresolution 246 bis 248, 251, 256 f., 264, 267, 275, 285, 288
- Bildung der Mehrheit der Friedensresolution 239 f., 242, 245
- -- organisatorischer Zusammenschlußs. Interfraktioneller Ausschuß
- Zusammenhalt 1918 264, 268 f., 273, 279
- Programm 1917 240 f., 243, 245 f.; s. a. Friedensresolution
   Programmerweiterung September 1918 282, 284
- Besprechungen mit v. Berg [1. 10. 1918]
   284 f.; Litauern [13. 11. 1917] 257; Reichsleitung u. OHL [14. 7. 1917] 246; Schaumann [Sept. 1918] 282 f.
- Erklärung im Hauptausschuß 22. 8. 1917 251
- Verhältnis zur Reichsleitung unter Hertling 270, 279, 284, 286
- über Brest-Litowsk 265
- zur elsaß-lothring. Frage 249, 284

#### Reichstagswahlen 87

- 1903 XV, XXVII
- 1907 XXVII
- Ersatzwahlen XV, XVIII, 12 f., 29, 41, 182, 217, 222, 286, 291
- Stichwahlen XV, 291
- Wahlkreise 41, 47 f., 52, 66 f., 82, 94, 100, 137, 157, 182 f., 212, 222, 272, 286, 291

### Reichsverfassung 8, 291

Reichswirtschaftsamt 66, 258, 285

Renner, Georg 191

Renner, Karl 151 f.

Reuter, Ernst 83

Rheinbaben, Werner Frhr. von 278

"Rheinische Zeitung" 95

### "Rheinisch-Westfälische Zeitung" 34

Richter, Lina 166, 172, 183, 192, 203 f., 211, 220, 241, 245, 247, 250, 252, 256, 282

Richter, Dr., Unterstaatssekretär 141, 238

Richthofen, Hartmann Frhr. von, MdR 240 f., 256

Rickelt, Gustav 255

Riezler, Kurt 119

Rink, Karl 39

Roedern, Siegfried Graf von 238 f.

- Besprechung mit Mehrheitsvertretern 18, 1, 1918 265
- bei Besprechung Bethmann Hollweg-Parteiführer [2, 7, 1917] 239; Kühlmann-Parteiführer [23, 1, 1918] 266; Payer-Parteiführer [30, 9, 1918] 284

Rösemeier, Dr. Hermann 30

Rösicke, Dr. Gustav, MdR 29, 239

Ronikier, Adam Graf 252, 270

Ropp, Friedrich Frhr. von der 203, 257

 Zwischen Gestern und Morgen. Erfahrungen und Erkenntnisse, Stuttgart 1961 203

Rosanow, Wladimir Nikolaiewitsch 247

Rosenberg, Frederic Hans von 228 f., 282

Ross, Colin 286

Rotes Kreuz 20, 51, 97, 164

"Rotterdamsche Courant" 98.

Rühle, Otto, MdR 9 f., 145, 180

Ruitgers, Dr. 183

Rumänien 49, 85, 107, 196, 213

- Bukarester Frieden 1918 279

Rußland XXIX, 15 f., 32, 49, 51, 69, 72, 97, 125, 134, 180, 191, 201, 203, 222, 231, 234, 257, 275

- Zar 20 f., 35, 69, 184, 229, 260, 263
- Kriegführung u. Armee 12, 15, 22 f., 26, 28, 32, 34, 43, 49, 55, 72, 100, 106, 196 f., 233
- Sozialisten 105, 108, 225
- polnische Gebietsteile 51, 99, 185, 204
- Abtrennungsbestrebungen 186
- und Weltkrieg XXIX, 5, 17 f., 69
- deutsche Bestrebungen für Separatfrieden 54, 69, 92, 121, 125, 200, 204
- deutsche Kriegsziele 23 f., 138
- nach der Februarrevolution 225, 229, 231, 237, 244, 246
- Revolution Febr. 1917 222, 224 f., 229

- provisorische Regierung 222, 227 f.
- Arbeiter- und Soldatenrat 228
   Resolution zur Friedensfrage 225, 238
   Briefwechsel mit SPD 233 f., 245
- Sozialistendelegation zum Stockholmer Kongreß 229, 244, 247
- Loslösung der Randvölker 237 f.
- nach der Oktoberrevolution 260, 263, 269, 277, 281
- Revolution Okt. 1917 257
- Gesandtschaft in Berlin 274
- Waffenstillstand 259 s. a. Brest-Litowsk
- Rat der Volkskommissare 289
   Bereitschaft zur Unterzeichnung des Friedens 19. 2. 1918 268

Ryssel, Karl, MdR 142, 148, 175

Sacerdote, Journalist 124

Sachse, Hermann, MdR 12, 58 f., 78, 80

Sachsen, Königreich XXVIII, 45, 66 f., 157, 162 — SPD 42, 44, 54, 66

Sassenbach, Johann 194, 226, 233

Saulys, Dr. Jargis 257, 263

- Unterredungen mit David [11, 7, 1916] 186, [29, 7, 1916] 190, [1, 1, 1918] 263, [16, 1, 1918] 265, [14, 10, 1918] 290, [16, 10, 1918] 291; Oberost [Juli 1916] 190
- Teilnahme an Besprechungen mit Reichstagsmehrheit Nov. 1917 257—259

Schaible, Dr. 289

Schauenburg, Oberregierungsrat 186

Schaumann, Dr. Georg 282 f.

Scheer, Reinhard 179

Scheidemann, Philipp, MdR XI, XIII, XV, XXVII f., 3, 6, 11, 14, 36, 66, 70, 81, 94—96, 107, 111, 123, 127, 131, 161, 167, 174, 176, 181, 189, 196, 198, 202, 211—213, 218, 226, 240, 243, 245, 247 f., 264, 266, 268, 275, 279 f., 287

in Regierung Max von Baden 287, 289 Reichskanzler 1919 XXXIII Vizepräsident des Reichstages 1918 276 f.

Unterredungen mit

Adler [11. 6. 1917] 234; Baake, David, Mayer [6. 5. 1915] 118 f.; Bang [Juni 1917] 235; Bethmann Hollweg [23. 11. 1915] 146, [Dez. 1915] 147, [Juli 1916] 189, [März 1917] 226, [26. 6. 1917] 237; Blocher, David und SPD-Mitgliedern [12. 2. 1916] 159; David, C. Hahn, Schücking [15. 4. 1916]

172; David und Mayer [3. 4. 1915] 113; David und Schneider [27. 9. 1916] 201; Helfferich [Nov. 1916] 210; Huysmans [Juni 1917] 235; österr. Sozialdemokraten [19. 11. 1915] 156; Payer [19. 3. 1917] 222; Stauning [Juni 1917] 235; Wahnschaffe [28. 4. 1915] 123, [18. 5. 1916] 176; Zimmermann [17. 1. 1917] 218

— SPD-Mitgliedern 118, 135
David 4 f., 14—16, 32, 50, 62, 64, 68, 76, 93, 98, 133, 156, 158, 166, 187, 191, 194, 203, 207, 210, 213, 218, 238
David und SPD-Mitgliedern 31, 36, 62 f., 75, 82, 102 f., 132, 134 f., 140, 147, 160, 253, 282

# Teilnahme an Besprechungen

- Bethmann Hollweg—SPD [1. 12. 1914] 76,
  [6. 7. 1917] 241; Delbrück—SPD [5. 11. 1914] 62,
  [6. 11. 1914] 63; Helfferich-SPD [17. 2. 1917] 221,
  [30. 6. 1917] 238,
  [11. 7. 1917] 244; im Reichsmarineamt [Sept. 1914] 37; Wahnschaffe-SPD [2. 12. 1914] 76;
  Wahnschaffe u. Zimmermann-SPD [1. 12. 1914] 75,
  77
- mit Bethmann Hollweg [3. 8. 1914] 7—9,
  [29. 11. 15] 146, [2. 7. 1917] 239; Delbrück
  [6. 11. 1914] 64; Hintze-Mehrheitsvertreter
  [14. 9. 1918] 283; Michaelis-OHL-Mehrheitsvertreter
  [14. 7. 1917] 246; Payer [30. 9. 1918] 284
- Kaiser-Parteivertreter [20. 7. 1917] 249
- der Parteiführer [14. 3. 1916] 165 f., [30. 3. 1916] 169

Telefongespräch mit David 24. 5. 1916 178 Telegramm an David 17. 2. 1918 268 bei Stockholmer Konferenz 226, 231—235 Reden

- im Reichstag [18. 3. 1915] 106, 110, 112, [20. 3. 1915] 114 f., [9. 12. 1915] 147, [März 1916] 165—167, [6. 4. 1916] 181, [11. 10. 1916] 204, [28. 10. 1916] 204, [15. 5. 1917] 228, [19. 7. 1917] 249, [26. 2. 1918] 269, [4. 7. 1918] 279
- im Hauptausschuß [9. 11. 1916] 209,
  [7. 7. 1917] 241, [22. 1. 1918] 266, [24. 1. 1918] 266, [25. 4. 1918] 273, [4. 5. 1918] 274
- im Parteiausschuß [7./9. 1. 1916] 146, [21. 7. 1916] 188 f.
- Referat auf Parteitag 1917 254
- Referat auf Reichskonferenz Sept. 1916 199 Presseartikel 93, 98 f., 123, 222, 224

Reisen nach Holland [Aug. 1914] 21 f., 31; an die Westfront [Sept. 1915] 144; nach Wilhelmshaven [1915] 118

Gegnerschaft gegen Haase 8, 14

— über Haase 14, 31, 95, 134, 168

Kontakte zum rechten Flügel 6 f., 10, 16 f., 44, 53, 73, 131, 145, 163, 168

über

- belg. Neutralitätsbruch 76 f., 79, 119
- Fraktions- und Parteidisziplin 82, 85
- Friedensfrage 98, 188 f., 191, 266
   SPD-Interpellation 1915 145 f.
- Kaiserhoch 8 f.

285-287

- Kriegskredite 4, 6 f., 63 f., 70, 156—158, 238, 249
  Fraktionserklärungen 7, 10, 74—76, 79
- Regierungseintritt der SPD Okt. 1918
- Reichshaushalt 110 f., 156-158
- Sonderaktion der Minderheit Dez. 1915 148

Politik und Persönlichkeit im Urteil Davids 50, 79, 109, 112, 143, 160, 191, 194, 208, 254, 287

Es lebe der Frieden, Berlin 1916 163

Scherm, Johann XX

Schiffer, Eugen, MdR 67, 100, 106, 130, 238, 243, 247

Unterredungen mit David [23, 11, 1914] 72, [Aug. 1915] 143

Schifferer, Anton 116

Schildbach, Bernhard 40

Schippel, Max, MdR XVIII, XX, 205

Schlesinger, Ernst 236

"Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" 155

Schlieffen-Plan 76

Schlomer, Ignaz 106

Schluchtmann, Wilhelm 219

Schmid, Eduard 161

Schmidt, Georg 133

Schmidt-Lahr, Hermine XV, 202, 221, 223, 237, 248, 277, 283

Schmidt, Richard, MdR 148, 181 f., 254

Schmidt, Robert, MdR 19, 26, 35, 55, 66, 100, 105, 116, 122, 158

- Unterredungen mit Bauer, David, Jansson,
   Legien [11. 8. 1915] 141; Bauer, David,
   Erzberger, H. Müller [29. 10. 1918] 292;
   Böhle u. David [20. 3. 1915] 115; David 17;
   David u. SPD-Mitgliedern 21, 147
- Besprechung im Marineamt 22, 8, 1914 21

- Teilnahme an Besprechungen mit der Reichsleitung 9. 3. 1915 110 im Café Austria 5, 16, 28 f., 44, 49 im Holzarbeiterhaus 52 f., 57, 64, 67, 71
- in der "Freien Kommission" 63
- Reise nach Ostpreußen Herbst 1914 49, 55
- über Kriegskredite u. Reichshaushalt 5, 35, 111
- über Parteispaltung 17, 111

Schmitt, Dr. Adam Joseph XV

Schmitt, Franz, MdR 194

Schneider, Karl 161

Schönaich-Carolath, Heinrich Prinz zu, MdR 223, 249

Schoenlank, Dr. Bruno, MdR XVIII

Schöpflin, Johann Georg, MdR 14, 46, 48, 68, 107, 122, 126, 165, 196

- Unterredungen mit Troelstra u. SPD-Mitgliedern [20, 10, 1914] 52
  SPD-Mitgliedern 53, 57, 70, 118
  David 16, 22, 30, 37, 45, 47, 55, 57, 60, 66, 96, 98, 116, 118, 120, 124, 157
  David u. SPD-Mitgliedern 30, 81, 123, 140, 159
- Teilnahme an Besprechungen des rechten Flügels 6 f., 35, 45, 95 im Café Austria 5, 16, 20, 28, 31, 44 im Heidelberger 80, 122 im Holzarbeiterhaus 52, 67, 71, 85, 94, 99
- Schreiben an Heine Nov. 1914 59
- empfängt Schreiben von Heine 59
- Reisen nach Galizien [Okt. 1914] 50; an die Westfront [Sept. 1915] 144
- Beauftragter des rechten Flügels für Presseangelegenheiten 45, 49, 58, 126
- Redakteur der Partei-Correspondenz 70, 96
   Diskussionsredner in Versammlungen 47
- Diskussionsredner in Versammlungen 47, 68, 100
- zu Kriegskrediten 5, 111 Fraktionserklärungen 74, 78
- über Kriegsziele 59

Schorlemer, Klemens Frhr. von 206

Schücking, Prof. Dr. Walther 121, 172

 bei Haager Konferenz des Anti-Oorlog-Raads 1915 121, 131 f.

Schützinger, Hermine 187 s. a. Winkler, Hermine

Schultz, Georg, MdR 35, 110, 147

Schulz, Arthur 19

Schulz, Heinrich, MdR XXXI, 30, 55, 95, 131, 154, 164, 168, 199, 236, 267, 285

Schulze, Ernst XVIII

Schumann, Oswald, MdR 12, 154, 158

Schwabach, Felix, MdR 54

"Schwäbische Tagwacht" 62, 108, 124, 197

"Schwäbische Volkszeitung" 191

Schwander, Dr. Rudolf 258

Schwartz, Theodor, MdR 159

Schweden 121, 134, 196

— sozialdemokratische Partei 21, 53, 61, 69, 187, 196, 232, 234

Schweiz 14, 18, 32, 73, 115, 121, 142, 187

 Parteitag der sozialdemokratischen Partei 1914 61, 82

Seckendorff, von, Generalleutnant 184, 229

Seel, Wilhelm 39 f., 162

Segitz, Martin, MdR 145

Seitz, Karl 105, 151

Selbsthestimmungsrecht 141, 230, 238, 265, 269

- Resolution der SPD Jan. 1918 263

Sembat, Marcel 9, 27

Serbien XXIX, 3, 18, 32

Severing, Carl XXVIII, 95, 120, 124, 160, 188, 190

Seyda, Ladislaus Kasimir, MdR 209

Siedler, Dr. Adolf 230

Silberschmidt, Ernst Hermann, MdR 42 f., 80, 99, 101

Simon, Josef, MdR 12, 53, 57, 111, 113, 146, 171, 177, 191

Simons, Dr. Walter 222, 270, 278

Sindermann, Karl Ernst 44, 95

Singer, Paul, MdR XX, XXVIII

Sirola, Yrjö 232, 236

Skandinavische Länder 69, 138, 197

Skoropadski, Pavlo 274

Smetona, Dr. Antanas 257

"Social-Demokraten" (Kopenhagen) 61, 96, 231

"Social-Demokraten" (Stockholm) 62, 96, 235

"Socialstatistische Korrespondenz" XV, 16

Solf, Dr. Wilhelm Heinrich 44, 183, 255, 290, 292

- Unterredungen mit Cohen[-Reuß] [Sept. 1914] 44; David [3. 6. 1915] 131, [18. 1. 1918] 265
- Schreiben an Hertling 18. 1. 1918 265

Sombart, Prof. Dr. Werner 61

# "Der Sozialdemokrat" XVIII

- Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft (SAG) 170—172, 174, 178 f., 188, 199 f., 204, 206, 208, 246
- Übertritte von der SPD-Reichstagsfraktion 175, 191
- Reichskonferenz der Opposition Januar 1917 218
- für Haftentlassung Liebknechts u. Redefreiheit im Reichstag 174 f.
- zum Vereinsgesetz 1916 177
- s. a. Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands

# "Sozialdemokratische Feldpost" 189, 213

# Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Parteiorganisation 7, 200

- Parteivorsitz 136, 151, 168
- Parteiausschuß s. Parteiausschuß der SPD
- Parteitage s. Parteitage der SPD
- Parteivorstand s. Parteivorstand der SPD
- Kontrollkommission XXI, XXVII, 42, 53, 131, 169
- Pressekommission 44, 186
- Zentralbildungsausschuß XXVII, 16, 55, 66, 92, 131
- Landesorganisation XV f., XXVI f., 39 f.,
   42
  - Landesvorstände XVI, 39, 44, 53 f., 62, 66, 124, 133

Reichskonferenz s. Reichskonferenz der SPD

- Parteipresse XIV, 7, 18, 26, 30—32, 44 f., 48 f., 51 f., 54, 57, 86, 107, 115, 122, 124, 186 f.
- Redakteurkonferenzen 44, 126, 193

Parteidisziplin XXVI, 85, 134, 151

Parteieinheit 13, 101, 146

- Burgfrieden 94 f.
- Möglichkeit der Parteispaltung 17, 57, 75, 104, 111, 120, 156, 188
- Parteispaltung 207, 217-219

Programm XVIII, XXII, 33, 58, 102

Versammlungen XIV, 103 f., 109, 139, 162, 194 f., 197, 217, 220

- in Berlin s. Berlin

# Besprechungen im

- Austria 5, 16 f., 20, 28 f., 31, 38, 44, 49, 154
- Frederich 58, 100, 145
- Heidelberger 109, 122, 126, 140, 151, 168 f., 188, 193 f.
- Holzarbeiterhaus 51 f., 53 f., 57, 64, 67, 71, 85, 94, 99, 134, 136—138, 154 f.
- Josty 13, 18, 21, 26, 31, 36, 38, 53, 58, 63
- Victoria 159-161, 166 f., 176, 183
- Weihenstephan 12, 95, 168

linker Flügel XXIII, 23, 62, 65, 70

- Opposition gegen Politik der Reichstagsfraktion 60, 66 f., 70, 92 f., 98, 117, 124, 139 f., 145, 156 f., 162, 166 f., 186 f., 199 Niederbarnim 60, 117
- Radikale, Radikalismus 9, 17, 24, 50, 54, 57—59, 84 f., 101, 105, 107, 126 f., 138, 158, 172, 176
- Manifest 9. 6. 1915 133 f., 136, 139
- rechter Flügel XXVII, 24, 70, 190
- Einwirkung auf Parteipresse 31, 44 f., 49, 59
  reformistische Taktik u. Politik XXIV, XXXI, 25, 35 f., 41, 51, 54, 66, 79, 93, 95, 104 f., 113, 120, 157, 168, 288

Revisionismus, Revisionisten XXIII, XXVIIf., 9, 13, 32, 65

#### Außenpolitik

- Gegnerschaft gegen Zarismus u. das zaristische Rußland XXIX, 5, 22, 25, 288
- Grenzen der Bündnispflicht XXIX, 3
- Protestbewegung gegen den Krieg 3, 6 f.
- Verständigungsversuch mit franz. Sozialisten 4, 8 f., 32, 142
- und Vaterlandsverteidigung XII, XXIX, 4,
   14, 61, 65, 84, 104, 109 f., 112, 118, 120,
   126, 224; s. a. Kriegskredite

#### Innenpolitik

 Agrarpolitik XII, XIV, XVII—XXII auf Parteitagen 1894/95 XVIII—XXI Agrarkommission XVIII—XX

- Budgetfrage XIX, XXV f.; s. a. Reichshaushalt in süddt. Staaten XV f., XXV f.
- zur Monarchie 29, 46, 59, 72, 93, 119, 138, 223
  modus vivendi 15, 22, 27, 34, 44
  monarchische Formalitäten 29, 39, 45, 59, 132, 138; s. a. Kaiser, Deutscher
- Vaterland u. Nation 61, 84, 120, 126, 143, 171
- Beteiligung an Regierung Max von Baden XII, 285—288, 292
- "Sozialdemokratische Partei-Correspondenz" 34, 70, 96, 98, 118, 121, 124 f., 132—136, 141, 153, 155, 166, 168 f., 172, 180, 192, 208, 219, 226, 237

# Sozialistengesetz XIV, XVI

"Sozialistische Monatshefte" XV, XVII, XXI, XXIII—XXVII, XXXIII, 18 f., 37, 45 f., 48, 60, 92, 123, 154, 187, 282

#### Sozialistische Parteien 49

- Versuche für Konferenz Januar—März 1915 102 f., 105, 117
- Konferenz der Neutralen in Kopenhagen Jan. 1915 69, 94 f., 117
- Londoner Konferenz 14. 2. 1915 105
- Besprechung in Haag 22. 3. 1915 105, 117 f.
- Frauenkonferenz in Bern 26.—28. 3. 1915 115, 126
- Wiener Konferenz der Zentralländer 12./13.
   4. 1915 117—119
- Zimmerwalder Konferenz 5.—8. 9. 1915 187
- Presse 57, 85

# Sozialpolitik 47, 71, 105, 145

- Sozialgesetze 127
- staatliche Maßnahmen 43, 58, 62, 64, 66 f., 73, 111, 137

# Sozialwissenschaftlicher Verein 187, 190

— Aktionsausschuß 190-192, 194, 198, 205 f.

# Soziologische Gesellschaft (Wien) 121

Spahn, Dr. Peter, MdR 80, 166, 204, 239-241

Spartakusbriefe 160, 166 f.

Spartakusbund 66, 83, 222

Sprenger, Dr. Gustav 39-41, 104, 162, 179, 224

Springer, Dr. 29, 100, 189

Staatssekretäre 239, 289

- parlamentarische Staatssekretäre 227, 244, 289
- Staatssekretäre ohne Portefeuille 243 f., 289

Stadthagen, Arthur, MdR XX, 101, 116, 130, 132, 171, 183, 188 f., 199 f.

- Reichstagsreden [20. 3. 1915] 113 f., [9. 12. 1915] 147, [31. 10. 1916] 207
- zu Kriegskrediten Aug. 1914 8-11

Stahl, Emil, MdR 222

Stahl, Friedrich 197

Stahl, Gertrud 197

Stampfer, Friedrich 4, 18, 30, 54, 73, 112, 177, 186 f., 209, 219, 255

- --- Unterredungen mit David 176, 217; David u. SPD-Mitgliedern 179
- bei Besprechungen im Café Josty 13, 63
- Teilnahme an Sitzung Fraktion-Parteiausschuß Okt. 1918 285, 290
- Artikel über Vaterlandsverteidigung 4, 218
- über Beteiligung der SPD an Regierung Max v. Baden 285, 287
- -- "Stampfersche Korrespondenz" 4, 117

### Stauning, Thorwald 231

bei Stockholmer Konferenz 231—233
 Unterredung mit David, H. Müller, Scheidemann [Juni 1917] 235; Thomas [Juni 1917]

Steffen, Prof. Gustav 196, 235

Stein, Dr. August 207

Stein, Franz XXXIII

Stein, Hans Karl Frhr. von 239

Stein, Hermann von 239

Stein, Dr. Ludwig 125

Steinmayer, Otto 154

Steklow, Y. M. 228

Stengele, Gustav 120

Stern, I. 193, 209, 222, 230, 275, 281

Steuern 120, 145, 153-156, 179, 222, 225 f., 280

- Steuervorlagen 1916 157—161, 164 f., 167, 172, 175—177, 179 f.
  SPD-Konferenz 21. 2. 1916 157, 160 f.
  Steuerkommission der SPD 161, 163—165
- Steuervorlagen 1918 275, 280

- Haltung der SPD 157 f., 161
- Kriegssteuern 148, 163, 177, 180
- Wehrbeitrag 161, 163, 172, 275

Stockholmer Konferenz 1917 226, 229—232, 235—238, 245, 250

- holländisch-skandinavischer Ausschuß 227, 232, 234, 238
- Kongreßbüro 232
- -, Fragebogen" 232 f.
- Sitzungen [4.—7. 6. 1917] 232 f., [11.—13. 6. 1917] 234
- Verhandlungsgegenstände 233 f.
- dt. Delegation XXXII, 226, 230, 232—235 Memorandum s. Stockholmer Memorandum
- russische Delegation 244, 247
- sonstige Delegationen 232 f.

Stockholmer Memorandum der SPD 233-238

Stockinger, Friedrich 161

Stöcker, Helene 29, 52, 63, 189

Stoedten s. Lucius von Stoedten

Stolle, Carl Wilhelm, MdR 10

Stolper, Dr. Gustav 269 f.

Stolten, Otto, MdR 11, 80 f., 161, 164

# Streikbewegung 199

- Generalstreik XXV, 84, 119, 202
- Streikgefahr 229, 266
- s. a. Januarstreik

Stresemann, Dr. Gustav, MdR 178, 242, 256, 276, 282

Strippel, Johanna 173, 192 f., 211

Strobel, Georg 41

Ströbel, Heinrich 4, 7, 9, 42, 46, 50, 93, 106, 120, 219

— Die Kriegsschuld der Rechtssozialisten, Berlin 1919 10

Struve, Dr. Wilhelm, MdR 81

Stubbe, Heinrich, MdR 169, 188

Studnitz, Dr. Arthur von 168

Stücklen, Daniel, MdR 126, 164

Stühmer, Heinrich 196

Sturmfels, Leutnant 54, 104

Sudermann, Hermann 15

Südekum, Dr. Albert, MdR XXXII, 14, 25, 36, 51, 121, 147, 161, 193, 199, 220, 230, 240, 246, 275—277, 287, 291

- Unterredungen mit Bethmann Hollweg [29. 7. 1914] 6 f., [Dez. 1914] 86; Beer, David, C. Hahn [8. 6. 1915] 131; Beer, David, Cohen[-Reuß], Wiedenfeld [25. 1. 1916] 155; Cohen[-Reuß], David, Grotjahn, Jordan [28. 2. 1915] 107 f.; David und Stern [14. 1. 1916] 209; Ludendorff [Juli 1917] 243; Troelstra u. SPD-Mitgliedern [20. 10. 1914] 52
  David 36, 86, 135, 209, 290
  David u. SPD-Mitgliedern 53, 121, 282
- Besprechungen im Kriegsministerium u. Reichsamt des Innern [Sept. 1914] 42; mit Militärbehörden [Okt. 1914] 57
- bei Besprechungen Kaiser-Parteivertreter
   [20. 7. 1917] 249; Michaelis-OHL-Mehrheitsvertreter
   [14. 7. 1917] 246
- im Hauptausschuß 265, 276 Rede 8. 5. 1918 275 stelly. Vorsitz 276
- im Interfrakt. Ausschuß XXXII, 241, 243, 245, 256, 270 f., 284 f., 292
- Teilnahme an Besprechungen des rechten Flügels 6, 12, 35, 44, 49, 78, 80, 145, 157 im Holzarbeiterhaus 53, 57, 64, 67, 71, 85, 94, 99, 138, 154
- Rede vor franz. Kriegsgefangenen 1914 97, 101
- Briefwechsel mit Bethmann Hollweg 1914 14
- Schreiben an Wels 26, 1, 1915 49
- Reisen nach Italien 1914 21, 35; nach Stockholm 1914 21; nach Wien und Rumänien 1914 49, 85, 97; an die Westfront 1915 126, 138
- Fall Südekum 85, 97, 101
- Kontakte zur Reichsleitung 22, 67, 85
- über Kriegskredite 1914 64 Fraktionserklärungen 6, 10, 78

Svinhufvud, Pehr Evind 271

Swing, Raymond E. 198, 206, 220

Sydow, Reinhold von 67

"Tägliche Rundschau" 6, 46

Taquirade, S. Hasan 233

"Temps" 159

Tepper-Laski, Kurt von 63, 71, 83, 121, 131, 133

Thalheimer, Bertha 187

Theyer, Carl 40, 104, 139, 273

Thiele, Adolf, MdR 80

Thöne, Georg, MdR 45, 80, 95, 111, 189

Thomas, Albert 225, 235 f.

"Times" 32

Timm, Johannes 53, 169, 191, 199

Tirpitz, Alfred von 69, 165, 173

Tolstoi, Leo Graf 185

Toppler, Bürgermeister von Rothenburg 255

Tortilowicz von Batocki-Friebe s. Batocki-Friebe

Trautmann, Paul Oskar 270

"De Tribune" 31 f., 34

Trimborn, Karl, MdR 253, 265

Troelstra, Pieter J. 31, 103, 105

- Besprechungen in Dtschld. Okt. 1914
  52 f., 56 f.
  Unterredung mit David 20. 10. 1914 52
  Berichte in "Het Volk" 57
- Leitung der Haager Besprechung 1915 117 f.
- bei Stockholmer Konferenz 232 f.
- De Wereldsoorlog en de Sociaaldemokratie, Amsterdam 1915 108
- Gedenkschriften IV. Storm, Amsterdam 1931 232, 235

Trotzki, Lev Davidovitsch 260, 264, 268

Tscheidse, Nikolai Semenowitsch 228

Tschenkeli, Akali Iwanowitsch 282

Türkei 94, 107 f., 209, 284

- Kriegseintritt 69, 85
- Besuch türkischer Abgeordneter in Berlin Mai 1916 178

#### Ukraine 273, 277

- Friede mit Mittelmächten s. Brest-Litowsk
- Hetman 274 f.
- Verhaftung der Rada durch deutsche Militärstellen 274 f.
- diplomatische Vertretung Dtschlds. 274, 278

- Ulrich, Carl, MdR XV f., 39, 80, 95, 103, 189, 220, 224
- Unterredungen mit David 39, 139
- empfängt Schreiben von David 93
- Erinnerungen des ersten hessischen Staatspräsidenten, hrsg. von Ludwig Bergsträßer, Offenbach a. M. 1953 XVI

# Umbreit, Paul 158

# Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) 60, 287

- Übertritte von der SPD 12, 16, 38, 52, 66, 164
   von der Reichstagsfraktion der SPD 12, 43, 45, 51, 53, 98, 123, 125, 159, 171, 175, 212
- zur Friedensresolution 249
- über Kriegskredite 240

Unterseeboot-Krieg 162, 165—167, 169 f., 192, 196 f., 201—204, 217 f., 244, 281

- Lusitania-Zwischenfall 129 f.
- Sussex-Zwischenfall 173 f.
- und neutrale Staaten 167, 169 f.
- uneingeschränkter U-Boot-Krieg 159 f., 201—203, 218, 220 f., 238
- U-Boot-Resolution März 1916 167, 169 bis 171, 174
- Anhänger des uneingeschränkten U-Boot-Krieges 179, 202—204, 239

Vaillant, Edouard 69

Valentini, Rudolf von 255, 284

Vandervelde, Emile 27, 32

"Het Vaterland" 137

Vereinigte Staaten von Amerika 76, 115, 139, 165, 167, 170, 183, 197, 220, 222 f., 242, 244, 281, 292

- Botschaft in Berlin 115, 179 f.
- und U-Boot-Krieg 152, 160, 218 dt. Note vom 31. 1. 1917 220
- Kriegseintritt 221, 223 f. s. a. Gerard; Wilson

Vereins- und Versammlungsrecht 114, 144, 177, 181, 212

Verfassungsausschuß 226 f., 240, 242, 279

Versailler Friedensvertrag XXXIII

Vidnes, Jakob 234

Vierter (4.) August 1914 (Politik, Idee, Geist des) XI f., XXXI, 25, 36—38, 40, 47, 51, 67, 75, 85, 98, 125, 136, 143, 156, 158, 196, 229, 236, 277, 288

Viviani, René 27

Vizekanzler 75, 256, 275

Vliegen, Wilhelm Hubert 21, 31

Völkerbund XXXIV, 225

Vogelstein, Dr. Max Theodor 291

Vogtherr, Ewald, MdR 9 f., 52

"Het Volk" 57

"Volksfreund" (Karlsruhe) 20

"Volksstimme" (Chemnitz) 30, 54, 56, 60, 65, 67, 115

"Volksstimme" (Frankfurt a. M.) 39, 124

"Volksstimme" (Magdeburg) 93, 96, 177

"Volksstimme" (Mannheim) 41

"Volkswacht" (Bielefeld) 95

"Volkswacht" (Breslau) 45

"Volkszeitung" (Mainz) XIV f., 3, 40, 61, 68, 92, 103, 137, 139, 162, 173, 176, 195, 217, 221, 250, 259, 272

"Volkszeitung" (Mülhausen) 82

Vollmar, Georg Heinrich von, MdR XVI, XVIII, XXIII, 73

- Rede auf Parteitag 1894 XVIII
- in der Agrarkommission der SPD XVIII
- empfängt Schreiben von David XII, XIV, XVIII f., XXV, 156

# Vollmar, Julia von XVIII

"Vorwärts" 3 f., 35, 43, 48, 54, 57, 81, 86, 94, 102 f., 115, 118, 120, 122, 124, 137, 155, 168, 193, 195, 222, 235, 245, 289

- geschäftsführender Ausschuß 186
- Redaktion 3 f., 7, 13, 35, 38, 46, 68, 80, 98, 123, 157, 172
  "Vorwärts"-Konflikt 1916 186, 207—209
- Verlag 3, 52, 58, 91, 109, 210
- Artikel 5, 35, 43 f., 46, 96, 107, 123, 143, 180, 187, 196, 224, 266, 272
- Beilagen XIII, 8, 35, 52, 55, 86, 91, 123, 137
- -- Kritik am "Vorwärts" 43, 50, 95 f., 115, 118, 123, 155
- politische Haltung 50 f., 96, 107, 154
- Verbote 45 f., 124, 266

— Veröffentlichung von Aufrufen u. Erklärungen der Partei 6, 9, 80 f., 98, 102, 183

"Vossische Zeitung" 81

Wachenheim, Hedwig XXXVI

#### Waffenstillstand

- -- Waffenstillstand mit Rußland 1917 229, 233 f., 259
- dt. Friedens- und Waffenstillstandsgesuch 3./4. 10. 1918 285, 287—289
- deutsche Kapitulation 291

#### Wahlrecht

- Wahlrechtsreform 83, 141
- Pluralwahlrecht 44, 138
- Reichstagswahlrecht 24, 137, 223
   Reform der Großwahlkreise 233, 240, 279
   Verhältniswahlrecht in Großwahlkreisen 240, 279

Preußische Wahlrechtsreform XXIV, XXVI, 22, 24 f., 27, 29, 44, 63, 86, 112, 119, 134, 137 f., 159 f., 205 f., 222 f., 238, 256, 269, 273

- Haltung der SPD

Forderungen XXIV, 15, 22, 24 f., 28—30, 36, 47, 56, 106, 115, 119, 137 f. vordringliches Ziel XXXI, 56, 119, 137 Voraussetzung für Mitarbeit 72, 125, 138, 201

- Zusagen der Reichsleitung Nov. 1914 64
- durch kgl. Botschaft 106, 138, 201, 206
- Osterbotschaft 1917 223 f.

#### Wahnschaffe, Arnold 122, 166, 220, 245

- Unterredungen mit Cohen[-Reuß] [2. 10. 1914] 50; David [28. 5. 1915] 130, [24. 5. 1916] 178, [15. 1. 1917] 218; Haase und Scheidemann [1. 12. 1914] 75—77; Parteiführern [27. 8. 1916] 196; Payer [Juli 1917] 247; Scheidemann [2. 12. 1914] 80, [Mai 1916] 176; Vertretern der SPD [18. 5. 1915] 127
- Telephongespräch mit David 2. 9. 1916 196
- Teilnahme an Besprechung Delbrück— Haase [Aug. 1915] 142; Delbrück—SPD [5. 11. 1914] 62, [12. 8. 1915] 141; Helfferich —SPD [30. 6. 1917] 238, [11. 7. 1917] 243; Michaelis—OHL—Mehrheitsvertreter [14. 8. 1917] 246

"Der Wahre Jakob" 27

Waldeck-Rousseau, Pierre 27

Waldstein, Felix, MdR 243

Wallraf, Max 269, 278

Webb, Sidney 107

Weber, Prof. Alfred 175, 246

Unterredungen mit David [12, 5, 1916] 175,
 [5, 10, 1916] 203, [30, 6, 1917] 238, [3, 7, 1917] 239, [22, 1, 1918] 266, [25, 2, 1918] 269

Weber, Prof. Max 238, 246, 267

Unterredungen mit David [7. 5. 1917] 227,[19. 11. 1917] 258

Wedel-Piesdorf, Wilhelm K. H. von 111

Weill, Dr. Georg, MdR 82, 85

Weimarer Republik XI, XXVI, XXXIII f.

— Nationalversammlung XIII f., XXVI, XXXIII

Welfen (Deutsch-Hannoveraner) 242

Wels, Otto, MdR 14, 49, 107, 113, 165, 181, 212, 217 f.

Unterredungen mit David 37, 47, 104, 117, 154, 212
David u. SPD-Mitgliedern 30, 81, 155
David, Haenisch, Poetsch, Schöpflin 28. 4. 1915 123

— Teilnahme an Besprechungen des rechten Flügels 6, 10, 12, 28, 35, 80, 116, 145, 154

— im Parteivorstand 3, 6, 37, 134, 168 f.

— in der Redaktionskommission Aug. 1914 9 f.

- Hrsg. der "Fackel" 154 f.

- zur Friedensfrage 28, 170

- über Politik der Minderheit 134

### "Welt am Montag" 189

Weltkrieg 8, 14 f., 18 f., 23 f., 26, 32 f., 37—44, 50 f., 66, 120, 151, 179, 186, 190, 193 f., 196, 206, 224, 286 f.

- Ursachen 18, 103

Kriegsausbruch 4—6, 13, 16, 19, 47, 55
 diplomatische Vorgeschichte 3, 5, 7, 21, 36
 Friedenskundgebungen in Dtschld. 3, 6 f., 58 f.

dt. Mobilmachung 5-7, 39, 58 dt. Präventivkrieg 17, 51, 159

- Beurteilung 40, 173 des Kriegsausganges 69, 96, 118, 163, 200, 202 der militärischen Lage 78, 135, 142, 201 f.

der militärischen Lage 78, 135, 142, 201 f., 244, 286—288, 292

— kriegführende Länder 81, 121, 135, 173, 210, 214, 225, 227, 229

- Kriegführung, deutsche 39, 41, 43, 56, 61, 86, 106

— Stimmung in Dtschld. 20, 32, 38, 61, 173

— Luftkrieg 39, 170

Scekrieg 64, 195 f.
 Skagerrak-Schlacht 1916 179, 202

- Balkanfront 145, 283

- italienische Front 256

— Ostfront 12, 18, 22 f., 26, 28, 32, 43, 49, 54—56, 69, 92, 99 f., 106, 183—185, 228, 230, 233

rumänische Front 1916 198, 213

— Westfront 14, 19—22, 26, 28, 32, 39, 41 f., 46, 49, 58, 63, 66, 69, 126, 144, 185, 198, 253 Verdun 162 f., 165 1918 271, 281, 283, 286, 288

s. a. Kriegsschuldfrage; U-Boot-Krieg

Wendel, Hermann, MdR 10, 12, 212

Wendemuth, Karl 259

Wengels, Robert 3-5, 85, 125, 134

Wermuth, Adolf 67, 255

Werner, Dr. Ferdinand Friedrich Karl, MdR 179 f.

Westarp, Kuno Graf von, MdR 35, 110, 114, 130, 147, 166 f., 179, 193, 202, 212, 214, 220, 247

— Reichstagsreden [29. 5. 1915] 130 f., [11. 10. 1916] 204, [19. 3. 1918] 271, [24. 6. 1918] 278

— Reden im Hauptausschuß [9. 11. 1916] 208 f., [7. 7. 1917] 241

— bei Parteiführerbesprechung 30. 3. 1916 169

— bei Besprechungen Bethmann Hollweg— Parteiführer [5. 9. 1916] 197, [Juli 1917] 239

Westmächte XXIX f., 17, 31, 138, 144

Wicky, August 128

Wiedenfeld, Prof. August 155

Wiemer, Dr. Otto, MdR 35 f.

Wiener Konferenz s. Sozialistische Parteien

Wiener, Otto 194

Wiese, Prof. Dr. Leopold von 107

Wiik, Karl H. 232

Wilhelm II., Deutscher Kaiser, König von Preußen 6, 20 f., 27, 38, 49, 52, 86, 107, 122, 175, 179, 241—243, 245, 253, 255, 280

— Unterredung mit Parteivertretern 20. 7. 1917 249

-- Rede 31. 7. 1917 6

- --- "Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche." 1. 8. 1914 5
- -, An das deutsche Volk" 1915 140
- Thronrede 13. 1. 1916 159 f.
- Erlaß vom 1. 8. 1916 193
- Kundgebung an das deutsche Volk 13. 1. 1917 218
- -, Osterbotschaft" 7. 4. 1917 223
- Erlaß vom 1. 10. 1918 284
- Abdankung XXXI, 292
- im Urteil Davids 193, 249

# Wilhelm, Kronprinz von Preußen 54, 179

- Unterredungen mit David [12. 7. 1917]
   243 f., 248; Fraktionsvertretern [12. 7. 1917]
   243; Köster [1917] 236
- -, Kronprinzenpartei" 159

# Wilson, Woodrow 223, 269, 272, 288, 290

- Note April 1916 173
   dt. Antwort 173 f.
- -Note 19. 12. 1916 214
- --- "Vierzehn Punkte" 266
- Kongreßrede 11. 2. 1918 268
- Note 8. 10. 1918 289 dt. Antwort 290
- Note 14. 10. 1918 291 f. dt. Antwort 291

# Winkler, Prof. Dr. Friedrich 187

# Winkler, Hermine XXXVI s. a. Schützinger, Hermine

Winkler, Pastor 277

Winnig, August 123, 154, 156

Winterfeldt, Detlof von 228 f.

# Winterfeldt-Menkin, Joachim von, MdR 228-230

- Wirtschaft, wirtschaftliche Lage 38, 40, 71, 94, 103, 120, 127, 142, 173, 180, 185, 202
- Außenhandel 62, 107, 152, 197, 217
- kriegswirtschaftliche Maßnahmen 57 f., 62, 64, 66, 73, 104, 107, 183
- wirtschaftliche Lage nach dem Weltkrieg 24, 29 f.

# Wirtschaftsverbände, Kriegszieldenkschrift 1915 133, 136 f.

# "Die Woche" XXVII

Wolff, Theodor 30 f., 61

# Württemberg, Königreich XIX

- SPD 62, 70, 107, 124, 161, 197

Wurm, Emanuel, MdR 113, 123, 161, 163, 165

Wurm, Mathilde 34

# Wurmbach, Agnes XXXVI

Zarismus 5, 22, 24, 35, 288

# "Zeitschrift für Sexualwissenschaft" 210

Zensur 38, 57, 63, 65, 70, 75, 79, 106, 153, 172, 178, 250, 252, 265

- Handhabung 62, 77, 142, 191
- in militärischen Fragen 46, 60, 65
- Pressezensur 120, 238, 266

Zentrumspartei XV, XXVIII, 35, 64, 80, 114, 132, 179, 202 f., 208, 241, 247, 252 f., 276 f., 289

- im Interfrakt. Ausschuß 240 f., 245
- zum U-Boot-Krieg 166 f., 169

# Zepler, Wally 187

- Die Frauen und der Krieg, Berlin-Karlshorst 1916 187

# Zetkin, Klara XI, XX, XXXI, 53, 55, 115, 121

- in Parteigremien 53, 131, 169
- Presseartikel 27, 92

### Zieler, Wolfgang 209

Zietz, Luise 3, 5, 14, 85, 134

### Zimmermann, Arthur 75, 192, 222, 238

- Unterredungen mit David [4. 6. 1915] 131,
   [11. 5. 1917] 227; David u. J. v. Winterfeldt
   [25. 5. 1917] 230; Haase [Aug. 1915] 142;
   Haase u. Scheidemann [1. 12. 1914] 75, 77;
   Ruitgers [Juni 1916] 183; Scheidemann [17. 1. 1917] 218
- bei Besprechungen Bethmann Hollweg— Parteiführer [2. 7. 1917] 239; Helfferich— SPD [11. 7. 1917] 243
- Rede im Reichstag 29. 3. 1917 180
- Rede im Hauptausschuß 3. 7. 1917 239

### Zimmerwalder Bewegung 187

— Zimmerwalder Konferenz 5.—8. 9. 1916 187

Zivildienstgesetz (Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst) 210—213, 219

Zölle XXI, XXVIII, 19, 48 f.

# Zörgiebel, Karl 237

Zubeil, Karl Fritz, MdR 113, 159